Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2533-01	Termin 22.05.2017	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
11.05.2017	Finanz- und Personalausschuss	K		
22.05.2017	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

Gesamtabschluss 2015 der Stadt Oberhausen

Kenntnisnahme des Gesamtabschlusses 2015 der Stadt Oberhausen durch den Rat der Stadt Oberhausen sowie Überweisung an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gemäß §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW

Sachdarstellung

Die Gemeinde hat gemäß § 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen.

Er besteht nach § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit 49 Abs. 1 der Gemeindehaushalts-verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) aus

- der Gesamtergebnisrechnung,
- der Gesamtbilanz und
- dem Gesamtanhang und ist um
- einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 07.04.17	Datum	Tsalastras Datum 07.04.17	Schranz Datum 10.04.17

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70 GO NRW, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

- der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
- der ausgeübte Beruf,
- die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
- die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

Gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW wurde der Entwurf des Gesamtabschlusses vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister bestätigt.

Der Gesamtabschluss ist anschließend gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8. gilt entsprechend. In die Prüfung nach Abs. 6 müssen die Jahrsabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

Nach § 116 Abs. 1 Satz 3 GO NRW bestätigt der Rat den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss.

Die wesentlichen Eckpunkte des Entwurfes des Gesamtabschlusses sind:

- Gesamtergebnis

  Der Gesamtabschluss 2015 der Stadt Oberhausen schließt im Ergebnis mit einem Fehlbetrag von 34.662 TEUR (zum Vergleich: Jahresabschluss 2015 Kernhaushalt: 33.989 TEUR).

  Das Gesamtjahresergebnis ergibt sich aus dem Saldo des „Ordentlichen Gesamtergebnisses“ und des „Gesamtfinanzergebnisses“ unter Berücksichtigung des „Außerordentlichen Gesamtergebnisses“ wie folgt:

	in TEUR	
Ordentliche Gesamterträge	783.095	
Ordentliche Gesamtaufwendungen	787.339	
Ordentliches Gesamtergebnis	- 4.243	*(Rundungsdifferenzen)*
Gesamtfinanzergebnis	- 30.419	
Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit	- 34.662	*(Rundungsdifferenzen)*
Außerordentliches Gesamtergebnis	- 0	
Gesamtjahresergebnis	- 34.662	

- Gesamtbilanz

  Die Gesamtbilanz 2015 der Stadt Oberhausen schließt mit einem Bilanzvolumen von 2.991.815 TEUR in Aktiva und Passiva.

  Die Schulden auf der Passivseite übersteigen das Vermögen auf der Aktivseite um 1.113.857 TEUR und werden dementsprechend als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen (zum Vergleich: „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ im Jahresabschluss 2015 Kernhaushalt: 1.075.368 TEUR).

  Der Gesamtabschluss 2015 wird, wie bereits erstmals zur Erstellung des Gesamtabschlusses 2012 praktiziert, aus Gründen der Kostenersparnis im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in digitalisierter Form als CD zur Verfügung gestellt bzw. ist innerhalb des Ratsinformationssystems in Dateiform bereitgestellt. Jede Fraktion erhält darüber hinaus eine Fassung in Papierform.

Anlage

Gesamtabschluss 2015

Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen
für das Haushaltsjahr 2015

Der Gesamtabschluss 2015 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW aufgestellt.

Oberhausen, den 07. APR. 2017

Stadtkämmerer

Der Gesamtabschluss 2015 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Oberhausen, den 10. APR. 2017

Oberbürgermeister

Gesamtabschluss 2015

1. Gesamtergebnis 5
2. Gesamtbilanz 6
3. Gesamtanhang 9
3.1 Allgemeine Angaben 9
3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 16
3.3 Erläuterungen zur Bilanz 18
3.3.1 Aktiva 18
3.3.1.1 Anlagevermögen 18
3.3.1.2 Umlaufvermögen 23
3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 23
3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag 23
3.3.2 Passiva 24
3.3.2.1 Eigenkapital 24
3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung. 24
3.3.2.3 Sonderposten 24
3.3.2.4 Rückstellungen 25
3.3.2.5 Verbindlichkeiten 26
3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten 29
3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung 29
3.4.1 Ordentliche Gesamterträge 29
3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen 31
3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis 33
3.4.4 Finanzerträge 33
3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen 33
3.4.6 Gesamtfinanzergebnis 33
3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit 34
3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis 34
3.4.9 Gesamtjahresergebnis 34
3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben 34
3.5.1 Haftungsverhältnisse 34
3.5.2 Sonstige Verpflichtungen 34

3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben 35
4. Gesamtlagebericht 37
4.1 Allgemeine Angaben 37
4.2 Erläuterungen im Einzelnen 37
4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage 37
4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation 40
4.2.3 Finanzlage 58
4.3 Rahmenbedingungen 59
4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage 59
4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage 59
4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage 60
4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage 60
4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation 61
4.5 Örtliche Besonderheiten 61
4.5.1 Kernverwaltung 61
4.5.2 Konzernstruktur 66
4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“ 71
4.6.1 Chancen 71
4.6.1.1 Generelle Chancen 71
4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen 73
4.6.2 Risiken 74
4.6.2.1 Generelle Risiken 74
4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen 77
4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen 77
4.6.2.4 Risikomanagement 80
4.7 Erläuterungen der Kennzahlen 81
4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote) 81
4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität) 81
4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote) 82
4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad 82
4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad 83
4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote) 83
4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote) 84
4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen) 84
4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge 86
4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates 87

5. Beteiligungsbericht 124

1. Gesamtergebnis

Gesamtergebnis	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
01 Steuern und ähnliche Abgaben	232.858.193,76	209.145.446,88
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	285.987.294,24	262.441.356,55
03 Sonstige Transfererträge	4.329.495,36	4.113.855,68
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	95.170.896,58	96.675.476,27
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	41.706.167,51	41.885.496,74
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	65.906.904,22	53.909.708,45
07 Sonstige ordentliche Erträge	31.457.100,15	34.312.692,81
08 Aktivierte Eigenleistungen	19.817.135,02	7.581.919,64
09 Bestandsveränderungen (-/+)	5.861.980,85	1.701.496,00
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**783.095.167,69**	**711.767.449,02**
11 Personalaufwendungen	189.025.471,26	185.242.862,38
12 Versorgungsaufwendungen	17.350.628,49	21.175.553,33
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	144.733.601,58	129.643.737,85
14 Bilanzielle Abschreibungen	70.805.394,11	73.938.840,77
15 Transferaufwendungen	242.122.166,24	216.990.405,82
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	123.301.248,92	116.944.706,68
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**787.338.510,60**	**743.936.106,83**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-4.243.342,91**	**-32.168.657,81**
19 Finanzerträge	9.931.416,44	9.749.276,70
20 Finanzaufwendungen	40.350.151,97	43.860.676,65
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-30.418.735,53**	**-34.111.399,95**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-34.662.078,44**	**-66.280.057,76**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0,00**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-34.662.078,44**	**-66.280.057,76**

***Nachrichtlich**: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit dem Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages (§43 Abs.3 GemHVO)*

27 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	*493.847,62*	*8.247,00*
28 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	*0,00*	*0,00*
29 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	*79.443,00*	*87.736,51*
30 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	*11.170.994,46*	*226.586,57*
31 = Verrechnungssaldo (27 bis 30)	*-10.756.589,84*	*-306.076,08*

2. Gesamtbilanz

A K T I V A	EUR	EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1. Anlagevermögen			**1.772.674.514,58**	**1.809.389.449,66**
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			**6.866.401,60**	**7.750.779,29**
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Vollkonsolidierung		**6.162.117,60**		**6.846.797,29**
1.1.2 Sonstige erworbene immaterielle Vermögensgegenstände		**704.284,00**		**903.982,00**
1.2 Sachanlagen			**1.685.024.837,44**	**1.705.455.879,20**
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**183.277.532,47**		**183.902.617,80**
1.2.1.1 Grünflächen	115.015.746,70			114.669.270,21
1.2.1.2 Ackerland	2.492.342,23			2.492.342,23
1.2.1.3 Wald, Forsten	4.847.212,85			4.834.263,63
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	60.922.230,69			61.906.741,73
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**479.523.304,99**		**491.618.316,77**
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	16.544.787,52			16.937.059,52
1.2.2.2 Schulen	231.306.865,43			237.881.081,43
1.2.2.3 Wohnbauten	26.115.766,42			27.208.972,76
1.2.2.4 Soziale Einrichtungen	23.236.826,74			24.053.277,74
1.2.2.5 Sportstätten	26.421.846,35			26.312.232,35
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	155.897.212,53			159.225.692,97
1.2.3 Infrastrukturvermögen		**904.935.683,54**		**936.033.112,00**
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	165.041.179,72			164.993.211,29
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	49.725.253,00			50.578.527,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausr. und Sicherungsanlagen	23.011.540,75			24.537.431,87
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitungsanlagen	298.668.821,87			309.210.196,87
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	329.672.204,37			344.491.486,38
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	38.816.683,83			42.222.258,59

A K T I V A	EUR	EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		**3.148.988,00**		**1.129.457,00**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		**7.504.253,88**		**7.536.713,52**
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		**26.550.342,59**		**31.358.465,42**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		**18.340.903,07**		**19.718.846,24**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		**61.743.828,90**		**34.158.350,45**
1.3 Finanzanlagen			**80.783.275,54**	**96.182.791,17**
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		**4.017.154,98**		**4.017.154,98**
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		**55.344.957,96**		**59.499.710,60**
davon Unterschiedsbetrag aus Equity-Konsolidierung		38.376.381,57		42.640.423,89
1.3.3 Übrige Beteiligungen		**1.830.596,73**		**9.268.595,73**
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		**18.531.355,65**		**22.263.983,67**
1.3.5 Ausleihungen		**1.059.210,22**		**1.133.346,19**
2. Umlaufvermögen			**85.095.460,78**	**82.021.370,17**
2.1 Vorräte			**23.191.588,09**	**18.474.557,00**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			**45.658.687,66**	**51.194.632,89**
2.3 Liquide Mittel			**16.245.185,03**	**12.352.180,28**
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			**20.187.382,54**	**18.347.382,48**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			**1.113.857.344,86**	**1.068.322.176,85**

P A S S I V A	EUR	EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1. Eigenkapital				
2. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			**0,00**	**0,00**
3. Sonderposten			**470.716.366,97**	**483.008.850,02**
3.1 Sonderposten für Zuwendungen		**404.122.368,45**		**415.350.747,21**
3.2 Sonderposten für Beiträge		**62.220.225,67**		**64.587.113,75**
3.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich		**3.876.797,17**		**2.555.606,87**
3.4 Sonstige Sonderposten		**496.975,68**		**515.382,19**
4. Rückstellungen			**482.233.252,08**	**474.078.566,74**
4.1 Pensionsrückstellungen		**410.837.433,11**		**401.480.322,11**
4.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		**600.000,00**		**600.000,00**
4.3 Instandhaltungsrückstellungen		**4.934.268,04**		**4.264.592,87**
4.4 Steuerrückstellungen		**137.326,00**		**137.326,00**
4.5 Sonstige Rückstellungen		**65.724.224,93**		**67.596.325,76**
5. Verbindlichkeiten			**2.017.565.467,18**	**1.998.030.940,91**
5.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		**383.782.299,16**		**392.023.099,92**
5.1.1 vom öffentlichen Bereich	6.836.370,58			7.240.242,45
5.1.2 von Kreditinstituten	376.945.928,58			384.782.857,47
5.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		**1.582.500.000,00**		**1.566.300.000,00**
5.2.1 vom privaten Kreditmarkt	1.582.500.000,00			1.566.300.000,00
5.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		**18.295.396,04**		**12.244.024,95**
5.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		**4.715.955,59**		**2.113.163,50**
5.5 Sonstige Verbindlichkeiten		**22.694.345,61**		**21.598.465,06**
5.6 Erhaltene Anzahlungen		**5.577.470,78**		**3.752.187,48**
6. Passive Rechnungsabgrenzungsposten			**21.299.616,53**	**22.962.021,49**
	-	-	**2.991.814.702,76**	**2.978.080.379,16**

3. Gesamtanhang

3.1 Allgemeine Angaben

Die Gemeinden sind nach § 116 der Gemeindeordnung NRW verpflichtet, in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Dieser besteht aus einer Gesamtbilanz, einer Gesamtergebnisrechnung sowie dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht und einen Beteiligungsbericht zu ergänzen. Für den Gesamtabschluss ist der Jahresabschluss nach § 95 GO NRW der Gemeinde und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren (§116 Abs. 2 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW). Die Stadt Oberhausen hat ihren ersten Gesamtabschluss zum 31.12.2010 aufgestellt. Dazu wurde zum 01.01.2010 eine Kapitalkonsolidierung der im Folgenden aufgeführten verbundenen und assoziierten Unternehmen durchgeführt.

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts sowie Sondervermögen und Eigenbetriebe unter der einheitlichen Leitung der Gemeinde werden entsprechend der §§ 300, 301, 303 bis 305 und 307 bis 309 HGB in die Vollkonsolidierung einbezogen. Dies bedeutet, dass die Abschlüsse der Einheiten mit ihren gesamten Vermögensgegenständen und Schulden in den Gesamtabschluss übernommen werden. Für diese Einheiten wird eine Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB durchgeführt. Diese erfolgt grundsätzlich nach der Neubewertungsmethode. Abweichend davon wurde gemäß den Vereinfachungsregelungen des Innenministeriums für Sondervermögen auf eine Neubewertung verzichtet und der Wertansatz aus der Eröffnungsbilanz beibehalten. Bei der Vollkonsolidierung wird der Beteiligungsbuchwert der Muttergesellschaft mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochtergesellschaft verrechnet. Aktive Unterschiedsbeträge werden in den Folgejahren abgeschrieben. Passive Unterschiedsbeträge werden als gesonderter Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ zwischen Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Weiterhin erfolgt eine Schulden- sowie Aufwands- und Ertragskonsolidierung entsprechend der §§ 303 ff HGB. Hierbei werden die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Aufwendungen und Erträge miteinander verrechnet. Der daraus entstandene Gesamtabschluss stellt den „Konzern Stadt“ so dar, als handle es sich um ein einzelnes Unternehmen und gibt einen Überblick über die gesamte Vermögens- und Ertragslage der Stadt Oberhausen. Die durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Kernverwaltung auf selbständig bilanzierende Organisationseinheiten verlorengegangene Transparenz wird dadurch wieder hergestellt. Der Vollkonsolidierungskreis bei der Stadt Oberhausen setzt sich neben der Stadt Oberhausen wie folgt zusammen:

Verbundene Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH Max-Eyth-Straße 62 46149 Oberhausen	100%
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH Bahnhofstraße 66 46145 Oberhausen	100%

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung) Elly-Heuss-Knapp Straße 3 46145 Oberhausen	100%
Theater Oberhausen Ebertstraße 82 46045 Oberhausen	100%

Verbundene Unternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht vollkonsolidiert sind, werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt.

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen GmbH

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen GmbH

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

Die assoziierten Unternehmen werden entsprechend der §§ 311 und 312 HGB nach der Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde stehen. Bei der Stadt Oberhausen erfolgt die Equity-Konsolidierung nach der Buchwertmethode. Hierbei wird der Buchwert des anteiligen Eigenkapitals an dem assoziierten Unternehmen im Gesamtabschluss ausgewiesen. Dieser wird dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Auch hier wird ein eventuell entstehender aktiver oder passiver Unterschiedsbetrag gesondert ausgewiesen. In den Folgejahren erfolgt ein um die anteiligen Jahresergebnisse fortgeschriebener Beteiligungsansatz. Nach der Equity-Methode werden in den Gesamtabschluss folgende Unternehmen einbezogen:

assoziierte Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH Buschhausener Straße 149 46049 Oberhausen	51%
FSO GmbH & Co. KG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
FSO Verwaltungs-GmbH Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%

assoziierte Unternehmen	Beteiligungsanteil
evo Energieversorgung Oberhausen AG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	10%

Hinsichtlich der Beteiligung an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH liegt keine einheitliche Leitung sowie keine Mehrheit der Stimmrechte vor, so dass die Voraussetzungen des § 50 Abs. 2 GemHVO NRW nicht gegeben sind. Sie wird im Rahmen einer Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen.

Die evo Energieversorgung Oberhausen AG wurde in die Equity-Konsolidierung einbezogen obwohl lediglich eine Beteiligung in Höhe von 10 % vorliegt. Voraussetzung für die Einbeziehung eines assoziierten Unternehmens in die Equity-Bewertung ist, dass auf die Geschäfts- und Firmenpolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird. Ein solcher Einfluss wird (widerlegbar) vermutet, wenn ein in den Vollkonsolidierungskreis einbezogenes Unternehmen eine Beteiligung i.S.d. § 271 Abs. 1 HGB hält. Gleichwohl kann auf ein Unternehmen auch ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden, wenn die Beteiligungsquote unter 20 % liegt. In diesem Fall wäre nachzuweisen, dass ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (vgl. Beck 7. Auflage; Rn. 16 zu § 311 HGB). Kriterien für die Ausübung eines maßgeblichen Einflusses sind u.a. die Einflussnahme auf (vgl. ADS Rn. 20 zu § 311 HGB) Marketingstrategien, Produktstrategien, Investitionsstrategien, Finanzierungs-strategien sowie die Besetzung von Führungspositionen.

Folgende Aspekte begründen aus hiesiger Sicht das Vorliegen eines maßgeblichen Einflusses der Stadt Oberhausen auf die evo Energieversorgung Oberhausen AG:

• Der aus 15 Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat der evo Energieversorgung Oberhausen AG wird zu jeweils einem Drittel von RWE AG, Arbeitnehmervertretern und den Stadtwerken Oberhausen besetzt, wobei die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ihre Mitglieder aus dem Rat der Stadt (einschließlich dem Oberbürgermeister) benennt.

• Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH weisen in ihrem handelsrechtlichen Konzernabschluss die evo Energieversorgung Oberhausen AG als assoziiertes Unternehmen aus.

Sonstige Beteiligungen werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt. Im Einzelnen sind dieses:

Revierpark Vonderort GmbH

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

Public Konsortium d-NRW GbR

Gesamtübersicht der Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2015

Name (Tochter)	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,1433
	Gesamtquote W	83,1433
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0571
	Gesamtquote W	0,0571
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote W	5,5556
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,1823
	Gesamtquote W	1,1823
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote W	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,5807
	durchgerechnet	31,6023
	Gesamtquote W	85,1830
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO Verwaltungs- GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000

Name (Tochter)	Grundlage	Kapitalanteil vH
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	5,0000
	Gesamtquote W	5,0000
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	5,0000
	Gesamtquote W	5,0000
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Public Konsortium d-NRW GbR	direkt	1,4779
	Gesamtquote W	1,4779

Name (Tochter)	Grundlage	Kapitalanteil vH
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,6180
	Gesamtquote W	5,6180
Revierpark Vonderort GmbH	direkt	25,0000
	Gesamtquote W	25,0000
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,7187
	Gesamtquote W	1,7187
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5690
	Gesamtquote W	1,5690
RW Beteiligungs GmbH	durchgerechnet	4,8683
	Gesamtquote W	4,8683
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	durchgerechnet	19,4887
	Gesamtquote W	19,4887
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	durchgerechnet	41,5900
	Gesamtquote W	41,5900
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	durchgerechnet	24,6480
	Gesamtquote W	24,6480
RW Holding Aktiengesellschaft	durchgerechnet	1,2073
	Gesamtquote W	1,2073
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000

Name (Tochter)	Grundlage	Kapitalanteil vH
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
strasserauf GmbH	durchgerechnet	15,0000
	Gesamtquote W	15,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote W	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Entsprechende Detailinformationen sind dem beiliegenden Beteiligungsbericht zu entnehmen.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sowohl für die Erstellung des Einzelabschlusses als auch für die Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Oberhausen gelten die Regelungen der Gemeindeordnung NRW (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sowie des Handelsgesetzbuches (HGB). Für die Tochtergesellschaften fanden bei der Erstellung der Einzelabschlüsse lediglich die Regelungen des Handelsgesetzbuches Anwendung. Sofern sich hieraus unterschiedliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede ergaben, wurden diese auf ihre Wesentlichkeit für den Gesamtabschluss hin untersucht. Notwendige Anpassungen von Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften an die Regelungen der Gemeindeordnung bzw. Gemeindehaushaltsverordnung wurden bei der Überleitung in die Kommunalbilanz II durchgeführt. Gemäß den vom Innenministerium NRW herausgegebenen Praxisempfehlungen zu Vereinfachungsregelungen im Gesamtabschluss, wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung Abweichungen die sich durch Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in den Einzelabschlüssen von Tochtergesellschaften ergaben, nicht angepasst. Dieses betrifft u.a. latente Steuern sowie die Bewertung von Rückstellungen.

Die Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Grundlage für die jeweilige Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände der Stadt Oberhausen sind die Vorgaben der NKF-Abschreibungstabelle. In Anlehnung an die NKF-Rahmentabelle wurde eine örtliche Abschreibungstabelle für Oberhausen erstellt. Die Vermögensgegenstände der Tochtergesellschaften wurden entsprechend der amtlichen Afa-Tabellen unter Berücksichtigung der betriebsspezifischen Nutzungsdauern abgeschrieben. Anpassungen für den Gesamtabschluss waren mangels Wesentlichkeit nicht erforderlich.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens der Stadt Oberhausen wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abweichende GWG-Regelungen nach HGB bei den Tochtergesellschaften (Poolbildung) wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Sofern bilanzierte Vermögensgegenstände mit Hilfe von Zuwendungen finanziert worden sind, wurden aus dem Einzelabschluss der Stadt Oberhausen entsprechende Sonderposten übernommen. Lediglich für den Einzelabschluss der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH wurde eine Anpassung der Daten des Einzelabschlusses durchgeführt, indem die Meldedaten im Bereich des Anlagevermögens um erhaltene Zuwendungen erhöht wurden und ebenfalls auf der Passivseite korrespondierende Sonderposten gebildet wurden. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte analog zu dem jährlichen Werteverzehr des betreffenden Vermögensgegenstandes.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert. Risiken im Forderungsbestand wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt. Der Wertansatz der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Konkret zuzuordnende Ausfallrisiken für Forderungen wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den restlichen Forderungsbestand wurden statistisch

Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten für Forderungsausfälle vorgenommen.

Für die zum Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen und Risiken wurden Rückstellungen gebildet. Vorhandene Rückstellungen wurden aufgelöst sofern der Rückstellungsgrund entfallen war, bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen ist.

Die Gliederung der Gesamtbilanz erfolgt entsprechend § 49 Abs. 3 GemHVO NRW. Die Meldedaten aus den Einzelabschlüssen der Tochterunternehmen, deren Bilanzgliederung nach § 266 HGB erfolgt, wurden auf die Positionen entsprechend der vorgeschriebenen Gliederung der kommunalen Bilanz übergeleitet.

3.3 Erläuterungen zur Bilanz

3.3.1 Aktiva

3.3.1.1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Gesamtanlagenspiegel ersichtlich. Das Konzernanlagevermögen befindet sich zu rd. 84 % (Vorjahr 83 %) im Kernhaushalt der Stadt Oberhausen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem städtischen Infrastrukturvermögen sowie dem Bestand an Grundstücken und Gebäuden.

Gesamtanlagespiegel der Stadt Oberhausen zum 31.12.2015

	Anschaffungkosten					Abschreibungen						Buchwerte	
in EUR	AHK Stand 01.01.2015	AHK Zugänge	AHK Umb.	AHK Abgänge	AHK Stand 31.12.2015	AfA Stand 01.01.2015	AfA Zugänge	AfA Abgänge	AfA Umb.	Zuschreib.	AfA Stand 31.12.2015	Buchwert 31.12.2015	Buchwert 31.12.2014
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	**19.304.015,43**	**187.292,41**	**8.800,00**	**-373.431,72**	**19.126.676,12**	**-11.553.236,14**	**-1.079.510,10**	**372.471,72**			**-12.260.274,52**	**6.866.401,60**	**7.750.779,29**
II. Sachanlagen	**2.250.957.503,00**	**49.139.633,18**	**-8.800,00**	**-6.424.104,81**	**2.293.664.231,37**	**-545.501.623,80**	**-65.394.896,84**	**2.257.126,71**	**0,00**		**-608.639.393,93**	**1.685.024.837,44**	**1.705.455.879,20**
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**192.320.179,86**	**1.060.687,76**	**681.617,31**	**-1.104.437,08**	**192.958.047,85**	**-8.417.562,06**	**-1.369.789,82**	**106.836,50**			**-9.680.515,38**	**183.277.532,47**	**183.902.617,80**
1.1. Grünflächen	123.086.832,27	1.047.738,54	681.617,31	-119.926,04	124.696.262,08	-8.417.562,06	-1.369.789,82	106.836,50			**-9.680.515,38**	**115.015.746,70**	114.669.270,21
1.2. Ackerland	2.492.342,23				2.492.342,23							**2.492.342,23**	2.492.342,23
1.3. Wald, Forsten	4.834.263,63	12.949,22			4.847.212,85							**4.847.212,85**	4.834.263,63
1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	61.906.741,73			-984.511,04	60.922.230,69							**60.922.230,69**	61.906.741,73
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**631.719.015,45**	**4.362.783,16**	**3.098.078,83**	**-1.801.537,98**	**637.378.339,46**	**-140.100.698,68**	**-18.003.593,13**	**249.257,34**	**0,00**		**-157.855.034,47**	**479.523.304,99**	**491.618.316,77**
2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	19.615.286,34	15.476,63	0,00		19.630.762,97	-2.678.226,82	-407.748,63				**-3.085.975,45**	**16.544.787,52**	16.937.059,52
2.2. Schulen	294.016.395,96	1.260.122,60	45.193,61		295.321.712,17	-56.135.314,53	-7.879.532,21				**-64.014.846,74**	**231.306.865,43**	237.881.081,43
2.3. Wohnbauten	32.856.147,23	76.629,50	-212.681,10	-585.869,89	32.134.225,74	-5.647.174,47	-775.722,95	191.757,00	212.681,10		**-6.018.459,32**	**26.115.766,42**	27.208.972,76
2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	285.231.185,92	3.010.554,43	3.265.566,32	-1.215.668,09	290.291.638,58	-75.639.982,86	-8.940.589,34	57.500,34	-212.681,10		**-84.735.752,96**	**205.555.885,62**	209.591.203,06
3. Infrastrukturvermögen	**1.244.223.079,07**	**1.900.306,86**	**3.099.204,68**	**-1.682.289,11**	**1.247.540.301,50**	**-308.189.967,07**	**-35.302.341,64**	**887.690,75**			**-342.604.617,96**	**904.935.683,54**	**936.033.112,00**
3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	165.015.721,94	47.842,30	4.167,48	-4.041,35	165.063.690,37	-22.510,65					**-22.510,65**	**165.041.179,72**	164.993.211,29
3.2. Brücken und Tunnel	56.309.758,17				56.309.758,17	-5.731.231,17	-853.274,00				**-6.584.505,17**	**49.725.253,00**	50.578.527,00
3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüst. u. Sicherheitsanl.	55.945.692,32	234.077,75	173.962,00		56.353.732,07	-31.408.260,45	-1.933.930,87				**-33.342.191,32**	**23.011.540,75**	24.537.431,87
3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	385.118.411,25				385.118.411,25	-75.908.214,38	-10.541.375,00				**-86.449.589,38**	**298.668.821,87**	309.210.196,87
3.5. Straßennetz m. Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanl	477.803.212,28	1.618.386,81	2.921.075,20	-1.678.247,76	480.664.426,53	-133.311.725,90	-18.568.187,01	887.690,75			**-150.992.222,16**	**329.672.204,37**	344.491.486,38
3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	104.030.283,11				104.030.283,11	-61.808.024,52	-3.405.574,76				**-65.213.599,28**	**38.816.683,83**	42.222.258,59
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	**1.227.918,51**	**998.719,04**	**1.103.130,00**		3.329.767,55	**-98.461,51**	**-82.318,04**				-180.779,55	**3.148.988,00**	**1.129.457,00**
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**7.768.404,30**	**13.507,36**			7.781.911,66	**-231.690,78**	**-45.967,00**				**-277.657,78**	**7.504.253,88**	**7.536.713,52**
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**79.511.561,22**	**1.899.288,65**	**14.373,15**	**-123.663,32**	81.301.559,70	**-48.153.095,80**	**-6.717.216,63**	**119.095,32**			**-54.751.217,11**	**26.550.342,59**	**31.358.465,42**
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	**59.231.555,20**	**2.470.678,31**	**140.015,62**	**-1.009.213,32**	60.833.035,81	**-39.512.708,96**	**-3.873.670,58**	**894.246,80**			**-42.492.132,74**	**18.340.903,07**	**19.718.846,24**
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	**34.955.789,39**	**36.433.662,04**	**-8.145.219,59**	**-702.964,00**	62.541.267,84	**-797.438,94**					**-797.438,94**	**61.743.828,90**	**34.158.350,45**
III. Finanzanlagen	**200.748.601,37**	**41.367,44**		**-113.385,97**	200.676.582,84	**-104.565.810,20**	**-17.666.465,78**	**6.079,00**		**2.332.889,68**	**-119.893.307,30**	**80.783.275,54**	**96.182.791,17**
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.017.154,98				4.017.154,98	0,00	0,00				**0,00**	**4.017.154,98**	**4.017.154,98**
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	78.675.332,33				78.675.332,33	-19.175.621,73	-6.487.642,32			2.332.889,68	**-23.330.374,37**	**55.344.957,96**	**59.499.710,60**
3. Beteiligungen	25.270.118,63				25.270.118,63	-16.001.522,90	-7.437.999,00				**-23.439.521,90**	**1.830.596,73**	**9.268.595,73**
4. Sondervermögen	0,00				0,00							**0,00**	**0,00**
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	91.646.570,24	367,44			91.646.937,68	-69.382.586,57	-3.732.995,46				**-73.115.582,03**	**18.531.355,65**	**22.263.983,67**
6. Ausleihungen	1.139.425,19	41.000,00		-113.385,97	1.067.039,22	-6.079,00	-7.829,00	6.079,00			**-7.829,00**	**1.059.210,22**	**1.133.346,19**
6.1. an verbundene Unternehmen													
6.2. an Beteiligungen													
6.3. an Sondervermögen	0,00			0,00	0,00							**0,00**	0,00
6.4. Sonstige Ausleihungen	1.139.425,19	41.000,00		-113.385,97	1.067.039,22	-6.079,00	-7.829,00	6.079,00			**-7.829,00**	**1.059.210,22**	**1.133.346,19**
Anlagevermögen insgesamt	**2.471.010.119,80**	**49.368.293,03**	**0,00**	**-6.910.922,50**	**2.513.467.490,33**	**-661.620.670,14**	**-84.140.872,72**	**2.635.677,43**	**0,00**	**2.332.889,68**	**-740.792.975,75**	**1.772.674.514,58**	**1.809.389.449,66**

In der Position „Sonstige unbebaute Grundstücke“ befinden sich ergebnisneutrale Anlagenabgänge gem. §43 Abs. 3 GemHVO i. H. v. -3.735,00 EUR
In der Position „Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude“ befinden sich ergebnisneutrale Anlagenabgänge gem. §43 Abs. 3 GemHVO i. H. v. -67,00 EUR
In der Position „Straßennetz m.Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanl. befinden sich ergebnisneutrale Anlagenabgänge gem. §43 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 79.443,00 EUR
Die Position „Beteiligungen“ enthält ergebnisneutrale Abwertungen gem. §43 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 7.437.999,00 EUR
Die Position „Wertpapiere des Anlagevermögens“ enthält ergebnisneutrale Abwertungen gem. §43 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 3.732.995,46 EUR

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 6.866 TEUR (Vorjahr 7.751 TEUR) handelt es sich im Wesentlichen (6.162 TEUR) um Geschäfts- oder Firmenwerte, die durch die Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Weiterhin sind 704 TEUR bei den Tochterunternehmen bilanzierte EDV-Software und Lizenzen enthalten.

Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 183.278 TEUR (Vorjahr 183.903 TEUR) betreffen überwiegend die städtischen Grün- und Parkanlagen, Friedhöfe, Ackerland, Kleingartenanlagen, Wald und Forsten sowie Grundstücke mit Erbbaurecht. Weiterhin sind in dieser Position aus der Neubewertung aufgedeckte stille Reserven in Höhe von 17.330 TEUR enthalten.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 479.523 TEUR (Vorjahr 491.618 TEUR) betreffen sowohl den Wert des Grund und Bodens als auch die darauf befindlichen Gebäude. Hierzu zählen insbesondere Kindertageseinrichtungen, Schulen, Wohnbauten sowie Dienst- und Geschäftsgebäude. Der Gesamtwert betrifft zu 79 % das Vermögen der Kernverwaltung, zu 13 % das Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 5 % das Vermögen des ASO Eigenbetriebs sowie zu 3 % das Vermögen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Es handelt sich bei den Tochtergesellschaften im Wesentlichen um Dienst- oder Betriebsgebäude, ein Betrag von 13.441 TEUR aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist darin enthalten.

Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen in Höhe von 904.936 TEUR (Vorjahr 936.033 TEUR) betrifft zu rund 94 % Anlagevermögen der Kernverwaltung. Die Zusammensetzung des Infrastrukturvermögens betrifft das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen mit 329.672 TEUR, die städtischen Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit 298.669 TEUR, der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens mit 165.041 TEUR und mit 111.554 TEUR Brücken und Tunnel, Gleisanlagen sowie sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens. Aus der Aufdeckung von Stillen Reserven ist in der Position Gleisanlagen ein Betrag von 6.884 TEUR enthalten.

Der Bilanzwert des Infrastrukturvermögens hat sich im Wesentlichen dadurch vermindert, dass die Abschreibungen und Abgänge deutlich höher als die Zugänge und die Umbuchungen aus den Anlagen im Bau ausfielen.

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bauten auf fremdem Grund und Boden in Höhe von 3.149 TEUR (Vorjahr 1.129 TEUR) betreffen zu 65 % die Kernverwaltung und zu 35 % die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Kunstgegenstände und Ausstellungsstücke wie Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Kunstgegenstände im öffentlichen Raum, Skulpturen und Plastiken sowie Brunnenanlagen in Höhe von 7.504 TEUR (Vorjahr 7.537 TEUR) betreffen komplett das Anlagevermögen der Kernverwaltung.

Maschinen und technische Anlagen

Die Maschinen und technischen Anlagen in Höhe von 26.550 TEUR (Vorjahr 31.358 TEUR) betreffen nur zu 18 % das Anlagevermögen der Kernverwaltung, da das von der Stadt Oberhausen genutzte bewegliche Anlagevermögen sich weitgehend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet. Diese stellt der Stadt Oberhausen die Vermögensgegenstände gegen ein Nutzungsentgelt zur Verfügung. Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich im Wesentlichen um den Fuhrpark und die Maschinen- und Geräteausstattung der Feuerwehr. Die weiteren Bestände an Maschinen und technischen Anlagen betreffen die operativ tätigen Firmen STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH mit 66 % und die Bestände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH mit 16 %. Aus stillen Reserven resultieren 2.738 TEUR. Diese sind in den Fahrzeugen des ÖPNV enthalten.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Das Gesamtvermögen an Betriebs- und Geschäftsausstattung zum 31.12.2015 beläuft sich auf 18.341 TEUR (Vorjahr 19.719 TEUR). Hiervon entfallen 7.652 EUR auf Ausstattungsgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Enthalten hierin ist die von der Stadt Oberhausen genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung, die sich im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet und der Stadt Oberhausen unter Berechnung von Nutzungsentgelten zur Verfügung gestellt wird. Bei der im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 5.727 TEUR handelt es sich um Bücher- und Medienbestände der Bibliotheken, um das Mobiliar in öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken, um die städtischen Musikinstrumente, um den Bestand an Lernmitteln sowie um Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr und der Volkshochschule. Weiterhin handelt es sich in Höhe von 4.866 TEUR um Vermögensgegenstände der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und in Höhe von 96 TEUR um Vermögensgegenstände des Eigenbetriebs Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

Anlagen im Bau / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau

Die Anlagen im Bau / Geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau in Höhe von 61.744 TEUR (Vorjahr 34.158 TEUR) betreffen zu 95 % Maßnahmen der Kernverwaltung, zu 4 % Maßnahmen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und zu 1 % Maßnahmen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im Wesentlichen handelt es sich mit 24.237 TEUR um Baumaßnahmen von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen, mit 23.577 TEUR um Kanalbaumaßnahmen sowie mit 12.729 TEUR um Straßenbaumaßnahmen und Infrastrukturvermögen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen in Höhe von 80.783 TEUR (Vorjahr 96.183 TEUR) werden zu 88 % bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten, der Kernhaushalt bilanziert lediglich 12 % der gesamten Finanzanlagen. Die Finanzanlagen setzten sich zusammen aus:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Rubrik werden Anteile an Gesellschaften mit Mehrheitlicher Beteiligung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde ausgewiesen, die i.d.R. zum Vollkonsolidierungskreis gehören. Der Einbezug ist für diese Anteile nach § 116 Abs. 3 GO NRW unterblieben, da sie von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile von 4.017 TEUR (Vorjahr 4.017 TEUR) werden zu 100 % im Kernhaushalt gehalten.

Anteile an assoziierten Unternehmen

Bei den assoziierten Unternehmen handelt es sich um die in § 50 Abs. 3 GemHVO NRW genannten Betriebe unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde, an denen die Gemeinde eine Beteiligung im Sinne von § 281 Abs. 1 HGB hält. Die Anteile in Höhe von 55.345 TEUR (Vorjahr 59.500 TEUR) werden zu 100 % von der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten. Darin enthalten ist ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 38.376 TEUR aus der Gegenüberstellung zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital der Equity-Einheiten. Dieser Wert wird als Geschäfts- oder Firmenwert planmäßig über insgesamt 15 Jahre abgeschrieben.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an verselbstständigten Aufgabenbereichen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu diesen verselbstständigten Aufgabenbereichen zu dienen. Beteiligungen in Höhe von 1.831 TEUR (Vorjahr 9.269 TEUR) werden überwiegend bei dem Kernhaushalt (98 %) gehalten.

Sondervermögen

Die Anteile an Sondervermögen sind im Rahmen der Kapitalkonsolidierung vollständig eliminiert worden.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die im Gesamtabschluss ausgewiesenen Wertpapiere in Höhe von 18.531 TEUR (Vorjahr 22.264 TEUR) werden zu 85 % bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten und betreffen überwiegend Aktien der RWE AG. Weitere 15 % betreffen Pensionsfonds die vom Kernhaushalt gehalten werden.

Sonstige Ausleihungen

Sonstige Ausleihungen in Höhe von 1.059 TEUR (Vorjahr 1.133 TEUR) sind im Wesentlichen beim Kernhaushalt bilanziert und betreffen kleinere Darlehen.

3.3.1.2 Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte in Höhe von 23.192 TEUR (Vorjahr 18.475 TEUR) betreffen zu 62 % Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 36 % Vermögen der Kernverwaltung sowie mit 2 % Vermögen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im Einzelnen handelt es sich bei den Werten um nicht abgerechnete Mietnebenkosten und Baumaßnahmen (9.759 TEUR), um zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke (8.067 TEUR), um geleistete Anzahlungen für noch nicht abgerechnete Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (3.552 TEUR), um geleistete Anzahlungen für Maßnahmen zur Gebäudeunterhaltung (1.057 TEUR) sowie um Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (757 TEUR).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Gesamtbetrag der offenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 45.659 TEUR (Vorjahr 51.195 TEUR) stammt zu 67 % aus Forderungen der Kernverwaltung, zu 23 % aus Forderungen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, zu 9 % aus Forderungen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und zu 1 % aus Forderungen des Theaters Oberhausen und des ASO Eigenbetriebes.

Liquide Mittel

Im Gesamtabschluss zum 31.12.2015 waren liquide Mittel in Höhe von 16.245 TEUR (Vorjahr 12.352 TEUR) vorhanden. Sie betrafen im Wesentlichen mit 9.373 TEUR Guthaben der Kernverwaltung, mit 3.051 TEUR Guthaben der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und mit 2.844 TEUR Guthaben des ASO Eigenbetriebes.

3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 20.187 TEUR (Vorjahr 18.347 TEUR) betreffen zu 99 % die Kernverwaltung. Hierin enthalten sind im Wesentlichen in Höhe von 11.218 TEUR Zahlungen für Aufwendungen des Haushaltsjahres 2016, in Höhe von 5.021 TEUR geleistete Investitionskostenzuschüsse mit Gegenleistungsverpflichtung sowie in Höhe von 3.508 TEUR die Zahlung der Beamtenbezüge für den Januar 2016.

3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgt als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten überstiegen, wurde der ermittelte Saldo in Höhe von 1.113.857 TEUR (Vorjahr 1.068.322 TEUR) auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen und es konnten dementsprechend keine Rücklagen gebildet werden.

Das negative Eigenkapital resultiert aus der Bilanz des Kernhaushaltes, auch nach der Konsolidierung mit den anderen verselbständigten Aufgabenbereichen verbleibt der Ausweis des Eigenkapitals negativ.

Ergebnisneutrale Korrekturen des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ haben sich aus der Verrechnung von Aufwendungen/Erträgen gem. § 43 Abs. 3 GemHVO in Höhe von 10.757 TEUR ergeben. Diese setzen sich zusammen aus der ergebnisneutralen Abwertung von Finanzanlagen in Höhe von 11.171 TEUR, der ergebnisneutralen Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen aus Anlagenabgängen und zugehörigen Sonderposten in Höhe von 56 TEUR sowie der ergebnisneutralen Veräußerung von Umlaufvermögen in Höhe von - 470 TEUR.

Weiterhin wurden aus dem Einzelabschluss der Stadt Oberhausen ergebnisneutrale Korrekturen zur Eröffnungsbilanz in Höhe von – 681 TEUR übernommen.

3.3.2 Passiva

3.3.2.1 Eigenkapital

Erläuterungen zum Eigenkapital siehe Punkt 3.3.1.4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“.

3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung.

Im Berichtsjahr war kein Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung mehr vorhanden. Bisher ausgewiesene Unterschiedsbeträge, die bei Tochtergesellschaften aus BilMoG-Effekten des Geschäftsjahres 2010 resultierten, wurden nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW mit bestehenden Geschäfts- oder Firmenwerten verrechnet.

3.3.2.3 Sonderposten

Der Gesamtbetrag der Sonderposten in Höhe von 470.716 TEUR (Vorjahr 483.009 TEUR) setzt sich zusammen aus:

Sonderposten für Zuwendungen

Sonderposten für Zuwendungen wurden für Geldleistungen von Dritten gebildet, die der Konzern Stadt Oberhausen für die Durchführung von Investitionen erhalten hat. Analog zur Abschreibung des Anlagevermögens werden die zugehörigen Sonderposten in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Die Sonderposten für Zuwendungen in Höhe von 404.122 TEUR (Vorjahr 415.351 TEUR) setzten sich zusammen aus 365.250 TEUR die an die Kernverwaltung geleistet wurden, aus 37.926 TEUR die an die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH geleistet wurden sowie aus 946 TEUR die die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH erhalten hat.

Sonderposten für Beiträge

Unter den Sonderposten für Beiträge in Höhe von 62.220 TEUR (Vorjahr 64.587 TEUR) werden die nach dem Kommunalabgabengesetz und Baugesetzbuch erhobenen Erschließungsbeiträge im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen sowie die erhobenen Kanalanschlussbeiträge ausgewiesen. Der Gesamtbetrag betrifft Beiträge die von der Kernverwaltung erhoben wurden.

Sonderposten für den Gebührenausgleich

Die Sonderposten für den Gebührenausgleich in Höhe von 3.877 TEUR (Vorjahr 2.556 TEUR) betreffen Kostenüberdeckungen innerhalb der Gebührenbereiche Straßenreinigung, Friedhöfe, Abfallbeseitigung sowie Märkte. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Beträge in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz sind diese Überschüsse in der Gebührenkalkulation der drei Folgejahre gebührenmindernd zu berücksichtigen. Analog dazu erfolgt eine Auflösung der gebildeten Sonderposten. Auch dieser Sonderposten im Gesamtabschluss wurde komplett durch die Kernverwaltung eingebracht.

Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten in Höhe von 497 TEUR (Vorjahr 515 TEUR) betreffen komplett den ASO Eigenbetrieb.

3.3.2.4 Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die gebildete Pensionsrückstellung in Höhe von 410.837 TEUR (Vorjahr 401.480 TEUR) wurde für die Erfüllung künftiger, wahrscheinlicher Pensionszahlungen für die aktiven Beamten sowie für die Versorgungsempfänger gebildet und betrifft mit 98 % die Kernverwaltung. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe zertifizierter Software unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck bzw. in den Tochtergesellschaften anhand von Gutachten.

Rückstellung für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für Deponien und Altlasten in Höhe von 600 TEUR (Vorjahr 600 TEUR) betrifft ausschließlich die Stadt Oberhausen für notwendige zu erwartende Aufwendungen für die beiden ehemaligen Deponien auf der Bromberger Straße und in Vonderort.

Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 4.934 TEUR (Vorjahr 4.265 TEUR) wurden in Höhe von 3.861 TEUR für notwendige Sanierungsarbeiten an den Hausanschlüssen städtischer Immobilien gebildet. Hierbei wurden nur die Maßnahmen berücksichtigt, für die in den nächsten Jahren eine konkrete Durchführungsabsicht vorliegt. Diese sind angelehnt an das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Oberhausen. Über den Planungszeitraum hinaus liegen keine konkreten Kostenermittlungen

für die Sanierung weiterer Hausanschlüsse vor. Nach statistischer und überschlägiger Berechnung ohne Bezug zu Einzelobjekten können über die gebildete Rückstellung hinaus weitere Aufwendungen in Höhe von ca. 12 Mio. EURO entstehen. Weiterhin sind in den gebildeten Rückstellungen 711 TEUR bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH enthalten, für die Instandhaltung von Einrichtungen des Theaters Oberhausen 237 TEUR sowie 125 TEUR für Rekultivierungsverpflichtungen von Verbandsgrünflächen des ASO Eigenbetriebes.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 137 TEUR (Vorjahr 137 TEUR) betreffen Körperschaftssteuerverpflichtungen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Sonstige Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen beträgt 65.724 TEUR (Vorjahr 67.596 TEUR) und betrifft mit rund 79 % den Kernhaushalt, mit 11 % die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und mit 10 % die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Die sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen durch hohe Drohverlustrückstellungen beim Kernhaushalt geprägt (33.190 TEUR). Hierbei handelt es sich um mögliche Erstattungsverpflichtungen aus der Preisreduzierung von Entsorgungskosten der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA), um eventuelle Rückzahlungen von Zuschüssen für die Baureifmachung des Stahlwerksgeländes OVision und um ein Klageverfahren zur Sanierung des Hans-Sachs-Berufskollegs.

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 14.044 TEUR gebildet. Die Berechnung erfolgte durch versicherungsmathematische Gutachten. Der Anteil des Kernhaushaltes beträgt rund 71 %.

In Höhe von 8.260 TEUR wurden Rückstellungen für übrige Personalkosten (noch nicht genommener Urlaub, Überhang Überstunden/Mehrarbeit, Beihilfeabrechnungen, Reisekosten etc.) gebildet.

Für Abrechnungssachverhalte aus Kontrakten des öffentlichen Personennahverkehrs wurden Rückstellungen in Höhe von 2.071 TEUR gebildet.

Die Risiken für mögliche Rückzahlungen von Fördermitteln und Zuwendungen wurden mit weiteren 964 TEUR abgebildet.

Ferner wurden für fehlende Eingangsrechnungen, weitere Einzelrisiken und Verpflichtungen sonstige Rückstellungen in Höhe von 7.195 TEUR gebildet.

3.3.2.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fristigkeiten gemäß dem beigefügten Verbindlichkeitenspiegel auf.

G e s a m t v e r b i n d l i c h k e i t e n s p i e g e l

	Gesamtbetrag am 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2014
		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**383.782.299,16**	**2.995.469,47**	**48.536.378,30**	**332.250.451,39**	**392.023.099,92**
2.1 vom öffentlichen Bereich	**6.836.370,58**	**53.604,13**	**100.992,13**	**6.681.774,32**	**7.240.242,45**
2.2 von Kreditinstituten	**376.945.928,58**	**2.941.865,34**	**48.435.386,17**	**325.568.677,07**	**384.782.857,47**
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**1.582.500.000,00**	**517.500.000,00**	**450.000.000,00**	**615.000.000,00**	**1.566.300.000,00**
3.1 vom privaten Kreditmarkt	**1.582.500.000,00**	**517.500.000,00**	**450.000.000,00**	**615.000.000,00**	**1.566.300.000,00**
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**18.295.396,04**	**18.295.396,04**	**0,00**	**0,00**	**12.244.024,95**
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	**4.715.955,59**	**4.715.955,59**	**0,00**	**0,00**	**2.113.163,50**
7. Sonstige Verbindlichkeiten	**22.694.345,61**	**20.799.050,57**	**1.895.295,04**		**21.598.465,06**
8. Erhaltene Anzahlungen	**5.577.470,78**	**3.922.051,40**	**0,00**	**1.655.419,38**	**3.752.187,48**
Summe	**2.017.565.467,18**	**568.227.923,07**	**500.431.673,34**	**948.905.870,77**	**1.998.030.940,91**

Nachrichtliche Angaben:	TEUR
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Bürgschaften	61.006
Sicherheitsverpflichtung zu Forderungsabtretung GMVA	42.501

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 383.782 TEUR (Vorjahr 392.023 TEUR) betreffen zu 77 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 16 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie zu 7 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Sofern die Gemeinde nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Der Bestand dieser Kreditaufnahmen zum 31.12.2015 in Höhe von 1.582.500 TEUR (Vorjahr 1.566.300 TEUR) betrifft komplett Geldaufnahmen der Kernverwaltung.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 18.295 TEUR (Vorjahr 12.244 TEUR) betreffen Rechnungen für den Leistungszeitraum 2015 die erst im Folgejahr bezahlt werden. Sie betreffen mit 55 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 24 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 20 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung und mit 1 % Verbindlichkeiten des Theaters Oberhausen.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 4.716 TEUR (Vorjahr 2.113 TEUR) betreffen komplett die Kernverwaltung.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 22.694 TEUR (Vorjahr 21.598 TEUR) betreffen zu 78 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 19 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, zu 2 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH sowie zu 1 % Verbindlichkeiten des Theaters Oberhausen bzw. des ASO Eigenbetriebs. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Zinsaufwendungen die den Zeitraum bis zum 31.12.2015 betreffen und zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlt waren, um erhaltene Zuwendungen für Investitionen, die noch nicht den damit geförderten Anlagegegenständen zugeordnet werden konnten, sowie um Steuerverbindlichkeiten.

Erhaltene Anzahlungen

Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 5.577 TEUR (Vorjahr 3.752 TEUR) betreffen in Höhe von 5.564 TEUR die Kernverwaltung. Es handelt sich im Wesentlichen um Ökologische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (1.655 TEUR), Zuwendungen für Investitionen, die erst in Folgejahren Verwendung finden (1.371 TEUR) und Ablösebeträge für die Erstellung von Stellplätzen (377 TEUR).

3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungen zum 31.12.2015 in Höhe von 21.300 TEUR (Vorjahr 22.962 TEUR) betreffen in Höhe von 20.695 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der Kernverwaltung, in Höhe von 344 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, in Höhe von 132 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und in Höhe von 129 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten des Theaters Oberhausen.

Sie beinhalten mit 11.242 TEUR Nutzungsentgelte von Grabstätten und mit 2.403 TEUR bereits vereinnahmte Grabpflegegebühren. Die Auflösung der Posten erfolgt zeitanteilig.

Für 5.021 TEUR sind erhaltene Investitionskostenzuschüsse passiviert, die an Dritte weitergeleitet wurden. Für die Gegenleistungsverpflichtung der Dritten wurde ein korrespondierender Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

556 TEUR der passiven RAP betreffen kreditorische Debitoren und mit 1.473 TEUR sind Zuwendungen an die Stadt Oberhausen bilanziert, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2016 erfolgt.

In Höhe von 344 TEUR sind Zahlungseingänge bei der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, in Höhe von 132 TEUR Zahlungseingänge bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und in Höhe von 129 TEUR bei dem Theater Oberhausen erfolgt, die wirtschaftlich erst das Jahr 2016 bzw. Folgejahre betreffen.

3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung

3.4.1 Ordentliche Gesamterträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) sowie die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) und sonstige Gemeindesteuern wie z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer etc.. Ferner werden hier steuerähnliche Erträge, wie z.B. Fremdenverkehrsabgaben und Abgaben von Spielbanken erfasst. Die Gesamteinnahmen hierzu in Höhe von 232.858 TEUR (Vorjahr 209.145 TEUR) wurden durch die Kernverwaltung erzielt.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse, die dem Empfänger als Finanzhilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben zufließen. Bei den Zuweisungen erhalten die Gemeinden Geldmittel von einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger, wie beispielsweise Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land während die Gemeinden bei den Zuschüssen Mittel vom unternehmerischen und übrigen Bereich für laufende Zwecke, wie z. B. Spenden erhalten. Das Gesamtaufkommen an Zuwendungen in Höhe von 285.987 TEUR (Vorjahr 262.441 TEUR) betrifft zu über 98 % die Kernver-

waltung. Neben den genannten Erträgen ist in der Gesamtsumme ein Betrag in Höhe von 21.983 TEUR aus der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten aus passivierten Zuwendungen für Investitionen enthalten.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge betreffen Übertragungen von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Hierunter fällt ebenso der Ersatz für Sozialhilfeleistungen wie Schuldendiensthilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für Kredite. Das Ertragsaufkommen aus Transferleistungen in Höhe von 4.329 TEUR (Vorjahr 4.114 TEUR) wurde zu 79 % durch die Kernverwaltung und zu 21 % durch das Theater Oberhausen erzielt.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind alle öffentlichen Abgaben, denen eine konkrete Leistung gegenübersteht, wie z. B. Genehmigungsgebühren, Passgebühren etc.. Weiterhin werden hier die Beiträge ausgewiesen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen dienen. Die gesamten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 95.171 TEUR (Vorjahr 96.675 TEUR) entfallen auf die Kernverwaltung.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden diejenigen Entgelte erfasst, für die konkrete Gegenleistungen der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises erbracht werden, ohne dass es hierfür eine öffentlich-rechtliche Grundlage (Satzung) gibt. Dies betrifft beispielsweise Verkaufserlöse, Mieten, Pachten sowie Entgelte für die Teilnahme an Kursen oder Veranstaltungen der Kommune. Der Gesamtbetrag in Höhe von 41.706 TEUR (Vorjahr 41.885 TEUR) wurde in Höhe von 25.717 TEUR durch die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, in Höhe von 9.572 durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, in Höhe von 5.609 TEUR durch die Kernverwaltung und in Höhe von 808 TEUR durch das Theater Oberhausen erzielt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehören die Erträge, die die Gemeinde für Aufwendungen erhält, die sie für andere Stellen erbracht hat. Die Kommune handelt in diesen Fällen im Auftrag eines Dritten, der die entstandenen Aufwendungen vollständig oder anteilig erstattet. Beispielsweise liegen Kostenerstattungen vor, wenn auf die Kommune Aufgaben von überörtlichen Sozialhilfeträgern delegiert werden. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern nur pauschal in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 65.907 TEUR (Vorjahr 53.910) TEUR betreffen ausschließlich Einnahmen der Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge stellen eine Auffangposition für alle Erträge der Gemeinde dar, die nicht anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen sowohl Konzessionsabgaben, Erträge aus Anlageverkäufen (bei Erlösen über dem Buchwert), Bußgelder, Säumniszuschläge als auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen etc.. Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 31.457 TEUR (Vorjahr 34.313 TEUR) entfallen im Wesentlichen mit 25.513 TEUR auf die Kernverwaltung, mit 2.868 TEUR auf die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 2.238 TEUR auf den ASO Eigenbetrieb und mit 838 TEUR auf die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen stehen als Ertragsposition den Aufwendungen gegenüber, die zur Herstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Mit dem Ansatz aktivierter Eigenleistungen wird das Anlagevermögen erhöht. Die ertragswirksame Verbuchung der aktivierten Eigenleistung bewirkt, dass Erfolgsneutralität hergestellt wird. Herstellungskosten und Eigenleistungen weisen fallbezogen den gleichen Betrag auf. Die aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 19.817 TEUR (Vorjahr 7.582 TEUR) betreffen in Höhe von 19.788 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und in Höhe von 29 TEUR die Kernverwaltung.

Bestandsveränderungen

Bei den Bestandsveränderungen werden Erhöhungen bzw. Verminderungen des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Die Bestandsveränderungen von 5.862 TEUR (Vorjahr 1.701 TEUR) betreffen in voller Höhe die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen

Personalaufwendungen

Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Beschäftigten in der Verwaltung zusammenhängen. Die Personalaufwendungen werden brutto erfasst, d. h. inklusive Lohnnebenkosten, wie beispielsweise Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuführungen zu Personalrückstellungen, z. B. Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Urlaub und Altersteilzeit etc. werden ebenfalls hier erfasst. Die Personalaufwendungen des Jahres 2015 belaufen sich auf 189.025 TEUR (Vorjahr 185.243 TEUR). Sie betreffen mit 131.176 TEUR die Kernverwaltung, mit 28.602 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 22.111 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH sowie mit 7.136 TEUR das Theater Oberhausen.

Versorgungsaufwendungen

Unter die Versorgungsaufwendungen fallen alle Aufwendungen für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige, sofern die Aufwendungen nicht bereits in Vorjahren durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt wurden. Von den gesamten Versorgungsaufwendungen in Höhe von 17.351 TEUR (Vorjahr 21.176 TEUR) entfallen 16.973 TEUR auf die Kernverwaltung sowie 378 TEUR auf die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen Aufwendungen, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Unter anderem werden hier die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, sowie des sonstigen Sachanlagevermögens erfasst. Weiterhin fallen unter diese Position sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, wie beispielsweise der Erwerb von Waren und die Aufwendungen für Dienstleistungen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 144.734 TEUR (Vorjahr 129.644 TEUR) betreffen mit 67.350 TEUR die Kernverwaltung, mit 56.615 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 19.732 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 929 TEUR das Theater Oberhausen und mit 108 TEUR den ASO Eigenbetrieb.

Bilanzielle Abschreibungen

Der anteilige Ressourcenverbrauch, der durch die Nutzung des Anlagevermögens über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsteht, wird hier anteilig in Höhe der jeweiligen jährlichen Abschreibungsbeträge erfasst. Diese Beträge mindern den Wert des Anlagermögens ergebniswirksam. Die Gesamtabschreibungen in Höhe von 70.805 TEUR (Vorjahr 73.939 TEUR) erfolgten in Höhe von 47.501 TEUR auf Vermögensgegenstände der Kernverwaltung, in Höhe von 15.685 TEUR auf Vermögensgegenstände der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, in Höhe von 6.690 TEUR auf Vermögensgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie in Höhe von 929 TEUR auf Vermögensgegenstände des ASO Eigenbetriebs.

Transferaufwendungen

Als Transferleistung werden die Leistungen der Gemeinde an Dritte erfasst, ohne dass diesen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Es handelt sich um einseitige Geschäftsvorfälle, denen kein Leistungsaustausch zu Grunde liegt. Grundlage hierfür können Rechtsnormen, Ratsbeschlüsse oder Verwaltungsentscheidungen sein. Unter die Transferleistungen fallen insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Sozialtransfers und allgemeine Umlagen. Die Aufwendungen für Sozialtransfers ergeben sich aus der Sozialgesetzgebung, insbesondere sind dies Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII, dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz etc.. Unter die Transferaufwendungen fallen auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit. Die Transferaufwendungen in Höhe von 242.122 TEUR (Vorjahr 216.990 TEUR) betreffen ausschließlich die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Sammelposition für die Aufwendungen, die nicht anderen Aufwandspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Versicherungsbeiträge, Telefonkosten sowie Beiträge an Berufsverbände. Der Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 123.301 TEUR (Vorjahr 116.945) TEUR betrifft mit 91.247 TEUR die Kernverwaltung, mit 30.509 TEUR die OGM Oberhausener Ge-

bäudemanagement GmbH, mit 1.441 TEUR das Theater Oberhausen und mit 104 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im besonderen Fall der Konsolidierung mit einer Kommune ergibt sich aus der Umsatzsteuerrelevanz, dass Netto-Umsätze der umsatzsteuerpflichtigen Betriebe den bei der Stadt Oberhausen brutto erfassten Aufwendungen gegenüberstehen, so dass nach durchgeführter Aufwandskonsolidierung zwangsläufig der bestehende Saldo als Aufwand verbleibt. Hierdurch wird der Vorteil des Vorsteuerabzugs, den die Tochterunternehmen bei bezogenen Waren und Leistungen erzielen, eliminiert. Diese Aufwendungen hätte die Kommune ansonsten direkt gegenüber Dritten. Im Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind solche Soll-Differenzen durch Umsatzsteuer aus der Aufwands-/Ertragseliminierung in Höhe von 17.076 TEUR enthalten.

3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis

Das ordentliche Gesamtergebnis stellt dar, welche Ertragskraft sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises ergibt. Es wird aus dem Saldo der ordentlichen Gesamterträge und der ordentlichen Gesamtaufwendungen ermittelt. Für das Jahr 2015 ergibt sich hier eine Unterdeckung in Höhe von 4.243 TEUR (Vorjahr 32.169 TEUR).

3.4.4 Finanzerträge

Zu den Finanzerträgen zählen für die Kommune Zinserträge, z. B. aus ausgegebenen Darlehen sowie Dividenden und andere Gewinnanteile von Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapieren des Anlagevermögens. Weiterhin werden hier die Zinserträge des Umlaufvermögens, wie Tagesgeld- bzw. Festgeldzinsen ausgewiesen. Die Finanzerträge in Höhe von 9.931 TEUR (Vorjahr 9.749 TEUR) wurden zu 99 % durch die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH erzielt.

3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen betreffen sämtliche Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital. Von den gesamten Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 40.350 TEUR (Vorjahr 43.861 TEUR) betreffen 35.812 TEUR die Kernverwaltung, 3.037 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie 1.501 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

3.4.6 Gesamtfinanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus dem Saldo zwischen den Finanzerträgen sowie den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Es verdeutlicht, wie sehr das Fremdkapital durch Zinsaufwendungen das Jahresergebnis beeinflusst. Im Gesamtfinanzergebnis ergibt sich eine Unterdeckung in Höhe von 30.419 TEUR (Vorjahr 34.111 TEUR).

3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit wird aus dem Ergebnis des ordentlichen Gesamtergebnisses und dem Gesamtfinanzergebnis gebildet. Die Unterdeckungen beider Einzelergebnisse summieren sich zu einem negativen Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 34.662 TEUR (Vorjahr 66.280 TEUR).

3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis

Hierunter fallen Aufwendungen und Erträge, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden. Sie beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Die Abgrenzung von den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen soll vermeiden, dass ein falsches Bild von der Ertragslage der Kommune entsteht. Im Haushaltsjahr 2015 waren hierzu keine Vorgänge zu verzeichnen.

3.4.9 Gesamtjahresergebnis

Das negative Gesamtjahresergebnis in Höhe von 34.662 TEUR (Vorjahr 66.280 TEUR) ergibt sich aus der Hinzurechnung des außerordentlichen Gesamtergebnisses zum Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit.

3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Zum 31.12.2015 bestanden ausschließlich bei der Kernverwaltung Bürgschaften in Höhe von 61.006 TEUR (Vorjahr 66.724 TEUR), davon 26.110 TEUR für Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises. Weiterhin bestanden Sicherheitsverpflichtungen zu Forderungsabtretungen der GMVA in Höhe von rd. 42.501 TEUR (Vorjahr 51.001 TEUR).

3.5.2 Sonstige Verpflichtungen

Aus Miet-, Leasing-, Pacht-, Service- und Wartungsverträgen bestehen zum 31.12.2015 Verpflichtungen bei den Tochterunternehmen des Vollkonsolidierungskreises in Höhe von 7.454 TEUR (Vorjahr 7.247 TEUR) jährlich, davon 177 TEUR innerhalb des Vollkonsolidierungskreises. Weiterhin bestand ein Bestellobligo für Investitionen in Höhe von 450 TEUR.

3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben

Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2015 befand sich der Einzelabschluss der Stadt Oberhausen für dieses Haushaltsjahr noch in der Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung. Ergebnisse, die ggf. noch zu Veränderungen der Vermögens- und Schuldenpositionen sowie des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ führen könnten, sind zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Für die Tochtergesellschaften des Vollkonsolidierungskreises liegen, entsprechend der Gesamtabschlussrichtlinie, geprüfte Überleitungsrechnungen vor, für die Meldedaten der Stadt Oberhausen liegt keine geprüfte Überleitungsrechnung vor.

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Sicherung von Zinskonditionen für aufgenommene Darlehen hat die Stadt Oberhausen für sechs Darlehen SWAP-Geschäfte abgeschlossen, bei denen die Entwicklung des variablen Zinssatzes sich eliminiert. Die Grundgeschäfte der Darlehensaufnahmen und die zugehörigen SWAP-Abschlüsse bilden eine Bewertungseinheit aus der keine bilanzierungspflichtigen Vorgänge entstehen.

Beiträge aus Erschließungsmaßnahmen

Grundsätzlich sind die Forderungen für Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen mit der Entstehung des Anspruches zu bilanzieren. Sofern noch keine Erhebung erfolgt ist, sind die Beträge für diese Maßnahmen gem. § 44 Absatz 2 Nr. 6 Gemeindehaushaltsverordnung im Anhang nachrichtlich zu erwähnen. Aus dem Anhang des Kernhaushaltes wurde übernommen, dass zum Bilanzstichtag 31.12.2015 keine nicht erhobenen abrechnungsfähigen Erschließungsmaßnahmen vorlagen.

Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung)

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde unter Anwendung der indirekten Methode nach dem Top-down-Konzept für den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aufgestellt.

Die Entwicklung des Finanzmittelfonds, welcher den Liquiden Mitteln aus der Bilanz entspricht, ist nachfolgend anhand der Kapitalflussrechnung nach dem DRS 2 Standard dargestellt:

Gesamtkapitalflussrechnung Stadt Oberhausen

		2015 EUR	2014 EUR
1.	Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	-34.662.078,44	-66.280.057,76
2.	+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	70.738.449,26	72.178.154,97
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	8.154.685,34	10.492.290,33
4.	+/- Zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge aus der Entwicklung von Sonderposten	-24.693.290,21	-29.035.844,58
5.	+/- Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	1.488.304,91	2.301.553,01
6.	+/- Abnahme / Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie anderen Aktiva die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.021.085,92	-5.016.392,17
7.	+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	9.912.922,07	-8.299.359,33
8.	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten		
9.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Posten	230.863,91	7.409.405,52
10.	**= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**30.148.770,92**	**-16.250.250,01**
11.	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	1.482.244,44	4.813.744,44
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-48.002.531,13	-34.340.417,79
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens		
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-187.292,41	-443.474,72
15.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	113.385,97	145.426,05
16.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-41.367,44	-12.856,35
17.	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		
18.	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		
19.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
20.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
21.	+ Einzahlungen aus Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie sonstigen Sonderposten	12.420.595,16	12.330.708,92
22.	**= Cashflow aus Investitionstätigkeit**	**-34.214.965,41**	**-17.506.869,45**
23.	+/- Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalreduzierungen	0,00	0,00
24.	- Auszahlungen an Unternehmenseigener und Minderheitsgesellschafter		
25.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.335.078.000,00	888.121.632,43
26.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-1.327.118.800,76	-850.910.478,34
27.	**= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**7.959.199,24**	**37.211.154,09**
28.	**Zahlungswirksame Veränderung des Zahlungsmittelfonds**	**3.893.004,75**	**3.454.034,63**
29.	**+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds**		
30.	**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**12.352.180,28**	**8.898.145,65**
31.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**16.245.185,03**	**12.352.180,28**

Im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit sind die wesentlichen Posten für die auf Erlöserzielung ausgerichteten Tätigkeiten des Unternehmens sowie sonstige Aktivitäten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, aufgeführt.

Die Position Zeile 9 Sonstige zahlungsunwirksame Posten in Höhe von 231 TEUR beinhaltet im Wesentlichen mit 681 TEUR ergebnisneutrale Korrekturen zur Eröffnungsbilanz der Stadt Oberhausen und mit - 435 TEUR Umgliederungen zwischen Anlage- und Umlaufvermögen.

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen im Wesentlichen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, bebaute und unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie das Infrastrukturvermögen.

4. Gesamtlagebericht

4.1 Allgemeine Angaben

Der vorliegende Gesamtabschluss ist gem. § 116 Abs. 1 GO NRW, sowie gem. § 49 Abs. 2 GemHVO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der einem handelsrechtlichen Konzernlagebericht nachempfundene Gesamtlagebericht der Gemeinde soll dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, des Rates und der Aufsichtsbehörde nachkommen und ein zusammenfassendes Bild über die Vermögens-, Schulden-, Aufwands-, Ertrags- und Finanzgesamtlage vermitteln. Zu diesem Zweck werden in diesem Gesamtlagebericht die wesentlichen Informationen zum „Konzern Stadt Oberhausen“ zusammengefasst. Darüber hinausgehende Detailinformationen können dem beigefügten Beteiligungsbericht, sowie den Einzeljahresabschlüssen der beteiligten Einheiten entnommen werden.

4.2 Erläuterungen im Einzelnen

Die Untersuchung der einzelnen Gesamtabschlussbestandteile vermittelt zusammengefasst die gesamtwirtschaftliche Situation der Stadt Oberhausen, diese stellt sich wie folgt dar:

4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Gesamtbilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2015 auf 2.991.815 TEUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 13.735 TEUR (0,46 %) erhöht.

Das Gesamtanlagevermögen hat sich um 36.715 TEUR (- 2,03 %) auf 1.772.675 TEUR verringert. Dieses liegt daran, dass Neuinvestitionen nicht in ausreichendem Umfang getätigt werden konnten um den Werteverzehr der Ressourcen zu kompensieren. Die Finanzanlagen in Höhe von 80.783 TEUR (2014: 96.183 TEUR) haben sich um 15.400 TEUR verringert.

Im Bereich des Umlaufvermögens haben sich die Vorräte um 4.718 TEUR (25,54 %) auf 23.192 TEUR erhöht. Der Bestand an Liquiden Mitteln ist um 3.893 TEUR (31,52 %) auf 16.245 TEUR gestiegen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich hingegen um 5.536 TEUR (- 10,81 %) auf 45.659 TEUR verringert, dies ist im Wesentlichen auf geringere Steuerforderungen sowie der Abnahme der debitorischen Kreditoren im Bereich der sonstigen Vermögensgegenstände der Stadt Oberhausen zurückzuführen.

Der Anstieg der Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um 1.840 TEUR (10,03 %) auf 20.187 TEUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einem Anstieg der Zahlungen die das folgende Haushaltsjahr betreffen in Höhe von 2.086 TEUR, von Zahlungen der Beamtenbezüge für den Januar des Folgejahres um 101 TEUR sowie aus einer Reduzierung der Rechnungsabgrenzungsposten für geleistete Investitionskostenzuschüsse um 309 TEUR.

Die Reduzierung der Sonderposten von 483.009 TEUR auf 470.716 TEUR (- 2,55 %) ist darin begründet, dass der jährlichen ertragswirksamen Auflösung keine entsprechenden Zuführungen des Jahres 2015 gegenüberstehen.

Die Erhöhung der Rückstellungen von 474.079 TEUR auf 482.233 TEUR (1,72 %) betrifft mit 9.358 TEUR den Anstieg der Pensionsrückstellungen, mit 669 TEUR die Erhöhung der Instandhaltungsrückstellungen sowie mit 1.873 TEUR die Verringerung der Sonstigen Rückstellungen.

Die Gesamtverbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr von 1.998.030 TEUR um 19.536 TEUR auf 2.017.566 TEUR erhöht.

Die Verringerung der Passiven Rechnungsabgrenzungsposten um 1.662 TEUR (-7,24 %) auf 21.300 TEUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einer Verringerung der kreditorischen Debitoren bei der Stadt Oberhausen in Höhe von 2.369 TEUR, einer Verringerung der erhaltenen Investitionskostenzuschüsse in Höhe von 309 TEUR sowie der Erhöhung von Zuwendungen an die Stadt Oberhausen, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2016 erfolgt, in Höhe von 931 TEUR.

Gesamtbilanz zum 31.12. in TEUR	IST 2015	IST 2014	Veränd.	in %
A K T I V A	**2.991.815**	**2.978.080**	**13.735**	**0,46**
1. Anlagevermögen	1.772.675	1.809.390	-36.715	-2,03
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	6.867	7.751	-884	-11,40
1.2 Sachanlagen	1.685.025	1.705.456	-20.431	-1,20
1.3 Finanzanlagen	80.783	96.183	-15.400	-16,01
2. Umlaufvermögen	85.096	82.021	3.075	3,75
2.1 Vorräte	23.192	18.474	4.718	25,54
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	45.659	51.195	-5.536	-10,81
2.3 Liquide Mittel	16.245	12.352	3.893	31,52
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	20.187	18.347	1.840	10,03
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.113.857	1.068.322	45.535	4,26
P A S S I V A	**2.991.815**	**2.978.080**	**13.735**	**0,46**
1 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	0	0	0,00
2. Sonderposten	470.716	483.009	-12.293	-2,55
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	404.122	415.351	-11.229	-2,70
2.2 Sonderposten für Beiträge	62.220	64.587	-2.367	-3,66
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	3.877	2.556	1.321	51,68
2.4 Sonstige Sonderposten	497	515	-18	-3,50
3. Rückstellungen	482.233	474.079	8.154	1,72
3.1 Pensionsrückstellungen	410.838	401.480	9.358	2,33
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600	600	0	0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.934	4.265	669	15,69
3.4 Steuerrückstellungen	137	137	0	0,00
3.5 Sonstige Rückstellungen	65.724	67.597	-1.873	-2,77
4. Verbindlichkeiten	2.017.566	1.998.030	19.536	0,98
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	383.782	392.023	-8.241	-2,10
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.582.500	1.566.300	16.200	1,03
4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.296	12.244	6.052	49,43
4.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.716	2.113	2.603	>100,00
4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	22.694	21.598	1.096	5,07
4.6 Erhaltene Anzahlungen	5.578	3.752	1.826	48,67
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	21.300	22.962	-1.662	-7,24

4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation

Das Gesamtjahresergebnis 2015 weist einen Fehlbetrag von 34.662 TEUR aus. Dies ist gegenüber dem Gesamtjahresergebnis 2014 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 66.280 TEUR eine Verbesserung von 31.618 TEUR.

Die ordentlichen Gesamterträge von 783.095 TEUR (Vorjahr 711.767 TEUR) haben sich um 10,02 % erhöht. Wesentlichen Anteil daran haben die Zunahme der Steuern und ähnlichen Abgaben bei der Stadt Oberhausen um 23.713 TEUR (11,34 %), der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen um 23.546 TEUR (8,97 %) bei der Stadt Oberhausen und der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, der Aktivierten Eigenleistungen um 12.235 TEUR (161,37 %) bei der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und die Zunahme der Kostenerstattungen und Kostenumlagen um 11.997 TEUR (22,25 %) bei der Stadt Oberhausen.

Die Bestandsveränderungen haben sich um 4.160 TEUR erhöht und die sonstigen ordentlichen Erträge um 2.856 TEUR verringert.

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr auf 787.338 TEUR (Vorjahr: 743.936 TEUR) um 5,83 % gestiegen.

Negativ haben sich die Steigerung der Transferaufwendungen um 25.132 TEUR (11,58 %), der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 15.090 TEUR (11,64 %), der Sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 6.356 TEUR (5,44 %) und die Steigerung der Personalaufwendungen um 3.782 TEUR (2,04 %) ausgewirkt. Die Versorgungsaufwendungen haben sich hingegen um 3.824 TEUR (- 18,06 %) verringert. Die bilanziellen Abschreibungen sind ebenfalls um 3.134 TEUR (- 4,24 %) gesunken.

Die positive Veränderung des Finanzergebnisses in Höhe von 3.692 TEUR (10,82 %) auf - 30.419 TEUR (Vorjahr – 34.111 TEUR) ist durch die Verringerung der Zinsaufwendungen für Kreditaufnahmen in Höhe - 3.510 TEUR sowie durch die Erhöhung der Finanzerträge um 182 TEUR begründet.

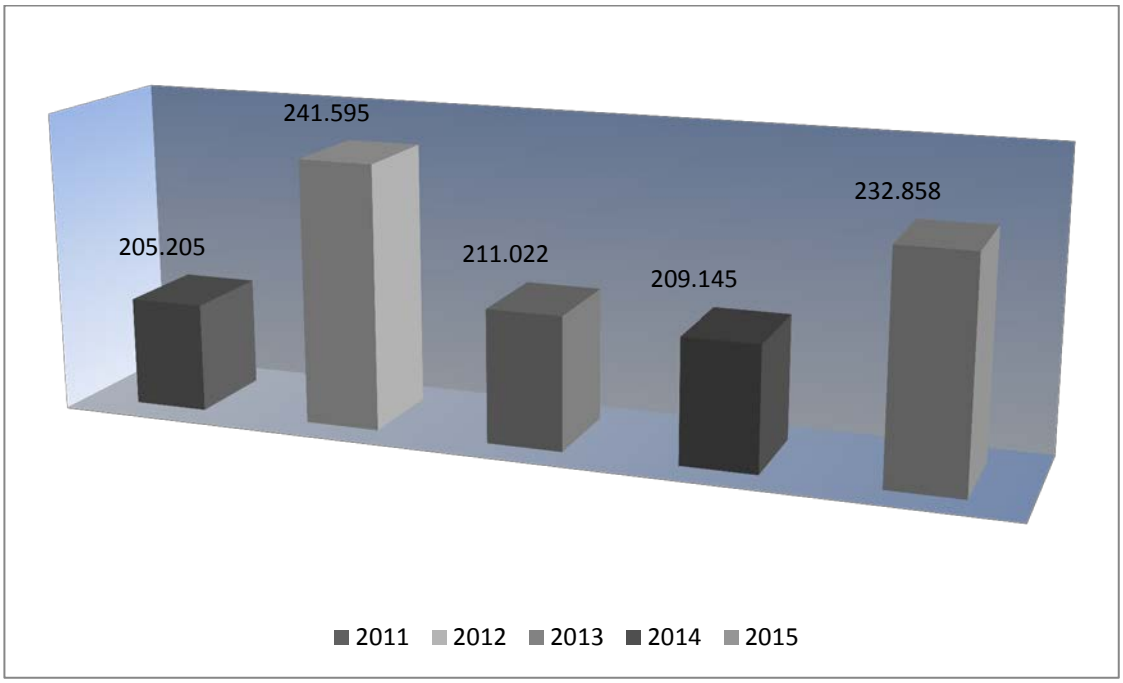
Gesamtergebnisrechnung der Stadt Oberhausen zum 31.12.2015

	31.12.2015	31.12.2014		
Gesamtergebnis	**TEUR**	**TEUR**	**Abw**	**in %**
01 Steuern und ähnliche Abgaben	232.858	209.145	23.713	11,34
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	285.987	262.441	23.546	8,97
03 Sonstige Transfererträge	4.330	4.114	216	5,25
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	95.171	96.675	-1.504	-1,56
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	41.706	41.885	-179	-0,43
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	65.907	53.910	11.997	22,25
07 Sonstige ordentliche Erträge	31.457	34.313	-2.856	-8,32
08 Aktivierte Eigenleistungen	19.817	7.582	12.235	>100,00
09 Bestandsveränderungen (-/+)	5.862	1.702	4.160	>100,00
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**783.095**	**711.767**	**71.328**	**10,02**
11 Personalaufwendungen	189.025	185.243	3.782	2,04
12 Versorgungsaufwendungen	17.351	21.175	-3.824	-18,06
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	144.734	129.644	15.090	11,64
14 Bilanzielle Abschreibungen	70.805	73.939	-3.134	-4,24
15 Transferaufwendungen	242.122	216.990	25.132	11,58
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	123.301	116.945	6.356	5,44
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**787.338**	**743.936**	**43.402**	**5,83**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-4.243**	**-32.169**	**27.926**	**-86,81**
19 Finanzerträge	9.931	9.749	182	1,87
20 Finanzaufwendungen	40.350	43.860	-3.510	-8,00
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-30.419**	**-34.111**	**3.692**	**-10,82**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-34.662**	**-66.280**	**31.618**	**-47,70**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0**	**0**	**0**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-34.662**	**-66.280**	**31.618**	**-47,70**

Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit dem Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages (§43 Abs.3 GemHVO)

	31.12.2015	31.12.2014		
	TEUR	TEUR	Abw	in %
27 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	493	8	485	>100,00
28 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0	0	0	0,00
29 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	79	88	-9	-10,23
30 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	11.171	226	10.945	>100,00
31 = Verrechnungssaldo (27 bis 30)	-10.757	-306	-10.451	>100,00

Steuern und ähnliche Abgaben

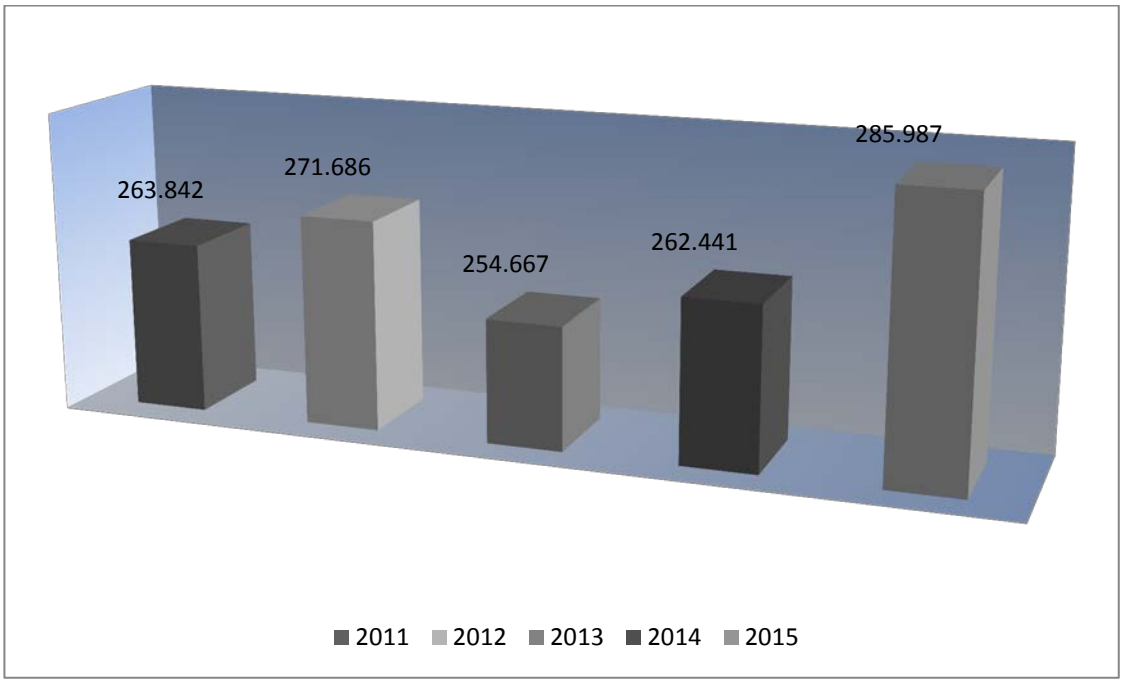


Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die Steuern und ähnlichen Abgaben sind gegenüber dem Vorjahreswert um 11,34 % (+ 23.713 TEUR) gestiegen.

Die Steigerung ist im Wesentlichen auf Mehrerträge der Kernverwaltung im Bereich der Gewerbesteuer (+ 10.862 TEUR), dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (+ 4.805 TEUR) sowie der Grundsteuer B (+ 3.528 TEUR) zurückzuführen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen



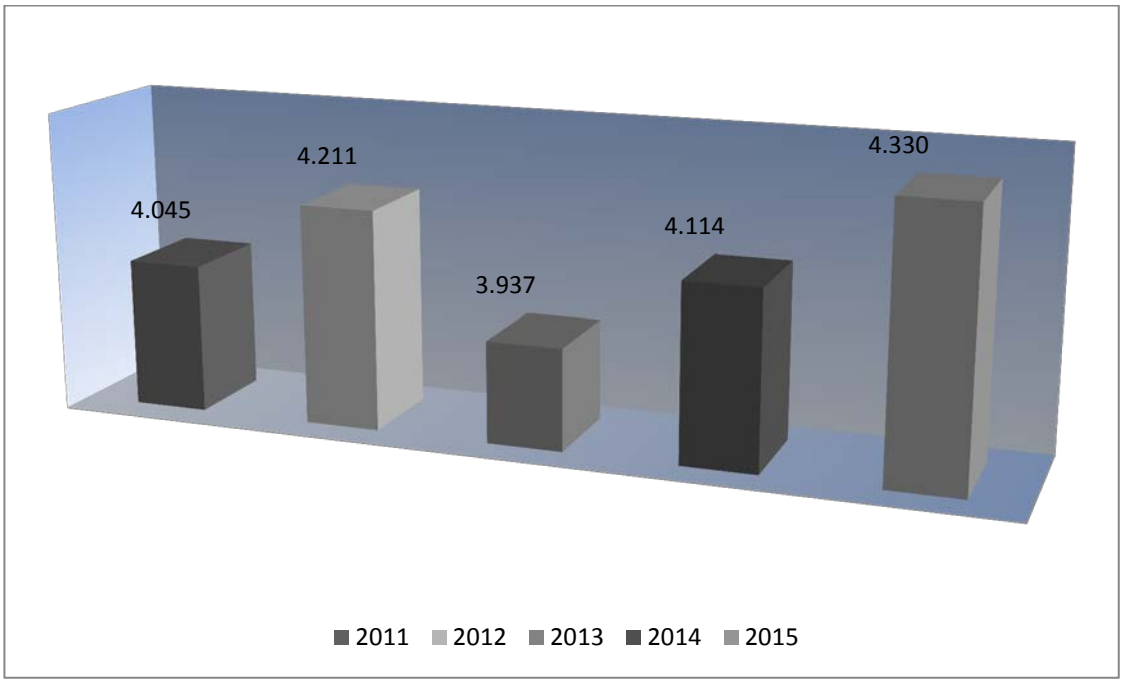
Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 23.546 TEUR oder 8,97 % gestiegen.

Die Steigerung ist im Wesentlichen der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen des Landes (+24.069 TEUR) sowie der Zuweisungen vom Land für Personalkosten (bspw. im Bereich der Kindergärten, insgesamt 1.551 TEUR) geschuldet.

Dem stehen geringere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (Zuweisungen vom Land) in Höhe von 1.225 TEUR gegenüber.

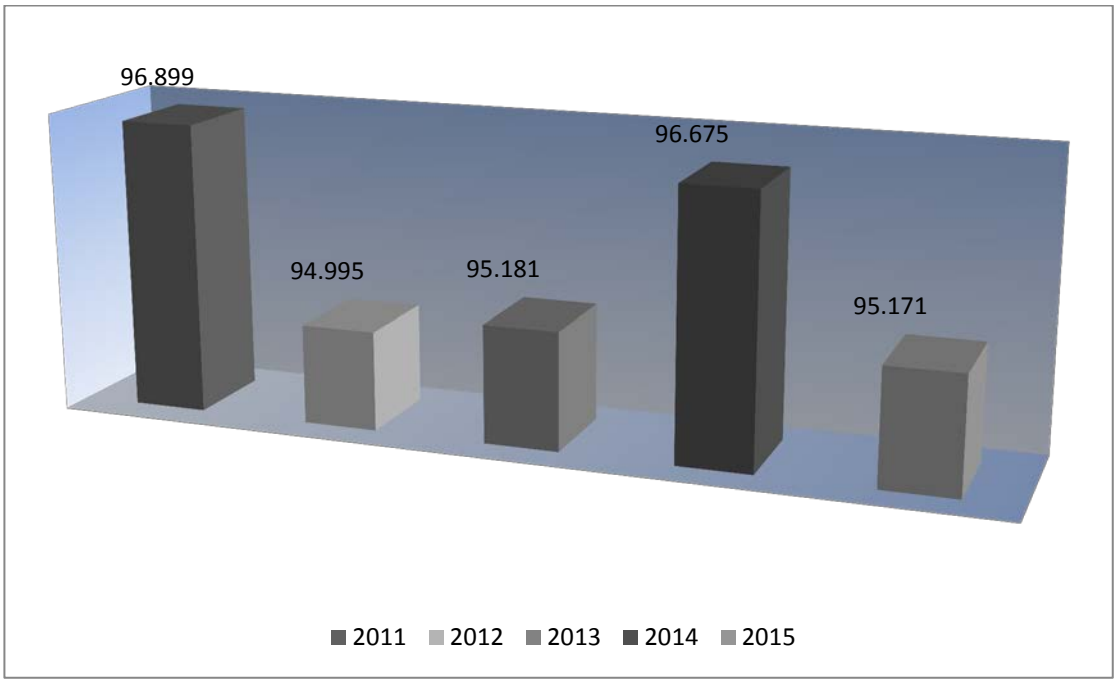
Sonstige Transfererträge



Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die Steigerung der sonstigen Transfererträge von 5,25 % macht einen Mehrertrag von rd. 216 TEUR gegenüber dem Vorjahr aus.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

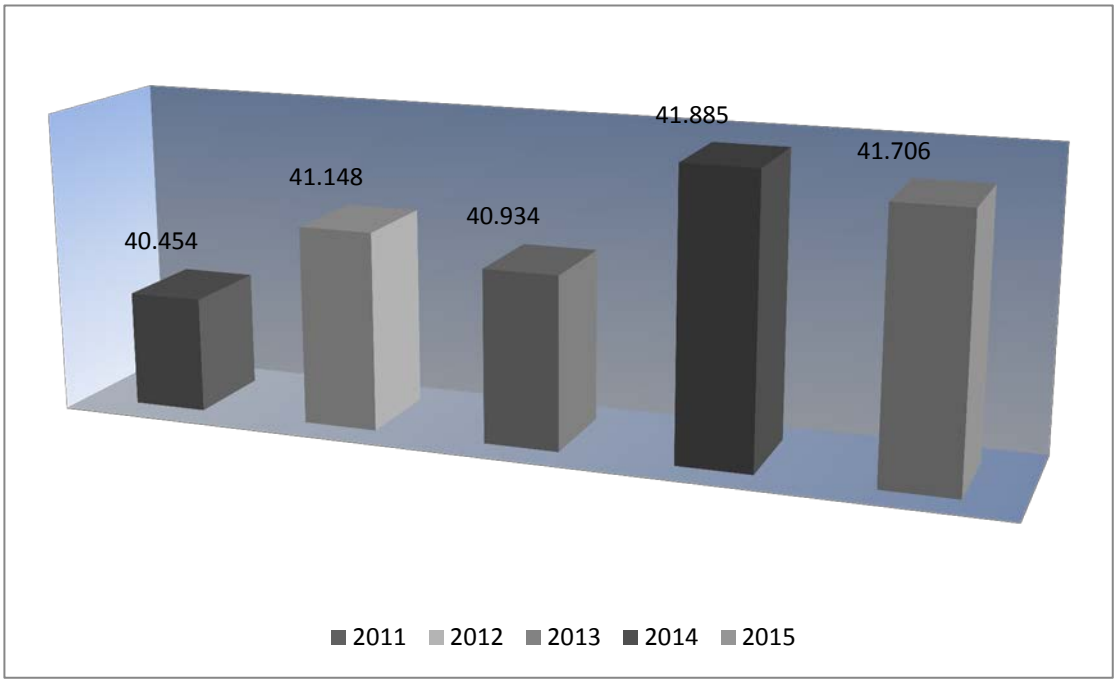


Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die Mindererträge belaufen sich auf - 1,56 % (-1.504 TEUR) und resultieren aus folgenden Sachverhalten der Kernverwaltung:

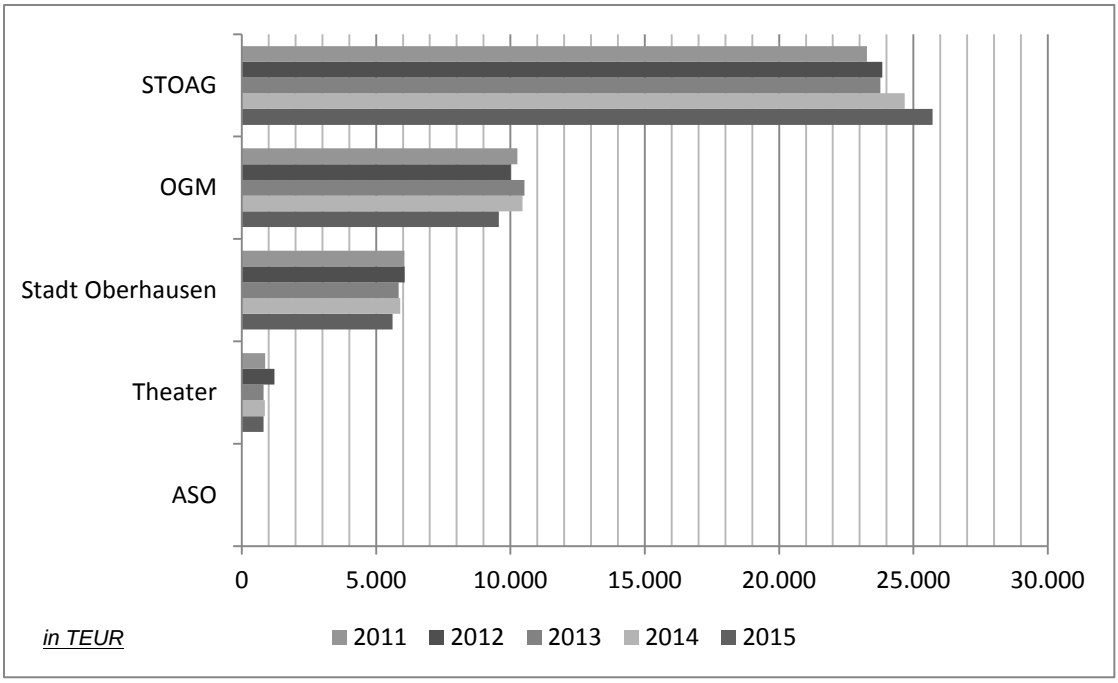
	2015	***2014***	***Abweichung***
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	45.887.045,35	45.190.855,09	+ 696.190,26
Benutzungsgebühr – Niederschlagswasser	13.465.678,46	12.875.045,43	+ 590.633,03
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	3.872.470,17	4.214.326,12	- 341.855,95
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten Gebührenausgleich - Abfallbeseitigung	102.270,00	2.134.807,61	- 2.032.537,61

Privatrechtliche Leistungsentgelte

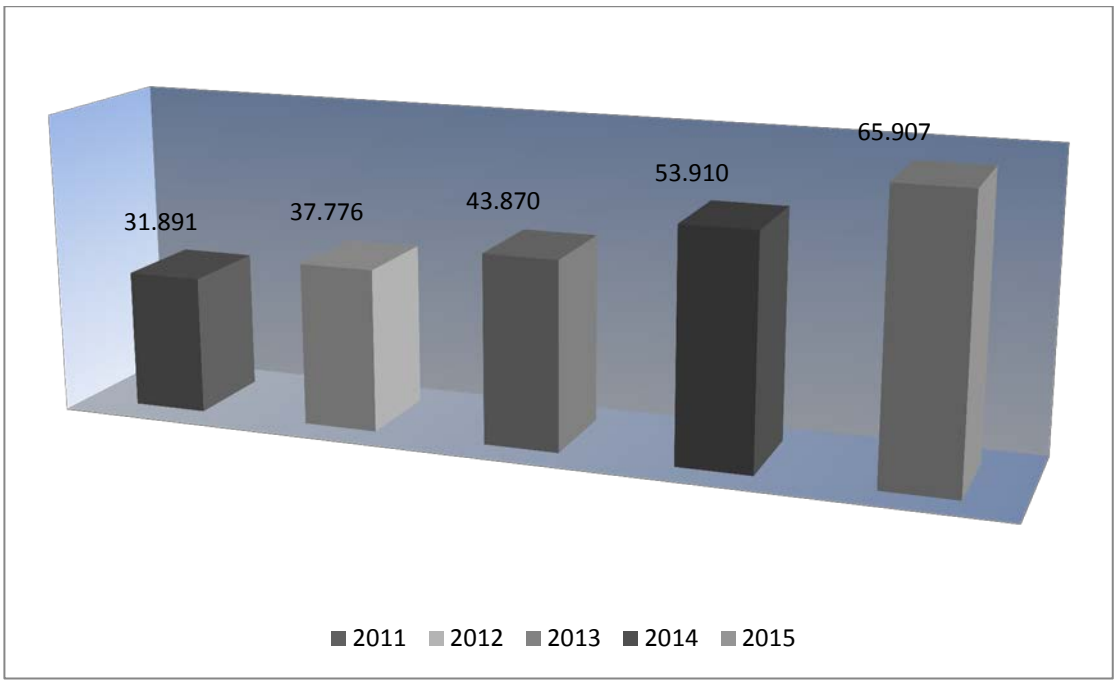


Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die Verringerung der privatrechtlichen Leistungsentgelte von 0,43 % macht einen Mindererertrag von rd. 179 TEUR, im Wesentlichen resultierend aus den Mindererträgen im Bereich der OGM GmbH (- 884 TEUR; niedrigere Erträge aus Reinigungsaufträgen und Speditionsleistungen, sowie Grundstücksverkäufe) sowie der Stadt Oberhausen (-289 TEUR – sonstige privatrechtliche Erträge, u.a. Entgelte fuer Sicherheitswachen, Musikschulentgelte, Musikschulentgelte JEKI), gegenüber dem Vorjahr aus. Mehrerträge konnten seitens der STOAG von rd. 1.044 TEUR (Steigerung der Umsatzerlöse bei der STOAG im Wesentlichen auf erhöhte Umsätze aus Zeitfahrausweisen und der erhöhten Beförderungsentgelte zurückzuführen) generiert werden.


STOAG
OGM
Stadt Oberhausen
Theater
ASO
0
5.000
10.000
15.000
20.000
25.000
30.000
in TEUR
2011
2012
2013
2014
2015

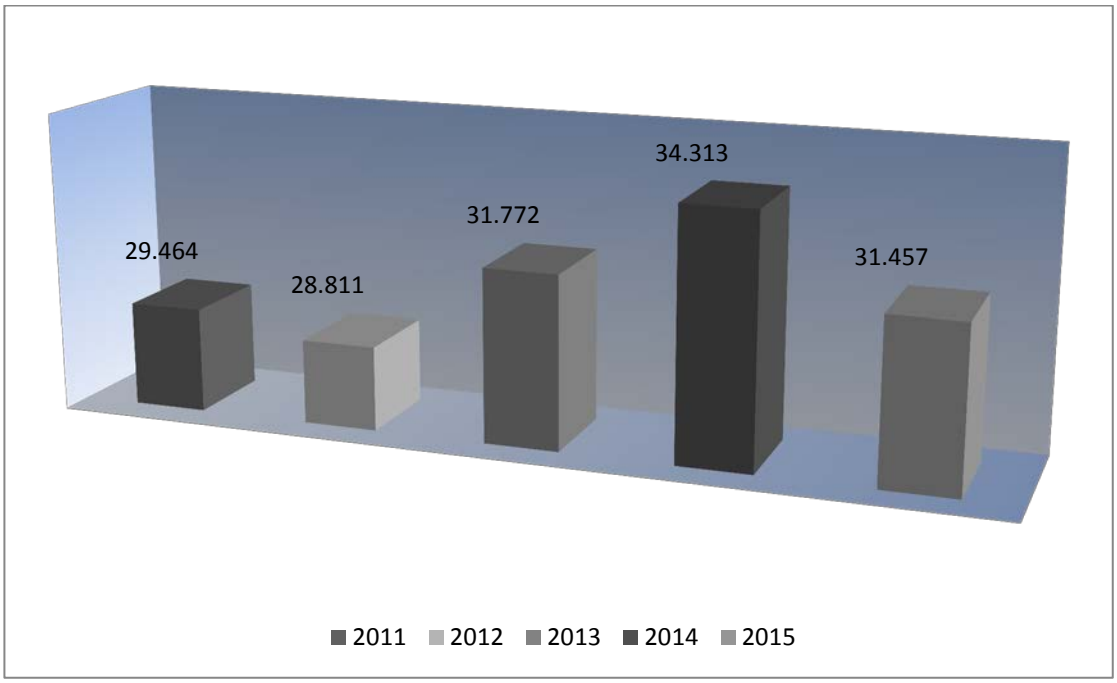
Kostenerstattungen und Kostenumlagen



Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

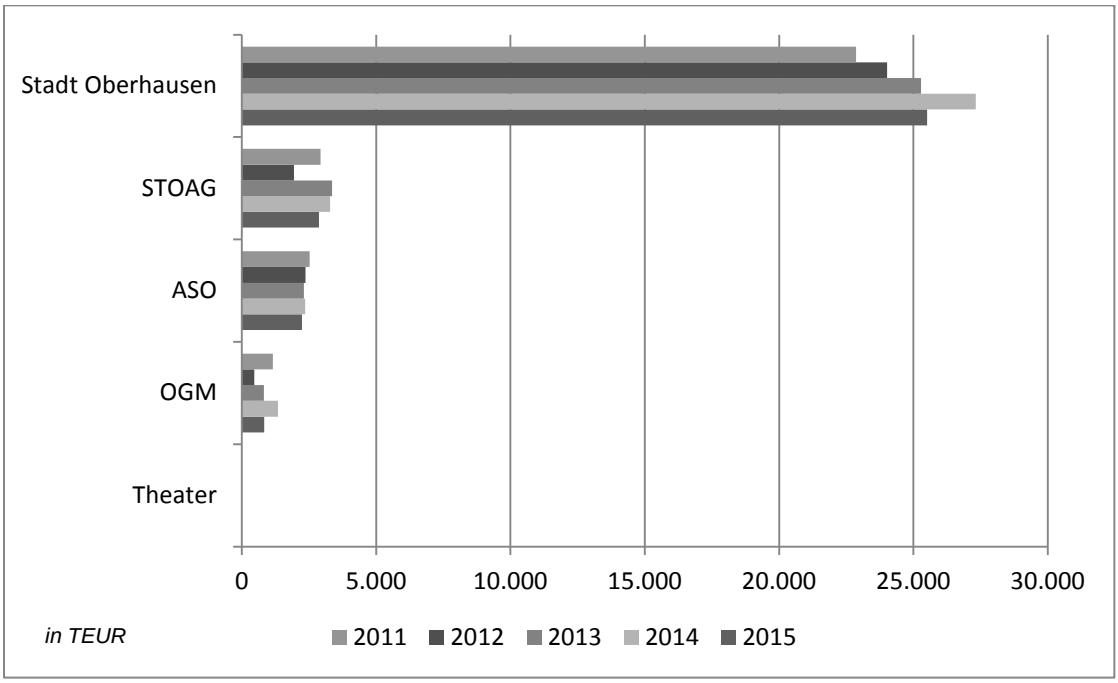
Hierunter fallen ausschließlich Erträge der Kernverwaltung. Die Steigerung der Erträge im Vergleichszeitraum 2015 / 2014 von rd. 11.997 TEUR (+ 22,25 %) resultiert aus erhöhten Erträgen aus Erstattungen vom Land (+ 6.729 TEUR, pauschale Landeszuweisung Versorgung nach dem FlüAG), Erstattungen vom Bund (u.a Kosten der Unterkunft + 3.897 TEUR) sowie weiteren Erstattungen vom Bund (+ 1.625 TEUR, § 46a SGB XII – Hilfe zur Grundsicherung).

Sonstige ordentliche Erträge



Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahreswert um 8 % (- 2.856 TEUR) niedriger ausgefallen.



Sowohl im Bereich der Kernverwaltung (- 1.808 TEUR, resultierend aus einer Vielzahl an Erhöhungen/Verminderungen, bspw. Verzinsung der Gewerbesteuer - 4.853 TEUR, Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden + 3.550 TEUR), als auch bei der OGM GmbH (- 511 TEUR) konnten die Vorjahreswerte nicht erreicht werden.

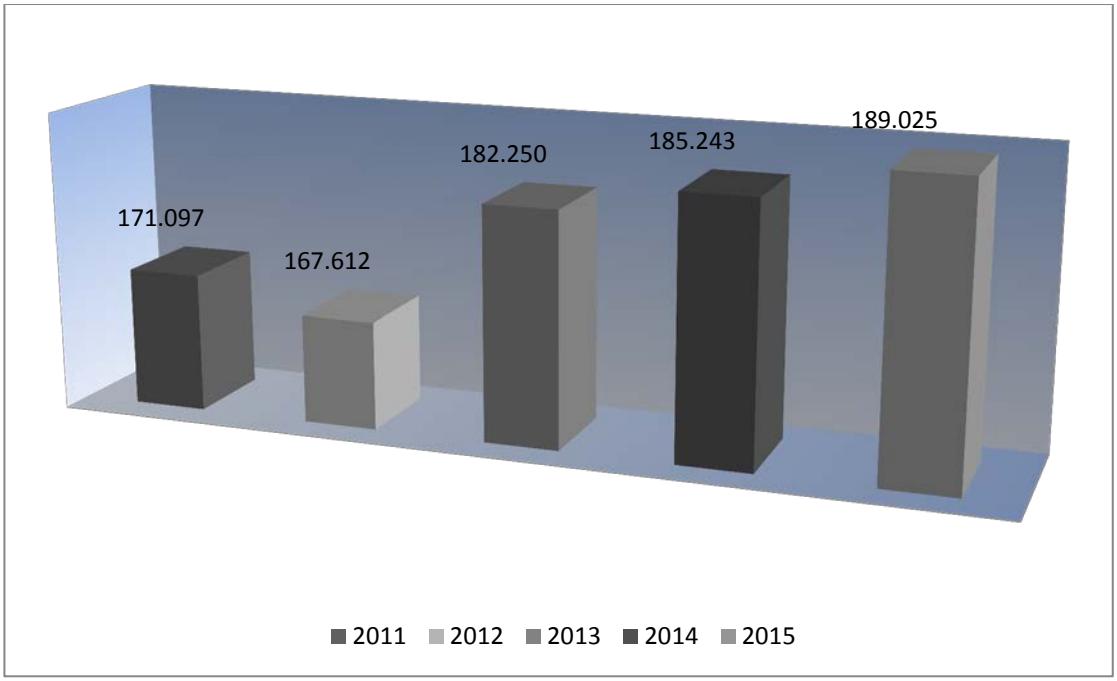
Aktivierte Eigenleistungen

Diese spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis des Konzerns Stadt Oberhausen. Auf den Gesamtanhang wird verwiesen.

Bestandsveränderungen

Sie spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis des Konzerns Stadt Oberhausen. Hier wird auf die Ausführungen im Gesamtanhang verwiesen.

Personalaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

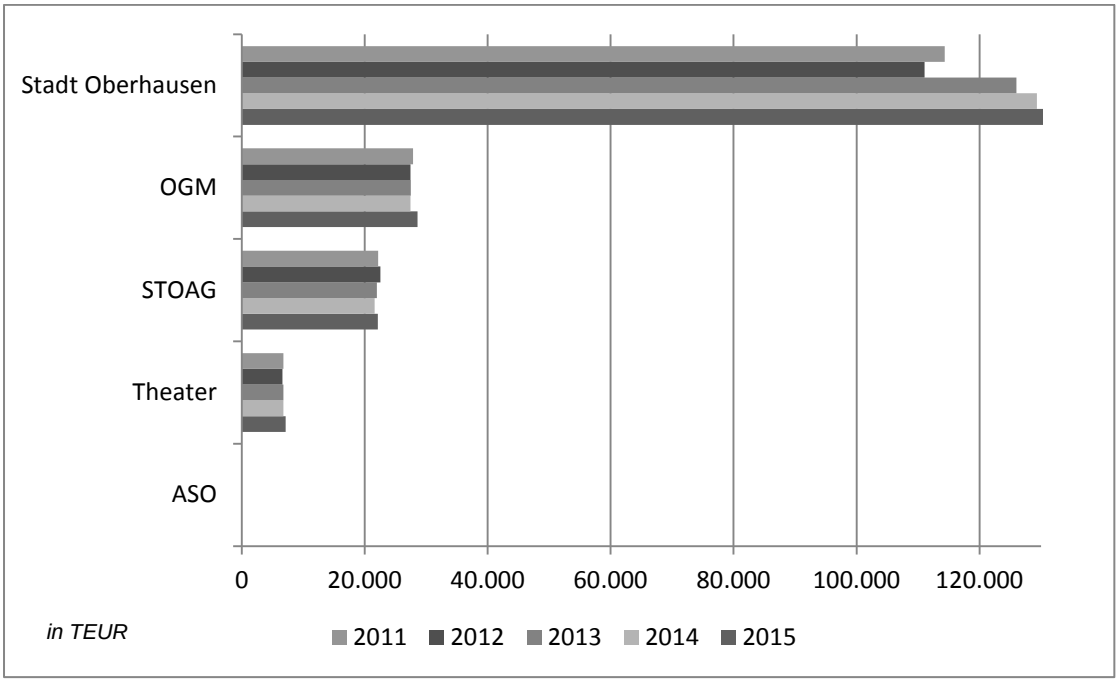
Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 2,04 % (+ 3.782 TEUR) an.

Die Abweichungen zum Geschäftsjahr 2014 lassen sich für die Kernverwaltung (+ 1.819 TEUR) im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

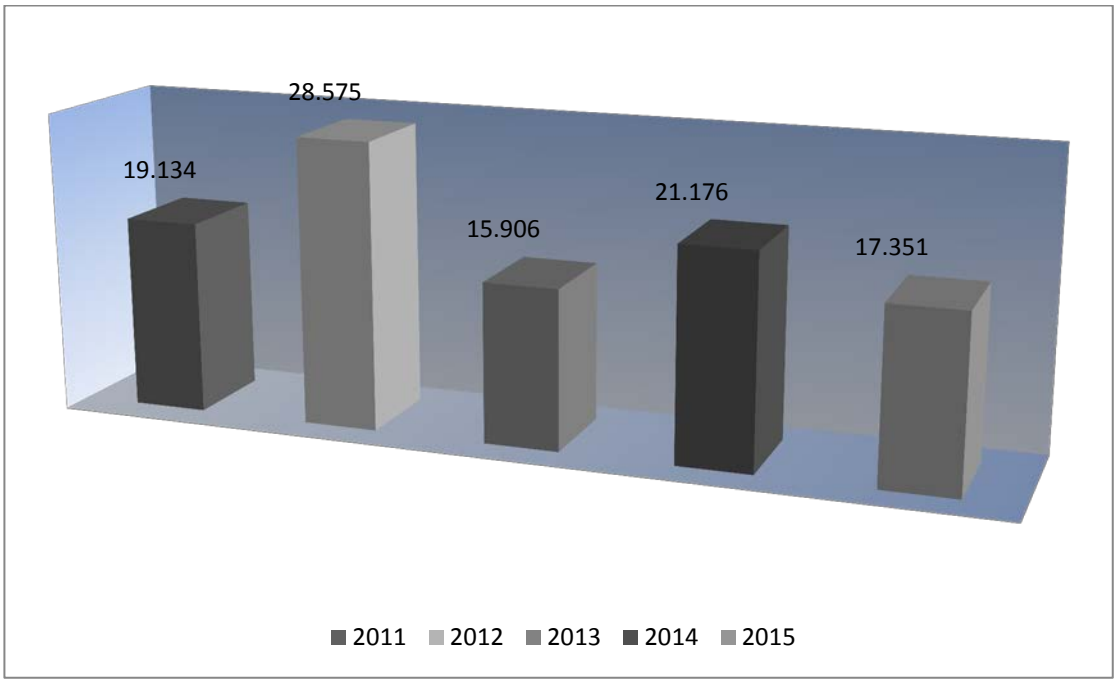
-	Tariflich Beschäftigte	+ 2.025 TEUR
-	Beihilfen für Beamte	+ 435 TEUR
-	Beitäge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Tariflich Beschäftigte	+ 328 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen - nicht genommener Urlaube / Beamte -	+ 301 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen - Altersteilzeit -	+ 245 TEUR
-	Beiträge zur Versorgungskasse Tariflich Beschäftigte	+ 219 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen - Pensionsrückstellung Tarifbeschäftigte -	- 698 TEUR
-	Bezüge Beamte	- 821 TEUR

Innerhalb der weiteren Einheiten des Vollkonsolidierungskreises sind folgende Abweichungen zu verzeichnen:

OGM GmbH	+ 1.147 TEUR	(Saisonarbeitskräfte bzw. Anpassungen aus Stellenneubewertungen)
STOAG	+ 478 TEUR	(Zuführung zu Pensionsrückstellungen sowie auf den Anstieg der Beschäftigtenzahlen)
Theater	+ 350 TEUR	(Durchschnittliche Gehaltserhöhungen, Bildung einer Rückstellung für einen anstehenden Intendantenwechsel sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl



Versorgungsaufwendungen



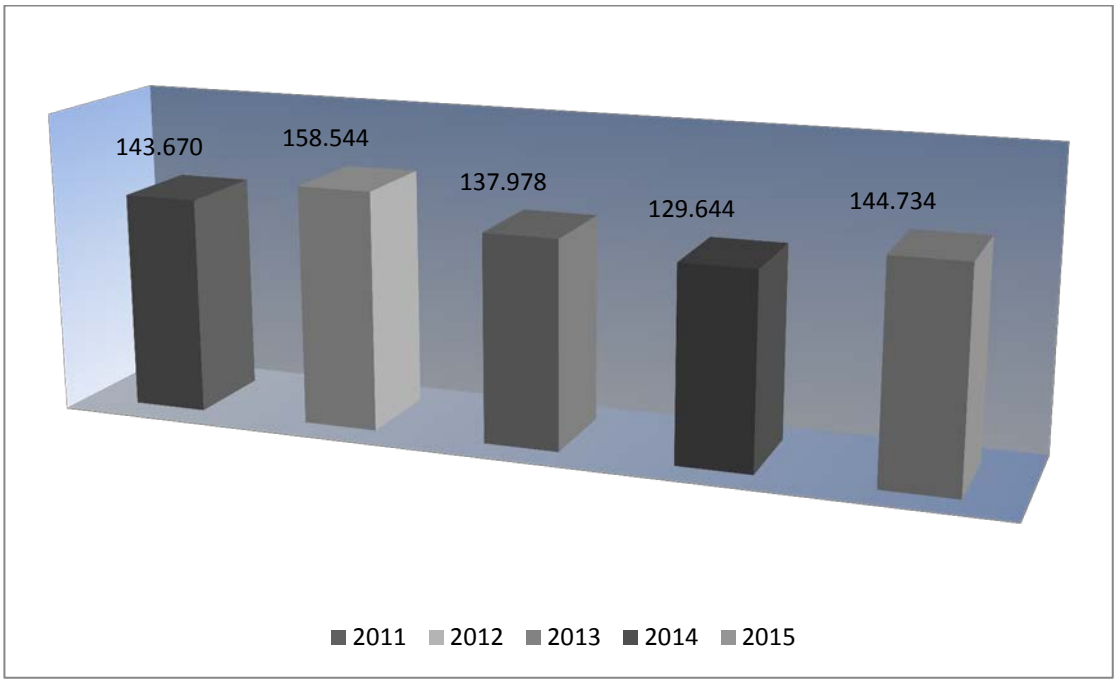
Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die Versorgungsaufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 18,06 % (- 3.825 TEUR).

Die Aufwandsminderungen lassen sich für die Kernverwaltung (Anteil am Ergebnis 97,8 %) im Quervergleich zum Geschäftsjahr 2014 (- 4.005 TEUR) im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

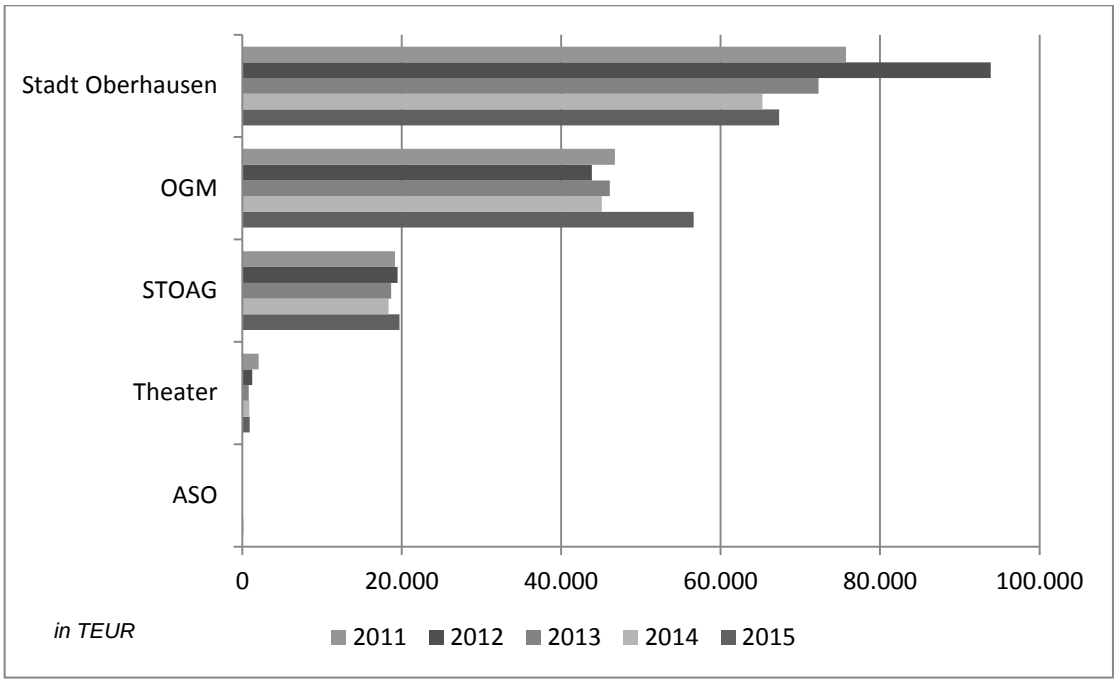
-	Beihilfen/Unterstützungsleistungenfür Versorgsempfänger	+ 396 TEUR
-	Versorgungsaufwendungen für Beamte	+ 333 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen - Versorgungsempfänger -	- 805 TEUR
-	Zuführung zu Rückstellungen - Pensionsrückstellung Versorgungsempfänger -	- 3.929 TEUR

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind konzernweit um 11,64 % gestiegen (+ 15.090 TEUR).



Bezogen auf die Kernverwaltung (+ 2.092 TEUR) beziehen sich die höheren IST - Aufwendungen im Quervergleich der Geschäftsjahre 2015 / 2014 hauptsächlich auf folgende Sachverhalte:

- Erstattungen an Gemeinden (GV) + 1.863 TEUR
- Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen WBO + 782 TEUR

- Aufwendungen Unterhaltung Kanalvermögen - 582 TEUR

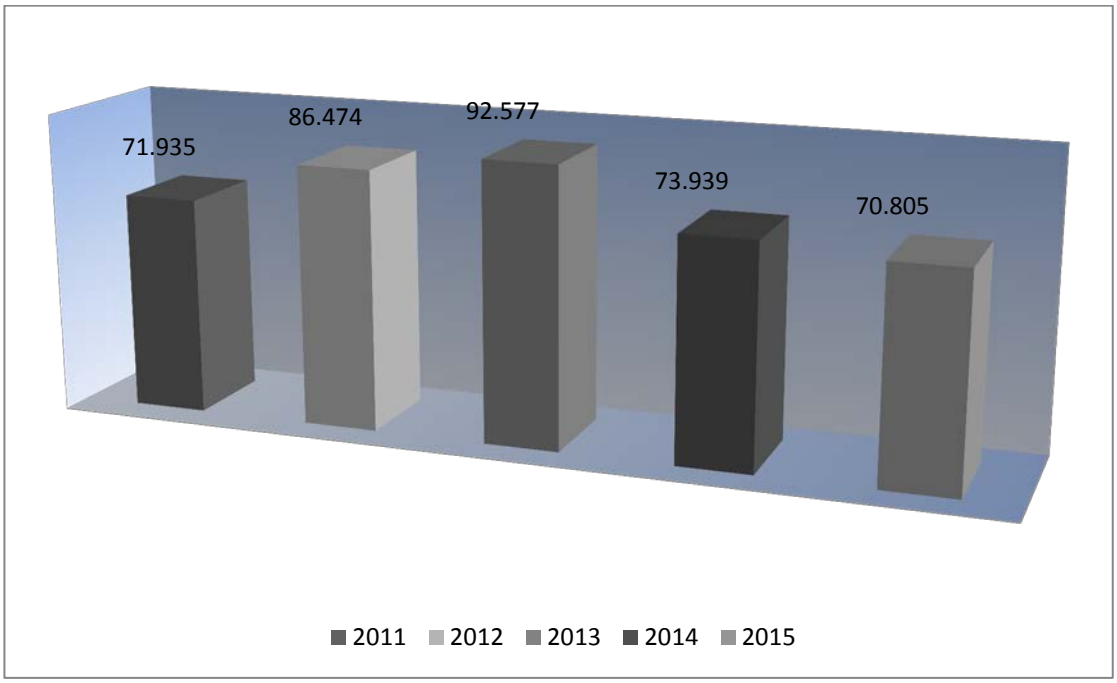
- Aufwendungen Straßenbauprogramm - 676 TEUR

Die Steigerung der Aufwendungen ist durchgängig bei sämtlichen Einheiten des Vollkonsolidierungskreises festzustellen:

OGM GmbH	+11.514 TEUR	Korrespondierend mit Umsatzsteigerungen / Bestandsveränderungen zusätzlicher Leistungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsstandorten
STOAG GmbH	+ 1.375 TEUR	u.a. Sanierung Straßenbahnen +278 TEUR, Aufwendungen Strecke VI +227 TEUR, Bauten auf der Strecke +217 TEUR, Afa auf Forderungen +175 TEUR
Eigenbetrieb Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen	+ 58 TEUR	-
Theater	+ 51 TEUR	-

Bilanzielle Abschreibungen

Diese spielen – ähnlich wie die Versorgungsaufwendungen –, im Verhältnis zu den weiteren Aufwandsarten, eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis des Konzern „Stadt Oberhausen“ (9 % der Gesamtaufwendungen). Auf den Gesamtanhang wird verwiesen. Die Reduzierung beträgt 4,24 % (- 3.134 TEUR).

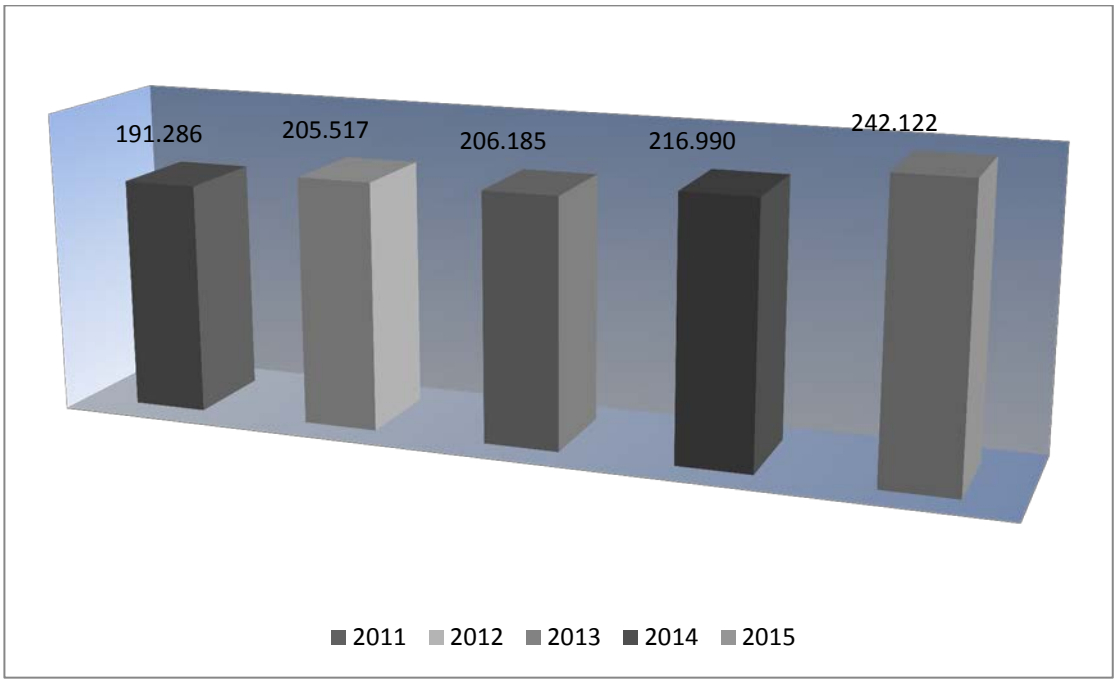


Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Zusammenfassend bleibt im Jahresvergleich 2015/2014 festzuhalten *(Rundungsdifferenzen)*:

Kernverwaltung	- 2.022 TEUR
STOAG GmbH	- 1:086 TEUR
OGM GmbH	- 38 TEUR
Eigenbetrieb Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen	+ 13 TEUR

Transferaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

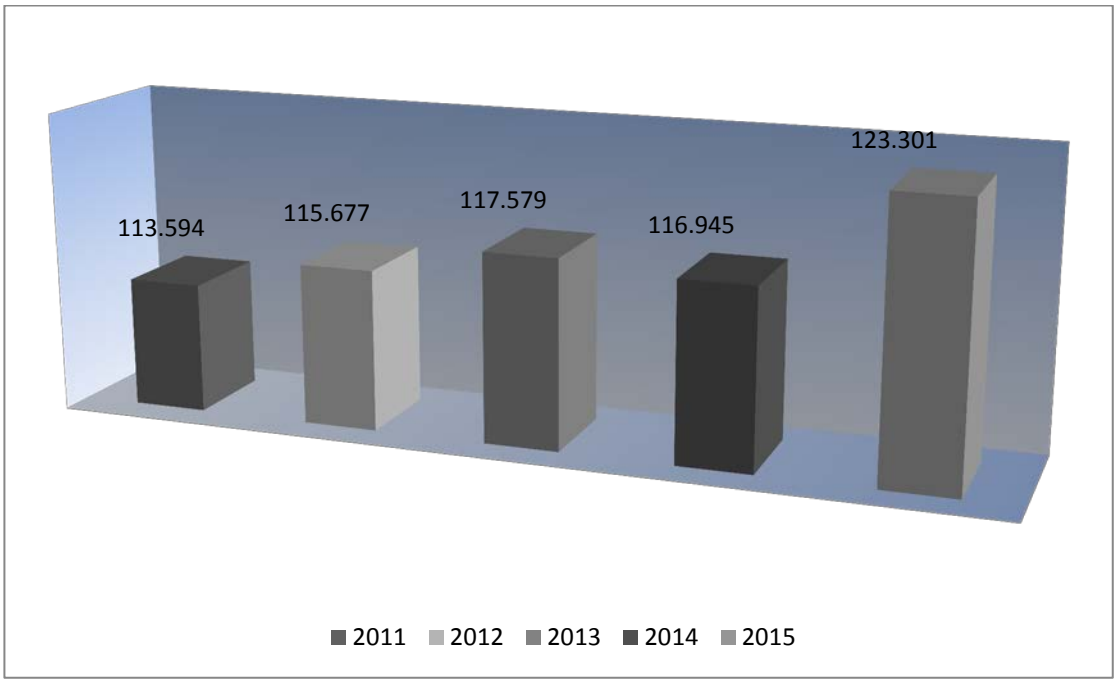
Die Transferaufwendungen sind um 11,58 % gestiegen (+ 25.132 TEUR).

Da die Aufgabenwahrnehmung durch die Stadt Oberhausen (100 % der Aufwendungen im Konzern „Stadt Oberhausen“) vielfältig ist, versteht es sich von selbst, dass innerhalb der einzelnen Tätigkeitsfelder zum Teil nicht unerhebliche Abweichungen zwischen den Vergleichsjahren entstanden sind. Die wesentlichen Veränderungen zwischen den Geschäftsjahren 2015 / 2014 werden nachfolgend, tabellarisch dargestellt:

	2015	***2014***	***Abweichung***
Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	29.968.895,22	26.375.081,28	3.593.813,94
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	21.888.096,18	18.680.566,14	3.207.530,04
Grundleistung §3 AsylbLG in Einrichtungen	4.461.900,13	1.717.544,41	2.744.355,72
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - ambulante + flexible Hilfe zur Erziehung	9.809.470,75	7.274.377,15	2.535.093,60

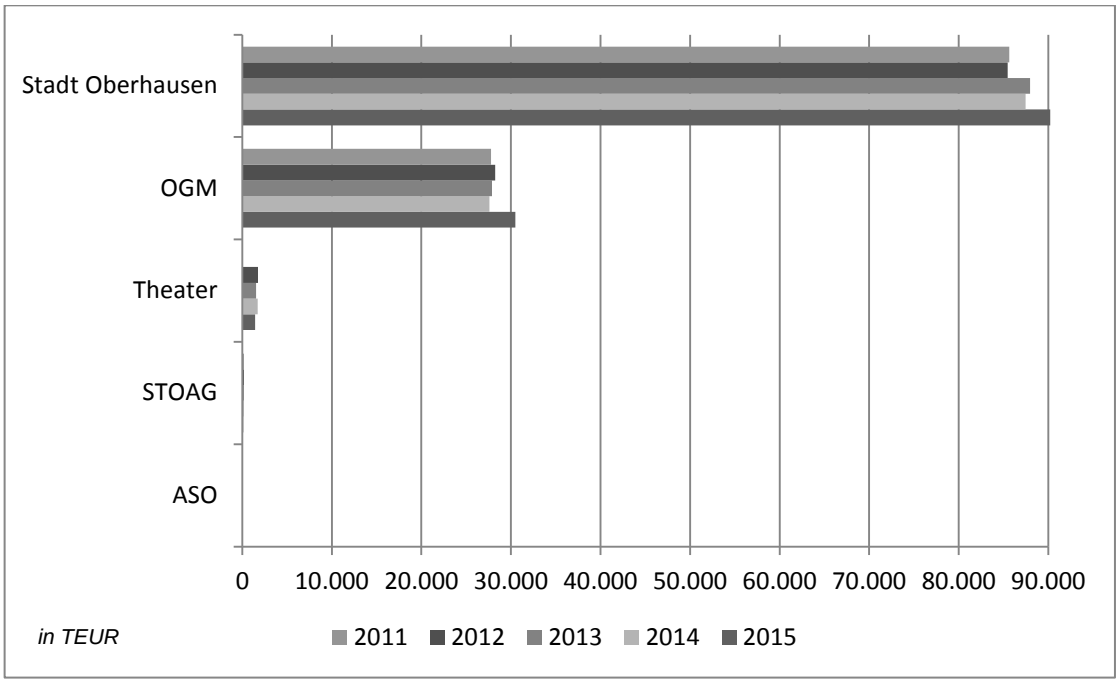
	2015	*2014*	*Abweichung*
Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)-LVR	55.742.633,00	53.480.728,65	2.261.904,35
Sonstige soziale Leistungen	13.077.995,75	11.612.435,26	1.465.560,49
HLU für § 2 Berechtigte GL außerhalb von Einrichtungen	1.202.584,11	142.836,33	1.059.747,78
Krankenhilfe §3 AsylbLG	1.981.828,66	1.073.805,25	908.023,41
Grundleistung §3 AsylbLG außerhalb von Einrichtungen	1.729.653,77	863.095,72	866.558,05
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - Unterbringung in Tagesgruppen	4.365.853,42	3.598.028,00	767.825,42
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - Kinder in Tagespflege	5.073.757,70	4.425.906,40	647.851,30
einmalige Beihilfen für Asylberechtigte - §3 analog SGB XII - in Einrichtungen	667.321,97	116.107,47	551.214,50
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - sozialpädagogische Familienhilfe	906.494,85	386.086,95	520.407,90
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	5.072.430,39	6.122.166,05	-1.049.735,66

Sonstige ordentliche Aufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2011 - 2015)

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahreswert um 5,44 % (+ 6.356 TEUR) gestiegen.



.

4.2.3 Finanzlage

Der vorliegende sechste konsolidierte Gesamtabschluss zum 31.12.2015 enthält eine konsolidierte Kapitalflussrechnung, aus der die Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel sichtbar wird.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt sich ein Geldzufluss in Höhe von 30.149 TEUR. Ursächlich hierfür ist, dass sich das negative Ordentliche Gesamtergebnis gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert hat. Dieses wurde um zahlungsunwirksame Veränderungen (insbesondere Rückstellungssachverhalte, Kapitalkorrekturen etc.) sowie um Veränderungen von Aktiv- und Passivposten, sofern diese nicht dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder aus der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, bereinigt.

Die Höhe der vorgenommenen Investitionen in das Anlagevermögen führt insgesamt dazu, dass sich ein negativer Cashflow aus der Investitionstätigkeit, also ein Mittelabfluss, in Höhe von – 34.215 TEUR ergibt.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 7.959 TEUR ergibt sich durch die Erhöhung der Neuaufnahme von Finanzkrediten.

Insgesamt übersteigen die Mittelzuflüsse der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 30.149 TEUR und der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 7.959 TEUR den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -34.215 TEUR um 3.893 TEUR, so dass der Bestand der liquiden Mittel sich gegenüber dem Vorjahr von 12.352 TEUR auf 16.245 TEUR erhöht hat.

4.3 Rahmenbedingungen

Wie dem Beteiligungsbericht in aller Detailliertheit entnommen werden kann, hat die Stadt Oberhausen ein breites Spektrum kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung ausgegliedert.

Dazu zählen Aufgabenbereiche wie die Vermögensverwaltung von Gebäudekomplexen der Alteneinrichtungen (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen) genauso wie Dienstleistungen im Bereich des gesamten kommunalen Gebäudemanagements (durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH), der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (durch die STOAG GmbH), Beteiligungen an Energieversorgungs- und sonstigen Ver- und Entsorgungsunternehmen (wie z.B. die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, die evo Energieversorgung Oberhausen AG, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH) sowie der Kulturbetrieb des Stadttheaters (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Theater Oberhausen).

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage

Die Eigenkapitalquote 1 beträgt – 37,23 % (Vorjahr – 35,87 %). Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde. Die negative Eigenkapitalquote zeigt deutlich die Überschuldung des „Konzerns Stadt Oberhausen“ auf.

Auch eine Hinzurechnung der Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen zur Ermittlung der Eigenkapitalquote 2 von – 21,64 % (Vorjahr - 19,76 %) stellt keine positive Kennzahl dar.

Eine übliche Berechnung der Reichweite des Eigenkapitals erübrigt sich hier.

Geht man bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung von dem Gesamtbestand aller Verbindlichkeiten des Konzerns Stadt Oberhausen aus (=2.017.565 TEUR) so beträgt der rechnerische Anteil eines jeden Einwohners der Stadt Oberhausen (EW Stand 31.12.2015: 211.888) an der Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt Oberhausen 9.522 EUR.

4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage

Die Anlagenintensität des „Konzerns Stadt Oberhausen“ hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 60,76 % auf 59,25 % verändert. Der Anteil des Gesamtanlagevermögens an der Gesamtbilanzsumme hat sich damit verringert.

Eingeschränkt auf die Betrachtung des Infrastrukturvermögens hat sich die Infrastrukturquote von 31,43 % im Vergleich zum Vorjahr auf 30,25 % nur geringfügig geändert.

Das Gesamtanlagevermögen wird im Verhältnis zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen mit einer Abschreibungsintensität von 8,98 % (Vorjahr 9,70 %) belastet. Die in diesem Zusammenhang zu betrachtende Quote der Drittfinanzierung (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten im Verhältnis zu den Abschreibungen) beträgt 31,02 %.

Die Investitionsquote mit 56,78 % gibt Auskunft darüber, inwieweit die Abschreibungen durch Neuinvestitionen abgedeckt sind und somit Sachanlagevermögen erhalten bleibt. Da hier keine Deckung zu 100 % stattfindet, wird ein Rückgang bzw. eine Überalterung des Sachanlagevermögens signalisiert.

4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage

Da die Stadt Oberhausen einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag ausweist, findet faktisch keine Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital statt.

Der Anlagendeckungsgrad 2 mit 40,21 % gibt Aufschluss über die Verwendung des langfristigen Kapitals und deutet in diesem Fall darauf hin, dass große Teile des Anlagevermögens durch kurz- oder mittelfristiges Fremdkapital finanziert sind. Selbst unter Berücksichtigung der Sonderposten und der langfristigen Rückstellungen und langfristigen Verbindlichkeiten werden die 100 % nicht erreicht. Nach den 19,45 % im Vorjahr ist die langfristige Finanzierung des i.d.R. langfristig zu nutzenden Anlagevermögens gestiegen.

Ebenso bedenklich stellt sich korrespondierend dazu die Möglichkeit der Kommune dar, ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Liquiden Mitteln nachzukommen. Die Liquidität 1. Grades beträgt gerade einmal 2,86 % (Vorjahr 1,56 %).

Berechnungen über die Schuldentilgungsfähigkeit der Stadt Oberhausen, wie etwa der Dynamische Verschuldungsgrad erübrigen sich, da sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit kein positiver Saldo ergibt, der zur Tilgung beitragen könnte.

4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation

Im Bereich der Einnahmen der Gemeinde hat sich die Steuerquote durch eine Erhöhung der Steuereinnahmen um 23.713 TEUR auf 28,82 % verändert (Vorjahr 28,35 %). Die Zuwendungsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr (36,87 %) geringfügig auf 36,52 % vermindert.

Bei einem Anstieg der Personalaufwendungen um 3.782 TEUR hat sich ihr Anteil an den Gesamtaufwendungen von 24,90 % im Vorjahr auf 24,01 % vermindert. (Personalintensität).

Der Anstieg der Inanspruchnahme von Leistungen Dritter in Höhe von 15.090 TEUR hat die Sach- u. Dienstleistungsintensität auf 18,38 % erhöht (Vorjahr 17,43 %).

Die Transferaufwandsquote mit 30,75 % (Vorjahr 29,17 %) und die Zinslastquote mit 5,12 % (Vorjahr: 5,90 %) blieben auf annähernd gleichem Niveau. Setzt man das ordentliche Gesamtergebnis ins Verhältnis zum Gesamtjahresfehlbetrag, stellt man fest, dass 12,24 % (Vorjahr 48,54 %) aus der originären Aufgabenerfüllung der Gemeinde zum Jahresfehlbetrag führen.

4.5 Örtliche Besonderheiten

4.5.1 Kernverwaltung

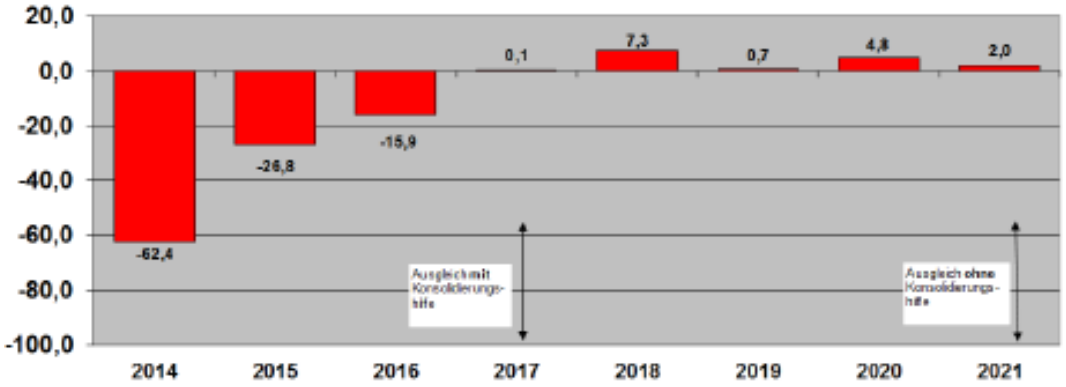
Mit Hilfe des Stärkungspaketes sollen überschuldete Städte in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig werden. Das von der Landesregierung dazu eingebrachte Stärkungspaktge-setz wurde am 08.12.2011 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen und am 16.12.2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen (GV. NRW. 2011 S. 662) veröffentlicht. Für überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stehen Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,85 Mrd. EUR zur Verfügung (Stufe 1 und Stufe 2). Der Sanierungsplan des Landes sieht davon für Oberhausen und andere vergleichbar akut von Überschuldung betroffene Städte (Stufe 1) eine Gesamtunterstützung bei der Haushaltskonsolidierung in Höhe von jährlich 350 Mio. EUR vor. Bis zum Jahr 2020 stehen damit für diese Kommunen insgesamt 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung. Oberhausen bekam für das 2015 52,7 Mio. EUR genauso wie für die Folgejahre 2016 und 2017. Nach 2017 wird der Betrag abgeschmolzen und in 2021 ist keine Unterstützung mehr vorgesehen.

Im Gegenzug müssen die betroffenen Städte und Gemeinden einen klaren Sanierungskurs einschlagen. Die Teilnahme am Stärkungspakt ist zwingend für die Stufe 1, zu der Oberhausen gehört. Der Haushalt der Stadt Oberhausen muss mit dem Geld aus dem Stärkungspakt ab dem Jahr 2017 ausgeglichen sein. Spätestens im Jahr 2021 muss ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft – also ohne weitere Landeszuschüsse – erreicht werden. § 75 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW (GO NRW) führt hierzu aus, dass der Haushalt dann ausgeglichen ist, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Nach der Genehmigung des HSP 2015 mit dem darin festgelegten Zeitpunkt des ersten Haushaltsausgleichs im Jahr 2017 befindet sich der Haushaltssanierungsplan in der intensiven Abarbeitung. Die meisten Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung und haben auch entsprechende Einsparpotentiale generiert. So gesehen befindet sich die Umsetzung des Haushaltsanierungsplans auf einem guten Weg. Aus dem Maßnahmen- und Finanzcontrolling, das mit der Bezirksregierung vereinbart ist, kann dies auch abgelesen werden. Einige Maßnahmen konnten nur verspätet gestartet werden, weil sie abhängig von den Ergebnissen externer Gutachten sind, die im Verhältnis zu den HSP-Planungen wesentlichen Zeitverzögerungen ausgesetzt waren. Hier besteht eine enorme Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Beratungskontingenten und Vergabeabläufen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA). Dennoch zeigt die Entwicklung seit 2012, dass die Aufwandsseite des Haushalts in der Summe grundsätzlich den Planungen entspricht.

Problematisch erweist sich die Ertragsseite. Insbesondere in den Städten des Ruhrgebiets – so auch in Oberhausen – und des Bergischen Städtedreiecks ist die Entwicklung der Gewerbesteuer problematisch. So konnten im Haushaltsjahr 2015 8,5 Mio. EUR weniger vereinnahmt werden, als ursprünglich geplant worden war. Bis zur Beratung des Haushaltsplans 2016 konnte noch von geringeren Einnahmeverlusten ausgegangen werden, was aber gegen Ende des Jahres nicht bestätigt werden konnte. Bereits zum HSP 2015 hat es aufgrund der schwachen Gewerbesteuerentwicklung eine Korrektur des HSP gegeben, die aber im Ergebnis 2015 auch nicht vollständig erreicht werden konnte. Die Gewerbesteueranpassung wirkt sich folglich auf die gesamte Entwicklung der Steuereinnahmen im HSP Zeitverlauf bis 2021 mit erheblichen Einnahmeverlusten aus.

Dass der Haushaltsausgleich in den vorgesehenen Jahren 2017 ff. trotzdem erreicht werden kann, ist verschiedenen positiven externen Entwicklungen geschuldet. Zum einen sind die Schlüsselzuweisungen des Landes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2015 auf 171 Mio. EUR gestiegen und fangen damit einen erheblichen Umfang des Gewerbesteuerausfalls auf. Das weiterhin niedrige Zinsniveau entlastet den Haushalt zumindest mittelfristig. Hinzu kommen die Entlastungsmaßnahmen des Bundes. In den Jahren 2015-2016 werden die Kommunen mit 1 Mrd. EUR entlastet. Die Entlastung findet zur Hälfte über die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer und zur anderen Hälfte über eine Entlastung bei den Kosten der Unterkunft (KdU) im Rahmen des SGB II statt. Für Oberhausen bedeutet dies eine Entlastung in Höhe von 3,2 Mio. EUR jährlich. Für 2017 ist sogar eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. EUR vorgesehen, die sich aus 1,5 Mrd. bei der Umsatzsteuer und 1 Mrd. bei den KdU zusammensetzt. Ab 2018 sind bundesweit 5 Mrd. EUR für die Entlastung der Kommunen vorgesehen. Da sich die Verteilung der Mittel stärker auf die Umsatzsteuer stützt als auf die KdU wird die Entlastung geringer ausfallen als bisher erhofft.



Ergebnisplanentwicklung im HSP 2016 auf Basis des Haushaltsplanentwurfes, Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/ Finanzen / Entwicklung auf Basis des Haushaltsplans 2016

Herausragendes Ereignis mit extremen Auswirkungen auf den Haushalt 2015 war die Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation soll an dieser Stelle ebenfalls ein kurzer Überblick über die Oberhausener Verhältnisse gegeben werden, da diese Entwicklung auch Einfluss auf das Sachkostenkonsolidierungskonzept der Stadtverwaltung haben wird. Die Gesamtanzahl der Flüchtlinge in Oberhausen ist im Jahr 2015 von 890 im Januar auf 1.844 (Stand 31.12.2015) angestiegen. 1.092 Flüchtlinge befinden sich aktuell in Gemeinschaftseinrichtungen. 1.721 Flüchtlinge sind in privatem Wohnraum untergebracht. Darüber hinaus werden bis einschließlich 30.04.2016 im Rahmen der Amtshilfe in städt. "Landeseinrichtungen" weitere 852 Unterbringungsplätze vorgehalten. Ab dem 01.05.2016 wird nur noch die Stötznerschule mit 251 Unterbringungsplätzen als Landesstandort weitergeführt. Mittlerweile ist auch dieser Standort ruhend gestellt.

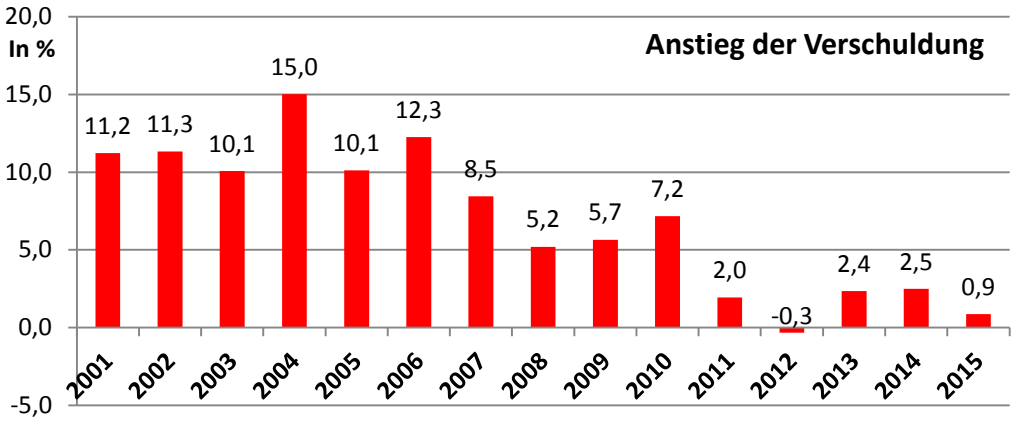
Waren zum 01.01.2015 nur 890 Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu betreuen und unterzubringen, so erhöhte sich diese Zahl zum 31.12.2015 auf 1.844. Insbesondere die damit verbundenen Transferleistungen im Rahmen des AsylBLG und die Unterbringungskosten haben den Haushalt 2015 schwer belastet. Der Aufwand pro Person für die Unterbringung ist stetig mit dem Anwachsen der Zahlen gestiegen. Zum 31.12.2015 musste pro Flüchtling ein auf das Jahr hochgerechneter Betrag von etwa 13.800 EUR aufgebracht werden. Dabei sind weder die Kosten für die Gebäudeinstandhaltung noch die Investitionskosten eingerechnet. Bei Berücksichtigung auch dieser Kosten liegt der Betrag bei fast 15.000 EUR.

Der Anstieg der Flüchtlingszahlen und der Anstieg des notwendigen Aufwandes hatten zur Folge, dass 7,2 Mio. EUR mehr für Transferzahlungen im Rahmen des AsylBLG aufgebracht werden mussten als geplant. Für die Unterbringung musste das städtische Gebäudemanagement bei der OGM über 6 Mio. EUR mehr aufbringen als im Haushalt vorgesehen war. Diese Entwicklung konnte weder in diesem Umfang vorhergesehen, noch kann sie in einer Stärkungspaktkommune finanziell aufgefangen werden. Glücklicherweise konnte ein Teil in Höhe von 7,2 Mio. EUR über die veränderte Landeszuweisung im Rahmen des FlüAG kompensiert werden. Mit Sicherheit wird dies die städtischen Haushalte auch für die Zukunft nachhaltig belasten, da bisher immer noch nicht geklärt ist wie Transferzahlungen und Integrationsleistungen finanziert werden sollen.

Der Haushalt 2015 weist ein ordentliches Ergebnis von +0,6 Mio. EUR aus, das die Zinsbelastungen der Vergangenheit in Höhe von 34,6 Mio. EUR noch nicht ausgleichen kann. Es zeigt aber auch, dass der Haushaltsausgleich ohne Zinsbelastung bereits jetzt gelingen kann. Dies ist eindeutig ein Ergebnis des Stärkungspaktes.

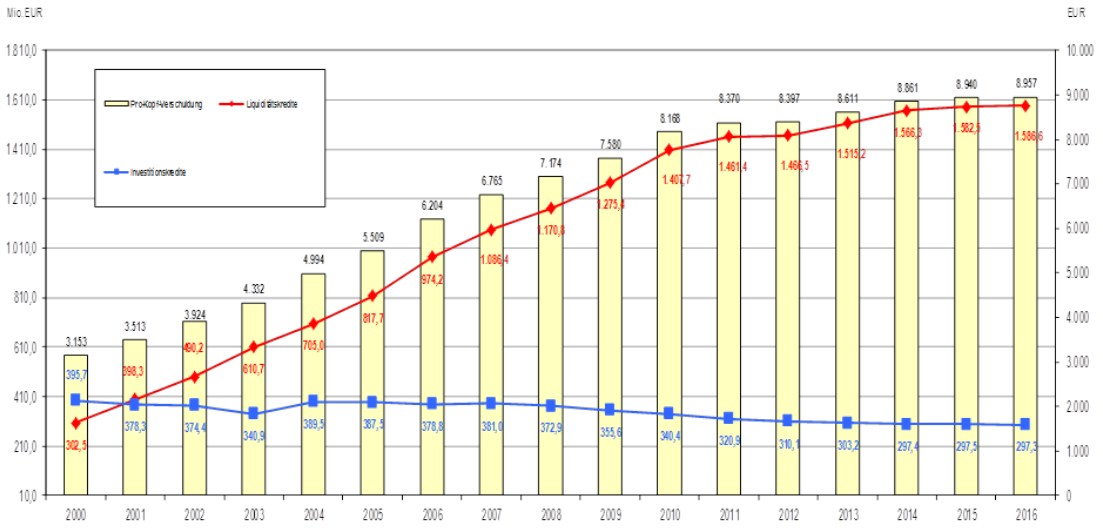
Hilfreich erweisen sich an der Stelle auch die gestiegenen Mittel des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2015, die zu einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um ca. 20 Mio. EUR geführt haben.

Der Haushalt zeigt aber auch, dass auch in 2015 wieder eine Neuverschuldung notwendig war, die aber mit 16,4 Mio. EUR (ausgehend von den Investitionskrediten und Liquiditätskrediten) nur noch einen Bruchteil von dem ausmacht, was die Stadt in den Jahren vor dem Stärkungspakt Stadtfinanzen aufnehmen musste.



Anstieg der Verschuldung in Prozent zur Verschuldung im Vorjahr von 2001-2015, Berücksichtigung der Investitionskredite und Liquiditätskredite (vgl. nachfolgende Darstellung), Stadt Oberhausen, Bereich 1-/Finanzen

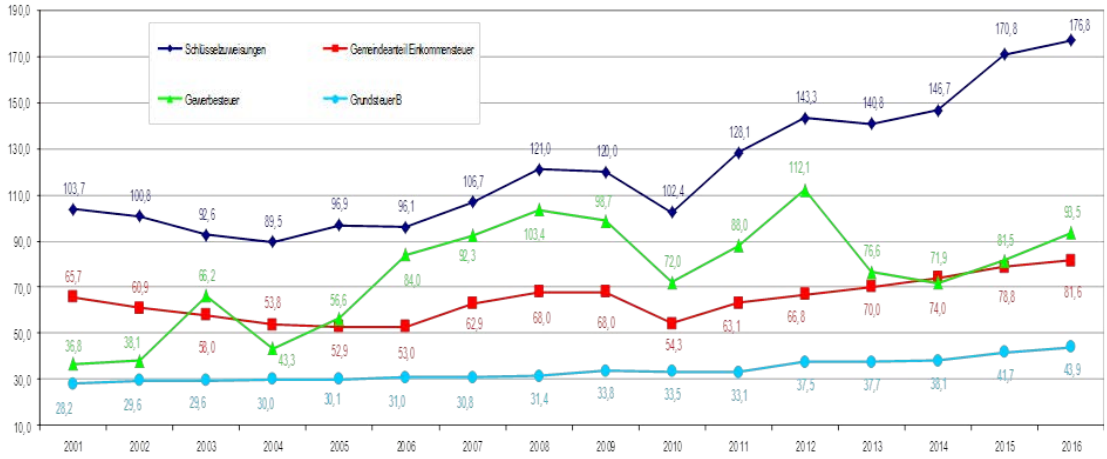
Allein die drastische Reduzierung der Neuverschuldung rechtfertigt die Aussage, dass die Unterstützung des Landes, aber auch die großen Anstrengungen der Stadt helfen den Haushalt erfolgreich zu konsolidieren. Die berechtigte Hoffnung, dass Oberhausen die von der Bundesregierung so gefeierte „schwarze Null“ bereits im Jahr 2016 erreichen kann und damit ab 2016 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen, ist aufgrund der aktuellen Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen kaum noch realisierbar. Zu groß ist der notwendige Aufwand für Unterbringung und Versorgung.



Verschuldung 2000 – 2016, Die Zahlen in 2016 spiegeln die Planung wider. Vorherige Zahlen sind Ergebnisse. Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Bei den Einnahmen der Stadt erweisen sich wie in den Vorjahren die im Rahmen des GFG gewährten Schlüsselzuweisungen in Höhe von 171 Mio. EUR als wichtigste Einnahmeposition. Auch wenn alle Steuereinnahmen, bis auf die Gewerbesteuer, kontinuierlich steigen, wäre die Stadt ohne den kommunalen Ausgleich des GFG nicht handlungsfähig.

Weiterhin schwierig bleibt die Prognose und Einschätzung der Gewerbesteuerentwicklung. Langfristig kann auch bei dieser Steuer ein kontinuierlicher Anstieg - allerdings mit extremen Schwankungen - beobachtet werden. Nachdem im Jahr 2012 die Gewerbesteuereinnahmen 112 Mio. EUR betrugen, konnten im Folgejahr nur noch 76,6 Mio. EUR vereinnahmt werden. Im Jahr 2014 waren es 72 Mio. EUR und in 2015 81,5 Mio. EUR, so dass die Planung im HSP deutlich reduziert worden war.



Entwicklung ausgewählter Steuereinnahmen und der Schlüsselzuweisungen nach dem GFG im Zeitvergleich 2000 – 2016, Stadt Oberhausen (2016 Plandaten), Bereich 1-1/Finanzen

Auf der Aufwandsseite weist der klassische Sozialbereich (also die Produktbereiche 05 Soziale Leistungen, 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfen) die größten Belastungen aus. Mit den Sozialleistungen die über die Landschaftsumlage finanziert werden,

ist der Haushalt der Stadt etwa mit 300 Mio. EUR belastet - 44% der ordentlichen Aufwendungen. Dies zeigt, wie dringend die vom Bund versprochenen Entlastungen bei den Soziallasten sind, ob bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder bei den Kosten der Unterkunft.

Die Investitionen bewegen sich auch im Jahr 2015 auf dem von der Bezirksregierung in ihrer Haushaltsverfügung festgesetzten Niveau. Da nur in einem Umfang Investitionskredite aufgenommen werden können, in dem Tilgungsleistungen vorgenommen werden, sind Investitionskredite in Höhe von 15,5 Mio. EUR vorgesehen. Unter Zugrundelegung von Einzahlungen für Investitionstätigkeiten lassen sich Gesamtinvestitionen in Höhe von 35 Mio. EUR finanzieren - bei einer im Haushaltsplan vorgesehenen Investitionsquote von 42%. Dies verdeutlicht den enormen Investitionsbedarf für Oberhausen.

Wie in den Vorjahren unterliegt der HSP einem umfassenden Controlling durch die Kommunalaufsicht. Vierteljährliche Berichte und die Darstellung der Maßnahmenumsetzung sind fester Bestandteil des Controllings. Dies wird nunmehr durch die Einführung eines Risikomanagements ergänzt. Unter besonderer Beobachtung stehen HSP-Maßnahmen mit großem Konsolidierungsvolumen. Ebenso ist mit der Bezirksregierung ein eigenes Controllingverfahren für die Einsparungen der OGM in Höhe von 8,7 Mio. EUR vereinbart worden, welches den Gremien des Rates in regelmäßigen Abständen zur Verfügung gestellt wird.

Für die weitere Fortschreibung der Haushaltssanierungspläne ist neben der Unterstützung durch das Land und weiteren eigenen Konsolidierungsanstrengungen die verstärkte Hilfe des Bundes dringend notwendig. Ab 2018 ist eine Entlastung in Höhe von 5 Mrd. EUR bei den Soziallasten aller Kommunen durch die Bundesregierung vorgesehen. Diese sicherlich erhebliche Entlastung der Kommunen durch den Bund reicht bei Weitem nicht aus, die massiven Soziallasten in strukturschwachen Regionen auszugleichen. Dies betrifft mittlerweile nicht nur das Ruhrgebiet sondern viele - insbesondere westdeutsche - kreisfreie Städte. Die vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Sozialleistungen sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die der Bund in viel höherem Maße als in der Vergangenheit mitfinanzieren muss. Der gegenseitige Verweis von Bund und Ländern auf die föderalen Zuständigkeiten hilft den notleidenden Kommunen nicht weiter. Es muss ein nationaler Pakt zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit geschlossen werden, damit diese Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung wiedererlangen können und die Schere zwischen reichen und armen Kommunen nicht weiter auseinander geht.

4.5.2 Konzernstruktur

Die Stadt Oberhausen hat in der Vergangenheit einen Großteil ihrer kommunalen Aufgaben auf eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und Unternehmen in privatrechtlicher Form übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Diese Verselbstständigung von Aufgabenbereichen war notwendig, um den Anforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden, die Aufgabenerfüllung zu optimieren und angesichts knapper finanzieller Ressourcen einen Handlungsspielraum zu bewahren. Die Beteiligungsgesellschaften werden aufgrund ihrer finanziellen Bedeutsamkeit für den städtischen Haushalt kontinuierlich in den laufenden Konsolidierungsprozess miteinbezogen.

Bei den nachfolgenden Gesellschaften handelt es sich in erster Linie um Beteiligungen, die wesentlichen Einfluss auf die Stadtfinanzen haben, indem sie direkt/indirekt Erträge für den Haushalt erbringen oder städtische Zuschüsse erhalten. Eine ausführlichere Übersicht zu den Beteiligungen der Stadt Oberhausen ist im Beteiligungsbericht zu finden.

ASO-Verbund mit Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO Eigenbetrieb), Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO gGmbH) und ASO Service GmbH

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ASO Eigenbetrieb beschränkt sich seit Ausgründung der ASO gGmbH auf die Verwaltung von Grundstücken und Gebäuden. Gesellschaftszweck der ASO gGmbH ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege älterer Menschen durch den Betrieb stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen sowie die Bewirtschaftung altersgerechter Wohnanlagen. Die ASO Service GmbH stellt der ASO gGmbH Reinigungs-, Küchen-, Wäscherei- und Stationshilfen zur Verfügung. Alle Gesellschaften des ASO-Verbundes gehören vollständig zur Stadt Oberhausen. Der ASO-Verbund führt Überschüsse an die Stadt ab, die vollständig für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden. Im Jahr 2015 wurden Zahlungen im Umfang von rd. 50 T€ an die Stadt weitergereicht.

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

Bei der BFO handelt es sich um eine gemeinnützige Gesellschaft, deren Aufgabe in der Beschäftigungsförderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen besteht. Der Geschäftsbetrieb der BFO konzentriert sich seit dem Jahr 2013 auf die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf“. Das Angebot der „Beratungsstelle Jugend und Beruf“ besteht vornehmlich aus klassischer Einzel- und Gruppenberatung. Zudem wirkt die Beratungsstelle aktiv an Projektangeboten im Bereich Berufsorientierung/-beratung mit. Die BFO erhält von der Stadt Oberhausen als alleiniger Gesellschafterin einen Betriebskostenzuschuss. Dieser betrug im Jahr 2015 rd. 98.000 EUR.

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Die ENO ist zusammen mit der WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH Teil der mehrsäuligen Wirtschaftsförderung in Oberhausen und versteht sich als Bindeglied zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Die Stadt Oberhausen und rd. 60 Unternehmen sind je zur Hälfte am Kapital der ENO beteiligt. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen im Raum Oberhausen. Die ENO formuliert und finanziert Aufgaben bzw. Projekte, die von der WFO operativ umgesetzt werden. Die ENO erhält jährlich einen im Gesellschaftsvertrag verbindlich festgelegten Zuschuss, in Höhe von 434.600 EUR.

Energieversorgung Oberhausen AG (evo)

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Aktionäre der Gesellschaft sind die Innogy SE – vormals RWE Deutschland AG – (10 %), die STOAG Stadtwerke Ober-

hausen GmbH (10 %) sowie die FSO GmbH & Co. KG (80 %), an der die zwei erstgenannten Gesellschaften zu jeweils 50 % beteiligt sind. Die evo erzielt regelmäßig Gewinne und führt diese über die FSO GmbH & Co. KG zur Hälfte an die STOAG ab; im Jahr 2015 im Umfang von 5,6 Mio. EUR.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die Anteile an der GMVA werden zu 15 % von der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten, weitere 49 % hält REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, die restlichen 36 % die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR. Die GMVA betreibt seit den 1970er Jahren eine Müllverbrennungsanlage in Oberhausen. Seit dem 01.01.2014 werden die langfristigen Lieferverträge mit den Städten Oberhausen und Duisburg durch die neugegründete GMVA GmbH & Co. KG, welche zu 100 % der GMVA gehört, gehalten und die GMVA im Rahmen eines Unterauftragsmodells mit der Entsorgung beauftragt. Zusammen mit den Müllmengen aus dem Kreis Kleve und von REMONDIS werden rund 84 % der Müllverbrennungskapazitäten ausgelastet. Die GMVA erwirtschaftete basierend auf den bisherigen Preismodellen regelmäßig Überschüsse, die allerdings seit 2013 aufgrund schwebender Gebührenklageverfahren und daraus resultierender Rückforderungsansprüche nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet wurden.

Als Folge der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW (OVG NRW) vom 27.04.2015 und des sich daran orientierenden Preisprüfberichts der Preisüberwachungsstelle bei der Bezirksregierung Düsseldorf vom 10.02.2016 wurde die Anpassung der Verbrennungsverträge mit der Stadt Oberhausen und der Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR aus dem Jahr 2000 notwendig. Der Abschluss der „3. Nachtragsvereinbarungen zu den Verträgen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen aus dem Jahre 2000“ trägt den Vorgaben des OVG NRW und der Preisprüfung an die Ermittlung eines preisrechtlich zulässigen Verbrennungsentgeltes Rechnung. Die sich daraus ergebenden Vorgaben zur Preiskalkulation reduzieren die Gewinnpotenziale der GMVA erheblich.

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH (IKF)

Zu den Hauptaufgaben der IKF gehört die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und weiterer Kunstformen technischer Medien. Die Stadt Oberhausen zahlte als alleinige Gesellschafterin im Jahr 2015 einen Zuschuss in Höhe von 732.250 EUR.

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Die LAH steht zu 100 % im Eigentum der Stadt Oberhausen und ist vorrangig für den Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen verantwortlich. Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 der Gemeindeordnung Nordrhein Westfalens. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zur Benutzung offen. Die Stadt Oberhausen zahlt einen jährlichen Verlustausgleich von rd. 1,17 Mio. EUR.

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)

Die Gesellschaftsanteile der OGM sind zu 100 % in der Hand der Stadt Oberhausen. Das Aufgabenspektrum der Gesellschaft umfasst unter anderem die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung von Schulen, städtischen Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden, den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern sowie die Pflege der städtischen Grünanlagen.

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP)

Alleinige Gesellschafterin der OVP ist die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH. Hauptaufgabe der OVP ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerksgeländes in Oberhausen, um Investoren, Eigennutzern und Projektentwicklern geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zukunftsorientierte Wirtschaftsstrukturen zu fördern und zu stärken. Dazu erwirbt die PBO Grundstücke und Gebäude oder sichert sich entsprechende Verfügungsrechte und schafft – ggf. mit Unterstützung Dritter – die notwendigen wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Vermarktung dieser Flächen. Gesellschafter sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (51 %), die Energieversorgung Oberhausen AG (40 %) sowie die Stadtsparkasse Oberhausen (9 %).

Revierpark Vonderort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Sports sowie der Gesundheit und Erholung. Zu diesem Zweck stellt die Gesellschaft eine Parkanlage mit entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung. Gesellschafter sind zu 50 % der Regionalverband Ruhr sowie die Stadt Oberhausen und die Stadt Bottrop mit jeweils 25 % der Anteile. Der Revierpark erhält einen Betriebskostenzuschuss, davon 297.600 EUR von der Stadt Oberhausen.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von beteiligten Kommunen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) hat die Verschmelzung der Revierparkgesellschaften Nienhausen, Mattlerbusch, Vonderort sowie der Freizeitzentrum Kemnade GmbH zu einer neuen Gesamtgesellschaft „Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH“ (FMR) erarbeitet. Der Rat der Stadt Oberhausen hat in der Sitzung am 19.12.2016 (Drucksache Nr. B/16/2175-01) mehrheitlich den Beschluss gefasst, der organisatorischen Zusammenführung der Revierpark-Gesellschaften zur FMR im Wege der Verschmelzung zuzustimmen. Gleichlautende Beschlüsse wurden mittlerweile in allen Kommunen, die Mitgesellschafter der übrigen Gesellschaften sind, gefasst. Der RVR geht von rechnerisch ermittelten Synergieeffekten i.H.v. 580 T€ aus. Die Verschmelzung soll rückwirkend zum 01.01.2017 vollzogen werden. Die hierzu benötigte Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2016 ist für die Sitzungsfolge im Rat der Stadt Oberhausen zum 22.05.2017 vorgesehen.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Die STOAG ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadt Oberhausen und in erster Linie zuständig für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen sowie in angrenzenden Teilen der Nachbarstädte Duisburg, Essen und Mülheim. Darüber hinaus hält die STOAG Beteiligungen an verschiedenen Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und bildet mit diesen zusammen eine Finanzholding. Die STOAG erhält für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben einen Ausgleich von den bedienten Gebietskörperschaften auf Grundlage des im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr beschlossenen EU-konformen Finanzierungssystems. Auf die Stadt Oberhausen entfiel im Jahr 2015 nach Anrechnung der Beteiligungserträge ein Finanzierungsbetrag von 6,2 Mio. EUR.

Theater Oberhausen

Bei dem Theater der Stadt Oberhausen handelt es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit dem Auftrag, die Darstellende Kunst – insbesondere mit der Durchführung von Theateraufführungen – zu fördern. Daneben wird auch ein Kinder- und Jugendtheater betrieben. Die Einrichtung erhält jährlich einen Betriebskostenzuschuss; im Jahr 2015 in Höhe von rd. 8,0 Mio. EUR.

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH (TMO)

Die TMO gehört zu 100 % der Stadt Oberhausen. Gegenstand der Gesellschaft ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen, die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie der Betrieb von Touristeninformationen. Die Stadt Oberhausen gleicht den jährlichen Fehlbetrag durch Zuschüsse aus. Im Jahr 2015 betrugen diese insgesamt 606.506 EUR.

Der Rat der Stadt beschloss am 30.11.2015 die Verschmelzung der TMO auf die WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) mit Wirkung zum 01.01.2016 und die Umfirmierung der WFO zur WTO Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen GmbH (WTO). Die Verschmelzung wurde 2016 vollzogen.

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (VZO) - ehemals VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen. Die VZO erwirtschaftet seit 2012 regelmäßig einen Gewinn. Ab 2016 sind Ausschüttungen an die Stadt Oberhausen in Höhe von rd. 500.000 EUR pro Jahr vorgesehen.

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Gesellschafter der WBO sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH mit einer Beteiligungsquote von 51 % sowie die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH mit einem Anteil von 49 %. Die WBO übernimmt hauptsächlich Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen in den gebührenrelevanten Bereichen

- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

sowie in den nichtgebührenrelevanten Bereichen

- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen.

Die WBO erzielt Gewinne, die sie entsprechend der oben genannten Beteiligungsquoten an die Gesellschafter ausschüttet. An die STOAG wurde im Jahr 2015 ein Betrag von 4,36 Mio. EUR x 51% = 2,2236 Mio. EUR abgeführt.

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)

Die WFO ist eine 100-prozentige Tochter der Stadt Oberhausen und hat sich auf die Gründungs-, Entwicklungs- und Standortberatung von Unternehmen spezialisiert. Das Kerngeschäft liegt in der Betreuung von Investitionsprojekten. Die WFO ist zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH Teil der zweigleisigen Wirtschaftsförderung in Oberhausen. Zwischen der Stadt Oberhausen und der WFO bestehen keine direkten Finanzbeziehungen.

Der Rat der Stadt beschloss am 30.11.2015 die Verschmelzung der TMO auf die WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) mit Wirkung zum 01.01.2016 und die Umfirmierung der WFO zur WTO Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen GmbH (WTO). Die Verschmelzung wurde 2016 vollzogen

4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“

4.6.1 Chancen

4.6.1.1 Generelle Chancen

Der Aufstellung des Haushaltssanierungsplans (HSP) kommt eine große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des städtischen Haushalts und seiner Finanzierung zu. Zum einen bildet er die Basis für einen zukünftigen Haushaltsausgleich und einen möglichen Schuldenabbau, zum anderen kann ein genehmigter HSP eine Vertrauensbasis bei den Kreditinstituten schaffen, die für die zukünftige Liquiditätsversorgung notwendig ist. Der HSP 2015, der im Laufe des Jahres 2014 aufgestellt wurde, muss einen Haushaltsausgleich mit Landeshilfe ab 2017 und ohne Landeshilfe ab 2021 ausweisen. Damit wird die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt, die nachhaltig einen ausgeglichenen Haushaltsausgleich ermöglichen soll. Dadurch ist gewährleistet, dass der Anstieg der Neuverschuldung gestoppt wird und spätestens ab 2017 ein Abbau der Kassenkredite erfolgen kann. Langfristiges Ziel ist der Aufbau von Eigenkapital. Gleichzeitig sieht sich die Stadt mit einem sich verändernden Kreditmarkt konfrontiert, der perspektivisch die Finanzierung des Haushalts immer schwieriger werden lässt. Hier ist es unbedingt erforderlich, ausreichend finanzielle Mittel akquirieren zu können. Die genehmigten Haushaltssanierungspläne haben eindeutig einen positiven Einfluss auf die Kreditvergaben der am Markt für Kommunalkredite agierenden Banken.

Die Aufstellung des HSP dient nicht allein der Schuldenbremse und der Sicherung der Liquidität, sondern auch und besonders der Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit und damit der Schaffung neuer Zukunftsperspektiven. Die Genehmigung versetzt die Stadt Oberhausen in die Lage, wieder Fördermöglichkeiten nutzen und neue Projekte in der Stadt anstoßen zu können. Dies ist dringend erforderlich, um der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung positive Impulse geben zu können.

Erste positive Entwicklungen für die Innenstadt von Alt-Oberhausen zeichnen sich ab und neue Initiativen in Osterfeld und Sterkrade sind gestartet. Mit den avisierten Förderprojekten Brückenschlag für die Stadtteile Alt-Oberhausen und Lirich Soziale Stadt Osterfeld sowie dem Entwicklungsprogramm für die Sterkrader Innenstadt sollen bis zu 30 Mio. EUR in die Gestaltung der Stadtteile und die soziale Infrastruktur investiert werden.

Bei der Sportentwicklung werden mit dem Ausbau weiterer Anlagen zusätzliche Akzente gesetzt. Die Kultureinrichtungen können ihre erfolgreiche Arbeit mit guten Rahmenbedingungen fortsetzen und einen erheblichen Beitrag für bessere Bildungschancen und ein gutes Image der Stadt leisten. Oberhausen bleibt für den Tourismus weiter attraktiv und schöpft daraus neue wirtschaftliche Potentiale. Die Betriebsstättenzählung macht zarte positive Entwicklungen in weiteren Wirtschaftsbranchen deutlich und die Ergebnisse des Bildungsmonitoring weisen auf erhebliche Verbesserungen bei den Bildungserfolgen der Oberhausener Schulen hin.

Das auf Bundesebene verabschiedete Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen bietet neue Chancen. Es verfolgt das Ziel, die Länder bei der Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände zum „Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet“ zu unterstützen und Investitionen mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen zu ermöglichen. Weitere angekündigte und beschlossene Förderprogramme des Bundes und des Landes bieten herausragende Chancen die städtische Infrastruktur zu entwickeln und die Investitionsdefizite abzubauen.

Diese Entwicklung kann nur weiter unterstützt werden, wenn der Konsolidierungsprozess mit dem Haushaltsausgleich erfolgreich abgeschlossen wird. Dass dies in der strukturellen Situation Oberhausens kein einfacher Weg ist, dürfte allen bekannt sein. Umso wichtiger ist es, die Balance zwischen Konsolidierung auf der einen und ökonomischer sowie sozialer Entwicklung auf der anderen Seite zu halten.

4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO) / TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH / WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

Die Tätigkeiten der städtischen Beteiligungen ENO, TMO und WFO können übergreifend den Bereichen Wirtschaftsförderung und Tourismus zugeordnet werden. Zwischen den einzelnen Gesellschaften bestehen schon jetzt Leistungsverflechtungen, die u. a. Personalgestellung, Bereitstellung von Büroräumen und diverse Kooperationsleistungen im operativen Bereich (Werbung, Pressearbeit etc.) umfassen.

Um Doppelstrukturen abzubauen, die Transparenz zu erhöhen und strukturbedingte Kosten einzusparen, hat die Stadt Oberhausen beschlossen, die Wirtschafts- und Tourismusförderung innerhalb des städtischen Konzerns neu zu strukturieren und die Aufgabenwahrnehmung in einer zentralen Gesellschaft zusammenzufassen. Als erster Schritt wurde über die GPA ein Gutachten bei dem Beratungsunternehmen Rödl & Partner in Auftrag gegeben, das sich mit der allgemeinen Struktur und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften befasst. Aufgrund der inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung haben auch die Gesellschaften ENO, WFO und TMO einen Untersuchungsauftrag an das Beratungsunternehmen ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investitionen GmbH & Co. KG erteilt. Den Abschlussbericht von ExperConsult hat der Rat der Stadt am 22.06.2015 zur Kenntnis genommen und der hierin vorgeschlagenen inhaltlichen und strukturellen Neuausrichtung der Wirtschafts- und Tourismusförderung zugestimmt. Die ENO wird hierbei unverändert eigenständig fortgeführt, da nur so sichergestellt werden kann, dass der weiterhin gewünschte Einfluss der privaten Gesellschafter sowie die Nutzung der privaten Finanzierungsanteile zur Wirtschaftsförderung gesichert bleiben.

Auf Grundlage der Vorgaben des Ratsbeschlusses haben die Gesellschaften in Zusammenarbeit mit der Stadt die finanzielle und tatsächliche Umsetzbarkeit geprüft und eine hierauf beruhende Finanzplanung erstellt. Der sich durch die Neuausrichtung der Aufgaben, insbesondere die Einrichtung einer leistungsfähigen Schlüsselkundenbetreuung, ergebende Finanzbedarf stellt den Rahmen für die Zuschussgewährung der Stadt an die zusammengeführte Gesellschaft dar. Der Rat hat der Verschmelzung von WFO und TMO sowie der Zuschussgewährung an die OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH in seiner Sitzung am 14.12.2015 zugestimmt. Die Verschmelzung der TMO auf die WFO ist 2016 mit der Wirkung zum 01.01.2016 erfolgt

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Der OGM kommt aufgrund ihrer vielfältigen Leistungsbeziehungen zur Stadt Oberhausen eine besondere Rolle im Rahmen der Haushaltssanierung zu. Durch die im Jahr 2013 vorgenommene Neustrukturierung bzw. Neufassung des bestehenden Vertragswerkes zwischen Stadt und OGM sowie die Überarbeitung der Leistungsfelder, Aufgabenkataloge und Leistungsstandards sollen ab 2014 pro Jahr Einsparpotenziale in Höhe von 8,1 Mio. EUR, ab 2016 sogar bis zu 11,5 Mio. EUR realisiert werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Einrichtung eines strategischen Immobilienmanagements, mit dessen Unterstützung die Unterhaltungskosten für städtische Anlagen und

Gebäude langfristig gesenkt werden sollen. Begleitet wurde der Konzeptionierungsprozess von der Ernst & Young GmbH.

Darüber hinaus wurde die OGM seit September 2016 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KMPG AG hinsichtlich einer Neuordnung der gesamten Organisation und Struktur untersucht; der entsprechende Bericht liegt seit dem 20.02.2017 vor. Hierauf basierende Umsetzungsbeschlüsse wurden bisher nicht gefasst.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Potenzial, um die Fahrgastzahlen zu stabilisieren

Tariflich attraktive Angebote, wie beispielsweise das CityO.Ticket, können motivieren, auf den ÖPNV umzusteigen. Darüber hinaus müssen die Zugangsbarrieren zum ÖPNV weiter gesenkt und die Planbarkeit der Reiseroute weiter erhöht werden. Digitale Kommunikationsmittel bieten neue Chancen für eine vernetzte Mobilität. An der Realisierung der Vision „Einsteigen und Losfahren" wird gearbeitet.

Betrauung im Rahmen einer Direktvergabe angestrebt

Die STOAG und die Stadt Oberhausen bereiten unter Begleitung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr die Beauftragung des Verkehrsunternehmens STOAG im Rahmen einer Direktvergabe vor. Erste Schritte sind eingeleitet. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die STOAG auch über das Jahr 2019 hinaus den ÖPNV in Oberhausen erbringen wird.

Energieversorgung Oberhausen AG (evo)

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Anfang März 2015 gründeten STEAG Fernwärme GmbH (56,6 %), Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (25,1 %) und evo (18,3 %) gemeinsam die FWSRR. Diese Beteiligung der evo wird die Versorgung der Kunden in Oberhausen ab 2020 mit Fernwärme mittel- und langfristig sicherstellen. Gleichzeitig treten dann die wirtschaftlichen Risiken im Bereich der Eigenerzeugung in den Hintergrund.

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

Aus der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes ergeben sich für die evo insbesondere in den Jahren 2016 – 2019 Chancen im sich wandelnden Energiemarkt. Gasbetriebene Bestandsanlagen der öffentlichen Versorgung, über die auch die evo verfügt, werden hierbei gefördert.

4.6.2 Risiken

4.6.2.1 Generelle Risiken

Ein besonderes Risiko hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung besteht für alle Stärkungspaktkommunen. Durch die steigende Steuerbelastung und den Abbau von Leistungen kann die Attraktivität der betroffenen Städte in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine wirtschaftliche Stabilisierung und die Überwindung der negativen Fol-

gen des Strukturwandels werden dadurch erheblich erschwert. Insbesondere, weil diese Entwicklung eine regionale ist und das gesamte Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck betrifft.

Für die kommunale Ertragsseite ist die wirtschaftliche Entwicklung aber von großer Bedeutung. Ist sie doch Garant für höhere Steuereinnahmen und ausreichende Mittel in der Verbundmasse für die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die in den letzten Jahren relativ konstant steigenden Schlüsselzuweisungen und die hohen Steuereinnahmen haben von einer stabilen Wirtschaftsentwicklung gezeugt, die sich in 2015 auch in Teilen des Ruhrgebiets und insbesondere in Oberhausen gezeigt hat. Alle Prognosen deuten für die Zukunft auf konstante wirtschaftliche Impulse hin. Ob dies so eintritt wird die zukünftige Entwicklung zeigen. Insbesondere internationale Entwicklungen lassen Auswirkungen auf die europäische und deutsche Wirtschaft befürchten. Um entsprechend reagieren zu können, werden im Rahmen des Risikomanagements alternative Szenarien betrachtet.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung ist in der Regel neben der Ertragsseite auch die Aufwandsseite stark abhängig. Eine sich verschlechternde Wirtschaftslage hat auch steigende Sozialkosten zur Folge. Insbesondere die Kosten der Unterkunft für Arbeitslose im SGB II belasten den Haushalt unverändert. Besonders besorgniserregend ist der Umstand, dass trotz der guten konjunkturellen Lage die Arbeitslosenzahl im Ruhrgebiet nicht wie im Bundesdurchschnitt abgebaut werden konnte und die Zahl der SGB-II-Bezieher immer noch viel zu hoch ist.

Auch die Ausgaben im Rahmen der erzieherischen Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und der Prävention weisen steigende Tendenzen auf. Mit der Vergabe einer Organisationsuntersuchung zum gesamten Jugend- und Sozialbereich an die Firma Con_sens war die Hoffnung einer effizienteren Organisation und effektiveren Aufgabenwahrnehmung verknüpft. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden in 2013 vorgelegt und sollten bereits umgesetzt worden sein. Bis heute konnte die Umsetzung nicht vollständig realisiert werden. Durch die Verzögerung bei der Umsetzung des Gutachtens konnten die Konsolidierungspotentiale bisher nur teilweise ausgeschöpft werden. Steigende Jugendhilfeleistungen sind zu erwarten, wenn nicht kurzfristig in diesem Handlungsfeld die organisatorischen und inhaltlichen Hinweise umgesetzt werden.

Erhebliche Risiken bergen zzt. die nicht abschätzbaren Aufwendungen für Flüchtlinge. Sah der Haushaltsplan 2015 noch einen Ansatz von 4.740.230 EUR an Aufwendungen für Asylbewerber vor so wurden in 2016 steigende Aufwendungen erwartet, so dass aktuell von einem rd. 7 Mio. EUR höheren Aufwand ausgegangen werden kann, als noch im eingebrachten Entwurf des Haushalts 2016 vorgesehen. Diese zusätzlichen Belastungen können für das Jahr 2016 durch die veränderte Auszahlungspraxis der Landesmittel ausgeglichen werden, allerdings ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2017 und in den Folgejahren gefährdet, was eine besondere Herausforderung darstellt. Um diese Herausforderung zu meistern, muss die Bundesregierung die Kosten für die Unterbringung und die Versorgung der Flüchtlinge übernehmen. Diese Aufgabe kann nicht allein den Kommunen und den Ländern überlassen werden. Es handelt sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in der Verantwortung der Gesetzgebung und der Außenpolitik der Bundesregierung liegt.

Darüber hinaus macht die damit zusammenhängende positive demografische Entwicklung verschiedene Einsparvorschläge im städtischen Haushalt, die im Zusammenhang mit dem Rückbau von Infrastruktur standen schwer umsetzbar. Dies betrifft auch die Einsparbemühungen bei den städtischen Beteiligungen.

Weiterhin besteht bei der hohen Verschuldung Oberhausens nach wie vor ein enormes Zinsrisiko. Dem wird in der mittel- bis langfristigen Planung mit steigenden kalkulierten Zinsen begegnet. Außerdem wird bei der Kreditaufnahme in der jetzigen Niedrigzinsphase durch eine möglichst langfristige Zinsbindung versucht, das Risiko für die Folgejahre zu minimieren.

4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen

Aufgrund der hohen Verschuldung bleibt das Zinsrisiko eine der großen Unwägbarkeiten bei der Aufstellung eines Haushaltsanierungsplanes. Bei einer Gesamtverschuldung von 2.017.566 TEUR sind Zinssteigerungen nur schwer aufzufangen. Augenblicklich geht die Stadt Oberhausen - ebenso wie die aktuellen Wirtschaftsprognosen - von einem stabilen Finanzmarkt mit weiterhin niedrigen Zinsen aus. Angesichts des zurzeit außerordentlich niedrigen Zinsniveaus kann mittelfristig jedoch nur mit steigenden Zinsen gerechnet werden. In der Kalkulation des HSP gilt es, diese mittelfristige Entwicklung zu berücksichtigen, um eine realistische Umsetzung zu ermöglichen. Neben dem Zinsrisiko sehen sich viele Kommunen mit dem Liquiditätsrisiko konfrontiert, denn Kommunen im Nothaushalt erleben in jüngster Zeit auch eine allgemeine Zurückhaltung von einzelnen Banken bei der Gewährung von Krediten. Eine Entwicklung in diese Richtung könnte zu Liquiditätsschwierigkeiten führen, wenn sich Banken aus dem Kommunalkreditgeschäft zurückziehen oder aber auch ihre Kreditvolumen stark zurückfahren würden. Im Interesse einer wirksamen Liquiditäts- und Zinssicherung hat die Stadt Oberhausen ihre Liquiditätsbeschaffung mit einer Vielzahl an Kreditgebern breit gefächert und Zinsen und Liquidität durch den Abschluss entsprechender Geschäfte (Termingelder mit mehrjähriger Laufzeit) in großem Umfange gesichert. Neben dieser Strategie eröffnen sich Perspektiven in der Aufnahme von Schuldscheindarlehen bei Anlegern, die an einer mittel- bis langfristigen sicheren Anlage interessiert sind. Die Reduzierung des Liquiditätsrisikos ist eng verbunden mit einer erfolgreichen Sanierung des kommunalen Haushalts. Ein genehmigtes HSP ist ein starkes Signal an die Banken.

4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen

<u>Energieversorgung Oberhausen AG (evo) / STEAG GmbH</u>

Die von der evo erwirtschafteten und zum Teil direkt und zum Teil über die FSO an die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ausgeschütteten Gewinne tragen wesentlich dazu bei, das jährliche Defizit des Verkehrsunternehmens zu verringern, was zu einer Entlastung des städtischen Haushalts führt. Die Höhe des evo-Gewinns wird dabei auch von den Erträgen beeinflusst, die sich aus der Beteiligung der evo an der STEAG GmbH, dem zurzeit fünftgrößten deutschen Stromerzeuger, ergeben.

Die evo ist gemeinsam mit sechs weiteren kommunalen Unternehmen der Rhein-Ruhr-Region über die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) zu sechs Prozent an der STEAG GmbH beteiligt. Der STEAG-Konzern, der zurzeit fünftgrößte deutsche Stromerzeuger, sieht sich nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert.

Aufgrund der Herausforderungen der Energiewende und der sich verschärfenden Marktbedingungen hat der STEAG-Konzern ein umfassendes Transformationsprogramm, nämlich das konzernweite Projekt STEAG 2022, aufgesetzt. Neben Effizienzsteigerungen sind auch Portfoliomaßnahmen und die Forcierung von Wachstumsprojekten angedacht. Da die Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital zur Finanzierung von Wachstumsprojekten nicht geplant ist, soll Kapital durch Teilverkäufe von Tochtergesellschaften – wie z. B. von 49 % an der STEAG Fernwärme GmbH – generiert werden.

Die STEAG hat für das Geschäftsjahr 2016 eine Gewinnabführung an die KSBG im Jahr 2017 von 55 Mio. EUR budgetiert. Auch für die Folgejahre weist die Mittelfristplanung der STEAG eine ausreichende Höhe der geplanten Ergebnisabführung an die KSBG aus, um deren Darlehenstilgungen inklusive Zinsen sowie eigene Betriebsaufwendungen abzudecken.

Die KSBG ihrerseits plant für das Geschäftsjahr 2016 eine Ausschüttung von 15 Mio. EUR an die sieben beteiligten Stadtwerke. Die evo würde aufgrund der 6 %-Beteiligung an der KSBG im Jahr 2017 0,9 Mio. EUR davon erhalten. Aus Vorsichtsgründen hatte die evo im Budget für das Jahr 2017 keine Beteiligungserträge der KSBG aus dem Geschäftsjahr 2016 geplant. Mit der aktuell doch zu erwartenden Auszahlung könnte die Plan-Ergebnis-Vakanz von 0,8 Mio. EUR bei der evo geschlossen werden. Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 verzichten die sieben Stadtwerke zugunsten der notwendigen Stärkung der Finanzkennzahlen der KSBG jeweils auf eine Ausschüttung.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

Die GMVA erhält von der Stadt Oberhausen für die übernommene Abfallentsorgung ein Leistungsentgelt, das in die Kalkulation der Abfallgebühren einfließt. Die Entgeltzahlungen unterliegen den Beschränkungen des öffentlichen Preisrechts. In verschiedenen Gebührenstreitverfahren gegen die kommunalen Gesellschafter der GMVA hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf die hohen Verbrennungsentgelte für preisrechtswidrig und die Gebührenbescheide dementsprechend aufgehoben. Als Begründung gibt das Verwaltungsgericht u. a. an, dass die Erlöse für den Verkauf von Strom und Wärme aus der Müllverbrennung dem Gebührenzahler zugutekommen müssten, was bisher unberücksichtigt geblieben ist.

Das OVG NRW hat am 27.04.2015 rechtskräftig entschieden, dass von der GMVA ermittelten Verbrennungsentgelte für das Gebührenjahr 2012 aus mehreren Gründen preisrechtsrechtswidrig ermittelt wurden und überhöht seien. Die Gebührenbescheide für 2012 wurden aufgehoben. Da den Kalkulationen 2010/2011 und 2013 die gleichen gerügten Verbrennungspreise zugrunde lagen, hat die Stadt Oberhausen auf Anregung des Oberverwaltungsgerichts die Anträge auf Zulassung der Berufung zurückgenommen.

Zur Quantifizierung der gebührenrechtlichen Rückzahlungsvolumina wurde die Preisprüfstelle der Bezirksregierung Düsseldorf eingeschaltet. Die Preisprüfberichte für die Gebührenjahre 2011-2014 liegen zwischenzeitlich vor, so dass seitens des Rates der Stadt zuletzt mit Beschluss vom 27.03.2017 die entsprechenden Änderungssatzungen beschlossen wurden.

Die aufgrund der Anpassung der Verbrennungsverträge mit der Stadt Oberhausen und der WBD Wirtschaftsbetriebe Duisburg beruhende nachhaltige Reduzierung der Verbrennungsentgelte führt zu Umsatzverlusten der GMVA und macht dort erhebliche Neustrukturierungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Überlebensfähigkeit der Gesellschaft erforderlich; hierzu haben sich die Gesellschafter, die GMVA und die GMVA & CO KG am 01.12.2016 einen Vertrag über die Bewältigung der finanziellen Folgen einer Anpassung des Verbrennungsentgelts geschlossen.

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

Die OVP hat Anfang der 2000er Jahre zweckgebundene Infrastrukturmittel aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW für die Baureifmachung und Erschließung des damals im Eigentum der OVP stehenden Stahlwerksgeländes in Oberhausen erhalten. Durch den notwendig gewordenen vorzeitigen Verkauf der geförderten Flächen im Jahr 2006 entfiel jedoch die Fördergrundlage. Die OVP hat daraufhin von der NRW.Bank einen Rückforderungsbescheid erhalten, der erstinstanzlich vom Landgericht Duisburg bestätigt wurde. Die OVP hat gegen das Urteil Berufung beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt. .

Die OVP und die Stadt wurden im Februar 2016 nunmehr vom OLG Düsseldorf gesamtschuldnerisch zur Teilrückzahlung des von der NRW.Bank zurückgeforderten Zuschusses zur Baureifmachung und Erschließung des ehemaligen Stahlwerksgrundstücks verurteilt. Der Rückzahlungsbetrag inkl. Zinsen betrug insgesamt 9,6 Mio. EUR. Die Stadt hatte seinerzeit zur Sicherung eines eventuellen Rückforderungsanspruches des Landes eine Bürgschaftserklärung abgegeben. Rückstellungen in Höhe des Rückforderungsbetrags inkl. einer entsprechenden Verzinsung sind gebildet worden. Da die OVP zur Rückzahlung nicht in der Lage ist, hat die Stadt den Anspruch erfüllt und die Rückstellungen entsprechend aufgelöst. Hinsichtlich eines Rückforderungsanspruches im Innenverhältnis gegenüber der OVP hat die Stadt einen Rangrücktritt erklärt, um den Bestand der OVP nicht zu gefährden.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Die STOAG ist u. a. an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Energieversorgung Oberhausen AG (evo), GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH sowie der RWE AG beteiligt. Die hierdurch vereinnahmten Beteiligungserträge tragen zur Reduzierung des Defizits aus der operativen Geschäftstätigkeit bei.

Die Geschäftsführung kann durch organisatorische Optimierung das operative Defizit der STOAG verringern. Sie hat jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf die erwirtschafteten Jahresüberschüsse und die damit verbundenen Ausschüttungen der Beteiligungsunternehmen. Bei rückläufigen Beteiligungserträgen besteht somit die Gefahr, dass das Gesamtbetriebsergebnis der STOAG die Vorgaben des städtischen Haushalts bzw. Haushaltssanierungsplans verfehlt, obwohl sich das operative Ergebnis unter Umständen verbessert. Risiken sinkender Beteiligungserträge ergeben sich vor allem aus den Beteiligungen an der GMVA und der RWE AG bei erstgenannter aufgrund ausstehender gebührenrechtlicher Entscheidungen, bei letzterer wegen der aktuell laufenden Neuausrichtung des Konzerns und der damit verbundenen unsicheren Dividendenentwicklung. Ausschüttungen seitens der GMVA werden aufgrund der ungewissen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten Geschäftsjahren nicht erwartet. Auch bei der RWE AG ist das Risiko sehr hoch, dass die Dividendenhöhe deutlich reduziert werden muss oder eine Dividendenzahlung sogar vollständig ausbleibt. Im Gegensatz dazu ist bei der Ergebnisabführung der evo AG von einer konstanten Höhe auszugehen.

Aus der Reduzierung der Beteiligungserträge resultiert in den nächsten Jahren voraussichtlich ein erhöhter Finanzierungsbeitrag der Stadt Oberhausen.

4.6.2.4 Risikomanagement

Die Stadt Oberhausen hat zum Jahreswechsel 2013/2014 damit begonnen, ein Risikomanagementsystem zu implementieren. Ziel ist, wesentliche Risiken im Hinblick auf die Erreichung der im Haushaltssanierungsplan festgeschriebenen Maßnahmen frühzeitig zu lokalisieren und geeignete Mittel zur Risikosteuerung zu entwickeln. Dazu werden alle im Rahmen einer Risikoinventur erfassten Risiken in einem Risikokatalog dokumentiert, der u. a. Erläuterungen zu Risikoursachen, Häufigkeit des Auftretens sowie eine grobe Bewertung des Verlustpotentials enthält. Der Risikokatalog bietet die notwendige Informationsbasis für die anschließende Risikoanalyse sowie Risikosteuerung. Durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sollen Risiken vermieden bzw. deren Auswirkungen begrenzt werden.

4.7 Erläuterungen der Kennzahlen

4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote)

Die **Eigenkapitalquote 1** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher sind die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

Eigenkapitalquote 1	=	Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme	=	- 1.113.857.345 x 100 / 2.991.814.703 = - 37,23 %

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Eigenkapitalquote 1	- 26,15 %	- 28,72 %	- 34,05 %	- 35,87 %	- 37,23 %

Die Eigenkapitalquote beträgt - 37,23 %. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

Die **Eigenkapitalquote 2** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

Eigenkapitalquote 2	= (Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	= (- 1.113.857.345 + 466.342.594) x 100 / 2.991.814.703	= -21,64 %

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt – 21,64 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Eigenkapitalquote 2	- 8,11 %	- 11,13 %	- 17,29 %	- 19,76 %	- 21,64 %

4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlagenintensität)

Die **Anlagenintensität** zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

Anlagenintensität =	Anlagevermögen x 100 Bilanzsumme	=	1.772.674.515 x 100 2.991.814.703	= 59,25 %

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 59,25 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Anlagenintensität	70,50 %	68,31 %	60,76 %	62,84 %	59,25 %

4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote)

Die **Infrastrukturquote** verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Anlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

Infrastruktur-vermögen	=	Infrastruktur vermögen x 100 Bilanzsumme	=	904.935.684 x 100 2.991.814.703	= 30,25 %

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 30,25 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Infrastrukturquote	34,40 %	33,59 %	32,34 %	31,43 %	30,25 %

4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad

Durch die Kennzahl **Anlagendeckungsgrad 2** soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Anlagendeckungsgrad 2	=	(Eigenkapital + SoPo Zuwend-ungen/Beiträge + Langfristiges Fremdkapital) x 100 Anlagevermögen	=	(-1.113.857.345 + 466.342.594 + 948.905.871) x 100 1.772.674.515	= 40,21 %

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 40,21 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Anlagendeckungsgrad 2	24,77 %	20,83 %	19,49 %	19,45 %	40,21 %

Die **Liquidität I. Grades** gibt das Verhältnis der liquiden Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten an und analysiert damit, inwieweit die Gemeinde ihre derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch ihre liquiden Mittel erfüllen kann.

Liquidität 1. Grades vermögen	=	liquide Mittel x 100 kurzfristige Verbindlichkeiten	=	16.245.183 x 100 568.227.923 = 2,86 %

Die Liquidität 1. Grades beträgt 2,86 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Liquidität I. Grades	1,66 %	1,50 %	1,68 %	1,56 %	2,86 %

4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad

Die **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	=	Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 Bilanzsumme	=	568.227.923 x 100 2.991.814.703 = 18,99 %

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 18,99 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	35,68 %	27,03 %	17,92 %	26,67 %	18,99 %

Mit dem **Dynamischen Verschuldungsgrad** lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Diese Kennzahl berechnet sich aus dem Quotienten zwischen der Effektivverschuldung und dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Höhe freie Finanzmittel im abgelaufenen Haushaltsjahr zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden können. Da es in Oberhausen keinen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gibt, ist der Ausweis dieser Kennzahl nicht möglich.

4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote)

Die **Netto-Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

Nettosteuerquote =	(Steuererträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) x 100 (Ordentliche Erträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit)	=	(232.858.194 - 5.108.832 - 4.962.866) x 100 (783.095.168 - 5.108.832 - 4.962.866)	= 28,82 %

Die Nettosteuerquote beträgt 28,82 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Netto - Steuerquote	29,27 %	32,06 %	29,82 %	28,35 %	28,82 %

4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote)

Die **Zuwendungsquote** verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Zuwendungsquote	=	Erträge aus Zuwendungen x 100 Ordentliche Erträge	=	285.487.294 x 100 783.095.168 = 36,52 %

Die Zuwendungsquote beträgt 36,52 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Zuwendungsquote	39,28 %	37,64 %	37,14 %	36,87 %	36,52 %

4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen)

Die **Personalintensität** weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

Personalintensität	=	Personalaufwendungen x 100 Ordentliche Aufwendungen	=	189.025.471 x 100 787.338.511 = 24,01 %

Die Personalintensität beträgt 24,01 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Personalintensität	24,07 %	21,98 %	24,22 %	24,90 %	24,01 %

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienst-leistungsintensität	=	Aufwendungen für Sachdienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	144.733.602 x 100 / 787.338.511 = 18,38 %

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 18,38 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Sach- und Dienstleistungsintensität	20,21 %	20,80 %	18,34 %	17,43 %	18,38 %

Die **Transferaufwendungsquote** veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

Transferaufwendungsquote	=	Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	242.122.166x 100 / 787.338.511 = 30,75 %

Die Transferaufwandsquote beträgt 30,75 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Transferaufwendungsquote	26,91 %	26,96 %	27,40 %	29,17 %	30,75 %

Die **Zinslastquote** zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

Zinslastquote	=	Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	40.350.152 x 100 / 787.338.511 = 5,12 %

Die Zinslastquote beträgt 5,12 %.

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Zinslastquote	6,88 %	6,16 %	5,67 %	5,90 %	5,12 %

4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014 nicht eingetreten, sofern sie nicht schon in diesem Bericht erwähnt sind.

4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2015

Schranz, Daniel		
Kurzname (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
GMVA	Gesellschafterversammlung	Mitglied
OGM	Gesellschafterversammlung	Mitglied
VKA	Gesellschafterversammlung	
WBO	Gesellschafterversammlung	Mitglied
ENO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
evo	Aufsichtsrat	Mitglied
PBO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
WFO	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
SSO	Verwaltungsrat	1. stellv. Vorsitzender

Tsalastras, Apostolos		
Kurzname (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
ENO	Gesellschafterversammlung	
Gasometer	Gesellschafterversammlung	
IKF	Gesellschafterversammlung	
LAH	Gesellschafterversammlung	
Lokalfunk	Gesellschafterversammlung	
Lokalfunk Verw. mbH	Gesellschafterversammlung	
TZU	Gesellschafterversammlung	
WFO	Gesellschafterversammlung	
ENO	Aufsichtsrat	Gast
PBO	Aufsichtsrat	Gast
STOAG	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
TMO	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	
ecce GmbH	Kuratorium	Mitglied gem. § 113 GO
VRR	Verbandsversammlung	Mitglied gem. § 113 GO

Schmidt, Jürgen

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
VZO	Gesellschafterversammlung	
OGM	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Motschull, Frank

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
GMVA	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
Revierpark	Verwaltungsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Münich, Elke

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Revierpark	Geschäftsführung	Geschäftsführerin
ASO gGmbH	Gesellschafterversammlung	
ASO Service	Gesellschafterversammlung	
BFO	Gesellschafterversammlung	
Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Vorsitzende

Lauxen, Sabine

Kurzname (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
GMVA	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)
WBO	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Costecki, Britta

Kurzname (Mandatsfirma)	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**
Jobcenter Oberhausen	Beirat	Mitglied

Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen (zum 31.12.2015)

SPD-Fraktion

Albrecht-Mainz, Elia	**Ältestenrat**		1. stv. Vorsitzende
Dipl.-Kauffrau	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Vorsitzende
	Hauptausschuss		1. stv. Vorsitzende
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Unweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecherin
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	AWO Oberhausen		Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bischoff, Jörg	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Fleischermeister	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied

	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Revierpark Vonderort	Gesellschafterver-sammlung	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bongers, Sonja	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Rechtsanwältin	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Fraktionssprecherin
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstal-tungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Gesellschafter-versammlung	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bramorski, Stefan	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Jugendbildungsreferent	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied

	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Lokale Agenda 21	Lenkungsgremium	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Brands, Beatriks	**Hauptausschuss**		Mitglied
Hausmeisterin	**Sozialausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Finanz- und Personalausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen		stellv. Vorsitzende
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied

	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
Brodrick, Helmut	**Kulturausschuss**		Mitglied
Betriebsratsvorsitzender	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Cordes, Hubert	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Konditormeister	**Gestaltungsbeirat**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Derksen, Rene	**Gestaltungsbeirat**		stellv. Mitglied
Arbeitsvermittler	**Kulturausschuss**		stellv. Vorsitzender

	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dröhne, Manuel	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
Student	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Emmerich, Karl-Heinz	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Informationselektroniker	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied

	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	Umlegungsausschuss		Mitglied
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
Flore, Manfred	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Bezirksschornsteinfeger-meister	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Fraktionssprecher
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Vorsitzender (alter-nierend)
	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Vorsitzender
	Rheinisch-Westfäl. Wasserwerksgesellschaft mbH (RWW)	Gesellschafterver-sammlung	Mitglied
	Ruhrverband	Verbandsversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Große Brömer MdL, Wolfgang	**Ältestenrat**		Mitglied
Ltd. Gesamtschuldirektor	**Finanz- und Personalausschuss**		Fraktionssprecher
während des Mandats beurlaubt	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Vorsitzender
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
Jacobs, Silke	**Planungsausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Kösling, Klaus	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Fraktionssprecher
kfm. Angestellter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Vorsitzender
	Hauptausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied

Krey, Thomas	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
stellv. Geschäftsführer	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Bezirksbürgermeister Oster-feld	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Hausfrau	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecherin
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Fraktionssprecherin
	Sozialausschuss		Vorsitzende
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		MItglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Radtke, Dorothee	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Kauffrau i. E.	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Bezirksbürgermeisterin Alt-OB	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		Vorsitzende
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Projekt Team City	Beirat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Real, Ulrich	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Studiendirektor	**Hauptausschuss**		Mitglied
Bezirksbürgermeister Sterkrade	**Jugendhilfeausschuss**		Fraktionssprecher
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Sahin, Bülent	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Politikwissenschaftler	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Scheffler, Stefan	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Mitglied
Rechtsanwalt	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Werner, Yannah	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Rechtsreferendarin	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
Wolter, Horst	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Industriekaufmann	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Zimkeit MdL, Stefan	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Dipl.-Sozialwissenschaftler	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied

	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender

CDU-Fraktion

Bandel, Frank	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Ing.	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
Landschaftspflege	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Fraktionssprecher
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Verbandsversammlung	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Benter, Christian	**Ältestenrat**		Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstal-tungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Bennewa, Helmut	**Sozialausschuss**		Mitglied
Fachkraft für Logistik - Chemie	**Integrationsrat**		Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderung		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Bürgermeister Broß, Klaus Dieter	**Ältestenrat**		2. stellv. Vorsitzender
Polizeibeamter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		2. stellv. Vorsitzender
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Fraktionssprecher
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender

	Sängerkreis Oberhausen		Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dubbert, Karin	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Mitglied
Journalistin	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Hausmann-Peters, Gundula	**Jugendhilfeausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Schulausschuss**		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied

	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Ingendoh, Holger	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Diplom-Bauingenieur	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH		Mitglied
	Umlegungsausschuss		stellv. Mitglied
Köhler, Hans-Jürgen	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Sparkassenbetriebswirt i.R.	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		stellv. Vorsitzender
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstal-tungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied

	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Lenz, Eugen	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Werbeleiter	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Müthing, Christa	**Finanz- und Personalausschss**		Fraktionssprecherin
freiberufl. Vermietungstätig-keit	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied

	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		Vorsitzende
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Vorstand	Mitglied
Nakot, Werner	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Kriminalbeamter	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		Vorsitzender
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Osmann, Denis	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
Immobilienkaufmann	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied

Rubin, Dirk	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Vorsitzender
Dipl.-Sozialpädagoge	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Bildungseinrichtung Löwenzahn e. V.	Geschäftsführender Leiter	
	Kinderpädagogisches Institut	Gesellschafter	
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Löwenzahn Immobilien Agentur	Gesellschafter	
	Polizeibeirat		Fraktionssprecher
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Schmidt, Georgis	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Stehr, Simone Tatjana	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Studiendirektorin	**Hauptausschuss**		Fraktionssprecherin
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Tscharke, Hans Josef	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschss**		Vorsitzender
Dienstleistungsverband der	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
Kirchengemeinden im Bis-tum	**Jugendhilfeausschuss**		stellv. Mitglied
Essen (KöR)	**Kulturausschuss**		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Fraktionssprecher
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
Tüzün, Saadettin	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
Projektmanager, Dipl.-Ing.	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecher
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied

	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Willing-Spielmann, Ulrike	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Dipl.-Sozialarbeiterin	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Fraktionssprecherin
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Wissing, Matthias	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Assessor juris	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied

	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
Wolter, Marita	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
Lehrerin (Altersteilzeit) Ruhephase	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Vorsitzende
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Vorsitzende
	Seniorenbeirat		Fraktionssprecherin
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Fraktion DIE GRÜNEN

Axt, Norbert	**Hauptausschuss**		Mitglied
Lehrer	**Sportausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	stellv. Mitglied
Blanke, Andreas	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Werbekaufmann	**Finanz- und Personalausschuss**		Fraktionssprecher
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Gödderz, Sandra	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher

	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Fraktionssprecher
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bürgermeisterin Opitz, Stefanie	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
Erzieherin	**Integrationsrat**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Fraktionssprecherin
	Ältestenrat		3. stellv. Vorsitzende
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
Wittmann, Regina	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Ing. Architektin	**Hauptausschuss**		Fraktionssprecherin
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied

	Gestaltungsbeirat		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Vorsitzende
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied

Die Linke.Liste-Fraktion

Diepenbrock, Ingrid	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Vorsitzende
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
Goeke, Martin	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Politikwisssenschaftler	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Koch, Lühr	**Integrationsrat**		Mitglied
Rentner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Karacelik, Yusuf	**Ältestenrat**		Mitglied
KFZ-Mechaniker	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Marx, Petra	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Dipl.-Pädagogin	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied

	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

BOB-Fraktion

Bruckhoff, Peter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Techniker	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstal-tungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Mellis, Karl-Heinz	**Ältestenrat**		Mitglied
Dipl.-Ing. Architekt, Prokurist	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Vorsitzender
	Gestaltungsbeirat		Mitglied
	Wahlausschuss		Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Nowak, Werner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Techniker	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Bürgerliste Oberhausen-Gruppe

Walther, Andrea-Cora	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
selbstständige Steuerberaterin	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Karschti, Albert	**Ältestenrat**		Mitglied
Dipl.-Ing. i. R.	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied

FDP - Gruppe

Boos, Regina	**Ältestenrat**		Mitglied
Augenoptikermeisterin	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Runkler, Hans-Otto	**Ältestenrat**		Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Krankenhausausschuss 4	Ausschuss des LVR	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	Landschaftsversammlung	Mitglied
	LVR-InfoKom	Betriebsausschuss	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Rheinland Kultur gmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Sozial- und Kulturstiftung des LVR	Vorstand	Mitglied

	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	2. stellv. Vorsitzen-der
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender

Ausgeschiedene Ratsmitglieder 2015

Schranz, Daniel M. A.	**Ältestenrat**	15.10.04 – 06.10.2015	Fraktionssprecher
Landesbeauftragter	**Hauptausschuss**	30.06.14 - 06.10.2015	Fraktionssprecher
Bildungswerkleiter	**Kulturausschuss**	15.10.04 – 06.10.2015	Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Vorsitzender
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzender
Hans-Bernd Lösken	**Jugendhilfeausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
ausgeschieden am	**Integrationsrat**		Mitglied
09.02.2015	**Beirat für Menschen mit Behinderung**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen Oberhausen		stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen		stellv. Mitglied
Klaus Wehling	**Ältestenrat**		Vorsitzender
	Hauptausschuss		Vorsitzender
	Stadtwerke Oberhausen GmbH (StOAG)	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen GmbH (ENO)	Aufsichtsrat	Vorsitzender

		Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (PBO	Aufsichtsrat	Vorsitzender
		Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)	Gesellschafter-versammlung	
		Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)	Aufsichtsrat	
		Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)	Gesellschafter-versammlung	
		Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (TMO)	Gesellschafter-versammlung	
		Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (TZU)	Gesellschafter-versammlung	
		Verband der kommunalen RWEAktionäre GmbH (VkA)	Gesellschafter-versammlung	
		Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)	Gesellschafter-versammlung	
		RWE AG / RWE Deutschland	Beirat/Aufsichtsrat	
		Deutsche Städte Medien (DSM)	Beirat	
		Emscher Genossenschaft (EG)	Genossenschaftsrat	
		Emscher Gesellschaft für Wassertechnik mbH	Beirat	
		Wirtschaftsförderung Metropoleruhr (WMR)	Aufsichtsrat	Vorsitz
		KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH	Aufsichtsrat	
		Stadtsparkasse Oberhausen (SSO)	Beamter	
Erkens, Daniel		IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
19.10.15	09.11.15	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

5. Beteiligungsbericht

Der nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW dem Gesamtabschluss beizufügende Beteiligungsbericht 2015 lag dem Finanz- und Personalausschuss zu seiner Sitzung am 08.11.2016 sowie dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 12.11.2016 vor.

In Anbetracht des Druckumfanges und der damit einhergehenden Kosten wird der Beteiligungsbericht nur dem Original des Gesamtabschlusses und einer geringen Auflagenhöhe von 35 Exemplaren zur Verwendung gegenüber der Aufsichtsbehörde, im Verwaltungsvorstand, in den Fachdienststellen der Bereiche Finanzen, Rechnungsprüfung sowie Personal und Organisation, zur gesetzlichen Aufbewahrung sowie in den Fraktionen beigefügt.

Darüber hinaus steht die komplette Fassung des Gesamtabschlusses 2015 der Stadt Oberhausen im Ratsinformationssystem ALLRIS in Dateiform zur Verfügung.

Die Nummerierung innerhalb des Beteiligungsberichtes entspricht der Originalnummerierung.

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2015

Stadt Oberhausen ***Bereich 9-5***
Der Oberbürgermeister ***Stabsstelle Beteiligungen***

Stand: September 2016

Vorwort Beteiligungsbericht 2015

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dem Beteiligungsbericht für das Jahr 2015 erfüllt die Stadt nicht nur ihre gesetzliche Verpflichtung. Mindestens genauso wichtig ist aus meiner Sicht, dass die vorliegenden Informationen über städtische Beteiligungen einen bedeutenden Beitrag zur Offenheit und Transparenz liefern.

Die Palette städtischer Aufgaben ist breit. Einige dieser Aufgaben werden nicht nur durch klassische Dienststellen erfüllt, sondern auch auf Unternehmen übertragen, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Am Beispiel von Wirtschaftsförderung, Tourismus oder Kurzfilmtagen erkennen wir leicht, dass städtische Beteiligungen zu einer besseren Lebensqualität in unserer Stadt beitragen können.

Ihren Blick lenken möchte ich bei dieser Gelegenheit auch auf die Verhandlungen zum Fortbestand des Vertrages der Stadt mit der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) bis 2022, der unter anderem die Müllabfuhr sowie die Kanal- und Straßenunterhaltung beinhaltet. In diesem Zusammenhang konnte für die Bürgerinnen und Bürger eine erfreuliche Serviceverbesserung vereinbart werden: Bereits seit dem Sommer 2015 können Grün- und Gartenabfälle sowie Bauschutt in haushaltsüblichen Mengen am Werkstoffhof kostenfrei abgeliefert werden.

Eine Erfolgsgeschichte ist hoffentlich die Neustrukturierung der Wirtschafts- und Tourismusförderung, die im November 2015 durch den Rat beschlossen wurde. Am 1. Juli 2016 konnte dann die Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung (OWT) als 100prozentige Stadttochter an den Start gehen. Aus Sicht der Beteiligungsverwaltung lassen sich dadurch beide Themen noch zukunftsorientierter am Markt platzieren.

Ich hoffe sehr, dass die vorliegende Broschüre an möglichst vielen Stellen Ihre Aufmerksamkeit findet.

Oberhausen, im September 2016



Daniel Schranz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Beteiligungsbericht 2015 3

Inhaltsverzeichnis 5

Gründungshistorie 7

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2015 9

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen 14

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen 16

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2015 19

Wesentliche Leistungsbeziehungen 21

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2015 24

Einzelberichterstattung 25

Ver- und Entsorgung **27**

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 30
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 40
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 54
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 62
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 68
evo Energieversorgung Oberhausen AG 72
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 88
Biostrom Oberhausen Management GmbH 98
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 102
Quantum GmbH 108
strasserauf GmbH 120
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 124
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 148
STEAG GmbH 152
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 158
FSO GmbH & Co.KG 160
FSO Verwaltungs- GmbH 176
RWE Aktiengesellschaft 179
RW Holding Aktiengesellschaft 184
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 186
GMVA GmbH & Co. KG 192
GMVA Verwaltungs-GmbH 196
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 200
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 204

Wirtschaftsförderung 217

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 220
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 226
ecce - european centre for creative economy GmbH 230
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 238
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 246

Freizeit & Tourismus 251

Gasometer Oberhausen GmbH 254
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 260
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 270
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 278
Revierpark Vonderort GmbH 288

Wohnungsgenossenschaften 295

Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 296

Sonstige Unternehmen 299

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 302
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 308
ASO Service GmbH 316
Jobcenter Oberhausen 322
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 326
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 328
Public Konsortium d-NRW GbR 334
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 340
(CVUA-RRW) 340
Stadtsparkasse Oberhausen 344

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen 369

Theater Oberhausen 372
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 380

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2016) 387

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen 387
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä. 388
Besetzung der Betriebsausschüsse 391

Vergütungsbericht 2015 393

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung 398

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung 409

Beteiligungsrichtlinien 412

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen 423

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis 426

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1971	Revierpark Vonderort GmbH	(F)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH	(WF)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	(F)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1997	TheatrO. CentrO. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2015

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,1433
	Gesamtquote W	83,1433
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0571
	Gesamtquote W	0,0571
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote W	5,5556
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,1823
	Gesamtquote W	1,1823
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote W	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,5807
	durchgerechnet	31,6023
	Gesamtquote W	85,1830
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO Verwaltungs- GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	5,0000
	Gesamtquote W	5,0000
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	5,0000
	Gesamtquote W	5,0000
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Public Konsortium d-NRW GbR	direkt	1,4779
	Gesamtquote W	1,4779
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,6180
	Gesamtquote W	5,6180
Revierpark Vonderort GmbH	direkt	25,0000
	Gesamtquote W	25,0000
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,7187
	Gesamtquote W	1,7187
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5690
	Gesamtquote W	1,5690
RW Beteiligungs GmbH	durchgerechnet	4,8683
	Gesamtquote W	4,8683
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	durchgerechnet	19,4887
	Gesamtquote W	19,4887
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	durchgerechnet	41,5900
	Gesamtquote W	41,5900
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	durchgerechnet	24,6480
	Gesamtquote W	24,6480
RW Holding Aktiengesellschaft	durchgerechnet	1,2073
	Gesamtquote W	1,2073

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
strasserauf GmbH	durchgerechnet	15,0000
	Gesamtquote W	15,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote W	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1% werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2015 aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2015 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2015 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Auf die Darstellung von Gesellschaften im Liquidationsverfahren wird verzichtet. Im laufenden Berichtsjahr befindet sich die nachfolgende ehemalige städtische Beteiligung im Liquidationsverfahren:

FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen GmbH i.L.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2012 - 2015 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2015 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2016 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Hauptausschuss und der Finanz- und Personalausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2015).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2015).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 31.07.2016) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2015 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (z. B. Beirat der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG oder Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (-Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter:	$\frac{\text{Gesamtleistung *)}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$

*) = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote:	$\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:	$\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote: $\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2015

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										50.000,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						235.152,50				394,22
ASO Service GmbH										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										4.037,92
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH										
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	111.690,00									18.622,00
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG										
Biostrom Oberhausen Management GmbH										
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)										
ecce - european centre for creative economy GmbH										
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.										
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energieversorgung Oberhausen AG										
FSO GmbH & Co.KG								5.627.985,30		
FSO Verwaltungs- GmbH										
Gasometer Oberhausen GmbH										
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH										
GMVA GmbH & Co. KG										
GMVA Verwaltungs-GmbH										
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	739.570,00									
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH										
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.175.980,00				5.053.176,87				
Oberhausener Netzgesellschaft mbH										

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH						2.978.925,54				
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						9.454.298,18				
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH										
Public Konsortium d-NRW GbR										
Quantum GmbH										
Revierpark Vonderort GmbH	297.600,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								336,70	3.330.891,12	
Stadtsparkasse Oberhausen										
STEAG GmbH										
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH						22.895.993,72				23.941,42
strasserauf GmbH										
Theater Oberhausen	8.160.000,00									
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	33.349,98	585.056,85								
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH										
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH										
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH						20.388.270,10				
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH										
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH										

Wesentliche Leistungsbeziehungen

Leistungsempfänger

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2015 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen betrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	Biostrom Oberhausen Management GmbH	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	evo Energieversorgung Oberhausen AG
Leistungserbringer													
Stadt Oberhausen		85	281	1	0	4	23	1					8.761
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen			2.205										
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH													
ASO Service GmbH			1.034										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													5.840
Biostrom Oberhausen Management GmbH								3					
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	498												
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	136												1.500
evo Energieversorgung Oberhausen AG			367		1		2	767				15	
FSO GmbH & Co.KG													11.721
FSO Verwaltungs- GmbH													
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH													1.274
GMVA GmbH & Co. KG	10.760												
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													
Jobcenter Oberhausen	3.507												
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG													
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH													
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	8												17
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	17		2										72.433
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	92.476	104					11					16	26
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH													
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH													
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													46.439
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	8.655		9	2									299
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	35												33
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	345												
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	34.354		10										1
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	35											796	

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt

Geschäftsjahr 2015 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen betrieblichen Erlöse der Leistungserbringer

Leistungserbringer	Leistungsempfänger: FSO GmbH & Co.KG	FSO Verwaltungs- GmbH	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	GMVA GmbH & Co. KG	GMVA Verwaltungs-GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
Stadt Oberhausen	5.994		22		1.245		10	68			1		3.777
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen													120
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH													
ASO Service GmbH													
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													
Biostrom Oberhausen Management GmbH													
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)													
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO													
evo Energieversorgung Oberhausen AG	95	1	77						1.860		96	40.730	8.648
FSO GmbH & Co.KG													
FSO Verwaltungs- GmbH	5												
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH					10.714								49
GMVA GmbH & Co. KG													
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													1
Jobcenter Oberhausen													
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										5			
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH									915				
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH													21
Oberhausener Netzgesellschaft mbH											58		795
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH			3				21	652			85	2	
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH													
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH													
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	5.629			18				58				20	52
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH			10	2			1						22
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													680
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH											50		3.858
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH			3	17							1		341
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH													15

Leistungsempfänger

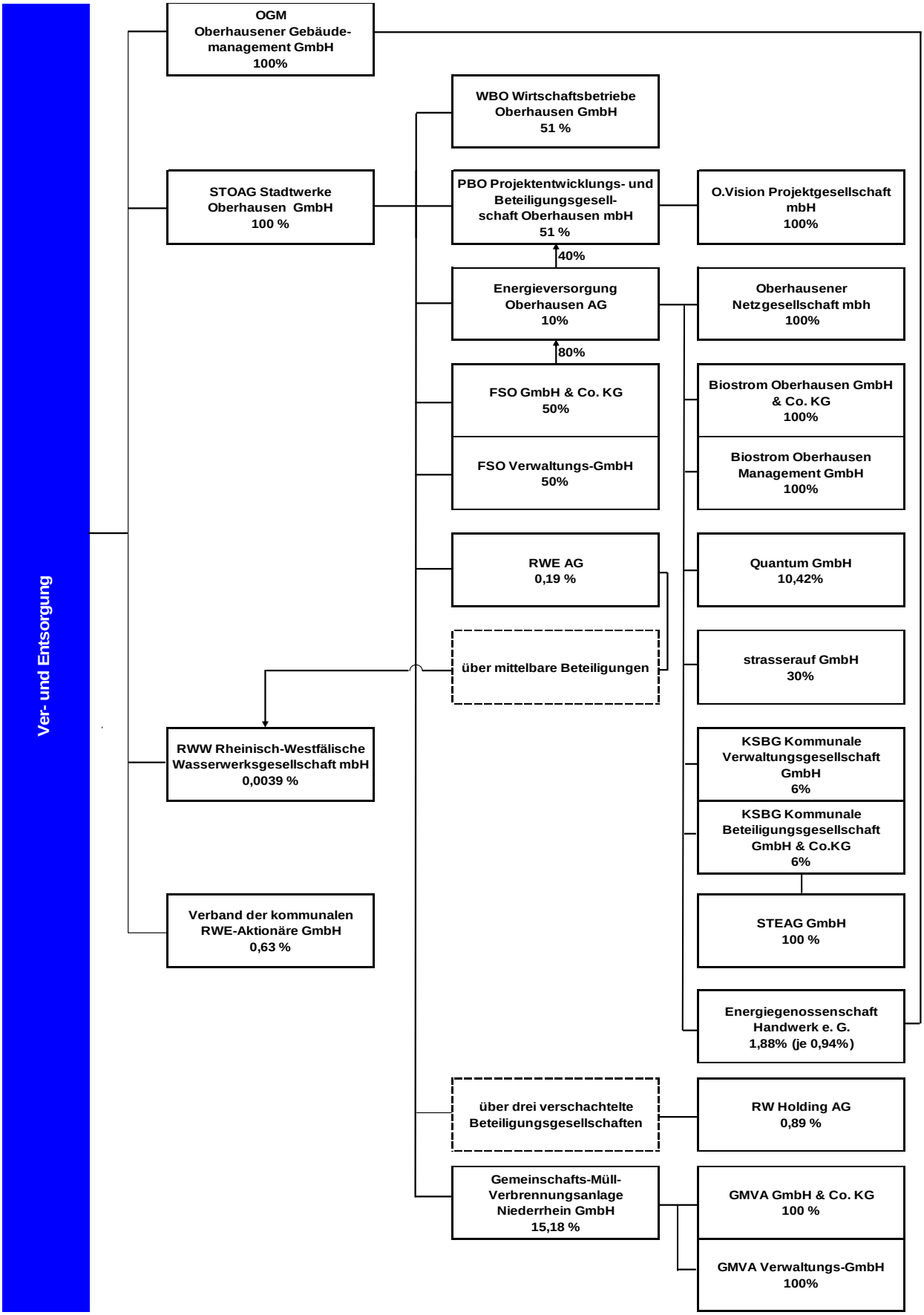
Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2015 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen betrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Public Konsortium d-NRW GbR	Quantum GmbH	Revierpark Vonderort GmbH	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	strasserauf GmbH	Theater Oberhausen	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Leistungserbringer													
Stadt Oberhausen	5	2			70	2.160		237	6	156	114	2.540	27
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen													
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH													
ASO Service GmbH													
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													
Biostrom Oberhausen Management GmbH													
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)													
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO		33.391											
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2	6		66	217	1.578	11	75	33			347	63
FSO GmbH & Co.KG													
FSO Verwaltungs- GmbH													
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH												2	
GMVA GmbH & Co. KG													
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													
Jobcenter Oberhausen													
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG													
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH													
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH						1,0							1
Oberhausener Netzgesellschaft mbH					2	1						53	
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		58				7		50	52	41	832	190	64
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH		91											
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	425					1							
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		9						4				2.242	
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH					2	17		7				8	8
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH													
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH					10	367		7	2				1
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	1					1		189	33	159			

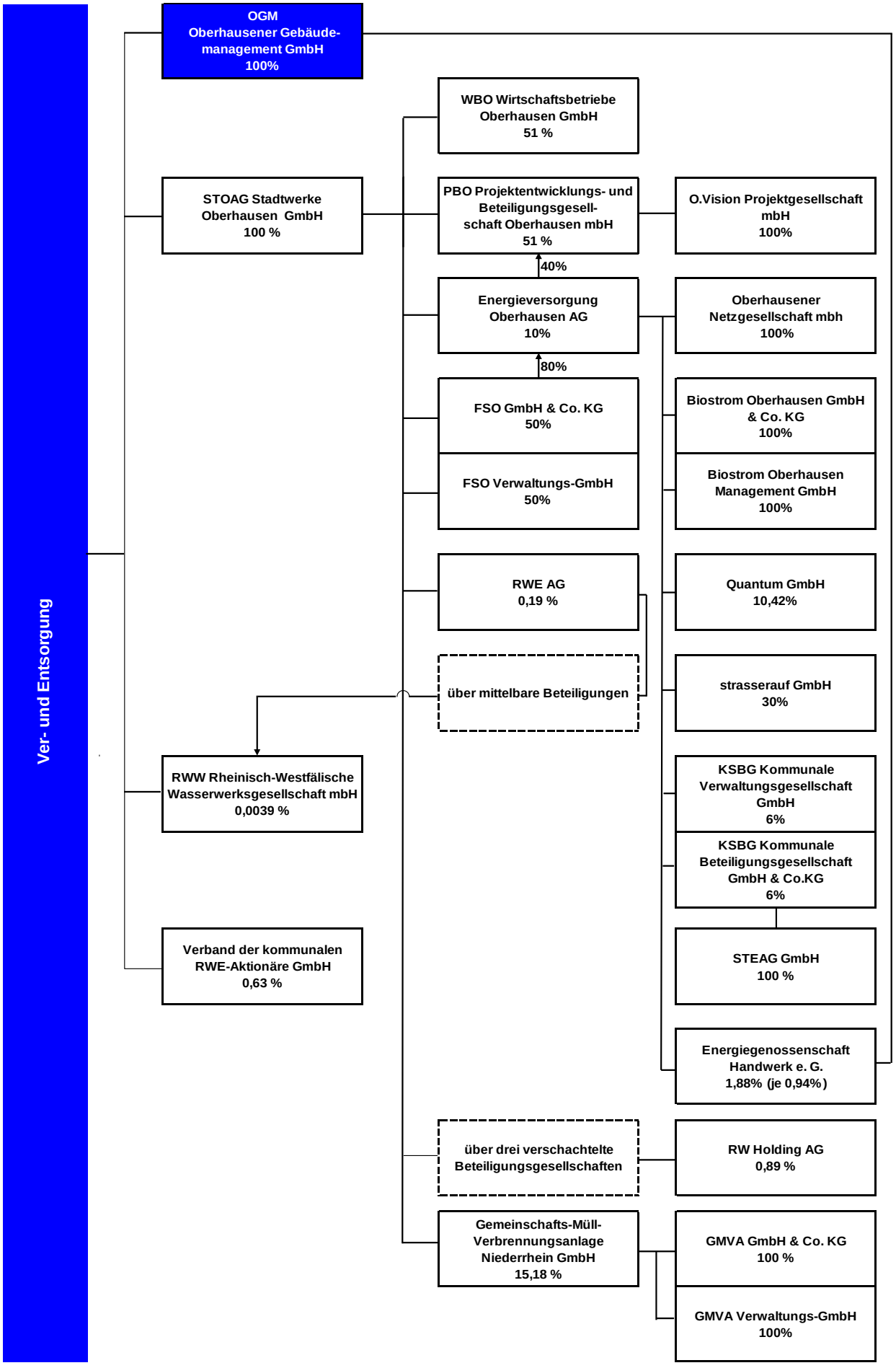
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2015

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	106.900,56	99.051,58	-320,23	100.040,59	71.683,64	9.882,12	9,9	625	28
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	37.262,18	28.193,84	-4.966,87	158.984,72	65.320,32	63.155,26	39,7	792	11
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	48.420,05	41.232,27	4.573,83	31.371,28	10.791,71	6.158,05	19,6	386	26
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	64,33	63,32	-164,49	7.857,81	0,00	0,00	0,0	0	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	33,63	24,10	-698,78	21.497,64	0,00	0,00	0,0	0	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	222.217,79	216.134,45	11.191,54	186.983,19	131.230,11	30.304,99	16,2	254	17
evo Energie-Netz GmbH	94.931,77	92.866,94	4.368,36	42.204,90	316,34	2.284,96	5,4		
Biostrom Oberhausen Management GmbH	5,00		0,04	67,47		63,62	94,3	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	6.266,54	5.135,33	538,54	11.456,17	11.229,55	2.422,98	21,1	0	0
Quantum GmbH	464.603.835,00	464.438.255,00	-162,46	58.455,21	389,67	8.181,54	14,0	64	0
strasserauf GmbH	2,51	0,00	985,09	359,63		0,00	0,0	0	0
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	1.360,92	1.304,80	54.061,32	2.581.183,28	1.096.575,31	1.099.872,57	42,6	0	0
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	1.863,87		173	373,18		243,50	65,2	14	0
STEAG GmbH	2.738.700,00	2.647.200,00	72.900,00	3.244.900,00	1.838.300,00	478.300,00	14,7	1.636	216
FSO GmbH & Co.KG	549,53	529,20	11.255,97	34.117,26	21.561,84	32.817,81	96,2	3	0
FSO Verwaltungs- GmbH	4,86		0,47	36,06		33,51	92,9	0	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	115.833,20	108.280,30	6.016,13	1.181.603,58	152.492,90	70.425,87	38,8	397	18
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	1.861,18	780,00	-365,55	6.463,78	2.591,95	3.181,57	49,2	12	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	1.131,52	680,00	3,98	7.192,86	4.464,88	0,00	0,0	0	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	222,43	0,00	-1.010,24	825,00	2,62	627,08	76,0	2	0
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	4.205,68	4.203,23	1.203,14	59.326,67	27.304,79	7.626,35	12,9	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	1.239,32	978,99	-832,06	1.527,56	214,49	1.354,55	88,7	2	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	1.038,50	12,30	0,00	182,77	8,90	25,00	13,7	11	0
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	937,31	768,52	-536,02	299,71	3,60	125,99	42,0	13	1
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	788,02	751,41	1.218,81	6.909,91	5.542,41	0,00	0,0		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.361,16	124,04	2,54	359,16	52,50	109,23	30,4	9	0
Revierpark Vonderort GmbH	3.549,76	2.321,49	-179,84	2.164,40	1.574,14	1.607,73	74,6	13	2
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	143,98	133,40	1,68	5.063,72	1.540,09	1.618,27	32,0	0	0
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	160,58	160,26	-18,38	141,69	3,51	114,24	80,6	3	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	20.108,44	19.236,34	-463,71	12.418,45	9.971,52	3.469,43	27,9	297	14
ASO Service GmbH	1.034,18	1.034,07	0,00	56,05		25,00	44,6	56	0
Public Konsortium d-NRW GbR	0,53		-5,60	5.665,72	1.355,00	5.644,67	99,6	4	0
Theater Oberhausen	9.885,35	579,85	14,48	1.012,04		107,58	10,6	119	2
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.238,10	2.217,27	92,98	26.207,03	23.333,15	5.575,16	21,3	0	0

Einzelberichterstattung

Ver- und Entsorgung




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 594-5
Fax	0208 / 594-7070
e-Mail	ogminfo@ogm.de
Internet	www.ogm.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 5.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom 28.12.2005, modifiziert 06/2013

Stadt Oberhausen	Untermietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 16.01.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über das Immobilien-/Flächenmanagement der Stadt Oberhausen 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Erstattung von Aufwendungen für Altersteilzeitverträge 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu Dienstleistungen im Bereich Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu IT- und TK-Leistungen 12/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zum Beschaffungswesen, 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
	Prokuristin	Jungmaier, Sandra
	Prokurist	Brinkmeier, Markus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzende (AN)	Broll, Marianne
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied	Röpell, Armin
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied (AN)	Hansmeier, Udo
	Mitglied (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied (AN)	Zander, Jutta
	Mitglied (AN)	Zwick, Andrea

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,20

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	77.535,30	78,9	71.616,12	74,8	71.683,64	71,7	67,52	0,09
Umlaufvermögen	19.204,07	19,5	22.500,62	23,5	26.692,66	26,7	4.192,04	18,63
Rechnungsabgrenzungsposten	1.543,48	1,6	1.658,64	1,7	1.664,29	1,7	5,65	0,34
Bilanzsumme	**98.282,86**	**100,00**	**95.775,38**	**100,00**	**100.040,59**	**100,00**	**4.265,21**	**4,45**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	9.388,05	9,6	10.202,35	10,7	9.882,12	9,9	-320,23	-3,14
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.226,89	1,2	1.086,67	1,1	946,45	0,9	-140,22	-12,90
Rückstellungen	6.233,88	6,3	6.407,95	6,7	6.894,32	6,9	486,37	7,59
Verbindlichkeiten	80.197,21	81,6	76.740,46	80,1	81.229,83	81,2	4.489,37	5,85
Rechnungsabgrenzungsposten	1.236,83	1,3	1.337,96	1,4	1.087,87	1,1	-250,09	-18,69
Bilanzsumme	**98.282,86**	**100,00**	**95.775,38**	**100,00**	**100.040,59**	**100,00**	**4.265,21**	**4,45**

bb) GuV

	2013	**2014**	**2015**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	97.319,02	93.077,53	99.051,58
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-197,16	1.701,50	5.861,98
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	1.796,02	1.337,54	1.987,00
Materialaufwand	47.148,15	46.125,46	57.637,15
Personalaufwand	25.387,35	25.041,94	25.791,31
Abschreibungen	6.446,80	6.213,89	6.176,17
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.670,99	13.736,22	13.661,58
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	101,05	96,25	57,40
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.150,29	3.057,45	3.037,21
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.215,35	2.037,87	654,54
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.428,66	741,91	469,11
sonstige Steuern	415,10	481,67	505,66
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.371,59	814,30	-320,23
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.371,59	814,30	-320,23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,41	0,87	-0,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,11	8,67	-3,14	%
Cash-Flow:	7.818,38	7.028,18	5.855,94	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	143,15	156,80	171,04	T€
Personalaufwandsquote:	25,67	26,05	24,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,21	74,22	71,28	%
Eigenkapitalquote:	9,55	10,65	9,88	%
Fremdkapitalquote:	90,45	89,35	90,12	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH - nachfolgend OGM genannt -ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasst u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern.

Mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben deckt die OGM seit Jahren einen großen Bereich der von der Stadt Oberhausen wahrzunehmenden Aufgaben ab.

2. Gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 1OO%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern "Stadt Oberhausen" erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbesondere Preissteigerungen im Energiebereich, allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu nennen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Haushaltssanierung

Die OGM steht seit Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs vor der Herausforderung, sowohl den Anforderungen der Stadt Oberhausen und ihrer Bürgerinnen und Bürger an Umfang und Qualität der Leistungen als auch dem defizitären Haushalt der Stadt Oberhausen Rechnung zu tragen.

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, mit dem die durch die OGM zu erbringenden Sanierungsbeiträge auf 8,1 Mio. EUR p.a. ab dem Jahr 2014 und bis zu 11,5 Mio. EUR p.a. ab dem Jahr 2016 festgelegt wurden, sind diese Anforderungen noch einmal deutlich verschärft worden.

2. Beteiligungen

Die OGM hält Beteiligungen / Mitgliedschatten an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, an der Volksbank Rhein-Ruhr eG, am KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister sowie an der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG. In allen Fällen liegt die Beteiligungsquote unter 20%.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Die Entgelte in EUR sind wie folgt zusammengesetzt:

	2015 EUR	2014 EUR
Umsatzerlöse Einheitspreise aus LV	26.359.686	25.460.936
Umsatzerlöse Gebäudeunterhaltung	16.671.257	16.885.082
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	15.716.367	16.856.086
Mieterträge und Nebenkosten	9.751.950	9.829.057
Umsatzerlöse Bäderwesen	8.616.736	8.733.585
sonstige allgemeine Umsatzerlöse	6.200.504	4.263.215
Umsatzerlöse Nutzungsentgelt	3.041.126	3.203.181
Pauschalentgelt IT und Telekommunikation	2.169.801	2.137.735
Umsatzerlöse Objektmanagement und HOAI	6.812.415	1.934.545
Umsatzerlöse Friedhöfe	1.863.349	1.792.945
Versicherungserträge	971.774	1.112.651
Umsatzerlöse Tiergehege	876.616	868.514
	99.051.581	93.077.532

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2015 insgesamt auf 99,1 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Zunahme von 6,0 Mio. EUR bzw. 6,4%. Im Wesentlichen sind die Umsätze im Bauwesen und des Objektmanagements zu nennen, welche durch die zusätzlichen Leistungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsstandorten generiert wurden.

Beim Materialaufwand ergibt sich im Vorjahresvergleich eine Steigerung um 11,5 Mio. EUR bzw. 25,0%. Neben Einsparungen im Energiebereich korrespondiert der erhöhte Materialverbrauch mit den Umsatzsteigerungen bzw. Bestandsveränderungen.

Die Personalkosten liegen um rd. 0,7 Mio. EUR über dem Vorjahresbetrag. Dazu beigetragen haben benötigte Saisonkräfte bzw. Anpassungen aus Stellenneubewertungen.

Die Abschreibungen befinden sich mit 6,2 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 13,7 Mio. EUR und liegen auf Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis weist einen Überschuss von 3,6 Mio. EUR aus und hat gegenüber dem Vorjahr zwar um 1,4 Mio EUR abgenommen, liegt aber dennoch marginal über dem Planansatz für 2015. Einmalige Sonderbelastungen sind dabei bereits enthalten.

Das Finanzergebnis schließt, wie im Vorjahr, mit einem Betrag von -3,0 Mio. EUR ab.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 0,7 Mio EUR (2,0 Mio. EUR) und liegt damit um 1,3 Mio. EUR bzw. 67,9% unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Nach Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 0,3 Mio. EUR, dem ein Jahresüberschuss von 0,8 Mio EUR im Vorjahr gegenüber steht.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2011	2012	2013	2014	2015
Umsatzerlöse (TEUR)	101.335	96.595	97.319	93.078	99.052
Materialaufwandsquote	50%	48%	49%	49%	55%
Personalaufwandsquote	26%	26%	27%	28%	25%
Personalaufwand pro Kopf (TEUR)	38	39	37	39	39
Jahresergebnis (TEUR)	64	1.144	1.372	814	-320
Eigenkapital (TEUR)	6.872	8.016	9.388	10.202	9.882
Eigenkapitalquote	7,0%	8,4%	9,6%	10,7%	9,9%
Investitionen (TEUR)	4.209	5.933	10.265	5.707	6.263
Verschuldungsquote*	91,5%	88,4%	87,9%	86,8%	88,1%

**= Rückstellungen und Verbindlichkeiten / Bilanzsumme*

2. Plan- / Ist-Vergleich

Die Umsatzerlöse liegen rd. 3,7 Mio. EUR über dem Planansatz. Wesentliche Ursache sind die ungeplanten Leistungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsstandorten. Entsprechend liegt auch der damit verbundene betriebliche Aufwand über dem Plan.

Der Investitionsplan, der sich auf Güter des beweglichen Anlagevermögens bezog, belief sich auf 4,1 Mio. EUR. Die Anlagenzugänge im Bereich des beweglichen Anlagevermögens belaufen sich auf 2,5 Mio. EUR. Damit wurde der Investitionsplan in Teilen nicht umgesetzt. Ursächlich ist die Reduzierung von Investitionsmaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung, aber auch die Verschiebung von Lieferterminen nach 2016 zu nennen.

Im Vorjahr bei der Erstellung des Wirtschaftsplans 2015 noch nicht absehbare Investitionen in das unbewegliche Anlagevermögen wurden durch einzelne Entscheidungen des Aufsichtsgremiums genehmigt.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

D. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2015 nicht aufgetreten.

E. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2016 / Finanzplanung 2017 ff.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 weist bei einem Umsatzvolumen von 115,0 Mio. EUR ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 0,2 Mio. EUR aus. Investitionen sind in Höhe von

5,1 Mio. EUR vorgesehen.

Basis für die Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2016 war das ab 01.01.2014 gültige Vertragswerk zwischen der OGM und der Stadt Oberhausen. Über die hierin festgeschriebenen Entgelte sind die von der OGM zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (Senkung von Leistungsstandards, Umstrukturierungsmaßnahmen etc.) in vollem Umfang berücksichtigt. Etwaige Indizierungen wurden angepasst.

Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entwicklung der übrigen Erlöse, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preisentwicklungen, insbesondere im Energiebereich, berücksichtigt. Bei den Personalkosten wurden die zu erwartenden Zusatzbedarfe durch erweiterte Anforderungen berücksichtigt.

Der Investitionsplan umfasst Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des beweglichen Anlagevermögens sowohl für den Bedarf der Stadt Oberhausen als auch für den Eigenbedarf der OGM. Es ist beabsichtigt, in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, ob Teile des vorhandenen beweglichen Anlagevermögens über ein Sale - and - Lease - back Modell finanziert werden können.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die weiteren ab 2017 zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge, die vereinbarten Kosten-Elemente- Klauseln und Indexsteigerungen, tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2016, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in das bewegliche und unbewegliche Anlagevermögen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen bzw. entsprechende Belastungen aus Leasingverträgen berücksichtigt.

2. Risikomanagement

Die OGM hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden grundsätzlich halbjährlich Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus bekannten gesetzlichen und vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken. Zum aktiven Einfluss auf ein Chancenpotential wird auf die einschränkenden Ausführungen zu A 2. verwiesen.

Da das Geschäftsjahr 2015 durch eine Vielzahl von Untersuchungen geprägt war, welche ebenfalls Analysen zu Risiken und Gefährdungspotentialen beinhalteten, wurde eine zusätzliche Risiko-Inventur nur zum Stichtag durchgeführt.

Unternehmensgefährdende oder sonstige bestandsgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

Für das neue Geschäftsjahr ist es angedacht den Bereich Revision personell zu erweitern und u.a. von dort das zentrale Risikomanagement zu koordinieren.

Datenschutzrechtliche Risiken sollen wegen der speziellen Anforderungen durch juristische Unterstützung abgedeckt werden.

3. Steuerung des Unternehmens

Die OGM verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Geschäftsführung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung der mit der Hauptkundin Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Geschäftsführung und den leitenden Mitarbeitern/innen monatlich zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus, erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsplanung.

Ziel der Geschäftsführung für die Geschäftsjahre 2016 ff. ist es, dass die OGM auch in den kommenden Jahren

- die vertraglich vereinbarten Leistungen in vollem Umfang und in guter Qualität erbringen wird,
- für die Stadt Oberhausen und ihre Bürgerinnen und Bürger ein verlässlicher Partner sein wird,
- wichtige Beiträge zur Stadtentwicklung erbringen wird,
- die Vorgaben des Rates der Stadt Oberhausen zur Erbringung von Haushaltssanierungsbeiträgen erfüllen wird,
- weiterhin positive Betriebsergebnisse erzielen wird.
- die Stadt Oberhausen in den aktuellen Aufgaben aus der Zuwanderung von Flüchtlingen nach Kräften zu unterstützen.

Auf der Basis der vorliegenden Planungen geht die Geschäftsführung davon aus, dass diese ambitionierten Ziele erreicht werden können und die OGM einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, dass die Lebensqualität in der Stadt erhalten und verbessert wird.

F. Sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzunq und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist die OGM in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2015 in dem vertraglich vereinbarten Umfang erledigt und haben dazu beigetragen, für die Bürgerinnen und Bürger ein angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten sicherzustellen.

Über das planbare Tagesgeschäft hinaus hat die OGM flexibel und tatkräftig die Stadt Oberhausen bei teils sehr kurzfristigen Unterbringungsaufgaben von Flüchtlingen unterstützt.

2. Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Horst Kalthoff	Diplom-Ingenieur, Architekt, Beamter beider der Stadt Oberhausen
Hartmut Schmidt	Angestellter, Sprecher der Geschäftsführung

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz lEnWGl

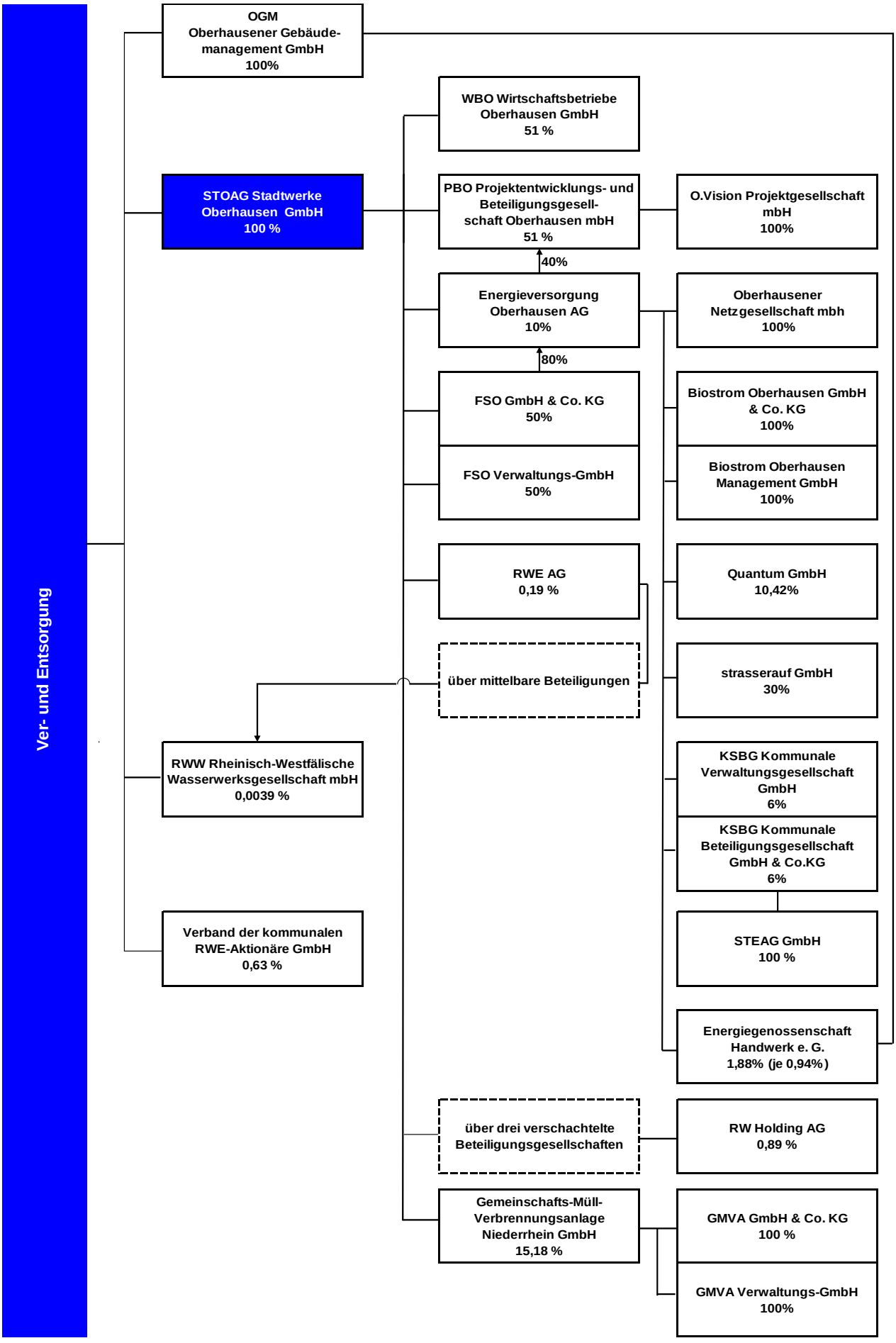
Die OGM betreibt auf dem in ihrem Eigentum stehenden Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark eine Photovoltaik-Anlage. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der evo Energieversorgung Oberhausen AG, eingespeist.

Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden von der OGM nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 29. Februar 2016

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5000
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	h.worch@stoag.de
e-Mail	w.overkamp@stoag.de
Internet	www.stoag.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe einrichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Klunk, Peter
	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	1. stellv. Vorsitzender	Osmann, Denis
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Michalik, Herbert
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Axt, Birgit
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Nowak, Werner
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Scheffler, Stefan
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Stemmer, Michael
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,20
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs- GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	10,40	41,59
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,24
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,15	5,00
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	9,84	5,00
GMVA GmbH & Co. KG	151,80	15,18
GMVA Verwaltungs-GmbH	3,79	15,18

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	15,00	50,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	5,62
RW Beteiligungs GmbH	0,89	3,57
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	3,58	14,30
RW Holding Aktiengesellschaft	658,90	0,89
STEAG GmbH	3.840,00	3,00
strasserauf GmbH	3,75	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	83.092,63	80,8	80.315,85	82,9	65.320,32	82,2	-14.995,53	-18,67
Umlaufvermögen	19.670,40	19,1	16.494,56	17,0	14.155,74	17,8	-2.338,82	-14,18
Rechnungsabgrenzungsposten	88,49	0,1	15,99	0,0	16,30	0,0	0,31	1,94
Bilanzsumme	**102.851,51**	**100,00**	**96.826,40**	**100,00**	**79.492,36**	**100,00**	**-17.334,04**	**-17,90**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	42.748,62	41,6	42.748,62	44,1	31.577,63	39,7	-11.170,99	-26,13
Sonderposten mit Rücklagenanteil	64,45	0,1	903,06	0,9	556,62	0,7	-346,44	-38,36
Rückstellungen	18.125,86	17,6	17.488,83	18,1	15.161,69	19,1	-2.327,14	-13,31
Verbindlichkeiten	41.843,59	40,7	35.583,19	36,7	32.064,80	40,3	-3.518,39	-9,89
Rechnungsabgrenzungsposten	68,98	0,1	102,70	0,1	131,62	0,2	28,92	28,16
Bilanzsumme	**102.851,51**	**100,00**	**96.826,40**	**100,00**	**79.492,36**	**100,00**	**-17.334,04**	**-17,90**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	26.265,24	27.115,24	28.193,84
sonstige betriebliche Erträge	3.592,61	4.897,11	4.534,17
Materialaufwand	14.890,34	14.714,24	15.408,46
Personalaufwand	22.216,18	21.996,45	22.655,88
Abschreibungen	4.490,70	5.321,97	4.481,65
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.078,41	4.056,00	4.563,00
Erträge aus Beteiligungen	7.793,18	7.562,60	7.852,35
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.353,75	1.514,74	1.721,42
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15,07	211,71	128,03
Aufwendungen aus Verlustübernahmen			50,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	16.007,52	226,59	11.170,99
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.021,61	1.751,48	1.474,79
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-23.684,92	-6.765,33	-17.374,96
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,26		-71,67
sonstige Steuern	66,98	66,56	71,82
Erträge aus Verlustübernahmen	7.750,65	6.831,89	6.204,12
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-16.001,52	0,00	-11.170,99
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-16.001,52		-7.438,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	-3.733,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-90,43	-25,20	-61,63	%
Eigenkapitalrentabilität:	-55,56	-15,98	-49,21	%
Cash-Flow:	-3.253,95	-1.283,33	-1.722,47	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	73,72	81,66	82,65	T€
Personalaufwandsquote:	74,41	68,71	69,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	41,38	41,14	45,40	%
Eigenkapitalquote:	41,56	44,15	39,72	%
Fremdkapitalquote:	58,44	55,85	60,28	%

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Vier Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

Die STOAG bietet in Oberhausen mit ihren Bussen und Straßenbahnen einen bedarfsgerechten öffentlichen Personennahverkehr an, der als umweltfreundlicher Bestandteil des Verkehrssystems die Klimaschutzziele und die Ziele der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung der Stadt Oberhausen unterstützt.

2. Rahmenbedingungen

Eine gravierende Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat im Berichtsjahr nicht stattgefunden. Die Stadt Oberhausen hat durch strikte Einhaltung des Haushaltskonsolidierungsprozesses die Neuverschuldung deutlich reduziert und einen genehmigten Haushalt ausgewiesen, der Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Die STOAG beteiligt sich an der erfolgreichen Konsolidierung des städtischen Haushaltes mit einem jährlichen Einsparvolumen in Höhe von 3,5 Mio. EUR gegenüber der Mittelfristplanung aus dem Jahr 2012.

Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist erstmals wieder gestiegen. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 lebten 211.888 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, das sind 1.562 Personen mehr als im Vorjahr. Der Bestand an Kraftfahrzeugen lag bei 501 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner und erhöhte sich damit minimal gegenüber dem Vorjahr (2014: 498 pro 1.000 Einwohner). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 13,4% im Jahr 2014 ging auf 11,3% zurück. Das verfügbare Nettoeinkommen in Oberhausen liegt etwa 10% unter dem Bundesdurchschnitt und dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen.

Die STOAG strebt die in der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vorgesehene Betrauung im Rahmen einer Direktvergabe an einen internen Betreiber an. Aufgrund der verkehrlichen Verflechtungen auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen wäre eine alleinige Direktvergabe durch die Stadt Oberhausen aufgrund der Betroffenheit mehrerer Aufgabenträger nicht zulässig. Eine Direktvergabe an einen internen Betreiber im Rahmen des sogenannten Verbündeprivilegs ermöglicht es, dass mehrere Gebietskörperschaften gemeinsam ein oder mehrere kommunale Verkehrsunternehmen direkt beauftragen können, ohne dass alle beteiligten Aufgabenträger Eigentümer der betroffenen Unternehmen sein müssen.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 16. November 2015 die Teilnahme der Stadt Oberhausen an einer vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) organisierten Gruppe von Behörden zur Betrauung städteübergreifender Linien zugestimmt und damit einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Direktvergabe unternommen.

ÖPNV-Finanzierung

Bund und Länder haben sich am 24. September 2015 über die Fortschreibung von Regionalisierungsmitteln und Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) geeinigt. Vereinbart wurde die Erhöhung der Regionalisierungsmittel im Jahr 2016 auf 8 Mrd. EUR und eine jährlich Dynamisierung um 1,8 %. Die Regionalisierungsmittel sind die wichtigste Finanzierungsquelle für den ÖPNV. Die Mittel sollen nach dem „Kieler Schlüssel“ auf die Länder verteilt werden, auf den sich die Länderverkehrsminister im Oktober 2014 in Kiel verständigt hatten.

Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Durch die Föderalismusreform wurde das GVFG weitgehend durch das Entflechtungsgesetz abgelöst. Die Mittel aus beiden Gesetzen laufen 2019 aus. Länder und Kommunen haben seit Jahren schon eine Fortsetzung des GVFG gefordert. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wird im Rahmen der Neuregelung der Bund-Länder Finanzbeziehungen ungekürzt über 2019 hinaus fortgeführt und gilt für 15 weitere Jahre. Eine Erhöhung der Fördergelder wurde nicht vorgenommen, nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz stehen bundesweit weiterhin jährlich rund 333 Mio. EUR zur Förderung kommunaler ÖPNV-Vorhaben bereit. Förderfähig nach dem GVFG sind Vorhaben mit einer Gesamtinvestitionssumme über 50 Mio. EUR.

Auch bei den Entflechtungsmitteln ist eine Anschlussregelung erforderlich, um Planungs- und Finanzsicherheit zu erhalten. Über das Entflechtungsgesetz, das ebenfalls im Jahr 2019 ausläuft, zahlt der Bund den Ländern jährlich 1,33 Mrd. EUR für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur. Rund 740 Mio. EUR fließen in den ÖPNV. Während die GVFG-Mittel ausschließlich für den Neubau von Großprojekten verwendet werden dürfen, finanzieren die Entflechtungsmittel Vorhaben von bis zu 50 Mio. EUR.

3. Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Die Fahrgastzahlen beliefen sich im Jahr 2015 auf 35,6 Mio. und lagen damit um 1,4% unter dem Vorjahreswert von 36,1 Mio. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen beruht auf dem Rückgang der Schülerinnen und Schüler und der Auszubildenden. Auch führt die jährliche Erhöhung der Ticketpreise im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr bei gleichzeitiger Reduzierung der Verkehrsleistung auf Oberhausener Stadtgebiet in den vergangenen Jahren zu einer kritischen Abwägung, welche Wege mit dem ÖPNV zurückgelegt werden. Viele Stadtteilzentren führen zu kurzen Wegen für die täglichen Besorgungen, kostenlose Parkmöglichkeiten bzw. geringe Parkgebühren im Stadtgebiet erleichtern die Entscheidung für den Individualverkehr. Das von der STOAG im Juli 2014 im Rahmen eines Pilotprojektes eingeführte City*O*.Ticket erfreut sich mit durchschnittlich 6.500 Käufern pro Monat zunehmender Beliebtheit. Die Akzeptanz bei den Nutzern und die daraus erfolgte positive Entwicklung ermutigen zur Übernahme in den Regeltarif. Eine verbundweite Entscheidung steht noch aus.

Die Anzahl der Fahrgäste, die den Bartarif genutzt haben, hat sich positiv entwickelt und stieg im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % - eine Auswirkung des Verkaufs des CityO.Tickets. Ein starker Rückgang ist hingegen bei den NRW-Tickets (SchönerTagTicket und Schönes WochenendeTicket) zu verzeichnen.

Das Verhalten der Kunden, die den ÖPNV regelmäßig nutzen, hat sich verändert. Die Bereitschaft, ein Jahresabonnement abzuschließen, lässt deutlich nach, wohingegen vermehrt Monatskarten gekauft werden. Bei den monatlich erworbenen Zeitfahrausweisen hat sich der Trend zum Kauf des preisgünstigen Ticket1000 mit eingeschränktem Zusatznutzen nur in geringem Umfang fortgesetzt. Ein positiver Effekt war beim Ticket2000 einschließlich der 9-Uhr Variante erkennbar. 20% mehr Fahrgäste besaßen das subventionierte SozialTicket, genannt MeinTicket. Die Entwicklung im Zeitkartenbereich über alle Ticketarten lag gegenüber dem Vorjahr bei 0,2 %.

Etwa 45 % der Fahrgastzahlen der STOAG entfallen auf den Ausbildungsverkehr. Die Rückgänge in diesem Segment – die Schülerzahlen sind seit dem Schuljahr 2003/2004 um 25% gesunken - wirken sich dementsprechend negativ auf die gesamte Fahrgastentwicklung aus. Die Fahrgastzahlen im Ausbildungsverkehr sind seit fünf Jahren kontinuierlich um durchschnittlich 3,9 % zurückgegangen. Die Fahrgastzahlen im Ausbildungsverkehr lagen im Jahr 2015 um 1,5 % unter dem Vorjahreswert. Besonders stark rückläufig war die Entwicklung bei den Auszubildenden, die mit einem YoungTicket unterwegs sind. Die Hauptgründe für diese Entwicklung waren erneut die rückläufigen Schüler- und Auszubildendenzahlen sowie Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, die als Förderprojekt teilweise auch die Inanspruchnahme des SozialTickets ermöglichen.

Entwicklung der Fahrgastzahlen

Jahr	Fahrgäste in Mio.	Veränderung zum Vorjahr in %
2009	40,0	
2010	39,1	- 2,5
2011	38,4	- 1,8
2012	38,1	- 0,8
2013	37,0	- 2,9
2014	36,1	- 2,4
2015	35,6	- 1,4

Entwicklung der Abonnentenzahlen

Jahr	Anzahl	Veränderung in %
2009	34.554	
2010	34.588	+ 0,1
2011	33.103	- 4,3
2012	31.628*	- 4,5
2013	30.103*	- 4,8
2014	29.172*	- 3,1
2015	27.720*	- 5,2

*ohne SozialTicket

Betriebsleistung

Die Gesamtbetriebsleistung der STOAG in Oberhausen und in den benachbarten Stadtgebieten im Jahr 2015 betrug 8,97 Mio. Nutzwagenkilometer (Nwkm) und lag damit um 0,1 % unter dem Vorjahreswert von 8,99 Mio. Nutzwagenkilometern.

Entwicklung der Betriebsleistung

Jahr	Betriebsleistung in Nwkm
2007	10.622.042
2008	10.669.261
2009	10.065.418
2010	9.892.509
2011	9.786.123
2012	9.510.653
2013	9.171.297
2014	8.987.190
2015	8.977.769

Entwicklung der Betriebsleistung nach Fahrzeugart

Verkehrsmittel	Betriebsleistung 2014 in %	Betriebsleistung 2015 in %
Solobus	57	56
Gelenkbus	39	40
Straßenbahn	4	4

Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH verlief im Jahr 2015 wie in den Vorjahren weiterhin erfreulich. Das Betriebsergebnis verringerte sich leicht von -14.076 TEUR im Jahr 2014 um 305 TEUR auf -14.381 TEUR für das Jahr 2015. Gleichzeitig verringerte sich aber der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen von -6.832 TEUR im Jahr 2014 um 627 TEUR auf -6.204 TEUR für das Jahr 2015. Hier konnte der in den vergangenen Jahren erfolgreiche Weg der Restrukturierung fortgesetzt werden und der verbleibende Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen weiterhin gesenkt werden. Die Gründe dafür waren:

Die STOAG erzielte im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von 28,19 Mio. EUR. Diese lagen mit 1,08 Mio. EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres (27,12 Mio. EUR). Darin enthalten sind die Verkaufserlöse, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,15% erhöhten und bei 26,10 Mio. EUR lagen (Vorjahr: 25,55 Mio. EUR).

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), wurden im Jahr 2015 in Höhe von 1.180 TEUR ausgezahlt (Vorjahr: 1.178 TEUR).

Die eigentlich alle zwei Jahre durchgeführte Schwerbehindertenzählung fand auch im Jahr 2015 statt. Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat Ende 2012 die Richtlinie zum betriebsindividuellen Ausgleich der Schwerbehindertenfreifahrt dahingehend geändert, dass ab 2013 jährlich der Anteil der Schwerbehinderten erhoben werden muss, wenn nicht der landesweite Durchschnittssatz, sondern ein unternehmensindividueller Prozentsatz geltend gemacht werden soll.

Die Zählungen im Jahr 2015 ergaben einen Quotienten von 6,50%. Zur Berechnung des Anspruchs ist dieser Wert um 1/3 des „Mindestselbstbehalts" (Vomhundertsatz i. S. von § 148 Abs. 1 und 4 SGB IX) zu kürzen. Dieser war bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Die STOAG hat bei der Berechnung der Abgeltungsleistungen den Minderungssatzes des Jahres 2014 (= gleichzeitig landesweiter Durchschnittssatz in Höhe von 3,79%) zu Grunde gelegt. Der so ermittelte Anspruch liegt bei 5,22%. Die STOAG geht auf dieser Basis von Abgeltungsleistungen für das Jahr 2015 in Höhe von 1.256 TEUR aus. Nach Bekanntgabe des landesweiten Durchschnittssatzes können sich ggf. Änderungen ergeben. Diese werden dem Wirtschaftsjahr 2016 zugeordnet.

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses war vom VRR eine endgültige Auswertung zur Einnahmeaufteilung 2015 noch nicht veröffentlicht. Im Jahresergebnis 2015 wurden die bereits geleisteten Anzahlungen auf die Einnahmeaufteilung 2015 zuzüglich einer Preissteigerungsrate im gewichteten Mittel von 3,8% berücksichtigt, sodass innerhalb des Jahresergebnisses 2015 bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Busverkehr Rheinland GmbH) mit Verbindlichkeiten in Höhe von 2.394 TEUR gerechnet wird. Die Abrechnung der Einnahmeaufteilung 2015 wird zum Ende des Jahres 2016 erwartet.

Durch erhöhte Provisionsvergütungen veränderten sich die sonstigen Umsatzerlöse von 0,47 Mio. EUR im Jahr 2014 auf 0,51 Mio. EUR im Jahr 2015.

Aus der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Absatz 2 ÖPNVG-NRW konnte im Jahr 2015 ein Betrag in Höhe von 1.648 TEUR vereinnahmt werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 3,31 Mio. EUR auf 2,89 Mio. EUR. Hierin sind insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1.590 TEUR) enthalten.

Somit ergeben sich Gesamtbetriebserträge in Höhe von 32.728 TEUR (Vorjahr: 32.012 TEUR).

Der Energie-, Material- und Fremdleistungsaufwand erhöhte sich leicht von 14,71 Mio. EUR auf 15,41 Mio. EUR.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 660 TEUR auf 22,7 Mio. EUR. Die gezahlten Entgelte stiegen leicht gegenüber dem Vorjahr um 19 TEUR auf 17.145 TEUR (Vorjahr: 17.126 TEUR). Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit veränderte sich von 404 zu Beginn des Jahres auf 409 am Jahresende.

Die Abschreibungen veränderten sich von 5,3 Mio. EUR auf 4,5 Mio. EUR. Die Höhe der Abschreibungen von 5,3 Mio. EUR im Jahr 2014 beruhte im Wesentlichen darauf, dass im Jahresabschluss 2014 die Planungskosten der Erweiterungsstrecke VI (Linie 105) in Höhe von 797 TEUR abgeschrieben wurden.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug im Jahr 2015 4,6 Mio. EUR und ist gegenüber dem Vorjahr (= 4,1 Mio. EUR) um 0,5 Mio. Euro erhöht.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 10,3 Mio. EUR von 7,3 Mio. EUR auf -3,0 Mio. EUR. Grund hierfür ist die Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der Gemeinschafts-Müll-verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Höhe von 7,4 Mio. EUR und der RW GöR Anteilseigner III GmbH in Höhe von 3,7 Mio. EUR im Jahr 2015.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit veränderte sich von -6,8 Mio. EUR um 10,5 Mio. EUR auf –17,3 Mio. EUR. Nach der Entnahme aus der Kapitalrücklage von 7,4 Mio. EUR sowie dem Finanzierungsausgleich durch die Stadt Oberhausen verbleibt ein Bilanzverlust von 3,7 Mio. EUR.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2015 betrug 79,4 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (96,8 Mio. EUR) resultiert aus der Reduzierung des Anlagevermögens um 15,0 Mio. EUR, einer Reduzierung der Vorräte um 0,14 Mio. EUR, der Reduzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 1,0 Mio. EUR sowie der liquiden Mittel um 1,2 Mio. Euro.

Die Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes der GMVA ist den Entwicklungen im Geschäftsjahr 2015 geschuldet. Trotz einer bereits in 2014 erfolgten grundlegenden Neuausrichtung der GMVA sind in Anbetracht der derzeit absehbaren preis- und gebührenrechtlichen Veränderungen bei der GMVA erhebliche Umsatz- und Gewinnreduzierungen zu erwarten. Diese gesunkenen Ertragsaussichten haben zu einer vollständigen Abwertung des Beteiligungsbuchwertes an der GMVA in Höhe von 7,4 Mio. EUR geführt. Aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses aus März 2016 konnte in Höhe der Abschreibung eine Entnahme aus der Kapitalrücklage erfolgen, so dass die Abwertung keine Auswirkungen auf den Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen für 2015 zur Folge hatte.
Ebenso wird eine Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von 3.733 TEUR bei dem Beteiligungswert an der RW GöR Anteilseigner III GmbH ausgewiesen. Eine entsprechende Entnahme aus der Kapitalrücklage erfolgte innerhalb des Jahresabschluss 2015 allerdings nicht. Diese soll im Rahmen des Jahresabschluss 2016 erfolgen. Es wird somit ein Bilanzverlust in Höhe von 3.733 TEUR ausgewiesen und in das neue Geschäftsjahr vorgetragen.

Im Sonderposten mit Rücklagenanteil sind erhaltene Zuschüsse beispielsweise für den Umbau von Haltestelllen enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden konnten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 15,2 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr (17,5 Mio. EUR) reduziert. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich auf 6,92 Mio. EUR (Vorjahr: 6,17 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten verminderten sich um 3,52 Mio. EUR. Dies ist auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 30,63 Mio. EUR um 4,73 Mio. EUR auf 25,90 Mio. EUR, und die leichte Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-0,1 Mio. EUR) zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind annähernd im identischen Rahmen (1,1 Mio. Euro) wie im Vorjahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 1,3 Mio. von 0,4 Mio. Euro auf 1,7 Mio. Euro erhöht.

Die STOAG verfügte auch im Jahr 2015 über eine ausreichende Liquidität, die auf erzielten Umsatzerlösen in Höhe von 28,2 Mio. EUR, auf Erträgen aus Wertpapieren und anderen Beteiligungen in Höhe von 9,6 Mio. EUR, auf der Zahlung der ÖPNV-Pauschale in Höhe von 1.648 TEUR sowie auf sonstigen Einnahmen innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge beruhte.

Die laufende Finanzierung ist durch die im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr geschlossene Finanzierungsvereinbarung und die mit dem Aufgabenträger im Bedienungsgebiet erzielten Betrauungsvereinbarungen bis zum Jahr 2019 gewährleistet.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf 2,4 Mio. EUR. Größte Position mit 830 TEUR waren die Investitionen für das Projekt Elektromobilität einschließlich der Beschaffung von zwei Elektrobussen.

Als Qualitätsverbesserung für die Fahrgäste wurde der niederflurgerechte Ausbau der Bushaltestellen mit Investitionen in Höhe von 150 TEUR im Jahr 2015 fortgesetzt.

4. Risikobericht

Um das Unternehmen und seine Mitarbeiter vor risikobehafteten Entwicklungen zu schützen, führt die STOAG eine jährliche Risikoinventur durch. Ziel ist der kontrollierte Umgang mit Risiken. Damit diese frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eingestuft und analysiert.

In der Risikoinventur 2015 wurden insgesamt elf Risiken erfasst, drei davon mit eingeschränkter Risikorelevanz. Im Jahr 2015 haben sich keine wesentlichen Veränderungen der Risikobeurteilungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben. Die

bereits bekannten Risiken wurden erneut analysiert und bewertet.

Das Risiko „Verlust von Konzessionen“ besteht grundsätzlich weiterhin. Im Jahr 2015 wurden die Konzessionen für die Linien 143, 185, 908, 957, NE11 und SB 94 neu beantragt. Im Geschäftsjahr 2016 laufen die Konzessionen für die Linien 935, 995, NE21 und SB 91 aus.

Grundsätzlich werden neue Genehmigungen nur bis zum 31. Dezember 2019, dem Ende des Betrauungszeitraums durch die Stadt Oberhausen, befristet. Die Stadt Oberhausen beabsichtigt, die Verkehrsleistung mittels Direktvergabe nach der EU-Verordnung 1370/2007 an die STOAG zu vergeben. Es gibt einen Ratsbeschluss (Beschlussvorlage B/16/1176-01 vom 16.11.2015), die Durchführung mittels einer Mandatierung auf den VRR zu übertragen.

Kein Risiko wurde als existenzbedrohend eingestuft.

5 Ausblick und Prognose

Fahrgastentwicklung und Tarifstruktur

Laut Bevölkerungsvorausberechnung soll die Einwohnerzahl in Oberhausen in den nächsten fünf Jahren um voraussichtlich 2% zurückgehen. Der sich aktuell abzeichnende Trend, wieder verstärkt vom Land in die Städte zu ziehen, sowie die Zuwanderung von Flüchtlingen haben zu einem Bevölkerungszuwachs der Stadtregion Ruhrgebiet geführt - auch in Oberhausen leben erstmals wieder mehr Menschen. Die Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen lassen sich nicht exakt prognostizieren, denn die größte Abonnentengruppe der STOAG, die Kinder und Jugendlichen, wird sich trotz der genannten Einwohnerentwicklung nicht positiv entwickeln. Mit weiter leicht zurückgehenden Fahrgastanzahlen ist zu rechnen.

Die im VRR geplante Tarifstrukturreform konnte in Teilen umgesetzt werden. Im Jahr 2015 wurden die strukturellen Änderungen mit Einführung der Preisstufe A 3 in Städten mit einem größeren Straßenbahnnetz im Zeitkartenbereich, Wegfall der Mitnahme einer erwachsenen Person beim Ticket1000 und der Einführung des personenabhängigen Tickets „Schönes Wochenende“ weiter geführt. Verbundweite Vereinheitlichungen wird es beim KurzstreckenTicket geben.

Im Jahr 2015 wurden neben dem CityO.Ticket in Oberhausen weitere elektronische Ticketangebote im Verbundraum getestet. Dazu zählen die flexible Monatskarte, das Happy Hour Ticket sowie ein preislich reduziertes 10er-Ticket. Eine Bewertung der verschiedenen Angebote erfolgt im Jahr 2016. Das CityO.Ticket hat dabei gute Chancen, in ein verbundweites Regelangebot übernommen zu werden.

Der im VRR geltende Flächentarif wird von vielen Fahrgästen als unausgewogen bezeichnet. Kunden, die minimal über einen Geltungsbereich hinausfahren und somit die nächsthöhere Preisstufe zahlen, nehmen im Vergleich zu Kunden, die den gesamten Geltungsbereich nutzen, eine deutlich geringere Leistung in Anspruch. Dies trifft gerade für die entfernteren Strecken in den großzügig bemessenen Preisstufen C und D zu. Mit den geplanten strukturellen Veränderungen soll künftig eine Bepreisung der tatsächlich zurückgelegten Strecke möglich sein. Der Fahrpreis wird sich aus einem Grundpreis und einem entfernungsabhängigen Leistungspreis zusammensetzen. Die Vorbereitungen für eine Testphase Anfang 2017 mit ca. 1.500 ausgewählten Gelegenheitskunden laufen bereits. Nach erfolgreich abgeschlossener Testphase wird der sogenannte e-Tarif als zusätzliches tarifliches Angebot zur Verfügung stehen.

Entwicklung und Finanzierung MeinTicket (SozialTicket)

Die Anzahl der verkauften SozialTickets ist bei der STOAG im Jahr 2015 um 16,5% gestiegen. Dies ist sowohl auf eine steigende Nachfrage durch den berechtigten Personenkreises zurückzuführen als auch auf die Inanspruchnahme des Tarifangebots durch die Flüchtlinge. Diese Entwicklung trifft auf ganz Nordrhein-Westfalen zu, das Tarifangebot Mein Ticket wird verbundweit von rund 130.000 Berechtigten pro Monat gekauft.

Das Land Nordrhein-Westfalen subventioniert Sozialticketangebote seit 2011 jährlich mit 30 Mio. EUR landesweit und gleicht damit die Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen aus. Die in den vergangenen Jahren gestiegenen Nutzerquoten haben zu Mehrausgaben geführt, die bislang mit überschüssigen Fördermitteln der Vorjahre aufgefangen werden konnten. Für das Jahr 2016 entsteht erstmals eine Finanzierungslücke, das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Erhöhung der Landesförderung auf 40 Mio. EUR in Aussicht gestellt. Dennoch zeichnet sich ab, dass die Ausgleichszahlungen für das stark rabattierte Ticket dauerhaft nicht ausreichen werden, um die Mindereinahmen der Verkehrsunternehmen zu kompensieren. Der Preis für MeinTicket wurde daher zum 1. Januar 2016 erhöht, eine weitere Preisanpassung wird zum 1. April 2016 realisiert. Für das Jahr 2016 erwartet die STOAG einen Betrag in Höhe von 674 TEUR als Zuschusszahlung.

Erhöhtes Beförderungsentgelt

Der Anteil der Fahrgäste, die bei Fahrausweiskontrollen ohne gültigen Fahrausweis in Bussen und Straßenbahnen in Oberhausen angetroffen worden sind, ist um 0,1% gegenüber dem Vorjahr auf 1,76% gestiegen. Die Fahrausweiskontrollen wurden intensiviert, Schwerpunktkontrollen mit polizeilicher Präsenz wurden an verschiedenen Standorten durchgeführt. Besonderes Augenmerk bei den Kontrollen lag im Straßenbahnbereich, da hier weder ein Ticketverkauf durch das Fahrpersonal erfolgt noch die Fahrzeuge mit elektronischen Einstiegskontrollgeräten

ausgestattet sind.

Präventive Maßnahmen, die Fahrgäste vor dem so genannten Schwarzfahren zu bewahren, wurden weitergeführt. So wurde beispielsweise an stark frequentierten Haltestellen eine Vielzahl von Hinweisen zur Ticketentwertung angebracht, unter anderem unübersehbar am Hauptbahnhof und an der Aufgangstreppe der Haltestelle Neue Mitte in Fahrtrichtung Innenstadt. Die Anpassung des Erhöhten Beförderungsentgeltes von bisher 40 EUR auf 60 EUR im Juli 2015 hat nicht zu einer Reduzierung der Schwarzfahrerquote geführt.

Entwicklung der Kontrolldaten

Jahr	Fahrausweiskontrollen	EBE-Fälle	
		Absolut	in %
2009	438.332	8.562	1,95
2010	673.766	6.994	1,04
2011	459.740	3.830	0,83
2012	547.428	7.610	1,39
2013	681.699	12.544	1,84
2014	898.681	15.182	1,69
2015	1.096.435	19.322	1,76

Angebot

Die Entwicklung des Verkehrsangebots steht im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP). Die Stadt Oberhausen ist durch das Regionalisierungsgesetz verpflichtet, einen Nahverkehrsplan aufzustellen, in dem der Rahmen für die Entwicklung des ÖPNV in den nächsten fünf Jahren festgelegt wird. Der aktuell gültige Nahverkehrsplan stammt aus dem Jahr 2011 und wird im Jahr 2016 fortgeschrieben. Ziel ist eine nachfrageorientierte Gestaltung des Angebots, das die veränderte Siedlungsstruktur und Demografie genauso berücksichtigt wie das geänderte Arbeits- und Freizeitverhalten. Aus Sicht der STOAG sind auch qualitative Aspekte und Festlegungen bezüglich der Barrierefreiheit zu integrieren. Der neue Nahverkehrsplan wird voraussichtlich im Herbst 2016 vorliegen.

Die Betriebsleistung der STOAG wurde in den letzten 12 Jahren um 28% reduziert, ein weiterer Abbau von Fahrplanleistungen ist nicht vorgesehen. Ziel ist es, das Verkehrsangebot in seiner quantitativen Ausprägung beizubehalten und nachfrageorientierte Anpassungen vorzunehmen.

Die Planungen zur Verlängerung der Linie 105 von der Stadtgrenze Essen bis zur bestehenden ÖPNV-Trasse wurden durch einen Ratsbürgerentscheid gestoppt. Bei einer Wahlbeteiligung von 23,3% stimmten am 8. März 2015 57% der Wähler gegen den so genannten Lückenschluss und 43% dafür. Die Standardisierte Bewertung hat einen Kosten-Nutzen-Indikator von 2,04 ergeben und zeigt die hohe Relevanz und Wirtschaftlichkeit der Strecke. Das Votum bedeutet einen Rückschlag für die Nahverkehrsinfrastruktur nicht nur in Oberhausen, sondern in der ganzen Region. Ob zwei Jahre nach dem Ratsbürgerentscheid die Planungen wieder aufgenommen werden, muss abgewartet werden.

ÖPNV-Bedarfsplan

Das Land Nordrhein-Westfalen stellt derzeit einen neuen ÖPNV-Bedarfsplan für das Land auf. Der letzte Bedarfsplan wurde im Rahmen der Integrierten Gesamtverkehrsplanung (IGVP) im Jahr 2005 erstellt und basiert auf entsprechend alten Daten. Alle Maßnahmen werden nach einem landeseinheitlichen Verfahren bewertet, im Anschluss wird im Rahmen der Bedarfsplanaufstellung eine strategische Umweltprüfung durchgeführt.

Die STOAG hat mit den Strecken Ia (Danziger Straße Ost, von Mülheimer Straße bis Mellinghofer Straße), V (von Sterkrade Neumarkt bis Schmachtendorf) und VI (Weiterführung der Linie 105, von Essen-Frintrop bis Neue Mitte Oberhausen) drei Straßenbahnprojekte für die Aufnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan angemeldet. Diese Strecken wurden ausgewählt, da sie Bestandteil des Nahverkehrsplans und des Stadtentwicklungskonzepts der Stadt Oberhausen sind. Der ÖPNV-Bedarfsplan erstreckt sich bis zum Jahr 2030. Nur Projekte, die für die Aufnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan angemeldet sind, haben eine Chance auf Förderung und Realisierung.

Straßenbahnsanierung

Die STOAG verfügt über sechs Niederflurstraßenbahnen vom Typ NF6D des Herstellers Siemens-DUEWAG, Baujahr 1996. Die Straßenbahnen werden sukzessive bei der Firma FWM Fahrzeugwerke Miraustrasse GmbH in Berlin/Henningsdorf instandgesetzt, da sie Korrosionserscheinungen im Fußbodenbereich aufweisen. Im Dezember 2015 wurde das Fahrzeug 209 wieder in Betrieb genommen, zwei weitere Fahrzeuge (Wagen 207 und 208) befinden sich derzeit bei FWM, um für die weitere Laufzeit, die bei Straßenbahnen bei rund 25 bis 30 Jahren liegt, die Betriebssicherheit zu gewährleisten. Die verbleibenden Fahrzeuge sollen im Jahr 2016 saniert werden.

Weiterentwicklung der E-Mobilität

Gemeinsam haben VRR und STOAG im Mai 2014 das Projekt E-Mobilität gestartet, das durch Herrn Professor Dr. Müller-Hellmann von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH Aachen) fachlich begleitet

wird. Die vorhandene Gleichspannungsinfrastruktur der Straßenbahn wird zur Schnellladung von Elektrofahrzeugen genutzt. Die Ladeenergieentnahme zur Versorgung von zwei rein elektrisch betriebenen Bussen, die seit Oktober 2015 im Linienbetrieb eingesetzt sind, erfolgt aus einem Unterwerk sowie aus der Fahrleitung der Straßenbahn. Neben dem elektrischen Betrieb von Bussen steht die Unterstützung des Ausbaus des Individualverkehrs mit elektrischem Antrieb im Fokus. Drei Schnellladesäulen für Pkw, die ebenfalls mit Energie aus der Fahrleitung gespeist werden, sind auf der Park-and-ride-Anlage am Bahnhof Sterkrade mit Unterstützung der Energieversorgung Oberhausen AG errichtet worden.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Bereich Elektromobilität und der zu erwartenden Verschärfungen der Luftqualitätsstandards in der EU in den Innenstädten wird die STOAG den Einsatz weiterer elektrisch betriebener und somit emissionsarmer Fahrzeuge u. a. im Linienverkehr intensiv prüfen. Die eingesetzten, schnellladefähigen Batteriebus-Systeme werden aktuell analysiert und liefern somit wertvolle Erkenntnisse, um das Liniennetz in Oberhausen betriebswirtschaftlich und kundenorientiert elektrisch zu betreiben. Weitere Fördermöglichkeiten für diese Technologie sind zu erwarten, die Bedingungen für ein Förderprogramm der Bundesregierung für E-Busse werden derzeit erarbeitet.

Beteiligungen

Bereits im Jahresabschluss 2013 hatte die STOAG eine Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) vorgenommen, wobei potenzielle wirtschaftliche Risiken, die sich aus möglichen Rückforderungsansprüchen gegenüber der GMVA für den Zeitraum 2011 bis 2013 ergeben könnten, noch nicht berücksichtigt wurden.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein in Oberhausen (GMVA) ist in hohem Maße von der Entwicklung der Verbrennungskapazitäten und damit von der Wettbewerbssituation auf diesem hart umkämpften Markt und vor allem vom kommunalen Verbrennungsentgelt abhängig. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der GMVA mit ihren Auswirkungen auf die STOAG ist zudem vom Ausgang der Preisprüfung bzgl. der Verbrennungsentgelte abhängig.

Die Reduzierung der Ertragssituation der GMVA und damit verbunden eine geringere bzw. keine Ergebnisausschüttung hat auch Einfluss auf die Beteiligungserträge der STOAG und somit auf den verbleibenden Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen. Im Wirtschaftsplan 2016 sind keine Ergebnisausschüttungen seitens der GMVA eingeplant worden.

Die gesamte Energieversorgungsbranche steht weiterhin vor großen Herausforderungen und Umbrüchen. Der massive Wettbewerb im Strom- und Gasvertrieb, die Verwerfungen auf dem Stromgroßhandelsmarkt sowie das regulierte Netzgeschäft belastet zunehmend die Ertragslage aller Energieversorger.

Die RW GöR Anteilseignergesellschaft III GmbH hat im Rahmen der Aufstellung der Jahresabschluss 2015 eine Wertberichtigung der gehaltenen Finanzanlagen vorgenommen. Dies war auch Anlass für die STOAG eine entsprechende Wertberichtigung der Finanzbeteiligung an der RW GöR Anteilseigner III GmbH vorzunehmen.

Der Abgang bei dem Beteiligungswert an der RW GöR Anteilseigner III GmbH (Abschreibung auf Finanzanlagen) beläuft sich auf 3.733 TEUR. Eine Entnahme aus der Kapitalrücklage erfolgte innerhalb des Jahresabschluss 2015 nicht. Diese soll im Rahmen des Jahresabschluss 2016 erfolgen.

Die STOAG geht derzeit davon aus, dass die FSO GmbH eine Ergebnisabführung für die Jahre 2016 bis 2020 von jährlich insgesamt 11,0 Mio. Euro erwirtschaftet und dem RWE und der STOAG somit jeweils 5,5 Mio. Euro pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-Aktien wurde eine Dividende in Höhe von 1,00 Euro pro Stamm- und Vorzugsaktie erwartet. Vor dem Hintergrund der weiter verschlechterten Ertragsperspektiven in der konventionellen Stromerzeugung hat der Vorstand der RWE AG in seiner Sitzung am 17. Februar beschlossen, der am 20. April 2016 stattfindenden Hauptversammlung zur Stärkung der Finanzkraft des Unternehmens eine Dividende von 0,13 EUR je Vorzugsaktie und eine Aussetzung der Dividende für Stammaktien vorzuschlagen. Dieser Dividendenvorschlag wurde in der Hauptversammlung beschlossen. Im Vorjahr betrug die Dividende 1,00 EUR je Vorzugs- bzw. Stammaktie.

Durch diesen Beschluss der Hauptversammlung der RWE AG erhält die STOAG lediglich einen Betrag von ca. 6 TEUR als Dividendenzahlung. Dies hat zur Folge, dass ein um 1.169 TEUR geringer Dividendenertrag aus dem Besitz der RWE-Aktien im Wirtschaftsjahr 2016 erzielt wird.

Da die Gesellschaft öffentlicher Anteilseigner mbH in der Vergangenheit grundsätzlich dem Dividendenvorschlag bzw. der Ausschüttung der RWE AG gefolgt ist, bedeutet dies eine weitere Reduzierung der Beteiligungserträge i.H.v. 255 TEUR.

Im Wirtschaftsjahr 2016 können somit nur 6 TEUR statt geplante 1.430 TEUR vereinnahmt werden und der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen wird sich um 1.424 TEUR erhöhen.

In den vergangenen Jahren konnte der erfolgreiche Weg der Restrukturierung der STOAG fortgesetzt werden und der

verbleibende Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen kontinuierlich gesenkt werden, aber die Reduzierung der Beteiligungserträge wird für die zukünftigen Jahre zu einem erhöhten Finanzierungsbetrag führen.

Investive Fahrzeugförderung

Die STOAG hat mit dem Aufgabenträger, Stadt Oberhausen, vereinbart, dass für das Jahr 2016 keine Fahrzeugförderung erfolgt. Die Stadt Oberhausen und die STOAG haben sich dahingehend verständigt, dass 10% der ÖPNV-Pauschale bei der Stadt verbleiben und 90% der STOAG bei Anwendung der Variante B (Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen aus der Anwendung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im VRR-Gemeinschaftstarif) zukommen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2016 bis 2020 weist für das Jahr 2016 nach derzeitiger Planung bei leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2015 einen geringeren Verlust aus. Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2016 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 9.530 TEUR aus. Für den Zeitraum von 2017 bis 2020 werden verbleibende Finanzierungsbeträge von ca. 10,0 Mio. EUR erwartet. Gründe hierfür sind neben geringeren Beteiligungserträgen auch die Reduzierung der Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten. Die STOAG erwartet eine Erhöhung der Ausgleichsleistungen an den SPNV und die Busverkehr Rheinland GmbH. In den nächsten Jahren ist mit höheren Aufwendungen für die Instandsetzung der Infrastruktur der ÖPNV-Trasse zu rechnen.

Die STOAG geht für das Jahr 2016 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse aus.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren zurückgehen und im Jahr 2016 voraussichtlich 8.665 TEUR betragen. Die STOAG ist von einer Dividendenzahlung bei der RWE AG für die Stamm- und Vorzugsaktien in Höhe von 1 EUR pro Aktie ausgegangen, im Wirtschaftsplan 2016 ist ein Betrag in Höhe von 1.175 TEUR als Dividendenerträge aus den RWE-Aktien eingestellt worden. Vor dem Hintergrund weiter verschlechterter Ertragsperspektiven in der konventionellen Stromerzeugung hat der Vorstand der RWE AG in seiner Sitzung am 17. Februar beschlossen, der am 20. April 2016 stattfindenden Hauptversammlung eine Dividende in Höhe von 0,13 EUR je Vorzugsaktie und eine Aussetzung der Dividende für Stammaktien vorzuschlagen. Folgt die Hauptversammlung der RWE AG diesem Vorschlag, erhält die STOAG einen Betrag in Höhe von 6 TEUR als Dividendenzahlung. Damit würde ein um 1.169 TEUR geringer Dividendenertrag aus dem Besitz der RWE-Aktien im Wirtschaftsjahr 2016 erzielt mit der Folge, dass sich der verbleibende Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen erhöht.

Eine Ausschüttung seitens der GMVA ist im Wirtschaftsplan 2016 nicht berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig.

Ein möglicher Anstieg der Rohstoffpreise im Energiebereich kann zukünftig zu Mehrbelastungen für die STOAG führen. Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen. Allerdings hat sich im ersten Quartal des Jahres 2016 die bereits im letzten Quartal des Jahres 2015 abzeichnende Beruhigung auf dem Rohölmarkt fortgesetzt: Die STOAG konnte stabile Einkaufspreise verzeichnen, die derzeitig unter dem Planwert des Jahres 2016 liegen.

6 Chancen

Die STOAG bietet in Oberhausen ein gutes Verkehrsangebot, die Betriebsleistungen pro Einwohner sind im Vergleich zu vielen anderen Städten der Metropolregion Rhein-Ruhr relativ hoch. Dennoch nutzen laut Modal-Split die Oberhausener nur für jeden siebten Weg Busse oder Bahnen, ein Wert, der unter dem der Nachbarstädte liegt. Laut Forsa-Umfrage für den Initiativkreis Ruhr vom September 2015 nutzt nur jeder zehnte Bewohner täglich Bus und Bahn, bei den 18- bis 29-Jährigen liegt der Anteil bei 36%, Tendenz steigend. Potenzial, um die Fahrgastzahlen zu stabilisieren, ist also vorhanden.

Besonders im Ruhrgebiet erfahren die Menschen die Region zunehmend als Ganzes, das zeigen nicht nur die Pendlerströme, sondern spiegelt sich auch im Freizeitverhalten wider. Städteübergreifende Verkehre müssen diesem Verhalten gerecht und somit weiterentwickelt werden. Gerade in Oberhausen werden aber auch kürzere Wege überwiegend mit dem Pkw zurückgelegt. Tariflich attraktive Angebote wie beispielsweise das CityO.Ticket können motivieren, auf den ÖPNV umzusteigen. Darüber hinaus müssen die Zugangsbarrieren zum ÖPNV weiter gesenkt und die Planbarkeit der Reiseroute weiter erhöht werden. Digitale Kommunikationsmittel bieten neue Chancen für eine vernetzte Mobilität. Hier ist die STOAG gemeinsam mit dem VRR auf gutem Weg. An der Realisierung der Vision „Einsteigen und Losfahren“ wird gearbeitet.

STOAG und Stadt Oberhausen bereiten die Beauftragung des Verkehrsunternehmens STOAG im Rahmen einer Direktvergabe vor. Erste Schritte sind eingeleitet. Dadurch ist gewährleistet, dass die STOAG auch über das Jahr 2019 hinaus den ÖPNV in Oberhausen erbringen wird.

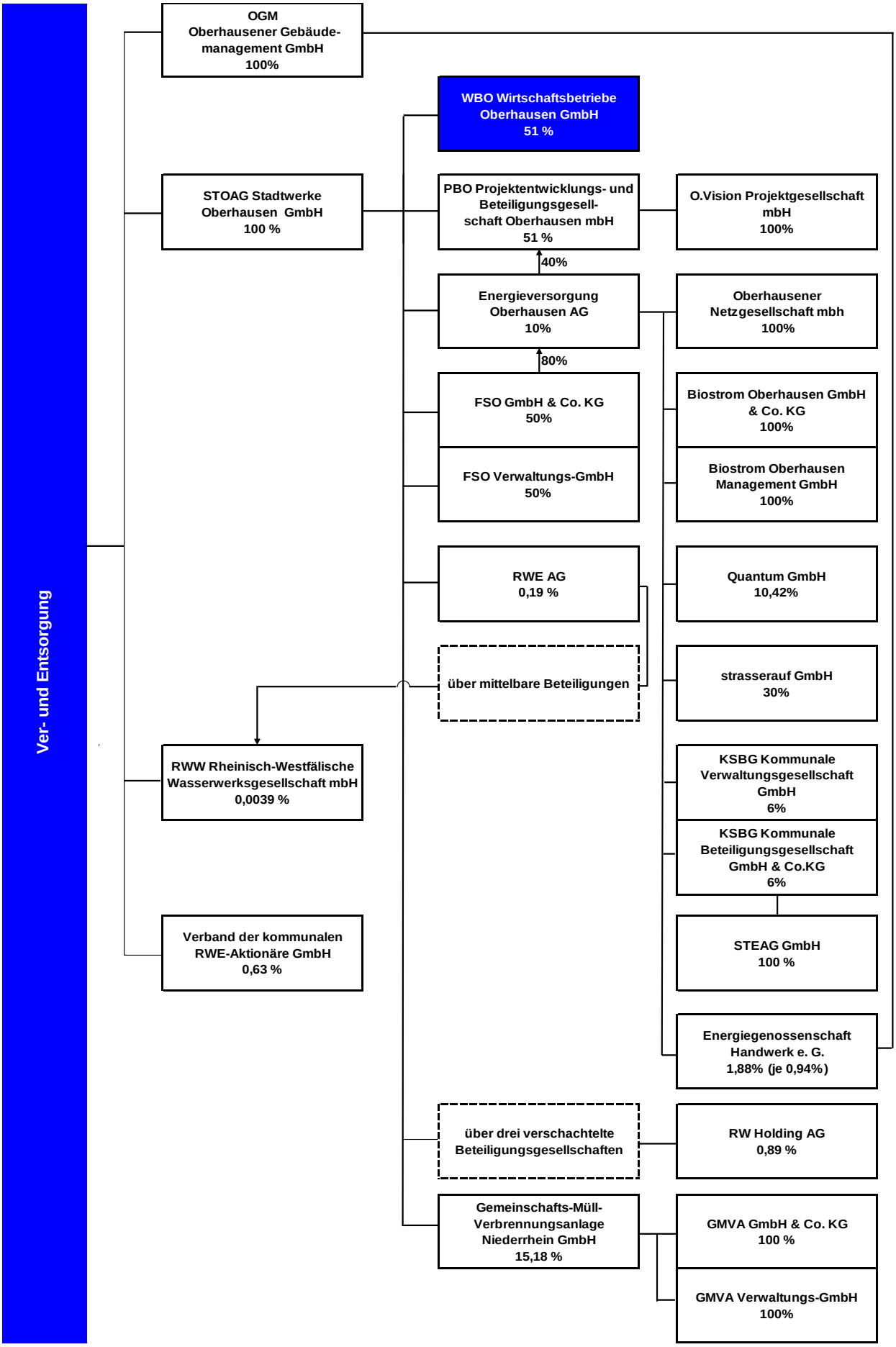
7 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Oberhausen, den 3. Mai 2016

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Werner Overkamp
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 8587-30
Fax 0208 / 8578-404
e-Mail info@wbo-online.de
Internet www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Guthoff, Maria
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzender	Emmerich, Karl-Heinz
	stellv. Vorsitzender (AN)	Crämer, Wolfgang
	Mitglied gem. § 113 GO	Lauxen, Sabine
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	von Hebel, Antonius
	Mitglied	Jeppel, Jürgen
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Rudolph, Karl-Ulrich
	Mitglied	Schuler, Immanuel
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied (AN)	Croonenbroeck, Andreas
	Mitglied (AN)	Greven, Henrike
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	di Lorenzi, Ursula
	Mitglied (AN)	Schüll, Michael
Prokura:	Prokurist	Jehn, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,20

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	11.484,12	37,1	10.644,37	39,9	10.791,71	34,4	147,34	1,38
Umlaufvermögen	19.469,10	62,9	16.009,74	60,1	20.579,58	65,6	4.569,84	28,54
Rechnungsabgrenzungsposten			0,27	0,0			-0,27	-100,00
Bilanzsumme	**30.953,22**	**100,00**	**26.654,38**	**100,00**	**31.371,28**	**100,00**	**4.716,90**	**17,70**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.468,09	17,7	5.943,82	22,3	6.158,05	19,6	214,23	3,60
Rückstellungen	4.642,74	15,0	4.409,85	16,5	4.485,30	14,3	75,45	1,71
Verbindlichkeiten	20.841,47	67,3	16.300,71	61,2	20.727,93	66,1	4.427,22	27,16
Rechnungsabgrenzungsposten	0,92	0,0					0,00	
Bilanzsumme	**30.953,22**	**100,00**	**26.654,38**	**100,00**	**31.371,28**	**100,00**	**4.716,90**	**17,70**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	47.830,28	51.108,56	41.232,27
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-5.611,25	-8.436,47	6.587,12
andere aktivierte Eigenleistungen			93,92
sonstige betriebliche Erträge	445,93	434,53	506,74
Materialaufwand	13.547,29	13.413,17	18.011,54
Personalaufwand	19.448,05	19.671,58	20.073,05
Abschreibungen	1.636,72	1.418,07	1.197,46
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.703,13	1.688,45	1.757,42
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14,39	11,04	3,06
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	246,81	216,03	142,21
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.047,34	6.660,37	7.191,43
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.068,00	2.219,80	2.538,02
sonstige Steuern	91,46	84,84	79,58
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3.887,89	4.355,73	4.573,83
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.080,38		4.364,39
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			4.360,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.968,27	4.355,73	4.578,23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,13	8,52	11,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	-155,50	274,27	289,52	%
Cash-Flow:	5.574,61	5.823,79	5.821,29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	111,11	111,68	125,44	T€
Personalaufwandsquote:	45,58	45,63	41,46	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	36,84	39,58	34,09	%
Eigenkapitalquote:	17,67	22,30	19,63	%
Fremdkapitalquote:	82,33	77,70	80,37	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einer Gesamtleistung von TEUR 48.420 ab (+12,3 % gegenüber Vorjahr). Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2015	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	41.232	51.108	-9.876	-19,3
Bestandsveränderungen	6.587	-8.436	15.023	-178,1
Sonstige betriebliche Erträge[1)]	601	435	166	38,2
Gesamtleistung	**48.420**	**43.107**	**5.313**	**12,3**

1) Einschließlich aktivierter Eigenleistungen in 2015

Die Verringerung des Umsatzvolumens gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 19,3 % ist insbesondere auf geringere Erlöse in der Kategorie „Sonderbauprogramme“ zurückzuführen. Darüber hinaus sind jedoch auch die „anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen“ sowie die „sonstigen Umsätze“ rückläufig.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen erhöht sich um TEUR 6.481 (Vorjahr: TEUR -8.405). Unter Berücksichtigung der Bestandserhöhungen für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von TEUR 106 ergibt sich in Summe eine Bestandserhöhung in Höhe von TEUR 6.587.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere Erträge aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 168, aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 144, aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von TEUR 94, aus Versicherungserstattungen in Höhe von TEUR 70, aus Personalkostenerstattungen in Höhe von TEUR 52 sowie aus Miet-einnahmen in Höhe von TEUR 20 enthalten.

In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2015	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Leistungsvertrag Stadt OB	28.878	28.235	643	2,3
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	2.230	3.685	-1.455	-39,5
Sonderbauprogramme Stadt OB	4.006	12.779	-8.773	-68,7
sonstige Umsätze	6.118	6.409	-291	-4,5
Summe Umsatzerlöse	**41.232**	**51.108**	**-9.876**	**-19,3**

Im Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 2,3 % auf die Erhöhung der Preisindizes zurückzuführen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 39,5 % gesunken, was überwiegend auf die hohen Sonderumsätze für Bau- und

Ingenieurleistungen der Sparte Stadtentwässerung im Vorjahr zurückzuführen ist (hier vor allem Entwicklung und Planung des Bebauungsplans Rechenacker/Samlandstraße).
Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen sind im Verhältnis zum Vorjahr um 68,7 % gesunken. Unter Einbeziehung der zugehörigen Bestandsveränderungen an Kanalbau-maßnahmen ergibt sich insgesamt jedoch eine Erhöhung der Gesamtleistung der Sparte in Höhe von 139,8 % zum Vorjahr.

	2015	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse Sonderbauprogramme	4.006	12.779	-8.773	-68,7
Bestandsveränderungen Sonderbauprogramme	6.481	-8.405	14.886	-177,1
Leistungen Sonderbauprogramme	**10.487**	**4.373**	**6.114**	**139,8**

Die sonstigen Umsätze sind gegenüber 2014 um 4,5 % gesunken. Ursächlich hierfür sind zum einen im Vorjahr angefallene Erlöse für das letzte Baugrundstück „Zur Koppenburgs Mühle“ und zum anderen geringere Umsatzerlöse für Dieselverkäufe im Berichtsjahr in Folge des anhaltenden Preisverfalls am Treibstoffmarkt sowie geringere Kostenübernahmen der RAG Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit Kanalbauprogrammen gegenüber 2014.

	2015	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	47	58	-11	-19,0
Grundstücke und Bauten	109	7	102	0,0
andere Anlagen, BGA	1.095	503	592	117,7
Anlagen im Bau	155	59	96	162,7
Finanzanlagen	50	50	0	0,0
Summe Investitionen	**1.456**	**677**	**779**	**115,1**

Die Investitionstätigkeit (TEUR 1.456) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 115,1 % erhöht. Dabei entfällt der überwiegende Teil auf die Position andere Anlagen, BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung). Hier sind insbesondere Investitionen in Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen zu nennen, davon 702 TEUR kreditfinanziert. Darüber hinaus wird ein Restkontingent der Fahrzeugbeschaffungen in Höhe von 1.155 TEUR noch über Leasing-verträge abgewickelt (Vorjahr: 1.205 TEUR).

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss erhöht sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 4.356 auf TEUR 4.574. Erlösseitig sind hierfür gestiegene HOAI-Erlöse und HOAI-Bestandsveränderungen aufgrund des vergleichsweise höheren Bauvolumens in 2015 verantwortlich. Zudem liegen erhöhte sonstige betriebliche Erträge aus aktivierten Eigenleistungen und betrieblichen Anlagenverkäufen gegenüber 2014 vor. Aufwandsseitig sind insbesondere Minderaufwendungen aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Treibstoffpreise zu verzeichnen.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2015	**2014**
Umsatzrentabilität*	11,1%	8,5%
Gesamtkapitalrentabilität**	15,0%	17,2%
Eigenkapitalrentabilität***	289,5%	275,7%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Infolge des gestiegenen Jahresergebnisses und der gleichzeitigen Verringerung des Umsatzvolumens erhöht sich die Umsatzrentabilität deutlich gegenüber dem Vorjahr.

Die rückläufige Gesamtkapitalrentabilität trotz gestiegenem Jahresergebnis ist Folge einer gestiegenen Bilanzsumme, welche sich wiederum aus den im Geschäftsjahr erhaltenen Anzahlungen für das Kanalbauprogramm erklärt. Die erhaltenen Anzahlungen für Bauleistungen erhöhen das Fremdkapital, ohne einen entsprechenden Ergebnisbeitrag zu liefern, da die Aufwendungen für Bauleistungen im Geschäftsjahr überwiegend zu Bestandsveränderungen der unfertigen Leistungen und nicht zu Umsätzen mit entsprechenden Ergebnisbeiträgen führen.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2015	2014
Eigenkapital	TEUR 6.158	TEUR 5.944
Eigenkapitalquote*	19,6%	22,3%
Verschuldungsgrad**	80,4%	77,7%
Anlagendeckungsgrad***	57,1%	55,8%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahr in Höhe der Veränderung des Bilanzgewinns.

Die geringere Eigenkapitalquote erklärt sich aus der Erhöhung des Fremdkapitals aufgrund der erhöhten Anzahlungen für die Bauleistungen. Der gestiegene Fremdkapitalanteil hat bei weitgehend konstanter Eigenkapitalausstattung eine Verringerung der Eigenkapitalquote bzw. Erhöhung des Verschuldungsgrads zur Folge.

Der leicht gestiegene Anlagendeckungsgrad ist Konsequenz der im Verhältnis zum Anlagevermögen höheren Steigerung des Eigenkapitals.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) nimmt gegenüber dem Vorjahr geringfügig ab (-TEUR 36). Maßgeblich hierfür sind die gegensätzlichen Effekte aus dem gestiegenen Jahresergebnis einerseits sowie der geringeren Abschreibungssumme und dem Abbau der langfristigen Rückstellungen andererseits.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2015

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2015 sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO agiert auf der Grundlage langfristig abgeschlossener Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen.

Die Stadt Oberhausen hat der WBO im Berichtsjahr einen Kündigungsverzicht bis zum 30.06.2022 in einigen Leistungsbereichen ausgesprochen.

Die WBO GmbH erhielt den Zuschlag für das DSD-Ausschreibungsverfahren (Duales System Deutschland GmbH) bei der Glas-Erfassung im Stadtgebiet Oberhausen für die Jahre 2016 bis 2018.

Die WBO ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Die gegenwärtig kreditfinanzierten Fahrzeuge verursachen Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 91 bis zum Jahre 2023.

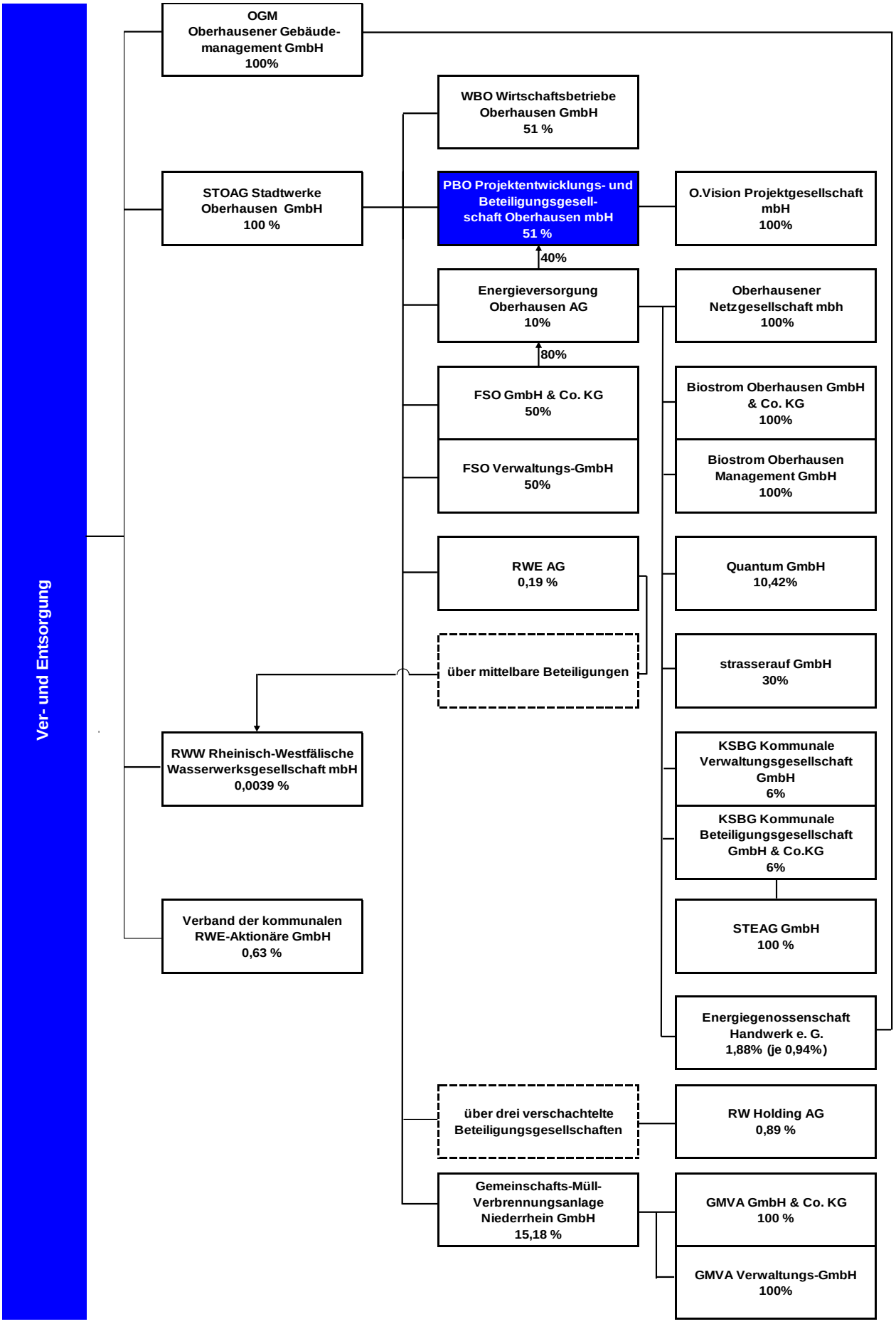
Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2015. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, den 22. Februar 2016

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

Maria Guthoff / Karsten Woidtke


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/853983
e-Mail	lichtenheld@eno-gmbh.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Homberg, Bernd
	Mitglied	Overkamp, Werner
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	4.415,55	56,8	4.815,31	61,8	4.717,41	60,0	-97,90	-2,03
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.356,16	43,2	2.975,91	38,2	3.140,40	40,0	164,49	5,53
Bilanzsumme	**7.771,71**	**100,00**	**7.791,21**	**100,00**	**7.857,81**	**100,00**	**66,60**	**0,85**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	1.224,47	15,8	1.210,46	15,5	1.212,60	15,4	2,14	0,18
Verbindlichkeiten	6.547,24	84,2	6.580,75	84,5	6.645,21	84,6	64,46	0,98
Bilanzsumme	**7.771,71**	**100,00**	**7.791,21**	**100,00**	**7.857,81**	**100,00**	**66,60**	**0,85**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	692,51	229,12	63,32
sonstige betriebliche Erträge	2,32	0,37	1,02
Materialaufwand	0,00		
Personalaufwand	8,70	3,00	0,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	294,57	82,52	474,27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	387,21	388,08	386,70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	181,71	151,89	139,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	597,07	380,17	-163,70
sonstige Steuern	5,18	-0,09	0,79
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	591,90	380,25	-164,49
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	591,90	380,25	-164,49

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	85,47	165,96	-259,80	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	591,90	380,25	-164,49	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	1,25	1,31	1,09	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

Im März 2014 hatte das LG Duisburg wegen der schwebenden Vergleichsverhandlungen das Ruhen des Verfahrens beschlossen. Die Gespräche zwischen Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) und PBO/OVP wurden 2015 fortgesetzt. Zu einem Vergleichsschluss ist es bislang noch nicht gekommen.

Jahresabschluss 2015

Im Geschäftsjahr 2015 hat die PBO (einschließlich der zum 1. Januar 2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) Umsatzerlöse in Höhe von 24 T€ aus einer Grundstücksverwertung durch EAI erzielt.
Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2015 einen Jahresfehlbetrag von 164 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.140 T€ erhöht.
Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.
Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (400 T€) und Zinsaufwendungen (140 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse aus Grundstücksverwertungen (24 T€) sowie durch Zinserträge (387 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP, bestimmt.

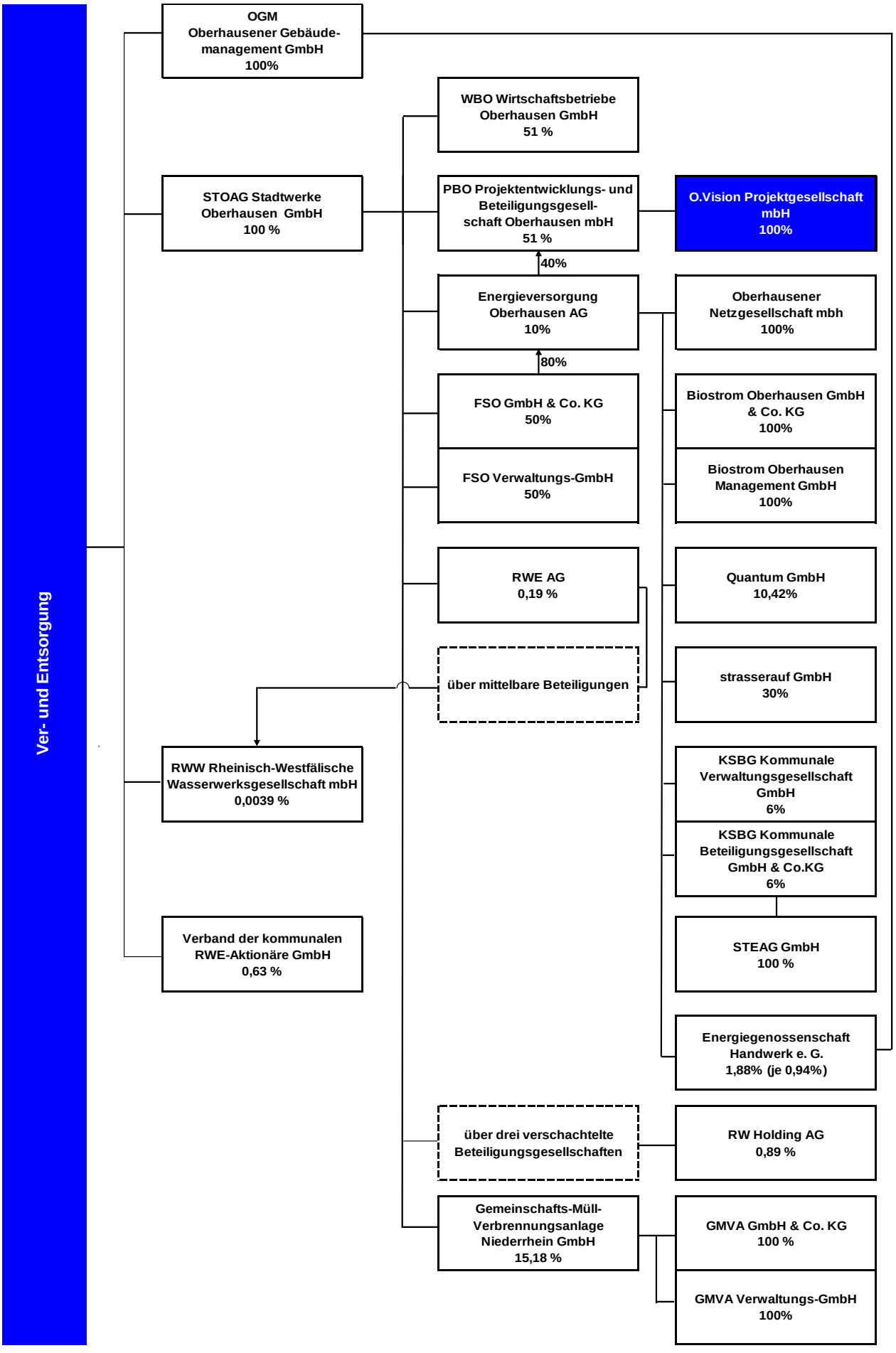
Ausblick

In 2016 werden weitere Umsatzerlöse von EAI aus Grundstücksverwertungen erwartet.

Oberhausen, 11. Februar 2016

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

Frank Lichtenheld


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 825 2010
Fax	0208/ 825 5222
e-Mail	-
Internet	-

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Klunk, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	1.844,34	9,3	1.917,22	9,2	1.963,18	9,1	45,96	2,40
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	18.070,31	90,7	18.835,69	90,8	19.534,47	90,9	698,78	3,71
Bilanzsumme	**19.914,66**	**100,00**	**20.752,91**	**100,00**	**21.497,64**	**100,00**	**744,73**	**3,59**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	9.063,07	45,5	9.475,33	45,7	273,21	1,3	-9.202,12	-97,12
Verbindlichkeiten	10.851,59	54,5	11.277,58	54,3	21.224,43	98,7	9.946,85	88,20
Bilanzsumme	**19.914,66**	**100,00**	**20.752,91**	**100,00**	**21.497,64**	**100,00**	**744,73**	**3,59**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0,00	36,86	24,10
sonstige betriebliche Erträge	9,59	8,81	9,53
Materialaufwand	0,00	0,00	
Personalaufwand	0,00	0,00	
Abschreibungen	0,00	0,00	
sonstige betriebliche Aufwendungen	56,74	56,13	60,27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-350,25	-313,55	-329,73
außerordentliche Aufwendungen	478,00	451,00	368,15
außerordentliches Ergebnis	-478,00	-451,00	-368,15
sonstige Steuern	0,83	0,83	0,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-829,07	-765,38	-698,78
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-829,07	-765,38	-698,78

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:		-2.076,45	-2.899,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-829,07	-765,38	-698,78	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,00	0,00		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit NRW.Bank

Der Rechtsstreit mit der NRW.Bank über die Rückzahlung von Zuschüssen wurde 2015 fortgesetzt. Nach einem Verhandlungstermin am 16.12.2015 wurde am 20.01.2016 seitens des Oberlandgerichts Düsseldorf in dem Rechtsstreit NRW.Bank gegen O.VISION Projektgesellschaft und gegen die Stadt Oberhausen das Urteil verkündet. Die Beklagten wurden verurteilt, an die NRW.Bank 6,2 Mio. € nebst Zinsen zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. In der AR-Sitzung vom 03.02.2016 wurde entschieden, dass die Beklagten auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichten werden.

Rechtsstreit EAI

Der Rechtsstreit mit Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) wurde 2015 ebenfalls fortgesetzt. Zu einem Vergleichsschluss ist es bislang noch nicht gekommen.

Jahresabschluss 2015

Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 24 TEUR erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 699 TEUR resultiert in erster Linie aus der Erhöhung der Zinsverbindlichkeit aus dem Rechtsstreit mit der NRW.Bank und aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2015 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2015 bestehen Rang- rücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 11,7 Mio. EUR. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2015 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken

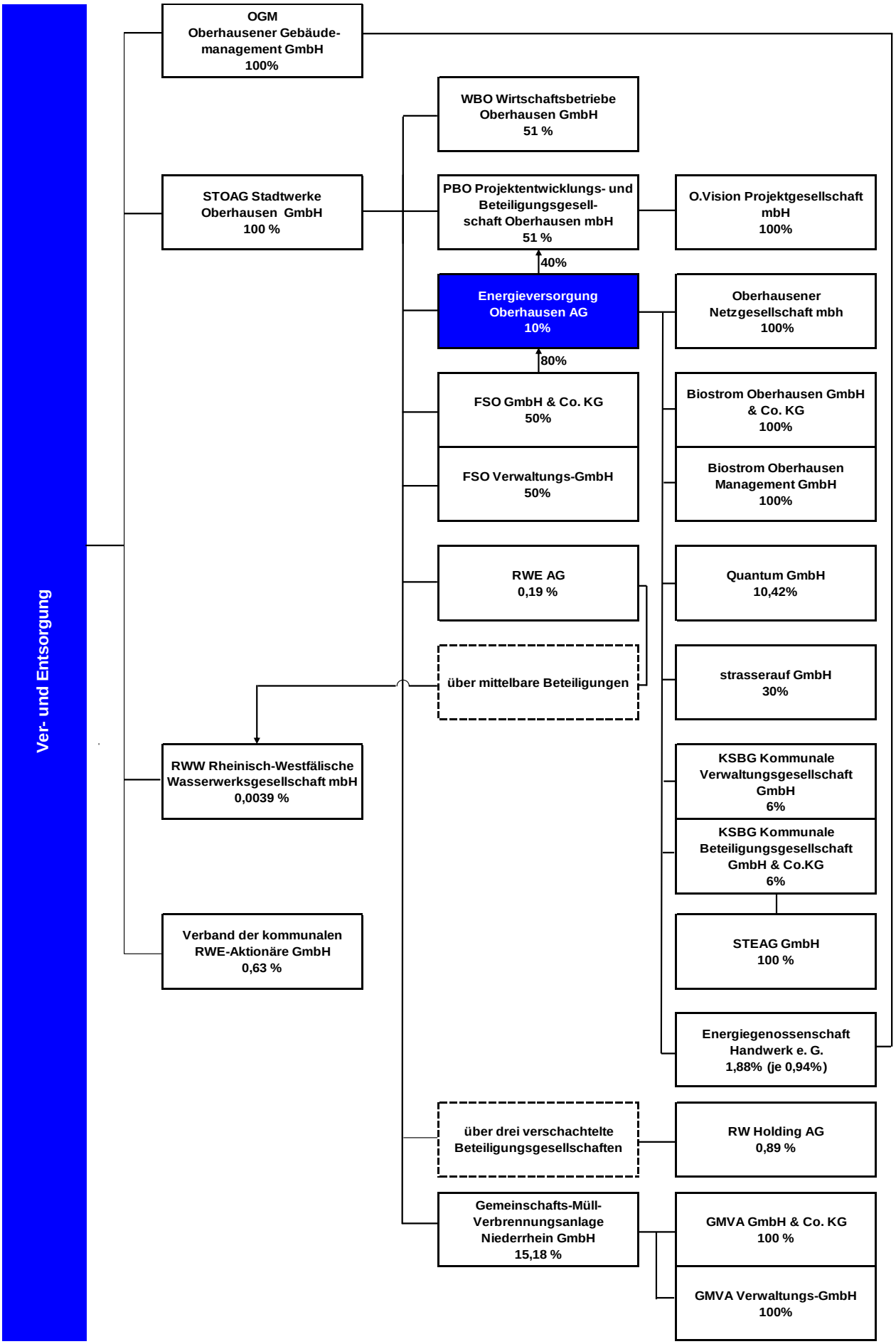
Aufgrund der Gestaltung des mit EAI abgeschlossenen Vertrages bestehen in den nächsten Jahren weitere Chancen auf Verwertungsprovisionen im Zusammenhang mit den von EAI getätigten Grundstücksverkäufen. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

Eine eigene operative Geschäftstätigkeit der OVP ist für das Jahr 2016 und auch für die Folgejahre weiterhin nicht geplant.

Oberhausen, 11. Februar 2016

O.VISION Projektgesellschaft mbH

Frank Lichtenheld


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
RWE Deutschland AG	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

-jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

-die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

-die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

-die Erbringung von Dienstleistungen;

-sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

-Dienstleistungen erbringen

-Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

-Forschung und Entwicklung betreiben;

-Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

-Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG
Aufsichtsrat:	1. stellv. Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	1. stellv. Vorsitzender	Wehling, Klaus
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Dr. Glimpel, Thomas
	Mitglied	Reichardt, Jürgen
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Dr. Schröder, Achim
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef

	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Michel, Ralf
	Mitglied (AN)	Neuhaus, Jürgen
	Mitglied (AN)	Tirbs, Markus
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Basler, Christian
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,20
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	2,30	10,00
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	17,90	9,09
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	11,24
strasserauf GmbH	7,50	30,00
mittelbar	**T€**	**%**
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	1,79	0,91
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	114.834,48	66,0	128.818,48	71,5	131.230,11	70,2	2.411,63	1,87
Umlaufvermögen	58.563,43	33,7	50.500,08	28,0	55.126,13	29,5	4.626,05	9,16
Rechnungsabgrenzungsposten	555,14	0,3	770,44	0,4	626,95	0,3	-143,49	-18,62
Bilanzsumme	**173.953,05**	**100,00**	**180.089,00**	**100,00**	**186.983,19**	**100,00**	**6.894,19**	**3,83**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	30.304,99	17,4	30.304,99	16,8	30.304,99	16,2	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	8.804,85	5,1	7.389,56	4,1	7.534,56	4,0	145,00	1,96
Rückstellungen	59.037,95	33,9	64.562,84	35,9	61.835,63	33,1	-2.727,21	-4,22
Verbindlichkeiten	75.475,25	43,4	77.501,61	43,0	86.978,01	46,5	9.476,40	12,23
Rechnungsabgrenzungsposten	330,00	0,2	330,00	0,2	330,00	0,2	0,00	0,00
Bilanzsumme	**173.953,05**	**100,00**	**180.089,00**	**100,00**	**186.983,19**	**100,00**	**6.894,19**	**3,83**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	239.181,59	217.888,36	216.134,45
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-48,49	0,00	0,00
andere aktivierte Eigenleistungen	12,30	0,00	1,53
sonstige betriebliche Erträge	6.558,44	3.261,91	6.081,80
Materialaufwand	185.548,13	159.804,44	155.122,31
Personalaufwand	21.063,75	20.988,03	21.289,76
Abschreibungen	9.019,85	8.860,50	8.866,64
sonstige betriebliche Aufwendungen	12.780,35	14.880,72	15.107,46
Erträge aus Beteiligungen	1.500,00	1.502,00	1.860,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	232,52	202,75	93,18
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	270,39	981,92	430,90
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	503,95	3.205,40	5.327,34
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	1.235,16	329,62	703,60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.049,94	3.225,83	4.437,07
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14.505,63	12.542,41	13.747,69
sonstige Steuern	3.080,35	1.497,25	2.556,16
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.425,28	11.045,17	11.191,54
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,78	5,07	5,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	37,70	36,45	36,93	%
Cash-Flow:	21.680,29	20.235,29	20.761,78	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	930,70	857,17	874,87	T€
Personalaufwandsquote:	8,57	9,49	9,58	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	56,56	56,47	56,15	%
Eigenkapitalquote:	17,42	16,83	16,21	%
Fremdkapitalquote:	82,58	83,17	83,79	%

e) Lagebericht

1. Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo), Oberhausen, wurde 1971 durch Ausgliederung der Energieversorgungsbereiche aus der Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG – heute RWE AG –, Essen, gegründet. Aufgrund der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die Ausgliederung sämtlicher Netzaktivitäten auf die neu gegründete 100-prozentige Tochtergesellschaft, die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Oberhausen.

Das Grundkapital der evo beträgt TEUR 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die RWE Deutschland AG (RWE), Essen, und die STOAG, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren derzeit ein Grundkapital von je TEUR 2.600 für die RWE und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von TEUR 20.800 für die FSO. Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV) im Rahmen des gesetzlich zulässigen. Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Eine umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der evo und der OB-Netz besteht seit 2012 nicht mehr. Als Konzerntochter ist die evo in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme, Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-prozentige Tochter der evo, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt, im Übrigen von weiteren Stromhändlern und der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA; nur Wärme) bzw. der OXEA Group (nur Abwärme) bezogen. Daneben betreibt die evo eine Dampferzeugungsanlage auf einem durch Einräumung einer befristeten Dienstbarkeit überlassenen Grundstück.

2. In- und externe Rahmenbedingungen

Die Beschäftigtenzahl des Unternehmens ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2015 waren 257 Personen bei der evo beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 271. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 10. Änderungstarifvertrages vom 1. April 2014. Bereits im Vorjahr sind alle Mitarbeiter, mit denen ATZ-Verträge abgeschlossen worden waren, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übergegangen, sodass mit altersbedingten Austritten von Mitarbeitern erst wieder ab 2018 zu rechnen ist. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).
Die evo setzt schon seit vielen Jahren einen Schwerpunkt in die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2015 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt, um die Mitarbeiter bei der Ausübung ihrer anspruchsvollen Tätigkeiten zu unterstützen. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).
Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt ist unverändert hoch. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo mit 208 konkurrierenden Anbietern. Im Gasbereich sind es 126 Anbieter (Stand: 31. Dezember 2015). Damit hat sich die Zahl der Mitbewerber gegenüber 2014 (Strom: 200; Erdgas: 120) nochmals leicht erhöht.
Den Vorgaben des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) kommt die evo durch die konzernweite Implementierung eines nach ISO 50.001 zertifizierten Energiemanagementsystems nach.
Die politischen Rahmenbedingungen bleiben unverändert unklar und erschweren damit weiterhin die Zukunftsplanungen nicht nur der evo, sondern der Branche insgesamt.

3. <u>Geschäftsverlauf</u>

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

<u>Vertrieb Strom</u>

Im Geschäftsjahr 2015 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen zurück. Er sank insgesamt um -10,0% auf 476,1 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -1,7% und bei den Geschäfts- und Industriekunden mit -14,4% wider. Im Vertrieb Überregional konnte der Absatz ausgeweitet werden. In diesem Segment kann ein Absatzzuwachs um 45,2% ausgewiesen werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -5,9% auf 538,5 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden wurden letztmalig zum 1. Januar 2014 angepasst. Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2015 neu festgesetzt.

Der Marktanteil Strom lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 87%.

Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar.
Der Erdgasabsatz stieg in 2015 insgesamt um 9,7% auf 750,3 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit 12,8% über dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und
Industriekunden sank der Absatz erheblich um -28,5%. Dieser Wert wird durch den Verlust von einem sehr großen Kunden mit zwei Abnahmestellen, die seit Anfang 2015 nicht mehr in Belieferung sind, beeinflusst.

Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich die Witterungsabhängigkeit deutlich wider. Hier sank der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) um 13,2% auf 421,6 GWh.

Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA. Hinzu kommen weitere Partner aus Kultur und Einzelhandel in Oberhausen.

Weiterhin betreut die evo mit der externen Geschäftsbesorgung als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) lag bei ca. 2,15 GWh. Die Energielieferung konnte im Berichtszeitraum um weitere 0,7 GWh ausgebaut werden. Auch die neue Energiedienstleistung „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden eine große Resonanz. Seit November 2014 haben sich 20 Kunden für dieses Produkt entschieden.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.
Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co., Kabel-Service KG, PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH und der mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten Oberhausener Energiegenossenschaft beteiligt.
Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz)

Die OB-Netz ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verteilung von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) im Versorgungsgebiet Oberhausen.

Die dazu benötigten Verteilnetze sind von der evo gepachtet. Im Berichtsjahr belief sich die fällige Pacht auf TEUR 14.524. Die Gesellschaft ist neben dem Betrieb für den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der gepachteten Anlagen verantwortlich, außerdem für die Vermarktung der bestehenden Netzkapazitäten.

Die Leistungsbeziehung zwischen der evo und der OB-Netz beinhaltet neben den regulierten Segmenten Strom und Erdgas auch den Bereich der Fernwärme, da dieser aufgrund der Synergieeffekte mit an die OB-Netz verpachtet wurde. Zwischen OB-Netz und evo besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die OB-Netz unterliegt hinsichtlich der Netznutzungsentgelte im Strombereich der Aufsicht der Bundesnetzagentur und im Gasbereich der Landesregulierungsbehörde NRW, die jeweils die Höhe der beantragten, nach den jeweiligen regulatorischen Bestimmungen ermittelten Netznutzungsentgelte prüfen beziehungsweise vorgeben.

Biostrom

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit – d.h., der Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks – obliegt der BSO KG. Die evo ist 100-prozentige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von TEUR 538,5. Dies ist neben einem störungsfreien Betrieb der Anlage auf die Restzahlung zur Regulierung eines Schades aus dem Vorjahr sowie der Regulierung des dazugehörigen Betriebsunterbrechungsschadens zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von TEUR 5.135,3 sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 345,8 gestiegen. Gleichzeitig kam es zu einer Minderung bei den Materialaufwendungen von TEUR 409,7 auf TEUR 3.222,4; dies ist bedingt durch im Vorjahr höhere Aufwendungen aufgrund eines Mauerwerkschadens.

Durch die im Jahr 2015 durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und insbesondere durch die neu eingeführte Onlinereinigung in einem Turnus von ca. zwei Monaten sind die für 2015 angestrebten 8.000 Stunden pro Jahr für 2016 als realistisch einzustufen. Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. TEUR 1.600 vor.

KSBG – STEAG

Gemeinsam mit sechs weiteren Stadtwerken ist die evo mittelbar mit 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Der STEAG-Konzern, der zurzeit fünftgrößte deutsche Stromerzeuger, sieht sich nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert.

Die STEAG vertritt in diesem Zusammenhang die Position, dass thermische Kraftwerke nach wie vor einen wesentlichen Beitrag in Bezug auf Versorgungssicherheit und Flexibilität der Leistungsdarbietung erbringen und (bei gegenwärtigen Marktbedingungen) eine wirtschaftliche, umweltverträgliche und sichere Energieerzeugung gewährleisten.

Die STEAG optimiert das Erzeugungsportfolio weiter und stellt es breiter auf; nicht zuletzt durch Investitionen in Erneuerbare Energien. Mit der Investition in ein Großbatterieprojekt strebt die STEAG eine Vorreiterrolle bei der Etablierung von Großbatteriesystemen und der Vermarktung der darin gespeicherten Energie in Deutschland an. Darüber hinaus ist das Projekt Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr ein wichtiger Beitrag zu einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung.

Im Ausland wird der Ausbau der konventionellen und erneuerbaren Kraftwerkskapazitäten fortgesetzt.

Die von der STEAG für den Zeitraum bis 2020 vorgelegte Mittelfristplanung ermöglicht es der KSBG, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2015 bestätigt die budgetierte Gewinnabführung an die KSBG von rund 80 Millionen Euro.

Die evo wird mit ihren Anteil von 6% an der Gewinnausschüttung der KSBG partizipieren. Der auf evo entfallende Gewinnanteil an dem Jahresergebnis 2015 wird dabei dem Ergebnis der evo im folgenden Jahr, also in 2016, zugerechnet. Nach den Vorgaben der finanzierenden Banken dürfen maximal TEUR 31.000 an die Stadtwerke ausgezahlt werden, so dass die evo in ihrer Ergebnisprognose 2016 einen Betrag von TEUR 1.860 eingestellt hat.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

- einem verstärkten Ausbau der Erzeugungskapazitäten im In- und Ausland,
- einer zunehmenden Rolle in der Darstellung der Versorgungssicherheit im Stromsektor,
- der Schaffung der Rahmenbedingungen durch die vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen" an Rhein und Ruhr und
- der Bereitstellung von Know-how bei der Entwicklung einer kommunalen Erzeugungsstruktur.

Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Hinsichtlich REMIT, d. h. der EU-Verordnung Nr. 1227/2011 betreffend die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts, ergreift die Quantum alle erforderlichen Maßnahmen.

Ferner besteht zur Stärkung der Bonität der Quantum ein Besicherungskonzept, das unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften beruht. Die evo als eine der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innenverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Die evo hält einen Anteil von 10% am Stammkapital der Quantum.

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Anfang März 2015 gründeten STEAG Fernwärme GmbH (SFW), Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN) und evo gemeinsam die FWSRR. Die drei Anteilseigner sind wie folgt an der neu gegründeten Gesellschaft beteiligt: SWF 56,6%, FN 25,1%, evo 18,3%.
Zweck der FWSRR sind Planung, Errichtung und der Betrieb der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Die Verbindung soll vom bestehenden Teil der Ruhrschiene im Süden Bottrops bis zur Fernwärmeschiene Niederrhein im Duisburger Norden verlaufen. Der genaue Trassenverlauf ist derzeit noch in der Planung. Die Trasse soll überwiegend über Grundstücke öffentlicher und industrieller Eigentümer geführt werden.
Wenn die Gesellschafter der Projektgesellschaft wie geplant im ersten Quartal 2017 einen positiven Baubeschluss fassen können, könnten erste Teilprojekte nach einer Bauzeit von zwei Jahren in Betrieb gehen.

4. Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der evo war im Geschäftsjahr 2015 gut, die Um-satzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken.

Umsatzerlöse

	EUR 2015	EUR Vorjahr
Energieverkäufe		
Strom	103.389.082,80	106.947.241,08
Erdgas	42.170.374,73	40.308.867,04
Fernwärme	30.645.102,19	30.158.850,83
Energieservice	232.014,32	189.694,46
	176.436.574,04	177.604.653,41
Sonstige Umsatzerlöse	39.697.880,44	40.283.710,03
	216.134.454,48	217.888.363,44

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Des Weiteren führt im Geschäftskundenbereich das niedrigere Preisniveau auf dem Strommarkt zu einer Senkung der Umsatzerlöse. Sowohl der Energiepreis als auch die gesunkenen gesetzlichen Umlagen im Geschäftskundenbereich mindern das Preisniveau.

Der Erdgasumsatz wird mit 42,1 Mio. € im Vergleich zur Planung um 0,8 Mio. € unterschritten. Im erzielten Umsatz spiegelt sich das niedrigere Absatzniveau wider. Positiv wirken sich die Gutschriften aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung aus. Die Mehr-/Mindermengen ergeben sich aus der Differenz zwischen der prognostizierten und der später tatsächlich durch den Vertrieb verkauften Energiemenge. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Im Vergleich zum Vorjahr, wo im ersten Quartal außergewöhnlich warme Witterungsverhältnisse vorlagen, konnten die Gaserlöse sogar gesteigert werden, da es Anfang 2015 eine langanhaltende Kälte- und Heizperiode gab.

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich ebenfalls die Witterungsabhängigkeit (wie bereits bei den Gaserlösen erläutert) wider. Auch hier konnten die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten hauptsächlich die Leistungsbeziehungen zwischen der evo und der OB-Netz; sie liegen fast auf Vorjahresniveau.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 2.073,0 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um 2,9% auf TEUR 155.122 gesunken. Ursächlich für diese Entwicklung sind der Absatzrückgang (Strom) und das niedrige Preisniveau, welches auch den gesunkenen gesetzlichen Umlagen geschuldet ist. Die Bezugskosten im Bereich Gas und Fernwärme sind im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil, dies gilt ebenso für den Materialdirektverbrauch und die bezogenen Leistungen.

Der Personalaufwand steigt im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um TEUR 302 auf TEUR 21.290, dies ist einer Tariferhöhung im März des Berichtsjahres geschuldet.

Die Abschreibungen liegen auf dem Vorjahresniveau.

Aufgrund einer Steuerumlage des Organträgers wurde die evo für das Jahr 2015 mit TEUR 2.556 Gewerbesteuer belastet.

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.192 an die FSO konnte die evo ihre Prognose aus dem Vorjahr von geplanten TEUR 11.000 sogar leicht übertreffen.

Tätigkeitenabschluss

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitenabschluss zu erstellen.

Im Rahmen des Pachtmodells werden die Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasnetzes in der evo ausgewiesen. Für diese Tätigkeiten gibt es eine gesonderte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung. Demnach wurde im Berichtsjahr in der Strompacht ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 2.937 erzielt; der Bereich Gas-Pacht weist einen Überschuss vor Steuerumlagen in Höhe von TEUR 5.172 aus.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Strompacht TEUR 20.090; dies sind rund 11% der gesamten Bilanzsumme der evo. Die Tätigkeit Gas-Pacht steuerte mit einer Bilanzsumme in Höhe von TEUR 34.818 ca. 19% zur gesamten Bilanzsumme der evo bei.

Neben den Tätigkeitsbereichen Strom- und Gas-Pacht werden in den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas für das regulierte Netzgeschäft erfasst. Für die Bereiche Dienstleistung Strom und Dienstleistung Gas wurden nach 2014 zum zweiten Mal gesonderte Tätigkeitenabschlüsse entsprechend RS ÖFA 2 erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches zusammengefasst.

5. Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mindert sich in 2015 um rund TEUR 7.092 auf TEUR 18.336. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr zum einen auf die Abnahme der kurz- und langfristigen Rückstellungen und zum anderen auf geringe Veränderungen bei den Verbindlichkeiten und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -11.983 (Vorjahr TEUR -22.845). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100% durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (TEUR -11.192) auch die Aufnahme von zwei langfristigen Krediten in Höhe von insgesamt TEUR 15.000. Des Weiteren sind Tilgungen von TEUR 5.229 enthalten.

Es kam zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 6.534, dieser stellt sich mit TEUR 12.696 positiv dar.

5.2 Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2015 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 88,0 %.

	Budget 2015 in TEUR		**Ist 2015 in TEUR**		**Ist 2014 in TEUR**
Investitionen	12.312		12.073		23.332
Abschreibungen	9.700		9.570		8.861

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 9.580 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2015 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 2.732 vor.

Die Investitionen betrugen TEUR 12.073 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2015 in TEUR		**Ist 2014 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			72		148
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			2.994		3.635
▪ Erdgasversorgung			3.641		3.119
▪ Fernwärmeversorgung			3.492		4.618
▪ Energieservice			831		619
▪ Gemeinsame Anlagen			908		541
Finanzanlagen			135		10.652
Gesamtbetrag			**12.073**		**23.332**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 135.
In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2016 wurde bereits im Dezember 2015 ein Darlehen in Höhe von TEUR 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2016 aufgenommen.

5.3 Finanzlage

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung an die FSO KG.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Zusätzlich wurde in 2015 zur Refinanzierung eines Gesellschafterdarlehens an die BSO KG (TEUR 6.100) ein weiteres Fremddarlehen in Höhe von TEUR 5.000 aufgenommen.

Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Zum Aufstellungszeitpunkt dieses Jahresabschlusses können die vorgenannten Aussagen von der Unternehmensführung uneingeschränkt bestätigt werden. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

6. Risikobericht

6.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Ergebnisse

In der letzten Risikoinventur wurden 33 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und den Risikoklassen mit minimalen und niedrigen Ausmaßen zugeordnet.

Zwei Risiken konnten gestrichen werden; drei neue Risiken wurden identifiziert.

Zwei neue Risiken befassen sich mit der Beteiligung an der KSBG-STEAG und eines möglichen Impairment-Bedarfes. Die Risiken resultieren aus den sich verändernden Rahmenbedingungen des Energiemarktes. Das dritte neue Risiko befasst sich mit einem Schnittstellenproblem des Abrechnungsprogramms OPTIMUS.

Das Risiko Beteiligung an der Biostrom Oberhausen wurde gestrichen. Aufgrund des störungsfreien Vollbetriebs der Biomasseanlage in den letzten zwei Jahren und der Ablösung der gesamten Finanzverträge

der HVB durch die evo AG, stellt der Betrieb der Anlage kein Risiko mehr im Sinne des Risikomanagements dar. Weiterhin wurde das Risiko Rückerstattung aufgrund der Urteile zum § 5 Strom und Gas GVV gestrichen.

6.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

6.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d.h., die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken, operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen minimiert.

Dessen ungeachtet hat die evo hinsichtlich der isoliert zu betrachtenden Preisrisiken bei der Strombeschaffung eines 7-MW-Bandes beim RWE für die Jahre 2016 bis 2020 mit Blick auf einen möglichen Preisverfall an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 4.800 gebildet.

6.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

6.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.

Zur strategischen Ausrichtung hat evo Geld- und Kapitalanlagen in Wertpapieren angelegt. Wertpapiere unterliegen Kursrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Kursrisiko wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

6.6 Umfeldrisiken

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 28. Oktober 2015 entschieden, dass die Grundversorger trotz der europarechtswidrigen Preisanpassungsregelung in der alten Fassung des Paragraphen 5 Abs. 2 der Grundversorgungsverordnung Gas (GasGVV) berechtigt sind, (Bezugs-)Kostensteigerungen an den Kunden weiterzugeben. Die Entscheidung ist aufgrund der gleichlautenden gesetzlichen Vorgaben auch auf die Grundversorgung mit Strom übertragbar. Das Urteil ist erfreulich, da der BGH ein Preisanpassungsrecht wegen Kostensteigerungen durch das Energieversorgungsunternehmen bestätigt. Damit folgt der BGH im Ergebnis der Position, nach der die Unwirksamkeit der gesetzlichen Regelung nicht zu Lasten der Energieversorgungsunternehmen gehen darf.

6.7 Umweltrisiken

Die Dampfkessel der Heizkraftwerke der evo wurden in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund gesetzlicher Auflagen mit NOx-armen Brennern ausgerüstet. Durch die Novellierung der
13. BImSchV wurden die NOx-Grenzwerte erneut mit Wirkung zum 1. Januar 2016 von
150 mg/Nm3 auf 100 mg/Nm³ abgesenkt. Der Kessel 2 wurde im Herbst 2015 umgerüstet und befindet sich in der Optimierung. Der Umbau des Kessels 5 ist im Sommer 2016 geplant. Für den Kessel 4 im HKW2 besteht der Ausnahmetatbestand, dass die Anlage bis 2023 mit den alten Grenzwerten betrieben werden kann. Somit werden sämtliche Umweltauflagen erfüllt, die zu einem Risikopotential hätten führen können.

Für den Bereich der Abfallentsorgung hat die Geschäftsführung einen Abfallbeauftragten benannt. Alle

anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.

Erhöhten Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

6.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7. Prognosebericht

7.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem tiefgreifenden Wandel, der auch in Zukunft weitergehen wird. Denn bisher sind noch nicht alle Maßnahmen des 10-Punkte-Plans der Bundesregierung zur Umgestaltung des Energiesektors in die Tat umgesetzt. Ferner ist noch nicht genau abzusehen, wie die Beschlüsse des Pariser Klimagipfels vom Dezember 2015 in nationales Handeln überführt werden. Hier stehen weitere gesetzliche Regulierungen zu erwarten, die die Gestaltungsspielräume der Branche weiter beschneiden.

Folglich bleibt das gesetzliche Umfeld der Branche auch in 2016 und den Folgejahren in Bewegung – mit den daraus sich ableitenden Anpassungsbedarfen insbesondere für Stadtwerke und regionale Versorger.

Sich ergebende Chancen aus der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWK-G), die zum 1. Januar 2016 wirksam geworden ist, wird die evo konsequent nutzen.

7.2 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das im Ergebnis in Tiefe und Breite in einer differenzierten Erfolgsrechnung mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. Ein besonderer Fokus liegt zudem in der Betrachtung der dezidierten Rohmargenentwicklung unseres Kerngeschäftes. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Einzelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet eine größtmögliche Aktualität der Informationsbereitstellung und ermöglicht damit die Fähigkeit zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Diese Erkenntnisse münden im jeweiligen Prognoseergebnis der Konzerngesellschaften. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung im Fokus. Diese Instrumentarien verschaffen dem Unternehmen die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im gesamten Konzernverbund unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange der Kunden, der Umwelt sowie der Belegschaft berücksichtigt. So haben alle Unternehmen innerhalb des evo-Konzerns das Thema Umweltschutz und Ressourcenschonung schon seit Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Jüngstes Beispiel ist hier die Einführung eines nach ISO 50.001 zertifizierten Energiemanagementsystems für alle Konzerngesellschaften.

7.3 Perspektiven 2016

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Unternehmensbereiche sind weiterhin dabei, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

Die evo ist ein gut aufgestelltes sowie insbesondere am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen. Die ambitionierte Mittelfristplanung für 2016/2017 zeigt, dass weiterhin Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 angestrebt werden. Auch für das Berichtsjahr 2015 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz

konnte mit einer tatsächlichen Gewinnabführung von TEUR 11.192 an die FSO sogar noch leicht übertroffen werden.

Dabei gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Gerade im Jahr 2016 wird im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus.

Beim Erdgas geht die evo ebenfalls von einer zunehmenden Wechselbereitschaft der Kunden aus.

7.3.1 Folgen des BGH-Urteils zur GVV v. 28. Oktober 2015

Der Bundesgerichtshof hat – wie in Kap. 7.6 dargelegt – am 28. Oktober 2015 in zwei Verfahren (VIII ZR 158/11 und VIII ZR 13/12) seine Urteile zur Wirksamkeit von Preisanpassungen in Grundversorgungsverträgen verkündet. Gegen das Urteil wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt.

7.3.2 Novelle des IT-Sicherheitsgesetzes

Für Betreiber kritischer Infrastrukturen, wie z. B. Energieversorger, wurden neue gesetzliche Regelungen und Normen bezüglich der Sicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik erlassen, die zum 25. Juli 2015 in Kraft getreten sind. Die Vorgaben des IT-Sicherheitskataloges der Bundesnetzagentur mit dem Ziel der Zertifizierung sind aus jetziger Sicht ohne Einschränkungen im vorgegebenen Zeitrahmen zu erfüllen. Eine Projektgruppe erarbeitet zurzeit die erforderlichen Maßnahmen, um die Zertifizierung rechtzeitig einzuleiten. Die evo erfüllt die Vorgaben des IT-Sicherheitsgesetzes in allen wesentlichen Punkten.

7.4 Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die evo grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

8. Nachtragsbericht

Zum Jahreswechsel 2015 stiegen die staatlich (EEG, KWK etc.) sowie regulatorisch (Netznutzungsentgelte) veranlassten Bestandteile der Strompreise. Das machte eine Neukalkulation der Preise erforderlich. Allerdings hat die evo den vollen Umfang dieser externen Kostensteigerungen nicht an ihre Kunden weitergegeben, sondern durch Einsparungen an anderen Stellen kompensiert. Insgesamt steigen die Preise der Grund- und Ersatzversorgung sowie der TOB-Strom-Sonderverträge zum 1. Dezember 2016 um 0,8 Cent/kWh (brutto).

Ab dem 1. Januar bietet die evo allen Fernwärmekunden einen neuen Tarif (TOB-Fernwärme) an. Dieser löst die bisher geltende „Preisregelung W“ ab.

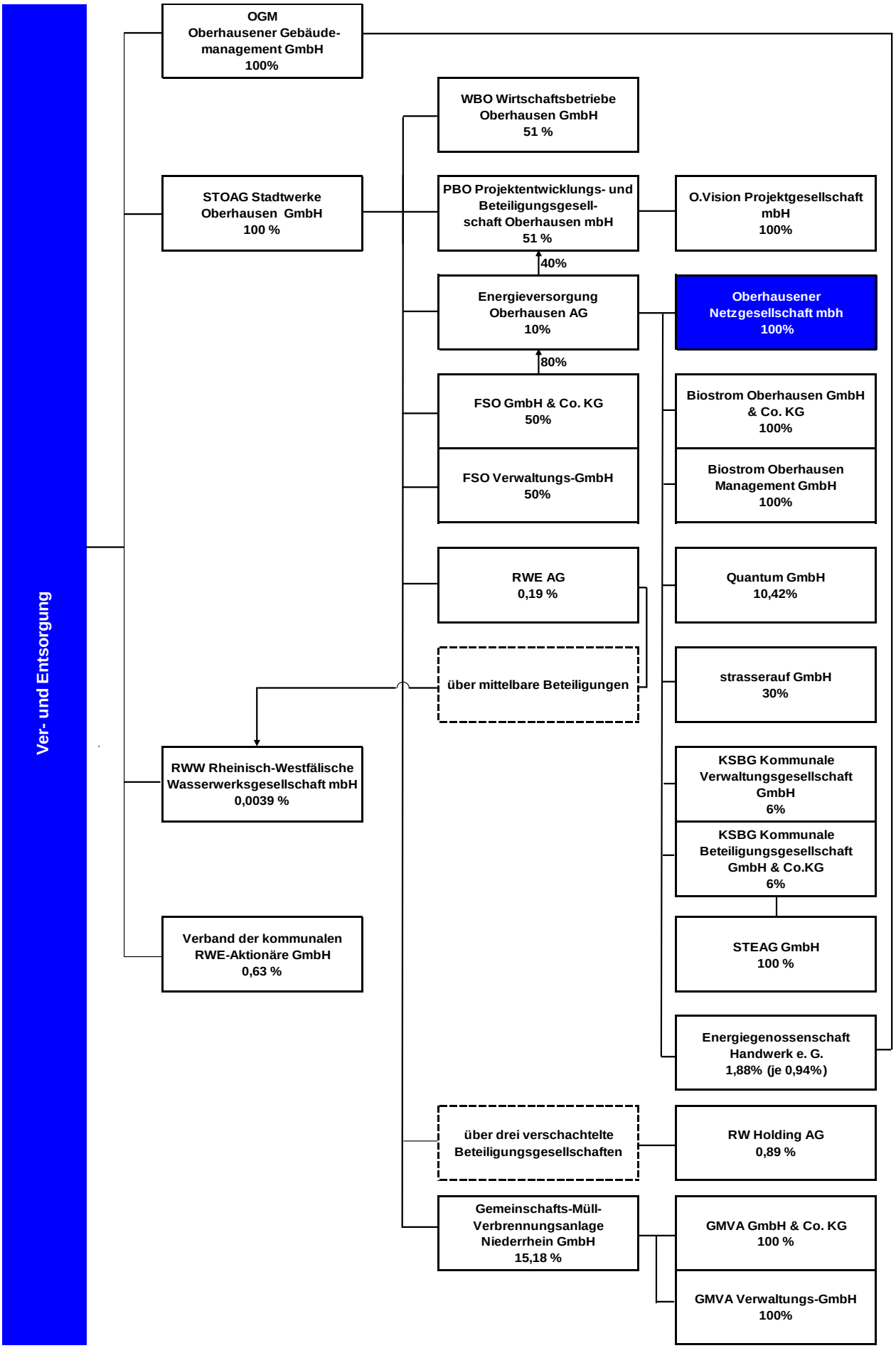
Davon abgesehen sind vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 keine Ereignisse aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

Oberhausen, den 01.02.2016

Energieversorgung Oberhausen
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Gieske / Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
über mittelbare Beteiligungen
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
RW Holding AG
0,89 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie-netz.de
Internet	www.evo-energie-netz.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jörn
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Hell, Bernd Paul

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	312,73	1,3	296,85	1,5	316,34	1,5	19,49	6,57
Umlaufvermögen	23.376,78	98,7	19.344,40	98,5	20.786,12	98,5	1.441,72	7,45
Bilanzsumme	**23.689,52**	**100,00**	**19.641,25**	**100,00**	**21.102,45**	**100,00**	**1.461,20**	**7,44**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.142,48	4,8	1.142,48	5,8	1.142,48	5,4	0,00	0,00
Rückstellungen	11.908,62	50,3	5.439,37	27,7	6.496,95	30,8	1.057,58	19,44
Verbindlichkeiten	4.899,53	20,7	4.070,66	20,7	2.899,10	13,7	-1.171,56	-28,78
Rechnungsabgrenzungsposten	5.738,89	24,2	8.988,74	45,8	10.563,93	50,1	1.575,19	17,52
Bilanzsumme	**23.689,52**	**100,00**	**19.641,25**	**100,00**	**21.102,45**	**100,00**	**1.461,20**	**7,44**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	96.536,22	87.562,07	92.866,94
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-248,22	10,64	22,62
sonstige betriebliche Erträge	775,12	1.323,12	1.009,80
Materialaufwand	43.476,11	38.443,63	44.508,92
Personalaufwand	12.680,35	12.551,99	12.981,60
sonstige betriebliche Aufwendungen	40.880,01	40.781,34	41.523,01
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	153,45	192,44	54,99
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	684,05	516,72	268,15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-503,95	-3.205,40	-5.327,34
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-93,37	-1.555,16	958,98
Erträge aus Verlustübernahmen	410,58	1.650,23	4.368,36
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,43	-1,88	-4,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	-35,94	-144,44	-382,36	%
Cash-Flow:	-410,58	-1.650,23	-4.368,36	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	591,85	559,09		T€
Personalaufwandsquote:	13,06	14,12	13,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	4,82	5,82	5,41	%
Fremdkapitalquote:	95,18	94,18	94,59	%

e) Lagebericht

1 Unternehmen

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der OB-Netz ist darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotenziale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehören die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen und die Wartung von Nahwärme-Anlagen zur Geschäftstätigkeit der OB-Netz. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo und werden zur Bewirtschaftung an die OB-Netz verpachtet.

Zwischen der OB-Netz und der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für die OB-Netz werden im Folgenden dargestellt.

Anreizregulierung

Im Jahr 2014 führte die Bundesnetzagentur eine Evaluierung der Anreizregulierung durch. Als Ergebnis sind unterschiedliche Modelle für die Netzregulierung in der dritten Regulierungsperiode in der Diskussion. Vermutlich wird die Regulierung in ihrer grundsätzlichen Form bestehen bleiben, jedoch wird es wahrscheinlich in wichtigen Details Änderungen geben. Die genaue Ausgestaltung der Anpassungen, sowie deren Auswirkungen auf die OB-Netz, sind derzeit nicht absehbar.

Am 16. März 2015 hat das Bundeswirtschaftsministerium einen Vorschlag zur Änderung der Anreizregulierung (Eckpunktepapier für moderne Verteilnetze) veröffentlicht. Dieser wird in der Politik zurzeit diskutiert. Aus Sicht der OB-Netz ist die wichtigste Veränderung eine andere Vorgehensweise bei der Durchführung des Effizienzvergleiches. Dieser wird nach vier verschiedenen Methoden durchgeführt. Bisher wurde die für den jeweiligen Netzbetreiber günstigste Methode gewählt (Best-of-Four-Prinzip). Zukünftig sollen die vier Methoden in zwei Gruppen eingeteilt, und in jeder Gruppe der Mittelwert aus beiden Methoden gebildet werden. Anschließend wird das für den Netzbetreiber günstigste Ergebnis ausgewählt (Best-of- Two-Prinzip). Desweiteren werden der Fortbestand des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors, die regulatorische Behandlung von Pacht- und Dienstleistungsmodellen und der Zeitverzug bei Investitionen diskutiert. Falls diese Vorschläge umgesetzt werden sollten, werden sie zu einem deutlichen Umsatz- und damit auch Ergebnisrückgang bei der OB-Netz führen.

Lieferantenrahmenverträge

Die Bundesnetzagentur hat einen neuen Netznutzungs- und Lieferantenrahmenvertrag (Strom) verbindlich festgelegt. Dieser wurde fristgerecht bis zum 1. Dezember 2016 mit allen in Oberhausen tätigen Stromhändlern geschlossen. Nur mit einem Händler, der keine Kunden in Oberhausen beliefert, kam ein Vertragsschluss nicht zustande. Daraufhin wurde diesem Händler der Netzzugang entzogen.

Die Lieferantenrahmenverträge (Erdgas) wurden entsprechend der Vorgaben der Kooperationsvereinbarung VIII angepasst.

2.2 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl des Unternehmens ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2015 waren 159 Personen bei der OB-Netz beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Beschäftigten in

Altersteilzeit (ATZ) ebenfalls 159. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 10. Änderungstarifvertrages vom 1. April 2014. Bereits im Vorjahr sind alle Mitarbeiter, mit denen ATZ-Verträge abgeschlossen worden waren, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übergegangen, sodass mit altersbedingten Austritten von Mitarbeitern erst wieder ab 2018 zu rechnen ist. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).

Die OB-Netz setzt schon seit vielen Jahren einen Schwerpunkt in die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2015 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt, um die Mitarbeiter bei der Ausübung ihrer anspruchsvollen Tätigkeiten zu unterstützen. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).

3 Geschäftsverlauf

3.1 Netz Strom

Es wurde in 2015 eine Menge von 741,6 GWh durch die gepachteten Stromnetze der OB-Netz geleitet (2014: 749 GWh). Der Netzlastrückgang beträgt 1%. Hierbei handelt es sich um einen bundesweit zu beobachtenden Trend, der auch auf den Einsatz energieeffizienter Geräte und auf ein geändertes Verbraucherverhalten zurückzuführen ist.

3.2 Netz Erdgas

Im Geschäftsjahr 2015 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der OB-Netz 929,1 GWh an Erdgaskunden verteilt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 11,1%. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen Witterungsgründe.

3.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Netzen Strom und Gas kein regulierter Bereich. Die OB-Netz übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der OB-Netz war im Geschäftsjahr 2015 zufriedenstellend, der Jahresfehlbetrag wurde im Vergleich zum aufgestellten Budget überschritten.

Umsatzerlöse

	EUR 2015	EUR Vorjahr
Netznutzungsentgelte	65.486.748,03	61.139.785,28
Sonstige Umsatzerlöse	27.380.188,57	26.422.286,77
	92.866.936,60	87.562.072,05

Die Umsätze aus Netznutzungsentgelten Strom und Gas umfassen die internen und externen Erlöse aus der Netznutzung, die Mehrerlösabschöpfung für den Stromnetzbereich, das Regulierungskonto und die Mehr-/Mindermengenabrechnung (MMA) der Vorjahre. Im Bereich Netzentgelte Strom ist ein leichter Rückgang in Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen; die Erlöse aus Netznutzungsentgelten Gas steigen jedoch aufgrund von höheren Erlösen aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung und dem witterungsbedingten höheren Absatz in Vergleich zu 2014 stark an. Zu der MMA ist generell anzumerken, dass es zu Verwerfungen zwischen den Erlösen und Aufwendungen bei der OB-Netz kommen kann, da die Abrechnungen der Marktgebietsverantwortlichen zeitgerechter erfolgen, als die OB-Netz dies an die Transportkunden (Lieferanten) gewährleisten kann. Dieser „Zeitversatz“ resultiert noch aus den anfänglichen Problemen/Unklarheiten bei der Abrechnung zwischen den Beteiligen bei Einführung der MMA. Es wird davon ausgegangen, dass bis April 2016 alle Vorjahre einschließlich 2015 von der OB-Netz abgerechnet sind. Über den gesamten Zeitraum gesehen ist die MMA für die OB-Netz erfolgsneutral.

Die Sonstigen Umsatzerlöse erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund eines Auftrages der Stadt Oberhausen bezüglich der Beschaffung von LED Leuchten, dies spiegelt sich auch in den Aufwendungen wider. Weiterhin sind in dieser Position die Erlöse aus einem Dienstleistungsvertrag mit der evo sowie aus der Kostenerstattung Fernwärme enthalten.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 4.859,8 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für Netznutzungsentgelte der vorgelagerten Netze sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Dies ist im Wesentlichen durch die Mehr-/Mindermengen-abrechnung für Vorjahre begründet.
Der Materialverbrauch sowie die bezogenen Leistungen für die Unterhaltung der Netze blieben im Vergleich zum Vorjahr auf gleichbleibendem Niveau, der Anstieg basiert auf die Beschaffung von LED Leuchten für die Stadt Oberhausen (siehe auch Umsatzerlöse) und lagen bei TEUR 6.453,0. Der Personalaufwand steigt leicht auf TEUR 12.981,6 (Vorjahr TEUR 12.552,0). Aufgrund des negativen Ergebnisses wurden der OB-Netz auf Basis einer Gewerbesteuerumlage vom Gesellschafter TEUR 959,0 Steuer erstattet.

Jahresergebnis

Das negative Ergebnis in Höhe von TEUR 4.369 liegt über dem budgetierten Jahresfehlbetrag von TEUR 3.925 und wird von der evo aufgrund eines EAV erstattet. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen der Mehr-/Mindermengen-abrechnungen der Vorjahre, welche in dieser Größenordnung nicht budgetiert waren.

Tätigkeitenberichte

In der OB-Netz werden drei Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas sowie die sonstigen Aktivitäten.

Im Verteilnetz Strom wurde in 2015 ein Verlust in Höhe von TEUR 2.098 realisiert; der Bereich Verteilnetz Gas weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 2.375 aus. Im Rahmen der Ergebnisabführung an die evo werden diese Beträge ausgeglichen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Verteilnetz Strom TEUR 14.232. Die Tätigkeit Verteilnetz Gas steuerte eine Bilanzsumme in Höhe von TEUR 7.942 zur Gesamtbilanz der OB-Netz bei. Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung, das Zählerdatenmanagement und weitere sonstige Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Strom- und Gasbereichs.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mindert sich in 2015 gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 1.246 auf TEUR -6.529. Dies ist im Wesentlichen auf ein negativeres Periodenergebnis (TEUR -4.368) im Vergleich zu Vorjahr (TEUR -1.650) zurückzuführen, dies wird nur geringfügig durch die Zunahme der sonstigen Rückstellungen hauptsächlich in Form einer Prozesskostenrückstellung kompensiert.

Die Summe der Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belief sich im Berichtsjahr auf TEUR -8 (Vorjahr TEUR 36). In der Position der Investitionstätigkeit spiegeln sich ausschließlich der Zugang und die Tilgung bei Arbeitgeberdarlehen wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Verlustübernahme der evo in Höhe von TEUR 4.368 (Vorjahr TEUR 1.650) auch den Zugang von Baukostenzuschüssen von TEUR 2.139 (Vorjahr TEUR 3.685).

Somit kam es zu einer Minderung des Finanzmittelfonds um TEUR 30 auf TEUR 181.

5.2 Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt.

Die OB-Netz besitzt kein eigenes Sachanlagevermögen, die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen (evo) geprägt.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der OB-Netz wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo sowie des verminderten Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Budget als zufrieden stellend betrachtet.

6 Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo und ihren Beteiligungen ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Grundsätzlich schützt sich die OB-Netz gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

Im Rahmen der Risikoinventur wurden 8 Risiken identifiziert. Diese entfallen mit einer Ausnahme in die niedrigen Risikoklassen. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall, bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und werden laufend durchgeführt.

In 2014 gab es ein geringes Risiko zu nicht angemeldeten Zählern mit Verbräuchen. Der Großteil der Fälle ist zwischenzeitlich abgearbeitet. Das Risiko zählt nun nicht mehr zu den relevanten Risiken und wurde gestrichen. Folgende zwei Risiken wurden im Laufe des Jahres 2015 neu aufgenommen:

Die FlexStrom-Gruppe, zu der namentlich die FlexStrom AG, die FlexGas GmbH, die Löwenzahn Energie GmbH und die OptimalGrün GmbH gehören, ist seit Juli 2013 im Insolvenzverfahren. Der Insolvenzverwalter der FlexStrom hat der OB-Netz einen Klageentwurf zugestellt. Darin fordert er rückwirkend seit 2009 gezahlte Netznutzungsentgelte im Wege der Vorsatzanfechtung zurück. Es wurde eine Prozesskostengemeinschaft mit anderen betroffenen Netzbetreibern unter der Leitung der Rechtsanwaltskanzlei (BBH) gebildet. Kontakte wurden hergestellt und Sondierungsgespräche haben stattgefunden. Mit ersten Ergebnissen wird im Frühjahr 2016 gerechnet. Dem hiermit verbundenen Risiko in Höhe von TEUR 850 begegnet die OB-Netz durch Bildung einer Rückstellung.

Zurzeit ist noch nicht klar, wie sich die regulatorischen Rahmenbedingungen bei einer geplanten Änderung der Anreizregulierungsverordnung auswirken werden. Dem begegnet die OB-Netz bereits jetzt mit internen Maßnahmen zur Kostenreduktion. Zudem wird mit den Verbänden gemeinschaftlich an Lösungsansätzen gearbeitet.

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb des genehmigten Rahmens der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo. Aus dem Kerngeschäft ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken.

Die OB-Netz ist zurzeit keinen erhöhten Umweltrisiken ausgesetzt.

Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7 Prognosebericht

7.1 Messstellenbetriebsgesetz

Seit 2009 existiert eine EU-Vorgabe nach der bis zum Jahr 2020 80% Smart Meter in jedem EU-Mitgliedsstaat verbaut sein müssen, wenn eine Kosten-Nutzen-Analyse zu einem positiven Ergebnis kommt. Im Jahr 2013 wurde vom Bundeswirtschaftsministerium eine entsprechende Kosten-Nutzen-Analyse vorgestellt. Demnach ist eine allgemeine Einbauverpflichtung volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Stattdessen wird ein ambitioniertes „Rolloutszenario Plus“ empfohlen, bei dem intelligente Messsysteme zusätzlich bei Erneuerbaren-Energien-Anlagen eingebaut werden sollen, um ein aktives Einspeisemanagement zu ermöglichen. Dadurch soll der Netzausbau reduziert und somit in Summe ein volkswirtschaftlicher Vorteil erzielt werden. Die anfallenden Kosten sollen auf alle Stromkunden verteilt werden.

Hierzu wurde im Jahr 2015 ein Gesetzgebungsverfahren gestartet. Dies wird voraussichtlich im Sommer 2016

abgeschlossen sein. Um auf diese und andere zukünftige Entwicklungen vorbereitet zu sein, hat die OB-Netz im Jahr 2013 an einem Pilotprojekt der Netzwerkpartner teilgenommen und erste praktische Erfahrungen gesammelt. Darauf aufbauend wird das Pilotprojekt fortgesetzt, um weitere technische Erfahrungen zu sammeln. Seit 2015 wird der gesamte Prozess von der Smart Meter-Messung bis zur Abrechnung technisch beherrscht. Damit ist die OB-Netz fachlich gut aufgestellt, um rechtzeitig vor der Einführung als Massenprozess technische und wirtschaftliche Optimierungen durchführen zu können.

7.2 Tägliche Netzkontenabrechnung

Die Bundesnetzagentur hat 2014 den Beschluss zum Festlegungsverfahren zur Bilanzierung Gas veröffentlicht. Hintergrund ist die Umsetzung des europäischen Netzkodex Gasbilanzierung, der Anforderungen an Ausgleichs- und Regelenergieleistungen stellt und zur EU-weiten Harmonisierung verschiedener Bilanzierungsregime beitragen soll.

Zum 1. Oktober 2016 ist im Rahmen der GaBi Gas 2.0 die tägliche Netzkontenabrechnung umzusetzen. Im Vergleich zur derzeitigen Regelung der monatlichen Netzkontenabrechnung wird hierbei nicht mehr auf saldierte Monatswerte, sondern auf kumulierte Tageswerte abgestellt. Aufgrund einer deutlich höheren Volatilität der Tageswerte wird erwartet, dass erstmalig Abrechnungen einzelner Tage mit Netzkontoabweichungen möglich sind.

Bei der OB-Netz wurde rechtzeitig ein Projektteam eingesetzt, das sich mit den Auswirkungen der täglichen Netzkontenabrechnung auseinandersetzt und die Implementierung von Anpassungsmaßnahmen durchführt.

7.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzt die OB-Netz ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite analog zur evo in einer differenzierten Erfolgsrechnung mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Einzelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet eine größtmögliche Aktualität der Informationsbereitstellung und ermöglicht damit die Fähigkeit zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen der Konzernmutter im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Diese Erkenntnisse münden im jeweiligen Prognoseergebnis der evo und der OB-Netz. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung im Fokus. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Dieses Berichtswesen und zugleich Steuerungsinstrument kommt sowohl bei der evo als auch bei der OB-Netz auf die jeweiligen Anforderungen abgestimmt mit der gleichen Methodik zur Anwendung. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigt die OB-Netz unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt sowie unserer Belegschaft. So haben alle Unternehmen innerhalb des evo-Konzerns das Thema Umweltschutz und Ressourcenschonung schon seit Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Jüngstes Beispiel ist hier die Einführung eines nach ISO 50.001 zertifizierten Energiemanagementsystems für alle Konzerngesellschaften.

Als wesentliches Maß für die Güte des Arbeitsschutzes in einem Unternehmen gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Deren Zahl hat sich konzernweit von 2012 (16 Unfälle) bis 2015 (8 Unfälle) halbiert.

7.4 Weitere Entwicklung der Ertragslage

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen durch Kostenoptimierung und Effizienzsteigerung realisieren. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Vor diesem Hintergrund, d.h. dem steigenden Erlös- und Kostendruck, sind alle Abteilungen der OB-Netz involviert, um im Rahmen des ELAN-Projektes zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zur konzernübergreifenden Abstimmung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die über die einzelnen Unternehmensbereiche hinweg weitere Einspar- bzw. Erlöspotenziale realisieren.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 sind die Erträge aus Verlustübernahme um TEUR 860 größer als in der 2. Prognose erwartet. Das liegt im Wesentlichen an geringeren Netznutzungsentgelten, da die Monate November und Dezember 2015 ungewöhnlich warm waren. Außerdem traten die Effekte der Mehr-Mindermengenabrechnung (siehe Kap. 4) zum Jahresende auf. Da insbesondere letztere Effekte zukünftig

nicht mehr eintreten können, wird die Prognose 2016 als realistisch eingestuft.

In den Jahren 2016 und 2017 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es wird jeweils ein Umsatz in Höhe von ca. TEUR 90.000 pro Jahr erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2016 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR -5.800 bzw. TEUR -6.800 für 2017 erwartet. Aufgrund des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der OB-Netz im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Durch konsequente Prozessoptimierung und Nutzung von Synergiepotenzialen werden weitere Möglichkeiten zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit realisiert werden. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet OB-Netz auf allen Ebenen an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin die hohen Erwartungen der Anteilseigner, Kunden und Mitarbeiter zu erfüllen.

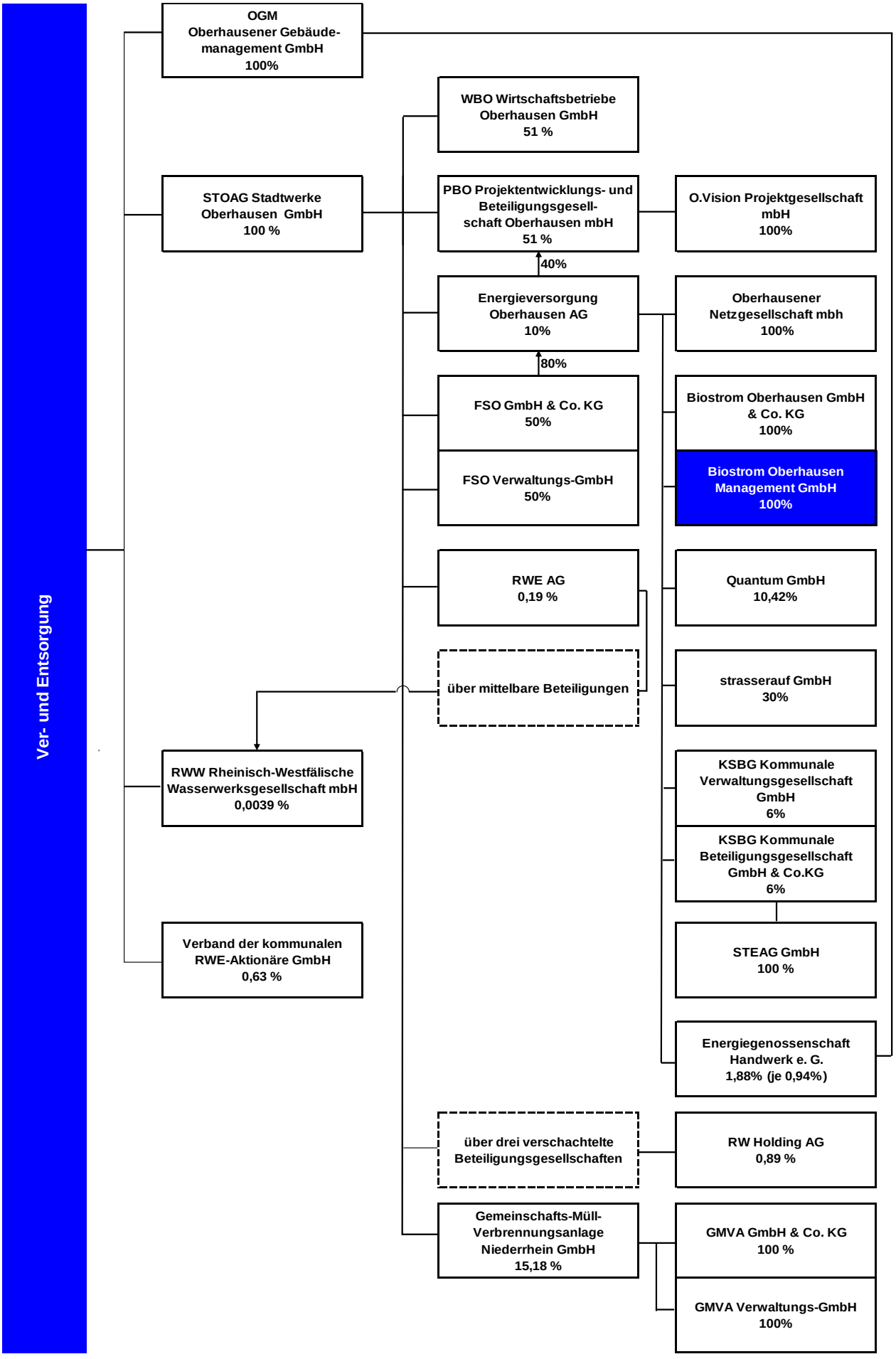
8 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

Oberhausen, den 1. Februar 2016

Oberhausener Netzgesellschaft mbH
der Geschäftsführer

Jörn Schneider


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Engel, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	33,52	100,0	33,39	100,0	33,73	100,0	0,34	1,02
Bilanzsumme	**33,52**	**100,00**	**33,39**	**100,00**	**33,73**	**100,00**	**0,34**	**1,02**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	31,65	94,4	31,77	95,2	31,81	94,3	0,04	0,13
Rückstellungen	1,88	5,6	1,22	3,7	1,41	4,2	0,19	15,57
Verbindlichkeiten			0,39	1,2	0,52	1,5	0,13	33,33
Bilanzsumme	**33,52**	**100,00**	**33,39**	**100,00**	**33,73**	**100,00**	**0,34**	**1,02**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	2,50	2,50	2,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	1,55	2,35	2,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,95	0,15	0,04
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,15	0,02	0,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,80	0,13	0,04
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,80	0,13	0,04

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

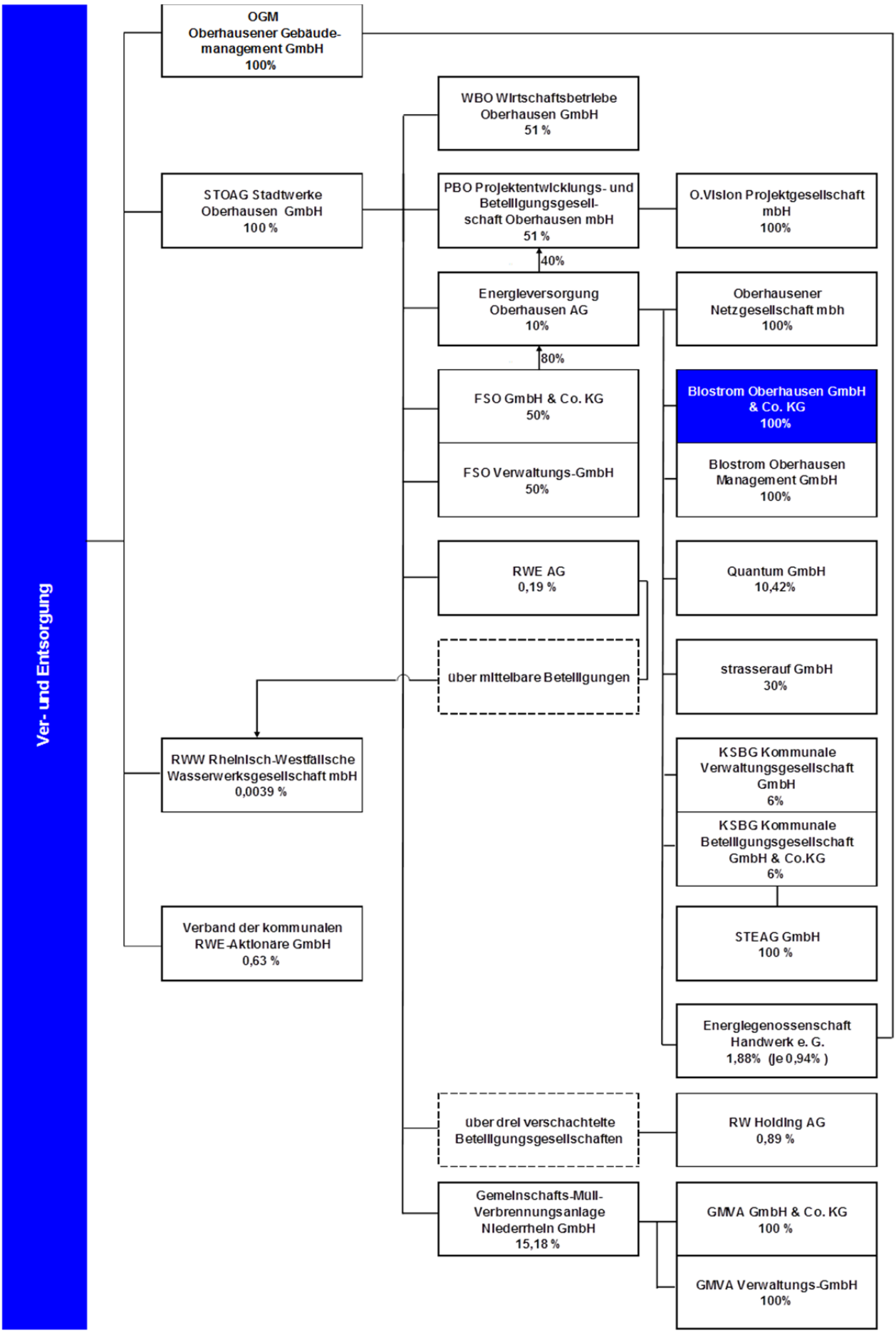
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,60	0,40	0,11	%
Cash-Flow:	0,80	0,13	0,04	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	94,40	95,17	94,30	%
Fremdkapitalquote:	5,60	4,83	5,70	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8350
Fax 0208/8352620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	12.761,74	94,5	12.006,60	94,5	11.229,55	98,0	-777,05	-6,47
Umlaufvermögen	737,78	5,5	697,78	5,5	226,62	2,0	-471,16	-67,52
Bilanzsumme	**13.499,52**	**100,00**	**12.704,38**	**100,00**	**11.456,17**	**100,00**	**-1.248,21**	**-9,83**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.243,28	16,6	1.884,44	14,8	2.422,98	21,1	538,54	28,58
Rückstellungen	244,57	1,8	448,00	3,5	388,37	3,4	-59,63	-13,31
Verbindlichkeiten	11.011,67	81,6	10.371,94	81,6	8.644,83	75,5	-1.727,11	-16,65
Bilanzsumme	**13.499,52**	**100,00**	**12.704,38**	**100,00**	**11.456,17**	**100,00**	**-1.248,21**	**-9,83**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.581,37	4.789,54	5.135,33
sonstige betriebliche Erträge	210,76	261,77	1.131,21
Materialaufwand	2.752,86	3.632,15	3.222,43
Abschreibungen	794,22	781,41	780,64
sonstige betriebliche Aufwendungen	580,04	563,57	657,29
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	562,11	433,02	1.065,75
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	102,90	-358,84	540,44
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	102,90	-358,84	538,54
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	102,90	-358,84	538,54
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,25	-7,49	10,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,59	-19,04	22,23	%
Cash-Flow:	897,12	422,57	1.319,17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,53	94,51	98,02	%
Eigenkapitalquote:	16,62	14,83	21,15	%
Fremdkapitalquote:	83,38	85,17	78,85	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs-

und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMHKW - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung bei der evo.

Technische Bestandsanalyse

evo hat 2015 im Rahmen ihrer technischen Betriebsführung den Anlagenbetrieb weitergehend optimiert. Als Brennstoff für die Anlage wurden wie im Vorjahr Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Dies hat auch in 2015 zu einer wesentlichen Verbesserung der Anlagenverfügbarkeit geführt. Der Anteil der Rostasche im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge lag in 2015 bei 1,82%, der Anteil der Feinasche bei 0,44 %. Hieran ist zu erkennen, dass der Brennstoff im Wesentlichen den geforderten Qualitäten entspricht.

Die Revision der Anlage hat im Mai 2015 stattgefunden. Aufgrund des Schadens am Mauerwerk in 2014 wurde ein besonderes Augenmerk auf die Ausmauerung gelegt. Der Zustand und die Wartung wurden durch einen Sachverständigen begleitet und für gut befunden. Die in 2014 installierte Feuerraumkamera hat auch im Jahr 2015 einen wichtigen Beitrag zum sicheren Anlagenbetrieb geleistet.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Im Rahmen der Revision in 2015 wurden die Druckluftreinigungssysteme am Überhitzer modifiziert. In den Druckluftlanzen wurden Düsen nachgerüstet um den Reinigungsimpuls der Druckluft zu erhöhen. In einer nachträglichen Inspektion hat sich gezeigt, dass die nachgerüsteten Düsen die Reichweite der Druckluftreinigung um mindestens zwei bis drei Rohrreihen erweitert hat.

Im Bereich des Ascheaustrags unterhalb des Gewebefilters wurden einige Optimierungen durchgeführt. Neben dem Förderweg über das Schneckensystem wurde parallel die Möglichkeit geschaffen, den Feinstaub direkt in Big-Packs zu entsorgen. Zusätzlich wurde durch die Installation von Befeuchtungsanlagen der Verschmutzungsgrad in diesem Bereich optimiert.
Wesentlichste Verbesserung der Anlagenverfügbarkeit in 2015 entstand durch den Einsatz eines mobilen Online-Reinigungsverfahrens. Mittels dosierter Gasexplosionen werden die Rohrbündel im Dampferzeuger kontrolliert bei laufender Anlage gereinigt. Der Reinigungseffekt im Hinblick auf die Rauchgasaustrittstemperaturen entspricht nach einer fünf stündigen Reinigung mit dem „Bang and Clean“ – Verfahren in etwa dem sauberen Zustand der Anlage nach einer Vollrevision. Der Einfluss dieses Verfahrens auf den Kessel wurde mit der Zentralen Überwachungsstelle (ZÜS) abgestimmt. Weiterhin wurden zur weiteren Beurteilung Druckmessungen während der Reinigung gemacht. Sowohl durch die ZÜS als auch durch die Auswertung der Messergebnisse gibt es keine Bedenken bezüglich dieses Reinigungsverfahrens.

Insbesondere durch die Reinigung wurden in 2015 ca. 7.700 Volllastbenutzungsstunden mit der Anlage erreicht (bezogen auf 2,7 MWel).

Die mittlere Stromeinspeisung nach der Revision im Mai 2015 lag bei 2,8 MWel.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von 538,5 T€. Dies ist neben einem störungsfreien Betrieb der Anlage auf die Restzahlung zur Regulierung eines Schades aus dem Vorjahr (180,1 T€) sowie der Regulierung des dazugehörigen Betriebsunterbrechungsschadens (130,2 T€) zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von 5.135,3 T€ sind im Vergleich zum Vorjahr um 345,8 T€ gestiegen. Gleichzeitig kam es zu einer Minderung bei den Materialaufwendungen von 409,7 T€ auf 3.222,4 T€, dies ist bedingt durch höhere Aufwendungen im Vorjahr aufgrund des zuvor bereits erwähnten Schadens.

Im Dezember 2015 hat die BSO KG ihre bis dahin bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten über rd. 6,1 Mio. € komplett abgelöst, hierzu wurde vom Gesellschafter evo ein Darlehen in gleicher Höhe gewährt, dies ist in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Aufgrund der zukünftig geringeren

Zinszahlungen und der dadurch bedingten verbesserten Liquidität wird davon ausgegangen, dass die Verbindlichkeiten aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückspacht gegenüber der evo, welche bisher nicht reguliert werden konnten, sukzessive in den nächsten Jahren abgebaut werden können. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft weiterhin einen Kreditrahmen von bis zu 400 T€ eingeräumt.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2015 bei 21,1 % (Vj. 14,8 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 78,9 % (Vj. 85,2 %).

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, über die zu berichten wäre, sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

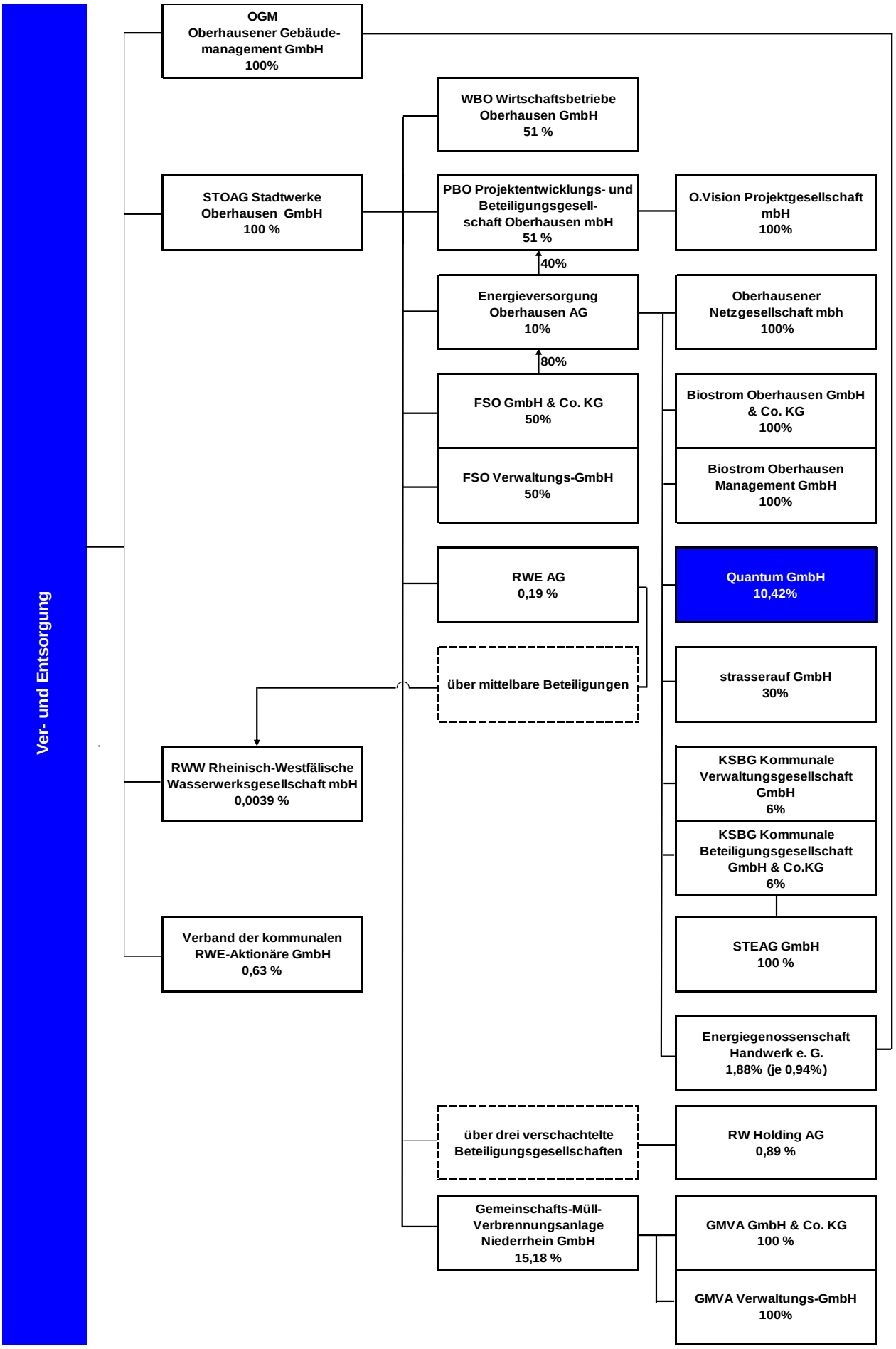
Prognosebericht

Durch die im Jahr 2015 durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und insbesondere durch die neu eingeführte Onlinereinigung in einem Turnus von ca. zwei Monaten sind die für 2015 angestrebten 8.000 Stunden pro Jahr für 2016 als realistisch einzustufen. Im Rahmen der Revision im Juni 2016 sind noch weitere Optimierungen im Bereich der Kesselverschmutzung geplant. In den sich zusetzenden Aschetrichtern unterhalb des Kessels ist beabsichtigt, ein Reinigungssystem mit Druckluftkanonen nachzurüsten. Hierdurch soll die Verfügbarkeit der Anlage noch weiter erhöht werden sowie die händischen Eingriffe im Bereich der hohen Temperaturen miniert werden.
Wie bereits zuvor berichtet konnten in 2015 ca. 7.700 Volllastbenutzungsstunden mit der Anlage erzielt werden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose nur leicht unter dem angestrebten Zielwert.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,6 Mio. € vor.

Oberhausen, 22. Januar 2016

Christian Basler
Geschäftsführer der
Biostrom Oberhausen Management GmbH


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Telefon	0211-4369270
Fax	02102 939 77-33
Fax	0211-43692733
e-Mail	info@quantum.de
Internet	-
Internet	www.quantum.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 825,00

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	7,87
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	11,24
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	2,25
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	7,87
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	4,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	4,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	7,87
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	4,49
SWK Energie GmbH	247,50	33,71
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	4,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Lopez, Albert
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Gardemann, Erwin
	Mitglied	Hoffmann, Rolf
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Kamburg, Ulf
Prokura:	Prokurist	Bohmann, Joachim
	Prokurist	Frieß, Jürgen
	Prokurist	Schäfer, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	257,85	0,6	343,28	0,9	389,67	1,3	46,39	13,51
Umlaufvermögen	43.827,52	99,3	36.195,34	99,0	28.800,17	98,5	-7.395,17	-20,43
Rechnungsabgrenzungsposten	62,66	0,1	39,22	0,1	37,76	0,1	-1,46	-3,72
Bilanzsumme	**44.148,03**	**100,00**	**36.577,84**	**100,00**	**29.227,60**	**100,00**	**-7.350,24**	**-20,09**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.511,74	10,2	4.253,23	11,6	4.090,77	14,0	-162,46	-3,82
Rückstellungen	10.095,88	22,9	6.704,04	18,3	5.035,91	17,2	-1.668,13	-24,88
Verbindlichkeiten	29.517,08	66,9	25.620,58	70,0	20.100,93	68,8	-5.519,65	-21,54
Rechnungsabgrenzungsposten	23,33	0,1					0,00	
Bilanzsumme	**44.148,03**	**100,00**	**36.577,84**	**100,00**	**29.227,60**	**100,00**	**-7.350,24**	**-20,09**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	577.369,59	524.134,45	464.438,26
sonstige betriebliche Erträge	557,66	282,09	165,58
Materialaufwand	572.159,85	518.720,66	459.241,44
Personalaufwand	2.402,48	2.939,68	3.021,79
Abschreibungen	250,03	165,03	172,66
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.974,61	2.235,55	2.142,64
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24,58	15,60	12,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	157,99	202,37	228,23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.006,87	168,84	-190,10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	242,25	81,36	-28,49
sonstige Steuern			0,84
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	764,62	87,48	-162,46
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	764,62	87,48	-162,46

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,13	0,02	-0,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,41	2,10	-3,82	%
Cash-Flow:	1.014,65	252,51	10,20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	21.404,71	18.083,33	14.518,87	T€
Personalaufwandsquote:	0,42	0,56	0,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,19	0,50	0,62	%
Eigenkapitalquote:	10,22	11,63	14,00	%
Fremdkapitalquote:	89,78	88,37	86,00	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Quantum GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Portfoliomanagement - Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Partner im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Basis- und Zusatzdienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung Strom und Gas
- Risiko- und Vertragsmanagement

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Erzeugungsportfoliomanagement
- Vertriebsunterstützung
- Erweitertes Prognosemanagement
- Speicherportfoliomanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Projektbegleitung
- Direktvermarktung nach Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)
- EEG Überführungszeitreihen
- Netzdienstleistungen
- Vermarktung von Sekundärregelleistung und Minutenreserve

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern, Partnern und Kunden offen.

1.2 Strategien und Ziele

Quantum-Beschaffungsstrategien

Bei den Quantum-Beschaffungsstrategien wurde der Bestellprozess weiter verbessert und optimiert. Durch die Anpassungen wird gewährleistet, dass der Bestellvorgang von der Kundenbestellung bis hin zur Beschaffung effizienter gestaltet ist. So können Bestellungen für Strom und Gas direkt über das Online-Portal an Quantum übermittelt und digital verarbeitet werden.

Intraday – Handel

Mit Start der Intraday - Auktion (1/4h) an der EPEX (European Power Exchange) im Dezember 2014 konnte Quantum die Glattstellung der 1/4h - Rampen, die durch die Übertragungsnetzbetreiber vorgeschrieben wird, in Eigenregie durchführen. Diese Dienstleistung wurde in 2015 auch für Dritte erbracht.

Gemeinschaftskraftwerk Kohle (GEKKO)

Die Quantum bewirtschaftet Kraftwerksscheiben einiger Gesellschafter des Gemeinschaftskraftwerks Kohle. Während Block E am 2.7.2014 den kommerziellen Betrieb aufnehmen konnte, hat Block D aufgrund der Ereignisse „Schäden am Dampferzeuger“ sowie „Chemikalieneintrag“ bis auf weiteres keinen Strom mehr erzeugt. Nachdem klar wurde, dass eine wirtschaftlich sinnvolle Reparatur des Blockes D nicht mehr in Frage kam, haben die Gesellschafter eine Ausstiegsvereinbarung mit der RWE getroffen. In der Folge entfiel auch die Bewirtschaftung der Kraftwerksscheiben durch die Quantum zum 31.12.2015.

Dienstleistungen für Nicht-Stadtwerke

Nachdem in 2014 ein gewerblicher Kunde für das Bilanzkreismanagement Gas gewonnen werden konnte, gelang es, die Dienstleistung auch im Bereich Portfolio- und Bilanzkreismanagement Strom zu erweitern. Seit dem 01.04.2015 übernimmt die Quantum auch die Prozesse für diesen Bereich. Der ursprüngliche Mineralöllieferant mit Sitz in Bayern, welcher sich auch als Energieversorger versteht, beliefert aktuell Kunden bei einem Gesamtabsatz von ca. 20 GWh/a Gas und ca. 4 GWh/a Strom.

Quantum – Kunden – Portal

Bei der Weiterentwicklung des Kunden - Portals lag 2015 der Fokus auf der Neugestaltung der Bestellmaske Strom analog zur Bestellmaske Gas. Zudem entstand die neue Funktion Transparenzmeldungen über das Portal zu erfassen und zu veröffentlichen. Daneben wurde in 2015 an weiteren Performance-Maßnahmen gearbeitet, um das Portal noch stabiler und schneller zu machen. Das Portal wird in Lizenz von schweizerischen Energieversorgen, in einer auf die Schweiz angepassten Version, genutzt.

REMIT-Meldungen

Das Marktdaten - Reporting nach REMIT hat Quantum für die eigenen Verpflichtungen aufgebaut, aber auch gleichzeitig als Dienstleistung für Dritte ausgestaltet.

1.3 Organisation

Die organisatorische Trennung von energetischen und finanziellen Vorgängen spiegeln die Säulen Front Office, Optimierung, Operations, Middle Office und Back Office wider. Die jeweiligen Bereichsleiter bilden zusammen mit dem Geschäftsführer die Geschäftsleitung der Quantum. Dadurch ist die im Handelsumfeld übliche Funktionstrennung bis auf Ebene der Geschäftsleitung umgesetzt. Der Bereich Operations wird perspektivisch aufgelöst werden indem Aufgaben intern umverteilt bzw. vom Kooperationspartner EEGmbH (Energie- Einkaufs- und Service GmbH) erbracht werden.
Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird grundsätzlich durch das
Middle Office überwacht und es sorgt für den reibungslosen Ablauf der Kernprozesse und den damit verknüpften Schlüsselkontrollen. Das interne Regelwerk wurde fortlaufend im Risikomanagementhandbuch und den Prozessdokumentationen angepasst.

1.4 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2015 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

1.5 Forschung und Entwicklung

Price Forward Curve

In 2015 lag der Fokus der Entwicklung im Bereich der Preisprognosen. Die bestehende Daily Price Forward Curve für Erdgas wurde um zwei zusätzliche Jahre erweitert, so dass nun das aktuelle Jahr und fünf Frontjahre abgebildet werden. Gemeinsam mit der SWK Energie GmbH wurde ein Projekt zur Entwicklung einer verbesserten Preisprognose im Bereich Strom gestartet. Ziel des Projektes ist die Modellierung einer Price Forward Curve auf Basis historischer Spotpreise unter Berücksichtigung fundamentaler Einflussfaktoren. Dieses Projekt wird in 2016 fortgesetzt und um eine viertelstündliche Preisprognose erweitert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanzmarkt- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wesentlicher Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Das regulatorische Umfeld wurde geprägt von Operativsetzung der REMIT-Meldungen einerseits aber auch von erneuten Verzögerungen, wie bei der Inkraftsetzung der bereits beschlossenen MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive).

Die Umsetzung der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) zur Verhinderung von Marktmanipulation, Insiderhandel und insbesondere der für die Registrierungs- und Berichtsanforderungen notwendige Durchführungsrechtsakt startete im Oktober des Berichtsjahres. Ab dem 7. Oktober 2015 werden alle Geschäfte an die ACER (Agency for the Cooperation of Energy Regulators) gemeldet, die über organisierte Marktplätze abgeschlossen werden.
Der verbindliche Zeitplan fordert von Quantum ab April 2016 regulatorische Berichte über alle physikalischen Transaktionen.

Mehrere große Lieferanten kündigten eine Neustrukturierung ihrer konzerneigenen Erzeugungseinheiten an. Für Quantum ist dabei wichtig, die Erfüllung der teilweise langfristigen Lieferverpflichtungen weiterhin sicherzustellen.
Auf Kunden- bzw. Gesellschafterseite zeichnen sich solche Konsequenzen derzeit nicht ab, da keine Klumpenrisiken bei der Erzeugung vorhanden sind. Dem allgemeinen Absatz- und Ergebnisdruck kann sich jedoch auch kein Stadtwerk entziehen.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Gesellschafterangelegenheiten

Im Jahr 2015 gab es keine Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH.

2.2.2 Strommarkt

Auch in 2015 setzte sich der Abwärtstrend der Strompreise am deutschen Spotmarkt in gebremster Form fort. Der Preis für die Grundlaststromlieferung (Base) im Jahresmittel fiel um 1 EUR/MWh auf rund 31,60 EUR/MWh. Der Preis für die Spitzenlast (Peak) fiel etwas stärker um knapp 2 EUR/MWh auf etwa 35 EUR/MWh. Die Zahl der negativen Stundenpreise verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr von 64 in 2014 auf 126 in 2015. Die durchschnittliche Höhe

der negativen Preise sank jedoch im Jahresvergleich von etwa -16 EUR/MWh auf -9 EUR/MWh in 2015. Der höchste in 2015 beobachtete Stundenpreis lag bei 99,77 EUR/MWh. Der Terminpreis für das Kalenderjahr 2015 (Cal 15) lag zum Handelsende in 2014 noch bei ca. 33,40 EUR/MWh, im Peak bei rund 42,10 EUR/MWh.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland schritt in 2015 weiter voran. Der Zubau an Windenergie erreichte mit etwa 3,5 GW zusätzlicher Kapazität das bislang zweithöchste Niveau. Die Zubaurate neuer Photovoltaik-Anlagen reduzierte sich etwas. Nach knapp 2 GW neuer Kapazität in 2014, nahm die installierte Leistung in 2015 nur noch um etwa 1,5 GW zu.

In 2015 setzte sich der Abwärtstrend am deutschen Stromterminmarkt fort, was wie im Vorjahr vor allem auf die günstigeren Erzeugungskosten der Kohlekraftwerke zurückzuführen war. Diese ließen im Vergleich zu 2014 im Jahresmittel um gut 4 EUR/MWh nach. Die Margen der Kohlekraftwerke (Clean Dark Spread) reduzierten sich von knapp 11 EUR/MWh auf ca. 9 EUR/MWh, bei einem angenommenen Wirkungsgrad von 45 %.

Bei den Gaskraftwerken vergünstigten sich die durchschnittlichen Erzeugungskosten ebenfalls. Im Jahresmittel sanken die Kosten für die Erzeugung einer MWh Strom (durch ein Gasturbinen-Kraftwerk mit 45 % Wirkungsgrad) um knapp 9 € im Vergleich zum Vorjahr. Wegen der gleichzeitig gesunkenen Strompreise verblieben die Margen jedoch weiterhin im Minus.

Der Base - Preis für das Kalenderjahr 2015 schloss das Jahr, nahe des bis dato historischen Tiefs, bei rund 28 EUR/MWh ab, der Peak-Preis bei knapp 35 EUR/MWh.

2.2.3 Gasmarkt

In 2015 sanken die Preise im Vergleich zum Vorjahr leicht. So fielen die Tagesreferenzpreise der EEX-Börse an den virtuellen Handelspunkten in Deutschland (NCG und Gaspool) und den Niederlanden (TTF) in 2015 um durchschnittlich 1 EUR/MWh auf etwa 20 EUR/MWh. Der niedrigste Preis, mit etwa 14 EUR/MWh, wurde, anders als im Vorjahr, erst gegen Jahresende erzielt. Zu extremen Preisausschlägen kam es in diesem Jahr nicht. Der höchste Preis stellte sich im Februar bei etwa 24 EUR/MWh ein. Eine Gaslieferung im Kalenderjahr 2015 wurde im Terminmarkt zuletzt noch mit 22 EUR/MWh bewertet.

Nachdem das Frontjahr im Februar den Hochpunkt des Jahres bei gut 23 EUR/MWh erreichte, waren die Terminmärkte den Rest des Jahres von fallenden Kursen gekennzeichnet. Bis Anfang Dezember sanken die Preise bis auf 18 €/ MWh. Der deutlich zu milde Winterausblick und fallende Ölpreise sorgten anschließend für weiteren Abtrieb und das damalige Rekordtief von 15 EUR/MWh, kurz vor Jahresende.

2.2.4 Brennstoffe und CO2

Der CO2-Markt schaffte es in 2015 in einen stabilen Aufwärtskorridor, der fast bis zum Auslaufen des Kontraktes Bestand hatte. Nach einer kurzen Schwächephase im ersten Quartal, mit einem Tiefststand von etwa 6 EUR/t, legte der als Benchmark genutzte Dezember-Future bis zum Jahresende auf über 8,50 EUR/t zu. Erst kurz vor dem Rollieren der Kontrakte wurden erste Zeichen der Schwäche sichtbar. Zum Jahresende notierte der Future bei etwa 8 EUR/t.

Mitte des Jahres verabschiedete das EU-Parlament eine weitere Reform des EU-Emissionshandelssystems (ETS), mit dessen Hilfe der Überschuss an CO2-Zertifikaten abgebaut werden soll. Der Beginn des Programms ist für 2019 vorgesehen.

Das mit Abstand wichtigste politische Ereignis für die CO2-Märkte war die UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember des Jahres. Das Ergebnis des Gipfels wurde als Erfolg betrachtet und endete in einer Einigung nahezu aller teilnehmenden Staaten über weitere Emissionsreduktionen und das Bestreben die globale Klimaerwärmung auf unter 2°C zu begrenzen.

Der Markt für die Brennstoffe Kohle und Öl war 2015 erneut von einer starken Überversorgung geprägt. Durch den weiteren Ausbau nicht-konventioneller Ölförderung in den USA, bei gleichzeitiger unverminderter Förderung der OPEC Staaten, verlor der Ölpreis in der zweiten Jahreshälfte fast die Hälfte seines Wertes und fiel bis auf 36 USD / bbl, den tiefsten Stand seit 2004. Nach einem Höhepunkt im Mai, bei knapp 70 USD / bbl, setzte sich für den Rest des Jahres der Bärenmarkt durch. Die faktische Aufgabe einer Förderobergrenze durch die OPEC Anfang Dezember eröffnete Raum für den Tiefpunkt bei 35,98 USD/bbl zum Jahresende.

Auch die Kohlepreise kamen 2015 erneut wegen einer Kombination aus Überversorgung, ungewöhnlich mildem Winter und schwächerer chinesischer Nachfrage unter starken Druck. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ging die Summe der chinesischen Importe um knapp 30 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die fortgesetzte Entwertung des russischen Rubels sowie des kolumbianischen Pesos taten ihr Übriges. Der Kohle-Terminmarkt wechselte in der Folge vom Contango in die Backwardation – weiter in der Zukunft liegende Terminkontrakte notierten Ende 2015 niedriger als solche mit unmittelbar bevorstehender Fälligkeit, eine für begrenzt verfügbare Rohstoffe mit Lagerkosten eher ungewöhnliche Situation.

2.3 Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2015 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2015 464,4 Mio. €. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion von 11,4 %, die praktisch ausschließlich auf den Verfall der Großhandelspreise von Strom und Gas zurück zu führen ist. Während bei der Elektrizität sich die Umsätze um 14,8% verminderten, reduzierten sich die Erdgaslieferungen um 6,8%. 54,2% der Umsatzerlöse stammen aus dem Stromverkauf und 44,3% resultieren aus Erdgaslieferungen. Die übrigen Erlöse mit einem Anteil von 1,5% gehen auf die Dienstleistungen an Gesellschafter und Partner und auf Erlöse mit Zertifikaten, Managementprämien und Ähnlichem zurück.

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Der Wirtschaftsplan sah einen Verlust von 168 T€ vor. Dieser soll den vorhandenen Gewinnvortrag in Höhe von 272,8 T€ reduzieren. Tatsächlich hat die Gesellschaft einen Verlust von 162 T€ erzielt und damit den Wirtschaftsplan um 6 T€ übertroffen.

Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert aus dem planmäßigen Aufbau von Personal, sowie allgemeinen Kostensteigerungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Berichtsjahr um 92 T€ gesunken. Zu den Posten mit Kostensteigerungen gehören die Mieten und Pachten mit 61 T€, die übrigen Gebühren und Beiträge mit 36 T€, und Geschäftsbesorgung mit 92 T€. Zu den Posten mit Kostensenkungen gehören die Rechts- und Beratungskosten, sowie Fremddienstleistungen mit insgesamt 230 T€. Ferner verminderten sich die IT – Kosten um 283 T€. Die Bildung einer Rückstellung für ausstehende Eingangsrechnungen erhöhte die übrigen Aufwendungen um 155 T€.

	2015	2014	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
+ Umsatzerlöse	464.438	524.135	-59.697	-11,4
- Materialaufwand	459.241	518.721	-59.480	-11,5
Rohertrag	5.197	5.414	-217	-4,0
- Personalaufwand	3.022	2.940	82	2,8
- Abschreibungen	173	165	8	4,8
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.143	2.235	-92	-4,1
+ Sonstige betriebliche Erträge	166	282	-116	-41,1
Betriebsergebnis	25	356	-331	-93,0
+ Zinserträge	13	15	-2	-13,3
- Zinsaufwendungen	228	202	26	12,9
Finanzergebnis	-215	-187	-28	-15,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-190	169	-359	-212,4
+ Ertragsteuern	29	-82	111	135,4
- Sonstige Steuern	1	0	1	-
Jahresüberschuss	-162	87	-249	-286,2

2.4 Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung	2015 - T€ -	2014 - T€ -
	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-162	87
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+173	+165
±	Abnahme / Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	14.268	-908
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-7.188	-7.312
=	Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.091	-7.968
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-57	-148
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-162	-106
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	4
=	Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-219	-250
-	Auszahlungen aus Eigenkapitalabgang	0	-346
=	Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0	-346
=	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	6.872	-8.564
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	18.216	26.780
=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	25.088	18.216

Insbesondere durch den starken Abbau der Forderungen aus Energielieferungen wurde trotz gleichzeitigem Abbau der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt. Dies führte zu einem entsprechenden Anstieg des Finanzmittelfonds. Die Eigenkapitalquote stieg aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme auf 14,0%.

Kapitalstruktur

	2015	2014	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	4.091	4.253	-162	-3,8
Summe Fremdkapital	25.137	32.325	-7.188	-22,2
Bilanzsumme	29.228	36.578	-7.350	-20,1

	%	%
Eigenkapitalquote	14,0	11,6
Fremdkapitalquote	86,0	88,4

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt.

2.5 Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2015 stets über ausreichende Liquidität. Der eingerichtete Dispositionskredit wurde nicht in Anspruch genommen.

2.6 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Quantum hat sich auf gutem Niveau stabilisiert. Die Eigenkapitalquote stieg auf 14,0 %. Der ausgewiesene Jahresverlust wird planmäßig durch die Inanspruchnahme der gebildeten Gewinnvorträge aus den Jahresergebnissen 2013 und 2014 ausgeglichen. Die freien Rücklagen sind weiterhin in Höhe von 3,2 Mio. € vorhanden. Bei einem Verkauf der eigenen Anteile können die freien Rücklagen auf den Zielwert von 3,5 Mio. € aufgefüllt werden.

2.7 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen i.H.v. TEUR 219 getätigt. Diese betreffen im Wesentlichen Erweiterungen vorhandener Software und die Anschaffung neuer IT – Hardware.

2.8 Organisation

Im Jahre 2015 waren alle Bereiche der Quantum mit 32 qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt.

3. Nachtragsbericht

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

4. Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

4.1 Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie - Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung, denn durch die anhaltende Abwärtsentwicklung der Preise begehren die Lieferanten zunehmend Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde weiter ausgebaut. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Das für Quantum bei Drittbürgschaftgebern abrufbare Besicherungsvolumen konnte wiederum erweitert werden.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Der Aufbau einer Optimierung am Spotmarkt wurde abgeschlossen. Dabei bestimmt die Quantum in eigener Verantwortung über den günstigsten Zeitpunkt der Glattstellung. Unverändert hält die Quantum GmbH keine Termin-Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, über deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Premium-Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an. Die Revision der Lieferanten - Verträge konnte abgeschlossen werden.

Besonderes Augenmerk wird weiterhin auf die Sicherstellung der Liquidität gerichtet, die durch konsequente und zeitnahe Überwachung der Zahlungsziele sowie ein effektives Mahnwesen erreicht wird.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben. Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Geschäftsleiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum GmbH wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung - insbesondere von Beschaffungsvorgängen - sind die wesentlichen Prozesse mit Kontrollschritten dokumentiert, diese werden ständig weiterentwickelt. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig weiter entwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen. Wiederkehrende unabhängige Audits bestätigen Quantum die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems nach dem IDW PS 951 neue Fassung.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

Die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden für den Finanz- und den Energiesektor gewinnen schrittweise mehr Kontrolle und Einblick in die Märkte. Davon wird auch weiterhin die Tätigkeit der Quantum auf dem Energiemarkt, insbesondere der Großhandel mit elektrischer Energie, Erdgas und Treibhaus-Emissionsrechten betroffen sein. Der Schwerpunkt wird sich weiter auf die praktische Ausgestaltung der Gesetzesnormen und des für die Markttransparenz notwendigen Meldewesens verlagern.

4.2 Prognosebericht / Chancenbericht

Wirtschaftliche Aussichten

Die Quantum rechnet mit weiterhin niedrigen Preisen an den Energiemärkten, sodass insgesamt mit Erlösen geplant wird, die die 450 Mio. € Grenze nicht überschreiten werden. Um Dienstleistungsentgelte senken zu können, haben die Gesellschafter beschlossen, Gewinnvorträge aus Vorjahren in den Wirtschaftsplan einzuarbeiten. Unter dieser Prämisse plant die Gesellschaft als Jahresergebnis eine schwarze Null.

Kooperation mit der EEGmbH

Nachdem bereits operative Bereiche teilweise systemisch gemeinsam erfolgreich abgebildet werden konnten, liegt der Fokus darauf, operative Tätigkeiten zu synchronisieren. Zudem gilt es, allen Gesellschaftern ein einheitliches Basis-Dienstleistungsmodell anzubieten. Des Weiteren soll eine Basis für eine gemeinsame Beschaffung geebnet werden, um neben den gemeinsam genutzten Ressourcen im operativen Bereich weitere Synergien zu ermöglichen.

Virtuelles Kraftwerk (VKW)

Quantum hat im Laufe des Jahres 2015 ein „virtuelles Kraftwerk“ errichtet, der kommerzielle Betrieb wird voraussichtlich in 2016 starten. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, Kraftwerke der Gesellschafter und Kunden der Quantum am Regelenergiemarkt zu vermarkten, was zusätzliche Deckungsbeiträge für die Quantum und deren Gesellschafter generieren wird.

Kurzfristhandel

Im Rahmen des Kurzfristhandels werden im Laufe des Jahres 2016 weitere Strategien entwickelt und angewendet, die es erlauben, aus den Handelstätigkeiten am Kurzfristmarkt Erlöse zu generieren.

Vertriebs – Informations - Management (VIM)

Die Dienstleistung des „Vertriebs – Informations – Managentsystems (VIM)“ wird auch in 2016 weiter forciert. Neben den Quantum-Gesellschaftern ist das Ziel, auch Gesellschafter der EEGmbH im Rahmen der Kooperation zu akquirieren. Das System unterstützt das Vertriebsgeschäft von der Kalkulation und Angebotslegung bis zur Auslösung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- / Kosten-Überblick bis zu einzelnen Vertriebssegmenten.

Beschaffungsstrategien

Quantum wird die Gas-Beschaffungsstrategien weiter überarbeiten. Dazu zählen allen voran die sukzessive Beschaffung, als auch die Poolbeschaffung. Die Überarbeitung der Strategien ermöglicht den Gesellschaftern u.a. flexiblere Bestellanpassungen im Bereich der strukturierten Beschaffung. Zudem werden auch weitere Gesellschafteranforderungen abgebildet und aktuelle Marktgegebenheiten berücksichtigt.

Quantum-Kunden-Portal

Der weitere Ausbau des Quantum-Portals konzentriert sich in 2016 auf die Öffnung des Portals für die Kunden der EEGmbH. Dafür gibt es Anpassungen bei Layout, Inhalten und Berechnungsabläufen. Zudem wird der Funktionsumfang des Online-Kalkulationstools erweitert und soll künftig kundenindividuelle Risikobetrachtungen erlauben.

Gesellschafterangelegenheiten

Unterstützt durch ein umfassendes Kommunikations-Konzept, sowie durch die Kooperation mit der EEGmbH wird die Quantum im kommenden Jahr ihre Akquise - Aktivitäten weiterführen und ausbauen, um neue Gesellschafter und Kunden für die Quantum zu gewinnen.

Organisation

Die Quantum hat zu Beginn des Geschäftsjahres 2015 einen Personalbestand von 31 Mitarbeitern. In 2016 werden organisatorische Veränderungen in den Abteilungen Optimierung und Operations umgesetzt.

Der Bereich Optimierung wird restrukturiert und der Personalbestand reduziert. Eine 24/7-Marktaktivität wird unter zu Hilfenahme einer Software aufgebaut.

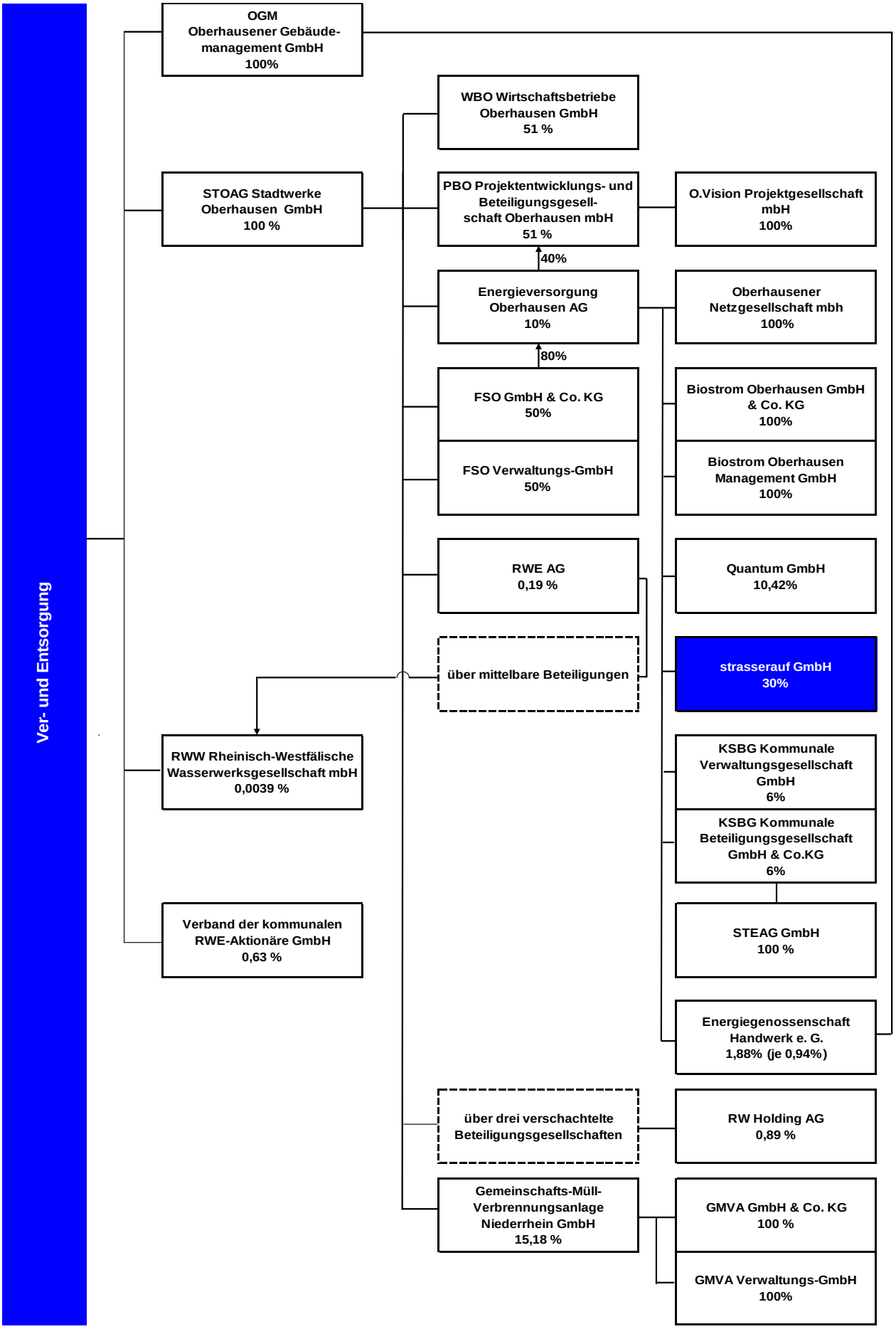
Durch die Kooperation werden Tätigkeiten, die heute in der Abteilung Operations durchgeführt werden, zukünftig in 2016 durch unseren Partner, die EEGmbH dienstleistend erbracht.
Die Quantum hat ferner aus Kostengründen entschieden, einen Teil der Softwareentwicklung und –pflege durch eigenes Personal zu erledigen.

In Summe führen diese Entscheidungen zu einem Personalabbau von zwei Personen.

Düsseldorf, den 30. März 2016

Quantum GmbH
Die Geschäftsführung

Dirk Hardt


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

strasserauf GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	7,50	30,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	2,50	10,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	7,50	30,00
Stadtwerke Duisburg AG	7,50	30,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Mucke, Arnd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	197,98	8,9	148,47	12,2	92,52	51,5	-55,95	-37,68
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.036,39	91,1	1.072,39	87,8	87,29	48,5	-985,10	-91,86
Bilanzsumme	**2.234,37**	**100,00**	**1.220,85**	**100,00**	**179,81**	**100,00**	**-1.041,04**	**-85,27**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	61,23	2,7	44,33	3,6	6,50	3,6	-37,83	-85,34
Verbindlichkeiten	2.173,14	97,3	1.176,52	96,4	173,31	96,4	-1.003,21	-85,27
Bilanzsumme	**2.234,37**	**100,00**	**1.220,85**	**100,00**	**179,81**	**100,00**	**-1.041,04**	**-85,27**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	-1,72	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	26,68	11,43	1,25
Materialaufwand	22,98	21,70	-1,78
sonstige betriebliche Aufwendungen	27,03	25,97	17,98
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,62	0,25	0,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-24,42	-36,00	-14,91
außerordentliche Erträge	1.003,74	1.000,00	1.000,00
außerordentliche Aufwendungen	0,00		
außerordentliches Ergebnis	1.003,74	1.000,00	1.000,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	979,32	964,00	985,09
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	979,32	964,00	985,09

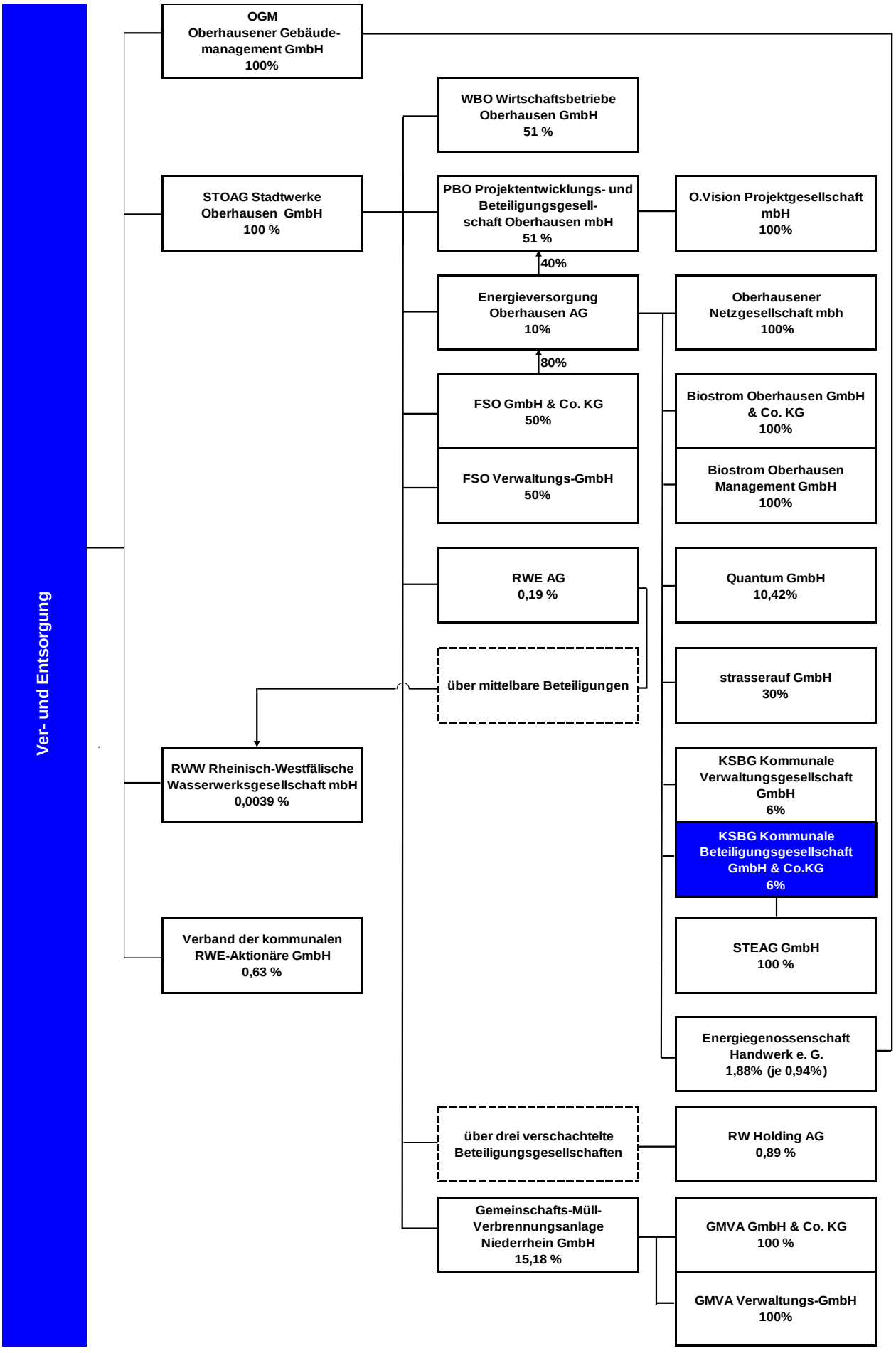
cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-56.811,20			%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	979,32	964,00	985,09	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0208/ 8350
Fax 0208/835 2620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet www.stadtwerke-konsortium.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	0,18	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	0,18	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
STEAG GmbH	128.000,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	549.962,11	72,0	1.097.290,39	85,1	1.096.575,31	85,0	-715,08	-0,07
Umlaufvermögen	212.221,83	27,8	187.252,87	14,5	189.387,51	14,7	2.134,64	1,14
Rechnungsabgrenzungsposten	1.860,86	0,2	5.604,68	0,4	4.628,82	0,4	-975,86	-17,41
Bilanzsumme	**764.044,81**	**100,00**	**1.290.147,94**	**100,00**	**1.290.591,64**	**100,00**	**443,70**	**0,03**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	327.070,26	42,8	526.874,97	40,8	549.936,29	42,6	23.061,32	4,38
Rückstellungen	36.928,26	4,8	18.514,36	1,4	17.282,73	1,3	-1.231,63	-6,65
Verbindlichkeiten	400.046,29	52,4	744.758,61	57,7	723.372,63	56,0	-21.385,98	-2,87
Bilanzsumme	**764.044,81**	**100,00**	**1.290.147,94**	**100,00**	**1.290.591,64**	**100,00**	**443,70**	**0,03**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.643,68	1.396,69	1.304,80
sonstige betriebliche Erträge	252,99	41,55	28,06
Materialaufwand	1.164,83	897,77	758,07
Abschreibungen	88,41	88,42	88,42
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.860,11	6.053,43	3.807,17
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	96.016,99	86.032,00	80.175,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.781,73	1.133,92	1.287,61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15.988,02	22.579,93	21.252,69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	79.594,00	58.984,60	56.889,13
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.741,82	1.169,29	2.827,11
sonstige Steuern	0,92	8.010,61	0,69
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	23.726,52		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	54.124,75	49.804,71	54.061,32
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	54.124,75	49.804,71	54.061,32

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4.736,40	3.565,92	4.143,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	28,52	10,44	10,90	%
Cash-Flow:	77.939,68	49.893,12	54.149,74	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,23	0,13	0,12	%
Eigenkapitalquote:	42,81	40,84	42,61	%
Fremdkapitalquote:	57,19	59,16	57,39	%

e) Lagebericht

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen zusammengefassten Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und ihre Tochterunternehmen (zusammen „KSBG-Konzern“) und die KSBG KG. Auf die wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG wird in einem gesonderten Abschnitt eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Einzelabschluss nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Grundlagen des KSBG-Konzerns
Geschäftstätigkeit und Struktur

Geschäft

Die KSBG KG ist ein Konsortium aus sieben deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens ist neben der Beteiligung an der STEAG GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern und der STEAG GmbH insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Beteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Mit Kaufvertrag vom 17./18. Dezember 2010 hat die KSBG KG insgesamt 51,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der Evonik Industries AG (Evonik) sowie der RBV Verwaltungs-GmbH (RBV), einem 100-prozentigen Tochterunternehmen der Evonik, erworben. Der Vollzug des Kaufvertrags (Closing) ist am 2. März 2011 erfolgt. Somit ist die KSBG KG gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen werden.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die KSBG KG die mit RBV vertraglich vereinbarte Call-Option ausgeübt und mit Kaufvertrag vom 29. August 2014 die verbleibenden 49,0 Prozent an der STEAG GmbH erworben. Mit dem wirtschaftlichen Übergang am 5. September 2014 ist die KSBG KG Alleingesellschafterin der STEAG GmbH. Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wird die Tätigkeit des KSBG-Konzerns durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften bestimmt.

Darüber hinaus nutzt die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählen beispielweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse.

Der KSBG-Konzern ist ein in der Energiewirtschaft international tätiger Konzern, der seinen Kunden integrierte Lösungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sowie technische Dienstleistungen anbietet. Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb sowohl von Großkraftwerken als auch von dezentralen Anlagen sowie die kraftwerksbasierte Stromvermarktung. Grundlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung sind neben Spezialbrennstoffen sowohl fossile Brennstoffe als auch in zunehmendem Maß erneuerbare Energien.

Erzeuger konventioneller Energien

Als einer der größten Stromerzeuger Deutschlands verfügt der KSBG-Konzern über eine installierte Leistung von insgesamt 10.350 Megawatt elektrisch (MW), davon allein rund 8.300 MW in Deutschland.

In Deutschland betreibt der KSBG-Konzern Kraftwerke an zehn Standorten sowie über 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung. Im Ausland betreibt der KSBG-Konzern eigene Kraftwerke und arbeitet dabei auch eng mit lokalen Partnern zusammen. Der KSBG-Konzern betreibt eigene Kraftwerke in Kolumbien, auf den Philippinen und in der Türkei. Das türkische Kraftwerk in Iskenderun ist die größte Auslandsinvestition des KSBG-Konzerns und hat eine installierte Leistung von 1.320 MW.

Erzeuger erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien bekommen im Gesamtportfolio des KSBG-Konzerns eine zunehmend größere Bedeutung. Auch 2015 hat der KSBG-Konzern sein Engagement weiter verstärkt. Im Herbst ging der Windpark „Süloglu“ in der Türkei mit 60 MW installierter Leistung planmäßig ans Netz. Weiterhin wurde mit dem Erwerb von mehreren Projektgesellschaften

zum Bau von Windparks in Frankreich der Grundstein für weiteres Wachstum im Bereich Erneuerbarer Energien gelegt. Durch den konsequenten Ausbau der letzten Jahre verfügt der KSBG-Konzern inzwischen über eine installierte Leistung von insgesamt rund 750 MW auf Basis erneuerbarer und dezentraler Erzeugung.

Kompetenter Handelspartner

Auf der Grundlage langjähriger Erfahrung im Strom-, Kohle- und CO2-Geschäft hat der KSBG-Konzern nicht nur ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio geschaffen, sondern auch eine hohe Handelskompetenz aufgebaut. Heute ist der KSBG-Konzern einer der führenden Importeure und Vermarkter für Steinkohle in Deutschland. Das Unternehmen importiert Steinkohle aus den wichtigsten Produzentenländern für die Versorgung sowohl der KSBG-Kraftwerke als auch für Drittkunden.

Vielfältiger Dienstleister

Der KSBG-Konzern hat sich über Jahrzehnte eine große Expertise in der Modernisierung bestehender Anlagen erarbeitet und gilt heute als einer der führenden Anbieter von Lösungen für eine maßgeschneiderte Energieversorgung, die umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich ist.

So ist der KSBG-Konzern nicht nur Vorreiter bei effizienten Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad und Ressourcenschonung auszeichnen, sondern darüber hinaus auch Spezialist in der Optimierung der gesamten Wertschöpfungskette innerhalb des Kraftwerksprozesses. Auch in der Verwertung und Vermarktung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken ist der KSBG-Konzern in Europa stark positioniert.

Führend ist der KSBG-Konzern in Deutschland in der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas und im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung. Zudem ist der KSBG-Konzern einer der größten Fernwärmeversorger und Contracting-Anbieter sowie Betreiber von Biomasse-Heizkraftwerken in Deutschland.

Professionelle Engineering- und Betreiberlösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld des KSBG-Konzerns. Dafür sind die Ingenieure der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH international im Einsatz: zum Beispiel in Brasilien, Botswana, Rumänien, der Türkei, der Schweiz, den USA und Indien, wo die STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. mit rund 1.000 Mitarbeitern die personalstärkste ausländische Tochtergesellschaft des KSBG-Konzerns ist.

Partner der Energiewende

Der KSBG-Konzern ist Partner der Energiewende in Deutschland und steht für einen ganzheitlichen Blick auf den Wandel der Energiewirtschaft. Die Speicherung von Energie und die Schaffung von Flexibilität sind wesentliche Elemente für die Umsetzung der Energiewende. Vor diesem Hintergrund traf die STEAG GmbH im November 2015 die Investitionsentscheidung für die Realisierung von sechs Großbatteriesystemen. Der KSBG-Konzern strebt mit der Investition eine Vorreiterrolle bei der Etablierung von Batteriespeichern und der Vermarktung der darin gespeicherten Energie in Deutschland an.

Im Zeitraum von Mitte 2016 bis Anfang 2017 sollen an sechs deutschen Kraftwerksstandorten des KSBG-Konzerns Batteriesysteme auf Lithium-Ionen-Basis mit jeweils 15 MW in Betrieb genommen werden.

Die effiziente Bündelung und Vermarktung dezentraler Anlagen stellt eine wesentliche Herausforderung der Energiewende dar. Virtuelle Kraftwerke sind eine mögliche Lösung, die der KSBG-Konzern schon seit Jahren aktiv nutzt. Im letzten Jahr wurde ein neues Konzept für virtuelle Kraftwerke aufgebaut und implementiert. Dezentrale Erzeugungsanlagen und Erzeugungsanlagen auf Grundlage erneuerbarer Energien werden jetzt mit konventionellen thermischen Anlagen und neuen Technologien wie Batteriespeichern zusammengeschaltet und bewirtschaftet. Durch die gemeinsame Vermarktung mit dem konventionellen Kraftwerkspark des KSBG-Konzerns können Synergien basierend auf der gegenseitigen Besicherung genutzt werden.

Für das Gelingen der Energiewende ist die Einbeziehung des Wärmemarkts von hoher Bedeutung. Der KSBG-Konzern treibt zusammen mit den Partnern Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (25,1 Prozent) und der Energieversorgung Oberhausen AG (18,3 Prozent) das Projekt Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr voran, das die zwischen Bottrop und Duisburg bereits bestehenden Fernwärmeschienen Niederrhein und Ruhr miteinander verbinden soll. 2015 konnten mit der Gründung der Projektgesellschaft und der Zusicherung der Unterstützung durch die Landesregierung wichtige Meilensteine erreicht werden. Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr ist ein qualifiziertes Projekt der KlimaExpo.NRW und eines der zentralen Referenzprojekte des am 14. April 2015 beschlossenen Klimaschutzplans des Landes Nordrhein-Westfalen.

Integriertes Geschäftsmodell

Die KSBG KG mit Sitz in Essen ist das Mutterunternehmen des Konzerns. Sie hält 100,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH mit Sitz in Essen. Diese wiederum hält direkt und indirekt die Anteile an den zum Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Die KSBG KG hat Leitlinien für die Gesellschaften der STEAG-Gruppe entwickelt. Hierauf basierend obliegt der STEAG GmbH die strategische und operative Leitung der Unternehmensbereiche des Konzerns, bestehend aus dem Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsbereiche Kraftwerke, Fernwärme, Power Minerals,

Energy Services, Technischer Service) sowie dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (Geschäftsbereich New Energies). Diese Stammhausorganisation entspricht dem integrierten Geschäftsmodell des KSBG-Konzerns.

Im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft bildet das nationale und internationale Projektgeschäft die Grundlage für hochwertige technische Lösungen im Kraftwerksbetrieb. Im Geschäftsbereich Kraftwerke sind der Bereich Trading & Optimization (T&O) für die Vermarktung der Stromprodukte und der Bereich Erzeugung für den Betrieb von Kraftwerken verantwortlich.

Die deutschen Erzeugungsaktivitäten werden ergänzt durch den Geschäftsbereich Fernwärme, innerhalb dessen Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erfolgreich vertrieben wird. Die Reststoffe aus diesen Erzeugungsaktivitäten wiederum werden innerhalb des Geschäftsbereichs Power Minerals wirtschaftlich vermarktet. Abnehmer ist vor allem die Bauindustrie. Innerhalb des Geschäftsbereichs Energy Services entwickeln STEAG-Ingenieure bereits seit Jahrzehnten Konzepte für konventionelle und erneuerbare Anlagen, planen und realisieren diese Anlagen und bieten internationale Dienstleistungen sowie IT-Lösungen für die Optimierung von Kraftwerken an.

Das über Jahrzehnte gewachsene Know-how im Bereich Service mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze ist im Geschäftsbereich Technischer Service zusammengefasst. Der zweite Unternehmensbereich schließlich, dem in Zukunft eine zunehmend größere Bedeutung zukommen wird, ist der Bereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen.

Hierin sind sämtliche Aktivitäten zur dezentralen Energieerzeugung (auf Basis erneuerbarer Energien und industrielle bzw. kommunale Versorgungslösungen) gebündelt.

Organisatorische Veränderungen

Im Jahr 2015 wurden alle inländischen Großkraftwerke des Konzerns mit Ausnahme des Kraftwerks Walsum 10 in einer Legaleinheit gebündelt. Bisher betrieb die STEAG Power Saar GmbH die saarländischen Kraftwerke Bexbach, Fenne und Weiher. Im Rahmen einer Umstrukturierung wurden die Kraftwerke sowie zugehöriges Personal der STEAG Power Saar GmbH mit der STEAG GmbH zusammengelegt. Durch diesen Schritt konnten Arbeitsabläufe effizienter gestaltet und Steuerungsprozesse vereinfacht werden, so dass die Wettbewerbsposition der Kraftwerke verbessert werden konnte.

In 2015 wurde das strategische Ziel, das Handelsgeschäft zu internationalisieren, weiter vorangetrieben. Folgend auf die Inbetriebnahme der Windparks „Crucea Nord“ (Rumänien) in 2014 und „Süloglu“ (Türkei) in 2015 hat der KSBG-Konzern den Ausbau der Handelsaktivitäten in den beiden Ländern forciert. Konsequenterweise erfolgte die Umbenennung des Handelsbereichs von „Beschaffung und Optimierung“ in „Trading and Optimization (T&O)“. Der neue Name unterstreicht die internationale Ausrichtung und stellt die einheitliche Darstellung des Bereichs im In- und Ausland sicher.

Darüber hinaus prüft der KSBG-Konzern fortwährend Abläufe und Prozesse in der Verwaltung.

Wesentliche Verträge

Der KSBG-Konzern betreibt am Standort Voerde die Steinkohlekraftwerke Voerde und West. Das Kraftwerk West wird von dem KSBG-Konzern bewirtschaftet und zu 100 Prozent vermarktet. Die Kraftwerksblöcke Voerde A und B gehören zu 75 Prozent dem KSBG-Konzern und zu 25 Prozent dem RWE-Konzern. Die Stromvermarktung und damit die wirtschaftliche Nutzung liegen zu 100 Prozent beim RWE-Konzern. 2015 hat der RWE-Konzern die Stilllegung des Kraftwerks Voerde zum 1. Oktober 2016 gefordert. Aus Sicht des KSBG-Konzerns ist dieses Verlangen aus kartellrechtlichen Gründen rechtswidrig. Der KSBG-Konzern hat beim Bundeskartellamt die Einleitung eines Kartellverwaltungsverfahrens und den Erlass einer Abstellungsverfügung beantragt. STEAG Power Minerals GmbH und die HAWAR Group aus Doha (Katar) haben im Rahmen konstruktiver Gespräche eine langfristige strategische Kooperation vereinbart. Die Geschäftsbeziehungen mit der HAWAR Group umfassten bisher vor allem die Entsorgung von Flugasche aus Kraftwerken in Indien sowie die internationale Vermarktung von Flugasche in der Golfregion. Das Potenzial dieser Geschäftsbeziehung wurde 2015 konsequent weiter entwickelt. Vor diesem Hintergrund wird eine langfristige Partnerschaft mit einer Minderheitsbeteiligung der HAWAR Group an der STEAG Power Minerals GmbH angestrebt. Das finale Closing ist noch nicht erfolgt.

An dem in 2014 in Betrieb genommenen Windpark Ullersdorf (Brandenburg) erwarben die Stadtwerke Solingen, die Stadtwerke Neuss, die Wirtschaftsbetriebe Meerbusch, ELE und die Stadtwerke Düren in 2015 Anteile. Hauptanteilseigner bleibt die STEAG New Energies GmbH. Durch die Beteiligungen wurde der Startschuss für eine langfristige Kooperation gegeben. Ziel ist es, weitere Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien gemeinsam auf den Weg zu bringen. Außerdem baute die STEAG New Energies GmbH 2015 die starke Position auf dem Gebiet der Geothermienutzung in Deutschland weiter aus. So konnten langfristige Verträge für das Geothermieprojekt Erding vorzeitig verlängert werden. STEAG Energy Services GmbH vereinbarte eine Kooperation mit Energy Capital Partners (ECP) im Bereich der Regeneration von Kraftwerkskatalysatoren. Hiermit streben die Partner an, Synergien zu heben, um ein erfolgreiches Umwelttechnologieunternehmen zu etablieren.

Die zwischen KSBG KG und EVONIK /RBV geschlossenen Verträge über den Kauf von Steag-Anteilen enthalten eine

Freistellungsregelung in Bezug auf das zum Zeitpunkt des Kaufes noch nicht fertiggestellte Kraftwerk Walsum 10. Mit diesen Freistellungsansprüchen werden solche Ansprüche verrechnet, die Unternehmen des KSBG-Konzerns in diesem Zusammenhang gegen Dritte realisieren können.

Strategie

Strategische Weiterentwicklung

Der KSBG-Konzern steht für effiziente und sichere Energieerzeugung – national und international. Mit diesem Leitsatz ist die Strategie des KSBG-Konzerns auf drei wesentliche Ziele ausgerichtet:

1. das Deutschlandgeschäft zukunftsfähig aufstellen,
2. ertragsstarkes Wachstum im Ausland realisieren und
3. den Anteil erneuerbarer Energien signifikant ausbauen.

Diese strategischen Ziele werden innerhalb der operativen Einheiten und Tochtergesellschaften des KSBG-Konzerns durch fünf Stoßrichtungen vorangetrieben. Die Stoßrichtung „Bestandskraftwerke optimieren“ dient in erster Linie dem Ziel das „Deutschlandgeschäft zukunftsfähig aufstellen“. Dazu setzt der KSBG-Konzern auf eine kontinuierliche Optimierung der Kraftwerksprozesse und erhöht die technische und organisatorische Flexibilität der Kraftwerke, um die Wirtschaftlichkeit der Standorte zu steigern und die jeweiligen Laufzeiten zu verlängern. In den vergangenen Jahren hat der KSBG-Konzern in diesem Bereich bereits erhebliche technische Optimierungspotenziale gehoben, wie zum Beispiel die Absenkung der Mindestlast, die Anfahroptimierung und die Erweiterung des Kohlebandes. Neben der technischen Optimierung wurde durch die Gründung der STEAG Technischer Service GmbH das Know-how der Instandhaltung gebündelt und intern sowie verstärkt auch für externe Kunden angeboten. Ergänzend zum Erhalt des Bestandsgeschäfts in Deutschland will der KSBG-Konzern „In Deutschland gezielt wachsen“. Der Trend zur dezentralen Energieerzeugung bietet Chancen, das Geschäft mit Stadtwerken bzw. kommunalen Partnern mit ihrer starken lokalen Präsenz auszubauen. Das umfasst auch den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich Wind Onshore. Die Weiterentwicklung von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Fernwärme, vor allem über die in Entwicklung befindliche Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr, sind wichtige Stützen dieser Initiative. Darüber hinaus prüft der KSBG-Konzern Opportunitäten im Bereich der konventionellen Energieerzeugung, um diese bei positiver Gesamtbeurteilung gezielt zur Weiterentwicklung des Inlandsgeschäfts zu nutzen.

Die dritte Stoßrichtung heißt „Handel weiterentwickeln“ und dient einerseits zur Stabilisierung und Entwicklung des Inlandsgeschäfts, soll aber andererseits auch das internationale Wachstum voranbringen. Dazu soll T&O die Vermarktung von erneuerbaren Energien und dezentralen Anlagen ausbauen. In diesem Zusammenhang ist das virtuelle Kraftwerk des KSBG-Konzerns ein wichtiger Meilenstein zur Weiterentwicklung des Inlandsgeschäfts. Des Weiteren soll die Internationalisierung der Einheit unter anderem durch grenzüberschreitenden Handel sukzessive entwickelt werden. Hierdurch kann die Expertise in internationalen Energiemärkten weiter ausgebaut werden und eine wichtige Unterstützung bei der Entwicklung von internationalen Wachstumsprojekten bieten.

„Ertragsstarke Auslandsprojekte als Independent Power Producer (IPP) realisieren“ ist eine wesentliche Stoßrichtung, die dem Wachstum im Ausland dient. An dieser Stelle steht die Entwicklung und Realisierung von Projekten in Ländern wie z.B. der Türkei und Indonesien sowie die Nutzung von Opportunitäten in weiteren sogenannten „Emerging Markets“. Diese Länder sind in den vergangenen Jahren von einem deutlichen Wirtschaftswachstum geprägt. Damit einher geht ein signifikanter Anstieg der Lebensstandards. Beides zusammen führt zu einem gesteigerten Energiebedarf. Die Infrastruktur der Energieversorgung in „Emerging Markets“ ist aber häufig noch defizitär. Aus diesem Grund sind intelligente, effiziente und verlässliche Energieversorgungskonzepte gefragt. Zusätzlich zur Entwicklung von konventionellen Kraftwerken setzt der KSBG-Konzern konsequent auf den Ausbau des Wind Onshore-Portfolios in Europa, um neben internationalem Wachstum ebenfalls die Diversifizierung des KSBG-Erzeugungsportfolios weiter voranzutreiben.

Unter der Stoßrichtung „Dienstleistungen ausbauen“ versteht der KSBG-Konzern den Ausbau der Services im In- und Ausland vor allem durch die STEAG Energy Services GmbH, die STEAG Technischer Service GmbH sowie die STEAG Power Minerals GmbH. Die Erweiterung der kommunalen und industriellen Dienstleistungen durch die STEAG New Energies GmbH sowie die Vertiefung der internen Dienstleistungen im KSBG-Konzern bilden weitere Elemente dieser Stoßrichtung.

Forschung und Entwicklung

Forschungsschwerpunkte

Der KSBG-Konzern betreibt keine Grundlagenforschung. Der Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns liegt in der Entwicklung von Techniken, die der KSBG-Konzern im Geschäft direkt einsetzen kann. Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind dabei durch die Rahmenbedingungen der Energiewende geprägt.

Der Ausbau der Speichertechnologien ist ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende. Die Speicherung von Überschussstrom wurde in verschiedenen Forschungsvorhaben beleuchtet. Power-to-X wird in all seinen Ausprägungen besondere Beachtung geschenkt. Beispielsweise gewann das Vorhaben zur Erzeugung von Methanol am Standort Lünen weiter an Kontur. Bezogen auf die Batterietechnik wurden im Rahmen der Forschungs-

und Entwicklungsaktivitäten weitere Schritte vorbereitet, die in der Investitionsentscheidung für sechs 15 MW-Speicher (Li-Ionen Technik) für insgesamt rund 100 Millionen € mündeten. Das Projekt wird ohne Fördermittel realisiert. Die Speicherung von Überschussstrom in Form von thermischer Energie bietet weitergehende Möglichkeiten einerseits als Massenspeicher, andererseits zur Dynamisierung des Kraftwerksprozesses. Im diesem Zusammenhang beteiligt sich der KSBG-Konzern an dem HPMS (High Performance Molten Salt) Tower Receiver System. Bei diesem Solarthermie-Projekt stehen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Salz als thermischem Speicher im Vordergrund.

Einen wichtigen Schritt im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stellt die Beteiligung des KSBG-Konzerns am Vorhaben „Designetz“ im Rahmen der SINTEGInitiative des Bundeswirtschaftsministeriums dar. „Designetz“ ist das technisch bislang umfassendste Demonstrationsprojekt zur Integration erneuerbarer Energien in das Versorgungssystem. Das Projekt untersucht die intelligente Vernetzung von vielen dezentralen Energieerzeugern und -verbrauchern vom ländlichen bis hin zum urbanen Raum und hochindustrialisierten Ballungszentren. Im Rahmen dieser Initiative plant der KSBG-Konzern zwei Demonstratoren.

Im Jahr 2015 wurde das Verbundforschungsvorhaben Partner-Dampfkraftwerk erfolgreich abgeschlossen. Der KSBG-Konzern hat hier eine entscheidende Rolle bei der dynamischen Simulation gespielt. Flexibilisierung stand auch im Rahmen einer Untersuchung am Standort Weiher im Fokus. Hier wurde die Heißstartoptimierung ohne Hilfsdampfbezug erprobt. Die Effizienzsteigerung des Verwaltungsgebäudes in Essen gehört zum Selbstverständnis des KSBG-Konzerns. In diesem Rahmen wurde 2015 auch das Thema Elektromobilität integriert. Ziel ist es, intelligente Ladestrukturen aufzubauen und Erfahrungen im Bereich der Nutzungsstrukturen von Servicefahrzeugen zu sammeln.

Die Power Minerals GmbH hat das Thema Photoment® weiter intensiv vorangetrieben. Hierbei handelt es sich um katalytisch aktive Baustoffe, die, großflächig aufgebracht, Schadstoffe durch direkten Kontakt mit diesen Oberflächen reduzieren können. Photoment® kann dazu beitragen, die Luftqualität in belasteten Städten zu verbessern und Oberflächen länger sauber und farbecht zu halten.

Die zunehmende mechanische Belastung der Kraftwerksanlagen, die sehr flexibel eingesetzt werden, bedarf einer Vorhersage der Auswirkung auf die Lebensdauer. Hier wurde ein Konzept der STEAG Energy Services GmbH entwickelt, das sich die sogenannte Schadenstoleranzanalyse zunutze macht.

Die STEAG New Energies GmbH ist an einer Vielzahl von Innovationsprojekten beteiligt. Dazu gehören Themen wie Bioenergienutzung in Nord-West-Europa, Nutzung thermischer Speicher in Heizkraft- und Elektrostahlwerken, das Wissensmanagement im Energiebereich, aber auch die prozesstechnische Optimierung von Biomassefeuerungen und Windenergieanlagen.

Wirtschaftsbericht
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft expandierte 2015 verlangsamt und stabilisierte sich bei geringem Tempo im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Das globale Bruttoinlandsprodukt stieg mit einer Rate von 3,0 Prozent (2014: 3,4 Prozent). Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften wuchsen moderat und profitierten dabei nahezu alle von der Entwicklung an den Rohstoffmärkten. Die konjunkturelle Dynamik unterschied sich allerdings deutlich zwischen den Ländern. Während die USA kräftiges Wachstum verzeichneten und der Aufschwung in Großbritannien intakt blieb, gab es im Euro-Raum und in Japan nur moderates Wachstum. Die Wirtschaft der Schwellenländer entwickelte sich schwach. Niedrige Rohstoffpreise und strukturelle Probleme dämpfen dort die Entwicklung. Nach der ausgeprägten Eintrübung im ersten Halbjahr 2015 gab es zuletzt erste Zeichen einer Stabilisierung.

Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist ein wesentlicher Einflussfaktor für die Weltwirtschaft. Die chinesische Wirtschaft ist 2015 um 6,8 Prozent gewachsen, nach 7,3 Prozent im Vorjahr. Somit setzte sich die trendmäßige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums weiter fort. Ursache für die sinkenden Wachstumsraten ist der strukturelle Wandel der chinesischen Wirtschaft Richtung Binnenwirtschaft und Konsum. Im Jahresverlauf wurde befürchtet, dass die chinesische Wirtschaft in einen krisenhaften Anpassungsprozess geraten könnte, da zahlreiche Indikatoren eine signifikante Verlangsamung der Expansion signalisierten und die chinesischen Aktienmärkte drastische Kursverluste verzeichneten. Ein Einbruch der chinesischen Wirtschaft blieb 2015 aus und wichtige Indikatoren konnten sich gegen Jahresende stabilisieren. Die weitere Entwicklung zeigt sich allerdings wenig stabil.

Insgesamt hat sich das Wachstum der Schwellenländer zwar verringert (2015: 3,6 Prozent vs. 2014: 4,6 Prozent), es liegt allerdings weiterhin deutlich über dem der Industriestaaten. Eine Rückkehr zu den Wachstumsraten der vergangenen Jahre ist jedoch nicht in Sicht. Die Industrieländer legten im Wachstum relativ deutlich zu (2015: 1,9 Prozent vs. 2014: 1,7 Prozent).

In Deutschland setzte sich der Konjunkturaufschwung weiter fort. Derzeit trägt vor allem der kräftige private Konsum zum Wachstum bei. Fundament für diese Entwicklung ist die günstige Arbeitsmarktentwicklung mit geringen Arbeitslosenzahlen und steigenden Reallöhnen bei privaten Haushalten. Der weitere Rückgang der Rohölnotierung stärkte die Kaufkraft zusätzlich und förderte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Zusätzlich sorgten staatliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration für Nachfrageimpulse. Zwischenzeitliche Zweifel an der Konjunkturentwicklung lagen vor allem an der schwachen Nachfrage aus Schwellenländern. Das stagnierende

Auslandsgeschäft führte zu gedämpften Aktivitäten der Industrie. Hier waren die Investitionen rückläufig. In Summe verschoben sich die Triebkräfte der Entwicklung damit vom Außenhandel in Richtung Inlandsnachfrage. Verglichen mit dem Vorjahr ist aktuell davon auszugehen, dass sich die positive Entwicklung der Konjunktur weiter fortsetzt (2015: 1,7 Prozent vs. 2014: 1,6 Prozent).

Energieverbrauch und -erzeugung[1]

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent gestiegen. Dieser Zuwachs basiert im Wesentlichen auf der im Vergleich zum Vorjahr kühleren Witterung und dem daraus resultierenden gestiegenen Heizbedarf. Die erneuerbaren Energien erhöhten ihren Beitrag um rund 11 Prozent. Somit liegt der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Primärenergieverbrauch bei 12,6 Prozent (Vorjahr: 11,5 Prozent). Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Deckung des Stromverbrauchs lag bei 32,5 Prozent und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Prozentpunkte. Der Primärenergieverbrauch von Erdgas (plus 5 Prozent) stieg ebenfalls. Während der Mineralölverbrauch praktisch unverändert auf dem Niveau des Vorjahrs blieb, liegen Steinkohle und Braunkohle knapp über dem Wert des Vorjahres. Im Gegensatz dazu ging der Anteil der Kernenergie deutlich zurück (minus 6 Prozent). Aufgrund des gestiegenen Gesamtenergieverbrauchs werden die CO2-Emissionen in Summe gegenüber dem Vorjahr leicht steigen, auch wenn ein Großteil des gestiegenen Energieverbrauchs durch den Ausbau der erneuerbaren Energien CO2-neutral realisiert wurden. Temperaturbereinigt liegen die Emissionen rund 2 Prozent unter dem Wert des Vorjahres.

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch 2015 ist in Summe gegenüber 2014 um 0,8 Prozent gestiegen. Die Bruttostromerzeugung nahm deutlich zu (2015: 647,1 TWh vs. 2014: 627,8 TWh). Der Exportüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr mit 50,1 TWh nochmals deutlich gestiegen (2014: 35,6 TWh). Ursache hierfür ist insbesondere das Wachstum der erneuerbaren Energien, die 2015 einen Beitrag in Höhe von rund 194 TWh zur Gesamterzeugung in Deutschland geleistet haben. Dies stellt 30,0 Prozent der Stromerzeugung dar. Damit stieg der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich (plus 4,1 Prozent). Erneuerbare Energien stellten im Vergleich zu den anderen Energieträgern wie schon im Vorjahr den höchsten Anteil an der Gesamtstromerzeugung dar. Der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung ist weiter zurückgegangen (2015: 57,0 TWh vs 2014: 61,1 TWh). Gründe dafür sind der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die anhaltende Differenz zwischen Kohle- und Gaspreisen. Die Stromerzeugung aus Steinkohle blieb relativ konstant und liegt bei rund 118 TWh. Der Anteil an der Gesamterzeugung beträgt folglich rund 18 Prozent. Braunkohle machte mit 24,0 Prozent in 2015 weiterhin den zweitgrößten Anteil an der Stromerzeugung aus und blieb mit

155 TWh (minus 0,8 TWh) im Vergleich zum Vorjahr auf einem konstanten Level. Die Stromerzeugung aus Kernenergie sank deutlich auf 91,5 TWh (minus 5,6 TWh). Damit liegt der Anteil der Kernenergie bei nur noch 14,1 Prozent an der Bruttostromerzeugung.

Energiepreisentwicklung

Die weiterhin schwache Weltkonjunktur schlug sich aufgrund der Nachfrageschwäche auf die internationalen Rohstoffmärkte preissenkend nieder. Auch hier spielte die im Vergleich zu den Vorjahren schwache Konjunktur der chinesischen Wirtschaft eine wesentliche Rolle. Die Rohölpreise waren in 2015 von einem vor allem in der zweiten Jahreshälfte rückläufigen Verlauf geprägt. Den Höchststand erreichte das Barrel der Nordseesorte Brent mit 68,23 $/bbl am 5. Mai 2015. Bis zum 31. Dezember 2015 halbierte sich der Rohölpreis fast. Den Tiefststand erreichte die Notierung am 22. Dezember 2015 mit 36,2 $/bbl. Somit steht der Preis für ein Barrel Brent auf dem tiefsten Stand seit 2004. Der durchschnittliche Brent- Preis für das Jahr 2015 lag bei 53,91 $/bbl und somit um rund 45 $/bbl nochmals deutlich niedriger als 2014. Damit ist der Preis für ein Barrel Brent auf ein Elf-Jahres-Tief gefallen.

Diese Entwicklung ist in einem strukturellen Angebotsüberschuss begründet. Auf der Angebotsseite haben die OPEC Länder die eigene Förderung nicht gedrosselt und haben unverändert hohe Mengen an den Markt gebracht. Auch in den übrigen Förderländern nahm die Produktion noch zu. Auch in den USA blieb die Förderung auf hohem Niveau. Während die Produktion von Schieferöl leicht zurückging, wurde die Förderung im Golf von Mexiko erhöht.

Der im Vorjahr beobachtete Abwärtstrend der Steinkohlepreise hat sich in 2015 fortgesetzt. Der API#2, ein für Europa relevanter Spot-Preisindex für Steinkohle, wies einen Jahresdurchschnitt von 56,77 $/t auf (Vorjahr: 75,25 $/t) und erreichte im Dezember mit einem Monatsdurchschnitt von 48,18 $/t den Jahrestiefstand. Tendenziell ist der weltweite Kohlemarkt überversorgt. Die sogenannte unkonventionelle Gewinnung von Öl und Gas in den USA

und das gebremste Wachstum in China dämpfen die Nachfrage zusätzlich. Nachdem 2014 mit dem sogenannten Backloading in den Handel mit CO2-Zertifikaten eingegriffen wurde, wurde 2015 der nächste Baustein zur Reform des europäischen Emissionshandels beschlossen. Durch die Marktstabilitätsreserve sollen die gehandelten Emissionszertifikate reduziert und damit der CO2-Preis stabilisiert werden. Derzeit befindet sich ein Überschuss von 2,1 Mrd. Zertifikaten im Markt.

[1] Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. und des BDEW.

Die beschlossene Marktstabilitätsreserve wird 2019 in Kraft treten. Insgesamt konnte sich der Preis für CO2- Zertifikate im Jahresverlauf konsolidieren. Der Durchschnittspreis im Jahr 2015 stieg mit rund 29 Prozent in Relation stark an. Allerdings lag der absolute Preis damit aber immer noch bei relativ niedrigen 7,68 €/t (Vorjahr: 5,96 €/t).

Der Abwärtstrend der Strompreise aus dem Vorjahr setzte sich auch 2015 fort. Der Base- Preis für das Jahr 2015 an der Strombörse EEX lag bei 31,63 €/MWh und damit rund 4 Prozent niedriger als noch 2014 (32,76 €/MWh). Der Peak-Kontrakt verlor um rund 5 Prozent an Wert (2015 Ø 39,10 €/MWh vs. 2014 Ø 41,00 €/MWh). Wie im Vorjahr lässt sich auch im Jahr 2015 der Rückgang der Strompreise mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien erklären. Auch die niedrigen Rohstoff- und CO2-Preise trugen zu den sinkenden Strompreisen bei.

Ertragslage

Ergebnis 2015

Das Ergebnis vor Ertragsteuern des Berichtsjahres konnte gesteigert werden. Die Ergebnissituation stellt sich wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG-Konzern

in Millionen €	**2015**	**2014**
Umsatzerlöse	3532,5	3089,9
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	3,2	2,9
Andere aktivierte Eigenleistungen	1,7	1,6
Sonstige betriebliche Erträge	342,7	250,6
Materialaufwand	-2673,2	-2243,7
Personalaufwand	-404,3	-405,6
Abschreibungen und Wertminderungen	-220,4	-224,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-476,2	-433,4
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**106,0**	**37,9**
Zinserträge	59,0	51,6
Zinsaufwendungen	-106,6	-146,5
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	21,1	-10,2
Sonstiges Finanzergebnis	0,4	14,2
Finanzergebnis	**-26,1**	**-90,9**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**79,9**	**-53,0**
Ertragsteuern	-88,9	-26,0
Ergebnis nach Steuern	**-9,0**	**-79,0**
Davon entfallen auf		
Andere Gesellschaften	50,6	49,1
Anteilseigner der KSBG KG (Konzernergebnis)	-59,6	-128,1

Außenumsatz nach Unternehmensbereichen

in Millionen €	**2015**	2014	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	3288,4	2874,2	14,4
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	244,1	215,7	13,2
KSBG-Konzern	**3532,5**	**3089,9**	**14,3**

Die Umsatzerlöse stiegen insgesamt um 14,3 Prozent auf 3.532,5 Millionen € (Vorjahr: 3.089,9 Millionen €) im Wesentlichen bedingt durch eine Erhöhung des Handelsvolumens bei Strom und Gas im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft. Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung sowie aus zugekauften Handelsmengen im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft ist um 24,2 Prozent gegenüber 2014 auf 72.588 GWhä² (Vorjahr: 58.464 GWhä) gestiegen. Der Wärmeabsatz aus dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen stieg um 2,2 Prozent auf 2.017 GWhth (Vorjahr: 1.973 GWhth), und der Stromabsatz nahm um 18,2

Prozent auf 2.179 GWhel (Vorjahr: 1.843 GWhel) zu.

Die Bestandsveränderungen der angearbeiteten Leistungen haben sich mit 3,2 Millionen € (Vorjahr: 2,9 Millionen €) und andere aktivierte Eigenleistungen mit 1,7 Millionen € (Vorjahr: 1,6 Millionen €) nur geringfügig verändert. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr mit 250,6 Millionen € um 92,1 Millionen € auf 342,7 Millionen € gestiegen.

Die Verbesserung zum Vorjahr begründet sich im Wesentlichen durch höhere Erträge aus der Derivatebewertung (ohne Zinsderivate) mit 262,6 Millionen € (Vorjahr: 181,5 Millionen €). Die Erhöhung des Materialaufwands um 429,5 Millionen € ist insbesondere auf einen im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Waren- und Materialeinsatz aufgrund des erhöhten Energieabsatzes zurückzuführen.

Der leicht gesunkene Personalaufwand ist mit 404,3 Millionen € (Vorjahr: 405,6 Millionen €) nahezu unverändert. Die gesunkene Anzahl der Mitarbeiter wurde durch Personalkostensteigerungen kompensiert.

Die Abschreibungen und Wertminderungen von 220,4 Millionen € (Vorjahr: 224,4 Millionen €) betrafen mit 177,6 Millionen € (Vorjahr: 157,6 Millionen €) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. Aufgrund der Neuausrichtung der bestehenden Inlandskraftwerke in Anlagen mit klar unterstelltem Auslaufbetrieb und Anlagen mit der Strategie zur weiteren Fortführung wurden Wertminderungen in Höhe von 36,0 Millionen € erfasst.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr von 433,4 Millionen € um 42,8 Millionen € auf 476,2 Millionen € gestiegen.

Die Erhöhung zum Vorjahr begründet sich im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen aus der Derivatebewertung (ohne Zinsderivate) in Höhe von 257,0 Millionen € (Vorjahr: 161,1 Millionen €). Kompensierend wirken sich insbesondere geringere Vertriebskosten in Höhe von 5,3 Millionen € (Vorjahr: 28,4 Millionen €) aufgrund der Beendigung von Handelsaktivitäten aus.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um 68,1 Millionen € auf 106,0 Millionen € (Vorjahr: 37,9 Millionen €) erhöht. Eine Erhöhung der Zinserträge von 7,4 Millionen € und eine Verringerung der Zinsaufwendungen von 39,9 Millionen € wirken sich ergebniserhöhend im Finanzergebnis des Geschäftsjahres 2015 aus.

Eine weitere Verbesserung des Finanzergebnisses bedingt die Erhöhung des Ergebnisses aus at Equity bilanzierten Unternehmen. Im aktuellen Geschäftsjahr konnten insbesondere Gewinne aus inländischen Gemeinschaftsunternehmen (17,6 Millionen €) zu einer deutlichen Verbesserung führen. Einen kompensatorischen Effekt hat der Rückgang des sonstigen Finanzergebnisses in Höhe von 13,8 Millionen € hauptsächlich aufgrund der Bewertung der Optionen aus Energieverträgen.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern erhöhte sich von minus 53,0 Millionen € auf 79,9 Millionen €. Der Ertragsteueraufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 26,0 Millionen € um 62,9 Millionen € auf 88,9 Millionen € erhöht. Die Veränderung begründet sich mit im Vergleich zum Vorjahr höheren laufenden Steuern und einer erfolgswirksamen Wertberichtigung auf aktive latente Steuern.

Finanzlage

Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Das Finanzmanagement im Konzern wird für die Konzerngesellschaften im Wesentlichen von der STEAG GmbH vorgenommen. Die STEAG GmbH führt dies im Rahmen eines im Jahr 2011 mit der KSBG KG sowie der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH als Komplementärin der KSBG KG geschlossenen Dienstleistungsvertrags auch für diese Gesellschaften durch.

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit und die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den KSBG-Konzern. Die STEAG GmbH steuert grundsätzlich zentral die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der STEAG-Konzerngesellschaften. Die STEAG GmbH verfügt über flexible Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in Verträgen der KSBG KG und der STEAG GmbH enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen. Die KSBG KG hat zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises für die Anteile an der STEAG GmbH einen Kreditvertrag mit einem Bankenkonsortium geschlossen. Zu den wesentlichen Konditionen dieses Konsortialkreditvertrags gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen,

[2] Energieabsatz in GWhä umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.

die auf Basis des Konzernabschlusses der KSBG KG zu ermitteln sind. Es sind Vorgaben zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA sowie ein Zinsdeckungsgrad einzuhalten[3].

Zu den wesentlichen Konditionen der Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH und der EFET-Verträge gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der STEAG GmbH zu ermitteln sind. Hierbei handelt es sich um eine Vorgabe zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung zu adjustiertem EBITDA*4*, sowie bei den EFET-Verträgen um Vorgaben zum Tangible Net Worth und/oder zur Eigenkapitalquote.

Finanzierungspolitik

Im Rahmen des Erwerbs der restlichen 49,0 Prozent an der STEAG GmbH in 2014 wurde die Finanzierung der KSBG KG in 2014 neu strukturiert. Ein Bankenkonsortium, bestehend aus dreizehn Banken, hat der KSBG KG einen Konsortialkredit mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Konzerns stellt die STEAG GmbH für die Gesellschaften des Konzerns die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In geringem Umfang, insbesondere im Ausland nehmen Tochtergesellschaften des Konzerns auch selbst Fremdmittel im Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften grundsätzlich mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten. Ein Rückgriff auf die STEAG GmbH ist nicht möglich (non-recourse). Zum Beispiel sind die drei Kraftwerke im Ausland Iskenderun, Mindanao und Termopaipa non-recourse projektfinanziert.

Das Cashpooling im Inland wird bei der STEAG GmbH geführt. Um ein Minimum externer Kreditaufnahmen zu erzielen, werden Liquiditätsüberschüsse im Inland in einem Cashpool auf STEAG-Konzernebene genutzt. Dadurch wird der Finanzbedarf im Konzern insgesamt optimiert.

Finanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2015 standen den Finanzverbindlichkeiten von 2.342,5 Millionen € (Vorjahr: 2.362,0 Millionen €) flüssige Mittel in Höhe von 602,3 Millionen € (Vorjahr: 717,0 Millionen €) gegenüber.

Wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die KSBG KG, die Schuldscheindarlehen, das Kraftwerk Walsum 10 sowie Kraftwerksgesellschaften im Ausland. Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 1.231,8 Millionen € (Vorjahr: 1.245,7 Millionen €). Hiervon entfallen 194,4 Millionen € (Vorjahr: 222,4 Millionen €) auf kurzfristige Forderungen.

Der KSBG-Konzern verfügt über keine außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Die KSBG KG hat den Erwerb der Anteile an der STEAG GmbH teilweise fremdfinanziert. In diesem Zusammenhang hat sie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 152,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. April 2020, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 50,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. September 2024, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 200,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2020 sowie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 173,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 18. August 2020 aufgenommen.

Die Passivseite ist ebenfalls geprägt durch die Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH, welches im Vorjahr in Höhe von 400,0 Millionen € aufgenommen wurde. Außerdem hat die STEAG GmbH mit den Banken weitere Kreditvereinbarungen getroffen, um die verfügbare Liquidität zu erhöhen, die über die aktuellen Notwendigkeiten hinausgeht.

Für den KSBG-Konzern ist die Liquidität gesichert.

Investitionen

Der KSBG-Konzern verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt guter Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und angemessene Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen

Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen. Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen.

[3] Definition gemäß Konsortialkreditvertrag.
[4] Definition gemäß den Schuldscheindarlehensverträgen und den EFET-Verträgen.

Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	**2015**	2014	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	68,8	60,8	13,2
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	149,5	263,9	-43,3
sonstige	1,0	6,1	-83,6
KSBG-Konzern	**219,3**	**330,8**	**-33,7**

Die Investitionen betrugen insgesamt 219,3 Millionen € (Vorjahr: 330,8 Millionen €) und übertrafen damit die planmäßigen Abschreibungen von 177,6 Millionen € (Vorjahr: 157,6 Millionen €) deutlich. Die Sachinvestitionen sanken 2015 um minus 44,9 Prozent auf 173,2 Millionen € (Vorjahr: 314,1 Millionen €).

Mit 65,7 Prozent entfiel der größte Teil der Sachinvestitionen auf den Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (113,8 Millionen €; Vorjahr: 250,7 Millionen €). Diese Investitionen betreffen vor allem Windparks in der Türkei und in Frankreich. Größtes Einzelprojekt in 2015 war die Errichtung des Windparks Süloglu in der Türkei. Weitere 33,8 Prozent der Sachinvestitionen entfielen auf den Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (58,5 Millionen €; Vorjahr: 58,3 Millionen €).

Regional lagen die Schwerpunkte der Sachinvestitionen des KSBG-Konzerns mit einem Anteil von 40,8 Prozent in der Türkei (70,7 Millionen €; Vorjahr: 24,2 Millionen €) mit einem Anteil von 36,2 Prozent in Deutschland (62,7 Millionen €; Vorjahr: 131,0 Millionen €) und mit einem Anteil von 11,7 Prozent in Frankreich (20,3 Millionen €; Vorjahr: 20,1 Millionen €). Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen bestehen in Höhe von 93,0 Millionen € (Vorjahr: 53,8 Millionen €), von denen 55,4 Millionen € auf Batteriespeichersysteme entfallen. Eine Finanzinvestition in 2015 entfiel auf ein geothermisches Projekt, hier wurden die Anteile der PT Sejahtera Alam Energy (Indonesien) erworben.

Weitere wesentliche Finanzinvestitionen von in 2015 erstkonsolidierten Tochterunternehmen waren die Erwerbe der Anteile der Ferme Eolienne de La Madeleine SAS (Frankreich) und der Ferme Eolienne des Onze Muids SAS (Frankreich).

Cashflow

Kapitalflussrechnung KSBG-Konzern (Kurzfassung)

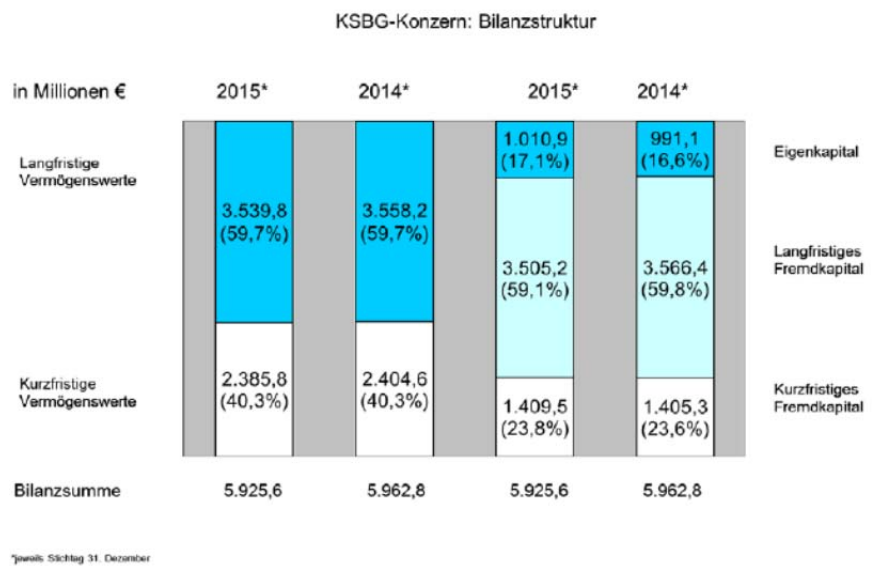
in Millionen €	**2015**	2014
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	313,5	350,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-194,3	-998,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-259,0	708,9
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	25,1	24,7
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	**602,3**	**717,0**

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 313,5 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 350,6 Millionen € und ist wesentlich durch die Entwicklung des Net Working Capitals sowie durch stichtagsbedingte Veränderungen in den übrigen Vermögenswerten/Schulden geprägt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit minus 194,3 Millionen € auf einem geringeren Niveau verglichen mit dem Vorjahreswert von minus 998,2 Millionen €. Der höhere Mittelabfluss im Vorjahr ist im Wesentlichen durch die höheren Auszahlungen für Sachanlagevermögen und den Erwerb der 49,0 Prozent der STEAG GmbH in Höhe von 569,1 Millionen € begründet. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit lag mit minus 259,0 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 708,9 Millionen €, was im Wesentlichen auf höhere Aufnahmen von Finanzschulden im Vorjahr zurückzuführen ist.

Hier ist insbesondere die Fremdkapitalaufnahme durch die KSBG KG für den Erwerb der Anteile an der STEAG GmbH und die Aufnahme von Schuldscheindarlehen durch die STEAG GmbH in Höhe von 400,0 Millionen € zu nennen.

Vermögenslage
Bilanzstruktur



Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem 31. Dezember 2014 von 5.962,8 Millionen € um 37,2 Millionen € auf 5.925,6 Millionen € zum 31. Dezember 2015. Die langfristigen Vermögenswerte sanken um 18,4 Millionen € auf 3.539,8 Millionen € (Vorjahr: 3.558,2 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen auf geringere Sachinvestitionen in Höhe von 173,2 Millionen € (Vorjahr: 314,1 Millionen €) zurückzuführen. Den Investitionen stehen planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien in Höhe von insgesamt 177,6 Millionen € (Vorjahr: 157,6 Millionen €) sowie Wertminderungen von 35,6 Millionen € (Vorjahr: 1,5 Millionen €) gegenüber. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug unverändert 59,7 Prozent. Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 127,6 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt (Vorjahr: 128,1 Prozent).

Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 2.385,8 Millionen € (Vorjahr: 2.404,6 Millionen €) um 18,8 Millionen € unter dem Wert zum Geschäftsjahresende 2014. Die kurzfristigen Vermögenswerte überstiegen das kurzfristige Fremdkapital um 69,3 Prozent (Vorjahr: 71,1 Prozent).

Das Eigenkapital stieg um 19,8 Millionen € auf 1.010,9 Millionen € (Vorjahr: 991,1 Millionen €). Die Eigenkapitalquote erhöhte sich unter anderem aufgrund des gestiegenen Eigenkapitals von 16,6 Prozent auf 17,1 Prozent.

Das langfristige Fremdkapital verringerte sich um 61,2 Millionen € bzw. minus 1,7 Prozent auf 3.505,2 Millionen € (Vorjahr: 3.566,4 Millionen €). Dies ist sowohl durch ein Absinken der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 59,0 Millionen € auf 1.629,7 Millionen € (Vorjahr: 1.688,7 Millionen €) als auch durch eine Reduzierung durch die Inanspruchnahme von Rückstellungen bedingt. Die Pensionsrückstellungen sanken um 49,3 Millionen € auf 1.036,3 Millionen € (Vorjahr: 1.085,6 Millionen €). Dies beruht insbesondere auf Anpassungen der Parameter zur Bewertung der Pensionsverpflichtungen. Wesentlich waren dabei der Anstieg des Zinssatzes von 2,1 Prozent im Vorjahr auf 2,2 Prozent im Berichtsjahr sowie die Absenkung der erwarteten Rentensteigerungen von 2,0 Prozent auf 1,8 Prozent. Die langfristigen sonstigen Rückstellungen blieben mit einem geringfügigen Rückgang um 0,6 Millionen € auf 286,2 Millionen € (Vorjahr: 286,8 Millionen €) auf dem Niveau des Vorjahres. Das kurzfristige Fremdkapital ist um 4,2 Millionen € auf 1.409,5 Millionen € gestiegen (Vorjahr: 1.405,3 Millionen €). Hierbei erhöhten sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Derivaten um 51,8 Millionen € auf 232,9 Millionen € (Vorjahr: 181,1 Millionen €). Gegenläufig sanken die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 50,8 Millionen € auf 177,4 Millionen € (Vorjahr: 228,2 Millionen €). Insgesamt konnte der KSBG-Konzern ein positives Ergebnis vor Steuern erzielen. Durch gezielte Investitionen soll die zukünftige Ertragskraft des KSBG-Konzerns gestärkt werden. Finanzierung und Liquidität des Konzerns stehen auch für das Geschäftsjahr 2016 auf einer stabilen Basis.

Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG
Ertragslage

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den Heizwerken erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1,3 Millionen €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Der Betrieb der Heizwerke verursachte einen Materialeinsatz von 0,8 Millionen €, der im Wesentlichen auf den Heizöleinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten beeinflussten den Materialaufwand nur geringfügig. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen aus kaufmännischen- und technischen Dienstleistungsverträgen sowie die von

der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen, ausgewiesen.

Aus dem mit der STEAG GmbH geschlossenen Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge inklusive Gewerbesteuerumlagen in Höhe von 80,2 Millionen €, die Gewerbesteuerumlagen belaufen sich auf 7,3 Millionen €.

in Millionen €	**2015**	2014
Umsatzerlöse	1,3	1,4
Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0
Materialaufwand -	-0,8	-0,9
Abschreibungen und Wertminderungen	-0,1	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,8	-6,0
Beteiligungsergebnis	80,2	86,0
Finanzergebnis	-20,0	-21,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**56,8**	**59,0**
Steuern	**-2,8**	**-9,2**
Jahresüberschuss	**54,0**	**49,8**

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 20,0 Millionen € wurde wesentlich durch die bestehenden Konsortialkredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen und Provisionen in Höhe von 21,3 Millionen € standen Zinserträge von 1,3 Millionen € gegenüber.

Die Steuern beinhalten für das Geschäftsjahr 2015 angefallene Gewerbesteuern in Höhe von 3,0 Millionen € sowie Gewerbesteuererstattungen für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 in Höhe von 0,2 Millionen €.

Vermögenslage
Bilanzstruktur

Der Abschluss der KSBG KG weist zum 31. Dezember 2015 eine im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderte Bilanzsumme von 1.290,6 Millionen € (Vorjahr: 1.290,1 Millionen €) aus.

Bilanz KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Aktiva

in Millionen €	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Sachanlagen	1,6	1,7
Finanzanlagen	1095,0	1095,6
Anlagevermögen	**1096,6**	**1097,3**
Vorräte	0,1	0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	160,3	157,1
Flüssige Mittel	29,0	30,0
Umlaufvermögen	**189,4**	**187,2**
Rechnungsabgrenzungsposten	**4,6**	**5,6**
Summe Aktiva	**1290,6**	**1290,1**

Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 1.095,0 Millionen € betrifft ausschließlich die 100 prozentige Beteiligung an der STEAG GmbH. Aus der weiterhin bestehenden Freistellungsvereinbarung zugunsten der KSBG KG ist die Evonik Industries AG verpflichtet, die Investitionskostenüberschreitungen des 790-MW-Steinkohlekraftwerks in Duisburg-Walsum zu tragen. Der Rückgang der Finanzanlagen um 0,6 Millionen € ist auf diese Freistellungsvereinbarung zurückzuführen. Das Sachanlagevermögen bleibt mit 1,6 Millionen € auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Millionen € und liegt mit 189,4 Millionen € auf Vorjahresniveau. Die Forderungen aus der Freistellungsvereinbarung mit Evonik betragen unverändert 53,9 Millionen €. Während sich die Forderungen aus anrechenbaren Ertragsteuern gegenüber Gesellschaftern um 9,6 Millionen €

erhöhten, reduzierten sich die Forderungen aus dem mit der STEAG GmbH am 28. Juni 2011 geschlossenen Gewinnabführungsvertrag um 5,9 Millionen € auf 80,2 Millionen € und die liquiden Mittel verringerten sich um 1,0 Millionen € auf 29,0 Millionen €.

Die Veränderungen im Rechnungsabgrenzungsposten werden wesentlich durch den am 21. Juli 2014 abgeschlossenen Konsortialkreditvertrag und den damit verbundenen Kreditnebenkosten beeinflusst. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens erfolgt linear über die Laufzeit der Kredite.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 23,0 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2014 wurde gemäß Gesellschafterbeschluss mit 31,0 Millionen € den Darlehenskonten und mit 18,8 Millionen € den Rücklagekonten zugerechnet. Die Kommanditisten erhielten eine Zahlung in Höhe von 31,0 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2015 ist mit 54,0 Millionen € im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Millionen € gestiegen. Die Eigenkapitalquote stieg um 1,8 Prozent auf 42,6 Prozent.

Passiva

in Millionen €	**31.12.2015**	31.12.2014
Kapitalanteile Rücklagen Jahresüberschuss	0,0 495,9 54,0	0,0 477,1 49,8
Eigenkapital	**549,9**	**526,9**
Rückstellungen	**17,3**	**18,5**
Verbindlichkeiten	**723,4**	**744,7**
Summe Passiva	**1290,6**	**1290,1**

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 17,3 Millionen € berücksichtigen im Wesentlichen mögliche Risiken aus der Endabrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb der STEAG GmbH stehen, und Steuerrückstellungen für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015. Der Rückgang der Verbindlichkeiten um 21,3 Millionen € auf 723,4 Millionen € ist auf die planmäßigen und vorgezogenen Tilgungen der bestehenden Kreditverbindlichkeiten zurückzuführen. Während sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute um 36,4 Millionen € auf 540,0 Millionen € reduzierten, erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber der STEAG GmbH aus anrechenbaren Ertragsteuern um 9,9 Millionen € und dem von STEAG GmbH gewährten Aufwärtsdarlehen, um die in 2015 angefallenen Zinsen von 6,0 Millionen €, auf insgesamt 183,2 Millionen €.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
Mitarbeiter

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende 2015 waren im KSBG-Konzern 5.920 Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 12 Prozent. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag weltweit bei 43 Jahren. Knapp 39 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig. Der Personalstand im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr um rund 500 Mitarbeiter gesunken. Hierfür waren folgende Veränderungen ursächlich: Der Personalstand im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft verminderte sich um 578 Mitarbeiter. Diese Entwicklung lag insbesondere im Personalrückgang des Geschäftsbereichs Energy Services in Höhe von -439 Mitarbeitern. Wesentliche Ursachen hierfür sind die Beendigung des Betriebsführungsvertrags Vedanta in der indischen Tochtergesellschaft der STEAG Energy Services GmbH (-472) und die vertragsgemäße Aufstockung des Personals im Betriebsführungsprojekt Morupule, der botswanischen Tochtergesellschaft der STEAG Energy Services GmbH (+35). Der Personalstand im Bereich Erzeugung reduzierte sich im betrachteten Zeitraum um 70 Mitarbeiter. Diese Reduzierung beruhte im Wesentlichen auf der Umsetzung der Maßnahmen des Projekts „Neuaufstellung Erzeugung / Exzellenzkraftwerk“. Gegenläufig verzeichnete der Bereich Technischer Service und Netzgesellschaft einen Personalaufbau in Höhe von 22 Mitarbeitern. Durch die Konsolidierung der STEAG Turkey Enerji Ende Dezember 2015 erfuhr der Unternehmensbereich Kraftwirtschaft ebenfalls einen Personalzuwachs von 12 Mitarbeitern. Das verbleibende Delta (-103) sowie gegenläufig der Mitarbeiteranstieg im Unternehmensbereich Verwaltung (+91) sind im Wesentlichen durch eine Veränderung in der Berichtsstruktur zu erklären. In 2014 wurde die Verwaltungseinheit am Standort Saarbrücken noch im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft berichtet. Seit 2015 wird diese Einheit dem Unternehmensbereich Verwaltung zugeordnet.

Mitarbeiter nach Unternehmensbereichen	**31.12.2015**	31.12.2014
Kraftwirtschaft Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen Verwaltung	4599 808 513	5177 820 422
KSBG-Konzern	**5920**	**6419**

Ausbildung

Die Ausbildung im KSBG-Konzern bleibt beliebt. Das zeigt sich an den hohen Bewerberzahlen. Im Dezember 2015 wurden insgesamt 216 Auszubildende in den unterschiedlichsten Berufen ausgebildet. Dies entspricht einer Quote von konzernweit 3,8 Prozent. Der KSBG-Konzern legt seit vielen Jahren großen Wert auf eine qualitativ hochwertige und attraktive Berufsausbildung. Er leistet somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung und stellt letztlich auch die Förderung des innerbetrieblichen Nachwuchses sicher.

Personalentwicklung

Im Jahr 2015 lag der Fokus auf den Nachwuchskräfteentwicklungsprogrammen des Konzerns. Es wurden neue Angebote für High Potentials oder Potenzialträger geschaffen und bestehende Programme mit neuen Gruppen fortgeführt. In der „Executive Development Group“ (EDG) wird den High Potentials die Möglichkeit gegeben, Netzwerke auszubauen, ihre Kenntnisse des Konzerns zu vertiefen und sich mit den Anforderungen einer möglichen zukünftigen Konzern-Führungsaufgabe auseinanderzusetzen. High Potentials sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen und bereits disziplinarische oder fachliche Führungserfahrungen gesammelt haben.

Eine weitere Gruppe – die der Potenzialträger – setzt sich zusammen aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Regel drei bis fünf Jahre Berufserfahrung nach Ausbildung oder Studium haben. Das Unternehmen ermöglicht den Potenzialträgern, im Rahmen eines „General Management Program“ (GMP) ihre Kompetenzen zu erweitern und Netzwerke im Konzern aufzubauen. Dabei werden sie von erfahrenen Führungskräften des Konzerns begleitet, die die Rolle von Mentoren übernehmen.

Auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Energy Development Program“ (EDP) steht die Bildung von Netzwerken neben dem Auf- und Ausbau von Kompetenzen im Fokus. In 2015 haben 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Unternehmensbereichen des Konzerns das EDP beendet; 16 weitere Teilnehmer starteten im September mit diesem internen Entwicklungsprogramm für junge bzw. neue Mitarbeiter. Im Bereich Einkauf haben sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich am STEAG EinkaufEntwicklungsPROgramm (SEEPRO) teilgenommen. Sie wurden in diesem einjährigen Programm mit Hilfe von fachspezifischen Trainingsmodulen zu strategischen Einkäufern entwickelt.

Bei der STEAG Energy Services GmbH hat die zweite internationale Gruppe des internen Entwicklungsprogramms „EMotion“ im Sommer 2015 erfolgreich gestartet. „EMotion“ steht für „Energy in Motion“ und ist seit dem Jahr 2006 ein zentraler Bestandteil der Mitarbeiterentwicklung der STEAG Energy Services GmbH. Zentrale Themenstellungen in dem Programm sind u.a. die Ausrichtung auf die Internationalisierung der Projektstrukturen und die Netzwerkbildung über alle Gesellschaften der STEAG Energy Services GmbH hinweg.

Um die persönliche Entwicklung unserer Mitarbeiter weiter zu unterstützen und zu fördern, wurde die individuelle Entwicklungsberatung und -begleitung durch gezielte Inhouse- Veranstaltungen erweitert. Die Inhouse-Veranstaltungen fördern das gemeinsame Lernen innerhalb des Konzerns an zentralen Themen aus den unterschiedlichen Kompetenzfeldern. Als Grundlage dient das STEAG-Kompetenzmodell, welches anhand von Themen- und Kompetenzfeldern die persönlichen Fähigkeiten, Eigenschaften und Verhaltensweisen für eine gute und erfolgreiche Arbeit im Konzern beschreibt. In diesem Jahr wurden unter anderem Seminare zur Kommunikation und Zusammenarbeit, Grundlagen- und Vertiefungsseminare zur Führungskompetenz sowie Maßnahmen aus den Themenfeldern „Projektmanagement“ und „Markt und Kunde“ umgesetzt. Mit dem aktuellen Angebot werden die zentralen Bedarfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgedeckt und das Lernen im gemeinsamen Erfahrungsfeld ermöglicht.

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Die Anzahl der Betriebsunfälle ist um 10,2 Prozent von 49 auf 44 gesunken. Die Anzahl der Wegeunfälle hat sich um 9,1 Prozent von 11 auf 12 Unfälle erhöht. Besonders hervorzuheben ist das Kraftwerk Mindanao auf den Philippinen, in dem seit 9 Jahren unfallfrei gearbeitet wird. Darüber hinaus waren weitere Standorte/Gesellschaften, wie KW Weiher, ISKEN, STEAG Fernwärme und RKB Leuna seit mehr als einem Jahr unfallfrei. Die Einführung der zertifizierten Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme gemäß den Anforderungen OHSAS 18001:2007 im Inland seit 2008 hat zu einer Verbesserung in allen Bereichen beigetragen. Mit den durch die Berufsgenossenschaft in den letzten Jahren durchgeführten erfolgreichen Re-Zertifizierungen an allen Standorten und in allen Gesellschaften spiegelt sich der hohe

Stand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wieder. Für die STEAG Technischer Service GmbH wurden 2015 die Arbeitsschutzmaßnahmen systematisch weiterentwickelt, um eine Verbesserung des Arbeitsschutzes unter dem Motto „Vision ZERO“ zu erreichen. Die absolute Zahl der Unfälle bei der STEAG Technischer Service GmbH konnte um die Hälfte gesenkt werden. Die Gesellschaften mit unseren Kohlekraftwerken im Ausland konnten 2015 ebenfalls den gleichen hohen und zertifizierten Standard im Arbeits- und Umweltschutz sicherstellen und werden regelmäßig auditiert.

Im Rahmen der standortbezogenen, durch die Behörden durchgeführten 11 Inspektionen gemäß der Industrieemissions-Richtlinie (IED) im Umweltschutz wurden unser Umweltschutzmanagementsystem und die Auflagenerfüllung überprüft. Es wurden keine gravierenden Mängel in den überprüften Kraft- und Heizwerken festgestellt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das betriebliche Gesundheitsmanagement des KSBG-Konzerns ist als strategischer Baustein einer demografiefesten Personalarbeit etabliert und spielt bei den anstehenden Veränderungsprozessen im Unternehmen eine verbindende Rolle.

Auf Grundlage von Analysen und den Ergebnissen aus der Gesundheitsbefragung konnten verschiedene Aufgabenstellungen an den Standorten identifiziert werden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse werden systematisch, zielgerichtet und standortbezogen genutzt, um die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den einzelnen Standorten zu sichern.

Die Führungskräfteentwicklung soll zukünftig die Fragestellungen rund um die Gesundheit als selbstverständlichen Baustein enthalten. Dazu sind in 2015 bereits erste Maßnahmen zur Umsetzung erfolgt, die dann in 2016 weiter verfolgt bzw. vertieft werden. Dies ist nicht nur im Interesse der persönlichen Gesundheit, sondern auch im Interesse der Risikovermeidung und Qualitätssicherung der Arbeit im Unternehmen.

Betriebliches Vorschlagswesen

Im Jahr 2015 wurde der KSBG-Konzern vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft zum wiederholten Mal ausgezeichnet. In der Sparte „Energie, Energieversorgung“ ging der erste Platz an das Vorschlagswesen der STEAG GmbH. Der Konzern hat somit schon über Jahre eine Spitzenposition in diesem Bereich inne, was untermauert, dass der KSBG-Konzern ein lernendes Unternehmen ist.
Durch umgesetzte Verbesserungsvorschläge im Jahr 2015 erzielte der KSBG-Konzern insgesamt einen quantifizierbaren Jahresnutzen in Höhe von 4,4 Millionen €. Dafür wurden an die Mitarbeiter Prämien in Höhe von 0,7 Millionen € ausgezahlt.

Corporate Governance

Sowohl die Grundsätze, nach denen ein Unternehmen geführt werden soll, als auch die Regeln und Maßnahmen, die diese Grundsätze ausgestalten und zur praktischen Umsetzung verhelfen, stellen Corporate Governance dar. Diese Prinzipien sind im Deutschen Corporate Governance Kodex geregelt, an dem sich die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH orientieren und dessen wesentliche Inhalte Teil der Unternehmenskultur des KSBG-Konzerns sind. Für den KSBG-Konzern bedeutet gute Unternehmensführung, sich nicht nur in jeder Hinsicht rechtskonform entsprechend den gesetzlichen Verpflichtungen zu verhalten, sondern darüber hinaus verantwortungsvoll und werteorientiert, auch durch freiwillige Maßnahmen, zu handeln. Gute Unternehmensführung, die zudem transparent ist, führt dauerhaft zum Erfolg.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze dienen ein Verhaltenskodex, die konkretisierenden Richtlinien sowie das Compliance Managementsystem des KSBG-Konzerns, welches ständig weiterentwickelt wird, allen Mitarbeitern als Orientierung.

Auch im Jahr 2015 konzentrierte sich die Tätigkeit im Bereich Compliance auf die Vorbeugung möglicher Risiken sowie auf die Identifizierung potentieller neuer Risikoquellen. Um diese möglichst genau in den diversen Geschäftsbereichen des Konzern erkennen und Präventionsmaßnahmen definieren zu können, führte die Fachabteilung Compliance mit den Konzerngesellschaften sowie relevanten Fachbereichen des Konzerns Risikoanalysen in den Themenfeldern Korruption sowie Kartellrecht durch. Sowohl in einem Fragebogen als auch in einem begleitenden gemeinsamen Gespräch konnten mit den jeweiligen Geschäftsführungen und Bereichsleitungen Szenarien besprochen und künftige Aktivitäten zur Vorbeugung vereinbart werden. Die Analysegespräche in einigen Fachbereichen dauern derzeit noch an.

Die turnusmäßigen und zielgruppenorientierten Präsenzschulungen zum Thema Antikorruption wurden inhaltlich und bezüglich ihrer Darstellungsform komplett überarbeitet und um interaktive Elemente ergänzt. Die Teilnehmer können sich durch die Beantwortung von Einschätzungsfragen, Fallbearbeitung in Gruppen sowie durch die gemeinsame Diskussion aktiv einbringen. Ca. 900 Mitarbeiter konnten im vergangenen Jahr konzernweit persönlich erreicht werden. Zusätzlich zu den Präsenzterminen im Themenfeld Antikorruption wurden erstmals Präsenztermine zum Thema Kartellrecht durchgeführt. Weiterhin finden Grundsätze der Corporate Governance darüber hinaus kontinuierlich Eingang in die Verträge, Selbstverpflichtungen und Vereinbarungen des KSBG-Konzerns mit ihren Geschäftspartnern.

Um den zahlreichen An- und Nachfragen in Bezug auf die neue Regelung zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns

durch Geschäftspartner gerecht zu werden, erstellte zum Jahresbeginn eine unter Federführung der Fachabteilung Compliance gegründete Arbeitsgruppe mit weiteren Mitarbeitern aus den Fachbereichen Recht, Personal und Einkauf ein konzernweites Prozedere sowie eine praxisorientierte Eigenerklärung. Der KSBG-Konzern ist weiterhin aktiver Teilnehmer am UN Global Compact und unterstützt die Einhaltung der zehn Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Ferner setzt der KSBG-Konzern die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organisation) um und handelt gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen.

Diese Grundsätze sind in den Vereinbarungen mit den Geschäftspartnern, sowohl individuell als auch über die allgemeinen Geschäftsbedingungen, enthalten und genießen weltweit immer größere Beachtung und Akzeptanz. Der KSBG-Konzern konzentriert sich in diesem Zusammenhang weiterhin auf die Verwirklichung nachhaltiger Lieferketten. Die gemeinsam mit dem Fachbereich Einkauf entwickelte Selbstbefragung für Fokuslieferanten zu Governance- und Nachhaltigkeitsthemen zeigt weiterhin sehr zufriedenstellende Ergebnisse und dokumentiert die Auseinandersetzung der Lieferanten und Dienstleister mit diesen Prinzipien. Der KSBG-Konzern berichtet darüber hinaus kontinuierlich über die eigenen Maßnahmen im Bereich Unternehmensverantwortung (Corporate Responsibility) im In- und Ausland, die zumeist standortbezogene Infrastrukturen vor Ort stärken und soziale Zwecke unterstützen. Eine besondere Bedeutung haben dabei die Aktivitäten der Auslandsgesellschaften erlangt. In der Türkei, auf den Philippinen, in Kolumbien sowie an weiteren Auslandsstandorten ist der KSBG-Konzern ein verlässlicher Partner zur Stärkung und Unterstützung der gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, z.B. in den Bereichen Bildung, Soziales oder Umweltschutz.

Nachtragsbericht

Seit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf die Lage der KSBG KG bzw. des KSBG-Konzerns haben könnten.

ko-, Chancen- und Prognosebericht
Risikobericht

Risikostrategie

Durch seine vielfältigen Geschäftsaktivitäten ergeben sich für den KSBG-Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist daher ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale, insbesondere durch Vermeidung und Verminderung von Risiken und daraus resultierender Folgen. Die frühzeitige Erkennung und Realisierung von Chancen kann den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der KSBG-Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den Risiken, die sich daraus ableiten wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und daraus Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Der KSBG-Konzern verfügt über ein konzernweites internes Risikomanagementsystem. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und internen Kontrollsystemen unterstützt auch die Revision als prozessunabhängige Kontroll- und Beratungsinstanz das Risikomanagement.

Das Risikomanagementsystem ist gemäß der Organisationsstruktur dezentral aufgebaut. Die originäre Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten. Für den KSBG-Konzern nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse des KSBG-Konzerns. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und - ab einem bestimmten Schwellenwert - eine Risiko-Sofortberichterstattung.

Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für bei der Inventur erkannte Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Sicherungsmaßnahmen benennen, deren Umsetzung verfolgt wird. Die Inventur, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren

betrachtet, wird ergänzt durch monatliche Chancen- und Risikoberichte, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten, bezogen auf das laufende Jahr, erfasst werden.

Gesamtrisikosituation

Die identifizierten Risiken unter Berücksichtigung der ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen haben einzeln oder in Wechselwirkung miteinander keine bestandsgefährdenden Auswirkungen auf den KSBG-Konzern. Die Risiken unterteilen sich in strategische, operative, finanzwirtschaftliche und sonstige Risiken.

Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage des KSBG-Konzerns signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des KSBG-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der Mengen- und Preisrisiken verstärkt. Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld in Deutschland zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der konventionellen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang erneuerbarer Energien bei. Durch den Einspeisevorrang werden nicht nur Braun- und Steinkohlekraftwerke verdrängt, sondern auch hocheffiziente KWK-Anlagen. Ferner wird mit dem derzeitigen Förderregime eine Markt- und Systemintegration von erneuerbaren Energien verhindert. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die weiter an Bedeutung gewinnende politische Diskussion über eine hoheitlich forcierte und fest terminierte Beendigung der Verstromung fossiler Brennstoffe in Deutschland als Beitrag zur Begegnung des globalen Klimawandels, deren konkreter Ausgang zum heutigen Zeitpunkt nicht absehbar ist.

Somit wird ohne strukturelle Anpassungen der derzeitigen energiepolitischen Rahmenbedingungen der KSBG-Konzern mittelfristig die vorhandenen inländischen Kraftwerkskapazitäten verringern müssen und keine Investitionen in konventionelle zentrale Erzeugungsanlagen in Deutschland mehr tätigen können, da das aktuelle Marktmodell hierfür keine Anreize bietet und eine Investitionssicherheit nicht länger gegeben ist.

Durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland sowie Kreditversicherungen der Exportkredite gewährenden Staaten wurden die politischen Risiken in den Ländern, in denen Auslandskraftwerke betrieben werden, abgesichert. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils des KSBG-Konzerns weitgehend ausgeschlossen.

Operative Risiken

Im Rahmen des Kraftwerksgeschäfts kommt dem vorbeugenden Risikomanagement aus kommerzieller, aber auch gesellschaftlicher, politischer, technologischer und umweltbezogener Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der hohen Kapitalintensität und -bindungsdauer sind die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen, die bewusste Steuerung der relevanten Risiken durch eine systematische und ausgeglichene Risikopolitik, die hohe Qualität der eingesetzten Technik und die Akzeptanz der Anlagen in ihrem Umfeld zentrale Elemente im Hinblick auf eine proaktive und nachhaltige Sicherung des Bestandes der Gesellschaft. Eine vertrauensvolle, d.h. offene und transparente Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Nachbarn sowie der Betrieb der Anlagen nach höchsten Umwelt- und Sicherheitsstandards sind für den Konzern ein Selbstverständnis sowie Grundlage des langfristigen Erfolgs.

Konzernintern abgestimmte Regelwerke geben den Rahmen vor, innerhalb dessen die finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Handelsbereich (Commodity-Preise, Währungen) sowie die damit verbundenen Kontrahentenausfall- und Liquiditätsrisiken gesteuert werden. Entsprechende Kennzahlen wie zum Beispiel Positionslimits, Verlustlimits oder auch Value at Risk dienen dabei der Einhaltung der gesetzten Grenzen. Während die Preisrisiken insbesondere durch den Einsatz von Derivaten auf Basis entsprechender Finanzmodelle gesteuert werden, liegt der Fokus bei den Kontrahentenausfallrisiken auf der sorgfältigen Bonitätsprüfung der Vertragspartner, der Angemessenheit der zugrunde liegenden Rahmenverträge sowie einer kontinuierlichen Überprüfung der daraus abgeleiteten Kreditlinien. Für das Handelsgeschäft wird die Einhaltung aller relevanten Kennzahlen durch das Back Office im Handelsbereich überwacht.

Risiken für den KSBG-Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg des KSBG-Konzerns haben. Zu nennen sind hier insbesondere zukünftige regulatorische Maßnahmen zur weiteren CO2- Reduzierung. Daher sind die Anstrengungen des KSBG-Konzerns auf die Verringerung der spezifischen CO2-Emissionen in den Kraftwerken durch Umsetzung weiterer Effizienzsteigerungen und innovative Technologien ausgerichtet.

Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung vielfältige und komplexe Risiken. Der KSBG-Konzern führt die Vorbereitung und Umsetzung solcher Entscheidungen entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durch. Regulatorische Eingriffe in den Grünstromzertifikatemarkt der rumänischen Regierung und das damit verbundene Überangebot an Grünstromzertifikaten lassen das Risiko der Erlösminderung des rumänischen Windparks erkennen. Das Überangebot und die damit verbundene negative Auswirkung auf deren Vermarktbarkeit kann dazu führen, dass zugeteilte Grünstromzertifikate nicht verkauft werden können.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung von benötigten Brennstoffen. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert.

Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen. Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraumes werden strukturiert gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Zusätzlich werden bei der Gesellschaft Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) die auf kolumbianischem Peso basierten Kosten gegen Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar abgesichert. Nicht gegen Wechselkursschwankungen absicherbar sind hingegen so genannte „Translationsrisiken“, die sich bei der Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften in Euro mit dem aktuellen Wechselkurs gegenüber dem budgetierten Wechselkurs ergeben.

Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des KSBG-Konzerns birgt geschäftsübliche rechtliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit Vertragspartnern wurde in Abstimmung mit den Fachbereichen in angemessenem Umfang bilanzielle Risikovorsorge gebildet.

Im Rahmen der Errichtung des Kraftwerks Walsum 10 wurden beispielsweise Maßnahmen zum Austausch von Kesselteilen notwendig, mit denen eine Verzögerung des Baufortschritts gegenüber der ursprünglichen Planung einherging. Hieraus ergaben sich Risiken in Form von Mehrausgaben, verzögerten Ergebnissen durch die verspätete Inbetriebnahme sowie aus einem Zwischenfinanzierungsbedarf. Den Risiken wurde seit dem Jahresabschluss 2011 auf Basis einer umfassenden Bewertung Rechnung getragen. Der Beginn des kommerziellen Betriebs erfolgte im Dezember 2013. Die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Generalunternehmerkonsortium (Hitachi), bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, wurde mit der Einleitung eines Schiedsverfahrens, einschließlich Widerklage durch Hitachi begonnen. Zusätzlich hat das Generalunternehmerkonsortium spiegelbildlich einen Regressanspruch gegen die STEAG GmbH vor dem Landgericht Essen geltend gemacht. Aufgrund der Verfehlung vertraglich zugesicherter Leistungskennzahlen im Kraftwerksbetrieb hat STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH Ende 2015 ein weiteres Schiedsverfahren gegen das Generalunternehmerkonsortium eingeleitet.

Der KSBG-Konzern betreibt am Standort Voerde die Steinkohlekraftwerke Voerde und West. Das Kraftwerk West wird von dem KSBG-Konzern bewirtschaftet und zu 100 Prozent vermarktet. Die Kraftwerksblöcke Voerde A und B gehören zu 75 Prozent dem KSBG-Konzern und zu 25 Prozent dem RWE-Konzern. Die Stromvermarktung und damit die wirtschaftliche Nutzung liegen zu 100 Prozent beim RWE-Konzern. 2015 hat der RWE-Konzern die Stilllegung des Kraftwerks Voerde zum 1. Oktober 2016 gefordert. Aus Sicht des KSBG-Konzerns ist dieses Verlangen aus kartellrechtlichen Gründen rechtswidrig. Der KSBG-Konzern hat beim Bundeskartellamt die Einleitung eines Kartellverwaltungsverfahrens und den Erlass einer Abstellungsverfügung beantragt. Der Ausgang des Verfahrens ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Unabhängig davon führen der KSBG-Konzern und der RWE-Konzern Gespräche und Verhandlungen über eine Weiterführung des bestehenden Vertragsverhältnisses bzw. einer Übernahme der Gesellschaft.

Risiken der KSBG KG

Die KSBG KG mit Sitz in Essen hat als Konzernmutter mit der STEAG GmbH einen Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Die STEAG GmbH wiederum hat als Führungsgesellschaft und Stammhaus der STEAG-Gruppe mit dem Großteil der inländischen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge geschlossen. Dadurch steuert die STEAG GmbH einen Großteil der inländischen Risiken im Konzern. Die KSBG KG steuert mit der STEAG GmbH die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die für den KSBG-Konzern aufgeführten Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die KSBG KG.

Im Falle eines für die STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH deutlich positiven Ausgangs des Schiedsverfahrens gegen Hitachi, im Zuge dessen Zahlungsverpflichtungen seitens Hitachi an die STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH festgestellt werden, besteht die Möglichkeit, dass die KSBG KG seitens Evonik/RBV bereits geleistete Zahlungen zumindest teilweise wird erstatten müssen.

Chancenbericht

Mit der Verfolgung der für den KSBG-Konzern relevanten strategischen Ziele eröffnen sich gute Chancen, bestehende Geschäftsaktivitäten erfolgreich weiterzuentwickeln, Wachstum zu generieren und eine gleichsame Verbesserung der Ertragslage nachhaltig zu realisieren. In Deutschland hat der KSBG-Konzern eine bedeutende Stellung im Bereich der konventionellen Stromerzeugung, aber inzwischen auch bei erneuerbaren und dezentralen Energien sowie energienahen Dienstleistungen erreicht, die weiter ausgebaut werden soll. Ferner soll auch die internationale Ausrichtung des KSBG-Konzerns in den nächsten Jahren weiter vorangetrieben werden. Hierbei kann der Konzern seine in den letzten Jahren gewonnene Expertise in wachstumsstarken Märkten und attraktiven Regionen gezielt nutzen.

Durch die Optimierung von Bestandskraftwerken wird die technische und organisatorische Flexibilität der Kraftwerke erhöht mit dem Ziel, die Wirtschaftlichkeit der Standorte zu steigern und die jeweiligen Laufzeiten zu verlängern.

Durch weiteres gezieltes Wachstum in Deutschland vor allem im Bereich der dezentralen Energieerzeugung, (z.B. durch den Ausbau des Geschäftes mit Stadtwerken bzw. kommunalen Partnern mit ihrer starken lokalen Präsenz) und den Ausbau der erneuerbaren Energien (insbesondere im Bereich Wind Onshore) eröffnen sich weitere Ertragsquellen für den Konzern. Weitere Opportunitäten werden in der Weiterentwicklung von Kraft-Wärme- Kopplung (KWK) und Fernwärme (vor allem über die in Entwicklung befindliche Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr) sowie (bei positiver Gesamtbeurteilung, die zum heutigen Zeitpunkt aufgrund der energiepolitischen Rahmenbedingungen jedoch fraglich erscheint) auch partiell im Bereich der konventionellen Energieerzeugung im Inland gesehen. Mit der Weiterentwicklung und Ausweitung der Handelsaktivitäten kann einerseits das Inlandsgeschäft stabilisiert, andererseits aber auch das internationale Wachstum (durch grenzüberschreitenden Handel sowie die Vermarktung dezentraler Anlagen im Ausland) forciert werden.

In der Realisierung von ertragsstarken Auslandsprojekten (insbesondere in so genannten „Emerging Markets“) sieht der KSBG-Konzern – basierend auch auf seiner langjährigen Expertise u.a. durch Projekte in Kolumbien, der Türkei und auf den Philippinen – eine weitere Chance im Hinblick auf eine Stabilisierung sowie eine weitere Verbesserung der Ertragslage. Dabei wird neben der Entwicklung von konventionellen Kraftwerken konsequent auch auf den Ausbau erneuerbarer Energien (beispielsweise des Wind Onshore-Portfolios in Europa) gesetzt, um das Erzeugungsportfolio (technologisch wie geographisch) weiter zu diversifizieren. Potenziale im weiteren Ausbau von Dienstleistungen (Services im In- und Ausland vor allem durch die STEAG Energy Services GmbH, die STEAG Technischer Service GmbH sowie die STEAG Power Minerals GmbH) runden das Portfolio der wesentlichen zukünftigen Chancen des Konzerns ab.

Begleitet werden die vorgenannten (marktbezogenen) Initiativen durch konzernweite Optimierungsprogramme mit Fokus auf interne Strukturen, Prozesse und Systeme. Aus der kontinuierlichen Durchführung von Projekten zur Kosteneinsparung, Optimierung von Prozessen und Strukturen, Verbreiterung der Vermarktung und Entwicklung neuer Geschäftsaktivitäten sowie der erfolgreichen und zügigen Umsetzung der aus den Projekten resultierenden Maßnahmen soll gleichermaßen eine Verbesserung des Ergebnisniveaus erreicht werden.

Chancen der KSBG KG

Die KSBG KG als Konzernmutter steuert über die STEAG GmbH als Führungsgesellschaft des Konzerns einen Großteil der Chancen des KSBG-Konzerns. Die wesentlichen Chancen entsprechen der Darstellung für den Konzern.

Prognosebericht
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesbank erwartet für das Jahr 2016 einen Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts auf 1,8 Prozent und 1,7 Prozent im darauffolgenden Jahr. Laut Prognose wächst die deutsche Wirtschaft überwiegend durch die lebhafte Binnennachfrage. Treiber für den steigenden Konsum sind die niedrige Arbeitslosigkeit sowie spürbare Reallohnzuwächse bei privaten Haushalten. Zusätzlich erzeugen die Ausgaben des Staates für Integration und Unterbringung von Flüchtlingen Nachfrageimpulse. Allerdings dürfte im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration ein Anstieg der Arbeitslosenquote verbunden sein, auch wenn sich der Beschäftigungsaufbau grundsätzlich fortsetzt. Neben der positiven Entwicklung der Binnenwirtschaft könnte die deutsche Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2016 aufgrund steigender Exporte zusätzlichen Schwung gewinnen. Noch leidet das Auslandsgeschäft der Unternehmen unter der schwachen Nachfrage aus Schwellenländern. Es wird aber erwartet, dass sich die Absatzmärkte außerhalb des Euroraums erholen, und dass sich das Wachstum im Euroraum verstärkt. Ausfuhren in Märkte außerhalb des Euroraums werden weiterhin durch die Euro-Abwertung gestützt. Der neuerliche Rückgang der Rohölpreise könnte sich weiter positiv auf die Entwicklung des Wirtschaftswachstums auswirken, da hiermit Kaufkraftgewinne verbunden sind. Der dämpfende Effekt auf den Anstieg der Verbraucherpreise läuft allerdings aus, so dass in den nächsten Jahren ein beschleunigter Preisanstieg zu erwarten ist.

Als Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung werden das Ausbleiben einer Belebung der Nachfrage von wichtigen Absatzmärkten gesehen. Die schwache Weltkonjunktur bleibt anfällig für Schocks, und die Auswirkungen der Zinswende in den USA sind noch nicht absehbar. Die aktuelle Entwicklung in China erhöht die Verunsicherung. In Deutschland besteht Unsicherheit über die Höhe der zu erwartenden Flüchtlingszuwanderung und ihre gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen.

Energiewirtschaftliche Entwicklung

Der fortschreitende Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird zu einem weiteren Rückgang der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland führen und weiterhin spürbaren Einfluss auf die Strompreise nehmen. Analysten und Händler gehen mittelfristig von einem niedrigen Niveau der Börsenstrompreise aus. Gleichzeitig werden höhere Konsumentenpreise aufgrund der ergänzend zum Strombörsenpreis zu berücksichtigenden Kosten für Vertrieb, Netzausbau, Steuern und Abgaben erwartet. Aufgrund der Ziele der Bundesregierung zur Reduktion des Primärenergieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz geht das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) trotz guter Konjunkturaussichten davon aus, dass der Bruttostromverbrauch in den kommenden Jahren in

Deutschland stagnieren bzw. leicht sinken wird. Langfristig wird mit dem Ausstieg der Kernenergie bis 2022 und der daraus resultierenden Verknappung des Angebots, eine Erholung der Börsenstrompreise erwartet.

Strategische und operative Herausforderungen

In den kommenden Jahren ist der KSBG-Konzern mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Durch die energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für Kraftwerksbetreiber substanziell geändert. Die vorrangige Behandlung der erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) setzen speziell die Betreiber fossiler Kraftwerke unter Ergebnisdruck. Infolge der veränderten Auslastung von Steinkohlekraftwerken in Deutschland hat der KSBG-Konzern bereits frühzeitig damit begonnen, die Kosten- und Erlösstruktur der eigenen Kraftwerke zu optimieren. Darüber hinaus werden Verwaltungsstrukturen und -prozesse überprüft und, wo notwendig, weiter angepasst. Durch diese Maßnahmen sollen in den kommenden Jahren erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Der KSBG-Konzern stellt sich zudem auf die steigenden Anforderungen bei der Vermarktung von Kraftwerkskapazitäten und Strommengen ein. Diesbezüglich hat der KSBG-Konzern bereits Maßnahmen ergriffen, um auf Marktveränderungen flexibel reagieren zu können. Hierzu zählen sowohl die Erweiterung des Dienstleistungsportfolios als auch die Vorbereitungen für den aus heutiger Sicht erforderlichen Auslaufbetrieb von Kraftwerken. Der KSBG-Konzern konzentriert sich daher darauf, einen Betrieb der vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst langfristig zu gewährleisten. Die Entscheidung über die tatsächliche Stilllegung von Kraftwerksblöcken behält sich der KSBG-Konzern bis zum letztmöglichen Zeitpunkt vor. Insbesondere durch den gesetzlich vorgeschriebenen Ausstieg aus der Kernenergie und den daraus resultierenden Wegfall von Erzeugungskapazitäten wird perspektivisch mit deutlich steigenden Clean Dark Spreads gerechnet.

Der KSBG-Konzern ist überdies als Betriebsführer von Kraftwerksanlagen für Dritte bereits etablierter Marktpartner im In- und Ausland. Außerdem stellt der KSBG-Konzern für Dritte erfolgreich Bedienpersonal unterschiedlichster Qualifikation im Kraftwerksbereich und in kraftwerksnahen Branchen zur Verfügung.

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 bleibt die Begleitung des eingeleiteten Schiedsverfahrens gegen das Generalunternehmerkonsortium (Hitachi), bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, eine wichtige Aufgabe. Die geltend gemachten Ansprüche beruhen auf Verzug und Mehrkosten bei der Fertigstellung des Kraftwerks Walsum 10, der vom Generalunternehmerkonsortium zu vertreten ist. Des Weiteren sind die erheblichen Ansprüche, die wiederum Hitachi gegen STEAG GmbH/STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH geltend macht, abzuwehren. Die im Kaufvertrag zwischen RBV/Evonik und KSBG KG vereinbarte Freistellungsregelung in Bezug auf Walsum 10 besteht fort.

Im Dezember 2015 wurde ein weiteres Schiedsverfahren gegen das Konsortium eingeleitet, um weitere mögliche vertragliche Ansprüche gegen Verjährung zu schützen. Mit dem Auslaufen des langfristigen Stromabnahmevertrages für das türkische Kraftwerk in Iskenderun Ende 2019 werden operative Vorbereitungen für die freie Vermarktung der Kraftwerksleistung getroffen.

Darüber hinaus verfolgt der KSBG-Konzern für sein Solarthermieprojekt Arenales eine Schiedsklage vor dem International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) gegen den spanischen Staat. Dieser hat seit Ende 2012 durch königliche Dekrete diverse Änderungen des Vergütungssystems für erneuerbare Energien, darunter auch Solarthermie, beschlossen, die die Wirtschaftlichkeit des Projekts nachhaltig beeinträchtigen. Diese gesetzlichen Anpassungen verstoßen nach Ansicht des KSBG-Konzerns gegen den in der Energiecharta festgelegten Grundsatz des „fair and equitable treatment“ und sind ferner als enteignungsgleicher Eingriff zu werten.

Bei der strategischen Ausrichtung des KSBG-Konzerns wird unter anderem ein Schwerpunkt des geplanten Wachstums im Bereich der Erneuerbaren Energien liegen und zu einer stärkeren Diversifikation des Erzeugungsportfolios im Konzern beitragen. Dies soll sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erfolgen und bedarf stabiler finanzieller Rahmenbedingungen. Zur Umsetzung der Wachstumsstrategie wird vom KSBG-Konzern insbesondere die Realisierung von Onshore-Windprojekten verfolgt. 2015 konnte mit der Inbetriebnahme des Windparks Süloglu (Türkei) ein weiterer Meilenstein erreicht werden. Zudem soll die bestehende Geschäftsaktivität im Bereich Geothermie im Ausland ausgebaut werden. Weiterhin können sich Opportunitäten im Bereich der konventionellen Erzeugung ergeben.

Operatives Ergebnis

Der Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr lag mit 3,53 Milliarden € – insbesondere aufgrund der Ausweitung der Handelsaktivitäten – rund 14 Prozent oberhalb des Vorjahresumsatzes. Hierauf aufbauend konnte in der Folge ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern realisiert werden, das – trotz rückläufiger Margen aus den Aktivitäten der inländischen Kraftwirtschaft sowie der Nichtrealisierung und Verzögerung geplanter Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien – in etwa auf dem Vorjahresniveau und leicht über den Planzahlen für das Geschäftsjahr 2015 liegt. Als wesentlicher positiver Effekt ist diesem Zusammenhang die Ergebnissteigerung der energienahen Dienstleistungen zu nennen. Für das Geschäftsjahr 2016 wird für den Konzern im Wesentlichen aufgrund des geplanten weiteren Ausbaus der Handelsaktivitäten und höherer Zukaufsmengen ein weiter ansteigender Umsatz auf 4,8 Milliarden € erwartet. Das geplante Konzernergebnis vor Ertragsteuern für 2016 hingegen wird aller Voraussicht nach signifikant unterhalb des Wertes des Jahres 2015 liegen. Dies ist vor allem weiter rückläufigen Ergebnissen der inländischen Kraftwerke geschuldet, die aus heutiger Sicht nicht in vollem Umfang durch die geplanten Ergebnisbeiträge aus den anderen (in-

und ausländischen) Aktivitäten sowie Neuprojekten (vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien) kompensiert werden können.

Die künftige Entwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die geplanten Investitionen geprägt. Für das Jahr 2016 sind Investitionen von knapp 340 Millionen € vorgesehen. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist der Ausbau des Neugeschäftes. Für Neubauprojekte sind Investitionen in Höhe von rund 260 Millionen € vorgesehen. Im Bestandsgeschäft soll mit gezielten Maßnahmen an den Kraftwerksstandorten die bereits hohe Verfügbarkeit gesichert und die Effizienz im Anlagenbetrieb weiter gesteigert werden.

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Der KSBG-Konzern geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfeldern zukünftig dazu beitragen werden, dass der KSBG-Konzern auch in Zukunft seine gute Position im Energiemarkt halten und in wichtigen Segmenten ausbauen wird. Parallel hierzu werden Risiken aus dem Geschäftsumfeld und den Aktivitäten des Konzerns im Rahmen der Risikostrategie systematisch identifiziert, gesteuert sowie überwacht.

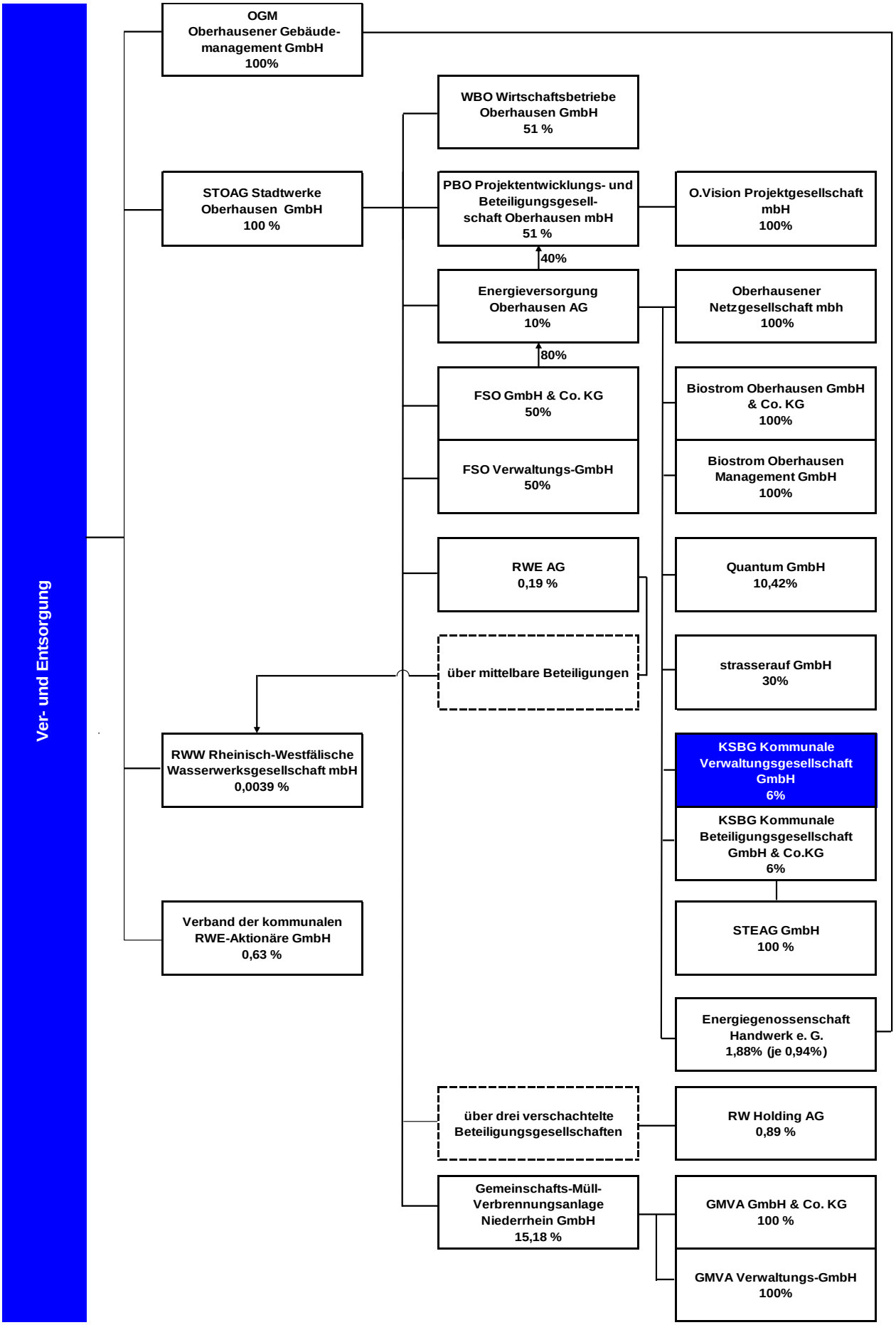
Ausblick zur voraussichtlichen Entwicklung der KSBG KG

Das für 2016 geplante operative Ergebnis wird sich gegenüber 2015 voraussichtlich signifikant verringern. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer voraussichtlich niedrigeren Gewinnabführung der STEAG GmbH zum Vorjahr.

Essen, den 17. März 2016

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG
Die Geschäftsführer

Bückemeyer und Schröder


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.stadtwerke-konsortium.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	18,00	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	18,00	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Bückemeyer, Dietmar
	Geschäftsführer	Schröder, Carsten
	Geschäftsführer	Wilmert, Bernhard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzender	Link, Sören
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Britz, Franz-Josef
	Mitglied	Halbeisen, Karl-Josef

	Mitglied	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Jung, Andreas
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Melis, Ralf
	Mitglied	Monegel, Ulrich
	Mitglied	Muth, Heiner
	Mitglied	Dr. Nies, Susanne
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Sierau, Ulrich
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Wolff, Christine
	Mitglied	Woll, Klaus Dieter
	Mitglied	Eiskirch, Thomas
	Mitglied (AN)	Straus, Michael
Prokura:	Prokurist	Albert, Uwe
	Prokurist	Felwor, Peter
	Prokurist	Jacoby, Jörg
	Prokurist	Seifert, Eckhard
Präsidium:	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Link, Sören
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Sikorski, Ralf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	171,70	96,8	533,08	98,9	180,79	96,9	-352,29	-66,09
Rechnungsabgrenzungsposten	5,60	3,2	5,80	1,1	5,80	3,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**177,30**	**100,00**	**538,87**	**100,00**	**186,59**	**100,00**	**-352,28**	**-65,37**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	115,58	65,2	120,02	22,3	121,75	65,2	1,73	1,44
Rückstellungen	13,07	7,4	22,51	4,2	32,71	17,5	10,20	45,31
Verbindlichkeiten	48,64	27,4	396,35	73,6	32,13	17,2	-364,22	-91,89
Bilanzsumme	**177,30**	**100,00**	**538,87**	**100,00**	**186,59**	**100,00**	**-352,28**	**-65,37**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	763,93	1.019,44	931,93
Personalaufwand	548,51	698,05	680,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	210,59	316,25	246,48
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4,83	5,14	5,14
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2,64	0,57	3,27
sonstige Steuern	-0,15	0,14	0,14
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	7,62	4,43	1,73
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7,62	4,43	1,73

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

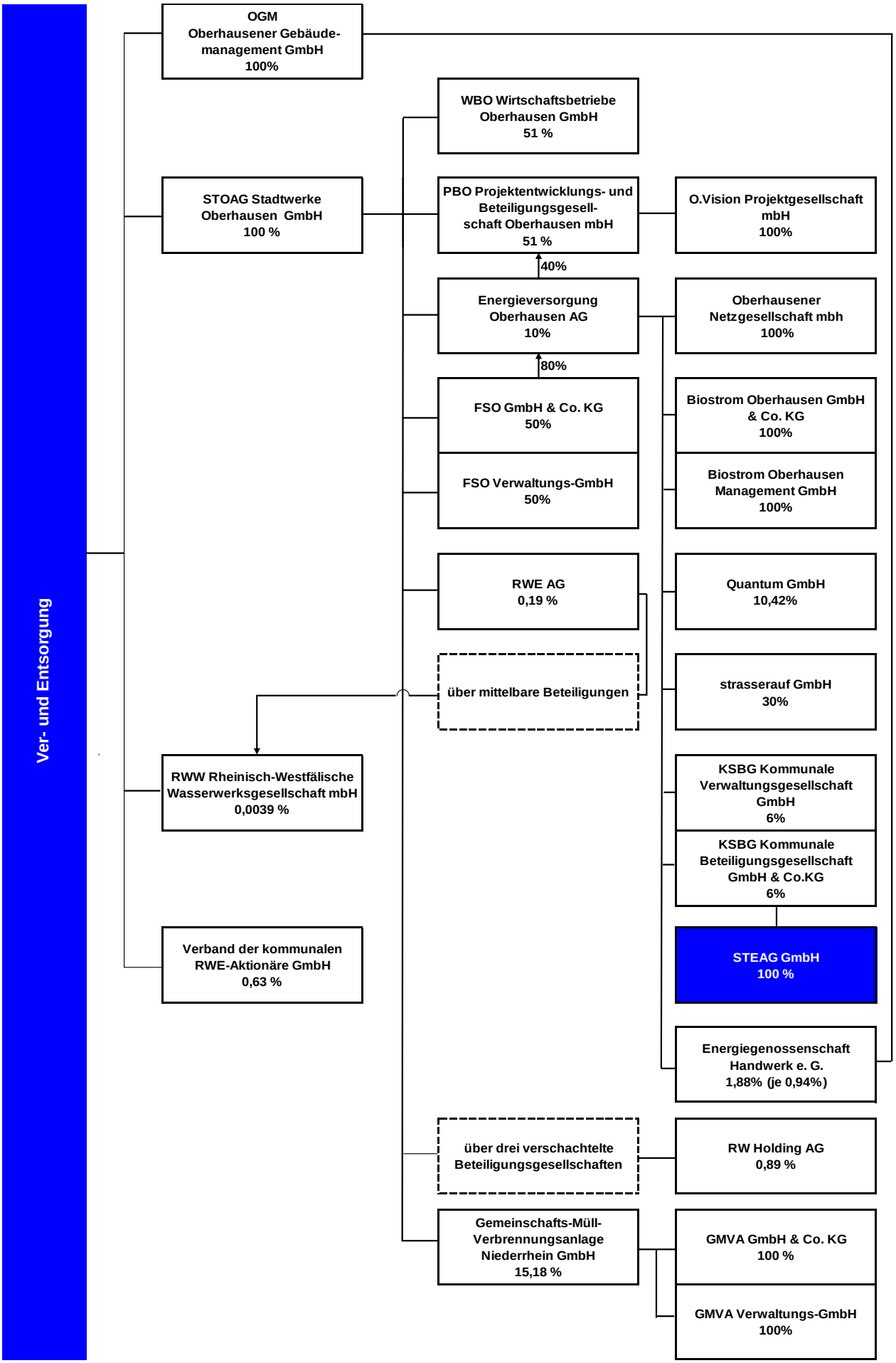
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	7,06	3,83	1,45	%
Cash-Flow:	7,62	4,43	1,73	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	95,49	127,43	133,13	T€
Personalaufwandsquote:	71,80	68,47	73,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	65,19	22,27	65,25	%
Fremdkapitalquote:	34,81	77,73	34,75	%

e) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und ihre Tochterunternehmen (zusammen „KSBG-Konzern“) und die KSBG KG unter der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG nachzulesen.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon +49 201 801-00

Fax +49 201 801-6388

Internet www.steag.com/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 128.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zu den Kernkompetenzen der STEAG gehören die Planung, die Realisierung und der Betrieb von Kraftwerken auf Basis von fossilen Brennstoffen (Steinkohle, Erdgas und Raffinerienebenprodukte). Darüber hinaus ist das Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien (Biomasse, Biogas, Grubengas, Geothermie und Wind) tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Rumstadt, Joachim
	Mitglied	Baumgärtner, Michael
	Mitglied	Dr. Cieslik, Wolfgang
	Mitglied	Geißler, Alfred
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	stellv. Vorsitzender	Vassiliadis, Michael
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Dr. Brinkmann, Frank
	Mitglied	Bückemeyer, Dietmar
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Dr. Götz, Thomas
	Mitglied	Held, Stefan
	Mitglied	Jochum, Gerhard
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Schifferings, Christof
	Mitglied	Spohn, Dietmar
	Mitglied	Straus, Michael

Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
Mitglied (AN)	Halbeisen, Karl-Josef
Mitglied (AN)	Melis, Ralf
Mitglied (AN)	Muth, Heiner
Mitglied (AN)	Rohde, Horst
Mitglied (AN)	Woll, Klaus Dieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.418.500,00	56,3	1.728.600,00	55,0	1.838.300,00	56,7	109.700,00	6,35
Umlaufvermögen	1.100.300,00	43,6	1.409.300,00	44,8	1.373.400,00	42,3	-35.900,00	-2,55
Rechnungsabgrenzungsposten	2.200,00	0,1	5.000,00	0,2	33.200,00	1,0	28.200,00	564,00
Bilanzsumme	**2.521.000,00**	**100,00**	**3.142.900,00**	**100,00**	**3.244.900,00**	**100,00**	**102.000,00**	**3,25**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	478.300,00	19,0	478.300,00	15,2	478.300,00	14,7	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	12.300,00	0,5	11.500,00	0,4	9.900,00	0,3	-1.600,00	-13,91
Rückstellungen	794.200,00	31,5	796.700,00	25,3	1.009.800,00	31,1	213.100,00	26,75
Verbindlichkeiten	1.228.700,00	48,7	1.849.700,00	58,9	1.738.200,00	53,6	-111.500,00	-6,03
Rechnungsabgrenzungsposten	7.500,00	0,3	6.700,00	0,2	8.700,00	0,3	2.000,00	29,85
Bilanzsumme	**2.521.000,00**	**100,00**	**3.142.900,00**	**100,00**	**3.244.900,00**	**100,00**	**102.000,00**	**3,25**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.141.900,00	2.241.900,00	2.647.200,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.900,00	-29.100,00	600,00
andere aktivierte Eigenleistungen	300,00	300,00	1.000,00
sonstige betriebliche Erträge	65.300,00	47.600,00	89.900,00
Materialaufwand	1.880.500,00	1.986.400,00	2.442.900,00
Personalaufwand	165.100,00	147.700,00	145.700,00
Abschreibungen	24.800,00	18.100,00	32.500,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	155.000,00	143.600,00	123.400,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	57.500,00	95.900,00	93.000,00
Erträge aus Beteiligungen	106.900,00	120.500,00	90.800,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	400,00	7.600,00	15.400,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.900,00	7.000,00	6.000,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	2.900,00	63.500,00	20.200,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	1.200,00	100,00	3.600,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43.400,00	61.400,00	101.900,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	109.200,00	70.900,00	73.700,00
außerordentliche Erträge	83.200,00	55.200,00	29.200,00
außerordentliche Aufwendungen	42.900,00	35.700,00	19.200,00
außerordentliches Ergebnis	40.300,00	19.500,00	10.000,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.400,00	11.600,00	10.700,00
sonstige Steuern	1.100,00	900,00	100,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	89.000,00	77.900,00	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	43.000,00	0,00	72.900,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	43.000,00		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	72.900,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

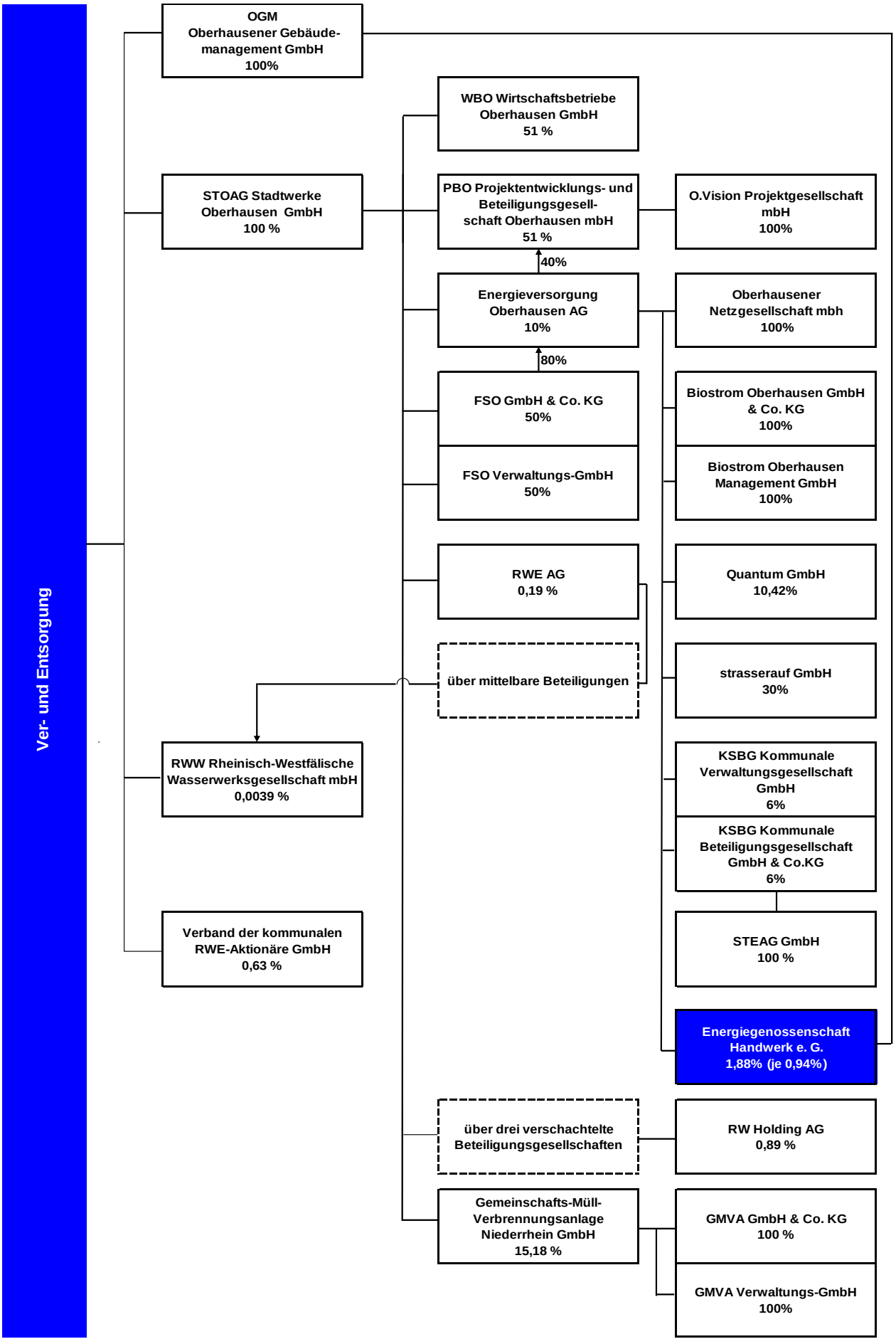
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,16	3,47	2,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	27,60	16,29	17,98	%
Cash-Flow:	158.000,00	96.100,00	109.000,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.482,49	1.716,55	1.674,02	T€
Personalaufwandsquote:	7,47	6,53	5,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,36	4,97	6,12	%
Eigenkapitalquote:	18,97	15,22	14,74	%
Fremdkapitalquote:	81,03	84,78	85,26	%

e) Lagebericht

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter https://www.steag.com/s-downloads.html unter dem Stichwort „Konzernlagebericht" nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon 0208 / 96 00 40
e-Mail info@kh-mo.de
Internet www.kh-mo.de/

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 107,50

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:

a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

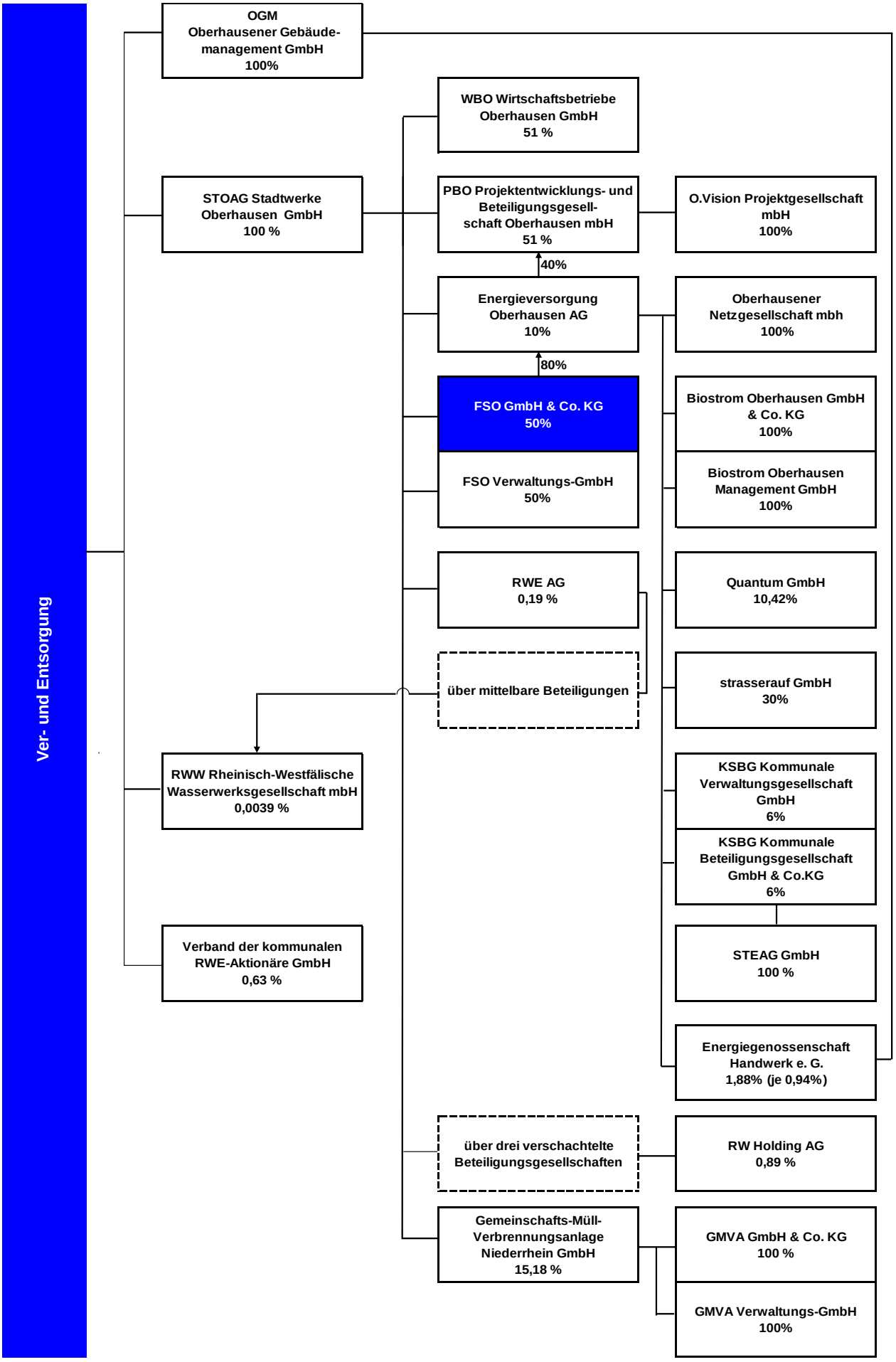
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vorstand:	Mitglied	Pezzei, Barbara
	Mitglied	Poth, Gabriele

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 8350
Fax 0208/ 835 2620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet -

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

-das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
-das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,80	0,74
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,36
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,84	8,00
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	15,75	8,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	24,00	80,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	66,00	8,99
STEAG GmbH	6.144,00	4,80
strasserauf GmbH	6,00	24,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	21.561,84	55,1	21.561,84	56,9	21.561,84	63,2	0,00	0,00
Umlaufvermögen	17.602,40	44,9	16.348,36	43,1	12.555,42	36,8	-3.792,94	-23,20
Bilanzsumme	**39.164,23**	**100,00**	**37.910,20**	**100,00**	**34.117,26**	**100,00**	**-3.792,94**	**-10,01**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	33.086,59	84,5	32.829,44	86,6	32.817,81	96,2	-11,63	-0,04
Rückstellungen	2.421,01	6,2	2.323,82	6,1	184,81	0,5	-2.139,01	-92,05
Verbindlichkeiten	3.656,63	9,3	2.756,94	7,3	1.114,65	3,3	-1.642,29	-59,57
Bilanzsumme	**39.164,23**	**100,00**	**37.910,20**	**100,00**	**34.117,26**	**100,00**	**-3.792,94**	**-10,01**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	576,50	519,08	529,20
sonstige betriebliche Erträge	10,55	148,04	20,33
Materialaufwand	205,23	180,71	175,81
Personalaufwand	143,55	107,81	124,02
sonstige betriebliche Aufwendungen	98,35	99,63	106,89
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	11.425,28	11.045,17	11.191,54
Erträge aus Beteiligungen	3.080,35	1.497,25	2.556,16
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,75	454,97	0,10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24,50	464,60	11,67
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14.626,81	12.811,75	13.878,93
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.102,06	1.544,15	2.622,96
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.524,75	11.267,60	11.255,97
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.524,75	11.267,60	11.255,97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1.999,10	2.170,68	2.126,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	53,45	52,26	52,20	%
Cash-Flow:	11.524,75	11.267,60	11.255,97	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	195,68	222,37	183,18	T€
Personalaufwandsquote:	24,45	16,16	22,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	84,48	86,60	96,19	%
Fremdkapitalquote:	15,52	13,40	3,81	%

e) Lagebericht

1 Konzernunternehmen

Der FSO-Konzern umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter Energieversorgung Oberhausen AG (evo) sowie die Konzernenkelinnen Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) und Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG).

Als Kommanditisten sind die RWE Deutschland AG (RWE) und die Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) jeweils zur Hälfte am Festkapital der FSO beteiligt. Das Jahresergebnis der FSO wird aufgrund der satzungsgemäßen Gewinnverteilungsabrede an die beiden Kommanditisten hälftig abgeführt.

Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragssteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die FSO legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werks-geländes.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme und Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Das frühere Kerngeschäft der Verteilung wird seit dem 01.01.2007

durch die OB-Netz wahrgenommen. Nach Planung und Bau betreibt die BSO KG seit Februar 2011 das Biomasse-Heizkraftwerk in Oberhausen und speist Wärme in das Netz der evo sowie Strom in das Netz der OB-Netz ein.

Alle Konzerngesellschaften haben sich zum Ziel gesetzt, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks – bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit – zu gewährleisten, um ihren Kunden langfristig eine bezahlbare Energieversorgung garantieren zu können. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen.

2 Rahmenbedingungen

2.1 In- und externe Faktoren

Die Beschäftigtenzahl ist im Vergleich zum Vorjahr nur marginal verändert. Zum 31. Dezember 2015 waren 419 Personen im FSO-Konzern beschäftigt (2014: 415). Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 433. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 10. Änderungstarifvertrages vom 1. April 2014. Bereits im Vorjahr sind alle Mitarbeiter, mit denen ATZ-Verträge abgeschlossen worden waren, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übergegangen, sodass mit altersbedingten Austritten von Mitarbeitern erst wieder ab 2018 zu rechnen ist. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).

Der FSO-Konzern setzt schon seit vielen Jahren einen Schwerpunkt in die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2015 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt, um die Mitarbeiter bei der Ausübung ihrer anspruchsvollen Tätigkeiten zu unterstützen. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt ist unverändert hoch. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo mit 208 konkurrierenden Anbietern. Im Gasbereich sind es 126 Anbieter (Stand: 31. Dezember 2015). Damit hat sich die Zahl der Mitbewerber gegenüber 2014 (Strom: 200; Erdgas: 120) nochmals leicht erhöht.

Den Vorgaben des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) kommt die evo durch die konzernweite Implementierung eines nach ISO 50.001 zertifizierten Energiemanagementsystems nach.

Die politischen Rahmenbedingungen bleiben unverändert unklar und erschweren damit weiterhin die Zukunftsplanungen nicht nur der evo, sondern der Branche insgesamt.

2.2 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für die OB-Netz werden im Folgenden dargestellt.

Anreizregulierung

Im Jahr 2014 führte die Bundesnetzagentur eine Evaluierung der Anreizregulierung durch. Als Ergebnis sind unterschiedliche Modelle für die Netzregulierung in der dritten Regulierungsperiode in der Diskussion. Vermutlich wird die Regulierung in ihrer grundsätzlichen Form bestehen bleiben, jedoch wird es wahrscheinlich in wichtigen Details Änderungen geben. Die genaue Ausgestaltung der Anpassungen, sowie deren Auswirkungen auf die OB-Netz, sind derzeit nicht absehbar.

Am 16. März 2015 hat das Bundeswirtschaftsministerium einen Vorschlag zur Änderung der Anreizregulierung (Eckpunktepapier für moderne Verteilnetze) veröffentlicht. Dieser wird in der Politik zurzeit diskutiert. Aus Sicht der OB-Netz ist die wichtigste Veränderung eine andere Vorgehensweise bei der Durchführung des Effizienzvergleiches. Dieser wird nach vier verschiedenen Methoden durchgeführt. Bisher wurde die für den jeweiligen Netzbetreiber günstigste Methode gewählt (Best-of-Four-Prinzip). Zukünftig sollen die vier Methoden in zwei Gruppen eingeteilt, und in jeder Gruppe der Mittelwert aus beiden Methoden gebildet werden. Anschließend wird das für den Netzbetreiber günstigste Ergebnis ausgewählt (Best-of- Two-Prinzip). Desweiteren werden der Fortbestand des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors, die regulatorische Behandlung von Pacht- und Dienstleistungsmodellen und der Zeitverzug bei Investitionen diskutiert. Falls diese Vorschläge umgesetzt werden sollten, werden sie zu einem deutlichen Umsatz- und damit auch Ergebnisrückgang bei der OB-Netz führen.

Lieferantenrahmenverträge

Die Bundesnetzagentur hat einen neuen Netznutzungs- und Lieferantenrahmenvertrag (Strom) verbindlich festgelegt. Dieser wurde fristgerecht bis zum 1. Dezember 2016 mit allen in Oberhausen tätigen Stromhändlern geschlossen. Nur mit einem Händler, der keine Kunden in Oberhausen beliefert, kam ein Vertragsschluss nicht zustande. Daraufhin wurde diesem Händler der Netzzugang entzogen.

Die Lieferantenrahmenverträge (Erdgas) wurden entsprechend der Vorgaben der Kooperationsvereinbarung VIII

angepasst.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

Die Ausführungen in den Kapiteln 3.1.1 und 3.1.2 betreffen die Aktivitäten der OB-Netz bezogen auf assoziierte und fremde Vertriebe. Die nachfolgenden Unterkapitel geben dagegen durchgängig die Aktivitäten aller Konzerngesellschaften wieder.

3.1.1 Netz Strom

Es wurde in 2015 eine Menge von 741,6 GWh durch die gepachteten Stromnetze der OB-Netz geleitet (2014: 749 GWh). Der Netzlastrückgang beträgt 1%. Hierbei handelt es sich um einen bundesweit zu beobachtenden Trend, der auch auf den Einsatz energieeffizienter Geräte und auf ein geändertes Verbraucherverhalten zurückzuführen ist.

3.1.2 Netz Erdgas

Im Geschäftsjahr 2015 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der OB-Netz 929,1 GWh an Erdgaskunden verteilt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 11,1%. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen Witterungsgründe.

3.1.3 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2015 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen zurück. Er sank insgesamt um -10,0% auf 476,1 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -1,7% und bei den Geschäfts- und Industriekunden mit -14,4% wider. Im Vertrieb Überregional konnte der Absatz ausgeweitet werden. In diesem Segment kann ein Absatzzuwachs um 45,2% ausgewiesen werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -5,9% auf 538,5 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden wurden letztmalig zum 1. Januar 2014 angepasst. Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2015 neu festgesetzt.

Der Marktanteil Strom lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 87%.

3.1.4 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar.

Der Erdgasabsatz stieg in 2015 insgesamt um 9,7% auf 750,3 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit 12,8% über dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden sank der Absatz erheblich um -28,5%. Dieser Wert wird durch den Verlust von einem sehr großen Kunden mit zwei Abnahmestellen, die seit Anfang 2015 nicht mehr in Belieferung sind, beeinflusst.

3.1.5 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich die Witterungsabhängigkeit deutlich wider. Hier stieg der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) um 13,2% auf 421,6 GWh.

3.1.6 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und Kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA. Hinzu kommen weitere Partner aus Kultur und Einzelhandel in Oberhausen.

Weiterhin betreut die evo mit der externen Geschäftsbesorgung als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) lag bei ca. 2,15 GWh. Die Energielieferung konnte im Berichtszeitraum um weitere 0,7 GWh ausgebaut werden. Auch die neue Energiedienstleistung „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden eine große Resonanz. Seit November 2014 haben sich 20 Kunden für dieses Produkt entschieden.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.

Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co., Kabel-Service KG, PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH und der mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten Oberhausener Energiegenossenschaft beteiligt.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 KSBG – STEAG

Gemeinsam mit sechs weiteren Stadtwerken ist die evo mittelbar mit 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Der STEAG-Konzern, der zurzeit fünftgrößte deutsche Stromerzeuger, sieht sich nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert.

Die STEAG vertritt in diesem Zusammenhang die Position, dass thermische Kraftwerke nach wie vor einen wesentlichen Beitrag in Bezug auf Versorgungssicherheit und Flexibilität der Leistungsdarbietung erbringen und (bei gegenwärtigen Marktbedingungen) eine wirtschaftliche, umweltverträgliche und sichere Energieerzeugung gewährleisten.

Die STEAG optimiert das Erzeugungsportfolio weiter und stellt es breiter auf; nicht zuletzt durch Investitionen in Erneuerbare Energien. Mit der Investition in ein Großbatterieprojekt strebt die STEAG eine Vorreiterrolle bei der Etablierung von Großbatteriesystemen und der Vermarktung der darin gespeicherten Energie in Deutschland an. Darüber hinaus ist das Projekt Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr ein wichtiger Beitrag zu einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung.

Im Ausland wird der Ausbau der konventionellen und erneuerbaren Kraftwerkskapazitäten fortgesetzt.

Die von der STEAG für den Zeitraum bis 2020 vorgelegte Mittelfristplanung ermöglicht es der KSBG, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2015 bestätigt die budgetierte Gewinnabführung an die KSBG von rund 80 Millionen Euro.

Die evo wird mit ihren Anteil von 6% an der Gewinnausschüttung der KSBG partizipieren. Der auf evo entfallende Gewinnanteil an dem Jahresergebnis 2015 wird dabei dem Ergebnis der evo im folgenden Jahr, also in 2016, zugerechnet. Nach den Vorgaben der finanzierenden Banken dürfen maximal TEUR 31.000 an die Stadtwerke ausgezahlt werden, so dass die evo in ihrer Ergebnisprognose 2016 einen Betrag von TEUR 1.860 eingestellt hat.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

- einem verstärkten Ausbau der Erzeugungskapazitäten im In- und Ausland,
- einer zunehmenden Rolle in der Darstellung der Versorgungssicherheit im Stromsektor,
- der Schaffung der Rahmenbedingungen durch die vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen“ an Rhein und Ruhr und
- der Bereitstellung von Know-how bei der Entwicklung einer kommunalen Erzeugungsstruktur.

3.3.2 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Hinsichtlich REMIT, d. h. der EU-Verordnung Nr. 1227/2011 betreffend die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts, ergreift die Quantum alle erforderlichen Maßnahmen.

Ferner besteht zur Stärkung der Bonität der Quantum ein Besicherungskonzept, das unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften beruht. Die evo als eine der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innenverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Die evo hält einen Anteil von 10% am Stammkapital der Quantum.

3.3.3 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr

Anfang März 2015 gründeten STEAG Fernwärme GmbH (SFW), Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN) und evo gemeinsam die FWSRR. Die drei Anteilseigner sind wie folgt an der neu gegründeten Gesellschaft beteiligt: SWF 56,6%, FN 25,1%, evo 18,3%.

Zweck der FWSRR sind Planung, Errichtung und der Betrieb der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Die Verbindung soll vom bestehenden Teil der Ruhrschiene im Süden Bottrops bis zur Fernwärmeschiene Niederrhein im Duisburger Norden verlaufen. Der genaue Trassenverlauf ist derzeit noch in der Planung. Die Trasse soll überwiegend über Grundstücke öffentlicher und industrieller Eigentümer geführt werden.

Wenn die Gesellschafter der Projektgesellschaft wie geplant im ersten Quartal 2017 einen positiven Baubeschluss fassen können, könnten erste Teilprojekte nach einer Bauzeit von zwei Jahren in Betrieb gehen.

4 Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2015 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ---------- Position	**FSO TEUR**	**BSO GmbH TEUR**	**BSO KG TEUR**	**evo TEUR**	**OB-Netz TEUR**	**Summe TEUR**	**Konzern TEUR**
Umsatzerlöse	529	0	5.135	216.134	92.867	314.665	198.838
Materialaufwand	176	0	3.222	155.122	44.509	203.029	120.647
Personalaufwand	124	0	0	21.290	12.982	34.396	34.396
Abschreibungen auf das Sach-anlagevermögen	0	0	781	8.867	0	9.648	9.704
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.726	8.726	8.726
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	131	0	540	19.075	- 5.327	14.419	15.067
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	67	0	2	3.515	- 959	2.625	2.495
Jahresüber-schuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnis-abführung)	64	0	538	15.560	- 4.368	11.794	12.572
Mitarbeiter *(Köpfe im Jahres-durchschnitt)*	3	0	0	271	159	433	433

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Neben der Abschreibung des Firmenwerts der BSO KG ist das Konzernergebnis im Wesentlichen durch die Erhöhung der aktiven und passiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 130 positiv (Vorjahr TEUR 253 positiv) geprägt. Bis auf den unwesentlichen Gewinn der BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragssteuersatz von 19,25% (Vorjahr 19,25%) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die evo geprägt.

Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (TEUR 190.285). Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Erhöhung um TEUR 182 zu verzeichnen.

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Des Weiteren führt im Geschäftskundenbereich das niedrigere Preisniveau auf dem Strommarkt zu einer Senkung der Umsatzerlöse. Sowohl der Energiepreis als auch die gesunkenen gesetzlichen Umlagen im Geschäftskundenbereich mindern das Preisniveau.
Im erzielten Erdgasumsatz spiegelt sich das niedrigere Absatzniveau wider. Positiv wirken sich die Gutschriften aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung aus. Die Mehr-/Mindermengen ergeben sich aus der Differenz zwischen der prognostizierten und der später tatsächlich durch den Vertrieb verkauften Energiemenge. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Im Vergleich zum Vorjahr, wo im ersten Quartal außergewöhnlich warme Witterungsverhältnisse vorlagen, konnten die Gaserlöse sogar gesteigert werden, da es Anfang 2015 eine langanhaltende Kälte- und Heizperiode gab.

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich ebenfalls die Witterungsabhängigkeit (wie bereits bei den Gaserlösen erläutert) wider. Auch hier konnten die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um 1,6% auf TEUR 120.647 gesunken. Ursächlich für diese Entwicklung sind der Absatzrückgang (Strom) und das niedrige Preisniveau, welches auch den gesunkenen gesetzlichen Umlagen geschuldet ist. Die Bezugskosten im Bereich Gas und Fernwärme sind im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil, dies gilt ebenso für den Materialdirektverbrauch und die bezogenen Leistungen.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit vermindert sich in 2015 um rund TEUR 1.668 auf TEUR 26.496. Dies ist im Wesentlichen auf eine starke Minderung der Forderungen aus der Lieferungen und Leistungen sowie einer geringen Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -10.151 (Vorjahr TEUR -21.593). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100% durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (TEUR -11.268) auch die Aufnahme von langfristigen Krediten in Höhe von insgesamt TEUR 15.000. Des Weiteren werden Kredittilgungen von TEUR -12.191 abgebildet.

Es kommt zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 6.034, dieser stellt sich mit TEUR 13.188 positiv dar.

Die tabellarische Kapitalflussrechnung ist in Anlage 4 dargestellt.

5.2. Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind fast ausschließlich durch Maßnahmen der evo geprägt. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2015 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 88,0 %. Zudem wurden weitere Investitionsmaßnahmen in die Kraftwerke (Wärmetauscher, Schaltanlagen und Umformstationen) getätigt.

	Budget 2016 in TEUR		**Ist 2015 in TEUR**		**Ist 2014 in TEUR**
Investitionen	12.632		12.125		23.362
Abschreibungen	9.100		9.704		9.698

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 9.486 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2016 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 3.146 vor. Die Investitionen betrugen TEUR 12.125 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2015 in TEUR		**Ist 2014 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			72		148
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			2.994		3.635
▪ Erdgasversorgung			3.641		3.119
▪ Fernwärmeversorgung			3.492		4.618
▪ Energieservice			831		619
▪ Gemeinsame Anlagen			912		567
Finanzanlagen			183		10.656
Gesamtbetrag			**12.125**		**23.362**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 183.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2016 wurde bereits im Dezember 2015 ein Darlehen in Höhe von TEUR 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2016 aufgenommen

5.3 Finanzlage

Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der OB-Netz sowie der FSO getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit der evo, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Zusätzlich wurde in 2015 zur Refinanzierung eines Gesellschafterdarlehens an die BSO KG (TEUR 6.100) ein weiteres Fremddarlehen in Höhe von TEUR 5.000 aufgenommen.

Weiterhin ist bei der evo geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Zum Aufstellungszeitpunkt dieses Konzernabschlusses können die vorgenannten Aussagen von der Konzernführung uneingeschränkt bestätigt werden. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses zu verzeichnen.

6 Nachtragsbericht

Zum Jahreswechsel 2015 stiegen die staatlich (EEG, KWK etc.) sowie regulatorisch (Netznutzungsentgelte) veranlassten Bestandteile der Strompreise. Das machte eine Neukalkulation der Preise erforderlich. Allerdings hat die evo den vollen Umfang dieser externen Kostensteigerungen nicht an ihre Kunden weitergegeben, sondern durch Einsparungen an anderen Stellen kompensiert. Insgesamt steigen die Preise der Grund- und Ersatzversorgung sowie der TOB-Strom-Sonderverträge zum 1. Dezember 2016 um 0,8 Cent/kWh (brutto).

Ab dem 1. Januar bietet die evo allen Fernwärmekunden einen neuen Tarif (TOB-Fernwärme) an. Dieser löst die bisher geltende „Preisregelung W“ ab.

Davon abgesehen sind vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 keine Ereignisse aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

7 Risikobericht

7.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Ergebnisse

In der letzten Risikoinventur wurden 33 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und den Risikoklassen mit minimalen und niedrigen Ausmaßen zugeordnet.

Zwei Risiken konnten gestrichen werden; drei neue Risiken wurden identifiziert.

Zwei neue Risiken befassen sich mit der Beteiligung an der KSBG-STEAG und eines möglichen Impairment-Bedarfes. Die Risiken resultieren aus den sich verändernden Rahmenbedingungen des Energiemarktes. Das dritte neue Risiko befasst sich mit einem Schnittstellenproblem des Abrechnungsprogramms OPTIMUS.

Das Risiko Beteiligung an der BSO wurde gestrichen. Aufgrund des störungsfreien Vollbetriebs der Biomasseanlage in den letzten zwei Jahren und der Ablösung der gesamten Finanzverträge der HVB durch die evo AG, stellt der Betrieb der Anlage kein Risiko mehr im Sinne des Risikomanagements dar. Weiterhin wurde das Risiko Rückerstattung aufgrund der Urteile zum § 5 Strom und Gas GVV gestrichen (s. 7.6 Umfeldrisiken).

7.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

7.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d.h.,

die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken, operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen minimiert.

Dessen ungeachtet hat die evo hinsichtlich der isoliert zu betrachtenden Preisrisiken bei der Strombeschaffung eines 7-MW-Bandes beim RWE für die Jahre 2016 bis 2020 mit Blick auf einen möglichen Preisverfall an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 4.800 gebildet.

7.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

7.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.

Zur strategischen Ausrichtung hat evo Geld- und Kapitalanlagen in Wertpapieren angelegt. Wertpapiere unterliegen Kursrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Kursrisiko wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

7.6 Umfeldrisiken

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 28. Oktober 2015 entschieden, dass die Grundversorger trotz der europarechtswidrigen Preisanpassungsregelung in der alten Fassung des Paragraphen 5 Abs. 2 der Grundversorgungsverordnung Gas (GasGVV) berechtigt sind, (Bezugs-)Kostensteigerungen an den Kunden weiterzugeben. Die Entscheidung ist aufgrund der gleichlautenden gesetzlichen Vorgaben auch auf die Grundversorgung mit Strom übertragbar. Das Urteil ist erfreulich, da der BGH ein Preisanpassungsrecht wegen Kostensteigerungen durch das Energieversorgungsunternehmen bestätigt. Damit folgt der BGH im Ergebnis der Position, nach der die Unwirksamkeit der gesetzlichen Regelung nicht zu Lasten der Energieversorgungsunternehmen gehen darf.

7.7 Umweltrisiken

Die Dampfkessel der Heizkraftwerke der evo wurden in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund gesetzlicher Auflagen mit NOx-armen Brennern ausgerüstet. Durch die Novellierung der 13. BImSchV wurden die NOx-Grenzwerte erneut mit Wirkung zum 1. Januar 2016 von 150 mg/Nm3 auf 100 mg/Nm³ abgesenkt. Der Kessel 2 wurde im Herbst 2015 umgerüstet und befindet sich in der Optimierung. Der Umbau des Kessels 5 ist im Sommer 2016 geplant. Für den Kessel 4 im HKW2 besteht der Ausnahmetatbestand, dass die Anlage bis 2023 mit den alten Grenzwerten betrieben werden kann. Somit werden sämtliche Umweltauflagen erfüllt, die zu einem Risikopotential hätten führen können.

Für den Bereich der Abfallentsorgung hat die Geschäftsführung einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.

Erhöhten Umweltrisiken ist der FSO-Konzern zurzeit nicht ausgesetzt.

7.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

Sofern nicht anderweitig gekennzeichnet, beziehen sich die Ausführungen dieses Kapitels auf alle Konzerngesellschaften. Lediglich die Kapitel 8.3.3 und 8.3.4 betreffen ausschließlich die Belange der OB-Netz.

8.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem tiefgreifenden Wandel, der auch in Zukunft weitergehen wird. Denn bisher sind noch nicht alle Maßnahmen des 10-Punkte-Plans der Bundesregierung zur Umgestaltung des Energiesektors in die Tat umgesetzt. Ferner ist noch nicht genau abzusehen, wie die Beschlüsse des Pariser Klimagipfels vom Dezember 2015 in nationales Handeln überführt werden. Hier stehen weitere gesetzliche Regulierungen zu erwarten, die die Gestaltungsspielräume der Branche weiter beschneiden.

Folglich bleibt das gesetzliche Umfeld der Branche auch in 2016 und den Folgejahren in Bewegung – mit den daraus sich ableitenden Anpassungsbedarfen insbesondere für Stadtwerke und regionale Versorger.

Sich ergebende Chancen aus der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWK-G), die zum 1. Januar 2016 wirksam geworden ist, wird die evo konsequent nutzen.

8.2 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Die Sicht der evo

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das im Ergebnis in Tiefe und Breite in einer differenzierten Erfolgsrechnung mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. Ein besonderer Fokus liegt zudem in der Betrachtung der dezidierten Rohmargenentwicklung unseres Kerngeschäftes. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Einzelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet eine größtmögliche Aktualität der Informationsbereitstellung und ermöglicht damit die Fähigkeit zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Diese Erkenntnisse münden im jeweiligen Prognoseergebnis der Konzerngesellschaften. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung im Fokus. Diese Instrumentarien verschaffen dem Unternehmen die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im gesamten Konzernverbund unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange der Kunden, der Umwelt sowie der Belegschaft berücksichtigt. So haben alle Unternehmen innerhalb des evo-Konzerns das Thema Umweltschutz und Ressourcenschonung schon seit Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Jüngstes Beispiel ist hier die Einführung eines nach ISO 50.001 zertifizierten Energiemanagementsystems für alle Konzerngesellschaften.

Die Sicht der OB-Netz

Für die interne Unternehmenssteuerung setzt die OB-Netz ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite analog zur evo in einer differenzierten Erfolgsrechnung mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Einzelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet eine größtmögliche Aktualität der Informationsbereitstellung und ermöglicht damit die Fähigkeit zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen der Konzernmutter im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Diese Erkenntnisse münden im jeweiligen Prognoseergebnis der evo und der OB-Netz. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung im Fokus. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Dieses Berichtswesen und zugleich Steuerungsinstrument kommt sowohl bei der evo als auch bei der OB-Netz auf die jeweiligen Anforderungen abgestimmt mit der gleichen Methodik zur Anwendung. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigt die OB-Netz unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt sowie unserer Belegschaft. So haben alle Unternehmen innerhalb des evo-Konzerns das Thema Umweltschutz und Ressourcenschonung schon seit Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Jüngstes Beispiel ist hier die Einführung eines nach ISO 50.001 zertifizierten Energiemanagementsystems für alle Konzerngesellschaften.

Als wesentliches Maß für die Güte des Arbeitsschutzes in einem Unternehmen gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Deren Zahl hat sich konzernweit von 2012 (16 Unfälle) bis 2015 (8 Unfälle) halbiert.

Weitere Ertragslage OB-Netz

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen durch Kostenoptimierung und Effizienzsteigerung realisieren. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Vor diesem Hintergrund, d.h. dem steigenden Erlös- und Kostendruck, sind alle Abteilungen der OB-Netz involviert, um im Rahmen des ELAN-Projektes zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zur konzernübergreifenden Abstimmung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die über die einzelnen Unternehmensbereiche hinweg weitere Einspar- bzw. Erlöspotenziale realisieren.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 sind die Erträge aus Verlustübernahme um TEUR 860 größer als in der 2. Prognose erwartet. Das liegt im Wesentlichen an geringeren Netznutzungsentgelten, da die Monate November und Dezember 2015 ungewöhnlich warm waren. Außerdem traten die Effekte der Mehr-Mindermengenabrechnung (siehe Kap. 4) zum Jahresende auf. Da insbesondere letztere Effekte zukünftig nicht mehr eintreten können, wird die Prognose 2016 als realistisch eingestuft.

In den Jahren 2016 und 2017 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es wird jeweils ein Umsatz in Höhe von ca. TEUR 90.000 pro Jahr erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2016 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR -5.800 bzw. TEUR -6.800 für 2017 erwartet. Aufgrund des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der OB-Netz im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Durch konsequente Prozessoptimierung und Nutzung von Synergiepotenzialen werden weitere Möglichkeiten zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit realisiert werden. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet OB-Netz auf allen Ebenen an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin die hohen Erwartungen der Anteilseigner, Kunden und Mitarbeiter zu erfüllen.

8.3 Perspektiven 2016

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Unternehmensbereiche sind weiterhin dabei, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

Die evo ist ein gut aufgestelltes sowie insbesondere am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen. Die ambitionierte Mittelfristplanung für 2016/2017 zeigt, dass weiterhin Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 angestrebt werden. Auch für das Berichtsjahr 2015 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz konnte mit einer tatsächlichen Gewinnabführung von TEUR 11.192 an die FSO sogar noch leicht übertroffen werden.

Dabei gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Gerade im Jahr 2016 wird im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus.

Beim Erdgas geht die evo ebenfalls von einer zunehmenden Wechselbereitschaft der Kunden aus.

8.3.1 Folgen des BGH-Urteils zur GVV v. 28. Oktober 2015

Der Bundesgerichtshof hat – wie in Kap. 6.6 dargelegt – am 28. Oktober 2015 in zwei Verfahren (VIII ZR 158/11 und VIII ZR 13/12) seine Urteile zur Wirksamkeit von Preisanpassungen in Grundversorgungsverträgen verkündet. Gegen das Urteil wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt.

8.3.2 Novelle des IT-Sicherheitsgesetzes

Für Betreiber kritischer Infrastrukturen, wie z. B. Energieversorger, wurden neue gesetzliche Regelungen und Normen bezüglich der Sicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik erlassen, die zum 25. Juli 2015 in Kraft getreten sind. Die Vorgaben des IT-Sicherheitskataloges der Bundesnetzagentur mit dem Ziel der Zertifizierung sind aus jetziger Sicht ohne Einschränkungen im vorgegebenen Zeitrahmen zu erfüllen. Eine Projektgruppe erarbeitet zurzeit die

erforderlichen Maßnahmen, um die Zertifizierung rechtzeitig einzuleiten. Die evo erfüllt die Vorgaben des IT-Sicherheitsgesetzes in allen wesentlichen Punkten.

8.3.3 Messstellenbetriebsgesetz

Seit 2009 existiert eine EU-Vorgabe nach der bis zum Jahr 2020 80% Smart Meter in jedem EU-Mitgliedsstaat verbaut sein müssen, wenn eine Kosten-Nutzen-Analyse zu einem positiven Ergebnis kommt. Im Jahr 2013 wurde vom Bundeswirtschaftsministerium eine entsprechende Kosten-Nutzen-Analyse vorgestellt. Demnach ist eine allgemeine Einbauverpflichtung volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Stattdessen wird ein ambitioniertes „Rolloutszenario Plus“ empfohlen, bei dem intelligente Messsysteme zusätzlich bei Erneuerbaren-Energien-Anlagen eingebaut werden sollen, um ein aktives Einspeisemanagement zu ermöglichen. Dadurch soll der Netzausbau reduziert und somit in Summe ein volkswirtschaftlicher Vorteil erzielt werden. Die anfallenden Kosten sollen auf alle Stromkunden verteilt werden.

Hierzu wurde im Jahr 2015 ein Gesetzgebungsverfahren gestartet. Dies wird voraussichtlich im Sommer 2016 abgeschlossen sein. Um auf diese und andere zukünftige Entwicklungen vorbereitet zu sein, hat die OB-Netz im Jahr 2013 an einem Pilotprojekt der Netzwerkpartner teilgenommen und erste praktische Erfahrungen gesammelt. Darauf aufbauend wird das Pilotprojekt fortgesetzt, um weitere technische Erfahrungen zu sammeln. Seit 2015 wird der gesamte Prozess von der Smart Meter-Messung bis zur Abrechnung technisch beherrscht. Damit ist die OB-Netz fachlich gut aufgestellt, um rechtzeitig vor der Einführung als Massenprozess technische und wirtschaftliche Optimierungen durchführen zu können.

8.3.4 Tägliche Netzkontenabrechnung

Die Bundesnetzagentur hat 2014 den Beschluss zum Festlegungsverfahren zur Bilanzierung Gas veröffentlicht. Hintergrund ist die Umsetzung des europäischen Netzkodex Gasbilanzierung, der Anforderungen an Ausgleichs- und Regelenergieleistungen stellt und zur EU-weiten Harmonisierung verschiedener Bilanzierungsregime beitragen soll.

Zum 1. Oktober 2016 ist im Rahmen der GaBi Gas 2.0 die tägliche Netzkontenabrechnung umzusetzen. Im Vergleich zur derzeitigen Regelung der monatlichen Netzkontenabrechnung wird hierbei nicht mehr auf saldierte Monatswerte, sondern auf kumulierte Tageswerte abgestellt. Aufgrund einer deutlich höheren Volatilität der Tageswerte wird erwartet, dass erstmalig Abrechnungen einzelner Tage mit Netzkontoabweichungen möglich sind.
Bei der OB-Netz wurde rechtzeitig ein Projektteam eingesetzt, das sich mit den Auswirkungen der täglichen Netzkontenabrechnung auseinandersetzt und die Implementierung von Anpassungsmaßnahmen durchführt.

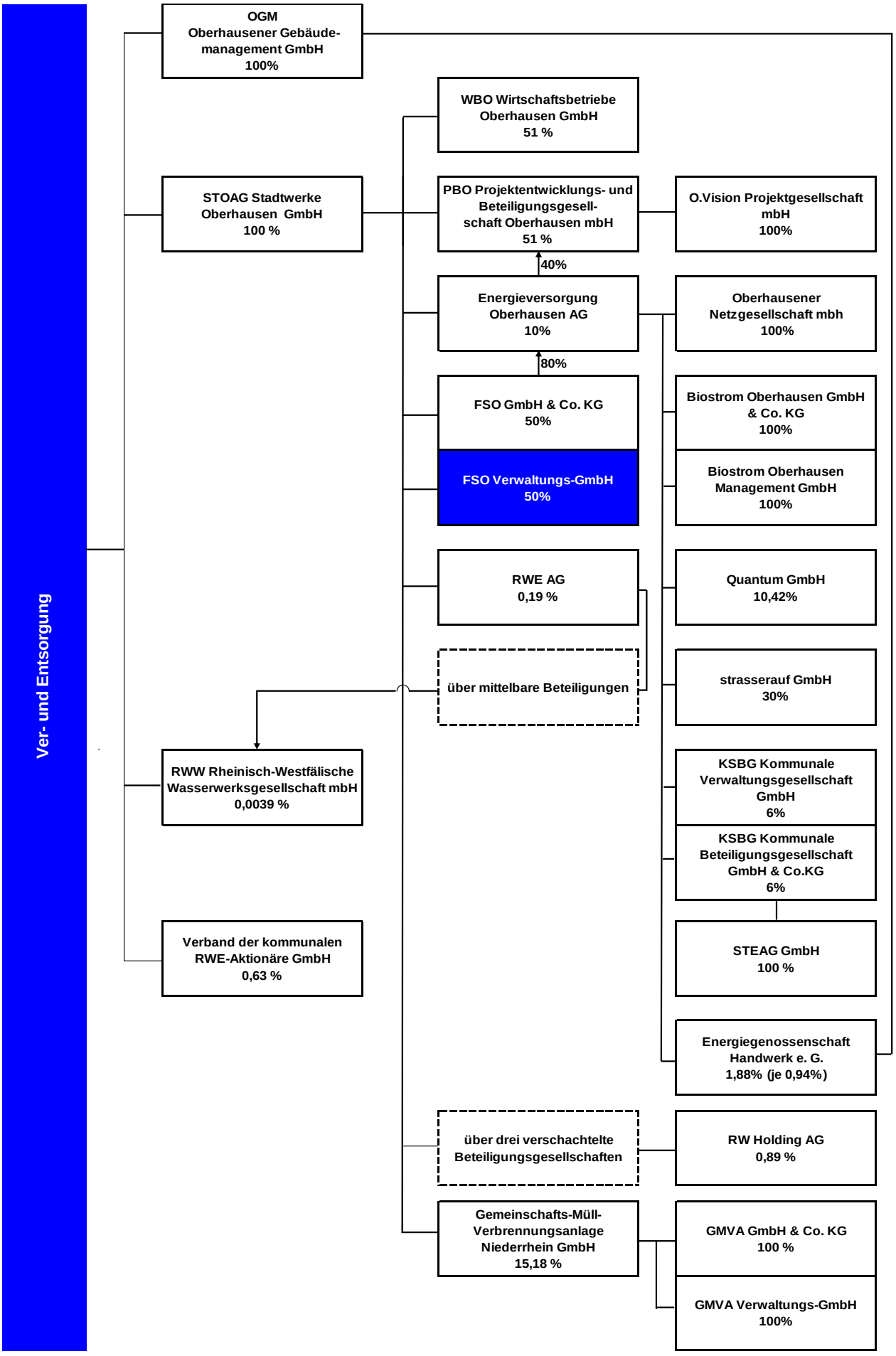
8.4 Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich der Konzern grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, den 14. März 2016

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Gieske / Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

FSO Verwaltungs- GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
	Geschäftsführer	Homberg, Bernd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Seifert, Eckhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	34,71	100,0	35,78	100,0	36,06	100,0	0,28	0,78
Bilanzsumme	**34,71**	**100,00**	**35,78**	**100,00**	**36,06**	**100,00**	**0,28**	**0,78**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	32,53	93,7	33,04	92,3	33,51	92,9	0,47	1,42
Rückstellungen	1,89	5,4	1,89	5,3	1,89	5,2	0,00	0,00
Verbindlichkeiten	0,30	0,9	0,85	2,4	0,66	1,8	-0,19	-22,35
Bilanzsumme	**34,71**	**100,00**	**35,78**	**100,00**	**36,06**	**100,00**	**0,28**	**0,78**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0,00		
sonstige betriebliche Erträge	4,86	4,87	4,86
sonstige betriebliche Aufwendungen	3,66	4,27	4,31
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02	0,01	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,21	0,61	0,56
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,19	0,10	0,09
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1,02	0,52	0,47
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1,02	0,52	0,47

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

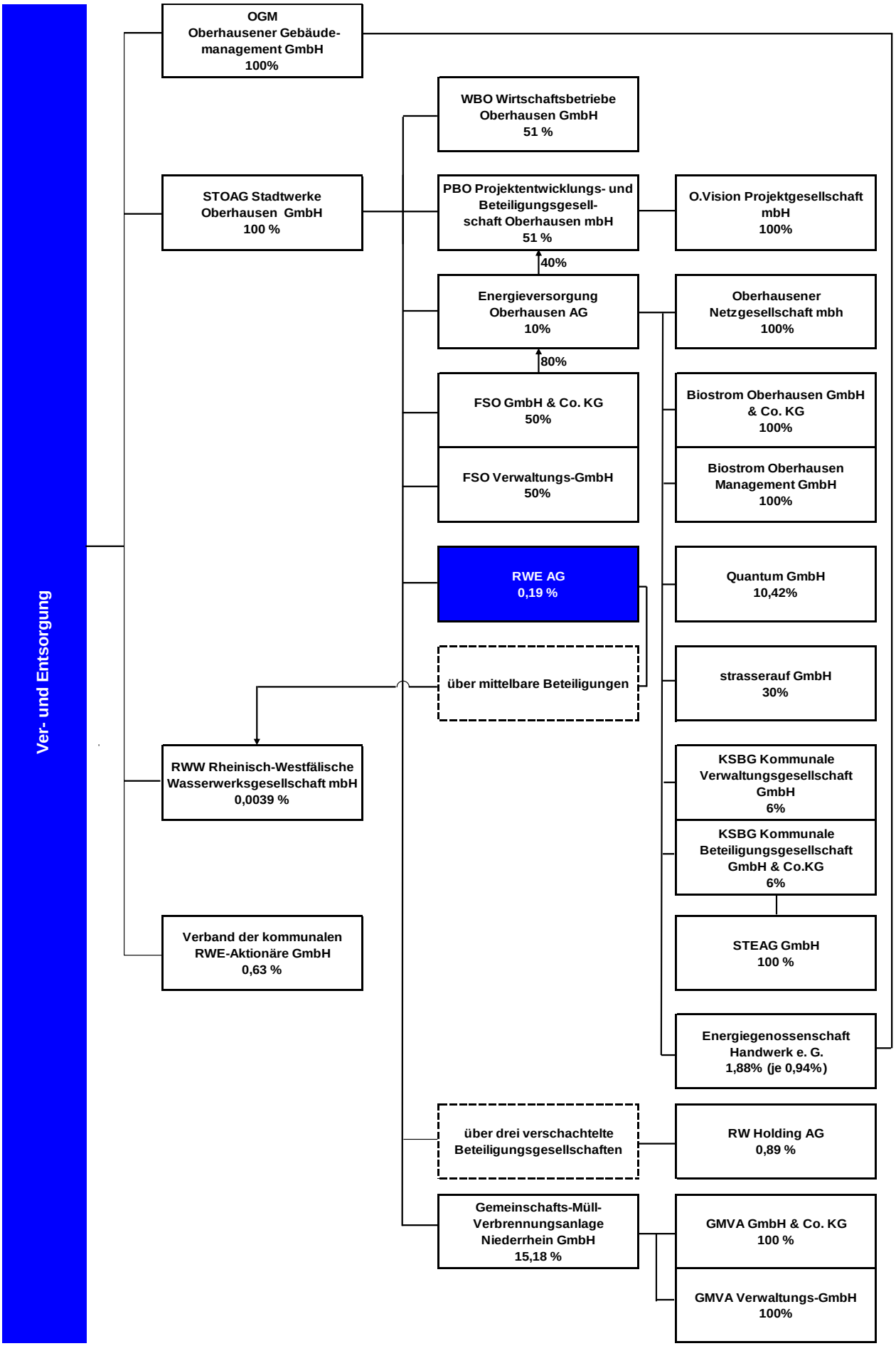
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,23	1,59	1,42	%
Cash-Flow:	1,02	0,52	0,47	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	93,72	92,34	92,94	%
Fremdkapitalquote:	6,28	7,66	7,06	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Opernplatz 1 45128 Essen
Kontakt:	
Telefon	0201/ 1200
Fax	0201/ 1215199
e-Mail	-
Internet	www.rwe.de/
Rechtsform:	AG
Stammkapital in T€:	1.573.748,48

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

-Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
-Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
-Versorgung und Handel mit Energie,
-Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
-Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
-Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

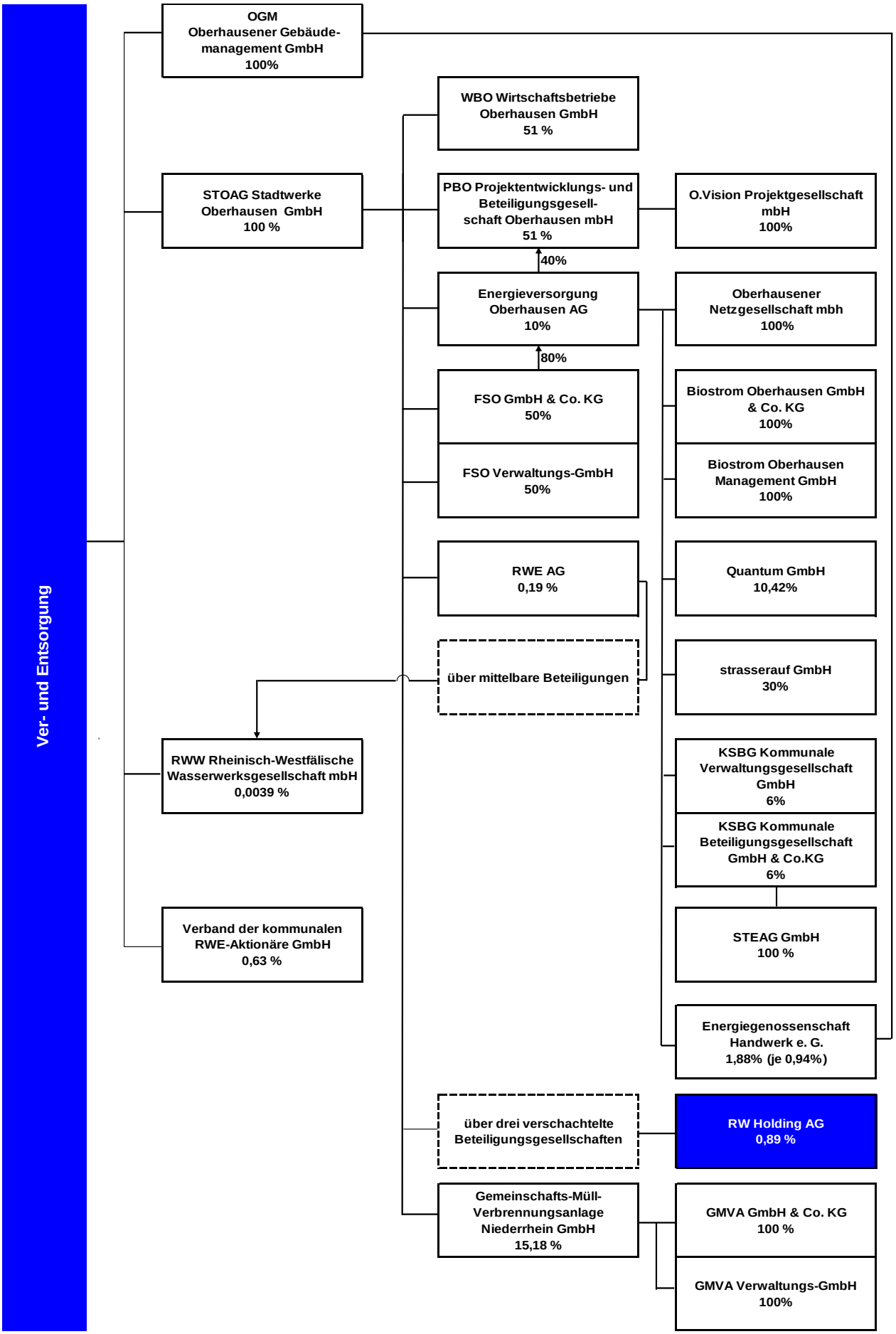
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vorstand:	Vorsitzender	Terium, Peter
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht

abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Konzerngeschäftsbericht 2015“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

RW Holding Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Georg-Glock-Str. 8
40474 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon 0211 1371-303

Fax 0211 1371170

e-Mail info@rwholding.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 74.362,86

Gesellschafter:

	T€	%
Nicht gepoolte Aktionäre RWH	55.920,87	75,20
RW Beteiligungs GmbH	18.441,99	24,80

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vorstand: Josten, Ralf
Kühn, Frithjof

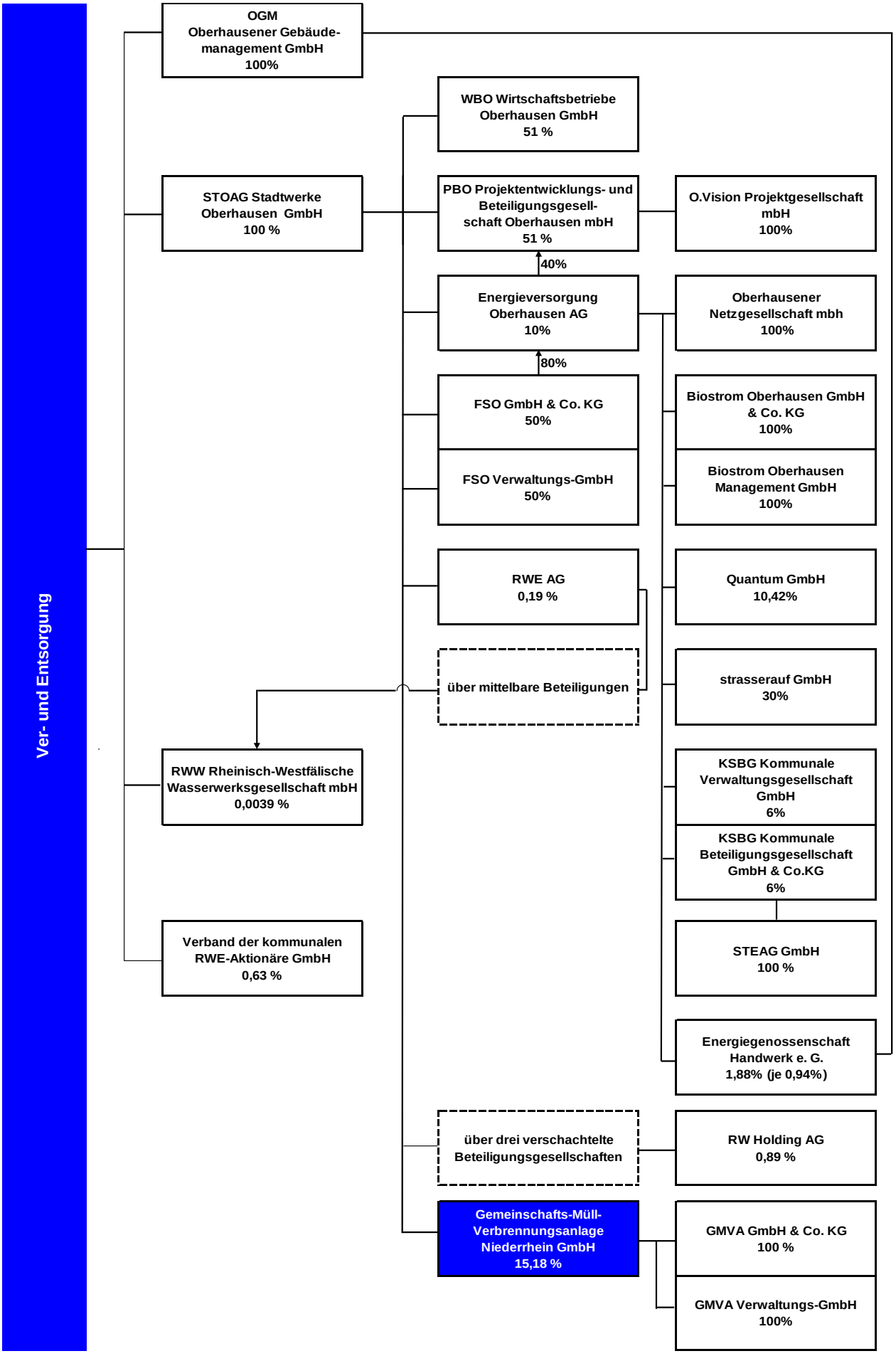
Hauptversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG

Aufsichtsrat: neun Mitglieder

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Die Beteiligung dient im Übrigen der Verwaltung der Anteile an der RWE AG, ohne ein operatives Geschäft zu betreiben.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8594-0
Fax 0208/8594-210
e-Mail info@gmva.de
Internet www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
GMVA GmbH & Co. KG	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo
	Geschäftsführer	Dr. Terbeck, Gerd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Enzweiler, Rainer
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	1. stellv. Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Bandel, Frank
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Dr. Foppe, Johannes-Gerhard
	Mitglied	Dr. Greulich, Peter
	Mitglied	Maaßen, Thomas
	Mitglied	Mauthe, Jürgen
	Mitglied	Schmidt, Markus
	Mitglied	Slykers, Manfred
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Susen, Thomas
	Mitglied	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Vüllings, Karsten
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut
	Mitglied (AN)	Linden, Stefan
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Lauxen, Sabine
	stellv. Mitglied	Axt, Norbert
	stellv. Mitglied	Müthing, Christa
		Schwolow, Reiner
Prokura:	Prokurist	Arens, Matthias

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
GMVA GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
GMVA Verwaltungs-GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	103.434,41	59,3	83.314,12	52,2
Umlaufvermögen	70.764,55	40,6	76.155,42	47,7
Rechnungsabgrenzungsposten	259,37	0,1	141,40	0,1
Bilanzsumme	**174.458,33**	**100,00**	**159.610,94**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	15.245,07	8,7	18.820,28	11,8
Rückstellungen	26.455,69	15,2	28.807,71	18,0
Verbindlichkeiten	12.205,70	7,0	12.741,64	8,0
Rechnungsabgrenzungsposten	120.551,87	69,1	99.241,31	62,2
Bilanzsumme	**174.458,33**	**100,00**	**159.610,94**	**100,00**

bb) GuV

	2013	2014
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	82.928,75	75.487,63
sonstige betriebliche Erträge	2.599,53	392,77
Materialaufwand	28.277,59	22.402,90
Personalaufwand	12.720,08	13.030,30
Abschreibungen	21.767,15	21.189,87
sonstige betriebliche Aufwendungen	17.356,31	13.330,10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	201,68	152,77
Aufwendungen aus Verlustübernahmen		773,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	433,99	476,32
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.174,84	4.829,86
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.712,42	1.114,13
sonstige Steuern	165,35	140,52
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3.297,06	3.575,21
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.297,06	3.575,21

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

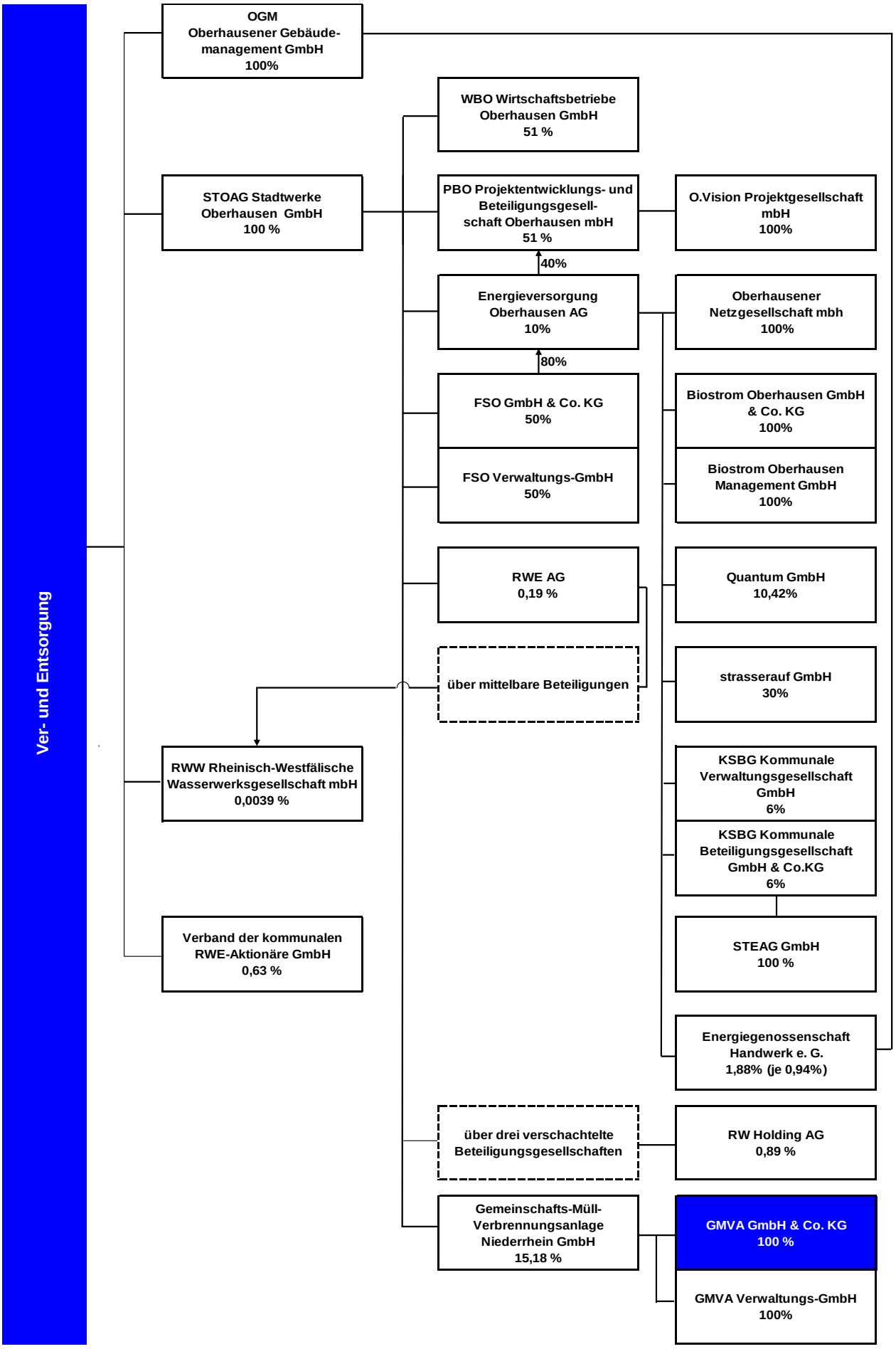
	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,98	4,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	27,60	23,45	%
Cash-Flow:	25.064,22	24.765,07	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	447,79	401,48	T€
Personalaufwandsquote:	14,87	17,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	58,66	51,53	%
Eigenkapitalquote:	8,74	11,79	%
Fremdkapitalquote:	91,26	88,21	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2015 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

GMVA GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beiteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	
Stadt Oberhausen	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GMVA Verwaltungs-GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	1.000,08	100,0	1.875,27	100,0
Bilanzsumme	**1.000,08**	**100,00**	**1.875,27**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	997,18	99,7	1.087,58	58,0
Rückstellungen	2,80	0,3	786,09	41,9
Verbindlichkeiten	0,10	0,0	1,61	0,1
Bilanzsumme	**1.000,08**	**100,00**	**1.875,27**	**100,00**

bb) GuV

	2013	2014
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	0,00	32.895,52
Materialaufwand	0,00	32.757,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	2,90	35,86
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,11	3,19
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2,79	105,76
außerordentliche Erträge		771,68
außerordentliches Ergebnis		771,68
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		786,20
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-2,79	91,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2,79	91,24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

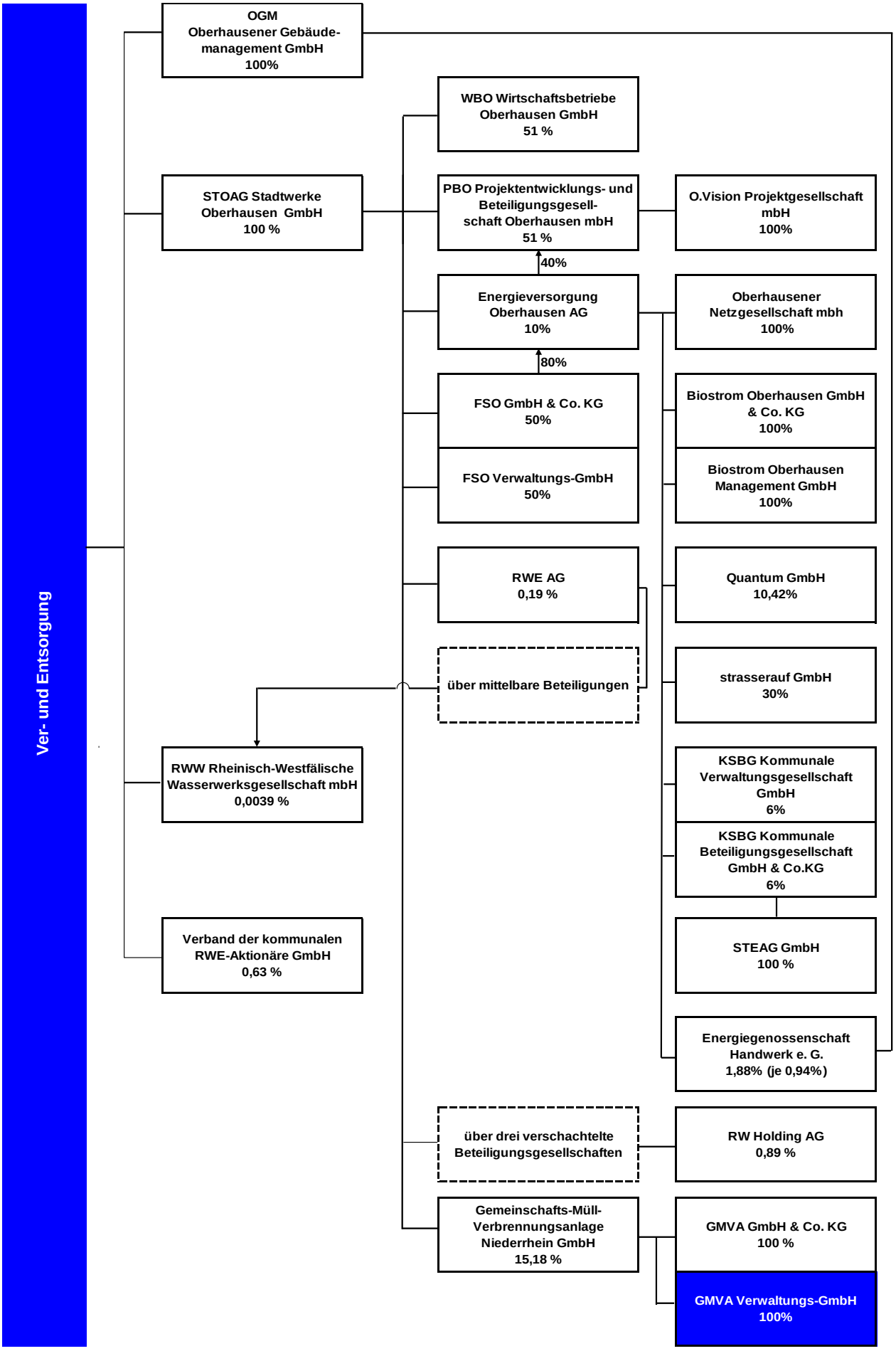
	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	#DIV/0	0,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,28	9,16	%
Cash-Flow:	-2,79	91,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	99,71	58,00	%
Fremdkapitalquote:	0,29	42,00	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2015 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

GMVA Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Oberhausen (nachfolgend Kommanditgesellschaft genannt), die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH GMVA GmbH & Co. KG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:

Geschäftsführerin	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo
Geschäftsführer	Dr. Terbeck, Gerd

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	25,10	100,0	27,10	100,0
Bilanzsumme	**25,10**	**100,00**	**27,10**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	24,30	96,8	24,30	89,7
Rückstellungen	0,80	3,2	2,80	10,3
Bilanzsumme	**25,10**	**100,00**	**27,10**	**100,00**

bb) GuV

	2013	2014
	T€	**T€**
sonstige betriebliche Aufwendungen	0,80	3,39
Erträge aus Beteiligungen	0,10	1,25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,70	-2,14
Erträge aus Verlustübernahmen		2,14
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-0,70	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-0,70	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

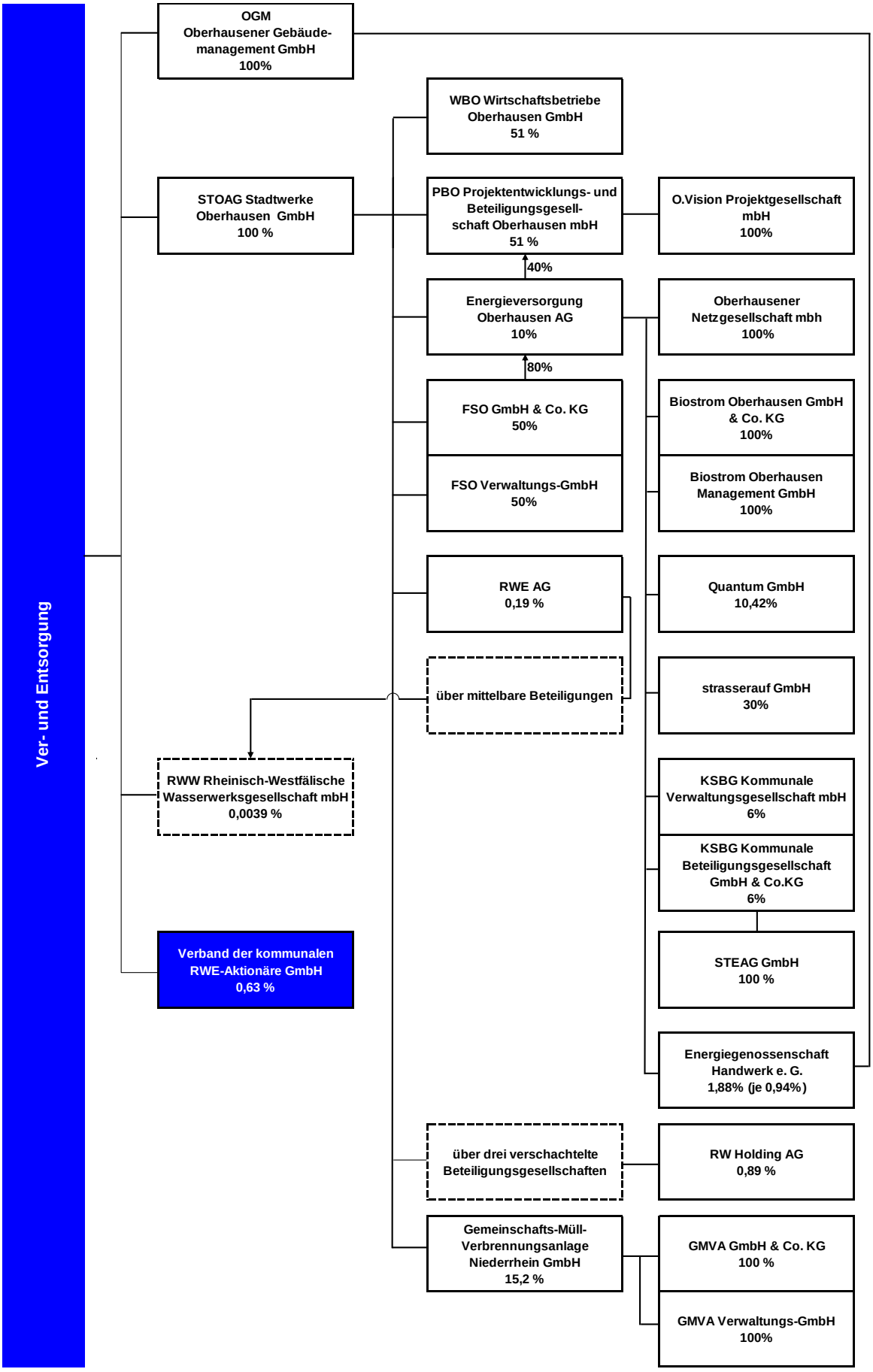
	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,81	-8,82	%
Cash-Flow:	-0,70	-2,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	96,81	89,67	%
Fremdkapitalquote:	3,19	10,33	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2015 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	www.vka-rwe.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
-die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
-die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

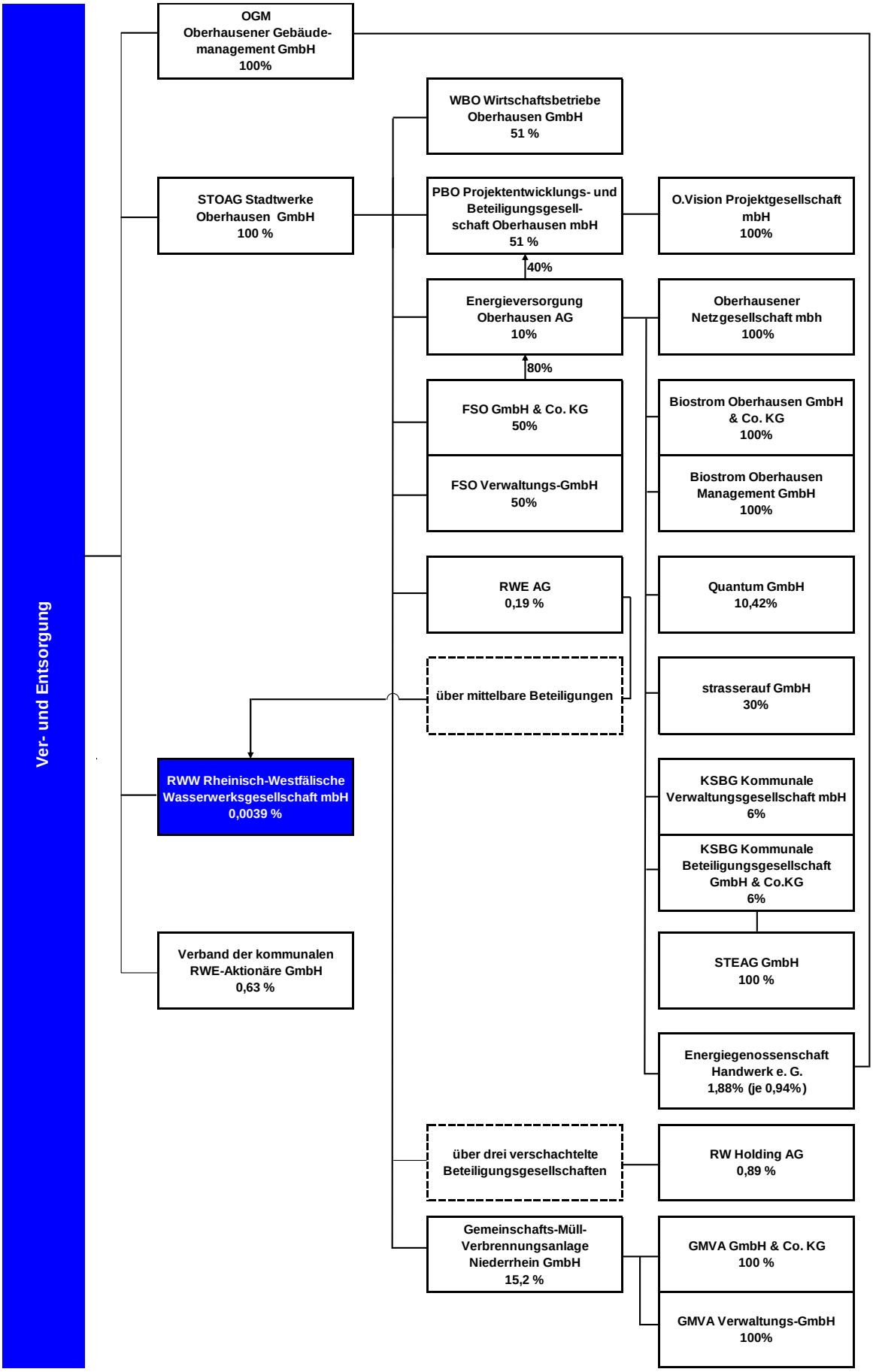
Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
	Geschäftsführer	Graef, Roger
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schranz, Daniel
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Schartz, Günther
	1. stellv. Vorsitzender	Geisel, Thomas
	2. stellv. Vorsitzender	Adenauer, Sven-Georg
		sowie weitere 10 Mitglieder

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	www.rww.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
RWE Aqua GmbH	12.272,45	79,78
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass die geltenden Gesetze, insbesondere die Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeindeordnung NW - GO NW) beachtet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Flore, Manfred
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bonan, Uwe
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	Mitglied	Dorsch-Kellermann, Andrea

	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied	Brinkel, Birgit
	Mitglied	Dr. Sanfleber, Martina
	Mitglied	Jüttermann, Jürgen
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Wehling, Tim
Prokura:	Prokurist	Dr. Donner, Christoph
	Prokurist	Schubert, Achim

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,15
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	162.957,34	80,7	155.431,85	74,6	152.492,90	84,0	-2.938,95	-1,89
Umlaufvermögen	38.895,65	19,3	52.811,63	25,3	28.978,75	16,0	-23.832,88	-45,13
Rechnungsabgrenzungsposten	97,64	0,0	114,47	0,1	131,92	0,1	17,45	15,24
Bilanzsumme	**201.950,63**	**100,00**	**208.357,94**	**100,00**	**181.603,58**	**100,00**	**-26.754,36**	**-12,84**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	76.169,93	37,7	74.409,74	35,7	70.425,87	38,8	-3.983,87	-5,35
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.196,53	3,1	6.026,82	2,9	5.779,92	3,2	-246,90	-4,10
Rückstellungen	115.180,68	57,0	123.309,99	59,2	97.837,34	53,9	-25.472,65	-20,66
Verbindlichkeiten	4.298,92	2,1	4.539,65	2,2	7.521,31	4,1	2.981,66	65,68
Rechnungsabgrenzungsposten	104,57	0,1	71,74	0,0	39,14	0,0	-32,60	-45,44
Bilanzsumme	**201.950,63**	**100,00**	**208.357,94**	**100,00**	**181.603,58**	**100,00**	**-26.754,36**	**-12,84**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	107.775,94	106.073,80	108.280,30
andere aktivierte Eigenleistungen	793,96	600,73	597,61
sonstige betriebliche Erträge	7.313,66	9.448,27	6.955,29
Materialaufwand	29.034,26	27.710,39	29.123,33
Personalaufwand	28.646,37	30.702,61	27.494,64
Abschreibungen	9.483,39	8.909,84	8.893,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.750,84	24.182,32	24.637,58
Erträge aus Beteiligungen	169,03	362,75	327,79
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	8,56	8,35	8,22
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	646,97	518,08	354,74
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.303,12	10.685,55	14.611,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.490,13	14.821,28	11.763,23
außerordentliche Aufwendungen	1.578,36		
außerordentliches Ergebnis	-1.578,36		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.719,48	6.581,47	5.747,10
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	10.192,29	8.239,81	6.016,13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10.192,29	8.239,81	6.016,13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,46	7,77	5,56	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,45	12,45	9,34	%
Cash-Flow:	19.675,68	17.149,65	14.909,65	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	283,33	286,72	291,77	T€
Personalaufwandsquote:	24,72	26,44	23,74	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	57,68	55,16	63,32	%
Eigenkapitalquote:	37,72	35,71	38,78	%
Fremdkapitalquote:	62,28	64,29	61,22	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Das Geschäftsmodell von RWW

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserdirektversorger zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 750.000 Einwohner als Direktversorger mit Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 250.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW fünf Flusswasserwerke. Diese liefern, ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung, durch den Einsatz eines modernen und leistungsfähigen mehrstufigen

Aufbereitungsprozesses, qualitativ hochwertiges Trinkwasser. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW mit dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 2.900 km. Zur Instandhaltung des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht/Personal, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung inklusive Marketing, Vertrieb und Kommunikation. Der Bereich Technik gliedert sich in die Organisationseinheiten Stabsstelle Technik, Engineering, Produktion, Netze, Instandhaltung, Facility Management und Qualität. Die Organisationseinheiten Revision sowie Arbeitssicherheit/Umweltmanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet.

RWE Aqua GmbH (Sitz Mülheim an der Ruhr) ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen sind die weiteren Gesellschafter des Unternehmens und unmittelbar in den Aufsichtsgremien des Unternehmens vertreten. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit vollumfänglich den dringenden öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107f GO NW).

Managementseitig geführt wird die RWW von der RWE Deutschland AG. Die Gesellschaft mit Sitz in Essen bündelt die deutschen Aktivitäten des RWE Konzerns in den Bereichen Netz, Vertrieb und Energieeffizienz und führt die deutschen Regionalgesellschaften. RWW stellt als regionales Kompetenzcenter Wasser die Expertise der RWE Deutschland AG im Wassergeschäft dar.

Ziele und Strategien

RWW verfolgte auch in 2015 die konsequente Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Prozesse sowie der strategischen Planung und Umsetzung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Sicherung von Qualität und Versorgungssicherheit. Basierend auf dem RWW-Fachwissen und dem wasserwirtschaftlichen Anlagevermögen konnten zusätzlich erfolgreich vertriebliche Themenstellungen bearbeitet und mit kommunalen sowie industriellen Partnern und Kunden umgesetzt werden.

Im Geschäftsjahr wurde ein neuer langfristiger Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Reken abgeschlossen.

Zur Absicherung der Energieversorgung erfolgte zum Ende des Geschäftsjahres 2015 planmäßig der Erwerb von jeweils 14,2% der Geschäftsanteile an der „Windenergie Schermbeck-Rüste Verwaltungsgesellschaft mbH“ sowie der Erwerb von Geschäftsanteilen an der „Windenergie Schermbeck-Rüste GmbH & Co. KG“ mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 35 T€. In weiteren Schritten ist eine Erhöhung der Kommanditeinlage angestrebt.

Die Strategie, das ausgeprägte Fachwissen der RWW in den verschiedenen Bereichen der Trinkwasserversorgung für die Vermarktung von Dienstleistungen einzusetzen, wurde im Jahr 2015 erfolgreich und konsequent weitergeführt. Die verschiedenen technischen Dienstleistungen im Netzbetrieb (Armaturenkontrolle, Wasserverlustanalyse und Leckortung) werden gezielt von Wasserwirtschafts- und Industrieunternehmen nachgefragt. Im Rahmen der Produktentwicklung erfolgte eine Erweiterung im Bereich Leckagewarnsystem (LEWAS).

Seit der Entwicklung und Einführung des so genannten Systempreismodells für Trinkwasserpreise hat RWW seit 2012 eine führende Position bei innovativen Preissystemen. In Kooperation mit der Hochschule Ruhr West (HRW) wurde dieses Know-how in ein Beratungsprodukt umgewandelt, das mittlerweile bundesweit nachgefragt wird. Das Angebot zielt auf die Entwicklung individueller Preissysteme für Trinkwasserversorger ab und besteht aus modular aufgebauten Beratungselementen. Die Beratung zur Entwicklung eines Systempreismodells wurde in 2015 bei sechs Wasserversorgungsunternehmen bzw. Stadtwerken erbracht. Insgesamt drei Versorgungsunternehmen führten bereits das Systempreismodell ein. In 2015 wurden weitere Projekte bei Abwasser und Fernwärme gestartet.

RWW erhält mit der traditionellen Ausrichtung auf Kundenzufriedenheit und Preis-/Leistungs-transparenz eine anhaltend gute Resonanz. Diese kommt in hohen Zufriedenheitswerten bei den jährlichen Kundenbefragungen sowie geringen Beschwerderaten zum Ausdruck.

Verfahrenstechnische Beratung z. B. im Bereich des Aktivkohlemanagements oder der Energieeffizienz werden bei RWW nachgefragt. Durch das RWW-Engagement u. a. in der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Maßnahme „energieeffiziente und ressourcenschonende Wasserwirtschaft“ (ERWAS) wird gezielt die Kompetenz im Bereich Energieeffizienz und –management in Zusammenarbeit mit anderen Systempartnern weiter ausgebaut. RWW beteiligt sich an zwei Verbundprojekten innerhalb der Fördermaßnahme ERWAS. Zum einen beschäftigt sich das Projekt ENERWA mit der energetischen Optimierung des wasserwirtschaftlichen Gesamtsystems und zum anderen wird mit EWave ein innovatives Energie-Managementsystem entwickelt und bei RWW pilotiert. Die vertrieblichen Aktivitäten und die zielgerichtete Produktentwicklung zeigen, dass RWW sich gezielt wandelnden Marktanforderungen anpasst, auch um eine weitere Geschäftsentwicklung im Nicht-Tarifbereich („Drittgeschäft“) zu erzielen.

Gesetze, Verordnungen, technische Regelwerke und Sicherheitsvorschriften stellen hohe Anforderungen an die

Organisation des Unternehmens. RWW verfolgt daher eine stringente Zertifizierungsstrategie (z. B. Technisches Sicherheitsmanagement, DIN14001, EMAS III und zukünftig ggf. DIN50001). Die Umsetzung und Einhaltung der Regeln und Normen soll gewährleistet sein. Dies gilt sowohl für Arbeiten an eigenen Anlagen und Netzen als auch für Arbeiten im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte. RWW forciert im Rahmen einer Unternehmensinitiative „Sicher vorweg“ die Verringerung bzw. Vermeidung von Gefährdungen und Risiken für Personen, sowohl für die eigene Mitarbeiterschaft als auch für bei RWW beschäftigte Fremdunternehmen. RWW hat ständig das ambitionierte Ziel, den Wert „Häufigkeit der unfallbedingten Arbeitszeitausfälle“ (engl. Lost Time Injury Frequency (LTIF)) zu reduzieren. Arbeitsschutz und –sicherheit haben bei RWW einen sehr hohen Stellenwert. Auf Basis des DVGW-Regelwerkes W1001/1002 führt RWW ein intensives Krisenmanagementtraining zu verschiedenen Krisenszenarien durch. Hierzu wurde auch ein weiterer Austausch mit kommunalen und industriellen Krisenstäben innerhalb der Versorgungsgebiete initiiert, um eine Optimierung der Einbindung der RWW über geeignete Schnittstellenkommunikation zu gewährleisten.

Forschung und Entwicklung

Wie oben bereits erwähnt, werden Projektbeteiligungen im Rahmen der angewandten Forschung und Entwicklung zur Optimierung der Anlagen- und Prozesstechnik (inkl. Mess-, Steuer- und Regeltechnik) sowie Organisation und Management aktiv weiterentwickelt. So werden z. B. die im Rahmen des BMBF-Projektes „Sichere Ruhr – Badegewässer und Trinkwasser für das Ruhrgebiet“ erzielten Ergebnisse zur Überprüfung der betrieblichen Sicherheitsstandards hinsichtlich der Rückhaltung von Krankheitserregern und der Umsetzungsanforderungen weiter vertieft. Als Teilprojekt der BMBF-Fördermaßnahme RiKWa (Risikomanagement von neuen Schadstoffen und Krankheitserregern im Wasserkreislauf) fand ein Austausch aller Beteiligten unter Koordination des BMBF Anfang 2015 statt. Nicht nur die eigenen Forschungsergebnisse, sondern auch die Partizipation an den Ergebnissen der anderen Forschungsprojekte sowie der Transferprozess auf die RWW-Anforderungen stellen einen wichtigen unternehmerischen Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie von RWW dar.

Das Multibarrierensystem des Mülheimer Verfahrens stellt einen hohen technischen Standard dar. Als ein Trinkwasserversorgungsunternehmen, das von den Standortrahmenbedingungen schon immer besondere Herausforderungen für die Trinkwasseraufbereitung gestellt bekommt, gehört es zur Grundstrategie, neben dem Engagement zur Vermeidung von Stoff-einträgen in das Rohwasser, sich auch vorausschauend auf zukünftige Anforderungen einzustellen. Hierzu zählen u. a. das Engagement zur Etablierung eines Pilotprojektes zur Erfassung von (jodierten) Röntgenkontrastmitteln an der Quelle und die Ausarbeitung eines Roll-outs über die Ruhrregion bzw. das Flusseinzugsgebiet. Visionär, aber aus Sicht von RWW notwendig, um einen gesellschaftlichen Wandel zu erzielen, in dem die Vermeidung an der Quelle im Vordergrund steht. Diese Weiterentwicklung erfolgt gezielt im Sinne der RWW-Kunden, so dass RWW z. B. aktiv die Prozesssicherheit kontinuierlich und nachhaltig auch im regionalen Verbund den Anforderungen anpasst.

Als Beispiel für die RWW-Prozessoptimierung wird im Projekt ReAktiv die Verlängerung der Wertschöpfungskette von Wasserwerksaktivkohlen hin zur Nutzung in der Abwasserreinigung untersucht. Hier konnte durch das Forschungsprojekt gezeigt werden, dass eine nachhaltige Nachnutzung ökonomisch und ökologisch vorteilhaft ist.

Im Bereich der Hausinstallation tritt aktuell ein neues Schadenphänomen durch Lochkorrosion an Kupferinstallationen auf. Sachverständige haben über folgende Beobachtungen von Schäden berichtet:

- an alten, hartgelöteten Installationen mit Erstellungsdatum bis 1996, in denen singulär Schäden auftreten (Wellenbewegung der Schadensmaxima) oder nach langen Betriebszeiten (> als 20 Jahre),
- an Installation aus halbharten Kupferrohren, sowohl im Kalt- als auch im Warmwasserbereich.

Während im ersten Fall die Wasserbeschaffenheit eine ausschlaggebende Rolle spielen könnte, sind die Ursachen der heutigen Schäden an halbharten Rohren noch völlig ungeklärt. Es besteht in der Fachwelt allgemein der Konsens, dass Kupferlochkorrosion eine Systemeigenschaft ist, bei der die Faktoren Werkstoff, Lagerung, Verarbeitung, Inbetriebnahme, Betriebsbedingungen sowie die Wasserbeschaffenheit einen Einfluss auf die Korrosionswahrscheinlichkeit ausüben. Erst eine Kombination mehrerer ungünstiger Systemzustände bestimmt die Schadenswahrscheinlichkeit und deren Ausmaß. Die Sachverständigen haben für das neue Schadenphänomen in einem Expertengremium des DVGW folgende Aussagen getroffen:

- Es handelt sich um ein neues Schadensbild, das nicht mit den bisher bekannten Schadensbildern vergleichbar ist.
- Es tritt scheinbar bundesweit und zum Beispiel auch in den Niederlanden auf.

RWW engagiert sich aktiv im Rahmen eines DVGW-Forschungsprojektes, welches sich ab 2016 dieser Fragestellung widmet.

Insgesamt ist RWW in 2015 an fünf Forschungs- und Entwicklungsprojekten beteiligt, die gezielt die Bereiche Energie, Klimawandel, Prozessoptimierung, Hygiene und Hausinstallationen abdecken. In 2015 ist das BMBF-Projekt „REINER – Steigerung der Energieeffizienz in Wassernetzen durch neue Beurteilungstools und optimierte Reinigung“ gestartet und stellt einen weiteren Ansatz zur Prozessoptimierung dar. Neue Ansätze sollen unter anderem mit dem Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim an der Ruhr, entwickelt werden, wie z. B. neue Adsorbermaterialien und ein Ansatz für energetische Konversion stehen hierbei im Fokus. Beantragt ist das Forschungsvorhaben „3SmartX – intelligente Netzautomatisierung in der Wasserversorgung“. Durch die Automatisierung von Netzarmaturen sollen

neuartige Sicherheitskonzepte in der Wasserversorgung und allgemein flexiblere und intelligentere Netzfahrweisen ermöglicht werden. Gemeinsam mit den verschiedenen Projektpartnern erfolgt eine zielgerichtete Weiterentwicklung der RWW.

Die Wasserwerke an der Ruhr stehen in einem kontinuierliche Dialog mit Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit (Medien) zu den Themen „Eignung des Flusswassers für die Trinkwassergewinnung", „toxikologische Bewertung von im Ruhrwasser festgestellten organischen Spurenstoffen" und „Mikroverunreinigungen". Ergänzt wird dies durch o. g. Ansatz, Stoffe an der Quelle zu erfassen und diese erst gar nicht in den Wasserkreislauf gelangen zu lassen.

Das Umweltministerium NRW diskutiert und verfolgt im Rahmen des Programms „Reine Ruhr" als Anschlussaktivität zur „Arnsberger Vereinbarung" beim integrierten Gewässerschutz mehrere Ansätze:

- Vermeidung von Schadstoffeinträgen an der Quelle
- Verschärfte Kontrollen der industriellen Direkteinleitungen
- Weitere Aufrüstung der Kläranlagen
- Einführung von Mindeststandards bei der Trinkwasseraufbereitung in den Ruhrwasserwerken
- Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über naturwissenschaftliche Zusammenhänge bei der Diskussion um das Thema „Wie rein muss Trinkwasser sein?"

Obwohl nicht unmittelbar betroffen, stehen die aktuell geführten Diskussionen zur möglichen Weiterentwicklung der Abwasserreinigungsstufe mit den vorangehend aufgeführten Aspekten in Zusammenhang. Die Umweltqualitätsnorm-Richtlinie (RL 2008/105/EG) legt auf europäischer Ebene für bestimmte prioritäre und prioritär gefährliche Stoffe Umweltqualitätsnormen (= Immissionsgrenzwerte für den guten Zustand von Oberflächengewässern) fest. Die Liste der diesbezüglichen Stoffe wird in regelmäßigen Abständen (nun sechs Jahre) auf der Basis von wissenschaftlichen Daten und Risikobewertungen überarbeitet.

Nach Artikel 4 der Wasserrahmen-RL sind die Einleitungen, Emissionen und Verluste schrittweise zu reduzieren und für die prioritär gefährlichen Stoffe letztlich zu beenden. Neben der fachlich und kommunikationsrelevanten Diskussion zur Bewertung von Grenzwerten zum Schutz für das aquatische Leben und den humantoxikologischen Ansätzen für den Bereich der Trinkwasserversorgung, wird auch die Kostenträgerschaft für die Maßnahmenum-setzung kontrovers diskutiert. RWW als Trinkwasserversorger mit einer Rohwassergewinnung u. a. aus dem Oberflächenwasser der Ruhr ist bestrebt, die Perspektive der Trinkwasserversorgung aktiv in diesen Prozess einzubringen. Für den Grundwasserbereich zeigt sich sehr deutlich, dass die intensive Diskussion zur Implementierung von weitergehenden Maßnahmen zur Reduktion von Nitrateinträgen in das Grundwasser ein Schwerpunktthema für den Bereich des Münsterlandes (Grundwasserleiter Halterner Sande) bleiben wird. Nach annähernd zwanzig Jahren der gemeinsamen Kooperationsarbeit mit der Landwirtschaft haben sich beide Parteien nach einem sehr intensiv geführten Dialogprozess auf ein weitergehendes Ziel- und Maßnahmenprogramm geeinigt. Hervorzuheben ist, dass es best-practice-Betriebe gibt, die schon heute die Kooperationsziele erreichen. Das Ziel von RWW ist es, auch die anderen Betriebe zu erreichen und gemeinsam die Verringerung des Nitrateintrages anzustreben. Es geht hierbei um die nachhaltige Sicherung der Ressource Wasser.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Wasserwirtschaftsjahr 2013/2014 war in Summe überdurchschnittlich nass. Es folgte 2014/2015 ein leicht zu trockenes Winterhalbjahr sowie ein deutlich trockenes Sommerhalbjahr. Besonders trocken fielen die Monate Mai und Juli 2015 aus. Die Monate Juni und September sorgten für kurze Unterbrechung in der seit Februar bis September 2015 anhaltenden Trockenphase. Im wasserwirtschaftlichen Jahr 2014/2015 zeigte sich in der Tendenz der charakteristische Jahresverlauf der letzten Jahre – mit extremen Wetterereignissen und neuen, jahreszeitlichen Wärmerekorden im Juli und August mit Spitzentemperaturen von 40,3°C. Im Herbst 2015 wurden leichtüberdurchschnittliche Niederschlagswerte mit durchschnittlicher Sonnenscheindauer verzeichnet. Die Förder- und Absatzsituation bei RWW war durch diesen Jahresverlauf geprägt.

Die gesamte Absatzmenge von 74,5 Mio. m³ liegt mit 4,7 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Während im Bereich des Betriebswassers ein Mengenrückgang von 5,3 Mio. m³ und im Tarifkundensegment ein Rückgang von 0,4 Mio. m³ zu verzeichnen war, konnten die Absatzmengen im Bereich der Sondervertragskunden konjunkturbedingt um 1,0 Mio. m³ gesteigert werden.

Benchmarking hat sich in der Wasserwirtschaft in NRW zu einem festen Bestandteil der effizienz- und kundenorientierten Unternehmenssteuerung entwickelt. RWW betreibt Benchmarking aktiv auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen auf der Ebene der Landes-Benchmarkingprojekte in NRW, zum anderen durch Beteiligung an konkreten Vergleichen mit wenigen anderen Unternehmen zu einzelnen operativen Prozessen, die sich auf Leistungs- und Effizienzaspekte beziehen.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen im Sachanlagevermögen lagen unverändert zum Vorjahr im Verteilnetz sowie in der Wassergewinnung und –aufbereitung (Gesamtinvestitionen in Höhe von 7,8 Mio. €).

RWW hat gezielt auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) optimierte Rehabilitationsplanung und die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Managements weiter umgesetzt. Die Erneuerungsplanung der sicherheitskritischen Netzinfrastruktur der RWW wurde systematisch weiterentwickelt. Hierzu wurden unter anderem für wesentliche Störfallsituationen Szenarien simuliert. Abgeleitete Ergebnisse wurden entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert. Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den wesentlichen kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem in 2015 weitergeführten Erneuerungsprogramm hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit erhöht.

So entfällt auch im Geschäftsjahr 2015 der wesentliche Teil der getätigten Investitionen auf die Erneuerung bzw. Erweiterung des Versorgungsnetzes einschließlich Wasserzähler (4,6 Mio. €; Vorjahr: 4,7 Mio. €).

Im Bereich des Zählermanagements hat RWW die Installation von prozessorgesteuerten Speichereinheiten (sog. Datenlogger) bei ausgewählten Kunden mit der Zielsetzung, Informationen zum Verbrauchsverhalten der Kundengruppe zu erlangen, weitergeführt. Hierdurch kann der für den Kunden geeignete Zähler (Typ und Dimensionierung) ausgewählt werden.

Das gesamte Investitionsvolumen im Bereich der Wasserwerke beläuft sich auf 3,2 Mio. € (einschließlich der Anlagen im Bau).

Berichterstattung nach EnWG / Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg:
RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2015 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich andere Tätigkeiten gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal jeweils so viel Wasser, dass die drei Turbinen effizient zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr ist gegeben. Im Kraftwerk Kahlenberg wurde im Vorjahr die Erneuerung des Turbinenrades der Turbine 3 erfolgreich abgeschlossen. Die Turbinen 1 und 2 des Wasserlaufkraftwerks wurden im Geschäftsjahr 2015 einer routinemäßige Wartung unterzogen. Hierbei wurden Risse im Laufrad und in der Turbinenwelle der Turbine 2 festgestellt. Die Erneuerung der Turbinenwelle sowie die Reparatur und Umarbeitung des Laufrads wird im Frühjahr 2016 erfolgen.

Mit einer erzeugten Leistung von 17,0 GWh in 2015 (Vorjahr: 15,0 GWh) gehört dieser Jahreswert zu den Niedrigerzeugungsjahren. Die erzeugte Strommenge setzte RWW fast ausschließlich im eigenen Unternehmen ein.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Im Bereich Finanzen werden das Betriebsergebnis, die Dividende und die Höhe der Investitionen als wesentliche Steuerungsgrößen verwendet. Im nichtfinanzbezogenen Bereich steuert RWW die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der Kennzahl Absatzmenge.

Betriebliches Ergebnis und Absatzmenge: Die Kennziffer betriebliches Ergebnis definiert sich aus dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bereinigt um das Zinsergebnis sowie die Erträge aus Ausleihungen und Genossenschaftsanteilen des Finanzanlagevermögens zuzüglich der Beteiligungserträge. Das betriebliche Ergebnis erhöhte sich im Geschäftsjahr um 1,0 Mio. € auf 26,0 Mio. € und liegt damit deutlich über dem prognostizierten betrieblichen Ergebnis von 21,0 Mio. €. Gründe für die Abweichung sind im Wesentlichen erhöhte Umsatzerlöse im Sondervertragskundensegment, erhöhte Erträge aus Anlagenabgängen sowie Erträge aus Altersversorgung durch geänderte Bewertungsparamater der Pensionsrückstellungen.

Gegenüber 2014 wurden in 2015 4,7 Mio. m³ weniger abgesetzt, im Wesentlichen bedingt durch den Rückgang im Bereich der Betriebswasserlieferung.

Investitionen: Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv. Daher bildet die optimale Höhe der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen eine weitere Zielgröße. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (einschließlich Umbuchungen) betrugen im Geschäftsjahr 9,4 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €).

Die Höhe der vorgesehenen Dividende liegt mit 7,0 Mio. € um 3,0 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Neben einer Vollausschüttung des Jahresergebnisses sollen den Gewinnrücklagen 1,0 Mio. € entnommen werden. Der Rückgang des Jahresergebnisses ist ganz wesentlich auf die weiterhin anhaltende Zinsschmelze zurückzuführen, die sich bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen stark ergebnisbelastend entwickelt.

Lage

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2015 Mio. €	2014 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	108,9	106,7
Sonstige betriebliche Erträge	6,9	9,4
Materialaufwand	-29,1	-27,7
Personalaufwand	-27,5	-30,7
Abschreibungen	-8,9	-8,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-24,6	-24,2
Zins- und Finanzergebnis	-13,9	-9,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5,8	-6,6
Jahresüberschuss	6,0	8,2

Die im Geschäftsjahr erzielten Umsatzerlöse einschließlich der aktivierten Eigenleistungen liegen um 2,2 Mio. € über dem Vorjahreswert. Während sich die Umsatzerlöse aus den Wasserlieferungen um 2,3 Mio. € auf 105,4 Mio. € und die Erlöse aus Stromverkauf um 0,1 Mio. € erhöhten, reduzierten sich die Erlöse aus Hausanschlüssen und Baukostenzuschüssen jeweils um 0,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

Die Erlössteigerung aus Wasserlieferungen ist im Tarifkundensegment ausschließlich preisbedingt (Preiserhöhung zum 01.01.2015), während sie im Sondervertragskundensegment (Trinkwasser) im Wesentlichen mengenbedingt ist.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick der Wasserbeschaffung bzw. der Wasserabgabe bei RWW:

	2015 in Mio. m³	2014 in Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	68,8	73,6
Fremdbezug	11,7	11,8
	80,5	**85,4**
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	25,4	24,4
Betriebswasser	13,3	18,6
	38,7	**43,0**
Tarifkunden	35,8	36,2
	74,5	**79,2**
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netz-verluste (unentgeltliche Verbräuche)	**6,0**	**6,2**

Mit 74,5 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um 4,7 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 38,7 Mio. m³, das sind 4,3 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Auf die gesamte Trinkwasserabgabe entfielen 61,2 Mio. m³, davon 35,8 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden, das sind 0,4 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Die Mengen im Sondervertragskundenbereich erhöhten sich konjunkturbedingt - mit Ausnahme einer vertraglich vereinbarten Liefermengenreduzierung für einen großen Sondervertragskunden im Bereich der Betriebswasserlieferung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 6,9 Mio. € um 2,5 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres, im Wesentlichen bedingt durch geringere Erträge aus Anlagenabgängen (-2,0 Mio. €) sowie geringeren Rückstellungsauflösungen (-0,2 Mio. €).

Der Materialaufwand liegt mit 29,1 Mio. € um 1,4 Mio. € über dem Vorjahreswert. Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 0,4 Mio. € und die Energieaufwendungen um 0,5 Mio. € zur Verbesserung des Ergebnisses beitrugen, erhöhten sich die bezogenen Leistungen um 2,3 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch erhöhte Erhaltungsaufwendungen im Rohrnetz und Wasserwerksbereich.

Die Personalaufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mio. € auf 27,5 Mio. €. Während die Aufwendungen für Löhne und Gehälter um 0,7 Mio. € und die Aufwendungen für soziale Abgaben um 0,3 Mio. € stiegen, reduzierten sich die Aufwendungen für Altersversorgung als Folge der Änderung der Bewertungsparameter (Aktiven- und Passivendynamik) um 4,2 Mio. €.

Zum Stichtag 31.12.2015 beschäftigte RWW 414 (Vorjahr 418) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 26 Mitarbeiter befinden

sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbelegschaft geführt werden. Die Zahl der Angestellten sank von 216 auf 211 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 203 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 16,7% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 27,5%. Auch im Berichtsjahr bildete RWW über den eigenen Bedarf aus. Am 31.12.2015 befanden sich 22 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Industriekaufmann/-frau, Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/-in und Anlagenmechaniker/-in mit Fachrichtung Rohrsystemtechnik. RWW beschäftigte zum Jahresende 32 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befindet sich ein Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 8,9 Mio. € vollständig auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotieren mit 24,6 Mio. € um 0,4 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Während die Aufwendungen für die Konzessionsabgaben um 1,0 Mio. € anstiegen, die Aufwendungen für Beiträge und Gebühren mit 4,9 Mio. € vollständig auf dem Vorjahresniveau verblieben, entfällt die Ergebnisverbesserung von 0,6 Mio. € der übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf eine Vielzahl von Einzelsachverhalten.

Das Zins- und Finanzergebnis verschlechterte sich um 4,1 Mio. € auf -13,9 Mio. €. Diese Ergebnisverschlechterung resultiert hauptsächlich aus dem weiter rückläufigen Zinsniveau, das sich sowohl negativ bei den Erträgen aus Geldanlagen niederschlägt (-0,2 Mio. €) als auch durch höhere Zinsbelastungen bei den Pensionsrückstellungen (15,2 Mio. €, Vorjahr 10,1 Mio. €). Die Beteiligungserträge liegen mit 0,3 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Die sich für das Geschäftsjahr 2015 ergebene Steuerquote von ca. 49% ist mit den weiter auseinander driftenden Wertansätzen der Pensionsrückstellungen in Handels- und Steuerbilanz zu erklären.

Finanzlage

RWW ist als Konzernunternehmen der RWE AG in den Cash Pool der RWE Deutschland AG, Essen, einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsposition und Liquiditätsausgleich sowie der Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2015 waren insgesamt 51,8 Mio. € bei der RWE Deutschland AG verzinslich angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich eine zahlungswirksame Reduzierung des Finanzmittelfonds um 23,6 Mio. €, die im Wesentlichen durch den Beitritt der RWW zum CTA (Contractual Trust Arrangements) mit 30,0 Mio. € zum Berichtsjahresanfang begründet ist. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand zuzüglich der konzerninternen Geldanlagen.

	2015 Mio. €	2014 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-7,8	18,0
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-5,8	-2,4
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-10,0	-10,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**-23,6**	**5,6**

Der Rückgang des Cash Flow aus Investitionstätigkeit um 3,4 Mio. € ergibt sich einerseits aus erhöhten Investitionen (+1,0 Mio. €) bei gleichzeitigem Rückgang des Saldos der Erträge bzw. Verluste aus Anlagenabgängen (+2,4 Mio. €).

Das Manageable Working Capital (im Wesentlichen Differenz zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten) beläuft sich auf 3,8 Mio. € und unterschreitet somit deutlich die Zielvorgabe von maximal 10,5 Mio. €.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
Anlagevermögen	152,5	155,4
Umlaufvermögen	29,0	52,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1
Bilanzsumme	**181,6**	**208,3**
Eigenkapital	70,4	74,4
Rohrnetzkostenzuschüsse	5,8	6,0
Rückstellungen	97,8	123,3
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	7,6	4,6
Bilanzsumme	**181,6**	**208,3**

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 26,7 Mio. € auf 181,6 Mio. €. Hauptursache auf der

Aktivseite war der Rückgang des Umlaufvermögens. Als Folge des Beitritts der RWW zum CTA ging die Liquidität um 30,0 Mio. € zurück. Gleichzeitig reduzierte der Marktwert des CTA (30,9 Mio. €) ausweisbedingt die Pensionsrückstellungen. Das Anlagevermögen nahm um 2,9 Mio. € auf 152,5 Mio. € ab: Gesamtinvestitionen von 24,5 Mio. € (inklusive Finanzanlagen von 15,2 Mio. €), Abgängen von 18,6 Mio. € (inklusive Finanzanlagen von 18,2 Mio. €) und verrechneten Abschreibungen (einschließlich Zuschreibungen) von 8,8 Mio. €. Die Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) von 24,5 Mio. € entfallen auf:

	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
immaterielle Vermögensgegenstände	0,3	0,2
Grundstücke	0,2	0,0
technische Anlagen und Maschinen	3,2	2,8
Rohrnetz und Wasserzähler	4,6	4,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,0	0,8
Finanzanlagen	15,2	0,1
	24,5	**8,6**

RWW weist für das Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss von 6,0 Mio. € aus. Im Geschäftsjahr 2015 sind den Gewinnrücklagen 1,8 Mio. € entnommen worden und 10,0 Mio. € ausgeschüttet worden. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 38,8% (Vorjahr 35,7%).

Die Rückstellungen reduzierten sich um 25,5 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die Saldierung mit der im Geschäftsjahr vorgenommenen Dotierung des CTA in Höhe von nominal 30,0 Mio. €. Zum Berichtsjahresende beläuft sich der Zeitwert des Fondsvermögens auf 30,9 Mio. €.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4. Chancen- und Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement des RWE Konzerns eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft RWE Deutschland AG abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden. Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht aus der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen.

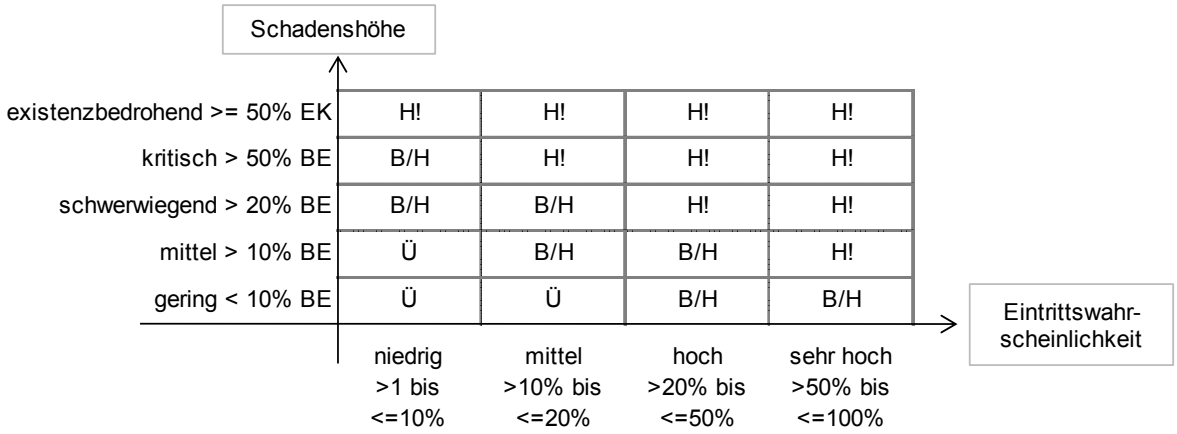
Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt strukturieren:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, differenzierte Preise, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt und sind Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld,- Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden, denen RWW durch ein striktes Forderungsmanagement begegnet.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.



H!...aktueller Handlungsbedarf; B/H…beobachten, ggf. handeln; Ü…überwachen
EK…Eigenkapital nach HGB; BE…betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2016 nicht erkennbar sind, da sämtliche Risiken der Kategorie Ü zuzuordnen sind.

5. Prognosebericht

RWW ist bestrebt, ihre Marktposition als leistungsfähiger regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. Das Unternehmen wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ der RWE Deutschland AG weiter etablieren, die Stärken und fachlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft weiter systematisch einbringen und Synergien in der Zusammenarbeit mit Unternehmen der RWE-Gruppe erschließen. RWW ist bestrebt, ihre Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung auch mit Dritten kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wachstum für RWW, das auf dem Tagesgeschäft aufbaut, das Wassergeschäft der RWE Deutschland AG, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens. Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind wichtig für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig weiter auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten und den Aufbau von Kooperationen und benachbarten Versorgern konzentrieren. Die Überprüfung der Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs- und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern. In der Position als Vorlieferant für Trinkwasser und in dem Ausbau von wassernahen Dienstleistungen sieht RWW die Chance, weitere Wachstumsziele zu generieren.

Die Aktivitäten zur Ausweitung von Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen angestrebt.

RWW steht – in sich langsam veränderndes Wasserteilmärkten – im Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des RWE-Konzerns nutzen. Auch in diesem Zusammenhang spielen die Möglichkeiten von Kooperationen mit benachbarten Versorgungsunternehmen eine strategische Rolle.

Die vorgesehenen Investitionen in das Sachanlagevermögen des kommenden Jahres konzentrieren sich mit einem Volumen von gut 9,0 Mio. € auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen.

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebliches Ergebnis von ca. 20,0 Mio. € erwartet. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiterentwickelt und somit seine Marktposition als leistungsfähiger Wasserversorger ausbaut. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von ca. 72,3 Mio. m³. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die „Zinsschmelze“ auf den Kapitalmärkten weiter fortschreitet und damit den Jahresüberschuss durch hohe Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen weiter belastet. Eine Korrektur der handels- und steuerrechtlichen Regelungen ist vor diesem Hintergrund für 2016 dringend geboten.

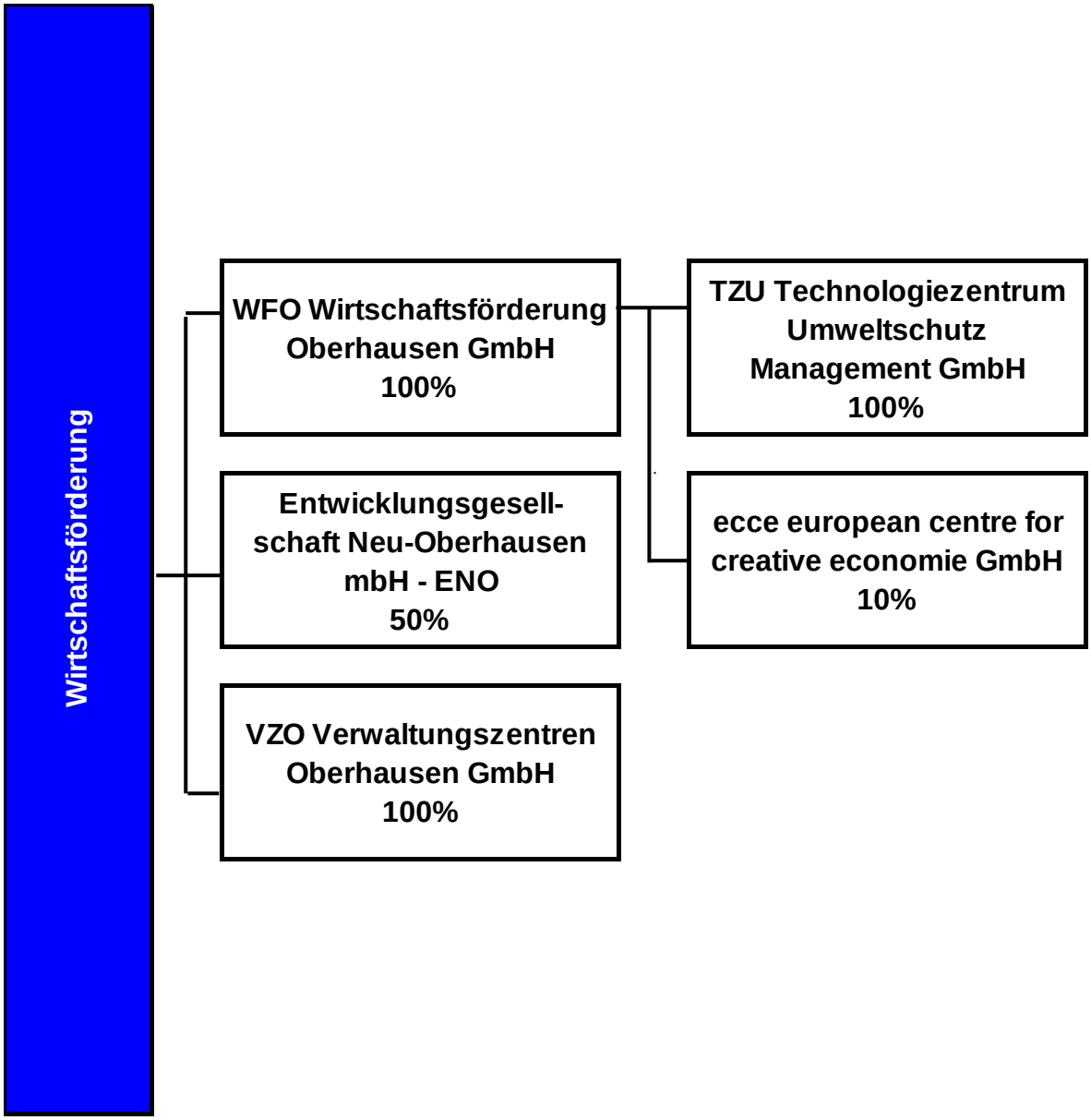
Die Geschäftsführung geht daher von einer Dividendenzahlung in Höhe von 7,0 Mio. € aus.

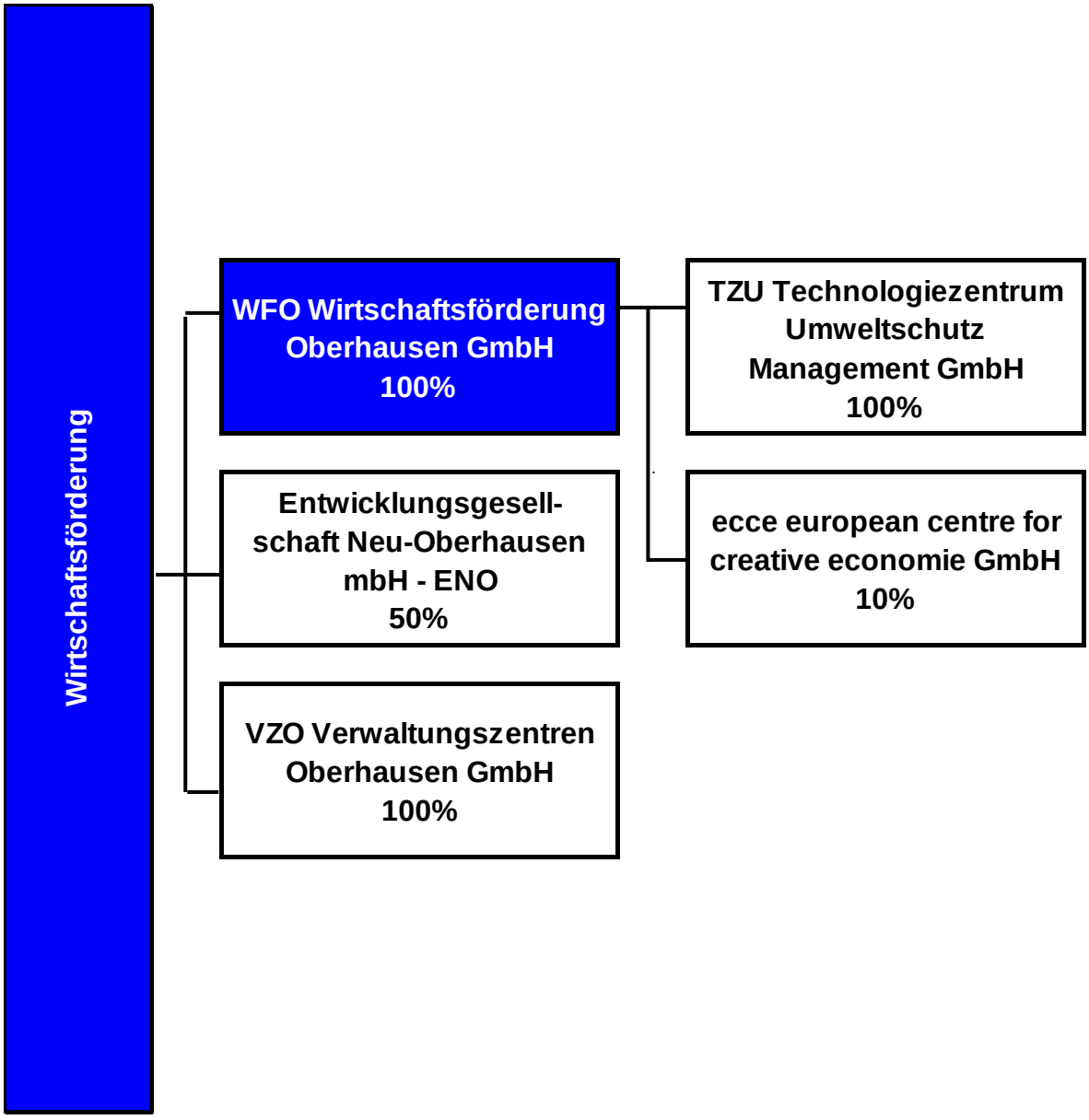
Mülheim an der Ruhr, 21.01.2016

RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung




Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@wfo-gmbh.de
Internet	www.wfo-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes
Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke, deren Aufbereitung zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, insbesondere im Gebiet von Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied gem. § 113 GO	Schranz, Daniel
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Mellis, Karl-Heinz
	Mitglied	Tüzün, Saadettin
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
Prokura:	Prokurist	Siegers, Norbert

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00
	TDM	**%**
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.881,67	40,4	2.736,81	39,2	2.591,95	40,1	-144,86	-5,29
Umlaufvermögen	4.258,86	59,6	4.245,13	60,8	3.871,83	59,9	-373,30	-8,79
Bilanzsumme	**7.140,53**	**100,00**	**6.981,94**	**100,00**	**6.463,78**	**100,00**	**-518,16**	**-7,42**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.353,49	47,0	3.547,12	50,8	3.181,57	49,2	-365,55	-10,31
Sonderposten mit Rücklagenanteil	779,11	10,9	715,46	10,2	651,82	10,1	-63,64	-8,89
Rückstellungen	99,51	1,4	144,16	2,1	93,60	1,4	-50,56	-35,07
Verbindlichkeiten	2.908,43	40,7	2.575,20	36,9	2.536,79	39,2	-38,41	-1,49
Bilanzsumme	**7.140,53**	**100,00**	**6.981,94**	**100,00**	**6.463,78**	**100,00**	**-518,16**	**-7,42**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	800,00	780,00	780,00
sonstige betriebliche Erträge	1.058,70	1.047,90	1.081,18
Personalaufwand	852,31	916,38	947,93
Abschreibungen	145,86	145,98	146,26
sonstige betriebliche Aufwendungen	715,75	704,90	1.062,34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,75	0,95	0,11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	59,07	43,35	42,83
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	86,46	18,22	-338,07
außerordentliche Erträge		270,72	
außerordentliches Ergebnis		270,72	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4,37	36,41	-36,40
sonstige Steuern	58,90	58,90	63,88
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	23,19	193,63	-365,55
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.012,66	3.035,86	3.229,49
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.035,86	3.229,49	2.863,94

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,90	24,82	-46,87	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,30	60,96	-115,09	%
Cash-Flow:	169,05	339,62	-219,29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	154,89	152,32	155,10	T€
Personalaufwandsquote:	45,86	50,13	50,93	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,13	18,52	17,76	%
Eigenkapitalquote:	46,96	50,80	49,22	%
Fremdkapitalquote:	53,04	49,20	50,78	%

e) Lagebericht

Standortförderung ist eine permanente Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Nur wenn die Voraussetzungen stimmen, können sich Unternehmen erfolgreich entwickeln. Es gilt, die Stärken zu bewahren und unseren Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln, um ihn am Markt wettbewerbsfähig zu halten.

Die Digitalisierung ist dafür zweifellos ein entscheidender Wegbereiter. Um ihre enormen Potentiale für neue Geschäftsmodelle und betriebliche Prozesse nutzen zu können, müssen jedoch wesentliche Voraussetzungen in der Region gegeben sein – allem voran eine leistungsfähige Breitband- infrastruktur. Die WFO und die Stadt haben sich deshalb im vergangenen Jahr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und für die Unternehmen Lösungen geschaffen. Ende 2016 werden alle Gewerbegebiete durch das Unternehmen Versatel, das mehrere Millionen in den Ausbau investiert, an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen sein. In einem Pilotprojekt am Max-Planck-Ring wurden 2015 die Voraussetzungen für das Roll-Out definiert.

Nicht nur der digitale Wandel kommt schnell auf uns zu. Die Unternehmen spüren heute schon die Auswirkungen der demografischen Entwicklung. Die Schülerzahlen gehen zurück. Gleichzeitig zieht es immer mehr Jugendliche an die Hochschulen. Für Unternehmen wird es schwieriger, ausreichend gute Bewerber für ihre Ausbildungsplätze zu gewinnen und zu den Fachkräften auszubilden, die sie brauchen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Gute Bildung und Ausbildung sind das Fundament für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Wenn dazu starke Branchen und eine

leistungsfähige Infrastruktur kommen, können die Unternehmen selbstbewusst in die Zukunft blicken. Unsere Hauptaufgabe als Wirtschaftsförderung in diesem Bereich besteht darin, die verschiedenen Akteure gut zu vernetzen und den Informations- und Kommunikationsaustausch zu optimieren. Das machen wir in verschiedenen Projekten und durch unterschiedliche Veranstaltungen.

Der Prozess der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Eingrenzung der künftigen Aufgabenbereiche und Verschmelzung mit der Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH (TMO), hat die Arbeit der Gesellschaft im abgelaufenen Kalenderjahr beeinflusst. In vielen Workshops und Arbeitskreisen unter Federführung des beauftragten Beratungsunternehmens ExperConsult sind Ideen und Konzepte für die künftigen Tätigkeitsfelder entwickelt worden. Die Ergebnisse wurden in verschiedenen städtischen Gremien beraten und mündeten in einen Ratsbeschluss.

Die Wirtschaftsförderung soll künftig durch eine pro-aktive Schlüsselkundenbetreuung als zentralem Kernelement des Unternehmensservices erfolgen. Eine Fokussierung auf wichtige Leitmärkte ist notwendig. Diese sind wie folgt definiert: „Tourismus.Shopping.Entertainment“ und „Zukunft.Stadt“. Der industrielle Kern und das produzierende Gewerbe bilden ebenfalls einen Schwerpunkt.
Darüber hinaus sollen die Handlungsfelder „Unternehmensservice und Fachkräftesicherung“, „Qualitatives Flächen- und Immobilienmanagement für Industrie, Gewerbe und Büro“ sowie „Standortmarketing für Oberhausen“ verstärkt bearbeitet werden.

Gewerbeflächen- und Objektvermittlung - Nach wie vor verfügt die Wirtschaftsförderung über sehr wenige eigene Flächen, die für die Realisierung gewerblicher Maßnahmen geeignet sind. Darüber hinaus sind im Jahre 2015 die Grundstücksflächen im Gewerbegebiet Waldteich und im Hansapark-Ost komplett vermarktet worden, so dass sich das verfügbare Flächenangebot weiter reduziert hat. Es beschränkt sich jetzt im Wesentlichen auf die Bereiche des ehemaligen Stahlwerksgeländes – dem sogenannten BusinessPark.O, die MAN-GHH-Flächen an der Kirchhellener- und der Steinbrinkstraße sowie der Restfläche im Bereich des Marina-Parks.

Im Hinblick auf die noch zu entwickelnden Gewerbe-Großflächen an der Waldteichstraße (ehem. nationale Kohlenreserve) und an der von-Trotha-Straße (ehem. Zeche Sterkrade) steht die WFO im engen Kontakt mit der Stadt und den jeweiligen Eigentümern. Hier sind es insbesondere Fragen zur Erschließung und zum beabsichtigten Bau- und Planungsrecht, die für die künftige Nutzung dieser Areale eine entscheidende Bedeutung haben werden.

Grundstücksentwicklung **„Zeche Osterfeld“**- Auch im Geschäftsjahr 2015 hat die WFO ihre Vermarktungsaktivitäten für die rd. 2 ha große, gewerblich für Dienstleitungen und nicht störendes Gewerbe zu nutzende Fläche der ehemaligen Fläche Osterfeld, fortgesetzt. Das Grundstück wird von dem Bebauungsplan Nr. 540 „Vestische Straße / Zum Steigerhaus“, der konkret rd. 8.000 qm Mischgebiet und rd. 9.100 qm Gewerbegebiet ausweist, überplant. Nach den fortlaufenden Flächenbereinigungsprozessen hat sich eine neue Bewertung hinsichtlich der vermarktbaren Nettofläche und eine Marktpreisanpassung ergeben. Im Mai 2015 ist für die Flächen die Zweck- bindungsfrist entfallen.

Für das **Steigerhaus** hat die WFO im Geschäftsjahr 2015 Aufwendungen von 348 TEUR getätigt. Dabei entfielen auf die Erneuerung des Flachdachs rd. 310 TEUR. Rd. 38 TEUR hat die WFO in unterschiedliche Reparatur-, Modernisierungs-, Sicherheits- und Instandsetzungsmaßnahmen u. a. zur Aufrechterhaltung der Vermietbarkeit und der historischen Bausubstanz investiert. Ferner wurde in 2015 das **Große Torhaus** im Zuge seiner Neuvermietung umfangreich saniert und renoviert. In diesem Zusammenhang hat die WFO einen Betrag von rd. 34 TEUR investiert. Der Mieter hat ebenfalls erhebliche Aufwendungen getätigt und nutzt das Gebäude nunmehr multifunktional als Ausstellungs-, Veranstaltungs-, Besprechungs- und Büroraum. Die Vermietungsquote für das Steigerhaus und die beiden Torhäuser belief sich in 2015 auf nahezu 100 %.

Kreativwirtschaft - Wie im Vorjahr dient auch im Jahr 2015 die Zusammenarbeit sowohl mit der ecce european centre for creative economy GmbH, als auch mit der Stadt Oberhausen der Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in der Stadt. Gemeinsame Projekte und Aufgaben, die insbesondere über das Kulturdezernat und das Kulturbüro bearbeitet werden, konnten weitergeführt werden (bspw. Netzwerktreffen/Treffen in diversen Arbeitskreisen). Da das kulturelle Umfeld einer Kommune oder Region mehr und mehr eine entscheidende Rolle als Standortfaktor bei der Ansiedlung von Unternehmen spielt, ist Kultur- und Kreativwirtschaft zugleich Wirtschaftsförderung.

Wirtschaftsfaktor Tourismus - Mit den Themen „Shopping, Entertainment, Industriekultur“ war Oberhausen 2015 wieder ein überaus interessantes Reiseziel - auch für Touristen aus dem Ausland. Die Gasometer-Ausstellung „Der schöne Schein“, die Musicals „Sister Act“ und „Mamma Mia“ im Stage Metronom Theater, der Sea Life Abenteuerpark, das Legoland Discovery Centre sowie das CentrO. u. a. mit der Weihnachtswelt haben im vergangenen Jahr maßgeblich zur touristischen Attraktivität Oberhausens beigetragen. Zusätzlich haben eine starke Resonanz im MICE-Segment und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Geschäftsreisende innerhalb der Metropole Ruhr positive Impulse für den Standort Oberhausen gesetzt.

Mit insgesamt 446.040 Übernachtungen und 203.315 Ankünften (Quelle: IT.NRW Düsseldorf) sind die Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht gesunken. Eine generelle Trendwende in der positiven Entwicklung der letzten Jahre ist jedoch nicht festzustellen. Vielmehr stabilisiert sich das Übernachtungsgeschäft auf einem hohen Niveau. Das zeigt die durchschnittliche Bettenauslastung der lokalen Betriebe mit über zehn Betten. 50,7

Prozent Bettenauslastung bedeutet für Oberhausen in 2015 den ersten Platz aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen, noch vor Köln, Aachen und Bonn. Ohne eine zukünftige Ausweitung der Kapazitäten ist ein weiterer dynamischer Anstieg der Übernachtungszahlen in Oberhausen kaum noch zu erreichen. Für die positive Weiterentwicklung des Standortes wären weitere 1 - 2 Hotels, auch im höheren Preis- segment, wünschenswert. Die fünf wichtigsten ausländischen Quellmärkte im Jahr 2015 waren die Niederlande, Spanien, Belgien, Großbritannien und Österreich. Allein die Anzahl an Übernachtungen belgischer Gäste ist 2015 um insgesamt 21,9 Prozent gestiegen.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2015 endet nach Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus Vorjahren mit einem Bilanzgewinn i. H. v. 2.864 TEUR. Der tatsächliche Jahresverlust beträgt 366 TEUR. Er ist wesentlich durch die Kosten der Flachdacherneuerung des Steigerhauses in Höhe von 310 TEUR und durch die Wertberichtigung der Kapitalertragssteuerforderung in Höhe von 42 TEUR geprägt.

Unter Zugrundelegung der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 02.12.2014 beschlossenen Wirtschaftsplanung lag der erwartete Jahresfehlbetrag bei 155 TEUR. Das tatsächliche Ergebnis liegt damit um 211 TEUR unter dem Planansatz.

Das Gesamtvermögen und -kapital der Gesellschaft haben sich zum 31.12.2015 um 518 TEUR = 7,42% verringert. Neben planmäßigen Abschreibungen sind hierfür insbesondere die hohen Mittelabflüsse im Zusammenhang mit den Sanierungsarbeiten am Steigerhaus verantwortlich.

Die Gesellschaft finanziert sich unter Berücksichtigung des Sonderpostens zu 59,3 % aus Eigenkapital, zu 36,2% aus langfristigem Fremdkapital und zu 4,5% aus kurzfristigem Umlaufkapital.

Der Jahresfehlbetrag ist ursächlich für Rückgang der liquiden Mittel. Mit € 1,0 Mio sind diese aber weiterhin für die Geschäftsfähigkeit der Gesellschaft ausreichend.

Um das Leistungsangebot der Wirtschaftsförderung weiterhin erfolgs- und zukunftsorientiert anbieten zu können, wurde bereits im Jahre 2014 ein Prozess der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung eingeleitet. Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung am 10.03.2014 einen Prüfauftrag zur inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschlossen. Das auf dieser Basis beauftragte Beratungsunternehmen ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investitionen GmbH & Co. KG, Dortmund hat im Mai 2015 einen Abschlussbericht zur Neuorganisation der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen 2020+ vorgelegt. Die Erarbeitung der Inhalte und der neuen Struktur erfolgte in einer Projektstruktur, an der Vertreterinnen und Vertreter aus Politik,

Verwaltung, der Oberhausener Wirtschaft und wirtschaftsnaher Institutionen beteiligt waren. Hinzu wurden Workshops mit Aufsichtsräten und Beschäftigten der beteiligten Gesellschaften durchgeführt.

ExperConsult empfiehlt die Zusammenführung und Verschmelzung der Gesellschaften WFO und TMO zu einer Wirtschafts- und Tourismusförderungsgesellschaft. Die ENO soll weiterhin eigenständig bleiben, da nur so sichergestellt werden kann, dass der weiterhin gewünschte Einfluss der privaten Gesellschafter sowie die Nutzung der privaten Finanzierungsanteile zur Wirtschaftsförderung gesichert bleiben.

Die beteiligten Aufsichtsräte sowie der Rat der Stadt Oberhausen haben den Abschlussbericht im Juni 2015 zur Kenntnis genommen und entschieden, der dort empfohlenen Vorgehensweise zu folgen. Nachfolgend wurde durch die Gesellschaften in enger Zusammenarbeit mit der Beteiligungs- verwaltung der Stadt Oberhausen die finanzielle und tatsächliche Umsetzbarkeit der Vorschläge untersucht und geprüft.

Der Rat der Stadt hat auf Basis dieser Analyse nach entsprechender Beschlussfassung der Aufsichtsräte von WFO und TMO in seiner Sitzung am 14.12.2015 die Zusammenführung beschlossen und die Finanzierung der neuen Wirtschaftsförderungs- und Tourismusgesellschaft durch die Gewährung entsprechender Zuschusszahlungen gesichert.

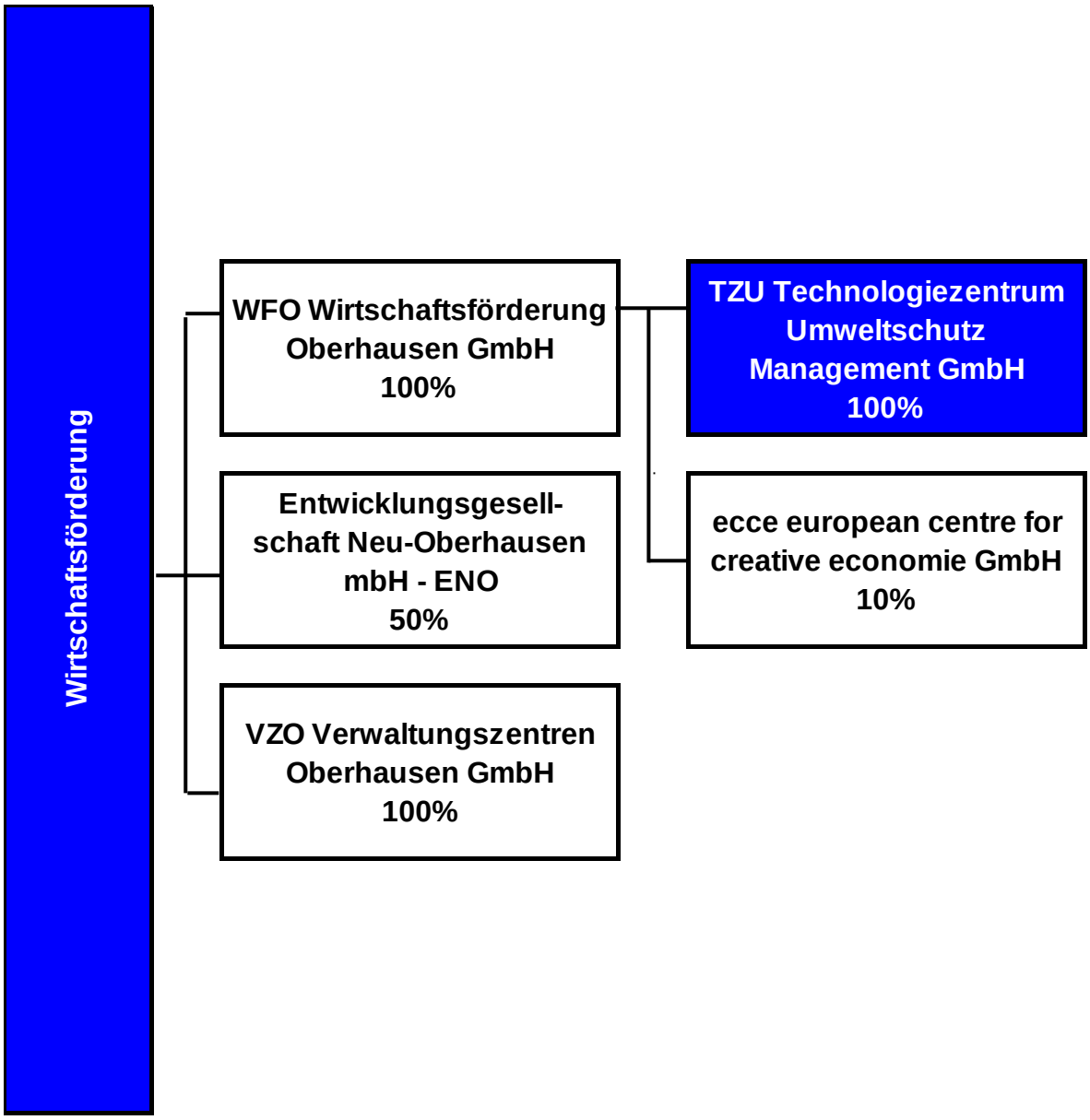
Vorgesehen ist, die Gesellschaften auf Basis der Jahresabschlüsse 2015 im Laufe des ersten Halbjahres 2016, rückwirkend zum 01.01.2016, zu verschmelzen.

Nach dieser Verschmelzung soll die Gesellschaft den Namen „OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH“ führen.

Oberhausen, 26.02.2016

WFO - Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Geschäftsführer

Frank Lichtenheld


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	lerch@tzu.de
Internet	www.tzu.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 300,00

Gesellschafter:

	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
Stadt Oberhausen	Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lerch, Klaus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	5.948,38	71,4	5.206,67	67,1	4.464,88	62,1	-741,79	-14,25
Umlaufvermögen	1.565,40	18,8	1.659,42	21,4	1.838,25	25,6	178,83	10,78
Rechnungsabgrenzungsposten	5,24	0,1	5,26	0,1	1,76	0,0	-3,50	-66,54
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	817,15	9,8	891,94	11,5	887,96	12,3	-3,98	-0,45
Bilanzsumme	**8.336,17**	**100,00**	**7.763,29**	**100,00**	**7.192,86**	**100,00**	**-570,43**	**-7,35**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.692,75	44,3	3.258,31	42,0	2.823,87	39,3	-434,44	-13,33
Rückstellungen	355,28	4,3	368,10	4,7	395,16	5,5	27,06	7,35
Verbindlichkeiten	4.288,14	51,4	4.136,88	53,3	3.973,82	55,2	-163,06	-3,94
Bilanzsumme	**8.336,17**	**100,00**	**7.763,29**	**100,00**	**7.192,86**	**100,00**	**-570,43**	**-7,35**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	640,00	680,00	680,00
sonstige betriebliche Erträge	461,56	482,66	451,52
Personalaufwand	0,70	1,20	1,94
Abschreibungen	742,03	742,09	741,78
sonstige betriebliche Aufwendungen	392,21	348,83	240,63
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,27	0,82	0,13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	153,18	145,20	142,35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-185,28	-73,84	4,94
außerordentliche Erträge	4,48	4,48	4,48
außerordentliche Aufwendungen	5,44	5,44	5,44
außerordentliches Ergebnis	-0,96	-0,96	-0,96
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-186,24	-74,79	3,98
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-34.130,94	-34.317,18	-34.391,97
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34.317,18	-34.391,97	-34.387,99

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-29,10	-11,00	0,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,54	-0,22	0,01	%
Cash-Flow:	555,79	667,30	745,77	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,06	0,10	0,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,36	67,07	62,07	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage

Im Geschäftsjahr 2015 hat die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) den vertraglich vereinbarten Pachtzins i. H. v. EUR 680.000 komplett gezahlt, so dass die Liquidität der TZU Management GmbH im gesamten Jahr 2015 gesichert war.
Wie schon in den Vorjahren kam es auch in 2015 zu unvorhersehbaren Mängeln an den Gebäuden, die dazu führten, dass die lt. Pachtvertrag auf EUR 200.000 gedeckelten Kosten für Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung um ca. EUR 58.000 überschritten wurden. Vertragsgemäß wurden diese Kosten von der TZU Management GmbH übernommen, so dass ein Jahresüberschuss von ca. EUR 4.000 festzustellen ist.
Die übrigen Ergebnisse in 2015 entsprachen fast vollständig den Planvorgaben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

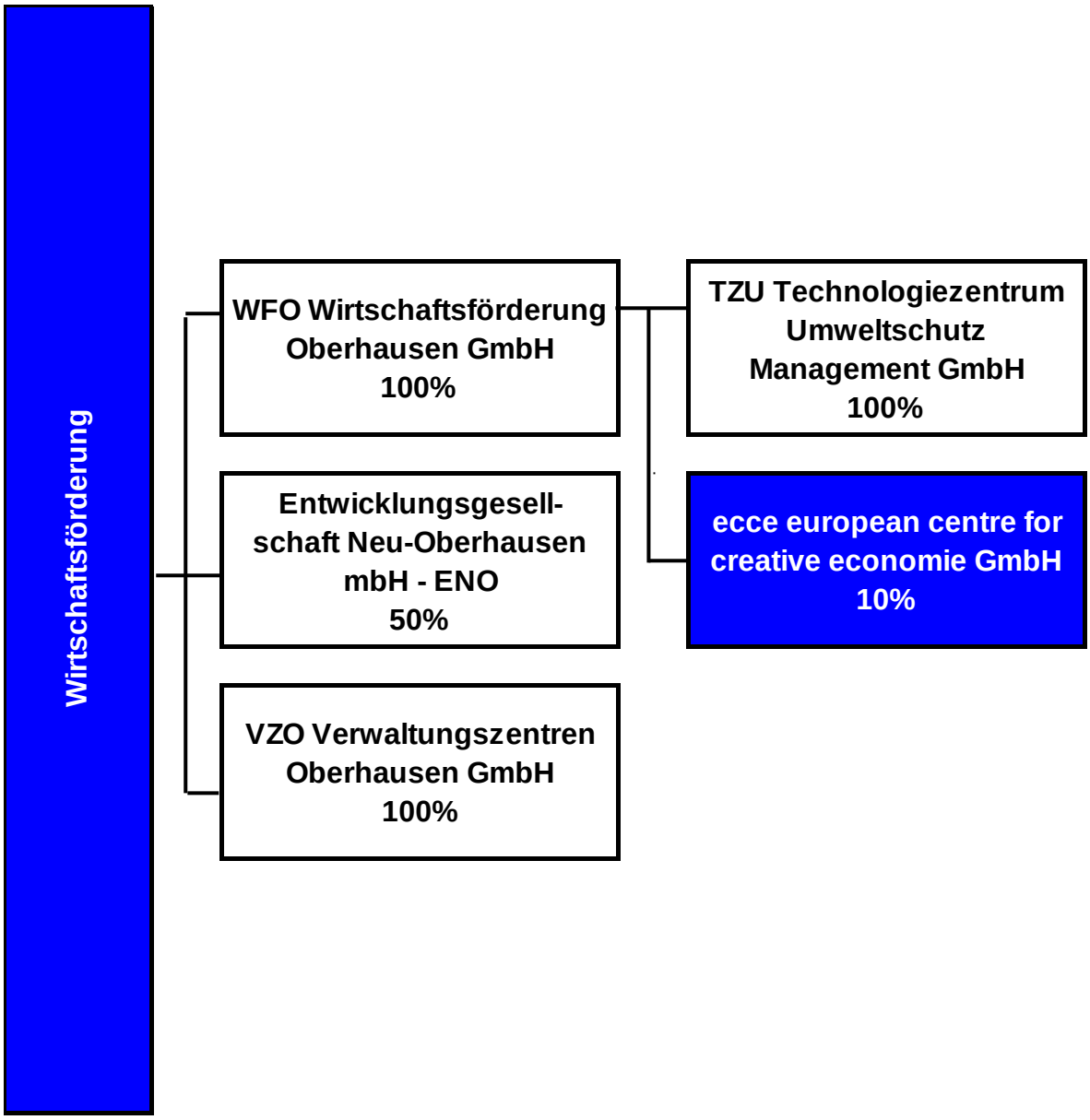
Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit Schreiben vom 3.11.2015 hat die OGM den bis zum 31.12.2016 laufenden Pachtvertrag mit der TZU Management GmbH fristgerecht gekündigt.
In 2016 muss somit eine Entscheidung getroffen werden, ob die Gebäude des Technologiezentrums veräußert werden sollen oder ob ein Weiterbetrieb des Technologiezentrums durch die TZU Management GmbH angestrebt wird.
Sollte die TZU Management GmbH die Gebäude als Technologiezentrum weiter betreiben, müsste entsprechendes Personal bei der TZU Management GmbH angestellt werden, um wie in der Zeit von 1993 bis 2006 einen reibungslosen Betrieb als Technologiezentrum zu gewährleisten.
Auch in 2016 bleibt abzuwarten, ob und in welcher Höhe Reparaturen an den Gebäuden anfallen.
Um die Gebäude für jetzige und zukünftige Mieter attraktiv zu gestalten, müssten mindestens geschätzte EUR 1.500.000 in die Gebäude investiert werden. Dieses Geld müsste von der TZU Management GmbH evtl. von der NRW.Bank aufgenommen werden.
Aufgrund der zurzeit vorliegenden Zahlen benötigt die TZU Management GmbH mit entsprechendem Personal und Neu-Aufnahme der benötigten Darlehen einen entsprechend höheren Vermietungsstand, um kostendeckend zu arbeiten.
Somit ergibt sich für die kommenden Jahre bei der TZU Management GmbH ein erhöhtes Vermietungs- und Instandhaltungsrisiko, aber auch die Chance für die Stadt Oberhausen durch die Ansiedlung innovativer Unternehmen Arbeitsplätze zu schaffen und vermehrt Gewerbesteuer zu generieren.
Da die TZU Management GmbH zurzeit über EUR 1.700.000 liquider Mittel verfügt und der Marktwert der Gebäude mindestens EUR 5.000.000 über dem Buchwert liegt, würden sich bei der TZU Management GmbH auch bei einem zunächst nicht ausreichenden Vermietungsstand in den nächsten Jahren weder Liquiditäts- noch Überschuldungsprobleme ergeben.

Oberhausen, 23. Februar 2016

Klaus Lerch (Geschäftsführer)

TZU Technologiezentrum Umweltschutz
Management GmbH


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Moog-Platz 7
44137 Dortmund

Kontakt:

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	2,50	10,00
Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH	5,00	20,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Prof. Gorny, Dieter
	Prokuristin	Löhr, Claudia

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Lichtenheld, Frank
Kuratorium:	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Dr. Bandelow, Volker
	Mitglied	Bomheuer, Andreas
	Mitglied	Buchloh, Volker
	Mitglied	Dieckmann, Dietmar
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Prof. Dr. Gather, Ursula
	Mitglied	Geiß-Netthöfel, Carola
	Mitglied	Krämer, Reinhard
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Stüdemann, Jörg
	Mitglied	Townsend, Michael
	Mitglied	Westphal, Thomas
	Mitglied	Kufen, Thomas
	Mitglied	Dr. Fischer, Hans-Dieter
	Mitglied	Fleskes, Heinz-Dieter
	Mitglied	Laupenmühlen, Janine
	Mitglied	Peters, David
	Mitglied	Prof. Mehnert, Kurt
	Mitglied	Timmerberg, Vera

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	33,38	14,8	14,23	9,0	8,90	4,9	-5,33	-37,46
Umlaufvermögen	190,95	84,8	144,07	90,9	172,36	94,3	28,29	19,64
Rechnungsabgrenzungsposten	0,94	0,4	0,13	0,1	1,51	0,8	1,38	1.061,54
Bilanzsumme	**225,28**	**100,00**	**158,44**	**100,00**	**182,77**	**100,00**	**24,33**	**15,36**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25,00	11,1	25,00	15,8	25,00	13,7	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	33,38	14,8	14,23	9,0	8,90	4,9	-5,33	-37,46
Rückstellungen	18,91	8,4	19,97	12,6	17,74	9,7	-2,23	-11,17
Verbindlichkeiten	141,89	63,0	99,15	62,6	116,31	63,6	17,16	17,31
Rechnungsabgrenzungsposten	6,10	2,7	0,08	0,1	14,83	8,1	14,75	18.437,50
Bilanzsumme	**225,28**	**100,00**	**158,44**	**100,00**	**182,77**	**100,00**	**24,33**	**15,36**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	82,91	46,27	12,30
sonstige betriebliche Erträge	1.086,91	1.147,84	1.026,20
Materialaufwand	417,47	385,93	308,33
Personalaufwand	531,20	552,24	532,27
Abschreibungen	24,46	21,00	6,17
sonstige betriebliche Aufwendungen	196,68	234,93	191,72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	24,46	21,00	6,17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86,65	91,85	94,41	T€
Personalaufwandsquote:	45,41	46,25	51,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,27	8,39	4,87	%
Eigenkapitalquote:	11,10	15,78	13,68	%
Fremdkapitalquote:	88,90	84,22	86,32	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung am 28.11.2011 durch die Stadt Dortmund als Ankergründerin und einziger Gesellschafterin hat die ecce GmbH ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass „die von Ruhr 2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden" soll. Ferner sollen die „Wirtschaftsförderung metropoleruhr (WMR) als regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusammen mit ecce die Entwicklung der projektierten Kreativ.Quartiere zu profilierten Adressen der Kreativwirtschaft" moderieren.

Die Gesellschafter-Struktur der ecce GmbH ist per 31.12.2015 unverändert wie folgt:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Wirtschaftsförderung Oberhausen	10 %
Wirtschaftsförderung metropoleruhr	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat gemäß ihres Auftrages für das Geschäftsjahr 2015 Bewilligungen für folgende Fördermittel erhalten:

A. Betriebskosten in Höhe von 300.000,00 €
B. Kreativ-Quartiere in Höhe von 285.500,00 €
C. Forum d'Avignon Ruhr in Höhe von 270.000,00 €

D. EU Strategie 188.285,00 €
E. Standort NRW 50.161,00 €
F. Spillover 18.520,00€
G. Recherche Künstlerförderung 17.701,00 €
H. Entwicklung IKF 7.740,00 €
I. NICE Award und Ausstellung 32.000,00 €

Zwischen dem Land NRW und dem RVR wurde mit der ecce GmbH eine Zielvereinbarung für die Jahre 2016-2018 beschlossen, die die Ziele der durchzuführenden Projekte festlegt und die Finanzierung der Betriebskosten für die Jahre 2016-2018 absichert.

Durch die Zielvereinbarung werden ecce zudem neue Tätigkeiten ermöglicht, insbesondere die Durchführung von EU-Projekten mit mehrjähriger Laufzeit sowie von zusätzlichen Projekten im Rahmen der Strategien des MFKJKS sowie des RVR. Diese Regelung kam in 2015 im Rahmen der Entwicklung eines neuen Förderprogramms des MFKJKS, der Individuellen KünstlerInnen Förderung (IKF), zur Anwendung:

ecce hat im Herbst 2015 ein Projekt zur quantitativen und qualitativen Befragung von mehr als 1.000 KünstlerInnen und Kreativen für das MFKJKS durchgeführt und dazu die PROGNOS AG beauftragt, die auf Basis der Befragungsergebnisse und Bedarfe von KünstlerInnen und Kreativen Empfehlungen für die Ausgestaltung des IFK-Förderprogramms des MFKJKS erstellt hat.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ecce sich in 2015 durch die Zielvereinbarung und das damit verbundene Projekt IKF auf einem neuen strukturellen Niveau in NRW etablieren konnte.

Von besonderer Relevanz für die Entwicklung von ecce ist die Gewinnung von Fördergeldern und Förderprojekten jenseits der Kulturetats des Landes NRW. Dies ist bereits in 2015 beim MWEIMH gelungen - z.B. durch die Förderung des NICE Awards und die Kooperation in der Durchführung CID NRW sowie die Beratung des MWEIMH bei der Ausschreibung der Studie „Digitalisierung der Kreativwirtschaft in NRW“.

Unabhängig von der strukturellen Entwicklung von ecce wurden folgende Projekte umgesetzt:

- Kreativ.Quartiere Ruhr
    - Individuelle Künstlerförderung: Standort NRW / Internationale Recherche
- Forum d‘ Avignon Ruhr
- NICE Award
- Europa:
    - Network for Innovations in Culture and Creativity in Europe
    - European Creative Business Network
    - Regionalkooperationen
- Forschung zu Spillover-Effekten / Herausgabe to be debated

Diese Projekte sind die zentralen Handlungsfelder, die sich gegenseitig in einer nachhaltigen Gesamtstrategie ergänzen, um die Ziele von ecce effizient einzulösen, die lokale und regionale Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der entsprechenden urbanen Verortung unter Nutzung der europäischen Potenziale zu stärken

Im Folgenden sind einige herausragende Ergebnisse bzw. Kernfakten zusammengefasst:

Die Zahl der teilnehmenden Städte am Programm **Kreativ.Quartiere Ruhr** ist von Jahr zu Jahr gestiegen, auch die Zahl der Kreativ.Quartiere. 2015 wurden so viele Anträge wie noch nie gestellt und 15 Anträge bewilligt, die erstmals den Förderetat des Landes NRW für ein Jahr überschritten. Die Zahl der antragsstellenden Städte wie auch der KünstlerInnen und Kreativen und damit die Vielfalt hat sich ebenfalls erhöht.

Im vierten Jahr nach Gründung wurde ecce bzw. das Projekt „Kreativ.Quartiere Ruhr“ erstmals auf die Konferenz Nationale Stadtentwicklung in Leipzig eingeladen. Im Anschluss daran hat sich eine Kooperation mit der Kreativgesellschaft Hamburg, der HFG Offenbach und dem Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft der Stadt München entwickelt, um Kulturelle Initiativen sowie Kreativwirtschaft als Impulsgeber für die Nationale Stadtentwicklungspolitik zu stärken. Dazu findet in 2016 ein Anschlussprojekt im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit statt.

Die Positionierung der Kulturmetropole Ruhr in Europa und in der Europäischen Debatte über Kultur und Wandel wurde durch das **Forum d’ Avignon Ruhr** erfolgreich realisiert – in 2015 haben sich erstmals mehr als 350 TeilnehmerInnen (2014: 250) aus über 26 (2014: 21) Mitgliedsstaaten angemeldet. Die Zahl der Social Media Kontakte stieg auf über 360.000 an den beiden Veranstaltungstagen.

Das Thema fokussierte die digitale Revolution und ihre Herausforderungen an unsere Kultur. Dies betrifft unser kulturelles Selbstverständnis ebenso wie Geschäftsmodelle in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Das FAR stellt die These auf, dass in einer offenen Gesellschaft diese digitalen Revolution nicht ohne Kultur erfolgen kann und darf – und diskutiert dies mit Experten aus Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit beteiligte sich das Ruhrgebiet an einer

internationalen Debatte unter Einbezug der Kultur und Kreativwirtschaft als Treiber für gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationen in einer digitalen Welt.

Der **N.I.C.E. Award** 2015 hat mit mit 213 Einreichungen aus 29 Staaten die angestrebte Profilierung eingelöst und alle Erwartungen übertroffen. Die Qualität der Beteiligung ist in die Höhe geschnellt, wie Bewerbungen des Frauenhofer Instituts, der Dutch Design Week oder der Arts University London belegen.

Die 15 Nominierten zum N.I.C.E. Award 2015 hatten auf vier Netzwerk-Veranstaltungen im Rahmen des Forum d' Avignon Ruhr Gelegenheit für intensive Gespräche mit AkteurInnen der Kreativwirtschaft NRWs. Der N.I.C.E. Exchange Workshop, die N.I.C.E Vernissage, das Meet & Match und die N.I.C.E. Preisverleihung wurden am 22. und 23. September von mehr als 250 Experten aus der Wirtschaft und Kreativwirtschaft in NRW und Europa besucht.

Die **Regionalkooperationen** konnten ausgebaut werden - u.a. mit der Metropolregion Rhein-Neckar, die Fotografen und Designern aus dem Ruhrgebiet Ausstellungsmöglichkeiten im Mannheimer C-HUB geboten haben, sowie mit North-East England in Kooperation mit dem RVR, die mit einer 15-köpfigen Delegation das Ruhrgebiet besuchten, darunter auch das Forum d'Avignon Ruhr.

ecce konnte erneut Förderanfragen bzw. –partnerschaften ins Ruhrgebiet vermitteln: Ein 2014 gestellter Antrag im Programm EYE unter Beteiligung von Gelsenkirchen war erfolgreich: Das sogenannte EXCITE Programm wird seit Anfang 2015 umgesetzt.

Durch die erstmalige Herausgabe von Schriften zu europaweit relevanten Themen und Debatten wie „spillover" oder „Kulturelle Milieus" hat sich ecce als Know-How-Zentrum und sogar innerhalb nur eines Jahres als Impulsgeber für europaweite **Forschungsprojekte** profiliert. So entstand eine mehrjährige europäische Forschungspartnerschaft zu kulturellen und kreativen Spillover-Effekten mit so führenden Institutionen wie der European Culture Foundation und dem Arts Council England, die sich über eine einmalige Projektkooperation hinaus entwickelt hat. Das Forschungsprojekt bzw. die daraus entstandene Studie wurde in ganz Europa zu Präsentationen eingeladen - von Spanien bis Irland, darunter auch zur größten Kulturkonferenz der European Union, dem European Culture Forum.

Die Strategien und Projekte der 2015 haben nicht nur einen kulturellen und kreativen Beitrag zum Strukturwandel geleistet, sondern wurden auch in neuen Feldern wie Forschung und Wissenschaft sowie der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in NRW und im Bund wahrgenommen:

Dafür steht erstens ein Aktionsplan „Kultur und Kreativwirtschaft an den Ruhr Universitäten 2016", der 2015 in mehreren Workshops mit den Universitäten und an deren Bedarf orientiert erarbeitet wurde, und eine Kooperation mit der ID Factory/ TU Dortmund sowie zweitens der Creative Industries Dialog in Kooperation dem Wirtschaftsministerium NRW, der zu neuen Forschungsprojekten (Digitale Kreativwirtschaft) sowie in Kooperation mit dem RVR zu neuen Vorschlägen für die Stärkung des Kreativwirtschaftsstandortes Ruhr geführt hat.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2015 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs sowie der Projekte Forum d'Avignon Ruhr, Kreativ.Quartiere, EU-Strategie, Spillover, NICE Award, Standort NRW und Entwicklung der individuellen KünstlerInnen-Förderung für 2015 war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Nachtragsbericht

Wesentliche Risiken und weitere Vorfälle von besonderer Bedeutung, außer den in diesem Bericht genannten, haben sich im Berichtsjahr und auch nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

4. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist nicht festzustellen. Die Zuwendungsbescheide der Projekte für 2016 liegen vor. Zwei weitere Förderbescheide für die Projekte NICE Award & Stage sowie die Durchführung der Konferenz Creative Industries Dialogue durch das MWEIMH werden kurzfristig erwartet. Die Finanzierung der Betriebskosten ist erstmals mehrjährig durch die Zielvereinbarung für die Jahre 2016 bis 2018 abgesichert.

5. Prognosebericht

Das Förderprogramm des Landes aus Mitteln des MFJKKS für die Kreativ Quartiere wird in 2016 nicht nur fortgeführt, sondern strukturell durch mehrere neue Städte wachsen. Innerhalb von drei Jahren wird sich damit die Zahl der beteiligten Städte fast verdoppelt haben - trotz der immer höheren Anforderungen an die Städte. Eine neue Qualität des Förderprogramms entsteht auch durch das erste regionale Projekt, bei dem fünf Städte unter dem Lead der Stadt Hamm kooperieren.

Für die Pilotierung des IFK-Programms des MFKJKS mit einem Etat von ca. 300.000 Euro im Ruhrgebiet wurde ecce vom MFKJKS für das Jahr 2016 eine weitere Stelle im Rahmen des Projektes Kreativ.Quartiere Ruhr bewilligt.

Das Forum d'Avignon Ruhr findet am 24. und 25. August 2016 in Essen statt - voraussichtliches Thema wird Kreativität als Rohstoff und Ressource sein. Der Wechsel des Veranstaltungsortes vom GOP zu Philharmonie steht symbolisch für den Erfolg des Forums.

Für das Jahr 2016 ist ein Ausbau der Kooperation und Förderprojekte mit dem MWEIMH geplant und beantragt. Hierzu gehören die Fortführung des Projekt N.I.C.E- Award & Stage ebenso wie ein neues Projekt zur Durchführung der Konferenz Creative Industries Dialogue im letzten Quartal 2016.

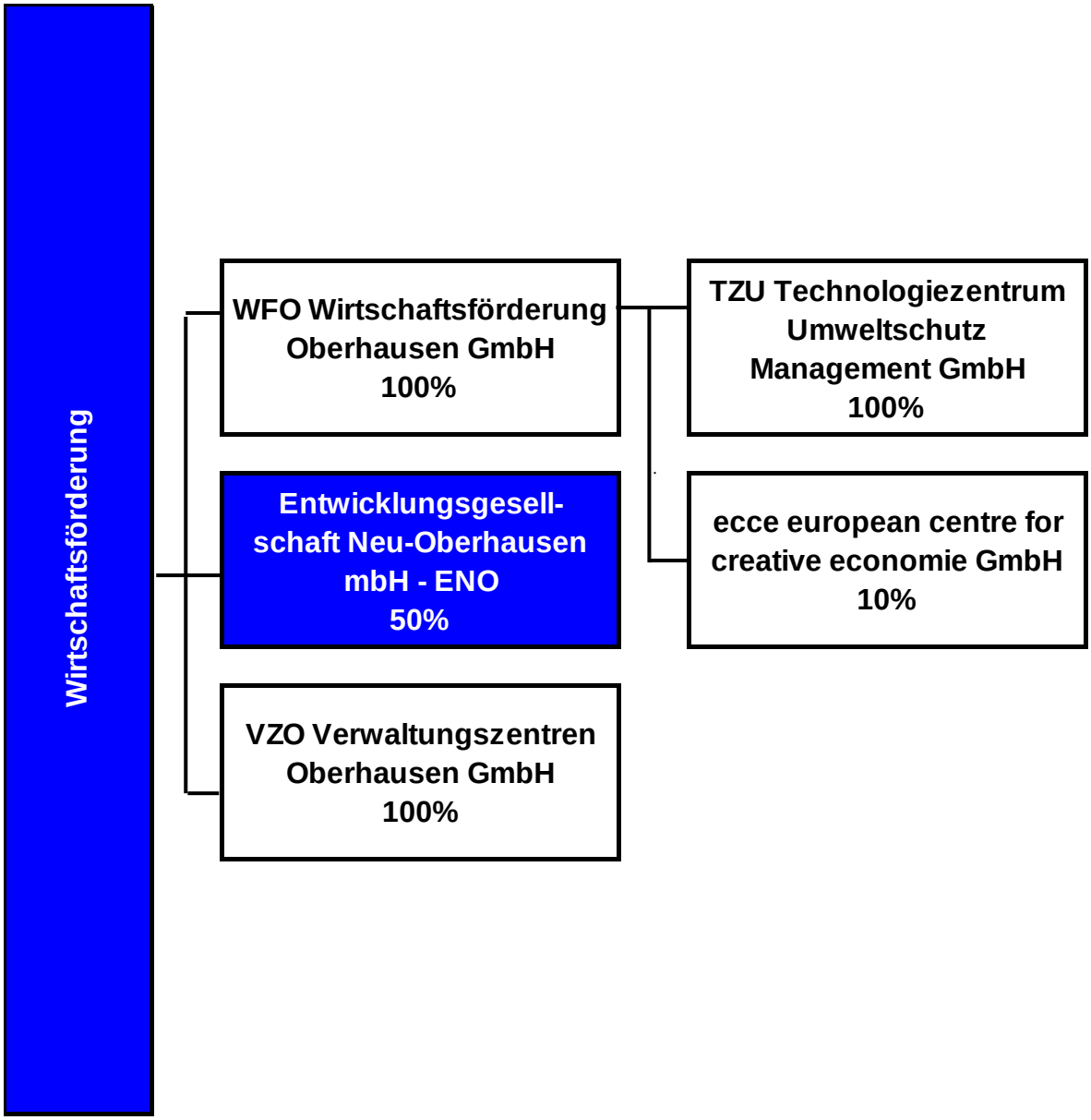
Die EU-Strategie von ecce umfasst 2016 drei Handlungsfelder: die Förderung von kulturellen kreativen Innovationen, die Verbesserung von Rahmenbedingungen für Kultur- und Kreativunternehmer in Europa und den Einsatz für eine holistische Forschungsagenda in Europa, die innovative, auch qualitative Forschungsmethoden fördert. ecce setzt sich – durch Initiierung und Leitung der European Research Partnerships for Cultural and Creative Spillovers – für eine Reform der Evaluierung von Kultur ein, damit Kultur nicht nur quantitativ ökonomisch bewertet wird. Dies ist eine der Voraussetzungen überhaupt, um Kulturpolitik und auch Kulturinvestitionen im Wettbewerb anderer Politikfelder zu stärken.

Um diese Ziele zu erreichen, werden z.B. die folgenden drei Projekte durchgeführt: das Projekt NICE Netzwerk, das European Creative Business Network mit dem European Creative Industries Summit sowie die European Research Partnership for Cultural and Creative Spillovers.

Der N.I.C.E. Award wird 2016 wieder vom Wirtschaftsministerium des Landes NRW gefördert und das Preisgeld wird mit Unterstützung der Städte aus dem Ruhrgebiet wieder 20.000 € betragen. Erstmals wird es am Vorabend des Forum d’Avignon Ruhr ein Pitching-Präsentation der von der Jury ausgewählten KandidatInnen geben mit einem anschliessenden Networking Dinner für Gäste aus Kultur und Wirtschaft unter Teilnahme vor Wirtschaftsminister Garrelt Duin.

Dortmund, den 08.03.2016

Prof. Dieter Gorny


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/8503610
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet www.eno-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%*
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft mbH & Co. KG	0,61	0,21
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
Bangel GmbH & Co. Industriebau-Projektierungs KG	0,50	0,17
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,21
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
b+w Electronic Systems GmbH	0,51	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Dazzle Oberhausen GmbH	1,50	0,50
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,20
Fritz Effekt GmbH	0,50	0,17
Gehring Archivdepot GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,21
Harpering EDV-Systeme	0,50	0,17
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG	0,61	0,21
MAN Diesel & Turbo AG	6,39	2,15
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,17
Möbel Heck Einrichtungshaus KG	0,31	0,10
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,22
move elevator GmbH	0,31	0,10
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,20
Oxea Deutschland GmbH	0,63	0,21
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17

Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,34
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	6,39	2,15
Stadt Oberhausen	159,40	53,58
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	18,95
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,20
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,17
Versatel West GmbH	0,26	0,09
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,20
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08

* prozentualer Anteil unter Berücksichtigung der von der ENO gehaltenen eigenen Anteile

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzender	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Schmidt, Hartmut
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef

Mitglied Wittmann, Regina

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	3,41	0,4	2,16	0,3	2,62	0,3	0,46	21,30
Umlaufvermögen	861,95	99,5	856,76	99,6	821,45	99,6	-35,31	-4,12
Rechnungsabgrenzungsposten	1,12	0,1	1,06	0,1	0,93	0,1	-0,13	-12,26
Bilanzsumme	**866,48**	**100,00**	**859,98**	**100,00**	**825,00**	**100,00**	**-34,98**	**-4,07**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	679,08	78,4	669,97	77,9	627,08	76,0	-42,89	-6,40
Rückstellungen	172,45	19,9	176,78	20,6	186,24	22,6	9,46	5,35
Verbindlichkeiten	15,15	1,7	13,22	1,5	11,68	1,4	-1,54	-11,65
Bilanzsumme	**866,48**	**100,02**	**859,98**	**100,00**	**825,00**	**100,00**	**-34,98**	**-4,07**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	3,38	20,98	0,00
sonstige betriebliche Erträge	170,39	220,93	222,43
Personalaufwand	269,10	290,29	310,05
Abschreibungen	1,91	1,26	0,97
sonstige betriebliche Aufwendungen	953,68	935,44	916,82
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,47	0,35	0,04
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.050,45	-984,73	-1.005,37
außerordentliche Aufwendungen	4,48	4,48	4,48
außerordentliches Ergebnis	-4,48	-4,48	-4,48
sonstige Steuern	0,36	0,36	0,38
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.055,30	-989,58	-1.010,24
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-1.055,30		-1.010,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	-989,58	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-31.216,95	-4.716,89		%
Eigenkapitalrentabilität:	-155,40	-59,63	-161,10	%
Cash-Flow:	-1.053,39	-988,32	-1.009,27	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86,89	120,95	111,21	T€
Personalaufwandsquote:	154,86	120,00	139,39	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,39	0,25	0,32	%
Eigenkapitalquote:	78,37	77,91	76,01	%
Fremdkapitalquote:	21,63	22,09	23,99	%

e) Lagebericht

Ertragslage

Das Jahresergebnis der ENO des Geschäftsjahres 2015 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 1.010 aus. Gegenüber dem Jahresfehlbetrag 2014 von T€ 989 bedeutet dies einen Ergebnisrückgang von rd. T€ 21.

Diese Erhöhung des Fehlbetrages ergibt sich im Wesentlichen durch die nicht planbare Entwicklung der jährlich nach den Ergebnissen einer versicherungsmathematischen Berechnung anzupassenden Rückstellung für eine Pensionsausgleichsverpflichtung für einen ehemaligen Geschäftsführer. Durch die allgemeine Zinsentwicklung mussten der Rückstellung nicht geplante Mittel in Höhe von T€ 20 zugeführt werden.

Eigene Umsätze hat die ENO im Geschäftsjahr 2015 nicht erzielt. Bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich beinahe ausschließlich um Kostenerstattungen durch die WFO und die PBO.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 917 sind mit T€ 780 im Wesentlichen für die mit der WFO geschlossenen Projektverträge angefallen. Dieses Vertragsvolumen entspricht demjenigen des Jahres 2014. Die Reduzierung der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahresergebnis von T€ 935 ergibt sich durch die in 2014 vereinbarungsgemäß anteilig von der ENO getragenen Beratungskosten bezüglich der Neustrukturierung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Stadt Oberhausen. In 2015 war hierfür lediglich noch ein deutlich geringerer Restbetrag aufzuwenden.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2015 von T€ 1.010 mit einer Entnahme aus der Kapitalrücklage in gleicher Höhe zu verrechnen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt T€ 825 (Vj.: T€ 860).

Der Jahresfehlbetrag soll durch eine entsprechende Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen werden. Diese Kapitalrücklage wurde in 2015 durch die gesell- schaftsvertraglich festgelegten Zahlungen der Stadt Oberhausen (T€ 435) sowie der privaten Gesellschafter um insgesamt T€ 980 erhöht. Der Zuschuss der privaten Gesellschafter von T€ 545 liegt um T€ 10 unter der diesbezüglichen Zuführung 2014 von T€ 555.

Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages muss über die unterjährigen Zuschusszahlungen hinaus ein Betrag von T€ 30 aus der bestehenden Kapitalrücklage entnommen werden.

Die Kapitalrücklage reduziert sich darüber hinaus durch die nicht ergebnisrelevante Wertberichtigung ausstehender Gesellschafterzuschüsse. Die teilweise seit mehreren Jahren bestehenden Forderungen wurden, sofern eine Zahlung nicht mehr zu erwarten war, durch Reduzierung der Kapitalrücklage ergebnisneutral ausgebucht. Unabhängig von dieser handelsrechtlich gebotenen Wertkorrektur wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten weiterhin versucht, die Forderungen zu realisieren.

Der Bestand der Kapitalrücklage zum 31.12.2015 liegt bei T€ 330 (Vj.: 371 TEUR).

Das Vermögen der Gesellschaft ist weiterhin durch umfängliche flüssige Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das laufende Geschäftsjahr 2016 wird gemäß des vom Aufsichtsrat am 19.11.2015 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von 966 T€ enden. Abgedeckt werden soll dieser Fehlbetrag über den Zuschuss der Stadt Oberhausen von T€ 435, die Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 543. Der sich hieraus ergebende Überschuss von T€ 12 soll die Kapitalrücklage entsprechend stärken.

In den Folgejahren ist auf Grund der ab 2017 weiter vorgesehenen Anpassung der Projektverträge und der Weiterberechnung von Personalaufwendungen mit ausgeglichenen Ergebnissen zu rechnen.

Eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals ist derzeit nicht beabsichtigt, da die Gesellschaft zum 31.12.2015 über eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 21 verfügt, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme von Stammeinlagen ermöglichen.

Der Standortwettbewerb macht eine laufende Anpassung des Leistungsportfolios der Wirtschaftsförderung an den Markt erforderlich. Ausreichende Immobilienangebote und ein umfassendes Serviceangebot sind wesentliche Faktoren für eine dynamische, erfolgreiche Strukturentwicklung und für den Erhalt sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Nach wie vor verfügt die Wirtschaftsförderung über sehr wenige eigene Fläche, die für die Realisierung gewerblicher Maßnahmen geeignet sind. Darüber hinaus sind im Jahre 2015 die Grundstücksflächen im Gewerbegebiet Waldteich und im Hansapark-Ost komplett vermarktet worden, so dass sich das verfügbare Flächenangebot weiter reduziert hat. Es beschränkt sich jetzt im Wesentlichen auf die Bereiche des ehemaligen Stahlwerkgeländes – dem sogenannten BusinessPark.O, auf die MAN GHH-Flächen an der Kirchhellener- und der Steinbrinkstraße und auf die Restfläche im Bereich des Marina-Parks.

Im Hinblick auf die noch zu entwickelnden Gewerbe-Großflächen an der Waldteichstraße (ehem. nationale Kohlenreserve) und an der von-Trotha-Straße (ehem. Zeche Sterkrade) ist die ENO im engen Kontakt mit der Stadt und den jeweiligen Eigentümern.

Vor diesem Hintergrund haben Kooperationen mit privaten Grundstücks- und Immobilieneigentümern eine besondere Bedeutung. Der Bereich Immobilienmanagement wird zukünftig weiter forciert. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitgliedschaft der Stadt Oberhausen im „Flächenpool NRW“ zu sehen. Hier geht es im Wesentlichen darum, definierte brach liegende (Innenstadt-)Flächen in enger Abstimmung mit den Grundstückseigentümern einer neuen Nutzung zuzuführen.

„Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages wurde die WFO seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und WFO realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung, Leitmärkte, Kreativwirtschaft, Innovationsförderung, Wissenstransfer
- Weiterbildung /Qualifizierung
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW; RVR, TMO, CityO
- Geschäftsstraßenmanagement
- Auslandsmärkte
- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Standortmarketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme und Standmanagement bei den internationalen Immobilienmessen EXPO REAL in München und MIPIM in Cannes sowie der nationalen Polis Convention in Düsseldorf

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt. Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, sind sie auf Dauer angelegt, werden kontinuierlich weiterverfolgt, an die jeweiligen Situationen angepasst und entsprechend gewichtet.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Provisionseinnahmen durch Vermittlung von Grundstücksflächen können gegenwärtig kaum kalkuliert werden, da alle Gewerbeflächen, für die die Wirtschaftsförderung originär zuständig war, vermarktet sind. Allerdings ist die ENO an der Entwicklung von Liegenschaften und Immobilien beteiligt, so dass mittelfristig wieder entsprechende Umsatzerlöse realisierbar erscheinen.

Die Zuführungen der Gesellschafter zur Sicherung der Finanzierung der ENO sind weiterhin rückläufig und eine nennenswerte Steigerung ist trotz Akquise nicht absehbar.

Die in der Vergangenheit geplante Zusammenführung der Wirtschaftsförderungsgesell- schaften wurde dahingehend umgesetzt, dass die ENO weiterhin als eigenständige Gesellschaft fortgeführt wird. Von der zum 01.01.2016 rückwirkend geplanten Verschmelzung von WFO und TMO zur OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) ist die ENO daher nicht direkt, sondern lediglich im Rahmen des

Leistungsaustausches mit WFO/OWT betroffen.

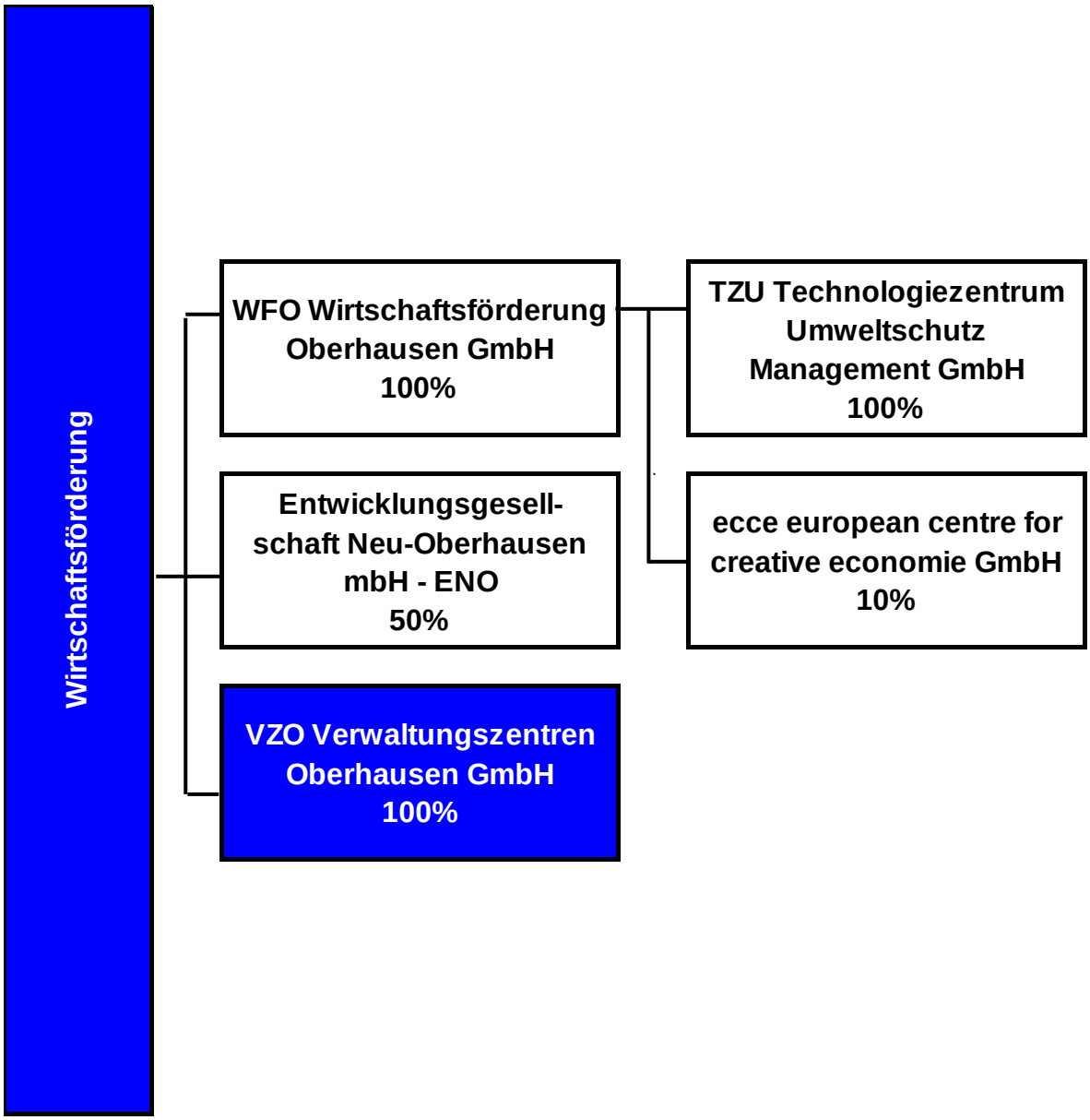
Die Wirtschaftsförderung soll künftig durch eine pro-aktive Schlüsselkundenbetreuung als zentralem Kernelement des Unternehmensservices erfolgen. Dabei ist auch eine Fokussierung auf wichtige Leitmärkte („Tourismus.Shopping.Entertainment“ und „Zukunft.Stadt“) sowie auf den industriellen Kern vorgesehen. Darüber hinaus sollen die Handlungsfelder „Unternehmensservice und Fachkräftesicherung“, „Qualitatives Flächen- und Immobilienmanagement für Industrie, Gewerbe und Büro“ sowie „Standortmarketing für Oberhausen“ verstärkt bearbeitet werden.

Durch die vom begleitenden Beratungsunternehmen empfohlene pro-aktive Schlüsselkundenbetreuung der Oberhausener Unternehmen soll sichergestellt werden, dass die Wirtschaftsförderung regelmäßig mit einem ausgewählten Teil der für die Stadt wichtigen Unternehmen Kontakt hält und pflegt. Durch die Berücksichtigung bestimmter Indikatoren soll gewährleistet werden, dass diese ausgewählten Schlüsselkundenunternehmen für die zukünftige wirtschaftliche Prosperität der Stadt Oberhausen einen wesentlichen Beitrag leisten.

Das ppp-Modell der ENO gewährleistet eine intensive Kooperation zwischen Unternehmen und Wirtschaftsförderung. Die Vergabe von Projektaufträgen an die Wirtschaftsförderung gibt der Gesellschaft die Möglichkeit, Einfluss auf das operative Geschäft zu nehmen.

Oberhausen, den 26. April 2016

Frank Lichtenheld


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/594 7000
Internet	-
Mitarbeiter/-in Telef.	0208/825 2806

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schmidt, Jürgen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	25.759,95	94,4	27.257,08	91,8	27.304,79	92,0	47,71	0,18
Umlaufvermögen	1.527,67	5,6	2.428,04	8,2	2.357,67	7,9	-70,37	-2,90
Rechnungsabgrenzungsposten					0,88	0,0	0,88	
Bilanzsumme	**27.287,62**	**100,00**	**29.685,12**	**100,00**	**29.663,34**	**100,00**	**-21,78**	**-0,07**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.256,99	4,6	2.610,04	8,8	3.813,18	12,9	1.203,14	46,10
Rückstellungen	19,38	0,1	79,06	0,3	14,30	0,0	-64,76	-81,91
Verbindlichkeiten	26.011,25	95,3	26.996,03	90,9	25.835,86	87,1	-1.160,17	-4,30
Bilanzsumme	**27.287,62**	**100,00**	**29.685,12**	**100,00**	**29.663,34**	**100,00**	**-21,78**	**-0,07**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	3.933,74	4.033,34	4.203,23
sonstige betriebliche Erträge	0,30		1,22
Materialaufwand	331,56	344,06	356,56
Personalaufwand	14,32	14,06	27,60
Abschreibungen	1.238,79	1.078,12	1.173,53
sonstige betriebliche Aufwendungen	253,76	187,55	269,20
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26,16	46,43	49,62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.038,62	996,31	997,53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.083,14	1.459,67	1.429,65
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5,26	106,63	226,51
sonstige Steuern	-0,00		-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.077,88	1.353,05	1.203,14
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.635,40	-557,53	795,52
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-557,53	795,52	1.998,65

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	27,40	33,55	28,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	59,40	74,57	66,31	%
Cash-Flow:	2.316,67	2.431,16	2.376,67	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,36	0,35	0,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,40	91,82	92,05	%
Eigenkapitalquote:	4,61	8,79	12,85	%
Fremdkapitalquote:	95,39	91,21	87,15	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Um dieses erfolgreiche Konzept zukünftig auch für andere kommunale Projekte nutzen zu können hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 30.09.2013 beschlossen, den bis dato auf das Technische Rathaus Sterkrade beschränkten Gesellschaftszweck auf „Um- und Neubau sowie Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen“ zu erweitern und dies gleichzeitig mit der Umfirmierung der VZS in „VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“ (VZO) verbunden.

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZO wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

Die Darlehen zur Finanzierung der bisherigen Baumaßnahmen (Technisches Rathaus inkl. zugehörigem Parkhaus) sind allesamt langfristig aufgenommen, Prolongationen stehen mittelfristig nicht an. Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert. Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2015 nicht in Anspruch genommen; es wurden 2015 keine weiteren Darlehen aufgenommen. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig um 1.1.667 T€ reduziert werden.

Der Rat der Stadt Oberhausen mit Beschluss vom 15.09.2014 die VZO mit der Realisierung des Projektes „JobCenter Untere Marktstraße“ –erneut in Kooperation mit der OGM- beauftragt. Hierin sollen die bisherigen dezentralen Oberhausener JobCenter-Standorte, für die die Baugenehmigungen kurzfristig auslaufen, zur Verbesserung der Betriebsabläufe zentralisiert und gleichzeitig das Quartier „Untere Marktstraße“ revitalisiert werden. Zu diesem Zweck hat die VZO bisher Grundstücke in einem Gesamtwert von ca. 2,6 Mio. € erworben; im Geschäftsjahr 2015 erfolgte der vollständig aus Eigenmitteln finanzierte Abriss der Altbausubstanz. Die Fertigstellung des den aktuellen Anforderungen entsprechender Neubauprojektes ist für das 3. Quartal 2018 geplant.

Zum Stichtag 31.12.2015 waren bei der VZO lediglich 2 Geschäftsführer ehrenamtlich beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZO bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2014 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.203 T€ erwirtschaftet, welcher gemäß den städtischen Vorgaben zum Haushaltssanierungsplan in Höhe von 500 T€ an die Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeschüttet werden soll. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 703 T€ wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Wirtschaftsplan 2015 sah einen Jahresüberschuss in Höhe von lediglich 735 T€ vor.

Durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2015 kann nunmehr zum 31.12.2015 ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.998 T€ ausgewiesen werden. Das Eigenkapital der Gesellschaft konnte auf nunmehr 3.813 T€ erhöht werden

(Eigenkapitalquote 12,84%) und gibt der VZO die notwendigen Handlungsspielraume zur Realisierung des o. g. Neuprojektes bzw. für die geplanten Gewinnausschüttungen.

Insgesamt ist die Geschäftstätigkeit der VZO langfristig ausgerichtet. Bedingt durch die in den Projektzyklen anfänglich hohen Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich Verluste, die zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geführt haben, welcher aber nunmehr aus eigenen Mitteln abgebaut werden konnte.

Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2015 nicht eingetreten.

Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2016 ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorträge die Ergebnisse in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen. Darüber hinaus werden sich auch die Auswirkungen des Projektes „JobCenter“ in Ergebnis und Bilanz niederschlagen, wobei auch dieses langfristig gewinnbringend für die VZO kalkuliert ist.

Die Jahresergebnisse 2016 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) auch unter Berücksichtigung des Projektes „JobCenter“ wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Für das Projekt „JobCenter“ soll die gleiche Betriebsstruktur gewählt werden: die OGM wird wiederum Generalmieterin für das noch zu errichtende Gebäude und übernimmt im Rahmen eines Betreibervertrages auch Betrieb und Verwaltung; mit dem Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) wird ein Untermietvertrag geschlossen, ein entsprechender „Letter of intend“ wurde beiderseits unterzeichnet.

Im Rahmen der Errichtung des JobCenters soll ein weiteres städtisches Infrastrukturprojekt realisiert werden: auf dem Dach des neu zu errichtenden Gebäudekomplexes ist auf Betreiben der Stadt die Errichtung eines integrierten Dachgewächshauses – Projekt „Altmarktgarten“ - geplant. Mit Bescheid des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vom 08.12.2015 wurde der Stadt Oberhausen eine nicht rückzahlbare Projektförderung in Höhe 90% zugesagt, der Eigenanteil von 10% wird von der Stadt übernommen. Diese Förderung setzt gem. Zuwendungsbescheid die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs *für das Gesamtgebäude* voraus. Entsprechend sind die weiteren Planungen zunächst ruhend gestellt, da die Wettbewerbsergebnisse abzuwarten bleiben. Die Durchführung des Wettbewerbs ist nach derzeitigem Stand für 2016 geplant, die Jurysitzung soll im November 2016 stattfinden. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für die konkreten Gebäudeplanungen. Dieser Zwischenschritt verzögert die Baufertigstellung; mit dem zukünftigen Endnutzer besteht Einvernehmen darüber, dass eine Bezugsfertigkeit im 3. Quartal 2018 sichergestellt sein soll. Zur Umsetzung des Teilprojektes „Altmarktgarten“ soll ein Durchleitungsvertrag zwischen der Stadt und der VZO auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides geschlossen werden. Es wird davon ausgegangen, dass der VZO durch die Realisierung dieses Teilprojektes sowie für den weiteren Betrieb keine Kosten entstehen. Die Betriebskosten sind nach bisherigen Verhandlungen vom Träger der städtischen Grünflächenunterhaltung zu übernehmen.

Alle der VZO zufließenden Mieterträge dienen nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZO in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen der Darlehen zur Finanzierung des Umbaus des TR Sterkrade ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

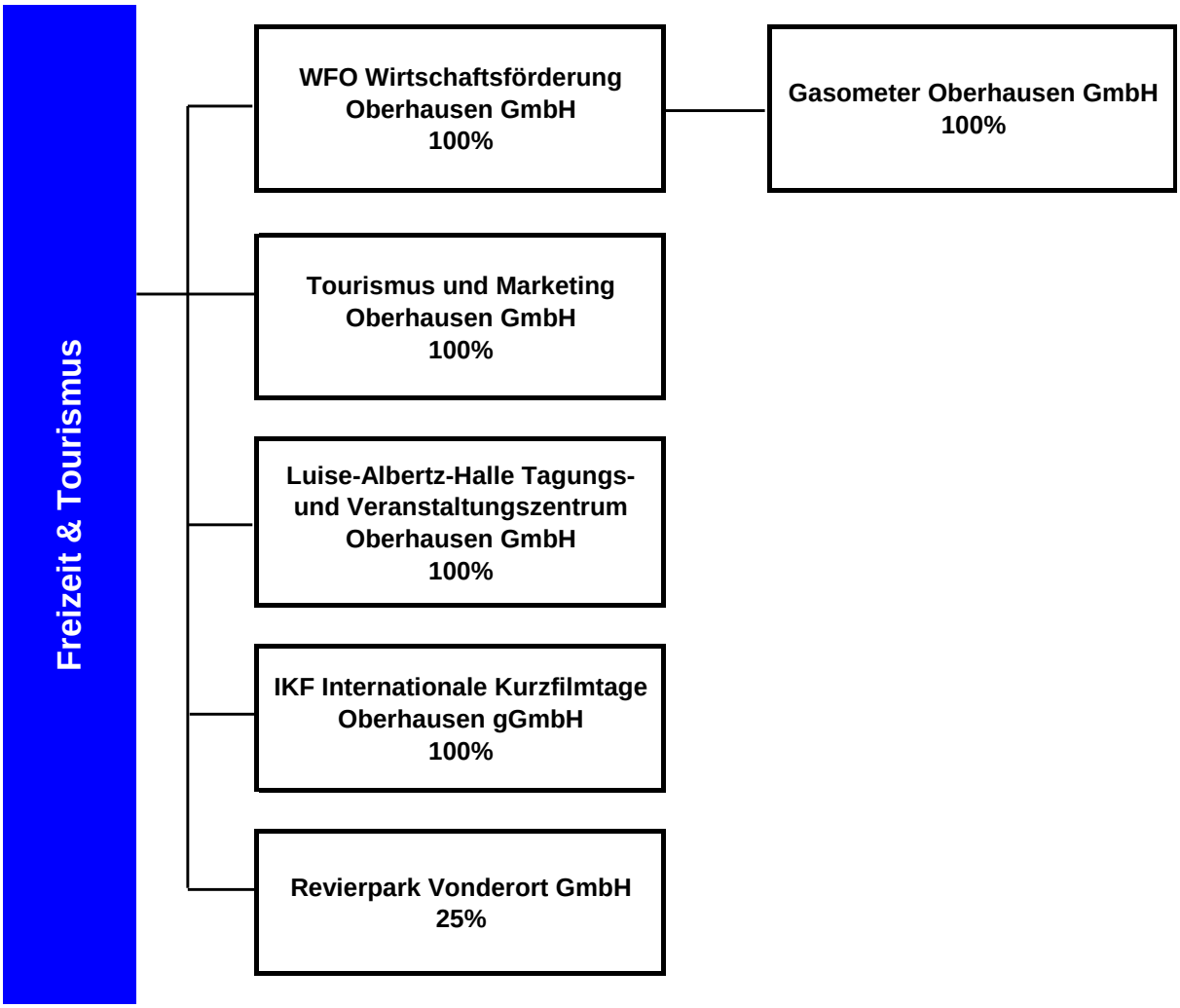
Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger OGM-Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt.

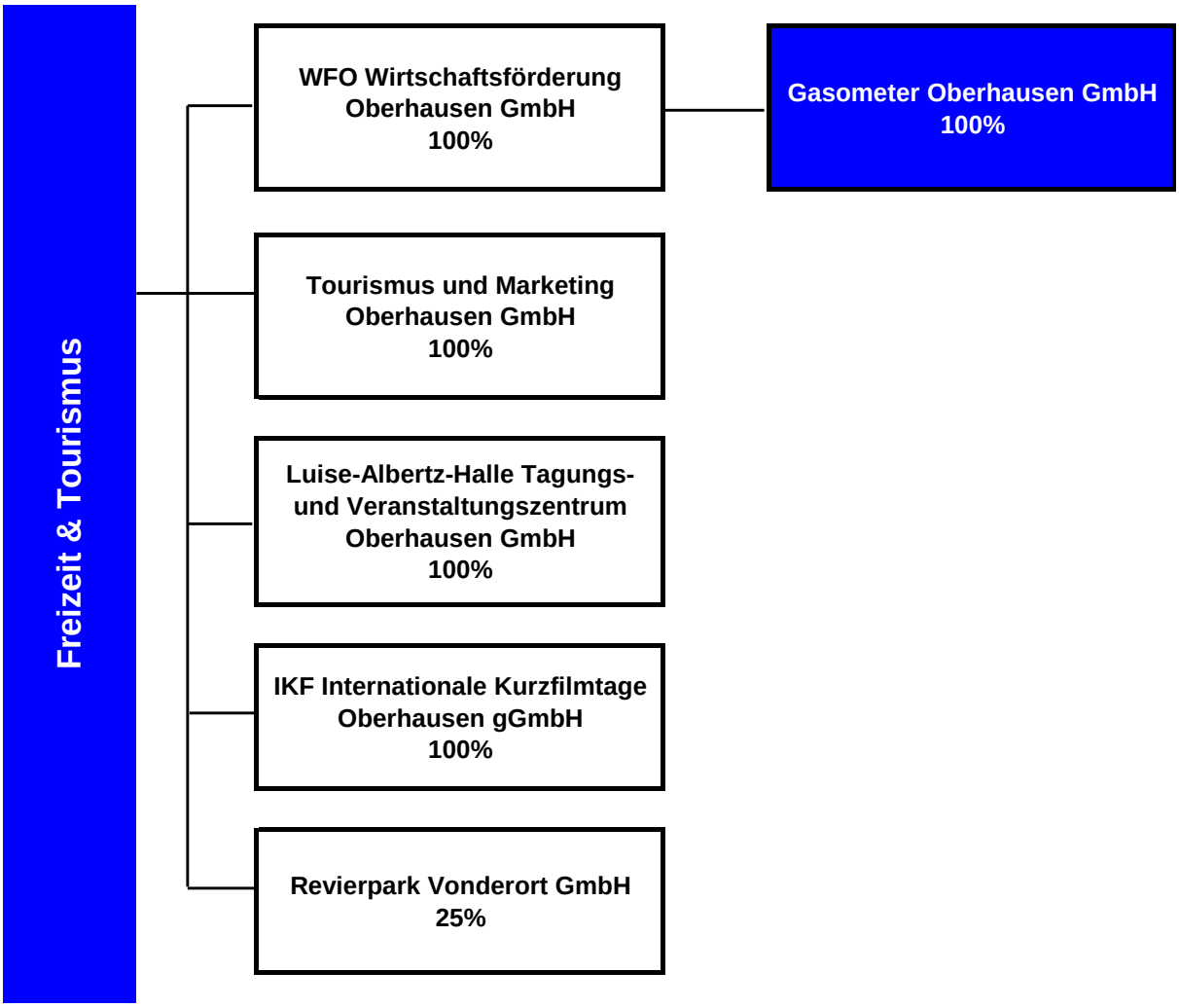
Hinsichtlich der Baumaßnahme JobCenter soll im Rahmen eines mit der OGM abzuschließenden Generalübernehmervertrages das Risiko der Baukostenüberschreitung weitestgehend minimiert werden.

Oberhausen, im Mai 2016

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff

Freizeit & Tourismus




Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	www.gasometer.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	59,70	2,1	51,37	2,2	214,49	14,0	163,12	317,54
Umlaufvermögen	2.777,89	97,9	2.268,40	97,8	1.312,93	85,9	-955,47	-42,12
Rechnungsabgrenzungsposten	0,14	0,0	0,14	0,0	0,14	0,0	0,00	0,00
Bilanzsumme	**2.837,73**	**100,00**	**2.319,91**	**100,00**	**1.527,56**	**100,00**	**-792,35**	**-34,15**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.317,18	81,7	2.186,61	94,3	1.354,55	88,7	-832,06	-38,05
Rückstellungen	157,38	5,5	15,16	0,7	18,66	1,2	3,50	23,09
Verbindlichkeiten	362,61	12,8	118,14	5,1	145,62	9,5	27,48	23,26
Rechnungsabgrenzungsposten	0,56	0,0			8,72	0,6	8,72	
Bilanzsumme	**2.837,73**	**100,00**	**2.319,91**	**100,00**	**1.527,56**	**100,00**	**-792,35**	**-34,15**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.747,08	1.766,61	978,99
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2,37	0,05	-1,67
sonstige betriebliche Erträge	469,27	291,01	262,00
Materialaufwand	1.931,46	1.285,86	1.185,58
Personalaufwand	469,43	412,36	386,15
Abschreibungen	17,01	17,06	31,11
sonstige betriebliche Aufwendungen	469,06	481,72	449,85
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,67	1,83	0,27
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,62	0,11	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	328,08	-137,62	-813,09
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30,70	-24,53	0,00
sonstige Steuern	56,81	17,48	18,97
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	240,57	-130,57	-832,06
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	635,18	875,75	745,18
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	875,75	745,18	-86,87

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,76	-7,39	-84,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	16,69	-9,06	-57,72	%
Cash-Flow:	257,58	-113,51	-800,94	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.607,00	1.028,83	619,66	T€
Personalaufwandsquote:	14,61	20,04	31,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,10	2,21	14,04	%
Eigenkapitalquote:	81,66	94,25	88,67	%
Fremdkapitalquote:	18,34	5,75	11,33	%

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt von der Verlängerung der bereits in 2014 begonnenen Ausstellung „Der schöne Schein“ bis zum 1. November 2015. Im zweiten Ausstellungsjahr sahen noch einmal 183.623 Besucher die Ausstellung. Über die gesamte Ausstellungslaufzeit konnten 480.526 Besucher gezählt werden. Diese Zahl liegt deutlich unter den Besucherzahlen vorangegangener Ausstellungen und war, aufgrund der positiven Resonanz der Besucher auf die Ausstellung in 2014, nicht erwartet worden.

Den 183.623 Besuchern in 2015 standen Gesamt-Umsatzerlöse in Höhe von 978.988,98 € gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 262.002,42 € und beinhalteten in erster Linie die Förderung der Grundsicherung über den RVR in Höhe von 245.880 €.

Dem gegenüber standen Kosten der Ausstellung (z.B. Honorar URBANSCREEN im zweiten Jahr) und die Betriebskosten der Ausstellung in Höhe von 807.000 € sowie die jährlichen Gesellschaftskosten. Weiterhin belasteten das Jahresergebnis die bereits anfallenden Vorlaufkosten für die für das Jahr 2016 geplante Ausstellung „Wunder der Natur“ in Höhe von 370.505,21 €. Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 832.056,06 € ab. Der Verlust wird über die finanziellen Rücklagen der Gesellschaft abgedeckt.

Bei einer detaillierten Analyse der Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft ergibt sich, dass die Kosten der Ausstellung insgesamt durch die Einnahmen aus 183.623 Besuchern gedeckt wurden. Allerdings reichten die Einnahmen bei weitem nicht aus, um die zusätzlich anfallenden Gesellschaftskosten in Höhe von 791.000 € sowie die Vorlaufkosten der neuen Ausstellung zu decken. Dazu hätte es bei einem Netto-Durchschnitts-Eintrittspreis in Höhe von 5 € weitere 166.411 Besucher bedurft.

Die Ausstellung „Der schöne Schein“ verzeichnete über zwei Jahre insgesamt 480.526 Besucher, was eine unglaublich hohe Besucherzahl ist. Dennoch sehen die strukturellen Bedingungen der Gesellschaft so aus, dass jede Ausstellung über zwei Jahre insgesamt mindestens 750.000 Besucher zählen muss, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen und einen kleinen Überschuss für eine zukünftige Ausstellung zu generieren. Über die Ausstellungen sowie die RVR-Grundförderung müssen sämtliche Kosten erwirtschaftet werden. Sponsoren, die bei der Finanzierung der Ausstellungen unterstützen könnten, werden immer rarer – die Förder-Beträge werden immer geringer. Dies entspricht auch den allgemeinen Erfahrungen in der Branche.

Die finanzielle Lage und der Erfolgsdruck der Gesellschaft werden sich womöglich noch zuspitzen, falls der Vertrag mit dem RVR und dem Land NRW über eine Förderung der Grundkosten und der Instandhaltung nicht über das Jahr 2016 hinaus verlängert wird.

Ein weiterer Problemkreis für die Gesellschaft ergibt sich aus der Instandhaltung des Gasometers. Die technischen Experten schätzen den anstehenden Sanierungsaufwand für die nächsten Jahre auf ungefähr 10 Millionen €. Der größte finanzielle Posten ergibt sich aus einem neuen Korrosionsschutzanstrich für das Gebäude. Aus eigener Kraft wird die Gesellschaft diese Maßnahmen nicht durchführen können. Die Gespräche mit dem Land NRW und dem RVR über eine finanzielle Förderung laufen bereits.

Fazit:

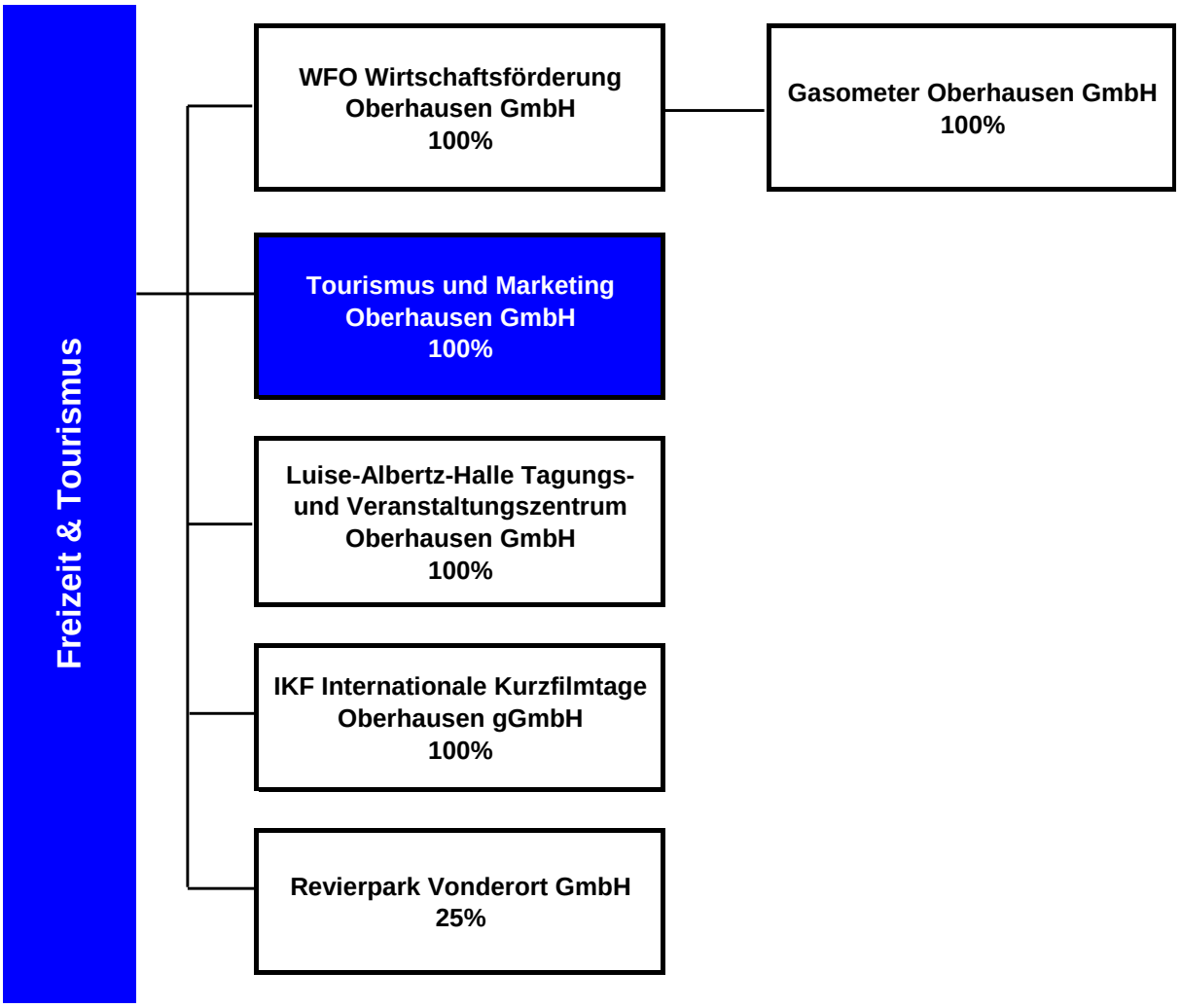
Die finanziellen Rücklagen der Gasometer Oberhausen GmbH sind durch die Verluste aus den Jahren 2014 und 2015 sowie die Anschubfinanzierung für die neue Ausstellung „Wunder der Natur“ in 2016 nahezu aufgebraucht. Falls die Ausstellung in 2016 nicht mindestens 621.775 € Einnahmen aus Eintrittsgeldern erzielt, ist der Fortbestand der Gesellschaft ernsthaft gefährdet.

Jede realisierte Ausstellung im Gasometer ist ein positives Aushängeschild für die Stadt Oberhausen. Auch die neue Ausstellung „Wunder der Natur“ verspricht aufgrund des populären Themas und der Gestaltung der Ausstellung erfolgreich zu werden.

Auf Dauer wird jedoch nicht jede Ausstellung gleichermaßen erfolgreich sein und über 750.000 Besucher zählen. Es können auch einmal „nur“ 500.000 Besucher sein. Letztlich wird die Politik vor der Entscheidung stehen, in welche Richtung es weiter gehen soll, wenn die Gasometer Oberhausen GmbH über keine finanziellen Rücklagen mehr verfügt und somit auch keine Finanzierungen der Ausstellungen sicherstellen kann.



Jeanette Schmitz
1. März 2016


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/82457-0
Fax	0208/8245711
Fax	0208/8245721
e-Mail	tourist-info@oberhausen.de
Internet	www.tmo-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CityO. Management e.V.	
Stadt Oberhausen	Verlustabdeckung der Gesellschaft nach § 4 des Gesellschaftsvertrags

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Muckel, Franz
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Willecke, Thomas
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Vorsitzender	Rubin, Dirk
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Bramorski, Stephan
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Hake, Michael
	Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	Mitglied	Ingendoh, Holger

Mitglied	Lenz, Eugen
Mitglied	Marx, Petra
Mitglied	Real, Ulrich
Mitglied	Schlagböhmer, Robert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	114,13	29,1	22,25	6,9	3,60	1,2	-18,65	-83,82
Umlaufvermögen	278,02	70,8	298,45	92,9	296,11	98,8	-2,34	-0,78
Rechnungsabgrenzungsposten	0,39	0,1	0,39	0,1			-0,39	-100,00
Bilanzsumme	**392,54**	**100,00**	**321,09**	**100,00**	**299,71**	**100,00**	**-21,38**	**-6,66**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	59,41	15,1	88,01	27,4	125,99	42,0	37,98	43,15
Sonderposten mit Rücklagenanteil	105,80	27,0	15,85	4,9			-15,85	-100,00
Rückstellungen	37,50	9,6	62,65	19,5	41,35	13,8	-21,30	-34,00
Verbindlichkeiten	166,57	42,4	153,26	47,7	132,37	44,2	-20,89	-13,63
Rechnungsabgrenzungsposten	23,27	5,9	1,32	0,4			-1,32	-100,00
Bilanzsumme	**392,54**	**100,00**	**321,09**	**100,00**	**299,71**	**100,00**	**-21,38**	**-6,66**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	752,21	697,45	768,52
sonstige betriebliche Erträge	510,80	473,83	168,80
Materialaufwand	473,07	462,02	539,18
Personalaufwand	886,03	784,59	677,43
Abschreibungen	92,05	91,88	18,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	351,93	378,09	238,41
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,21	0,01	0,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,26		0,12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-540,12	-545,29	-536,02
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-540,12	-545,29	-536,02
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-510,71	-540,12	-545,29
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-510,71	-540,12	-545,29
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-540,12	-545,29	-536,02

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-71,80	-78,18	-69,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	-90,09	-86,10	-80,97	%
Cash-Flow:	-448,07	-453,41	-517,70	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	66,47	68,90	72,10	T€
Personalaufwandsquote:	70,15	66,99	72,27	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	28,85	6,71	1,02	%
Eigenkapitalquote:	15,13	27,41	42,04	%
Fremdkapitalquote:	84,87	72,59	57,96	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (TMO) ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Von Januar bis Dezember 2015 besuchten über 3,83 Millionen Gäste die Beherbergungsbetriebe (mit mindestens zehn Gästebetten und die Campingstellplätze) der Metropole Ruhr. Das bedeutet ein Besucherplus von 2,1 Prozent bei den Gästeankünften und insgesamt 1,5 Prozent mehr Übernachtungen in der Metropole Ruhr. Die Zahl der ausländischen Gäste ist um -1,9 Prozent und auch die Übernachtungszahlen der Ausländer ist gegenüber dem Vorjahreswert um -2,0 Prozent gesunken (Quelle RTG). Mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von zwei Tagen ist die Region weiterhin eher ein Ziel für Kurzurlauber und Geschäftsreisende. Dabei gehören das verbesserte Image der Region im Segment Freizeit- und Kulturtourismus sowie die wachsende Zahl an Geschäftsreisenden zu den wichtigsten Ursachen für die steigenden Gästezahlen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass der positive Trend in Sachen Tourismus für die Metropole Ruhr weiterhin anhält.

2. Geschäftsverlauf

Mit den Themen „Shopping, Entertainment, Industriekultur“ war Oberhausen 2015 wieder ein überaus interessantes Reiseziel – auch für Touristen aus dem Ausland. Die Gasometer-Ausstellung „Der schöne Schein“, die Musicals „Sister Act“ und „Mamma Mia“ im Stage Metronom Theater, der Sea Life Abenteuerpark, das Legoland Discovery Centre sowie das CentrO mit der Weihnachtswelt haben im vergangenen Jahr maßgeblich zur touristischen Attraktivität Oberhausens beigetragen. Zusätzlich haben eine starke Resonanz im MICE-Segment und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Geschäftsreisende innerhalb der Metropole Ruhr positive Impulse für den Standort Oberhausen gesetzt.

Mit insgesamt 446.040 Übernachtungen und 203.315 Ankünften (Quelle: IT.NRW Düsseldorf) sind die Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht gesunken. Eine generelle Trendwende in der positiven Entwicklung der letzten Jahre ist jedoch nicht festzustellen. Vielmehr stabilisiert sich das Übernachtungsgeschäft auf einem hohen Niveau. Das zeigt die durchschnittliche Bettenauslastung der lokalen Betriebe mit über zehn Betten. 50,7 Prozent Bettenauslastung bedeutet für Oberhausen in 2015 den ersten Platz aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen, noch vor Köln, Aachen oder Bonn. Ohne eine zukünftige Ausweitung der Kapazitäten ist ein weiterer dynamischer Anstieg der Übernachtungszahlen in Oberhausen kaum noch zu erreichen. Die fünf wichtigsten ausländischen Quellmärkte im Jahr 2015 waren die Niederlande, Spanien, Belgien, Großbritannien und Österreich. Allein die Anzahl an Übernachtungen belgischer Gäste ist 2015 um insgesamt 21,9 Prozent gestiegen. Ein erster Erfolg für die gezielte Marktbearbeitung der TMO und aller touristischen Partner vor Ort.

Das Thema Kooperationen hat die TMO 2015 durch Vernetzung und Initiierung von Projekten und Produkten mit den touristischen Leistungsträgern forciert. Das Netzwerk „Neue Mitte Oberhausen“ konnte durch die vertragliche Kooperationsvereinbarung mit einem weiteren Partner forciert werden. Die TMO war erstmalig wieder auf vier touristischen Leitmessen vertreten. Neben dem aktiven Standortmarketing auf den Messen CMT Stuttgart, ITB Berlin

und RDA Köln hat die TMO nach einigen Jahren der Absenz erstmalig wieder mit eigenem Personal den Freizeitstandort Oberhausen auf der Vakantiebeurs in Utrecht erfolgreich präsentiert.

Das RVC RuhrVisitor Center mit Standort im CentrO wurde gemäß dem ursprünglichen Förderantrag mit dem 30.04.2015 geschlossen, aufgelöst und ordnungsgemäß abgewickelt. Eine abschließende Prüfung durch die Bezirksregierung Düsseldorf bezüglich der Mittelverwendung hat keine Beanstandungen ergeben.

Die Anzahl der Besucher in der Tourist-Information am Hauptbahnhof konnte in 2015 erheblich gesteigert werden. Umsatzeinbußen, die nach der Schließung des RVC RuhrVisitor Centers erwartet worden waren, konnten durch eine beträchtliche Umsatzsteigerung in der vom Deutschen Tourismusverband und dem Tourismusverband NRW zertifizierten Tourist-Information am Hauptbahnhof fast vollständig aufgefangen werden.

Im Bereich Stadt-/Citymarketing wurde die Kooperation mit dem CityO.-Management e.V. erfolgreich fortgeführt. Aus dem Reigen der rund 20 Veranstaltungen ragten in 2015 das Höhenfeuerwerk zum 15jährigen Jubiläum der Kult(ur)-Gaststätte Gdanska sowie der 10. Oberhausener Weihnachtswald besonders hervor. Einer kontinuierlich wachsenden großen Teilnehmerzahl erfreut sich das Unternehmerfrühstück in der City. Gemeinsam mit dem Wbl Weiterbildungsinstitut haben TMO und CityO.-Management e.V. unter dem Titel „Start Up in Oberhausen“ eine neue Werbekampagne für junge Unternehmen initiiert, die zunehmend an Beachtung gewinnt. Unter Beteiligung von 19 Fachgeschäften wurde außerdem die neue Kampagne „Schaufenster – Fachgeschäfte in der Oberhausener City“ gestartet. Unter dem gleichnamigen Titel ist eine hochwertige Broschüre (Aufl. 134.000) u.a. als Beileger im Stadtmagazin Oh! (Auflage 114.000) sowie eine Website mit kurzen Werbefilmen produziert worden.

Nach der Stellenausschreibung durch die Stadt Oberhausen im Frühjahr 2015 erfolgte die Anstellung einer Citymanagerin für die Innenstadt von Alt-Oberhausen zum 1.10.2015 bei der Stadt Oberhausen. Bis zum Vollzug der angestrebten Verschmelzung der TMO GmbH auf die WFO GmbH zur neuen OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH und einer Aufhebung des Kooperationsvertrages zwischen der TMO GmbH und dem CityO.-Management e.V. erfährt die neue städtische Citymanagerin die fachlich-praktische und personelle Unterstützung durch den Bereich Stadt-/Citymarketing der TMO.

Die Kooperation mit dem Projekt-TeamCity, das dem städtischen Planungsbereich angegliedert ist und das seit dem 01.05.2008 durch den jetzigen Geschäftsführer der TMO geleitet wird, wurde von der Stadt Oberhausen im Einvernehmen mit der TMO fristgerecht mit Wirkung zum 31.12.2015 gekündigt. Auch diese Änderung resultiert aus der Zielsetzung der Verschmelzung der beiden städtischen Tochtergesellschaften und den neu formulierten Aufgabenfeldern der zukünftigen OWT GmbH.

Der TMO-Bereich Stadtwerbung / Öffentlichkeitsarbeit hat neben den TMO eigenen Handlungsfeldern Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen, für diverse Kultureinrichtungen, für touristische Leistungsträger, für Messen und für die Bewerbung von Veranstaltungen in der Innenstadt von Alt-Oberhausen erbracht.
Das seit März 2013 von der TMO herausgegebene und in Kooperation mit der Oberhausener Agentur Contact GmbH und dem städtischen Bereich Öffentlichkeitsarbeit erstellte Printprodukt „Oh! Das Stadtmagazin aus Oberhausen“ ist 2015 erstmalig kostendeckend produziert worden. In einer Auflage von 114.000 Exemplaren wird es an alle Haushalte und Unternehmen in Oberhausen kostenfrei verteilt. Das Magazin ist mittlerweile in der Stadtgesellschaft als Informationsmedium fest etabliert und findet auch über die Stadtgrenzen hinaus Beachtung. Parallel zum Stadtmagazin wurde nach der erfolgreichen Premiere in 2015 auch in diesem Jahr der Kalender „SOh! Schön ist Oberhausen | 2016“ mit attraktiven nächtlichen Fotomotiven aus Oberhausen von der TMO herausgegeben und vertrieben.

Die TMO konnte betriebswirtschaftlich gesehen die im Wirtschaftsplan 2015 (Beschluss des Aufsichtsrates vom 12.11.14) gesetzten Ziele übertreffen. Grundsätzlich ist bei einer Stadtmarketinggesellschaft davon auszugehen, dass es sich hier um ein nicht rentierliches Geschäftsmodell handelt.
Mit einem Jahresergebnis von rd. (-) 536 TEUR konnte das Geschäftsjahr abgeschlossen werden.

3. Lage des Unternehmens

Die TMO hat im Geschäftsjahr 2015 die Vernetzung touristischer Leistungsträger in Oberhausen erfolgreich forcieren können. Beispielhaftes Indiz sind gemeinsame großflächige Werbekampagnen in NRW und gemeinsame Online-Kampagnen in den Benelux-Ländern. Die Beteiligung an Messekooperationen mit anderen Städten der Region unter dem Dach der Ruhr Tourismus GmbH (RTG) hat die Wahrnehmung der Metropole Ruhr und der Stadt Oberhausen als attraktive touristische Destination gestärkt.

Die Zusammenarbeit des TMO-Bereichs Stadt-/Citymarketing mit dem CityO.-Management e.V. zur Entwicklung und Umstrukturierung der Innenstadt von Alt-Oberhausen trägt weiterhin Früchte. Die Kooperation zwischen allen Stadtbezirken und Stadtteilen konnte durch die von der TMO geleitete ‚Arbeitsgemeinschaft der Interessen- und Werbegemeinschaften Oberhausen (AGIO)‘ erfolgreich fortgeführt werden.
Im Bereich Stadtwerbung konnte durch zahlreiche Printprodukte und durch die Fortführung der intensiven Online-Vermarktungsstrategie das Profil des Standortes geschärft und gestärkt werden.

Mit Blick auf die Spitzenposition bezüglich der Bettenauslastung aller kreisfreien Städte in NRW wurden die gemeinsamen Bemühungen von WFO GmbH und TMO GmbH um die Ansiedlung weiterer Hotels intensiv fortgesetzt.

Aufgrund der öffentlichen Zielsetzung des Unternehmens zählt zu den Leistungsindikatoren die Attraktivität der Region, die sich in der Anzahl der Übernachtungszahlen in Oberhausen sowie in der Qualität der Einzelveranstaltungen widerspiegelt. Durch das intensive Netzwerk ist es ein weiteres Unternehmensziel, dies kontinuierlich auszubauen.

Nicht nachlassende Einsatzfreude der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, enormes kreatives Potential, die Generierung neuer Produkte und Kooperationen, nachhaltig wirksame Maßnahmen im Marketing und in der Öffentlichkeitsarbeit sowie die hohe Akzeptanz und Unterstützung seitens der Leistungsträger vor Ort und nicht zuletzt Kostenreduzierungen haben in 2015 zu einem erfreulichen wirtschaftlichen Ergebnis geführt. Dennoch bleibt die finanzielle Situation des Unternehmens insbesondere unter Berücksichtigung des Eigenkapitals weiterhin angespannt.

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind um gut 10 % im Vergleich zum Vorjahr auf 769 TEUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen eine Folge der Steigerung von Kooperationen, der Ausweitung von Werbekampagnen mit Partner sowie von Sonderverkäufen. Dies korrespondiert mit erhöhtem Materialaufwand um rund 77 TEUR. Die ‚sonstigen betrieblichen Erträge' sind wegen der Schließung des RVC RuhrVisitor Centers (Ende der Förderung und geringeres Volumen bei der Auflösung von Sonderposten) um rd. 305 TEUR minimiert. Der Personalaufwand konnte im Wesentlichen durch die Beendigung von Arbeitsverträgen für das RuhrVisitor Center um rd. 107 TEUR minimiert werden. Die Senkung der ‚sonstigen betrieblichen Aufwendungen' um rd. 140 TEUR resultiert daraus, dass die laufenden Kosten wie Miete und Nebenkosten für das RVC seit dem 01.01. bzw. 30.04.15 entfallen sind.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. TEUR 9 auf TEUR - 536 verbessert.

Ertragslage	**2015**		**2014**		**Delta**
	T€	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Umsatzerlöse	769	82,0%	698	59,6%	71
Bestandsveränderung	0	0,0%	0	0,0%	0
sonstige betriebliche Erträge	169	18,0%	474	40,4%	-42
betriebliche Gesamtleistung	**938**	**100,0%**	**1.172**	**100,0%**	**-234**
Materialaufwand	539	57,5%	462	39,4%	77
Rohergebnis	**399**	**42,5%**	**710**	**60,6%**	**-311**
Personalaufwand	678	72,2%	785	67,0%	-108
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände und Sachanlagen	18	1,9%	92	7,8%	-74
sonstige betriebliche Aufwendungen	239	25,5%	378	32,3%	-140
sonstige Steuern	0	0,0%	0	0%	0
Betriebsaufwendungen	**1.472**	**156,9%**	**1.717**	**146,5%**	**-245**
Betriebsergebnis	**-536**	**57,1%**	**-545**	**-46,5%**	**9**
Finanzergebnis	0	0,0%	-0	0%	0
Ergebnis vor Steuern	**-536**	**57,1%**	**-545**	**-46,5%**	**9**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0,0%	0	0%	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-536**	**57,1%**	**-545**	**46,5%**	**-9**

b) Finanzlage

Finanzlage	2015	2014
	T€	T€
Mittelzufluss/-abfluss aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-528	-494
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-0	-0
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	574	574
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	**46**	**80**
Finanzmittelbestand am 01. Januar	176	96
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	**222**	**176**

c) Vermögenslage

Vermögenslage	31.12.2015		31.12.2014		Delta
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	4	1,3 %	23	7,2%	
Umlaufvermögen	296	98,7 %	297	92,5%	
Rechnungsabgrenzugsposten	0	0,0 %	1	0,3%	
Summe Aktiva	**300**	**100,0%**	**321**	**100,0%**	
Eigenkapital	126	42,0 %	89	27,7%	
Sonderposten	0	0,0 %	16	5,0%	
Rückstellungen	41	13,7 %	62	19,3%	
Verbindlichkeiten	133	44,3 %	153	47,7%	
Rechnungsabgrenzugsposten	0	0,0 %	1	0,3%	
Summe Passiva	**300**	**100,0%**	**321**	**100,0%**	

Zusammenfassend ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von (-) 536 TEUR. Durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage i.H. von TEUR 546 sowie von Einzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 574 konnte der Verlust aufgefangen werden. Dadurch ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 42 % (i. V. 28 %).

III. Nachtragsbericht

Die Gesellschaft soll mit Wirkung zum 01.01.2016 verschmolzen werden. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf den Chancenbericht unter V. 2.

IV. Prognosebericht

Durch den Ratsbeschluss vom 15.07.2013 ist der wirtschaftliche Grundbestand der Gesellschaft bis 2017 gesichert. Durch eigene tourismusfördernde Aktivitäten, den Verkauf von Merchandise-Artikeln und von Eintrittskarten für Veranstaltungen Dritter sowie durch Kooperationen mit Leistungsträgern der Freizeitwirtschaft und Gewerbetreibenden in der Innenstadt von Alt-Oberhausen erzielt die TMO eigene Erlöse. Des Weiteren sind zusätzliche Erlöse aus der Vermarktung des „Oh! Stadtmagazins“ und der neu erstellten Website (seit 02/2016 online) zu erwarten.

Die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge sowie der städtische Verlustausgleich reichen aus, um das operative Geschäft zu betreiben, die anstehenden Aufwendungen zu decken und somit den Gesellschaftszweck zu erreichen.

Die TMO wird auch zukünftig immer abhängig von den Aktivitäten Dritter und deren Erfolg sein. Die Generierung und Realisierung von Veranstaltungen Dritter steht nicht im Einflussbereich der TMO. Der Umfang der Erlöse im Ticketing ist abhängig von der Anzahl und der Attraktivität der Veranstaltungen Dritter in der Stadt und in der Region.

Wesentlich für die Gesellschaft ist deren finanzielle Ausstattung durch die Gesellschafterin. Die TMO ist abhängig von einem Zuschuss, der neben einem Grundzuschuss auch sämtliche dynamischen Faktoren wie Personalaufwendungen und Sachkostensteigerungen in einem adäquaten Umfang berücksichtig. Umso wichtiger sind eine regelmäßige Aufgabenkritik, die Fokussierung auf Geschäftsfelder mit geringen Defiziten und der Ausbau von Kooperationen.

Für das Wirtschaftsjahr 2016 sind Umsatzerlöse von 660 TEUR unter der Voraussetzung zu erwarten, dass die Vereinbarungen mit den Kooperationspartnern aus den Vorjahren auch in 2016 Bestand haben und ähnliche Erträge aus der Vermarktung des Stadtmagazins „Oh!“ sowie der öffentlichen Werbeflächen wie in den Vorjahren erzielt werden können.

Es wird ein Betriebsergebnis von (-)620 TEUR erwartet.

V. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht
1.1. Branchenspezifische Risiken

Die Abhängigkeit im Tourismus und bei der Vermarktung eines Standortes von der Nachfrage und dem Erfolg von Produkten Dritter im Bereich der Freizeit- und Kulturwirtschaft sowie des Entertainments birgt permanent wirtschaftliche Risiken für die Gesellschaft.

1.2. Ertragsorientierte Risiken

Die Fokussierung auf die Dachmarke Metropolregion RUHR und deren vielfältige Freizeit- und Tourismusangebote sowie die Vermarktungsstrategie der Region durch die Ruhr Tourismus GmbH (RTG) führt zu einem kontinuierlich wachsenden Konkurrenzdruck bzw. zu einer strategischen Unterordnung unter die Dachmarke. Dabei wird es zunehmend schwieriger, den USP des eigenen Standortes – Freizeit-, Shopping- und Eventtourismus - für die TMO ertragswirksam nutzbar zu machen.

Um eine Stagnation bei der touristischen Wertschöpfung zu vermeiden und Wachstum zu ermöglichen, hat die Geschäftsführung den schon lange überfälligen Relaunch des Internetauftritts der TMO im Februar 2016 online gestellt.

1.3. Finanzwirtschaftliche Risiken

Die laufenden Kosten und Verbindlichkeiten können nach aktueller Planung fristgerecht bedient werden. Finanzielle Risiken bestehen für die TMO auch nach wie vor in der dünnen Finanzdecke. Leistungsstörungen im operativen Bereich können sich schnell auf die Liquiditätslage kritisch auswirken, da nur geringe Liquiditätsreserven bestehen. Die finanzielle Ausstattung macht die Konzentration auf effiziente Projekte notwendig. Nicht beeinflussbare Faktoren, wie zum Beispiel der Spielplan von kulturellen Angeboten tragen dazu bei, dass die Geschäftsführung kaum eine Prognose über die Umsätze aus Ticketverkäufen in der Tourist-Information geben kann.

Aufgrund der geplanten Dotierungen der Kapitalrücklage ist die Finanzierung der Gesellschaft kurzfristig gesichert, wenn der von der Geschäftsführung geplante Wirtschaftsplan eingehalten wird.

Der Handlungsspielraum für die TMO hängt mittelbar vom Haushaltskonsolidierungsprozess der Stadt, als alleiniger Gesellschafterin ab. Der Handlungsspielraum für die TMO bleibt weiterhin eng. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigende Risiken ergeben.

2. Chancenbericht

Das Jahr 2016 ist für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung.

Die Stadt Oberhausen hat mittels Ratsbeschluss (15.07.2013) einen Prozess zur Neu-Organisation und inhaltlichen Weiterentwicklung der Gesellschaften ENO, WFO und TMO initiiert. Ziel ist es, 2016 eine inhaltliche, strukturelle und organisatorische Neuaufstellung der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen zu haben. Dieser Prozess wird unter dem Begriff Strategieprozess 2020+ zusammengefasst.

Im Juni 2014 ist das Dortmunder Beratungsunternehmen ExperConsult beauftragt worden, diesen Prozess zu substanziieren, zu steuern und zu moderieren. Im Mai 2015 hat ExperConsult nach einem aufwendigen Beteiligungsprozess einen „Abschlussbericht zur Neuorganisation der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen 2020+“ sowie eine Zusammenfassung der essentiellen Inhalte vorgelegt.

ExperConsult empfiehlt die Zusammenführung und Verschmelzung der Gesellschaften WFO und TMO. U.a. sollen auf die Leitmärkte „Oberhausen Tourismus.Shopping.Entertainment“ und „Oberhausen Zukunft.Stadt“ Schwerpunkte gelegt werden und deren Entwicklung soll besonders gefördert werden.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 22.06.2015 den Inhalt des Abschlussberichts von ExperConsult zur Kenntnis genommen, der hierin vorgeschlagenen inhaltlichen und strukturellen Neuausrichtung der Wirtschafts- und Tourismusförderung zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, dem Rat der Stadt einen Beschlussvorschlag zur Umsetzung der Zusammenführung von WFO und TMO mit Wirkung zum 01.01.2016 vorzulegen.
Im Verlaufe des weiteren Verfahrens wurden von den beiden Gesellschaften unter Beteiligung der Verwaltung die Vorschläge von ExperConsult umsetzungsreif konkretisiert. Dabei wurde u.a. der Vorschlag von ExperConsult, auch zukünftig im Bereich der Tourismusförderung das Aufgabenfeld Veranstaltungs- und Citymanagement zu berücksichtigen, aufgegeben. Diese Aufgaben sollen zukünftig von der Stadt in Eigenregie wahrgenommen werden.

Die Geschäftsführung der zukünftigen OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH soll nach dem Ausscheiden des TMO-Geschäftsführers alleinig vom Geschäftsführer der derzeitigen WFO GmbH übernommen werden. Für den Bereich Tourismus in der neuen OWT GmbH soll eine Spartenleitung Tourismus implementiert werden.

Entsprechend den Regelungen des Umwandlungsgesetzes UmwG soll ein Verschmelzungsvertrag zwischen den beteiligten Gesellschaften geschlossen werden. Das Vermögen der TMO soll einschließlich der Verbindlichkeiten auf die WFO übergehen. Die TMO GmbH erlischt dann. Es ist vorgesehen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben die Verschmelzung der TMO auf die WFO im 2. Quartal 2016 rückwirkend zum 01.01.2016 vorzunehmen.

Die Aufsichtsräte von WFO und TMO haben in einer gemeinsamen Sitzung am 22.06.2015 der Zusammenführung der Gesellschaften sowie der Umfirmierung zugestimmt.
Für die neue OWT GmbH ist eine Wirtschaftsplanung für die Jahre 2016 – 2020 erstellt worden, die eine Zuschusszahlung durch die Stadt beinhaltet.
Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Schulte GmbH hat in einer schriftlichen Stellungnahme die Planung als

„nachvollziehbar“ und die vorhandene Liquidität etwa bis zum Jahre 2022 als „ausreichend“ testiert. Darüber hinaus steht nach Einschätzung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „weitere Liquidität für die Folgejahre zur Verfügung“, falls es der OWT gelingt, Grundstücke zu verkaufen.

In der Sitzung des Aufsichtsrates der TMO GmbH am 25.11.2015 hat der Beigeordnete und Kämmerer der Stadt zu Protokoll gegeben, dass der Verlustausgleich für die TMO GmbH gezahlt wird, bis dass es zur Gründung einer OWT komme. Den Verlustausgleich i. H. v. 576 TEUR habe er für 2016 entsprechend der Vorlage für die Ratssitzung vom 15.07.2013 in den Haushalt der Stadt eingestellt.

Der Rat der Stadt hat in der Sitzung am 14.12.2015 der Beschlussvorlage zur Verschmelzung inklusive der Wirtschaftsplanung und Zuschusszahlungen zugestimmt und den Aufsichtsräten von TMO und WFO empfohlen, die zur Umsetzung notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Das Vorhaben ist der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde angezeigt worden. Diese hat keine Einwände geltend gemacht.

3. Gesamtaussage

Der Ratsbeschluss vom 15.07.2013, der den Kostensteigerungen Rechnung trägt, sowie die Zusage des Kämmers in der Aufsichtsratssitzung am 25.11.2015 und der Ratsbeschluss vom 14.12.2015 sichern die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens bis zur Umsetzung der Neustrukturierung der Wirtschafts- und Tourismusförderung durch die Gründung der OWT GmbH.

Die fast zwanzigjährige erfolgreiche Arbeit der TMO GmbH, die kontinuierliche Kooperation mit den Leistungsträgern vor Ort und die regionale Netzwerkarbeit sind auch zukünftig Garanten für eine positive Entwicklung Oberhausens als Tourismus-, Shopping- und Entertainment-Standort. Die Verschmelzung mit der Wirtschaftsförderung zu einer neuen Gesellschaft eröffnet der Tourismusförderung für Oberhausen eine neue wirtschaftliche Perspektive. Sie trägt aber auch zugleich der Bedeutung des Tourismus als wesentlichem Wirtschaftsfaktor Rechnung. Das neue und moderne Internetportal www.oberhausen-tourismus.de spiegelt die Potentiale und ist Synonym für einen chancenreichen Tourismusstandort Oberhausen.

Mit Blick auf den zeitlichen Ablauf des Neustrukturierungsprozesses 2020+ muss darauf hingewiesen werden, dass der Vertrag des derzeitigen Allein-Geschäftsführers der TMO GmbH mit Ablauf des 30.09.2016 endet. Entsprechend der Neustrukturierung muss diese Position ggf. durch eine Spartenleitung neu besetzt werden.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm bzw. ein großer Teil der Vertragspartner sind der Öffentlichen Hand zuzuordnen. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Zudem besteht eine mehrjährige Zusammenarbeit mit einem Großteil der Vertragspartner.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen beglichen.

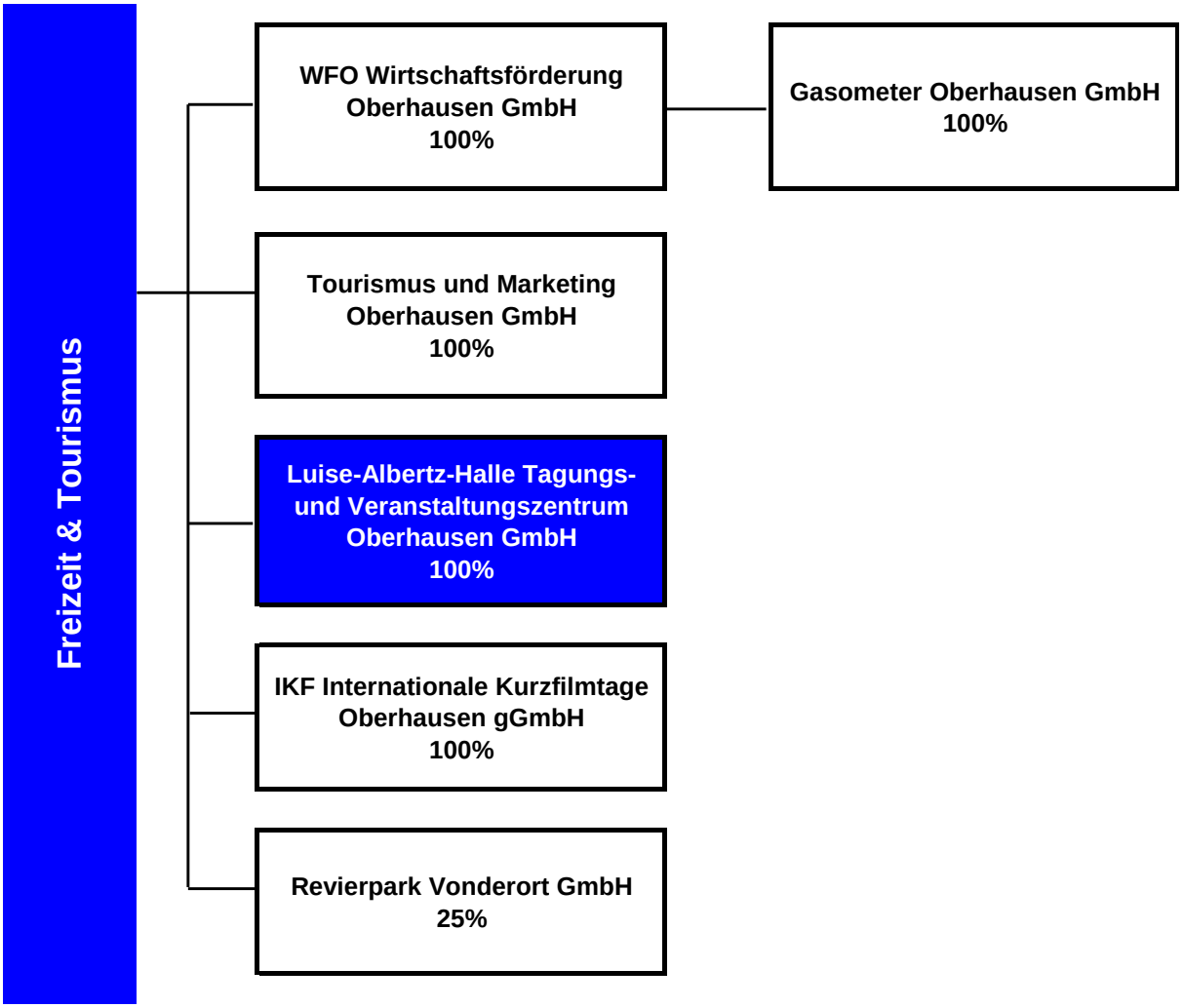
Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes nennenswerte Handelsgeschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldausgänge und Geldeingänge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement.

Oberhausen, den 23. März 2016

Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
Franz-J. Muckel
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	Info@cc-oberhausen.de
Internet	www.cc-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck unmittelbar geöfrdert werden kann.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräuißern.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszwecks an anderen Gesellschaften beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Hubert Imhoff GmbH	Gastronomie Pachtvertrag für die Zeit vom 01.04.2016 - 31.12.2017
Hubert Imhoff GmbH	Pachtvertrag vom 26.03.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Radtke, Dorothee

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	5.855,69	79,8	5.690,50	79,9	5.542,41	80,2	-148,09	-2,60
Umlaufvermögen	181,77	2,5	199,79	2,8	181,87	2,6	-17,92	-8,97
Rechnungsabgrenzungsposten	0,10	0,0	0,44	0,0	1,38	0,0	0,94	213,64
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.297,78	17,7	1.227,07	17,2	1.184,25	17,1	-42,82	-3,49
Bilanzsumme	**7.335,33**	**100,00**	**7.117,80**	**100,00**	**6.909,91**	**100,00**	**-207,89**	**-2,92**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	33,76	0,5	37,07	0,5	30,57	0,4	-6,50	-17,53
Verbindlichkeiten	7.301,57	99,5	7.080,73	99,5	6.879,35	99,6	-201,38	-2,84
Bilanzsumme	**7.335,33**	**100,00**	**7.117,80**	**100,00**	**6.909,91**	**100,00**	**-207,89**	**-2,92**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	743,56	752,12	751,41
sonstige betriebliche Erträge	32,68	12,27	36,61
Materialaufwand	684,52	724,35	748,62
Personalaufwand	350,18	280,30	303,80
Abschreibungen	204,64	179,81	177,90
sonstige betriebliche Aufwendungen	262,62	273,89	309,78
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,03	0,07	0,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	323,65	304,51	289,95
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.049,35	-998,39	-1.041,98
sonstige Steuern	83,93	106,88	91,17
Erträge aus Verlustübernahmen	1.175,98	1.175,98	1.175,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	42,69	70,71	42,83
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	42,69	70,71	42,83

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-152,41	-146,95	-150,80	%
Eigenkapitalrentabilität:	2.654,43	1.563,14	2.645,95	%
Cash-Flow:	-928,64	-925,47	-955,25	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	110,89	127,40		T€
Personalaufwandsquote:	45,11	36,67	38,55	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	79,39	79,56	79,81	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH ist im Jahre 1962 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen.

Gegenstand des Unternehmens ist es, die für Tagungs-, Kongress-, Veranstaltungs-, Kultur- und Bildungszwecke in den Jahren 1999/2000 umgebaute Luise-Albertz-Halle zu bewirtschaften. Darüber hinaus darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und alles tun, was dem Zweck der Gesellschaft förderlich ist.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft in ihrer über 50-jährigen Geschichte Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

Der Zwecksetzung entsprechend dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

erzielt. Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich dieses Ergebnisses jedes Jahr einen auf max. TEUR 1.176 begrenzten Verlustausgleich, sofern das Eigenkapital nicht mind. TEUR 150 beträgt. Die Höhe des Verlustausgleichs innerhalb dieses Rahmens ist gemäß Verlustausgleichsvereinbarung von dem tatsächlichen Liquiditätsbedarf der LAH abhängig und somit nicht an Ertragskennziffern gebunden.

In den Jahren 2008 bis 2015 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Auch in den zukünftigen Jahren kann auf die Verlustausgleichszahlung bei der prognostizierten Ertragslage nicht verzichtet werden.

Im Jahre 2015 hat die LAH unter Berücksichtigung des Gesellschafterzuschusses ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 43 erzielt.

Der deutsche Veranstaltungsmarkt ist weiter auf Wachstumskurs: Insgesamt 393 Millionen Teilnehmer zählten die Veranstaltungsstätten 2015, das sind 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das deutsche Angebot ist trotz steigender Nachfrage aus dem In- und Ausland im letzten Jahr relativ stabil geblieben: 7.208 Veranstaltungszentren, Tagungshotels und Eventlocations mit jeweils mindestens 100 Sitzplätzen im größten Saal bedeuten einen moderaten Anstieg von 0,8 Prozent gegenüber 2014. Die Zahl der Veranstaltungen blieb mit 3,06 Millionen ebenfalls relativ konstant (plus 0,7 Prozent).

Mit Abstand wichtigste Veranstaltungsart in den deutschen Veranstaltungsstätten waren Kongresse, Tagungen und Seminare, die mit 52,1 Prozent einen Zuwachs von 2,5 Prozentpunkten aufweisen. Insgesamt ist die durchschnittliche Teilnehmerzahl deutscher Veranstaltungen leicht gestiegen.

Für die LAH eröffnet sich auch aufgrund der geographischen Einbettung in das dicht besiedelte Ruhrgebiet ein breites Spektrum an möglichen weiteren Veranstaltungen.

C. Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen Erfolgsplanung in TEUR	**Ist 2014**	**Plan 2015**	**Ist 2015**
Umsatzerlöse	**752,1**	**752,0**	**751,4**
davon Halle	595,7	575,0	595,8
davon Gastronomie	156,4	177,0	155,6
sonstige Erträge	12,3	10,0	36,6
Erträge	**764,4**	**762,0**	**788,0**
Materialaufwand	-724,3	-700,0	-748,6
davon übrige Aufwendungen	-11,8	-12,0	-9,2
davon Aufwand für bez. Leistungen	-405,9	-400,0	-425,1
davon Aufwand Veranstaltungen	-306,6	-288,0	-314,3
Personalaufwand	-280,3	-302,0	-303,8
Abschreibungen	-179,9	-170,0	-177,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-273,9	-320,0	-309,8
sonstige Steuern	-106,9	-88,0	-91,2
Aufwand	**-1.565,3**	**-1.580,0**	**-1.631,3**
EBIT	**-800,9**	**-818,0**	**-843,3**
Finanzergebnis	-304,4	-283,0	-289,9
davon Zinsertrag	0,1	0,0	0,0
davon Zinsaufwand	-304,5	-283,0	-289,9
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-1.105,3**	**-1.101,0**	**-1.133,2**
Erträge aus „Verlustübernahme“	1.176,0	1.175,0	1.176,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**70,7**	**74,0**	**42,8**

Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr auf dem Niveau des Vorjahres und der Planung. Der Materialaufwand erhöhte

sich in Abhängigkeit des Veranstaltungsmix überproportional zur Entwicklung der Umsatzerlöse und liegt mit 99,6 % auch über dem Planansatz von 93,1%. Personalaufwendungen liegen über dem Vorjahr, aber auf dem Niveau der Planung.

Wie in den Vorjahren ist das operative Ergebnis sowie das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hoch negativ und führt nur in Verbindung mit dem Ausgleich der Stadt Oberhausen zu einem positiven Jahresüberschuss.

Die Vermögens- und Finanzlage ist unverändert geprägt durch die hohe Anlagen-intensität der Geschäftstätigkeit. Das Sachanlagevermögen beträgt TEUR 5.515 bzw. 79,8 % der Bilanzsumme. Das Veranstaltungszentrum ist mittelfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen TEUR 4.995 bzw. 72,3 % der Bilanzsumme mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt TEUR 1.184 gegenüber TEUR 1.227 im Vorjahr.

D. Ereignisse nach dem Stichtag

Das Geschäftsjahr 2016 hat sich in den ersten Monaten planmäßig entwickelt. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag mit Einfluss auf den Jahresabschluss des Berichtsjahres haben sich nicht ereignet.

E. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

E1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatz-entwicklungen aufzeigen, sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen früh-zeitig zu erkennen. Es wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert.

E2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Wie schon erläutert ist die LAH abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungs-marktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Durch gezielte Maßnahmen wird versucht, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Branche zu erreichen.

Stark belastend für die Rentabilität und die Liquidität sind insbesondere die erheblichen Finanzierungskosten der Immobilie. Aus diesem Grund hat die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch einen vereinbarten Kreditrahmen mit einer städtischen Beteiligungsgesellschaft wird zur Zeit der aufgrund kontinuierlicher Liquiditätsplanung ermittelte Kapitalbedarf bis zum 16.1.2017 sicher gestellt. Für weitergehende Erläuterungen wird auf den Abschnitt F3. Risikobericht verwiesen.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungs-management überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

F. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

F1. Prognosebericht

Die Planungen der Jahre 2016 bis 2018 gehen bei einem konstanten Anbuchungsvolumen und relativ konstanten Fixkosten sowie dem jährlichen Verlustausgleich des Gesellschafters von weiterhin materiell negativen Ergebnissen in Höhe der Jahre 2014 und 2015 aus, die sich aufgrund der nicht zurückzahlbaren Zuschüsse des Gesellschafters wie in den Jahren 2014 und 2015 als leicht positive Jahresergebnisse zeigen.

Alle getroffenen Annahmen der Prognose basieren auf dem derzeitigen Wissensstand.

Die Erfahrungswerte der Vergangenheit und die Einschätzung der Zukunft sind in der im Ausblick wiedergegebenen Planrechnung für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018 abgebildet und Erläuterungen dargestellt.

F2. Chancenbericht

Chancen der zukünftigen Entwicklung liegen in dem sehr guten Personal und der hervorragenden Kundenbetreuung, so

dass trotz aller geschilderten Schwierigkeiten grundsätzlich eine konstante Umsatzentwicklung zu erwarten ist.

Wesentliche Chancen liegen in dem Kundenstamm, dem Markennamen Kongresszentrum Oberhausen und der Leistung der Mitarbeiter, vor allem derjenigen mit Vertriebs- und Kundenbetreuungsaufgaben.

F3. Risikobericht

Die Gesellschaft wird auch in den kommenden Jahren planmäßig keine ausreichenden finanziellen Mittel aus der üblichen Geschäftstätigkeit generieren, um ihren laufenden Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher gefährdet und nur unter der Annahme der kurz- und mittelfristigen Aufrechterhaltung der folgenden wesentlichen Maßnahmen möglich:

- Fortführung der mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende kündbaren Verlustausgleichsverpflichtung zwischen der Stadt Oberhausen und der LAH, welche einen jährlichen ertragswirksamen Liquiditätszuschuss von bis zu TEUR 1.176 vorsieht.
- Prolongation des am 16.1.2017 auslaufenden kurzfristigen Darlehens in Höhe von maximal TEUR 1.600 durch die VZO GmbH oder einem anderen Darlehensgeber.
- Fortführung der Unentgeltlichkeit der Geschäftsführertätigkeit.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Jahresabschlusses liegen der Geschäftsführung keine Hinweise darauf vor, dass die Stadt Oberhausen und die VZO GmbH ihre in der Vergangenheit stetig gewährten Zuschüsse bzw. Darlehen nicht auch künftig in unverändertem Umfang aufrechterhalten werden. Der vorliegende Jahresabschluss wurde daher unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Im Personalbereich setzt die LAH auch künftig auf einen Kernstamm von Mitarbeiter-Spezialisten. Allerdings ergeben sich Risiken aus der sehr dünnen Personaldecke.

Die Rahmenbedingungen erlauben es der LAH grundsätzlich nicht, Risiken einzugehen (z.B. für eigene Veranstaltungskonzepte Geld einzusetzen). Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung, Rahmenbedingungen und Prozesse der Risikominimierung für die LAH festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und mit den Mitarbeitern (insbesondere im Vertrieb) regelmäßig die Entwicklung der Risiken in den jeweiligen Bereichen zu analysieren. Grundlage für ein gutes Risikomanagement ist die zuverlässige und schnelle Versorgung der Geschäftsführung mit relevanten Informationen zum Verlauf des Geschäftes. Die Geschäftsführung informiert sich permanent über die Entwicklung wesentlicher Kennzahlen der Geschäftstätigkeit der einzelnen Bereiche und über die monetären Ergebnisse.

Der Wettbewerb im Veranstaltungsstättenmarkt im Rhein-Ruhr-Gebiet hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. In dem Markt sind Anbieter tätig bzw. es drängen Anbieter in ihn hinein, die über ein breites Serviceportfolio und auch etablierte Kundenbeziehungen verfügen. Die zukünftige Entwicklung der LAH hängt wesentlich davon ab, wie gut es dem Unternehmen gelingt, als spezialisierter Dienstleister für alle Veranstaltungsformen am Markt adäquate Preise für seine Dienstleistungen durchzusetzen.

Umsatzplanungen unterliegen immer einer gewissen Unsicherheit, da die Verträge mit den Kunden immer kurzfristiger geschlossen werden und es oft nur Einzelverträge für Veranstaltungen gibt. Die in der Planrechnung 2016 ff. berücksichtigten Vermietungsumsätze müssen trotz der Prognoseunsicherheit erreicht werden, da derzeit aufgrund der finanziellen Situation der alleinigen Gesellschafterin Stadt Oberhausen nicht von einer Erhöhung der Verlustübernahme durch die Gesellschafterin für das „operative Geschäft“ auszugehen ist.

Die von der LAH für namhafte Kunden durchgeführten Veranstaltungen sind teilweise mit einer erheblichen Wirkung in der Öffentlichkeit verbunden. Qualitätsmängel bei der Leistungserbringung können daher zu einer negativen Außenwirkung führen, die den Verkauf der angebotenen Leistungen und damit die zukünftige Geschäftsentwicklung in signifikantem Umfang beeinträchtigen würde.

Ein weiteres Risiko besteht im Personalbereich darin, dass den Mitarbeitern über die Rheinische Versorgungskassen - Zusatzversorgung-, Köln, (RZVK), Ansprüche auf Versorgungsrenten und andere Leistungen zustehen. Da die Zusatzversorgungskasse als Unterstützungskasse konzipiert ist, besteht eine Einstandspflicht der LAH für etwaige Deckungslücken zwischen anteiligem Vermögen der LAH an der Unterstützungskasse und Versorgungsansprüchen der versicherten Mitarbeiter. Zum Ausgleich dieser Deckungslücke erhebt die RZVK derzeit einen jährlichen Sanierungsbeitrag von ihren Mitgliedern in Höhe von derzeit 3,5 % auf die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter. Risiken bestehen insbesondere in der weiteren Entwicklung dieses Beitrages sowie in der allgemeinen demographischen Entwicklung, die steigende Umlagesätze erwarten lässt.

G. Ausblick

Zur Sicherung des laufenden Veranstaltungsbetriebes wurde mit dem bisherigen Gastronomen ein Interimsvertrag bis zum 31.12.2017 geschlossen. Es ist geplant, ab dem Jahr 2018 eine Gesamtverpachtung bzw. –konzession für den gesamten Betrieb der Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH zu vergeben.

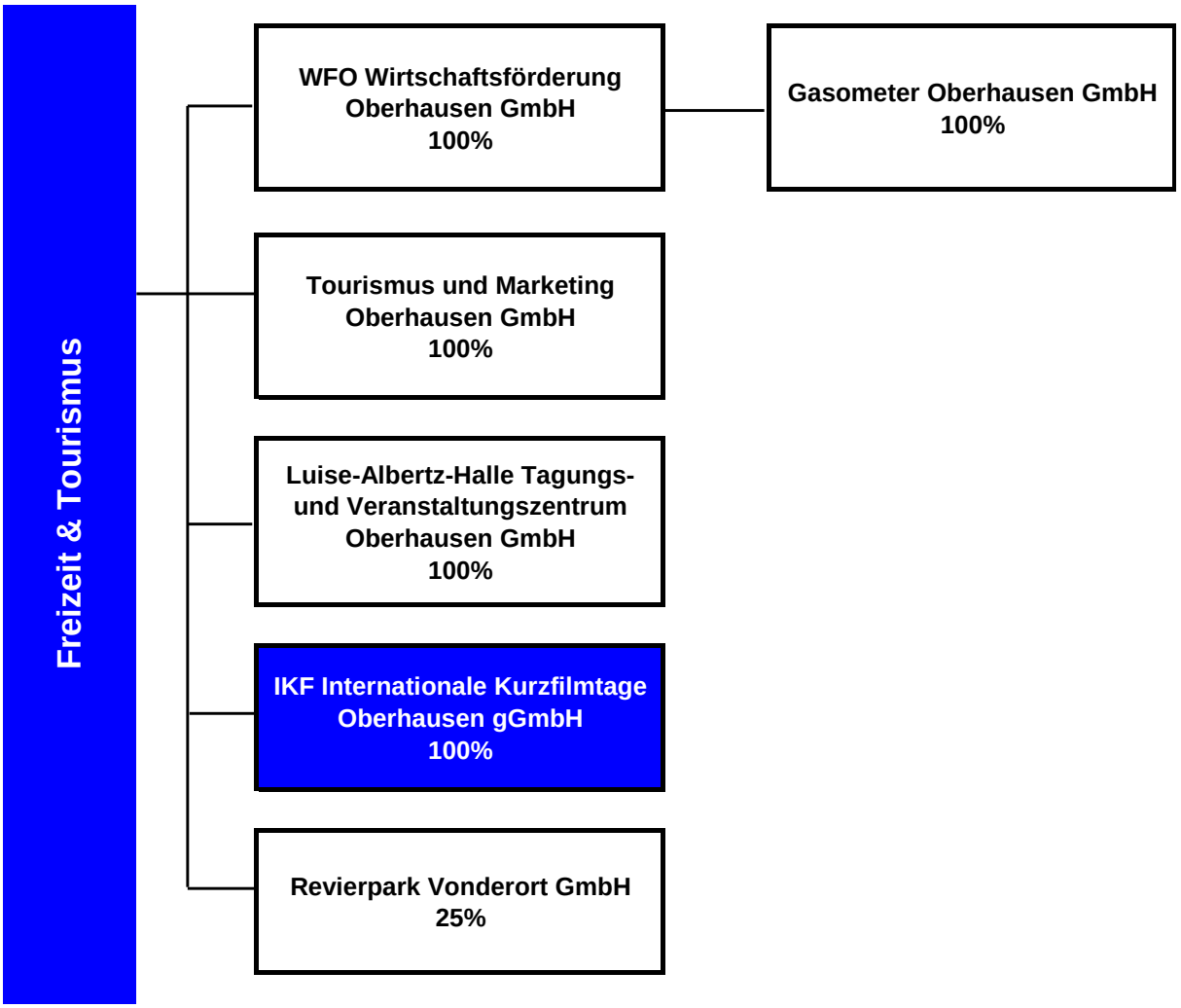
Neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten wesentlichen Planungsannahmen ist in der folgenden Mittelfristplanung der LAH für die Jahres 2016 bis 2018 insbesondere der Abschluss eines Konzessionsvertrages spätestens zum 01.01.2018 zur Übernahme sowohl der Gastronomie als auch des Veranstaltungsmanagements eingeplant.

Erfolgsplanung **Luise-Albertz-Halle Oberhausen**	**PLAN 2016** **T€**	**PLAN 2017** **T€**	**PLAN 2018** **T€**
Umsatzerlöse			
a) Erlöse Halle	600	600	600
b) Erlöse Gastronomie/Pacht inkl. Nebenkosten	170	200	200
Sonstige betriebliche Erträge	3	3	3
	773	**803**	**803**
Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			
a) Übrige Aufwendungen	-13	-13	-13
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-460	-460	-460
c) Aufwendungen Veranstaltungen	-295	-295	-295
Personalaufwand	-270	-276	-281
Abschreibungen auf Sachanlagen	-173	-172	-172
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-260	-260	-260
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-308	-295	-280
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.006**	**-968**	**-958**
Sonstige Steuern	-84	-100	-100
Erträge aus „Verlustübernahme“	1.175	1.176	1.176
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	**85**	**108**	**118**

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass es trotz der großen Herausforderung bei der LAH gelingt, in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung des Gesellschafterzuschusses positive Geschäftsergebnisse zu erwirtschaften und damit mittelfristig die LAH als die „Gute Stube“ für die Stadt Oberhausen zu erhalten.

Oberhausen, 8. August 2016

Hartmut Schmidt
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Grillostr. 34 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	www.kurzfilmtage.de/
Rechtsform:	gGmbH
Stammkapital in T€:	25,57

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Wolter, Marita
	Mitglied (gem. § 113 GO)	Hüttemann, Claudia
	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas

Mitglied	Brodrick, Helmut
Mitglied	Broß, Klaus Dieter
Mitglied	Cordes, Hubert
Mitglied	Derksen, René
Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
Mitglied	Dröhne, Manuel
Mitglied	Dubbert, Karin
Mitglied	Flore, Manfred
Mitglied	Gödderz, Sandra
Mitglied	Kauenhowen, Eva
Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
Mitglied	Köster, Volker
Mitglied	Lepges, Gerd
Mitglied	Sahin, Bülent
Mitglied	Sommer, Udo
Mitglied	Telli, Ercan
Mitglied	Tscharke, Hans Josef
Mitglied	Walther, Andrea-Cora
Mitglied	Wrobel, Hans-Günter
Mitglied	Schmidt, Georgis
stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
stellv. Mitglied	Flecken, Sebastian
stellv. Mitglied	Prof. Dr. Günter, Roland
stellv. Mitglied	Haller, Thomas
stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
stellv. Mitglied	Kösling, Anja
stellv. Mitglied	Luchmann, Volker
stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Runkler, Edith
stellv. Mitglied	Schneider, Josef
stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Wolter, Horst

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	12,39	5,0	71,79	23,2	52,50	14,6	-19,29	-26,87
Umlaufvermögen	233,58	93,6	234,05	75,8	303,10	84,4	69,05	29,50
Rechnungsabgrenzungsposten	3,69	1,5	3,04	1,0	3,56	1,0	0,52	17,11
Bilanzsumme	**249,66**	**100,00**	**308,88**	**100,00**	**359,16**	**100,00**	**50,28**	**16,28**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	104,44	41,8	106,68	34,5	109,23	30,4	2,55	2,39
Sonderposten mit Rücklagenanteil			56,34	18,2	40,14	11,2	-16,20	-28,75
Rückstellungen	136,41	54,6	136,19	44,1	147,67	41,1	11,48	8,43
Verbindlichkeiten	8,81	3,5	6,67	2,2	13,78	3,8	7,11	106,60
Rechnungsabgrenzungsposten			3,00	1,0	48,35	13,5	45,35	1.511,67
Bilanzsumme	**249,66**	**100,00**	**308,88**	**100,00**	**359,16**	**100,00**	**50,28**	**16,28**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	113,32	130,33	124,04
sonstige betriebliche Erträge	1.233,40	1.268,07	1.237,12
Materialaufwand	702,77	729,33	699,00
Personalaufwand	538,69	565,72	548,43
Abschreibungen	5,97	17,24	22,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	97,88	83,81	88,58
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,15	0,12	0,06
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,56	2,41	2,70
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,52	0,17	0,16
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,05	2,25	2,54
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0,05	2,25	2,54
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2013	31.07.2014	31.07.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,04	1,72	2,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,05	2,11	2,33	%
Cash-Flow:	6,02	19,49	25,06	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	122,43	155,38	151,24	T€
Personalaufwandsquote:	40,00	40,45	40,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2013	31.7.2014	31.7.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,99	21,12	13,39	%
Eigenkapitalquote:	41,83	34,54	30,41	%
Fremdkapitalquote:	58,17	65,46	69,59	%

e) Lagebericht

Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich gesteigert und seit dem Jahr 2000 beinahe verdoppelt. Gleichzeitig konnten bis zum Jahr 2009 sämtliche Kostensteigerungen mit einer deutlichen Erhöhung des Umsatzerlösanteils und einem sehr wirtschaftlichen Mitteleinsatz der zur Verfügung stehenden Mittel ausgeglichen werden.

Bei gleich bleibenden Zuschüssen war es der Gesellschaft ab dem Jahr 2010 nicht mehr möglich, Kostensteigerungen im bisherigen Umfang aufzufangen, da mit Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2009 die Sponsoringerlöse deutlich zurückgingen. Im Jahr 2010 konnten zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Personalbereich bei der Stadt Oberhausen und für den Bereich der Sachmittel beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen erreicht werden. Mittelfristig konnten so Kostensteigerungen und gesunkene Umsatzerlöse aufgefangen und dringend notwendige Anpassungen in der Personalausstattung und bei den Sachmitteln vorgenommen werden. Trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage konnten insbesondere Sponsoringerlöse der Vergangenheit bisher nicht wieder erreicht werden. Die Möglichkeit weggefallene Sponsoringerlöse durch Stiftungszuwendungen zu ersetzen, wird immer mehr durch das extrem niedrige Zinsniveau erschwert. Allein durch allgemeine Kostensteigerungen waren bereits im vorangegangenen Berichtsjahr die erreichten Zuschussanhebungen weitgehend aufgezehrt. In diesem und im vorangegangenen Berichtsjahr wurde nach der Neuauflage des EU-MEDIA Programms mit angepassten Förderbedingungen erstmals seit Jahren eine EU-Förderung beantragt und bewilligt. Hierdurch können kurzfristig mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung vermieden werden. Die notwendige Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung des Festivals können aber nur durch öffentliche Zuschüsse gewährleistet werden, die zudem mittelfristig auch allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen. Sowohl Sponsoringerlöse als auch Stiftungszuwendungen können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2014/15 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Mit der Durchführung des Festivals und den Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih sowie Sonderprojekten wurden diese satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen.
In der Aufsichtsratssitzung vom 01.04.2014 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2014/15 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 24.03.2015 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2014/15 wurden weitgehend erreicht. Öffentliche Zuwendungen wurden mit einer Ausnahme in beantragter Höhe bewilligt. Das Auswärtige Amt kürzte wegen begrenzter Haushaltsmittel die Zuwendung um gut 16%.

Auch im Festivaljahr 2015 haben die Kurzfilmtage den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortgesetzt, Einsparpotentiale zu ermitteln und umzusetzen. Bereinigt um einmalige Einflüsse liegt der Index für allgemeine Kostensteigerungen der Gesellschaft derzeit bei 104,1 (Basisjahr 2010) und damit weiterhin unter dem vom Statistischen Bundesamt angegebenen Index für inflationsbedingte Kostensteigerungen von 107,0. Der Personalkostenanteil für fest angestelltes Personal konnte mit aktuell 36,5% konstant gehalten werden.
Mit knapp 18.000 Besuchern verzeichneten die Kurzfilmtage so viele Besucher wie 2013, nach der Steigerung der Besucherzahl im Jubiläumsjahr 2014. Insbesondere Studentengruppen der Filmhochschulen wurden erneut durch besondere Konditionen angesprochen. Auch das Fachinteresse blieb hoch, knapp 1.100 Industrievertreter aus rund 50 Ländern akkreditierten sich. Durch den Feiertag am 1. Mai, der auf das Festival fiel, konnten jedoch nicht in gewohntem Maße Kinder- und Jugendprogramme für Schulen durchgeführt werden.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gemeinnützige GmbH schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2014/15 erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Das Jahresergebnis weist einen leichten Überschuss aus, der der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt werden sollte.

Die Kostenentwicklung differierte in einigen Positionen vom Plan auf Grund vorzunehmender Rückstellungen,

Kostensteigerungen, aber auch Kostenreduzierungen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung nicht vollends absehbar waren. Jedoch konnten Mehrausgaben in einigen Positionen durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen werden. Bereinigt um Kosten für einmalige Projekte liegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen in der Summe unter den Planansätzen. Diese Abweichung resultiert überwiegend aus dem verstärkten Einsatz von befristet Angestellten und Aushilfen zur Betreuung einzelner Programmsegmente und zur Durchführung von einmaligen Projekten statt des Einsatzes von Honorarkräften. Diese befristeten Anstellungen führen ebenso wie zu bildende Rückstellungen auch zu einer Abweichung vom Planansatz im Bereich der Personalkosten.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, sowie eine Mitarbeiterin in Elternzeit. Auf Grund der Elternzeit wurde bis Juli 2016 eine Vertretungsregelung getroffen. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden befristete Anstellungen, inklusive des Geschäftsführer-Dienstvertrages, mit Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft zu weitgehend unveränderten Bedingungen verlängert. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Zwei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 15 und 20 Aushilfen. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werk- und Honorarverträgen beschäftigt. Ziel der Personalplanung ist eine vernünftige Balance zwischen Kostenreduktion und Kontinuität. In allen Bereichen, in denen dies möglich ist, wird entweder in Teilzeit oder sogar auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Bei bestimmten Tätigkeiten ist dies aber sowohl aus arbeitsrechtlicher Perspektive als auch mit Blick auf das Qualitätsmanagement kaum darstellbar.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektsponsoring freier Wirtschaftsunternehmen weitgehend von Stiftungen übernommen. Stiftungsförderungen werden den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet und führen so zu geringeren Erlösanteilen gegenüber den Vorjahren. Der Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtbudget (ohne Sonderzuschüsse) erreicht im Berichtsjahr einen Wert von knapp 9,2% und unterschreitet geringfügig den Vorjahreswert (9,7%). Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise war ein deutlicher Rückgang des Sponsorenengagements zu verzeichnen. Im Berichtsjahr liegen die Sponsorenerlöse von reinen Wirtschaftsunternehmen unter denen des Vorjahres. Jedoch sind die Vorjahreserlöse im Bereich Sponsoring unter dem einmaligen Effekt anlässlich des 60. Jubiläums des Festivals im Jahr 2014 zu sehen. Im Vergleich zum Festivaljahr 2013 werden die Sponsoringerlöse geringfügig unterschritten und können nunmehr ebenso wie Anzeigenerlöse als beinahe konstant angesehen werden und tragen weiterhin zur Finanzierung des Festivals bei.

Die Erlöse aus dem Verleih konnten im Vergleich zum Vorjahr um 7% gesteigert werden. Die Eintrittserlöse stiegen um rd. 15%.

Die erreichten Umsatzerlöse übersteigen den angepassten Planansatz um 6,3%. In den Bereichen Sponsoring und Anzeigen wurden die angepassten Planansätze knapp erreicht. Die Umsatzerlöse im Zweckbetrieb Archiv lagen im Geschäftsjahr 2014/15 mit knapp 11% über dem angepassten Plansoll. Die Umsatzerwartungen im Bereich Eintrittsgelder wurden ebenfalls leicht überschritten und lagen rd. 4% über dem Planansatz.

Trotz vieler Anstrengungen im Bereich der Umsatzerlöse erreichen diese nicht die Höhe der Geschäftsjahre vor Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009. Im Vergleich zum Vorjahr konnten nur leichte Zuwächse verzeichnet werden. Trotz intensiver Akquise ist eine deutlich positive Entwicklung der Einnahmesituation im Bereich Sponsoring in nächster Zukunft nicht zu erwarten. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber und erreichte Umsatzerlöse war das Festival aber zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grund der Vorlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft am 31.08.2015 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2014 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt.

Neben den gewöhnlichen Aktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2014/15 erneut zusätzliche einmalige Projekte durchgeführt, für die sowohl von Zuschussgebern als auch Stiftungen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 359 TEUR und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 73,5%. aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 109 TEUR setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und

satzungsmäßiger Rücklage nach § 58 Nr. 6 AO und erreicht eine Quote von 30,4%.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2014/2015

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014/2015 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellt und nur über Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringerlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird.

Bei stagnierenden Zuschüssen ist eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar und kann das Leistungsspektrum auch nicht aufrecht erhalten werden. Mit den Zuschussanpassungen in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden ist es in den letzten Jahren gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären. Die Kostensteigerung der Gesellschaft sind überaus moderat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Die im Vorjahr und im Berichtsjahr erreichte EU-Förderung verschafft der Gesellschaft nur kurzfristig leichten finanziellen Spielraum, da die erreichten Zuschusserhöhungen bereits im Vorjahr durch unabwendbare allgemeine Kostensteigerungen aufgezehrt waren. Für das Geschäftsjahr 2015/2016 sowie für Folgejahre wird die Geschäftsführung daher alle Anstrengungen unternehmen, die Voraussetzungen zur Erfüllung der Förderkriterien des EU MEDIA-Programms zu schaffen und somit mittelfristig einen zusätzlichen Zuschussgeber zu gewinnen. Darüber hinaus ist die Geschäftsführung bestrebt, eine Wiederaufnahme der Festivalförderung beim RVR zu erreichen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigen.

Die Sponsoringakquise wurde in der Vergangenheit fortlaufend verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete digitale Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Seit der Finanzkrise ist es jedoch trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage schwierig, die Erlössituation zu halten oder gar deutlich zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung bzw. das sehr niedrige Zinsniveau ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2016 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2015 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Vom Land Nordrhein-Westfalen wurde bereits eine Zusicherung in Höhe der

diesjährigen Förderung für 2016 ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss, wie im Festivaljahr 2015 erstmalig geschehen, auch zukünftig jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Auf Grund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine weiteren Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Das Niveau des Mietzinses konnte gehalten werden. Zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen ist eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu geschlossen.

Im Personalbereich sind im Geschäftsjahr 2015/16 keine Änderungen vorgesehen. Befristete Anstellungen wurden im Verlauf des Berichtsjahres verlängert. Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird im Geschäftsjahr voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, sowie eine Mitarbeiterin in Elternzeit beschäftigen. Auf die Besetzung einer Ausbildungsstelle muss aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig werden.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Merchandiseartikeln“ wird auch künftig festgehalten.

Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren, sie in Programme zu übertragen und dafür auch neue Zielgruppen zu erschließen, hat in Oberhausen eine lange Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern.

Weiterhin steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Onlineauftritt, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt, zuletzt mit der Einführung des SEMINARS, das sich an Filmemacher, Kuratoren und Wissenschaftler gleichermaßen richtet und sich vollständig über Teilnahmegebühren finanziert. Aus diesem Projekt erwuchsen weitere Impulse für Fachbesucher, das Festival zu besuchen. Die strategische Weiterentwicklung des Festivalgedankens steht auch im Mittelpunkt des Projekts ArtLab, das seit geraumer Zeit entwickelt wird, das aber äußerst schwierig zu finanzieren ist. ArtLab will ein neuartiges Instrument und Netzwerk für Akteure im Bereich des künstlerische Films und der Medienkunst etablieren, das auf die stark veränderten Produktions- und Auswertungsbedingungen im medialen Feld zwischen Kino und Ausstellung, Filmfestival und Museum reagiert. Die Zielsetzung des Projekts ist nicht die Förderung individueller Werke, sondern deren Finanzierung und Entwicklung, sowie die Professionalisierung und Vernetzung der Akteure. Leider wurde ein erster Antrag durch die EU nicht bewilligt. Ein Folgeantrag ist noch im Verlauf des Jahres geplant. Derzeit werden auch private Geldquellen für das Projekt gesucht.

Die Datenbank der Kurzfilmtage soll künftig für externe Nutzer noch komfortabler werden. In diesem Bereich sind wegen der rasanten technischen Entwicklung stetige Aufwendungen nötig, insbesondere mit Blick auf die Vernetzung von Onlineauftritt und Datenbanken. Die Kurzfilmtage prüfen derzeit ein gemeinsames Online-Datenbank-Projekt mit Filmfestivals in den Niederlanden. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung sollen Investitionen erheblich reduziert werden. Für Fachbesucher und Breitenpublikum entstünde ein weitaus größeres und vor allem nutzerfreundliches Angebot mit vielfältigeren Serviceangeboten und verbesserten Bewegtbildern. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden bereits zum Festival 2016 erste Bestandteile umgesetzt

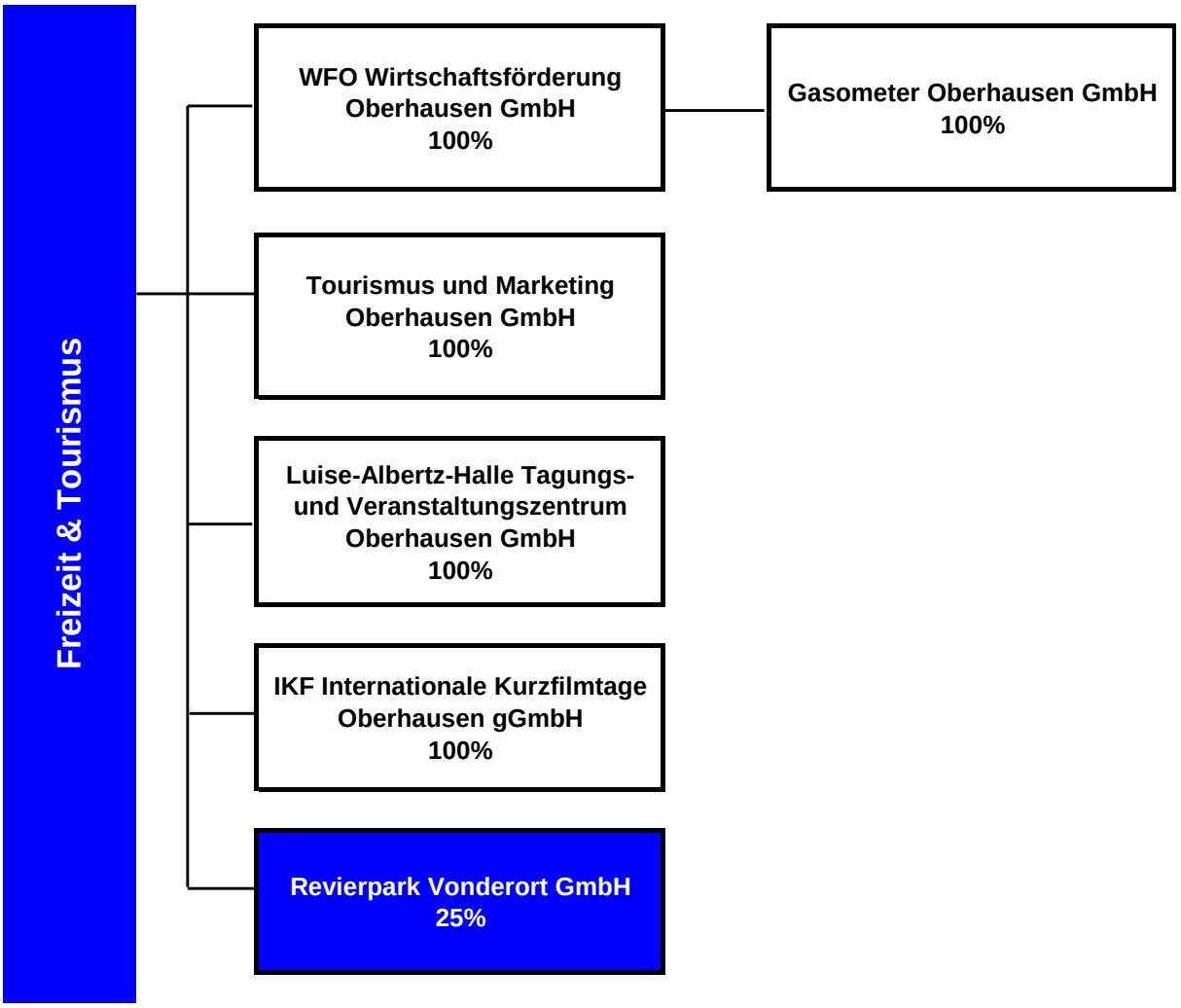
sein. Der Internetauftritt der Kurzfilmtage ist für die Außendarstellung des Festivals und die verschiedenen Aktivitäten im Bereich Verleih und Archiv absolut zentral.

Auch das Archiv der Kurzfilmtage soll in den nächsten Jahren weiter aufgearbeitet werden. Im Zuge des Umzugs des Filmarchivs werden mit Hilfe des LVRs und des Landes NRW die zum Teil beschädigten Filmdosen ersetzt und neu etikettiert. Dazu sind umfangreiche Arbeiten nötig, die wahrscheinlich im Geschäftsjahr 2015/16 noch abgeschlossen werden können. In diesem Zusammenhang müssen auch rund Tausend Arbeiten, die in dem veralteten Videoformat Beta SP vorliegen, gesichtet, bewertet und nach und nach ersetzt werden, sei es durch neue digitale Träger oder durch eine technisch hinreichende Sicherung. Zur Aufarbeitung der Festivalgeschichte soll ein Promotionsstipendium beantragt und finanziert werden, um bis zum Jahr 2019, also bis zum 65. Jubiläum eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung vorlegen zu können. Der Antrag soll noch im Geschäftsjahr gestellt werden, so dass die Arbeit an dem Projekt möglicherweise schon im Geschäftsjahr 2016/17 aufgenommen werden kann, sofern der Antrag positiv beschieden wird.

Auf lokaler Ebene werden weiterhin Bemühungen unternommen, für das ehemalige Europa-Kino neue Perspektiven auch für andere Akteure in der Stadt zu entwickeln und Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Oberhausen, 28. September 2015

gez. Dr. Lars Henrik Gass


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Revierpark Vonderort GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bottroper Str. 322
46117 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/999680
Fax	0208/9996899
e-Mail	info@revierpark.com
Internet	www.revierpark.com/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 41,00

Gesellschafter:

	T€	%
Regionalverband Ruhr	20,50	50,00
Stadt Bottrop	10,25	25,00
Stadt Oberhausen	10,25	25,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrags den Zweck, der Bevölkerung einen Park - den Revierpark Vonderort - mit seinen Einrichtungen zur Sportausübung und zur Erholung zur Verfügung zu stellen.

Mit den Anlagen und Einrichtungen bezweckt die Gesellschaft die Förderung des Sportes und die Erholung der im Umkreis der Parkanlage wohnenden gesundheitlich besonders gefährdeten Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Es wird kein wirtschaftlicher Erwerb oder Gewinn angestrebt. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Das Vermögen und alle Einrichtungen der Gesellschaft dürfen nur für gemeinnützige Zwecke im Sinne des Gesellschaftsvertrages verwendet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Diverse	Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche, des Betriebs von Kiosken, einer Minigolfanlage und eines Bootsverleihs

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Münich, Elke
	Geschäftsführer	von der Heide, Jochem
	Geschäftsführer	Loeven, Willi
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bischoff, Jörg
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Pfingsten, Jutta

Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
Mitglied	Höving, Norbert
Mitglied	Dr. Hubbert, Eva-Maria
Mitglied	Krey, Thomas
Mitglied	Wissing, Matthias
Mitglied	Geise, Hans-Christian
Mitglied	Tscharke, Hans Josef
Mitglied	Wittmann, Regina
Mitglied	Kowalewski, Utz
Mitglied	Wilkending, Sonja

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.181,50	87,3	1.881,42	86,0	1.574,14	73,1	-307,28	-16,33
Umlaufvermögen	315,79	12,6	305,06	13,9	578,75	26,9	273,69	89,72
Rechnungsabgrenzungsposten	1,28	0,1	1,55	0,1	1,51	0,1	-0,04	-2,58
Bilanzsumme	**2.498,57**	**100,00**	**2.188,03**	**100,00**	**2.154,40**	**100,00**	**-33,63**	**-1,54**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.625,61	65,1	1.431,82	65,4	1.607,73	74,6	175,91	12,29
Sonderposten mit Rücklagenanteil	140,63	5,6	118,13	5,4	95,63	4,4	-22,50	-19,05
Rückstellungen	119,78	4,8	77,68	3,6	117,11	5,4	39,43	50,76
Verbindlichkeiten	610,43	24,4	558,28	25,5	330,68	15,3	-227,60	-40,77
Rechnungsabgrenzungsposten	2,13	0,1	2,13	0,1	3,26	0,2	1,13	53,05
Bilanzsumme	**2.498,57**	**100,00**	**2.188,03**	**100,00**	**2.154,40**	**100,00**	**-33,63**	**-1,54**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.257,26	2.269,04	2.321,49
sonstige betriebliche Erträge	703,67	698,79	1.228,27
Materialaufwand	1.440,59	1.406,45	1.447,50
Personalaufwand	1.348,86	1.392,64	1.495,16
Abschreibungen	355,75	340,75	316,24
sonstige betriebliche Aufwendungen	387,95	416,53	461,48
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,64	0,02	0,03
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3,70	2,85	0,60
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-574,28	-591,35	-171,19
außerordentliche Aufwendungen	0,79		
außerordentliches Ergebnis	-0,79		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5,55	0,16
sonstige Steuern	-37,90	-35,11	8,48
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-537,16	-561,79	-179,84
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-537,16	-340,75	-316,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	-221,04	136,40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-23,80	-24,76	-7,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	-33,04	-33,99	-12,22	%
Cash-Flow:	-181,41	-221,04	136,40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	185,06	211,99		T€
Personalaufwandsquote:	45,56	46,92	42,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,16	85,90	73,07	%
Eigenkapitalquote:	65,06	65,44	74,63	%
Fremdkapitalquote:	34,94	34,56	25,37	%

e) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen der Gesellschaft

1.1 Zweck und betrieblicher Aufbau

Die Gesellschaft wurde 1971 gegründet zum Betrieb eines Freizeit- und Naherholungsparks mit großem Freizeitangebot.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes für die im regionalen Umkreis wohnende Bevölkerung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb des öffentlichen Badbereiches für das Jedermannschwimmen, verschiedene Kursangebote, Programm- und Veranstaltungsangebote in den Einrichtungen der Gesellschaft sowie die Bereitstellung der Spiel- und Sportflächen im Revierpark Vonderort.

Zur Erfüllung ihres Zwecks betreibt die Gesellschaft folgende Anlagen bzw. hat diese verpachtet:

- Revierpark Vonderort mit 32 Hektar Grundfläche, inkl. Rundwanderweg, abwechslungsreichen Spiel-, Sport-

und Erholungsflächen, regelmäßige Konzerte, Tischtennisplatten und Ballspielfelder, Ruder- und Tretbootfahren, Rodelbahn
- Solbad mit Warmliege- und Außenschwimmbecken,
- Frei- und Wellenbad,
- Saunalandschaft mit Finnischer Sauna, Blockbohlensauna, Dampfsauna, Erdsauna, Teichsauna sowie Bio/Valo-Bädern.

1.2 Rahmenbedingungen

Das Geschäft der Gesellschaft ist im Allgemeinen von zahlreichen externen Faktoren abhängig. Neben saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen zählen dazu insbesondere die verstärkte Konkurrenz durch verschiedene neue Freizeitangebote im Umkreis von Oberhausen, die Entwicklung der Energie- und Wasserpreise sowie die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte. Die grundlegende konjunkturelle Situation in 2015 in unserem Einzugsgebiet hat sich eher belebend auf die Nachfrage ausgewirkt.

Aufgabenbedingt kann die Gesellschaft – ohne Zuschüsse der Gesellschafter – kein kostendeckendes Geschäft betreiben. Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse zu den laufenden Betriebskosten und zu Investitionen durch die Gesellschafter.

Wir bemessen unser Geschäftsergebnis im Wesentlichen nach der Erfüllung unserer öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung und der Einhaltung der Vorgaben des Wirtschaftsplans; dabei spielen die Besucherzahlen, die Eintrittspreise, die erzielten Umsätze sowie unsere Material- und Personalaufwendungen eine wichtige Rolle.

Die PROVA Unternehmensberatung GmbH hat im Rahmen der Betriebsführung im Jahr 2012 ein Zukunftskonzept für den Revierpark Vonderort erarbeitet, das dem Verwaltungsrat vorgestellt wurde. Inhaltlich wurde dabei vor allem auf nachhaltige Entwicklungen gezielt, die die Gesellschaft künftig vor allem wirtschaftlich stärken sollen. Die Umsetzung des Zukunftskonzeptes erfolgte bereits im Laufe der vergangenen Jahre mit der Überarbeitung der Marketingstrategie und den Marketingmaterialien sowie der Attraktivierung des Saunabereiches. Des Weiteren folgten im Jahr 2013 und 2014 z. B. die Aufsalzung des Außenbeckens mit Selen und die Einrichtung eines neuen Shopkonzeptes im Eingangsbereich des Solbades. Im Jahr 2014 wurde darüber hinaus die Belebung des Revierparks in den Vordergrund gestellt, mit den Eventreihen Holi Oberhausen und dem Public Viewing Fest zur Weltmeisterschaft in Brasilien wurde der Parkbereich der Öffentlichkeit wieder näher gebracht. Insgesamt 17.000 Menschen besuchten in dieser Zeit den Revierpark. In 2015 wurde über die Sommermonate rund um den See ein künstlicher Strand angelegt, wo bei Musik ein kaltes Getränk genossen werden konnte. Ein weiteres Event war die Sommerparty im Freibad, die auch im folgenden Jahr fortgesetzt werden soll. Der Betrieb und das Ergebnis des Revierparks sind abhängig von der kontinuierlichen Zuschussgewährung der Gesellschafter. Trotz Kostensteigerungen in den Bereichen Energie/Personal (abhängig vom Ergebnis der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes) und einem absehbar steigenden Bauunterhaltungsaufwand wird dieser Zuschuss nicht angepasst. Durch die angespannte Haushaltssituation der Gesellschafter ist eine Anpassung der Zuschüsse auch in den Folgejahren nicht in Aussicht gestellt.

Die Fokussierung auf ein Energie Pachtmodell soll die angespannte Kostenseite des Revierparks entspannen. Die Ausschreibung und Auftragserteilung wurde im Jahr 2015 erledigt, die Fertigstellung soll bis Mitte des Jahres 2016 erreicht werden.

Die Erlössituation der Gesellschaft wird von saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen beeinflusst. Insbesondere im ersten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres waren witterungsbedingt rückläufige Besucherzahlen zu verzeichnen. Erlössteigerungen aus Eintrittspreisanpassungen sind im Hinblick auf die im Einzugsgebiet vorhandene Mitbewerbersituation nur sehr marginal möglich. Zum 01.01.2015 wurde eine Preiserhöhung umgesetzt.

Im Rahmen der Betriebsführung durch die PROVA, werden durch inhaltliche Neuaufstellungen in den Bereichen Sauna und Solebad, Grundlagen für eine höhere Attraktivität der Gesamtanlage geschaffen. Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, auch in den Folgejahren die Besucherzahlen auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren.

Diese Strategie wird auch im Jahr 2016 fortgesetzt. Eine Attraktivitätssteigerung und eine Anpassung an die Marktanforderungen durch gezielte Investitionen sind in den Folgejahren allerdings unabwendbar.

Zum Ende des Jahres 2015 wurde ein Antrag zur Förderung des Freibades von rd. 2,4 Mio. € bei dem deutschen Bund gestellt. Der Beschluss wird im Jahr 2016 erwartet.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse konnten im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Zusätzlich haben eine Schadenersatzleistung aus einem zum Teil gewonnen Rechtsstreit im Zusammenhang mit der vor Jahren durchgeführten Sanierung des

Solbades von rd. 360 T€ und eine Zahlung für einen Brandschaden am Kiosk im Park von rd. 43 T€ die Ergebnissituation deutlich positiv beeinflusst. Darüber hinaus wurden verjährte Altverbindlichkeiten in Höhe von 108 T€ ergebniswirksam ausgebucht. Dem gegenüber stehen jedoch gestiegene Kosten aufgrund des Alters der Anlage und dem Ausfall der Kesselanlage zur Mitte des Jahres gegenüber.

Den gesamten Erlösen und Erträgen in Höhe von 3.550 T€ (Vorjahr: 2.968 T€) standen Ausgaben und Abschreibungen in Höhe von 3.721 T€ (Vorjahr 3.559 T€) gegenüber.

Die Gesellschafter haben einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 636 T€ (Vorjahr: 624 T€) gezahlt, der in den Erträgen enthalten ist. Ergänzend wurde ein Investitionskostenzuschuss von 356 T€ (Vorjahr: 368 T€) als Zuführung zur Kapitalrücklage geleistet.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich somit auf -171 T€ (Vorjahr: -591 T€). Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 95,4 % (Vorjahr: 83,4 %).

Durch sonstige Steuern von rd. 9 T€ ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -180 T€ (Vorjahr: -562 T€).

Die Abschreibungen in Höhe von 316 T€ wurden der Kapitalrücklage entnommen, sodass im Ergebnis ein Bilanzgewinn von 136 T€ erwirtschaftet werden konnte.

Gegenüber dem Vorjahr sind folgende Veränderungen festzustellen:

Gesamteinnahmen

Bei den Gesamteinnahmen war bei den Erlösen aus Eintritten, Mieten und Pachten ein Zuwachs um 52 T€ (2,3 %) von 2.269 T€ auf 2.321 T€ zu verzeichnen. Der Anstieg der Erlöse im Bereich Solbad konnte die rückläufigen Einnahmen im Saunabereich kompensieren. Der zum 01.07.2015 für den Saunabereich geltende reguläre Umsatzsteuersatz konnte durch die Preiserhöhung teilweise umgelegt werden, führte jedoch zu rückläufigen Besucherzahlen im Saunabereich. Im Ergebnis konnten die Erlöse aus beiden Bereichen in Summe gesteigert werden. Die Erlöse des Freibades sind im Vergleich zum Vorjahr (wetterbedingt) stark gestiegen.

Die Umsatzentwicklungen ergeben sich wie folgt:

	2015	2014	Veränderung	
	T€	T€	T€	
Solbad	1.395	1.224	171	14,0%
Freibad	70	36	34	94,4%
Sauna	637	775	- 138	- 17,8%
Mieten und Pachten	135	134	1	0,0%
Übrige	84	100	- 16	- 16,0%
	2.321	2.269	52	2,3%

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 1.228 T€ deutlich über dem Vorjahresniveau von 699 T€. Der Anstieg ist auf die vereinnahmten Versicherungsentschädigungen und Schadensersatzzahlungen von insgesamt 403 T€ sowie auf Erträge aus der erfolgswirksamen Ausbuchung von verjährten Altverbindlichkeiten in Höhe von 108 T€ zurückzuführen.

Gesamtaufwendungen

Bei den Gesamtaufwendungen war eine Steigerung um 162 T€ (+4,6 %) von 3.559 T€ auf 3.721 T€ zu verzeichnen. Die Aufwendungen teilen sich wie folgt auf:

1.448 T€ = 39,0 % Materialaufwand inkl. Energiekosten (Vorjahr: 1.406 T€ = 39,5 %)
1.495 T€ = 40,2 % auf Personalkosten (Vorjahr: 1.393 T€ = 39,1 %)
316 T€ = 8,5 % auf Abschreibungsaufwand (Vorjahr: 341 T€ = 9,6 %)
461 T€ = 12,3 % auf Sonstige betriebliche Aufwendungen (Vorjahr: 417 T€ = 11,7 %)
1 T€ = 0,0 % Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Vorjahr: 3 T€ = 0,1 %)

Bei den Materialaufwendungen ergaben sich erhöhte Energiekosten durch abnutzungsbedingte Mehrverbräuche beim Gas aufgrund der Kesselanlage, die dann zur Mitte des Jahres 2015 defekt war und durch mobile Geräte ersetzt wurde. Durch das Alter der Anlage in Verbindung mit dem eingetretenen Defekt und Rohrbrüchen stiegen die Kosten für Material und Ersatzteile zusätzlich.

Durch die erforderliche Substitution von Langzeit Kranken in verschiedenen Bereichen, wie z.B. der Technik und der

Verwaltung und den zusätzlichen Tariferhöhungen wurden die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr um 102 T€ überstiegen.

Der Abschreibungsaufwand reduzierte sich wegen geringer Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um 25 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere aufgrund der Miete der mobilen Heizkessel um rd. 44 T€ gestiegen.

2.2 Finanz- und Vermögenslage

73,1 % der Bilanzsumme von 2.154 T€ auf der Aktivseite entfallen auf das Anlagevermögen, 74,6 % der Passivseite auf das Eigenkapital.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen abschreibungsbedingt um 307 T€ gesunken. Die liquiden Mittel haben sich insbesondere aufgrund der Einzahlungen aus Schadenersatzleitungen und Versicherungsentschädigungen deutlich um T€ 319 erhöht.

Die Investitionen des Jahres 2015 beschränkten sich mit 9 T€ (Vorjahr: 41 T€) ausschließlich auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der gezahlte Gesamtzuschuss der Gesellschafter (Betriebskostenzuschuss und Investitionskostenzuschuss) ist seit dem Jahr 2007 unverändert mit Ausnahme von Sonderzuschüssen in Höhe von je 113 T€ in den Jahren 2009 und 2010 für die Saunainvestition. Letztere wurden in einen Sonderposten eingestellt, der über eine Laufzeit von 10 Jahren analog zum entsprechenden Anlagevermögen aufgelöst wird.

Da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse nicht ausreichten, wurde der Abschreibungsaufwand in Höhe von 316 T€ der Kapitalrücklage entnommen. In die Kapitalrücklage wurden 356 T€ als Investitionskostenzuschuss einbezahlt, so dass diese unter Berücksichtigung des Bilanzverlustes des Vorjahres (221 T€) in Summe um 182 T€ abnahm. Der ausgewiesene Bilanzgewinn/-verlust stellt die Differenz zwischen Jahresergebnis und Abschreibungen dar.

Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft sind grundsätzlich geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen ist durch langfristiges Eigenkapital finanziert. Die Gesellschaft ist grundsätzlich in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2015

Durch die Wahrnehmung der unter 1.1 dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Zum 01.01.2016 wurde zur Deckung des kontinuierlich steigenden Kostenapparates eine weitere Preiserhöhung durchgeführt.

5. Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein angemessenes Risikoüberwachungssystem eingerichtet und entsprechende Berichtspflichten festgelegt. Dazu wurde ein interner Katalog mit möglichen Risikofeldern, potenziellen Risikoausprägungen und Risiko eingrenzenden Maßnahmen entwickelt, der planmäßig fortgeschrieben wurde.

Durch die permanente Überwachung der Risiken der Gesellschaft können sowohl auf der Erlös- als auch auf der Kostenseite frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden, um das Wirtschaftsergebnis möglichst im Rahmen des Wirtschaftsplans zu halten. Monatliche Controlling Sitzungen vertiefen diesen Prozess, mögliche Abweichungen können somit schnell erkannt, analysiert und behoben werden. Die Geschäftsführung hat somit einen stetigen und aktuellen Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungen der GmbH.

In 2015 bestand weiterhin ein potenzielles Risiko in den stark schwankenden Energieverbräuchen für Strom und Gas. Durch das in Juni 2016 ans Netz gebrachte BHKW werden hier wieder konstantere Verbräuche und besser zu kalkulierende Kosten entstehen.

Sowohl die Gebäude als auch die Anlagentechnik sind in allen Bereichen des Revierparks vergleichsweise alt. Es besteht jederzeit das Risiko eines nicht geringen Reparaturaufwandes, bei dem kurzfristig die Liquidität des Unternehmens gefährdet sein könnte. Kurz-, mittel- und langfristig werden zur Eingrenzung dieses Risikos bereits

regelmäßig Unterhaltungsmaßnahmen vorgenommen. Die Technik und die Betriebsleitung arbeiten stetig an einer Prioritätenliste, so dass die Anlage nach und nach auf einen aktuellen und energieeffizienten Stand gebracht werden kann. Aufgrund der finanziellen Engpässe werden diese Maßnahmen über mehrere Jahre gestreckt.

In 2015 wurde ein Teilbeschluss des Gerichtes zum Streitfall Solebecken erlassen. Die in diesem Zusammenhang erzielten Erträge haben das Ergebnisbild im Berichtsjahr erheblich verbessert. Die vereinnahmten Geldbeträge sind nach dem Urteil für die Abdeckung von Schäden auf der Grundlage unsachgemäßer Bauleistungen der beklagten Bauunternehmer gewährt worden. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass Schäden am Solebecken dem Grunde nach bereits vorhanden sind. Eine Berücksichtigung dieser drohenden Instandhaltungen kann mangels Erfassungsmöglichkeit einer Aufwandsrückstellung außerhalb der Grenzen des § 249 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HGB im aktuellen Jahresabschluss nicht abgebildet werden. Das Solebecken wird bereits stetig überprüft und an notwendigen Stellen insbesondere im Kellerbereich Instand gesetzt. Das Solebecken wird jedes Jahr neu bewertet und wird auch in 2016 weiteren Reparaturvorgängen unterzogen werden müssen.

Ein weiteres Risiko sind die Dächer der verschiedenen Gebäude. Insbesondere das Dach des Freizeithauses ist stark renovierungsbedürftig, hier werden Maßnahmen für eine kostengünstige Problemlösung erarbeitet. Das Dach des Solbades bedarf einiger kleinerer Reparaturen. Der Bereich des Kesselhauses müsste komplett saniert werden. Hier bleibt abzuwarten inwiefern das Gebäude in zukünftigen Planungen genutzt werden soll.

Die Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse durch die Gesellschafter. Eine noch weitere Reduzierung dieser Zuschüsse hätte gravierende Einschränkungen der Angebotspalette zur Folge und würde die Entwicklung der Gesellschaft in der bestehenden Form gefährden. Weitere Investitionen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Unterstützung durch die Gesellschafter. In Anbetracht des fixierten Zuschussniveaus der Gesellschafter hängt die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Liquidität und Schuldendienstfähigkeit verstärkt vom Verlauf des operativen Geschäftes ab.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2016 sind nach dem Wirtschafts- und Betriebsplan Erlöse und Erträge in Höhe von 2.363 T€, Aufwendungen von 3.667 T€, ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 651 T€ sowie ein Investitionszuschuss (Zuführung zur Kapitalrücklage) in Höhe des Abschreibungsaufwandes 2014 von 341 T€ vorgesehen. Dem Investitionszuschuss steht eine geplante Rücklagenentnahme für den laufenden Geschäftsbetrieb von 663 T€ gegenüber. Beachtenswerte Investitionen sind für 2016 nicht vorgesehen.

Die Erlöse in 2016 wurden auf der Grundlage des Eintrittspreiskonzeptes sowie den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre erstellt. Für das erste Quartal 2016 liegen die Besucherzahlen für Bad und Sauna auf dem Vorjahresniveau und damit im Rahmen der Planung.

Weitere Optimierungen im Bereich der Energieeffizienz werden angestrebt, um kurz-, mittel- und langfristig Kosten zu senken. Eine Ausschreibung und eine Auftragsbestätigung zu einem Energie Pachtmodell wurden zum Ende des Jahres 2015 erteilt. Die Umsetzung soll bis Mitte des Jahres 2016 erfolgen.

In 2016 soll der Freibadbereich mit einer geplanten Investitionssumme von 2.458.230,00 € (Die Fördergelder werden zu 90% vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung übernommen und 10% durch den Gesellschafter Stadt Oberhausen) technisch und auch optisch neu aufgestellt werden. Das derzeitige Freibad ist teilweise abgängig. Das Sanitär und Restaurant Gebäude ist an einigen Stellen feucht und macht die Bewirtung der Gastronomie somit unmöglich. Die restlichen Bereiche des Freibades sind in dieser Saison noch in Benutzung (Rutsche, Wellenmaschine, Beckenumläufe, Kinderplanschbecken).

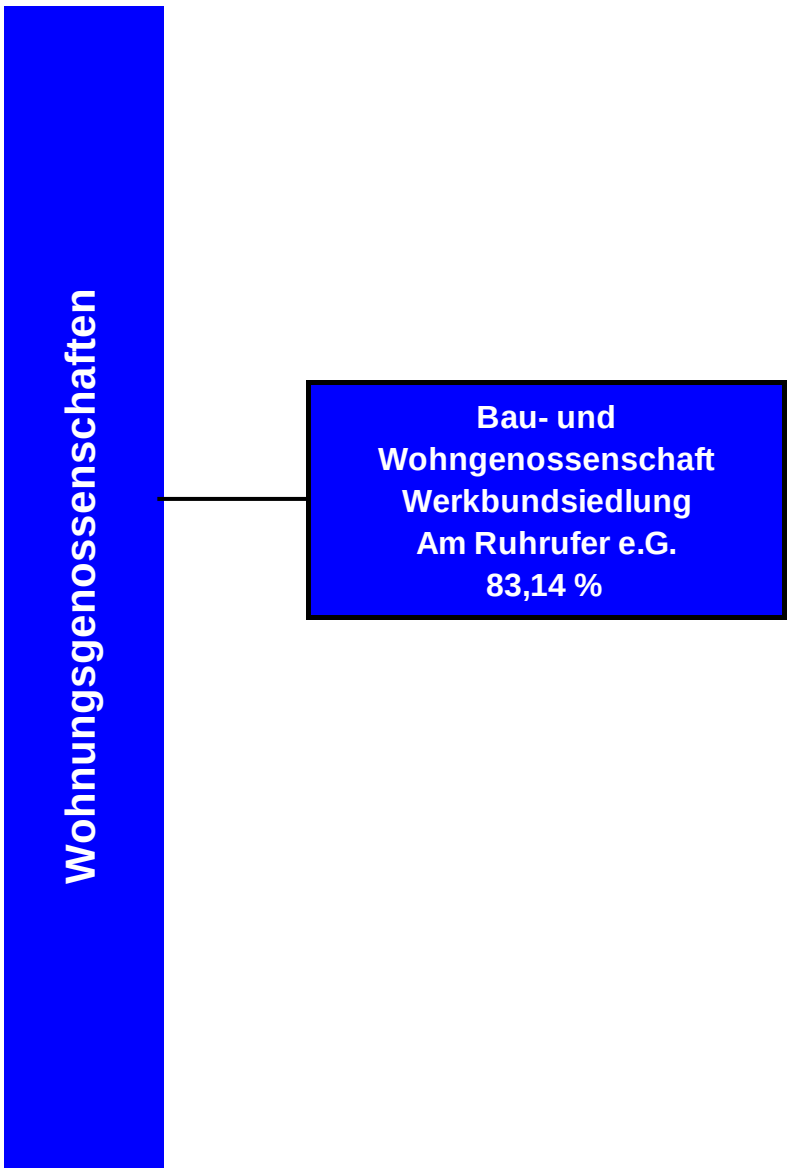
Eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen in Gestalt höherer Gesellschafterzuschüsse ist – obwohl dringend geboten – auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Es ist daher das Ziel der Gesellschaft, die Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei den Einnahmen und Ausgaben weiter zu verbessern und nachhaltige Maßnahmen auf der Basis des Zukunftskonzeptes umzusetzen, um das Gleichgewicht der Liquidität mittelfristig zu erhalten.

Oberhausen, im Juni 2016

Geschäftsführung

Elke Münich / Willi Loeven / Jochem von der Heide

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: eingetragene Genossenschaft
Stammkapital in T€: 201,70

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	34,00	16,86
Stadt Oberhausen	167,70	83,14

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vorstand:	Vorsitzender	Schlünzen, Helmut
	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	Schmidt, Jörg
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Mühle, Stefan
	Mitglied	Hammen, Margret
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Baumeister, Carina
	Mitglied	Nagel, Werner
Generalversammlung:		Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.260,68	83,2	1.416,37	92,5	1.540,09	91,2	123,72	8,74
Umlaufvermögen	253,24	16,7	112,53	7,4	147,81	8,8	35,28	31,35
Rechnungsabgrenzungsposten	1,95	0,1	1,95	0,1			-1,95	-100,00
Bilanzsumme	**1.515,88**	**100,00**	**1.530,85**	**100,00**	**1.687,91**	**100,00**	**157,06**	**10,26**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	512,02	33,8	537,23	35,1	539,42	32,0	2,19	0,41
Rückstellungen	19,80	1,3	2,00	0,1	4,00	0,2	2,00	100,00
Verbindlichkeiten	984,05	64,9	991,62	64,8	1.143,38	67,7	151,76	15,30
Rechnungsabgrenzungsposten					1,10	0,1	1,10	
Bilanzsumme	**1.515,88**	**100,00**	**1.530,85**	**100,00**	**1.687,91**	**100,00**	**157,06**	**10,26**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	134,33	136,18	133,40
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1,08	-3,37	3,53
sonstige betriebliche Erträge	0,50	19,80	
Materialaufwand	65,04	59,15	58,37
Abschreibungen	22,82	26,19	28,93
sonstige betriebliche Aufwendungen	10,45	7,60	10,08
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,31	1,58	0,92
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32,40	29,84	31,80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7,50	31,41	8,68
sonstige Steuern	6,45	6,45	7,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1,05	24,96	1,68
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2,78	2,82	3,28
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1,00	24,50	1,67
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2,82	3,28	3,30

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,78	18,32	1,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,21	4,67	0,31	%
Cash-Flow:	23,87	51,14	30,61	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

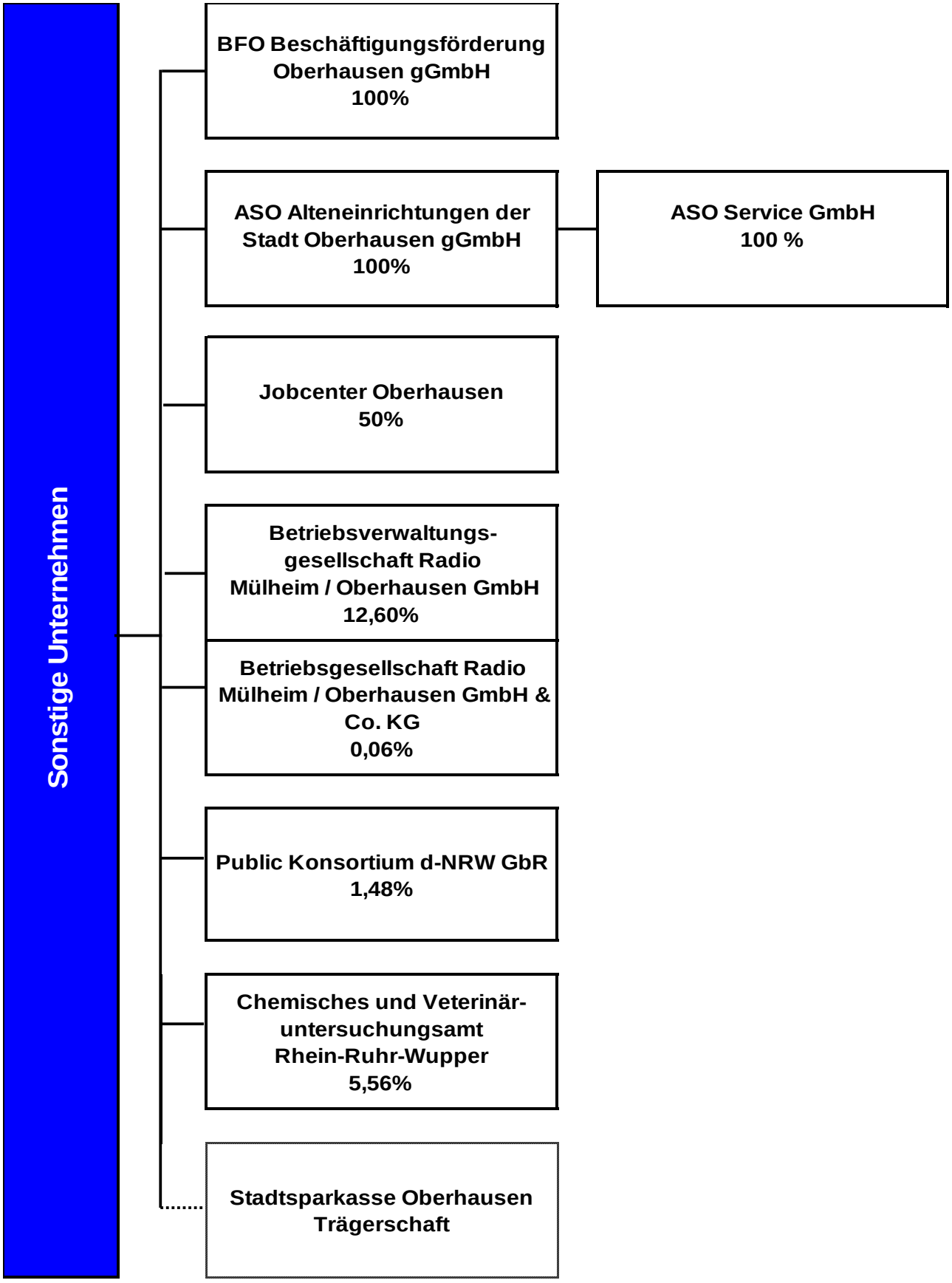
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

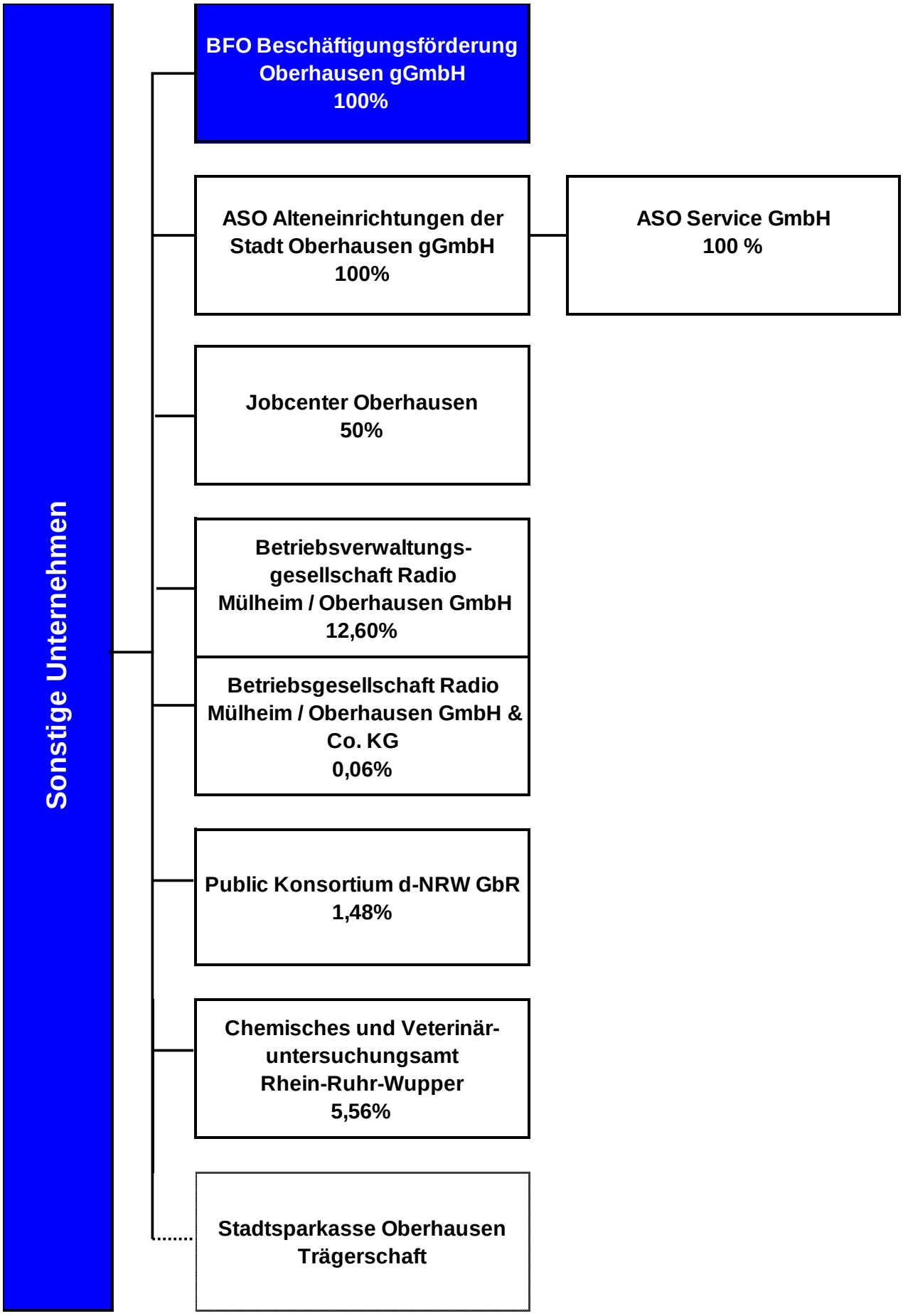
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,17	92,52	91,24	%
Eigenkapitalquote:	33,78	35,09	31,96	%
Fremdkapitalquote:	66,22	64,91	68,04	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen




Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Gewerkschaftsstraße 76-78
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/46839100
Fax	0208/46839111
e-Mail	achim.kawicki@bfo.oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an
-- Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen
-- Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
-- Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Berufsabschluss
-- Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00
Stadt Oberhausen	Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00 (Leistungsvertrag)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kawicki, Achim
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Beulshausen, Andreas
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja

Mitglied	Brands, Beatriks
Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
Mitglied	Dubbert, Karin
Mitglied	Hansen, Heike
Mitglied	Kamps, Jochen
Mitglied	Kösling, Anja
Mitglied	Lampe, Siegfried
Mitglied	Lenz, Eugen
Mitglied	Matzat, André
Mitglied	Opitz, Stefanie
Mitglied	Pascheberg, René
Mitglied	Pusch, Jörg
Mitglied	Radtke, Dorothee
Mitglied	Runkler, Hans-Otto
Mitglied	Telli, Ercan
Mitglied	Tscharke, Hans Josef
Mitglied	Walther, Andrea-Cora
Mitglied	Werner, Yannah
stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Gohlke, Klaus
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
stellv. Mitglied	Bruckhoff, Peter
stellv. Mitglied	Derksen, René
stellv. Mitglied	Hake, Michael
stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
stellv. Mitglied	Hoffmann, Heiko
stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Laß, Heike
stellv. Mitglied	Paß, Eugen
stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
stellv. Mitglied	Weirich, Detlef
stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
stellv. Mitglied	Wesely, Kai
stellv. Mitglied	Wolter, Horst
stellv. Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
stellv. Mitglied	Simmoteit, Ralf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	14,65	8,1	7,13	4,3	3,51	2,5	-3,62	-50,77
Umlaufvermögen	165,50	91,6	158,28	95,7	138,19	97,5	-20,09	-12,69
Rechnungsabgrenzungsposten	0,60	0,3					0,00	
Bilanzsumme	**180,75**	**100,00**	**165,40**	**100,00**	**141,69**	**100,00**	**-23,71**	**-14,33**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	152,67	84,5	132,62	80,2	114,24	80,6	-18,38	-13,86
Rückstellungen	10,80	6,0	12,45	7,5	11,00	7,8	-1,45	-11,65
Verbindlichkeiten	17,27	9,6	20,33	12,3	16,45	11,6	-3,88	-19,09
Bilanzsumme	**180,75**	**100,00**	**165,40**	**100,00**	**141,69**	**100,00**	**-23,71**	**-14,33**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	189,36	159,58	160,26
sonstige betriebliche Erträge	6,33		0,32
Personalaufwand	166,60	150,00	154,34
Abschreibungen	5,14	5,45	3,62
sonstige betriebliche Aufwendungen	29,55	24,23	21,01
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,14	0,05	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5,45	-20,05	-18,38
sonstige Steuern	0,02		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-5,47	-20,05	-18,38
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-5,47	-20,05	-18,38
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,89	-12,57	-11,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,58	-15,12	-16,09	%
Cash-Flow:	-0,33	-14,60	-14,76	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	65,23	53,19	53,53	T€
Personalaufwandsquote:	85,13	94,00	96,11	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,10	4,31	2,48	%
Eigenkapitalquote:	84,47	80,18	80,62	%
Fremdkapitalquote:	15,53	19,82	19,38	%

e) Lagebericht

Ausgangslage

Vor dem Hintergrund der zum 01.04.2012 beschlossenen Neuregelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, entschied der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 19.03.2012 und nachfolgend die Gesellschafterversammlung der BFO am 26.04.2012, den operativen Geschäftsbetrieb der BFO zum 31.12.2012 einzustellen. Diese Entscheidungen wurden in der Ratssitzung am 19.11.2012 und in der Gesellschafterversammlung am 21.11.2012 insoweit geändert, dass der Geschäftsbetrieb der BFO gGmbH nicht vollständig zum 31.12.2012 eingestellt wird, sondern die Tätigkeit der Beratungsstelle Jugend und Beruf über den 31.12.2012 hinaus bei der BFO gGmbH verbleibt.

Geschäftsentwicklung / Erfüllung des Gesellschaftszweckes

Während des gesamten Jahres 2015 wurde die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf“ weitergeführt, die seit der Betriebsaufnahme im Jahr 2001 bei der BFO angesiedelt ist. Im Geschäftsjahr wurde die Beratungstätigkeit durch eine Teilzeit- und zwei Vollzeitfachkräfte durchgeführt. Die Zielgruppe der zu beratenden benachteiligten Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Beruf gliedert sich unverändert insbesondere in folgende Personengruppen:

- Haupt-, Förder- und Gesamtschüler/Innen vorwiegend im 9. und 10. Schulbesuchsjahr
- sozial und individuell beeinträchtigte Jugendliche
- schulmüde und schulverweigernde Jugendliche
- Abbrecher/Innen schulischer und beruflicher Bildungsgänge
- berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
- arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche
- Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Jugendliche Empfänger/Innen von Arbeitslosengeld II.

Das Angebot der Beratungsstelle „Jugend und Beruf“ der BFO beinhaltet sowohl die klassische Einzelberatung als auch zielorientierte Gruppenveranstaltungen.

Die BFO ist mit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit der Erfüllung Ihres Gesellschaftszweckes auch im Jahr 2015 erfolgreich nachgekommen.

Organisatorische und personelle Entwicklung

Drei Fachkräfte waren im gesamten Jahr 2015 tätig. Die Geschäftsführung wird weiterhin nebenamtlich durch einen städtischen Beamten sichergestellt.

Finanzielle Entwicklung

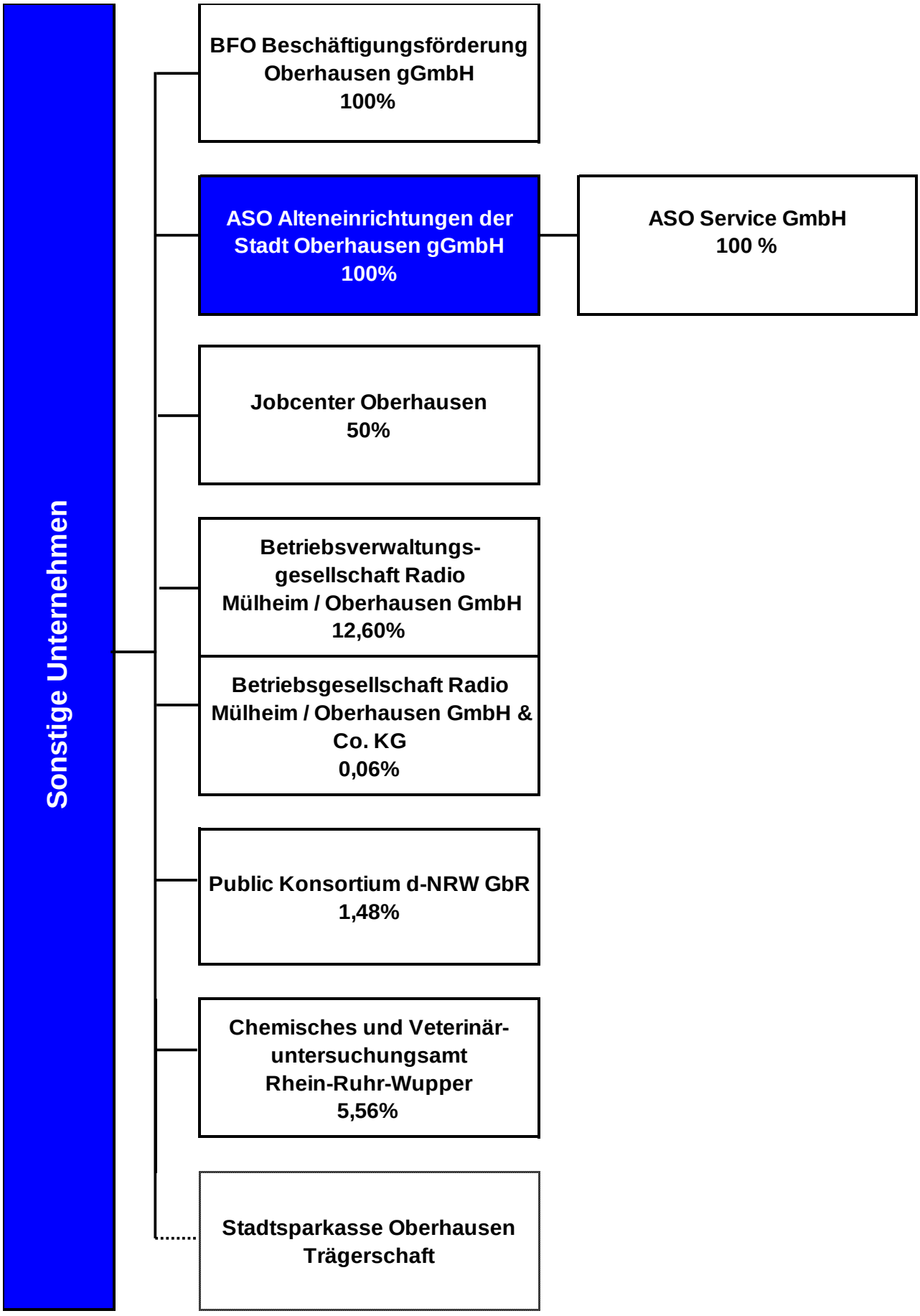
Vor dem Hintergrund der Haushaltssanierung der Stadt Oberhausen und der Verpflichtung der Gesellschaft, die in Vorjahren gebildeten Rücklagen nach § 58 Abs. 6 AO mittelfristig abzubauen, weist die Gesellschaft zum 31.12.2015 einen planmäßigen Verlust in Höhe von TEUR 18 aus. In der Finanzplanung 2016 – 2020 sind weitere Verluste in Höhe von TEUR 59 eingeplant. Nach Verbrauch der Rücklage ist die Finanzierung der Gesellschaft durch erhöhte Gesellschafterzuschüsse sichergestellt.

Ausblick und Fazit

Seit dem 01.01.2013 verbleibt als Aufgabe der BFO die Tätigkeit der Beratung von benachteiligten Jugendlichen, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf befinden. Ob und inwieweit in Zukunft wieder weitere satzungskonforme Tätigkeiten durch die BFO ausgeführt werden sollen, ist weiterhin abhängig von einer Entwicklung auf dem Gebiet der kommunalen Beschäftigungsförderungspolitik und der weiteren Ausrichtung durch die Gesellschafterin Stadt Oberhausen.

Oberhausen, 03.05.2016

Achim Kawicki
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100%
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus

Mitglied	Dubbert, Karin
Mitglied	Hansen, Heike
Mitglied	Kamps, Jochen
Mitglied	Kösling, Anja
Mitglied	Lampe, Siegfried
Mitglied	Lenz, Eugen
Mitglied	Matzat, André
Mitglied	Opitz, Stefanie
Mitglied	Pascheberg, René
Mitglied	Pusch, Jörg
Mitglied	Radtke, Dorothee
Mitglied	Runkler, Hans-Otto
Mitglied	Telli, Ercan
Mitglied	Tscharke, Hans Josef
Mitglied	Walther, Andrea-Cora
Mitglied	Werner, Yannah
stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Beulshausen, Andreas
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
stellv. Mitglied	Bruckhoff, Peter
stellv. Mitglied	Derksen, René
stellv. Mitglied	Hake, Michael
stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
stellv. Mitglied	Hoffmann, Heiko
stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Laß, Heike
stellv. Mitglied	Paß, Eugen
stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
stellv. Mitglied	Weirich, Detlef
stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
stellv. Mitglied	Wesely, Kai
stellv. Mitglied	Wolter, Horst
stellv. Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
stellv. Mitglied	Simmoteit, Ralf

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	6.422,80	55,2	10.113,06	77,3	9.971,52	80,3	-141,54	-1,40
Umlaufvermögen	5.215,90	44,8	2.968,09	22,7	2.443,15	19,7	-524,94	-17,69
Rechnungsabgrenzungsposten	5,29	0,0	3,23	0,0	3,77	0,0	0,54	16,72
Bilanzsumme	**11.643,99**	**100,00**	**13.084,38**	**100,00**	**12.418,45**	**100,00**	**-665,93**	**-5,09**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.077,76	35,0	3.933,14	30,1	3.469,43	27,9	-463,71	-11,79
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,08	0,0	0,05	0,0	0,02	0,0	-0,03	-60,00
Rückstellungen	2.818,57	24,2	2.466,70	18,9	2.449,79	19,7	-16,91	-0,69
Verbindlichkeiten	4.249,48	36,5	6.204,54	47,4	6.012,21	48,4	-192,33	-3,10
Rechnungsabgrenzungsposten	498,10	4,3	479,95	3,7	487,01	3,9	7,06	1,47
Bilanzsumme	**11.643,99**	**100,00**	**13.084,38**	**100,00**	**12.418,45**	**100,00**	**-665,93**	**-5,09**

bb) GuV

	2013	**2014**	**2015**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	18.379,67	18.940,32	19.236,34
sonstige betriebliche Erträge	1.222,65	1.384,01	872,10
Materialaufwand	3.963,59	4.247,06	4.457,82
Personalaufwand	11.715,92	11.651,98	11.448,51
Abschreibungen	188,05	298,21	358,65
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.227,66	4.312,77	4.271,68
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,51	66,96	0,65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17,13	25,47	35,99
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-503,52	-144,21	-463,56
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,04	0,42	0,15
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-503,56	-144,62	-463,71
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-503,56	-144,62	-463,71

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,74	-0,76	-2,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	-10,99	-3,55	-11,79	%
Cash-Flow:	-315,50	153,58	-105,06	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	78,10	65,35	67,71	T€
Personalaufwandsquote:	59,77	57,33	56,93	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	50,30	73,06	75,94	%
Eigenkapitalquote:	35,02	30,06	27,94	%
Fremdkapitalquote:	64,98	69,94	72,06	%

e) Lagebericht

I. Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ASO gGmbH betreibt 3 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 459 Plätzen. Davon entfallen 99 Plätze auf „Haus Bronkhorstfeld“, 60 Plätze auf die „Seniorenresidenz am OLGAPark“ sowie 300 Plätze auf das „Louise-Schroeder-Heim“.

Jahresdurchschnittlich konnte mit einer Auslastungsquote von 86,9 % (Vorjahr: 88,4 %) nur ein Auslastungsniveau erreicht werden, das 1,5 % unter dem des zuletzt erzielten Niveaus liegt.

Die Auslastung im „Haus Bronkhorstfeld“ lag bei 97,97 % (Vorjahr: 96,98 %) in der „Seniorenresidenz am OLGAPark“ bei 98,73 % (Vorjahr: 97,32 %) und im „Louise-Schroeder-Heim“ bei 80,82 % (Vorjahr: 83,75 %).

Das „Louise Schroeder Tagespflegezentrum“ konnte ebenso wie das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mit einer Auslastungsquote von 100,48 % (Vorjahr: 96,79 %) bzw. 103,62 % (Vorjahr: 106,63 %) auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Der ambulante Betriebszweig des Unternehmens hat sich mit dem „Elly-Heuss-Knapp-Quartier / Häuslichen Pflegedienst“ ebenfalls erneut am Oberhausener Pflegemarkt behaupten und seinen Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr sogar noch steigern können. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nach wie vor im Bereich des betreuten Wohnungsbestandes auf dem Gelände an der Elly-Heuss-Knapp-Straße.

Der vermietete Wohnungsbestand umfasst nach Bezug von Haus 5/5a nunmehr insgesamt 238 Wohnungen. Die Auslastung lag wie im Vorjahr bei fast 100 %. Dies belegt die hohe Attraktivität des vorgehaltenen Wohnungsbestandes und bestätigte zugleich die Richtigkeit der vom Rat der Stadt und vom Aufsichtsrat getroffenen Entscheidung, in 2014 weitere 58 Wohnungen fertiggestellt zu haben.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

1. Auf Wunsch der Gesellschafterin hat Frau Schmitz-Freihoff mit Wirkung vom 02.02.2015 die ihr im Jahre 2011 erteilte Prokura niedergelegt. Um ihr gegenüber deutlich zu machen, dass mit der seitens der Gesellschafterin geäußerten Bitte keinesfalls ein Vertrauensverlust oder Ähnliches zum Ausdruck gebracht werden sollte, wurde Frau Schmitz-Freihoff gegenüber arbeitsrechtlich verbindlich erklärt, dass mit sofortiger Wirkung auf ihr Arbeitsverhältnis die Vorschrift des § 34 Abs. 2 Satz 1 TVöD anzuwenden ist und somit nur noch aus wichtigem Grund seitens des Unternehmens gekündigt werden könne.
2. Nach Beendigung des Verfahrens gegen die Bangel & Plaßmeier GbR durch Urteil des OLG Düsseldorf wurden die noch offenen Ansprüche gegenüber den Rechts-nachfolgern, den dänischen Eigentümern, geltend gemacht, denen im Laufe des Verfahrens bereits der Streit verkündet worden war. Die Zustellung der beim Landgericht Duisburg eingereichten Klage ließen die Beklagten jedoch scheitern, indem sie dem bislang benannten Anwalt die Empfangsberechtigung nicht erteilt bzw. entzogen hatten. Dieses Verhalten machte es erforderlich, die gesamte Klage einschließlich sämtlicher Anlagen ins Dänische übersetzen und die Klage dann auf konsularischem Wege zustellen zu lassen. Erst im Februar 2016 wurde über das Landgericht Duisburg die Empfangsbestätigung des dänischen Justizministeriums zugesandt.
3. Im Februar 2015 wurde von den dänischen Eigentümern - wieder einmal – ein Verkaufsangebot hinsichtlich der Seniorenresidenz am OLGA-Park unterbreitet. Vergleichbare Angebote hatte der Aufsichtsrat bereits in den Jahren 2007 und 2012 abgelehnt. Konsequenterweise wurde auch das zwischenzeitlich dritte Angebot der Eigentümer abgelehnt.

4. Nach vorangegangener europaweiter Ausschreibung erfolgte die Vergabe eines Auftrages zur Unterhalts- und Gebäudereinigung in Form einer Dringlichkeitsentscheidung am 12.03.2015. Dieses Verfahren war vorab im Aufsichtsrat abgestimmt worden.
5. Beim deutschen Patent- und Markenamt wurde eine Wort-Bildmarke zugunsten der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung Deutsches Müttergenesungswerk Gemeinnützige Stiftung, 10115 Berlin, eingetragen. Unter Bezug auf diese Eintragung reklamierte das Müttergenesungswerk bzw. die Berliner Stiftung das ausschließliche Recht an der Bezeichnung „Elly-Heuss-Knapp-Stiftung“ für sich und verwies zugleich darauf, dass Dritte nicht das Recht hätten, unter derselben Bezeichnung identische oder ähnliche Dienstleistungen zu erbringen. Zur Vermeidung einer rechtlichen Auseinandersetzung wurde vom Aufsichtsrat und zeitgleich vom Betriebsausschuss entschieden, die Bezeichnung „Elly-Heuss-Knapp-Stiftung der Stadt Oberhausen“ durch die Bezeichnung „Elly-Heuss-Knapp-Quartier“ zu ersetzen. Der Häusliche Pflegedienst des Unternehmens firmiert seitdem unter der Bezeichnung „Elly-Heuss-Knapp-Quartier/Häuslicher Pflegedienst.“ Die entsprechende Beschilderung auf dem Gelände an der Elly-Heuss-Knapp-Straße ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts verändert worden.
6. Im Februar 2015 lag die Auswertung der Zufriedenheitsbefragung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der neu errichteten Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5a vor. 94 % aller Mieterinnen und Mieter hatten sich an der Befragung beteiligt. Die Befragung bezog sich auf vier Teilbereiche, und zwar Wohnqualität, Servicequalität, Wohnkosten und globale Zufriedenheit. In allen Teilbereichen ergab die Auswertung eine sehr hohe Zufriedenheit der im Vorjahr eingezogenen Mietparteien. 100 % der Befragten würden ASO als Vermieter weiter empfehlen und erneut als Vermieter wählen.
7. Im Berichtsjahr hat sich die seit einigen Jahren bereits zu beobachtende Entwicklung fortgesetzt, dass sich die im Louise-Schroeder-Heim vorgehaltenen 300 stationären Pflegeplätze nicht mit der notwendigen bzw. für eine wirtschaftliche Betriebsführung erforderlichen Auslastungsquote betreiben lassen. Die Gründe dafür sind bekannt und sind zum einen in den veränderten Rahmenbedingungen des örtlichen Pflegemarktes zu suchen, der von einem Überangebot an stationären Pflegeplätzen gekennzeichnet ist.
   Darüber hinaus liegen die Vermarktungsprobleme in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims. Neben langen Fluren, z.T. unzureichenden Gemeinschaftsräumen und verbrauchten Einrichtungsgegenständen stellt sich insbesondere die hohe Anzahl von 67 Doppelzimmern als Vermarktungsproblem dar.
   Im Berichtsjahr wurde deshalb ein Konzept zur künftigen Entwicklung des problematischen Gebäudekomplexes erstellt. Dieses sollte den zuständigen Gremien, also Aufsichtsrat, Betriebsausschuss und Rat, als Orientierungs- und spätere Entscheidungshilfe dienen. Das vom Geschäftsführer bzw. Betriebsleiter erarbeitete Papier enthielt u.a. eine umfangreiche Schwachstellenanalyse und beleuchtete zugleich die denkbaren Nutzungsalternativen der drei miteinander verbundenen Gebäudeteile.
   Besonderes Augenmerk wurde der Frage zugewendet, ob Haus III des Louise-Schroeder-Heims so umgebaut werden kann, dass es auch künftig einen stationären Heimbetrieb unter Verwirklichung zukunftsorientierter Strukturen zulässt. Nach Einbeziehung des Sachverstandes des Kuratoriums Deutsche Altershilfe wurde ein Architekturbüro und ein Brandschutzgutachter mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichts liegen zwar die abschließende Stellungnahme des Architekten und die für die anstehenden Abstimmungsgespräche mit den Kostenträgern erforderliche Kostenschätzung noch nicht vor. Es steht jedoch fest, dass ein anforderungsgerechter Umbau unter Einbeziehung eines zu schaffenden Anbaus möglich wäre.
   Unklar ist jedoch, ob die mit einer solchen Maßnahme verbundenen Kosten unter dem Gesichtspunkt der von den Kostenträgern zu prüfenden Wirtschaftlichkeit anerkannt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, müsste auf die Modernisierung verzichtet und im Interesse des Erhalts der dortigen Arbeitsplätze ein Ersatzneubau errichtet werden. Die mit einer Modernisierung oder einem Ersatzneubau verbundenen Kosten müssen in jedem Falle von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung bzw. von der Stadt getragen und der bestehende Pachtvertrag entsprechend angepasst werden.
8. Mit besonderen Problemen war die unzureichende Auslastung der Pflegeplätze verbunden, die im Bereich von Haus I lagen. Die Zimmer der dort im November 2015 wohnenden Betagten verteilten sich auf zwei Etagen und drei voneinander getrennte Flure. Eine verantwortungsbewusste Pflege war nur mit zusätzlichem - nicht refinanziertem - Personal sicherzustellen. Da feststand, dass sich daran nichts ändern würde, folgte der Aufsichtsrat im November der Empfehlung der Geschäftsführung, den dortigen Heimbetrieb zum nächstmöglichen Termin einzustellen und eine adäquate Folgenutzung zu suchen. Damit hatte der Aufsichtsrat die erste Entscheidung zur künftigen Entwicklung des Louise-Schroeder-Heims getroffen. Den 19 betroffenen Bewohnerinnen konnte noch im Dezember ein Platz in einem vergleichbaren Zimmer angeboten werden.
   Ebenfalls noch im Berichtsjahr konnte für das erste Obergeschoss ein Interessent gefunden werden, der dort eine selbstbestimmte ambulante Wohngruppe für intensiv pflegebedürftige und beatmete Menschen betreiben will.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2015 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 464 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 145 T€).

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 297 T€ von 18.939 T€ auf 19.236 T€ und entfallen dabei auf die Erträge aus Vergütungssätzen (allgemeinen Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung) sowie aus gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen (nach Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen).

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich im Geschäftsjahr um 512 T€ auf 872 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Erstattung der Altenpflegeausbildungsumlage sowie auf Mieterträge.

Der Materialaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 211 T€ auf 4.458 T€ im Bereich der Personalgestellung bzw. Inanspruchnahme von Dienstleistungen der ASO Service GmbH.

Der Personalaufwand ging um 203 T€ auf 11.449 T€ durch die Reduzierung des Personalbestands im Zusammenhang mit der rückläufigen Auslastung im LSH zurück. Des Weiteren wurden keine neuen Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 41 T€ auf 4.271 T€. Hierbei sanken insbesondere die Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten sowie Instandhaltung.

Die Abschreibungen stiegen investitionsbedingt um 61 T€ auf 359 T€.

Die Verschlechterung des Finanzergebnisses in Höhe von 76 T€ ist im Wesentlichen auf die sonstigen Zinserträge des Vorjahres durch die Verzinsung von Forderungen aus der Vertragsstrafe Bangel & Plaßmeier GbR zurückzuführen.

Vermögens und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. In Höhe der Unterdeckung von 526 T€ (Vorjahr Unterdeckung 64 T€) ist das Umlaufvermögen nicht mit langfristigem Kapital finanziert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 76 % nach 77 % am Vorbilanzstichtag gesunken.

Die Liquidität II. Grades ist auf 502 T€ (Vorjahr 998 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 0,29 Monate (Vorjahr 0,58 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2015 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2016 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

Im Hinblick auf den für das erste Obergeschoss des LSHs gefundenen Interessenten, der dort eine selbstbestimmte ambulante Wohngruppe für intensiv pflegebedürftige und beatmete Menschen betreiben wollte, kann zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts berichtet werden, dass ein langfristiger Mietvertrag ab 01.03.2016 abgeschlossen werden konnte.

V. Risikobericht

Die gesamte zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet worden. Der im Zeitpunkt der GmbH-Gründung vereinbarte Pachtzins hat in der Vergangenheit zu Gunsten der Verpächterin bzw. der Stadt sichergestellt, dass die Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden konnten.

Wegen des vertraglichen Konstruktes bzw. wegen der engen rechtlichen Verflechtung von eigenbetriebsähnlicher Einrichtung und der ASO gGmbH muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die schwierige finanzielle Situation der Pächterin hingewiesen werden. Diese wurde im Berichtsjahr erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Die Auslastung der dortigen Pflegeplätze ist von zuletzt 83,75 % um weitere 2,94 % auf nunmehr nur noch knapp 81 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen. Die Gründe dafür sind bekannt und unter 7. dargestellt worden.

Das Unternehmen selbst hat in der Vergangenheit die ihm möglichen Maßnahmen zur Erlössteigerung und Aufwandsreduzierung ergriffen, kann jedoch heute mit eigener Anstrengung bestimmte Entwicklungen nicht mehr auffangen, geschweige denn wieder umkehren. So wird auf die rückläufigen Auslastungsquoten und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin mittelfristig allein durch eine umfassende Modernisierung von Haus III des Louise-Schroeder-Heims, ggf. durch einen Ersatzneubau und durch einen weiteren Abbau von Doppelzimmern im Bereich von Haus II effektiv eingegangen werden können.

Diese Maßnahmen fallen in den Verantwortungsbereich der Verpächterin. Von dieser muss erwartet werden, dass sie an der Siepenstraße ein Pachtobjekt zur Verfügung stellt, das eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die dafür notwendigen baulichen Voraussetzungen erfüllt. Diesem nachvollziehbaren Anspruch aber werden Teile des Pachtobjekts nicht mehr gerecht. Dies gilt in besonderer Weise für die im Haus III gelegenen Räumlichkeiten und für die - ungeachtet der in den Jahren 2000 bis 2003 erfolgten Modernisierung von Haus II - für die große Zahl der dort gelegenen Doppelzimmer.

Aufsichtsrat und Betriebsausschuss sind über diese Entwicklung und Kritikpunkte regelmäßig unterrichtet worden, und beide müssen im Laufe des nächsten Jahres entscheiden, welche konkreten Maßnahmen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Gebäudesubstanz und zur Sicherung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit ergriffen werden sollen. Auf die unter 7. an-gesprochenen Entscheidungshilfen wird an dieser Stelle noch einmal hingewiesen.

Belastet wird das künftige Betriebsergebnis bzw. die künftigen Ergebnisse aber nicht allein durch die Auslastungsprobleme des LSH. Vielmehr zeigt sich, dass die der ASO gGmbH gerade im letzten Jahrzehnt aufgebürdeten Lasten unter den jetzigen – erheblich verschlechterten - Rahmenbedingungen nicht mehr getragen werden können und die in den Pachtverträgen vorgenommene Lastenverteilung unbedingt zu Gunsten des Unternehmens korrigiert werden muss.

Solange dies nicht geschieht, dürfte ein - wieder - positives Ergebnis wenig wahrscheinlich sein.

Bestandsgefährdende Risiken sind jedoch für das Folgejahr noch nicht zu erkennen.

VI. Prognosebericht

Wie bereits angemerkt, werden im Laufe des kommenden Jahres die planerischen Überlegungen vorangetrieben, mit denen effektiv auf die Auslastungsschwierigkeiten des LSH reagiert werden soll. Das zu erstellende Konzept wird neben einer Analyse des Ist-Zustandes und der Schwachstellen der Gebäudesubstanz auch Nutzungsalternativen und Handlungsempfehlungen umfassen. Über diese müssen dann die politischen Gremien so rechtzeitig entscheiden, dass sie bis Mitte 2018 umgesetzt sind.

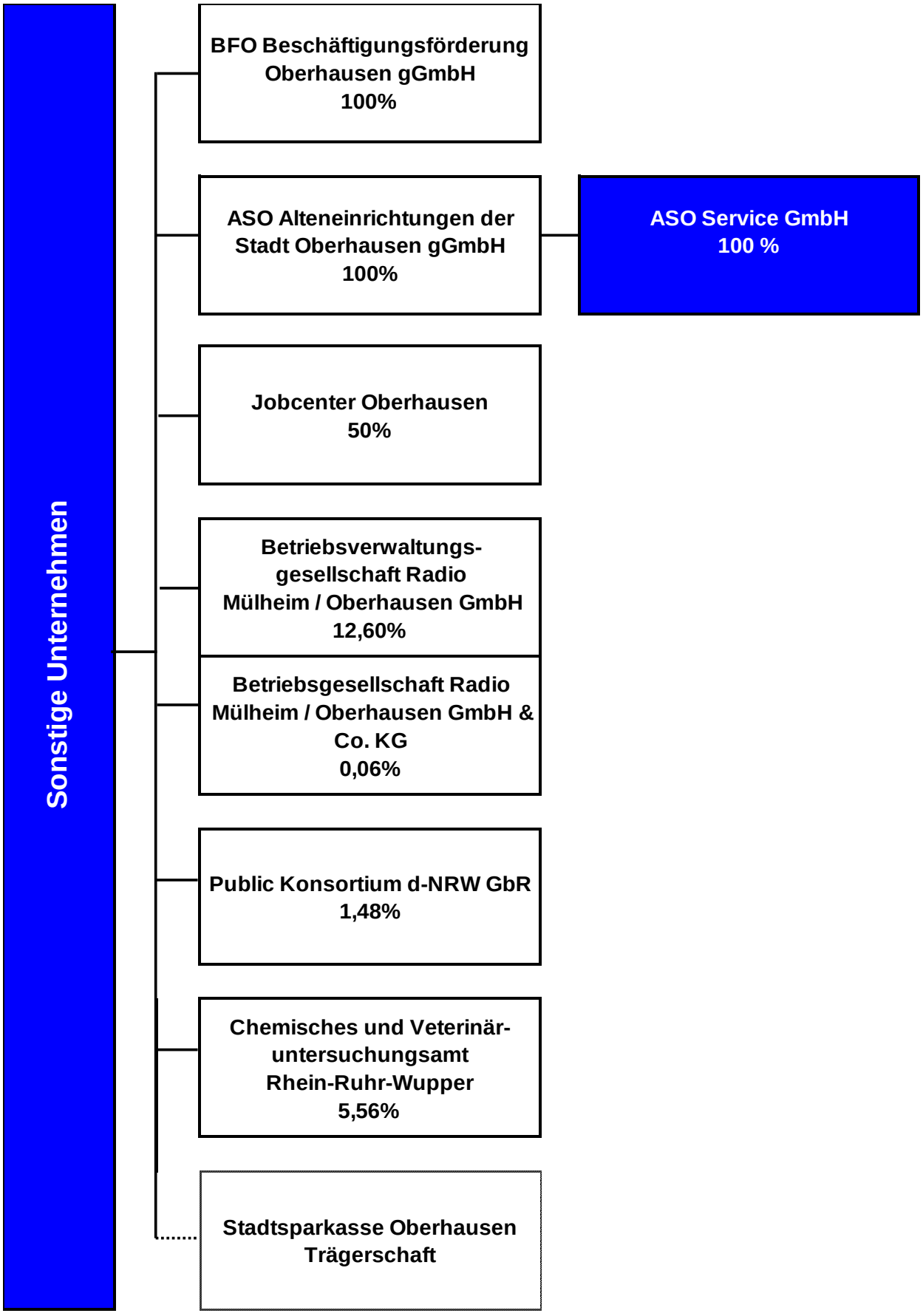
Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass die notwendigen Anpassungen rechtzeitig realisiert werden und sich das Unternehmen auch in Zukunft mit seiner umfassenden Dienstleistungspalette am Oberhausener Markt behaupten kann.

Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass 2016 seitens der Verpächterin die für das Louise-Schroeder-Heim notwendige Weichenstellung und eine für alle Beteiligten vertretbare Anpassung der Pachtverträge erfolgen wird.

Oberhausen, den 18. März 2016

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

gez. Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/6911
Fax 0208/691770
e-Mail udo.spiecker@oberhausen.de
Internet -

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	53,08	100,0	58,69	100,0	56,05	100,0	-2,64	-4,50
Bilanzsumme	**53,08**	**100,00**	**58,69**	**100,00**	**56,05**	**100,00**	**-2,64**	**-4,50**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25,00	47,1	25,00	42,6	25,00	44,6	0,00	0,00
Rückstellungen	14,40	27,1	12,70	21,6	9,40	16,8	-3,30	-25,98
Verbindlichkeiten	13,25	25,0	20,99	35,8	21,65	38,6	0,66	3,14
Bilanzsumme	**53,08**	**99,19**	**58,69**	**100,00**	**56,05**	**100,00**	**-2,64**	**-4,50**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	822,76	866,90	1.034,07
sonstige betriebliche Erträge		0,52	0,11
Personalaufwand	810,78	854,24	1.019,21
sonstige betriebliche Aufwendungen	13,38	13,18	14,97
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,40		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17,14	17,70	18,47	T€
Personalaufwandsquote:	98,54	98,48	98,55	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00			%
Eigenkapitalquote:	47,10	42,59	44,60	%
Fremdkapitalquote:	52,90	57,41	55,40	%

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
1.1 Der ASO-Unternehmensverbund

Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100 %-ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo

Spiecker.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf € 1.034.182,70.
Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

2.2 Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 26,69 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 3,71 Vollkräfte mehr. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 56 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31.12.2015 waren insgesamt 26,32 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 57 Mitarbeitenden besetzt.

Die veränderten Zahlenwerte sind auf die im Berichtsjahr erforderlichen betriebswirtschaftlichen Personalanpassungen zurückzuführen.

2.3 Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 45 % der Bilanzsumme ein. Am 31.12.2015 errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 25 T€ (Vorjahr 25 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 86 T€ (Vorjahr 72 T€) gegenübersteht.

3. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 2015 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2016 hat es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation gegeben.

4. Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der ASO gGmbH und die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden: Während die Auslastung sowohl der Seniorenresidenz am OLGA-Park als auch von Haus Bronkhorstfeld gegenüber dem Vorjahr auf fast 99 % bzw. 98 % gesteigert werden konnte, muss hinsichtlich des Louise-Schroeder-Heims erneut ein Rückgang um weitere knapp 3 % auf nunmehr 80,82 % konstatiert werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt, liegen an der in Oberhausen bestehenden Sättigung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen, an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise-Schroeder-Heim und an zahlreichen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf diese soll mit einer konzeptionellen Überplanung des gesamten Gebäudes reagiert werden. Grundlage dafür ist ein Papier, das im Berichtsjahr von der Eigenbetriebsleitung bzw. Geschäftsführung der ASO gGmbH erarbeitet worden war und u.a. neben einer umfangreichen Schwachstellenanalyse auch die denkbaren Nutzungsalternativen der drei miteinander verbundenen Gebäudeteile zum Inhalt hatte.

Die Darstellung wird den zuständigen Entscheidungsträgern, also Aufsichtsrat der ASO gGmbH, Betriebsausschuss des ASO Eigenbetriebs und Rat, im nächsten Jahr als Orientierungs- und Entscheidungshilfe dienen. Dann nämlich muss geklärt sein, ob durch umfassende Modernisierungsmaßnahmen oder evtl. durch einen Ersatzneubau auf die Auslastungsproblematik reagiert werden soll. Diese Frage ist u.a. für die ASO Service GmbH deshalb von besonderer Bedeutung, weil sich die Wäscherei im Kellerbereich von Haus III des Louise-Schroeder-Heims befindet. Sollte dieses Haus modernisiert werden, stünde einem weiteren Verbleib der Wäscherei nichts im Wege. Sollte Haus III jedoch zu Gunsten eines Ersatzneubaus aufgegeben werden, müssten für die Wäscherei alternative Räumlichkeiten oder/und alternative organisatorische Lösungen gefunden werden. Von den in der Wäscherei Beschäftigten stehen neun (umgerechnet 4,4 Vollkraftstellen) im Dienst der ASO Service GmbH.

Vom Aufsichtsrat der ASO gGmbH wurde bereits im Berichtsjahr entschieden, wegen der unzureichenden Auslastung den Heimbetrieb im Bereich von Haus I des Louise-Schroeder-Heims spätestens Anfang 2016 einzustellen.

Bestandsgefährdende Risiken sind aber trotz des für die ASO gGmbH schwierigen Berichtsjahres nicht zu erkennen.

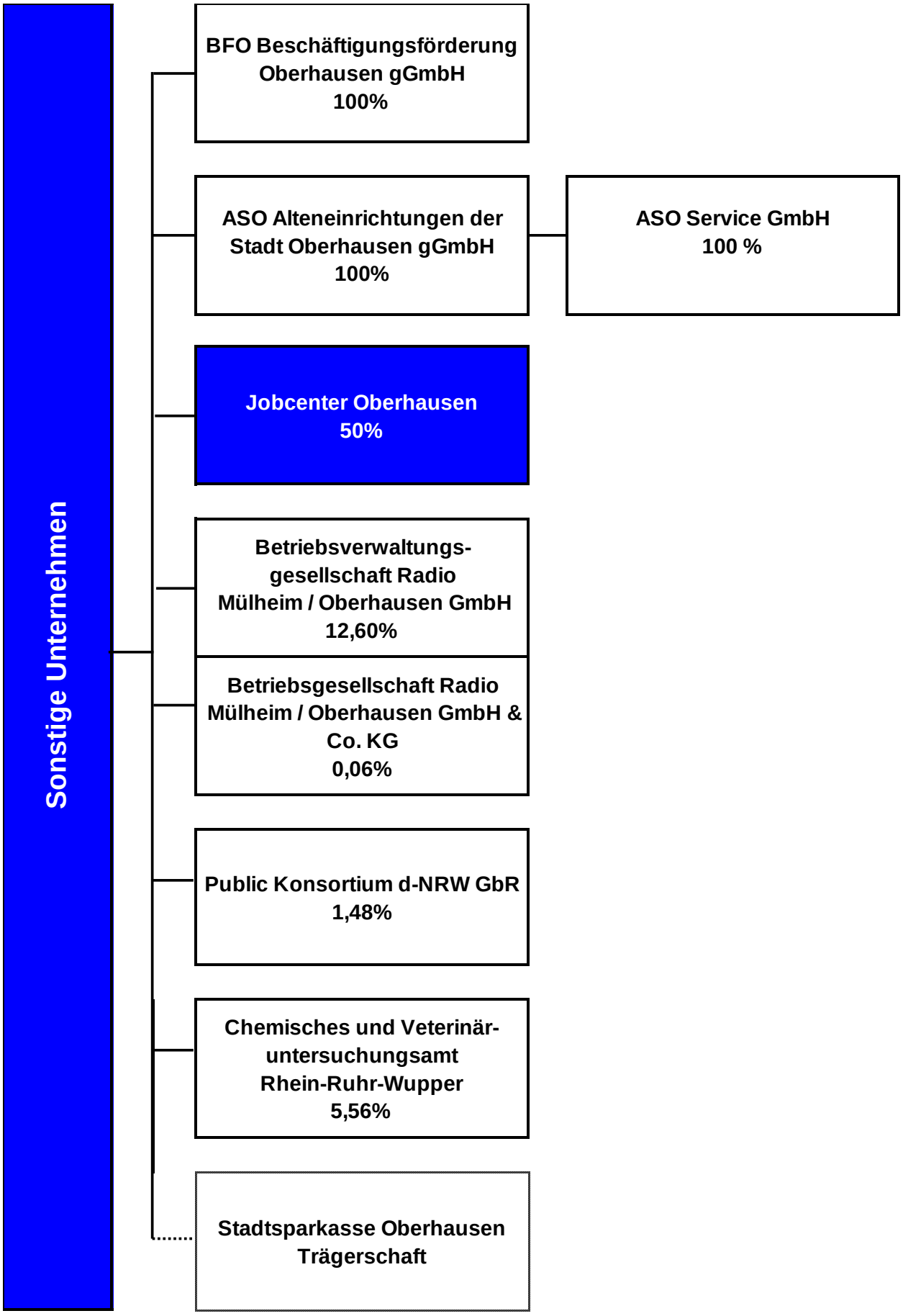
5. Prognosebericht

Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Diese geht davon aus, dass im nächsten Berichtsjahr die für die künftige Unternehmensentwicklung wichtige Weichenstellung hinsichtlich des Louise-Schroeder-Heims erfolgen wird. Zumindest mittelfristig wird deshalb auch wieder mit einer wirtschaftlichen Besserung der dortigen Auslastungsquote gerechnet.

Oberhausen, den 11. März 2016

ASO Service GmbH

gez. Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208-8506855

e-Mail Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de

Internet www.jobcenter-oberhausen.de/

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis

Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

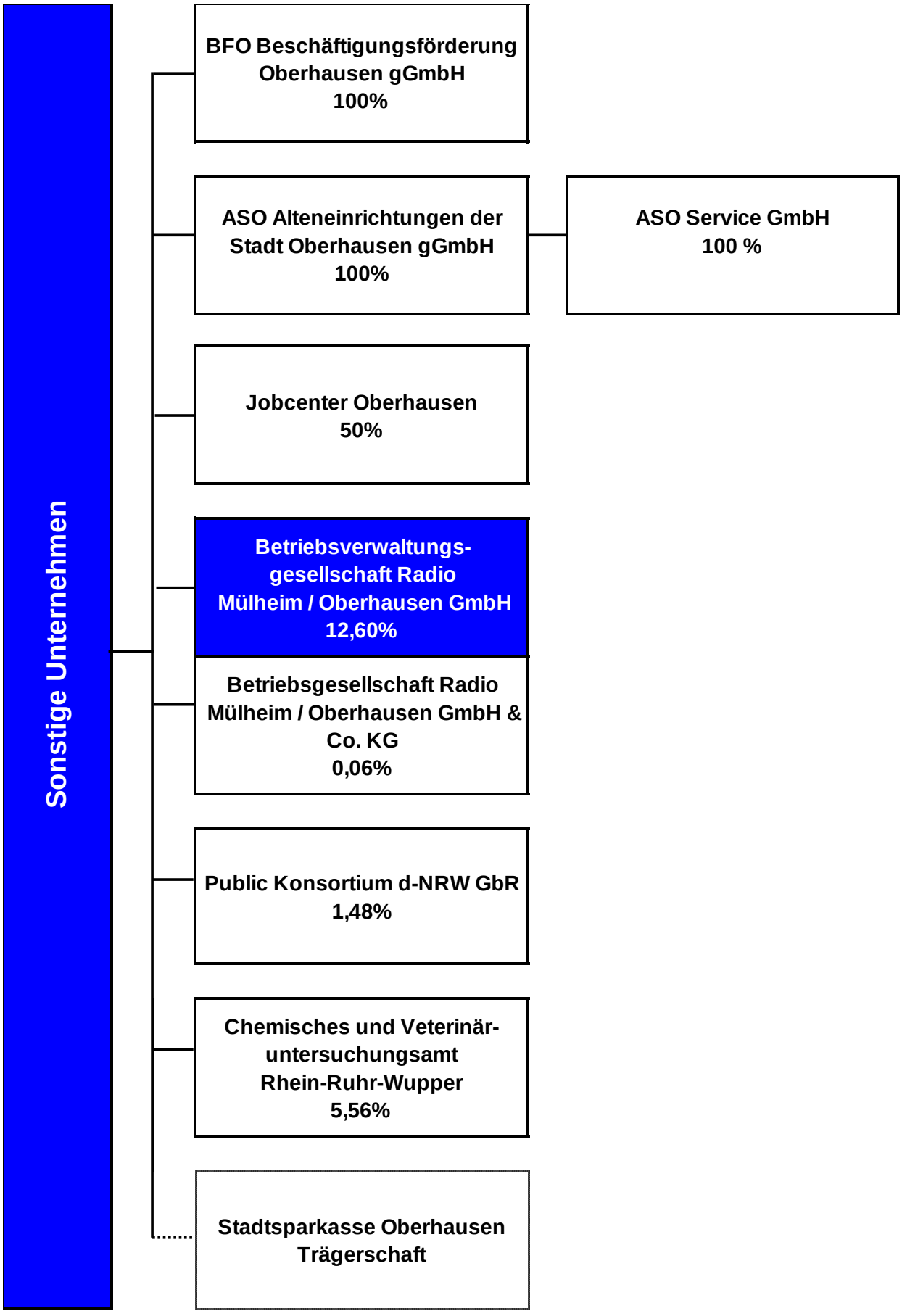
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Trägerversammlung:	Vorsitzender	Koch, Jürgen	
	stellv. Vorsitzende	Münich, Elke	
	Mitglied	Claes, Christiane	
	Mitglied	Engbroks, Wilhelm	
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	
	Mitglied	Telli, Ercan	
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	
	Mitglied	Artz, Christiane	
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank	
	stellv. Mitglied	Abt-Nölle, Monika	
	stellv. Mitglied	Brands, Beatriks	Stellvertretung für Herrn Telli
	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich	
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer	
	stellv. Mitglied	Muss, Ralf	

	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie	Stellvertretung für Frau Oberste-Kleinbeck
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith	
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike	Stellvertretung für Herrn Nagels
Beirat:	Vorsitzende	Schulte, Elisabeth	
	Mitglied	Bischoff, Jörg	
	Mitglied	Bohnes, Frank	
	Mitglied	Costecki, Britta	
	Mitglied	Cotta, Uwe	
	Mitglied	Greven, Henrike	
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	
	Mitglied	Harfst, Reinhard	
	Mitglied	Jakobs, Ursula	
	Mitglied	Kamps, Jochen	
	Mitglied	Michaelsen, Hans	
	Mitglied	Piontkowski, Frank	
	Mitglied	Reuschenbach, Monika	
	Mitglied	Steinhoff, Marion	

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100%
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

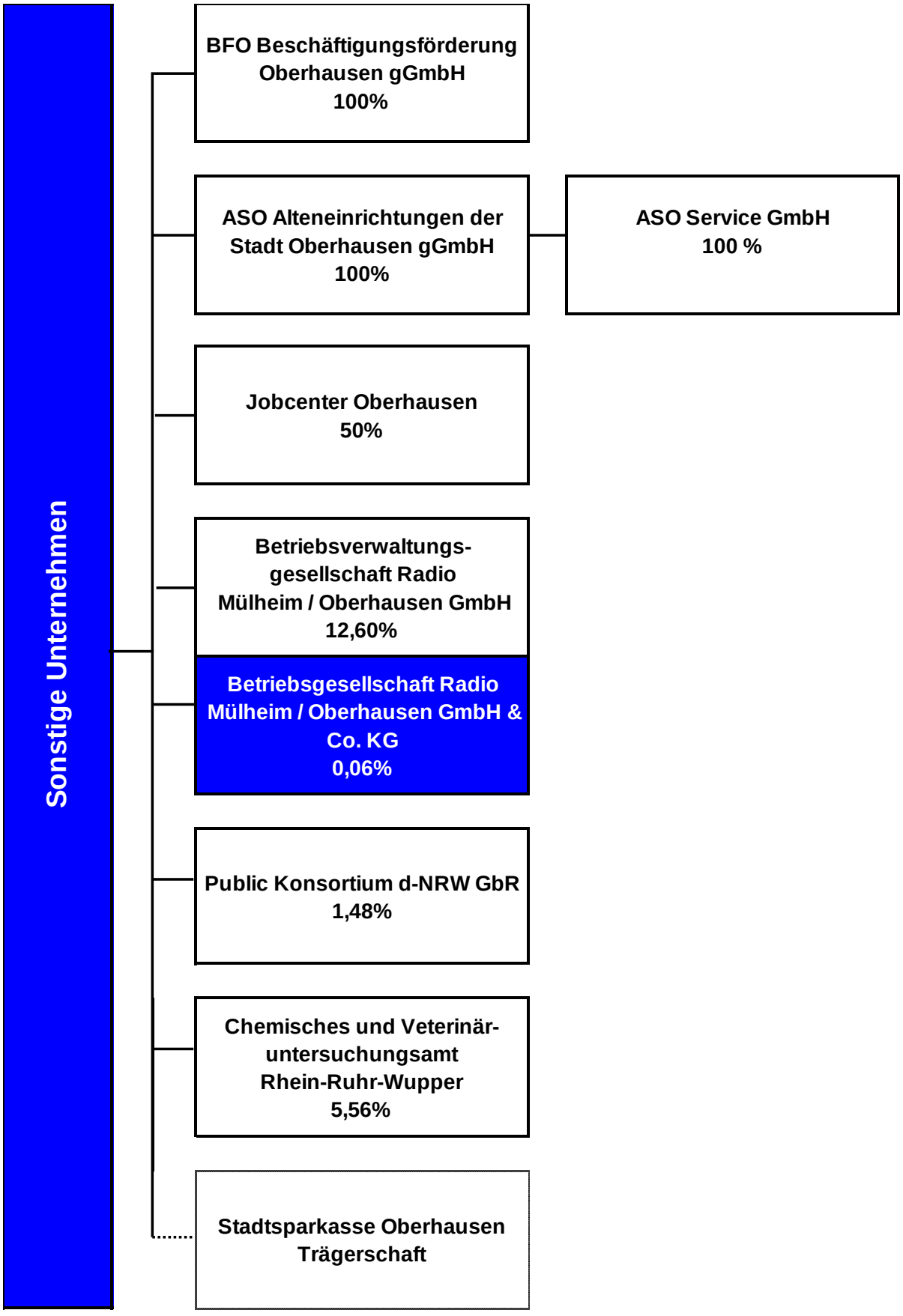
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte
Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen	(bis 29.02.2016)
		Thölen, Sven	(ab 01.03.2016)
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos	
Prokura:	Prokurist	Thölen, Sven	

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 2.170,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,06
Peter Fiele	540,02	24,89
Stadt Oberhausen	1,24	0,06
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	1.627,50	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:
Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.
Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.
Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.
Hörfunkwerbung zu verbreiten.
Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.
Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen	(bis 29.02.2016)
		Thölen, Sven	(ab 01.03.2016)
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos	

e) Lagebericht

1. Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken " Radio Mülheim" und „Radio Oberhausen". Sie bedient sich hier der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für fremde Rechnung mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2015 war von einer konstant zufriedenstellenden Stimmung in der Wirtschaft und bei den Konsumenten geprägt. Der ifo-Geschäftsklima-Index lag zu Jahresbeginn bei 106,7 und schloss im Dezember bei 108,6 ab (Indexwert 2005 = 100,0). Im Januar 2016 zeigte sich die Wirtschaft jedoch deutlich pessimistischer, so dass der Index zu Jahresbeginn auf einen Wert von 107,3 fiel.
Belastet wird die Stimmung durch die aktuelle Flüchtlingsthematik innerhalb Europas, die steigende Terrorgefahr, sowie der noch nicht abgeschlossenen europaweiten Wirtschaftskrise.
Die Konjunkturprognosen für Deutschland sehen, je nach Quelle, eine Steigerung von ca. 1,8 % für 2016 vor.
Die Konsumbereitschaft innerhalb Deutschlands ist weiterhin positiv zu bewerten. Im Januar 2016 lag der GfK-Konsumklima-Index bei 9,4 (01/2015: 9,0).

Die Werbeaufwendungen der Unternehmen in Deutschland erhöhten sich in den Monaten Januar bis Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 %. Der Anteil der Gattung Radio am Werbevolumen der Werbetreibenden verringerte sich geringfügig um 0,1 % auf 5,8 %. Die Aufwendungen für Radiowerbung erhöhten sich in den oben genannten Monaten um 2,9 %.

2.2 Ertragslage

Die Umsätze gingen im Geschäftsjahr 2015 um 277 T€ zurück und liegen zum Jahresende bei 1.570 T€ (-15 %).

Die Überschussbeteiligung von Radio NRW für die Betriebsgesellschaft lag im Geschäftsjahr 2015 mit 463 T€ in Etwa auf Vorjahresniveau (Vorjahr (461 T€). Der Gesamtausschüttungsbetrag von radio NRW veränderte sich gegenüber 2014 kaum. Die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-So.) von „Radio Mülheim" lag mit 5,9 % (gem. E.M.A. NRW 2015 I) um 1,9 % unter dem Vorjahreswert; dieser Wert lag bei „Radio Oberhausen" mit einem Plus von 1,4 % (2015:9,2 %) über Vorjahresniveau. Der Anteil bei den „Hörern gestern Montag – Freitag" bei „Radio Mülheim" verringerte sich – gem. E.M.A. NRW 2015 I – auf 24,4 % (Vorjahr: 29,5 %). Bei „Radio Oberhausen" verbesserte sich dieser Wert um 1,7 % auf 32,7 %.

Bei den Aufwendungen verringerte sich der Materialaufwand um 129 T€ und die allgemeinen Verwaltungskosten um 40 T€. Im Gegenzug erhöhten sich die die Mieten, Pachten, Lizenzen und Gebühren um 56 T€ und die Aufwendungen aus Kostenumlagen und Dienstleistungen um 109 T€.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verschlechterte sich um 247 T€ und lag zum Jahresende bei -144 T€.

Die Umsätze und die Ausschüttungsbeträge von radio NRW lagen annähernd auf den Planansätzen des Wirtschafts- und Stellenplans 2015. Die Kosten lagen über Planniveau, so dass das geplante Ergebnis insgesamt um 101 T€ verfehlt wurde.

2.3 Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangeboten). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE Mediengruppe ist die Liquidität jederzeit gesichert.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2015 bei 3.276 T€ und damit um 4 T€ über dem Vorjahr. Auf der

Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 27 T€, die Steuerverbindlichkeiten verringerten sich um 21 T€. Auf der Aktivseite reduzierte sich das Anlagevermögen um 26 T€. Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten erhöhten sich um 14 T€ auf 2.872 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme verringerte sich leicht und liegt bei auf 3 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Lizenzrechte im Wert von insgesamt 111 T€.

Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten in Höhe von 2.872.107 Euro sind durch Darlehen in Höhe von 2.730.681 Euro gedeckt. Für den verbleibenden Verlust in Höhe von 141.426 Euro liegt eine Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen Kommanditgesellschaft vor.

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Das Ergebnis der Gesellschaft lag im Geschäftsjahr 2015 unter Plan- und Vorjahresniveau. In der Planung für das Geschäftsjahr 2016 wurden stabile Umsätze und geringere Ausschüttungsbeträge eingestellt. Das geplante Ergebnis liegt unter dem Jahresergebnis von 2015. In den Folgejahren sollen sich die Ergebnisse vor allem durch Einnahmenverbesserungen verbessern.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken

4.1 Chancen

Die in den letzten Jahren entwickelten Produkte werden von den Werbetreibenden angenommen. Das Premium-Partner-Programm für umsatzstarke Bestandskunden bildet eine solide Basis, hinzukommen branchenspezifische, sowie Neukundenaktionen. Die Vernetzung der klassischen Werbung mit den digitalen Angeboten wie z. B. der Radiosparbox oder den Aktionen auf den Internetseiten der Sender führt insgesamt zu einer erfolgreichen Kundenansprache. Durch das breite Angebot können die Werbetreibenden die passenden Komponenten zusammenstellen und so ihren Werbeerfolg erzielen.

Die Landesregierung NRW hat im Januar 2016 die Novellierung des WDR-Gesetzes beschlossen. Die Werbezeiten im Programm des WDR von momentan 90 Minuten pro Tag über 3 Sender werden ab 2017 auf 75 Minuten über 2 Sender, sowie ab 2019 auf 60 Minuten über 1 Sender reduziert. Hierdurch ergeben sich für den privaten Hörfunk neue Ertragsmöglichkeiten, da die an Radio interessierten Werbetreibenden verstärkt über die 45 Sender des Lokalfunk NRW ihre Werbung ausstrahlen müssen.

4.2 Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Der Lokalfunk steht in direkter Konkurrenz zum WDR. Auf Grund der aktuell schweren Wettbewerbssituation gegenüber dem WDR sind für 2016 sinkende Ausschüttungsbeträge zu erwarten. Zur Verbesserung der Marktbearbeitung müssen neue Angebotsformen entwickelt und angeboten werden. Hierfür muss der im Geschäftsjahr 2015 gestartete Reformprozess bei den privaten Hörfunkanbietern in Zusammenarbeit mit radio NRW fortgesetzt werden. Zudem müssen Programmveränderungen zur Verbesserung der Reichweiten aller Sender umgesetzt werden. Die sinkenden Ausschüttungsbeträge belasten das Ergebnis der Betriebsgesellschaft im Geschäftsjahr 2016.

Letztendlich könnte diese Entwicklung mittel- bis langfristig auch den Fortbestand der Berichtsgesellschaft gefährden.

Momentan sind keine gravierenden Auswirkungen auf dem lokalen und regionalen Werbemarkt durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erwarten.

Rechtliche Risiken

Die erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen sind. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2015 um 10 Jahre bis zum 31.08.2025 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen.

Gesamtrisiko

Für den Prognosezeitraum des nächsten Geschäftsjahres identifizieren wir keine bestandsgefährdeten Risiken. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2016 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung kann auf ein implementiertes Risikomanagement zurückgreifen. Somit besteht die Möglichkeit Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren. Bewährte Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme helfen, um bei der Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vornehmen zu können und diese entsprechend zu steuern.

5. Prognosebericht

Der Wirtschafts- und Stellenplan der Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2016 Umsätze über Vorjahresniveau aus. Die Geschäftsführung erwartet eine geringere Gesamtausschüttungssumme bei radio NRW. Der Ausschüttungsbetrag für Radio Mülheim und Radio Oberhausen wird sich daher verringern. Neue Impulse für den Werbemarkt, auch in Verbindung mit neuen, landesweiten Angeboten, Anreize sollen zu verstärkten Buchungen führen.

Das Kostenniveau der Gesellschaft soll auf Vorjahresniveau gehalten werden. Außergewöhnliche Aufwendungen sind nicht zu erwarten.

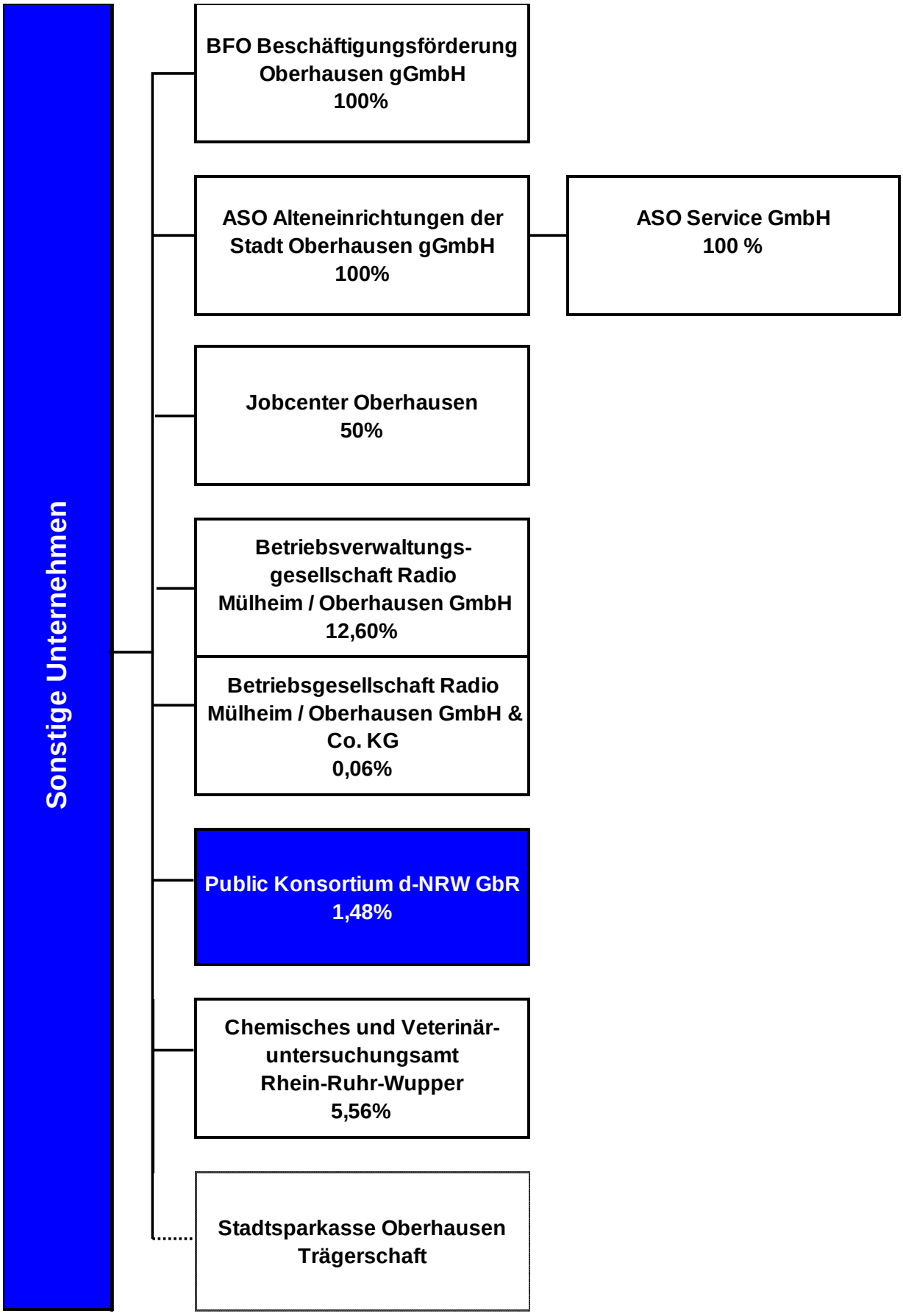
Die Reichweiten der Sender „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ liegen in der Reichweitenmessung EMA I 2016 (März 2016) über den Vorjahreswerten. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft in dem Bestreben nach weiterer Stabilisierung und Steigerung der Reichweite, soweit möglich, unterstützen.

Im Jahr 2016 muss der im Vorjahr begonnene Reformprozess im Lokalfunksystem NRW vorangetrieben und abgeschlossen werden. Hier ist in vielen Punkten der Rahmenprogrammanbieter radio NRW involviert. Auch die lokale Programmproduktion wird sich hier neuen Herausforderungen stellen müssen. Die notwendigen Veränderungen bei der landesweiten und nationalen Vermarktung zur Abschöpfung der Umsatzpotentiale müssen final abgestimmt und auf dem Markt etabliert werden.

Für das Geschäftsjahr 2016 erwartet die Geschäftsführung ein negatives Ergebnis in Höhe von -167 T€.

Essen, 18.04.2016

gez. Sven Thölen


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Public Konsortium d-NRW GbR

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Straße 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/22243810
Fax 0231/22243811
e-Mail info@d-nrw.de
Internet www.d-nrw.de/

Rechtsform: GbR
Stammkapital in T€: 1.400,87

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Systemhaus	46,85	3,34
GKD Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen	45,94	3,28
(HABIT) Hagener Betrieb für Informationstechnologie	12,58	0,90
Kreis Mettmann	12,78	0,91
krz Komm. Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	118,24	8,44
KRZN Kamp-Lintfort	148,27	10,58
Land NRW	948,77	67,73
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	1,10	0,08
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,35	0,10
regio iT Aachen Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	13,76	0,98
Stadt Monheim	17,16	1,22
Stadt Münster	13,34	0,95
Stadt Oberhausen	20,70	1,48

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung: Both, Markus

Konsortialversammlung: Mitglied gem. § 113 GO Suhr, Rainer

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	20,00	80,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		**2014**		**2015**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.322,00	95,6	1.339,00	95,6	1.355,00	95,7	16,00	1,19
Umlaufvermögen	60,75	4,4	61,75	4,4	61,43	4,3	-0,32	-0,52
Bilanzsumme	**1.382,75**	**100,00**	**1.400,75**	**100,00**	**1.416,43**	**100,00**	**15,68**	**1,12**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.377,28	99,6	1.394,18	99,5	1.411,17	99,6	16,99	1,22
Rückstellungen	5,47	0,4	5,25	0,4	4,40	0,3	-0,85	-16,19
Verbindlichkeiten			1,32	0,1	0,86	0,1	-0,46	-34,85
Bilanzsumme	**1.382,75**	**100,00**	**1.400,75**	**100,00**	**1.416,43**	**100,00**	**15,68**	**1,12**

bb) GuV

	2013	**2014**	**2015**
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge		0,59	0,13
sonstige betriebliche Aufwendungen	6,28	7,28	5,73
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6,28	-6,69	-5,60
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-6,28	-6,69	-5,60
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-6,28	-6,69	-5,60

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	**31.12.2014**	**31.12.2015**	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,45	-0,48	-0,40	%
Cash-Flow:	-6,28	-6,69	-5,60	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		0,59	0,13	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	**31.12.2014**	**31.12.2015**	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	99,60	99,53	99,63	%
Fremdkapitalquote:	0,40	0,47	0,37	%

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Geschäftsjahr 2015 wurde von einer moderat aufwärtsgerichteten Konjunktur in Deutschland geprägt. Im Dienstleistungsbereich war insgesamt ein solides Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Hiervon hat auch die IT-Branche profitiert.

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Einziger Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG mit Sitz in Dortmund. Aufgrund des Gesellschaftszwecks können als Erlöse nur Beteiligungserträge aus der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG erzielt werden. Die d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2015 einen Gewinn von 819 T€ erwirtschaftet.

c) Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2015 keine Investitionen durchgeführt.

d) Finanzierungsmaßnahmen bzw. –vorhaben

Die Konsortialversammlung vom 29.10.2015 hat u. a. den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2014 festgestellt. Gemäß § 10 (7) der Satzung ist ein Betrag in Höhe von 16 T € als sonstige Zuzahlung in das Eigenkapital der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG geleistet worden.

e) Personal- und Sozialbereich

Bei der Gesellschaft ist ausschließlich der Geschäftsführer angestellt.

f) sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Land NRW, vertreten durch das MIK NRW hat die ÖPP Deutschland AG – Partnerschaften Deutschland – beauftragt, Lösungsoptionen zur Fortführung der Kooperation d-NRW zu entwickeln. Hintergrund ist, dass die Public Private Partnership (PPP) d-NRW, die im Jahr 2002 auf der Grundlage einer europaweiten Ausschreibung gegründet wurde, neu ausgerichtet werden soll.

Die Untersuchungen zur Neuausrichtung von d-NRW haben zu der Handlungsempfehlung geführt, auf der öffentlichen Seite eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) zu etablieren. Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren ist durch das MIK NRW mit dem Ziel eingeleitet worden, die Rechtsnachfolge der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur zum 01.01.2017 umzusetzen.

II. Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für eine Veränderung dieser Situation im Jahr 2016 bestehen nicht.

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Sie verfügt durch die Beitrittsentgelte der Konsorten und deren Jahresbeiträge über ausreichende Liquidität.

c) Ertragslage

Aufgrund des Gesellschaftszwecks wird die Gesellschaft über die Beteiligungserträge der d-RW Besitz-GmbH & Co. KG keine weiteren Erträge erwirtschaften.

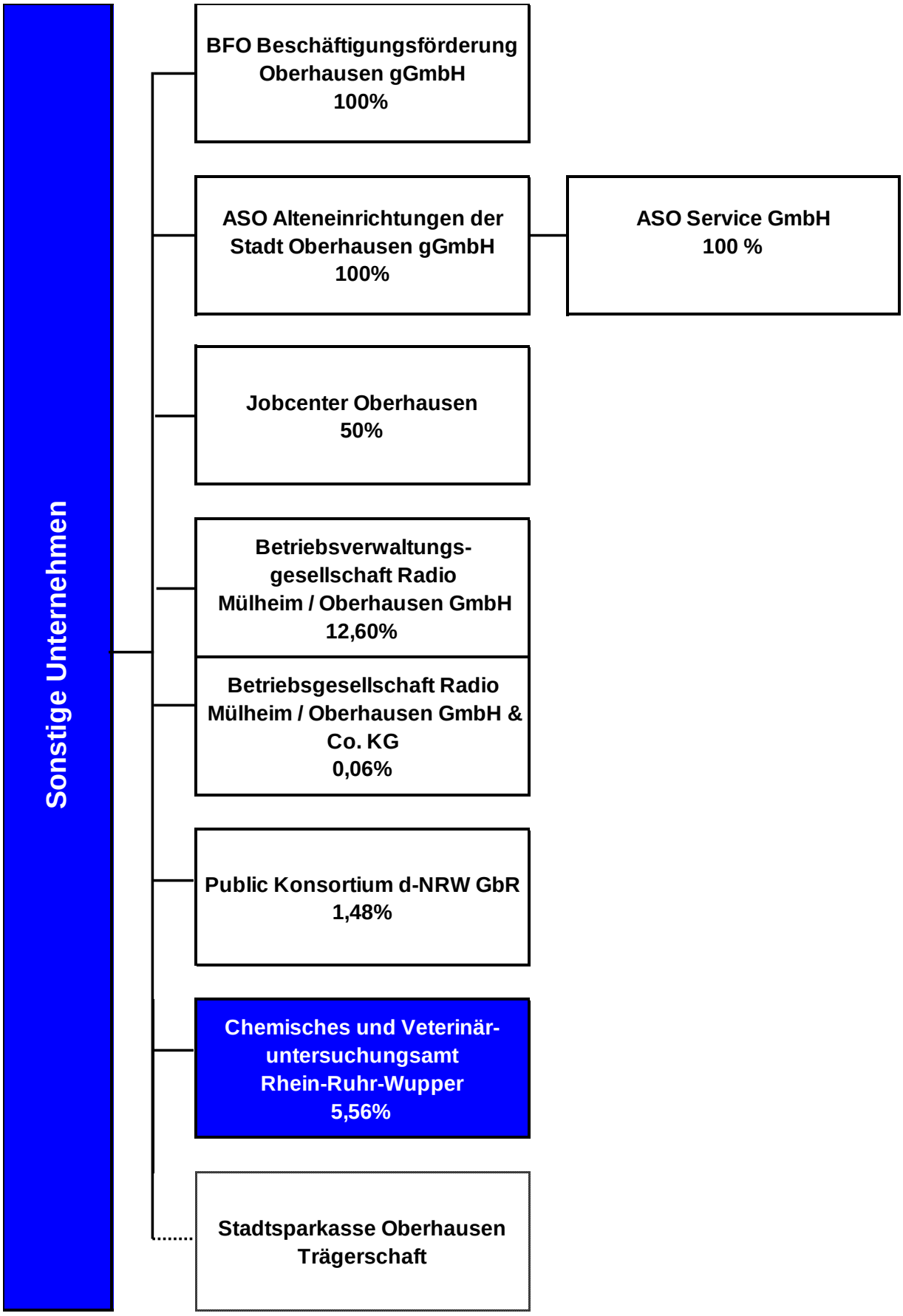
III. Ausblick und Risiken der künftigen Entwicklung

Die geplante Neuausrichtung von d-NRW, die eine Fortführung der öffentlichen Gesellschaften in Form einer AöR vorsieht, wird als Chance gesehen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld noch stärker zu etablieren.

Wirtschaftliche oder rechtliche bestandsgefährdende Risiken sind für die Gesellschaft unter Berücksichtigung des besonderen Gesellschafterhintergrundes und der positiven Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft im Übrigen nicht erkennbar.

Dortmund, im Mai 2016

Markus Both
(Geschäftsführer)


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon 02151/849-0
Fax 02151/849-4042
e-Mail poststelle@cvua-rrw.de
Internet www.cvua-rrw.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 270,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Wesel	15,00	5,56
Land NRW	135,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	5,56
Stadt Essen	15,00	5,56
Stadt Krefeld	15,00	5,56
Stadt Mülheim	15,00	5,56
Stadt Oberhausen	15,00	5,56
Stadt Remscheid	15,00	5,56
Stadt Solingen	15,00	5,56
Stadt Wuppertal	15,00	5,56

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Horn, Detlef
		Pöll, Reiner
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Becker, Juliane
	stellv. Vorsitzende	Raskob, Simone
	Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
	Mitglied	Beckmann, Jürgen
	Mitglied	Berensmeier, Ralf

Mitglied	Krumbein, Robert
Mitglied	Krumpholz, Ralf
Mitglied	Dr. Steinfort, Frank
Mitglied	Cyprian, Ulrich
Mitglied	Krüger, Klaus
Mitglied	Nocke, Matthias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	9.128,43	32,6	9.013,25	33,3
Umlaufvermögen	18.667,37	66,6	17.840,99	66,0
Rechnungsabgrenzungsposten	212,62	0,8	177,70	0,7
Bilanzsumme	**28.008,42**	**100,00**	**27.031,93**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	11.633,00	41,5	11.922,49	44,1
Rückstellungen	12.909,82	46,1	13.918,05	51,5
Verbindlichkeiten	3.192,82	11,4	1.092,27	4,0
Rechnungsabgrenzungsposten	272,79	1,0	99,12	0,4
Bilanzsumme	**28.008,42**	**100,00**	**27.031,93**	**100,00**

bb) GuV

	2013	2014
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	17.379,93	17.438,43
sonstige betriebliche Erträge	132,12	16,99
Materialaufwand	7.018,28	7.078,19
Personalaufwand	4.532,78	4.910,85
Abschreibungen	1.258,23	1.302,39
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.972,84	3.887,47
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36,69	12,98
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	766,61	289,50
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	766,61	289,50
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		570,36
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	196,26	859,85
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	570,36	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

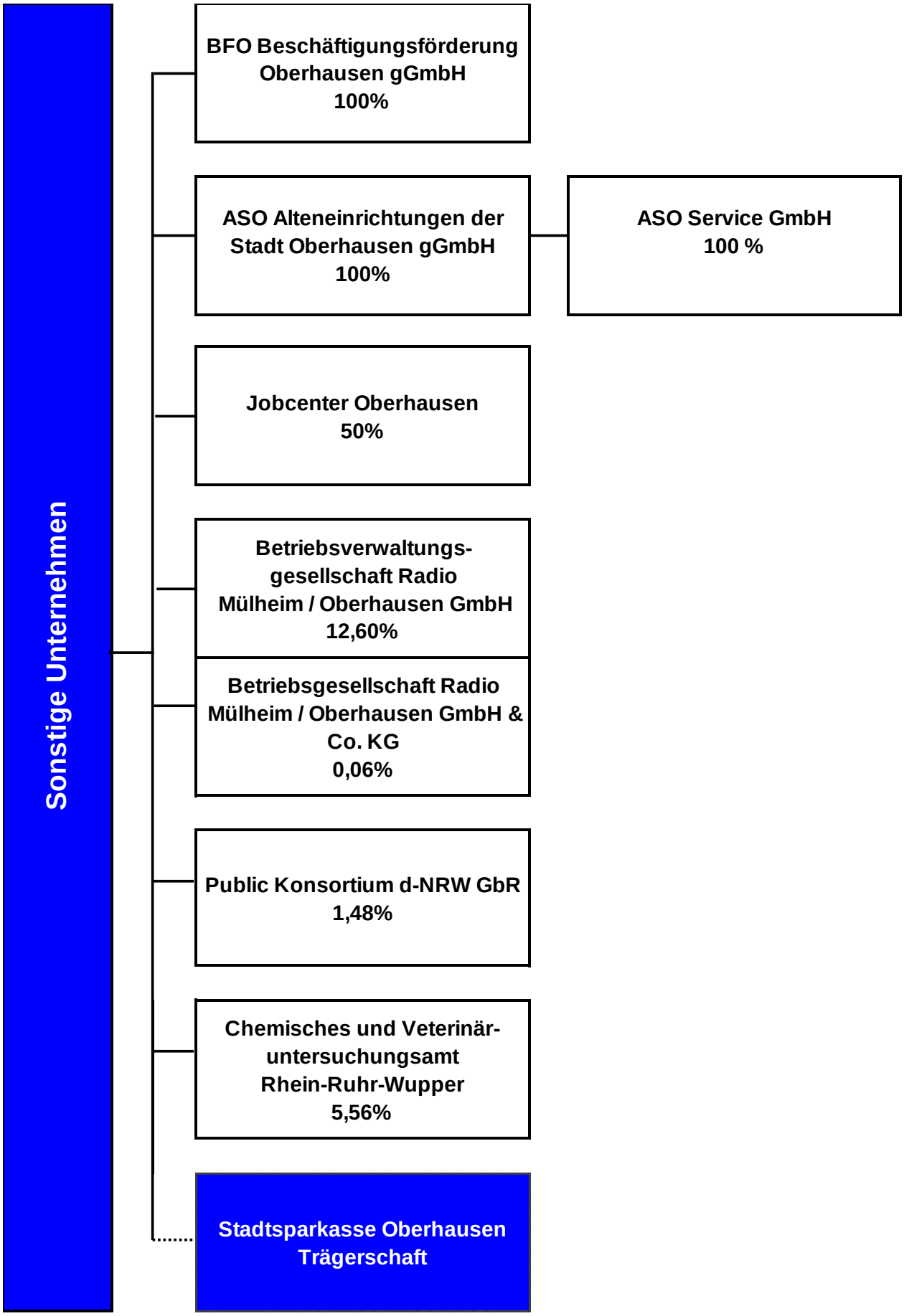
	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,41	1,66	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,93	2,43	%
Cash-Flow:	2.024,84	1.591,88	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	186,30	169,47	T€
Personalaufwandsquote:	25,88	28,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	24,40	23,89	%
Eigenkapitalquote:	41,53	44,11	%
Fremdkapitalquote:	58,47	55,89	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2015 der Gesellschaft noch nicht vor.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Wörthstraße 12 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	mailto:info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	http://www.stadtsparkasse-oberhausen.de/
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€:	0,00

Träger:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2015)

Vorstand:	Vorsitzender	Uppenkamp, Bernhard
	stellv. Mitglied	Gäng, Thomas
	stellv. Mitglied	Mebus, Oliver
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	1. stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Benter, Christian
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Wolter, Horst
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zorn, Klaus
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter

stellv. Mitglied	Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra
stellv. Mitglied	Goeke, Martin
stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
stellv. Mitglied	Müthing, Christa
stellv. Mitglied	Nakot, Werner
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Schuler, Immanuel
stellv. Mitglied (AN)	Höffner, Stefan
stellv. Mitglied (AN)	Klima, Michael
stellv. Mitglied (AN)	Rauhut, Sebastian
stellv. Mitglied (AN)	Sommerfeld, Kerstin
stellv. Mitglied (AN)	Zwingmann, Nina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	18,95
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	25,00	100,00
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	32.388,43	1,72
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	744,34	1,57
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	6,16	24,65
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	261,72	2,18
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	100,00	100,00
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	127,50	51,00

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW). Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip. Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Stärkung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe.
- Die Förderung der finanziellen Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.
- Die Versorgung im Kreditgeschäft vornehmlich des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren

Bevölkerungskreise.
- Zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen beizutragen.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Hierüber ist sie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. mit Sitz in Berlin angeschlossen. Träger der Stadtsparkasse Oberhausen ist die Stadt Oberhausen.
Die Sparkasse ist dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses ist seit dem 3. Juli 2015 als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das System besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen:

- den elf Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist das einer Vertriebssparkasse. Die Beratung und der Verkauf von Finanzprodukten und Dienstleistungen bilden dabei den Hauptvertriebsansatz. Das Fundament dafür bilden der faire und partnerschaftliche Umgang mit Kunden sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Grundlegende Leitidee der geschäftlichen Aktivitäten ist das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Diese ist u. a. durch ein einfaches Produktportfolio, eine konservative, benchmarkorientierte Vermögensanlage, reduzierte Prozesskosten durch Standardisierung sowie eine wenig komplexe Steuerung gekennzeichnet.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die ökonomischen Verhältnisse waren 2015 durch vermehrte Spannungen in der Geopolitik und Wachstumsunsicherheiten gekennzeichnet. Das Resultat war eine deutliche Euroabwertung, Zinsen auf dem historischen Tiefstand und nahezu keine Inflation.

Trotzdem konnte die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs fortsetzen. So stieg das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 %. Die konjunkturelle Lage war durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet (jeweils +0,3% im dritten und vierten Quartal und 0,4% in den ersten beiden Quartalen).

Die positiven Impulse kamen vor allem aus dem Inland. Der Staat erhöhte seine Konsumausgaben deutlich (von Mrd. € 564 in 2014 auf Mrd. € 589), die privaten Haushalte noch einmal leicht von Mrd. € 1.592 in 2014 auf Mrd. € 1.632. Die Realeinkommen der privaten Haushalte profitierten nach wie vor insbesondere von der positiven Arbeitsmarkt- und Verdienstentwicklung. Die zusätzlichen Nachfrageeffekte infolge der erneuten rohölpreisbedingten Kaufkraftgewinne zum Jahresende dürften jedoch noch vergleichsweise gering ausgefallen sein.

Die Bruttoanlageinvestitionen haben den dynamischen Zuwachs des letzten Jahres nicht wiederholen können. Sie wurden jedoch erneut gesteigert (+1,7%). Dabei legten die Ausrüstungsinvestitionen um 3,6% zu. Die bis zum Herbst vorliegenden Quartalszahlen zeigen jedoch, dass die Zunahme vor allem aus der Entwicklung im ersten Quartal stammte.

Preisbereinigt stiegen die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 %, die Importe erhöhten sich mit + 5,7% geringfügig mehr. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen findet der überwiegende Teil des deutschen Handels mit EU-Ländern statt. Im Jahr 2015 waren dies 56 % der Exporte und 58 % der Importe, sodass 44 % der Exporte und 42 % der Importe mit Staaten außerhalb der Europäischen Union erfolgten.

Der Arbeitsmarkt war 2015 durch eine unverändert kräftige Zunahme der Beschäftigung und eine wieder spürbar rückläufige Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Der Arbeitsmarkt wuchs 2015 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % und erreichte im Dezember mit 43,3 Mio. Erwerbstätigen fast den Höchststand. Die hohe Arbeitsnachfrage wurde weiterhin zu einem beträchtlichen Teil durch Zuwanderer insbesondere aus der EU gedeckt. Gleichwohl stieg die Zahl der gemeldeten offenen Stellen an. Die Arbeitslosenquote sank zum Jahresende auf 6,1 % von 6,4 % Ende 2014.

Die gute Beschäftigungslage in Deutschland findet sich im Ruhrgebiet eingeschränkt wieder. Die Arbeitslosenquote konnte nur von 10,4 % auf 10,3 % reduziert werden.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im vergangenen Jahr weiter verlangsamt. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 0,3 % und entfernten sich damit weiter von der EZB angestrebten Stabilitätsmarke von unter, aber nahe 2%. Die Ursache für den sehr schwachen Preisanstieg war die Energiepreisentwicklung. Hier hat sich der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr nochmals verstärkt (-7 %, 2014: - 2,1%).

Oberhausen konnte erstmalig seit 1993 mit einem Wachstum der Bevölkerungszahl aufwarten. Es leben nun 211.888 Menschen nach 210.326 Ende 2014 in Oberhausen. Hintergrund ist die steigende Anzahl von Geburten (2015: 1.783

2014: 1.756) und insbesondere die Zuwanderung. Ohne Berücksichtigung des letztgenannten Effektes wird allerdings im Rahmen der aktuellen Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2025 weiterhin mit fallenden Einwohnerzahlen gerechnet (je nach Prognose bis etwa 206.402 Einwohner).

Die Zahl der Arbeitslosen in Oberhausen sank im Jahresvergleich auf 12.321 und ergab im Dezember 2015 eine Arbeitslosenquote von 11,3 %. Die in der Schuldnerquote zum Ausdruck kommende Überschuldung von privaten Verbrauchern hat sich zum Vorjahr um 0,72 Prozentpunkte auf 14,70 % erhöht und liegt deutlich über der bundesdurchschnittlichen Marke von 9,92 %. Aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergaben sich keine nennenswerten negativen Einflüsse auf den Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Oberhausen.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zahl der Kreditinstitute in Deutschland hat sich im Jahr 2015 weiter um 34 Institute reduziert. Die Zahl der Sparkassen ging auf 409 zurück.

Aufgrund des Niedrigzinsumfeldes tätigte die Bundesbank eine Umfrage zur Ertragslage und Widerstandfähigkeit deutscher Kreditinstitute. Die Erhebung basiert auf fünf Zinsszenarien. Dabei wurden zum einen institutseigene Plan- und Prognosedaten erhoben. Zum anderen mussten die Kreditinstitute für vier vorgegebene Zinsszenarien Ergebnis-Simulationen durchführen. Aus diesen Berechnungen wurde festgestellt, dass die Ergebnisse vor Steuern bis 2019 um mind. 25 % sinken werden.

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2015 eine deutliche Belebung ihres Kundenkreditgeschäftes, nachdem es in den beiden Vorjahren leichte Bestandsrückgänge gegeben hatte. Das Kundenkreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2014 um 0,8 Mrd. € oder 0,7 % auf 112,5 Mrd. €.

Schwerpunkt der Kreditnachfrage waren vor allem Kredite an Firmenkunden und der Bereich private Wohnungsbaukredite. Das Volumen der Kredite an Firmenkunden stieg im Jahresverlauf um 0,3 Mrd. € oder 0,6 % auf 55,2 Mrd. €. Die Kreditnachfrage der Firmenkunden wurde durch die nach wie vor extrem günstigen Finanzierungsbedingungen beflügelt.

Im Kreditgeschäft mit Privatpersonen gab es im Jahr 2015 erneut deutliche Zuwächse. Der Kreditbestand erhöhte sich um 1,6 % auf 46,1 Mrd. €. Während bei Konsumentenkrediten ein Bestandsrückgang von 3,9% auf 7,3 Mrd. € zu verzeichnen war, blieb das Geschäft mit privaten Wohnbaukrediten weiter expansiv. Hier kam es zu einem Plus von 2,7 % auf 38,9 Mrd. €.

Die höheren privaten Konsumausgaben wurden bei gestiegenen Realeinkommen und niedriger Sparneigung zunehmend aus laufenden Einkommen und damit zu Lasten des Konsumentenkreditgeschäftes finanziert. Die weiterhin hohe Immobiliennachfrage in Verbindung mit dem historisch niedrigen Zinsniveau befeuerte gleichzeitig die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten.
Die Kundeneinlagen erhöhten sich nochmals um 2,3 Mrd. € oder 2,1 % auf 113,3 Mrd. €. Dies bedeutet trotz geringer Einlagenzinssätze den höchsten prozentualen Zuwachs seit dem Jahr 2008.

Die gravierenden Veränderungen in der Struktur der Kundeneinlagen setzten sich auch 2015 fort. Die Liquiditätspräferenz der Kunden ist ungebrochen hoch. Viele Kunden belassen fällige Beträge in den Sparkassen, parken diese jedoch in Anlageformen mit täglicher Verfügbarkeit.

Das Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen hat sich im Jahr 2015 wieder belebt. Der Wertpapierumsatz erreichte mit 18,5 Mrd. € (+9,7 %) den höchsten Wert seit 2011.

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen mit Ausnahme des dargestellten Wertpapierabsatzes, der Entwicklung im Firmenkunden- sowie der Entwicklung im Konsumentenkreditgeschäft tendenziell auch auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen zu.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen der Stadtsparkasse Oberhausen haben sich im Jahr 2015 durch den Abbau von institutionellen Aktiv- und Passivgeschäften planmäßig weiter reduziert. Im Kundengeschäft konnte die Sparkasse ihre Position als größtes örtliches Kreditinstitut behaupten. Aufgrund der plangemäßen Entwicklung in den meisten Geschäftsfeldern sind wir mit der Geschäftsentwicklung insgesamt zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	Veränderung
	Mio.€	Mio.€	in Mio.€	in %
Bilanzsumme	2.319,1	2.401,4	-82,3	-3,4
Geschäftsvolumen	2.380,2	2.465,3	-85,1	-3,5
Jahresüberschuss nach Steuern	2,3	1,0	1,3	130,0
Forderungen an Kreditinstitute	153,4	285,2	-131,8	-46,2
Forderungen an Kunden	1.713,8	1.600,9	112,9	7,1
Eigene Wertpapierbestände	301,4	356,2	-54,8	-15,4
Sachanlagen	51,9	54,5	-2,6	-4,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	449,8	581,7	-131,9	-22,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.638,8	1.596,5	42,3	2,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	27,4	24,4	3,0	12,3
• Nachrangige Verbindlichkeiten	13,2	13,2	0,0	0,0
• Sicherheitsrücklage	109,4	108,4	1,0	0,9
Eventualverbindlichkeiten	61,1	63,9	-2,8	-4,4
• Nettoabsatz Wertpapiere	-2,4	-18,9	16,5	-87,3
• Vermittlungssumme Lebensversicherungen	27,9	30,1	-2,2	-7,3
• Abschlusssumme Bausparverträge	38,7	40,8	-2,1	-5,1
Vermittlung Konsumentenkredite	21,2	18,6	2,6	14,0

Bilanzsumme

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme wie erwartet deutlich um 82,3 Mio. € (= -3,4 %) reduziert. Der Hauptgrund für diese Entwicklung sind die Fälligkeiten institutioneller Refinanzierungen, die strategiekonform durch fällige Wertpapiere und Termingeldanlagen im Eigenbestand zurückgeführt wurden. Infolgedessen haben sich sowohl die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten als auch die eigenen Wertpapierbestände sowie die Forderungen an Kreditinstitute spürbar reduziert.

Kreditgeschäft

Unser bilanzielles Kundenkreditgeschäft verzeichnete im Jahr 2015 eine Ausweitung von 112,9 Mio. €. Ursächlich für diesen starken Anstieg ist insbesondere die erneute Nutzung des durch die NRW.Bank aufgelegten Globaldarlehns für Kommunen und die damit verbundene Ausweitung im Bereich des Kommunalkreditgeschäfts. Auch im Bereich der Wohnungsbaufinanzierungen konnten wir im Jahr 2015 – unterstützt durch ein weiterhin stabiles Vermittlergeschäft – eine Bestandsausweitung erzielen. Im gewerblichen Kundenkreditgeschäft kam es hingegen zu einem moderaten Bestandsrückgang. Bei der Beurteilung des Kreditgeschäfts ist zu berücksichtigen, dass in 2015 Konsumentenkredite in Höhe von 21,2 Mio. € an den S-Kreditpartner vermittelt wurden. Unsere im Vorjahr getroffenen Einschätzungen bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft sind somit durchgängig eingetreten.

Eigene Wertpapierbestände und Interbankengeschäft

Die eigenen Wertpapierbestände sowie die Forderungen an Kreditinstitute haben sich in Summe um 186,6 Mio. € verringert. Hintergrund für diese Entwicklung sind die Fälligkeiten institutioneller Sparkassenbriefe, die strategiekonform durch fällige Wertpapiere im Eigenbestand sowie Termingelder zurückgeführt wurden. Die Wiederanlage darüber hinausgehender Fälligkeiten bei den eigenen Wertpapierbeständen sowie die Anlage der wiederum gestiegenen Einlagen von Kunden erfolgte in risikoarmen Wertpapieren sowie in Termingeldern von deutschen Kreditinstituten.
Das Engagement der Sparkasse in Wertpapieren aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) von privaten und staatlichen Schuldnern beläuft sich auf insgesamt 23,0 Mio. € (Zeitwert). Anleihen aus Griechenland befinden sich dabei in keinem nennenswerten Umfang im Bestand.
Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insgesamt um 131,9 Mio. € bzw. -22,7 % gesunken. Diese Entwicklung resultiert aus gegenläufigen Effekten. Während die erneute Nutzung des Globaldarlehens der NRW.Bank

einen bestandserhöhenden Einfluss hat, führten die Fälligkeiten institutioneller Refinanzierungsmittel zu einem entsprechend erwarteten Bestandsrückgang.

Einlagengeschäft

Im Jahr 2015 konnten wir trotz der weiter deutlich gesunkenen Kundenkonditionen einen vergleichsweise hohen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 42,3 Mio. € bzw. 2,6 % verzeichnen. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung einer Seitwärtsentwicklung der Einlagenbestände wurde somit übertroffen. Haupttreiber für die positive Bestandsentwicklung waren deutliche Zuwächse bei täglich fälligen Einlagen. Bei Anlagen mit fester Laufzeit haben wir hingegen einen leichten Bestandsrückgang verzeichnet.

Der Anstieg der verbrieften Verbindlichkeiten resultiert aus der Teilnahme der Stadtsparkasse Oberhausen an einem Kreditsicherungsgeschäft innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, bei welchem die Sparkasse aufgrund der symmetrischen Ausgestaltung der Transaktion entsprechende Inhaberschuldverschreibungen begeben hat.

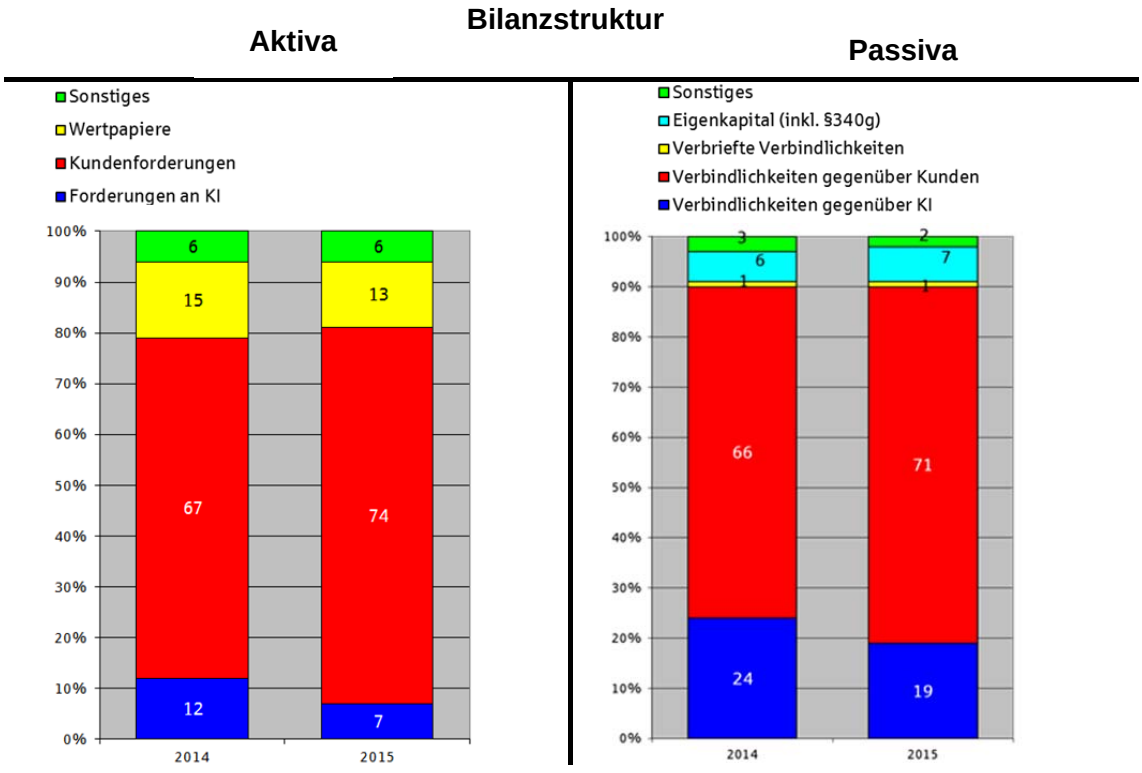
Bilanzstruktur

Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist geprägt durch das Kundengeschäft. Dieses stellt auf der Aktivseite mit 74 % den herausragenden Bilanzposten dar. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Forderungen an Kunden bei gesunkener Bilanzsumme um 7 %-Punkte gestiegen. Ursächlich hierfür ist sowohl der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute als auch das gestiegene Volumen der Kundenforderungen. Der Verbandswert (73 %) wurde damit um 1 %-Punkt übertroffen.

Der Anteil der Wertpapierbestände und der Forderungen an Kreditinstitute hat sich in Summe relativ betrachtet um 7 %-Punkte verringert. Ursächlich hierfür ist insbesondere der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute um 5 %-Punkte.

Die dominierende Position auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 71 % dar. Infolge der absolut gestiegenen Bestände, der gesunkenen Bilanzsumme sowie der Fälligkeiten der institutionellen Sparkassenbriefe hat sich der relative Anteil um 5 %-Punkte erhöht. Der Abstand der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen beträgt 6 %-Punkte und hat sich damit um 3 %-Punkte verringert.

Dagegen ist der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Folge der absoluten Bestandsrückgänge weiter um 5 %-Punkte auf 19 % gesunken. Gleichwohl liegt der Anteil immer noch um 7 %-Punkte oberhalb des Verbandswertes.



Relativ betrachtet hat sich der Umfang des Kundengeschäftes am gesamten Geschäftsvolumen (Aktiv- und Passivgeschäft) bei gesunkener Bilanzsumme deutlich erhöht.

Bilanzneutrales Geschäft

Das bilanzunwirksame, provisionstragende Kundengeschäft hat sich im Jahr 2015 differenziert entwickelt. Eine weitere Steigerung des Vermittlungsvolumens konnte mit einem deutlichen Plus von 2,6 Mio. € bzw. 14,0 % im Bereich der Konsumentenkredite verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung einer Seitwärtsentwicklung im Jahr 2015 konnte somit übertroffen werden.
Im Bereich des Kundenwertpapiergeschäftes sind die Bruttoumsätze dagegen gesunken. Dabei fällt der Nettoabsatz – wenn auch gegenüber dem Vorjahr deutlich abgemildert – weiterhin negativ aus. Der Absatz von Lebensversicherungsprodukten ist gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mio. € oder 7,3 % gesunken, ebenso die Abschlusszahlen von Bausparverträgen (-2,1 Mio. € bzw. -5,1 %). In den letztgenannten drei Bereichen wurden die im Vorjahr prognostizierten Entwicklungen eines leichten Anstiegs (Wertpapier- und Versicherungsgeschäft) bzw. einer Seitwärtsentwicklung (Bauspargeschäft) somit nicht erreicht.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgen eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme und eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen.

Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2015 von 2,3 Mio. € wurde das Vorjahresergebnis (1,0 Mio. €) deutlich übertroffen. Mit dem erzielten Jahresergebnis sind wir vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, den schwierigen Bedingungen am Standort Oberhausen sowie der Tatsache, dass die für das Jahr 2015 formulierten Ziele bzw. Planungen weitestgehend erreicht werden konnten, zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage und deren Entwicklung:

	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	39,1	44,3	-5,2	-11,7
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	3,3	3,4	-0,1	-2,9
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,2	0,3	-0,1	-33,3
Provisionsüberschuss	20,4	20,1	0,3	1,5
Sonstige betriebliche Erträge	2,3	2,5	-0,2	-8,0
Summe Erträge	**65,3**	**70,6**	**-5,3**	**-7,5**
Personalaufwand	28,4	28,3	0,1	0,4
Sachaufwand	20,6	21,6	-1,0	-4,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	4,0	3,9	0,1	2,6
Abschreibungen und Erträge sowie Wertberichtigungen und deren Auflösungen auf Forderungen und Wertpapiere	0,1	-5,4	5,5	-101,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2,5	1,5	1,0	66,7
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	3,3	11,0	-7,7	-70,0
Jahresüberschuss vor Steuern	**6,4**	**9,7**	**-3,3**	**-34,0**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-3,9	-8,5	4,6	-54,1
Sonstige Steuern	-0,2	-0,2	0,0	0,0
Jahresüberschuss nach Steuern	**2,3**	**1,0**	**1,3**	**130,0**
Rücklagendotierung	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn	**2,3**	**1,0**	**1,3**	**130,0**

Insgesamt sind die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung deutlich um 5,3 Mio. € oder 7,5 % auf 65,3 Mio. € gesunken. Wesentliche Ursachen für den Rückgang der Erträge sind deutlich gesunkene Zinserträge, v. a. bedingt durch den allgemeinen Rückgang des Zinsniveaus. Im Provisionsbereich sind die Erträge hingegen leicht um 0,3 Mio. € bzw. 1,5 % gestiegen. Durch in 2015 wirksam werdende Altersteilzeitvereinbarungen aus den Vorjahren konnte der

Personalaufwand trotz einer Lohnsteigerung im März von 2,4 % nahezu stabil gehalten werden. Der gesamte Aufwand inklusive der Abschreibungen auf Sachanlagen vor Bewertung und Steuern konnte um 0,8 Mio. € bzw. 1,5 % gesenkt werden. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verschlechterte sich auf 85,0 % (Vorjahr 78,3 %).

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z. B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich demgegenüber eine gegenüber dem Vorjahr verbesserte CIR von 76,5 % (Vorjahr: 79,3 %).

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Infolge des im Jahresverlauf 2015 noch weiter gesunkenen Zinsniveaus sind sowohl der Zinsertrag als auch Zinsaufwand absolut weiter gesunken. Insbesondere aufgrund der derzeit begrenzten Möglichkeiten zur Reduzierung der Zinsaufwendungen ist dabei der Zinsertrag deutlich stärker gesunken als der Zinsaufwand, so dass der Zinsüberschuss insgesamt um 5,2 Mio. € oder 11,7 % gesunken ist. Bezogen auf die gegenüber dem Vorjahr weiter gesunkene durchschnittliche Bilanzsumme ergibt sich für die Stadtsparkasse Oberhausen eine leichte Steigerung der Zinsspanne von 1,88 % in 2014 auf 1,93 % im Jahr 2015 (ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen).

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Mio. € bzw. 1,5 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür ist insbesondere eine Steigerung des Provisionsertrages aus dem Giroverkehr.

Hinsichtlich der Entwicklung der Aufwandspositionen greifen verstärkt die in 2013 umgesetzten Maßnahmen aus dem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2020“. Zur Realisierung des angestrebten Personalabbaus und der damit verbundenen zukünftigen Kostenentlastungseffekte wurden im Jahr 2013 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestimmter Jahrgänge aus der Sparkasse sowie den Tochtergesellschaften der Sparkasse Altersteilzeit- bzw. Abfindungsangebote unterbreitet. Diese Angebote wurden von insgesamt 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen, die im Jahr 2014 unterjährig in den Ruhestand verabschiedet wurden. Daraus ergibt sich trotz der Lohnsteigerung von 2,4 % sowie aperiodischen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen nur eine minimale Steigerung des Personalaufwands um 0,1 Mio. € (0,4 %).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) konnten gegenüber dem Vorjahreswert um 0,9 Mio. € oder 1,8 % gesenkt werden. Während der Personalaufwand aufgrund der oben dargestellten Faktoren um 0,1 Mio. € bzw. 0,4 % gestiegen ist, konnte beim Sachaufwand eine Reduzierung von 1,0 Mio. € oder 4,6 % erreicht werden. Bei der Entwicklung des Sachaufwandes ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2015 Aufwendungen i. H. v. insgesamt 0,5 Mio. € für die neue europäische Bankenabgabe sowie den Beitrag für die Zielausstattung des institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe geleistet wurden.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen verblieben nahezu auf Vorjahresniveau. Die größte Investition stellt dabei der Umbau einer ehemaligen Filiale in ein wohnwirtschaftlich und gewerblich genutztes Objekt dar.
Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditbereich sowie den erforderlichen Abschreibungen im Wertpapier- und Beteiligungsbereich nach Auflösung freier Reserven beläuft sich im Jahr 2015 auf einen Aufwand von 0,1 Mio. € nach einem Ertrag von 5,4 Mio. € in 2014 (G.u.V.-Positionen 13 - 16). Die Auflösung der freien Reserve diente dabei ausschließlich der Umwandlung in Reserven des Fonds für allgemeine Bankrisiken, den wir mit weiteren 3,3 Mio. € dotiert haben.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt weiterhin auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) und der bereits in 2013 zusätzlich eingeführten Höchstgrenze für die Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlustes für 12 Monate aus der Berechnung des Kreditrisikos mit dem Kreditrisikomodell „CreditPortfolioView“. Insgesamt ergibt sich damit per Ende 2015 eine Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 0,1 Mio. €. Der Effekt durch die vorgenommene Kappung der Höhe der Pauschalwertberichtigung beläuft sich auf 2,0 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €).

Negativ entwickelten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Hintergrund hierfür sind u. a. Aufwendungen für Altersteilzeitrückstellungen sowie für Rückstellungen im Kundengeschäft. Insgesamt ergibt sich eine Erhöhung des negativen Saldos von 1,5 Mio. € auf 2,5 Mio. €.
Nach einem steuerlichen Aufwand in Höhe von 8,7 Mio. € im Vorjahr besteht im Jahr 2015 ein Steueraufwand von insgesamt 4,1 Mio. €. Hierin sind Auflösungen aus der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB (latente Steuern) in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 6,9 Mio. €) enthalten.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses. Eine Ausschüttung ist aufgrund der bestehenden Ausschüttungssperre gemäß § 268 Abs. 8 HGB nicht möglich. Das Gesamtergebnis ermöglicht eine Aufstockung des Eigenkapitals um 2,3 Mio. €.

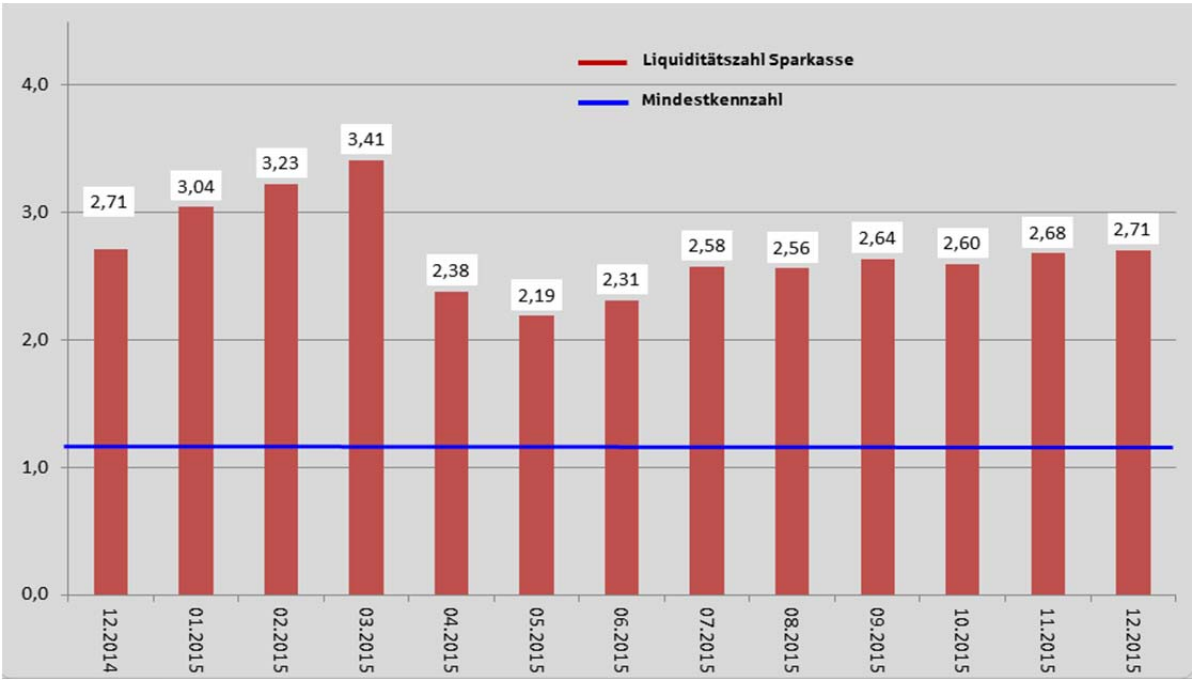
Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 0,10%.

Abweichend von unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2015 konnten wir beim Verwaltungsaufwand eine spürbare Reduzierung erreichen. Hinsichtlich des Bewertungsergebnisses aus dem Kreditgeschäft konnte die positive Einschätzung sogar noch übertroffen werden, während die Ergebnisbelastung aus

dem Wertpapier-Bewertungsergebnis aufgrund der Entwicklungen an den Kapitalmärkten höher als erwartet ausfiel. Die übrigen Ergebniskomponenten entwickelten sich entsprechend unserer Einschätzung.

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Liquiditätsquote wurde von uns deutlich übertroffen. Sie lag im Jahr 2015 in einer Bandbreite zwischen 2,19 und 3,41.



Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung 2015

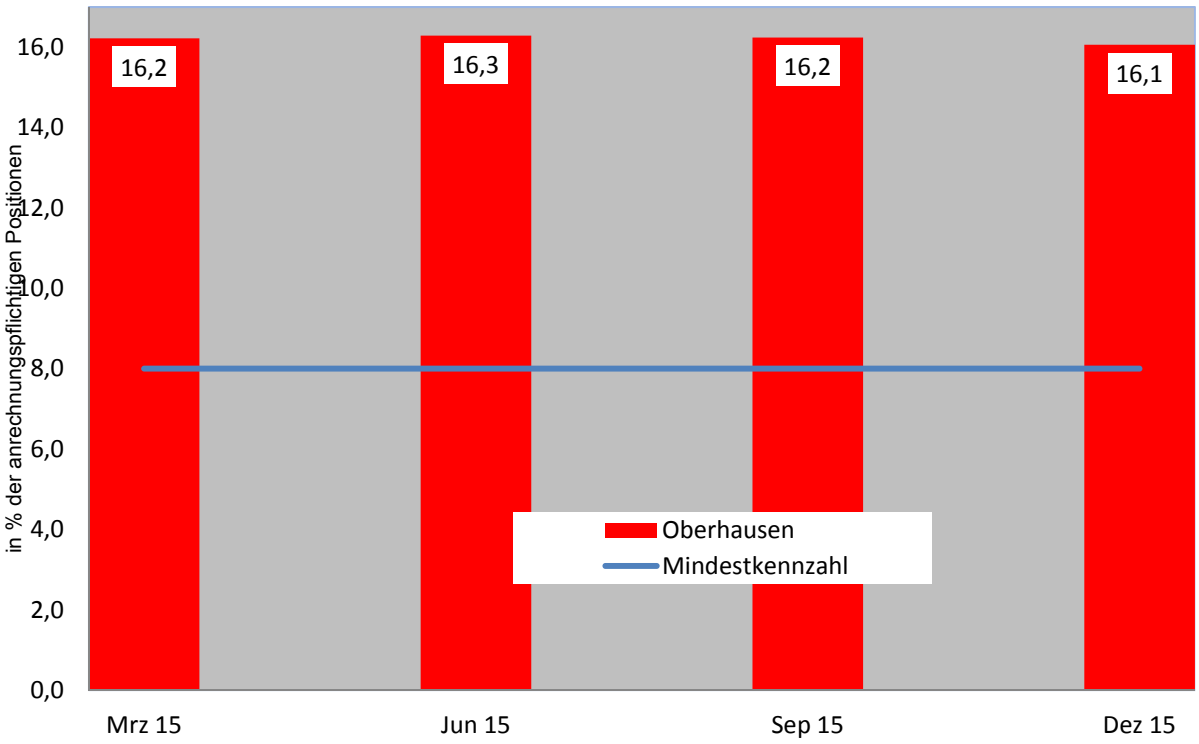
Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Die Kreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wurde nicht in Anspruch genommen. Offenmarktgeschäfte wurden im Jahr 2015 nicht getätigt.

3.3 Vermögenslage

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns 2014 beträgt die Sicherheitsrücklage 109,4 Mio. €. Auf Basis des SpkG NW wird der Rat der Stadt Oberhausen über die Verwendung des gesamten Bilanzgewinnes 2015 in Höhe von 2,3 Mio. € entscheiden. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über umfangreiche weitere Eigenmittelbestandteile im Sinne der EU-Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR). So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken um 3,3 Mio. € auf insgesamt 35,2 Mio. € aufgestockt. Hiervon sind 9,2 Mio. € für mögliche zukünftige Risiken aus der mittelbaren Verlustübernahme für die Erste Abwicklungsanstalt der WestLB AG reserviert. Die im Jahr 2009 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden auch in 2014 nicht weiter aufgestockt und betragen somit weiterhin nominal 13,0 Mio. €.

Die geforderte Mindest-Eigenmittelquote gemäß der CRR wird von der Stadtsparkasse Oberhausen deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der risikogewichteten Positionswerte überschreitet gemäß der Berechnung per 31.12.2015 mit einer Gesamtkennziffer von 16,1 % (Vorjahr: 15,9 %) deutlich den von der Bankenaufsicht im Jahr 2015 geforderten Mindestwert von 8,0 %.



Gesamtkapitalquote gemäß CRR 2015

Die Kernkapitalquote der Stadtsparkasse Oberhausen, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen, beträgt per Ende 2015 12,5 % (Vorjahr: 11,4 %).

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Oberhausen unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Entwicklungen als zufriedenstellend zu bezeichnen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2015 formulierten Ziele bzw. Planungen im Wesentlichen erreicht werden konnten. Die Finanz- und Vermögensverhältnisse sind geordnet. Allerdings belasten das anhaltende und noch verschärfte Niedrigzinsniveau sowie die zunehmenden regulatorischen Anforderungen die Ertragslage weiter.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich
Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2015 von 589 um 13 Beschäftigte auf 576 reduziert. Enthalten sind darin noch 37 Beschäftigte mit Altersteilzeitvereinbarungen, die in den kommenden Jahren zu entsprechenden Personalrückgängen führen werden.

Zum Stichtag 31.12.2015 gehörten 42 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen zu unseren Mitarbeitern. Die Stadtsparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere für die Stadt Oberhausen, und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst. Die Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann bildet die Basis für einen erfolgreichen Weg in der Sparkassenorganisation und eine gesicherte Zukunft. Im Januar 2015 haben 13 der Auszubildenden die Abschlussprüfung zum Bankkaufmann/-frau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 12 Auszubildende übernahmen wir in unbefristete Angestelltenverhältnisse.

Einer Teilzeitbeschäftigung sind 177 Mitarbeiter/-innen nachgegangen (inklusive Altersteilzeitkräfte).

Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr arbeiten nunmehr 65 Mitarbeiter/-innen im Rahmen einer Entsendung bei den Tochterunternehmen.

Gesellschaftliches Engagement

Mit ihrem gemeinnützigen Engagement ist die Stadtsparkasse Oberhausen ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen

Lebens in der Stadt. In 2015 beträgt das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring sowie den Fördermitteln aus dem PS-Zweckertrag rund 1,3 Mio. Euro.

Zu der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen gehören zehn Stiftungen. Dazu zählen die Sparkassen-Bürgerstiftung sowie die Stiftung Oberhausener Bürger. Letztere ist auch Trägerstiftung für weitere acht nicht rechtsfähige Stiftungen: Kultur und Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Helft helfen, Förderung des Spitzensports in Oberhausen, Gemeinsam bewegen, die Irmgard und Heinrich Grünewald-Stiftung, die Fred-Arthecker-Stiftung und die Stiftung Erich und Inge Beck. Weiterhin gehört der Hermann-und-Luise-Albertz-Stiftungsfonds zur Stiftung Oberhausener Bürger. Jede Stiftung verfolgt eigene Förderschwerpunkte, allen gemeinsam ist das Ziel, Oberhausen noch attraktiver und lebenswerter zu machen.

Die Stiftung Oberhausener Bürger setzt hierbei auf die langfristige Förderung von Projekten aus den verschiedensten Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur, Jugend- und Altenhilfe, Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Sport. Das treuhänderisch verwaltete Stiftungskapital beträgt zum 31.12.2015 3,68 Mio. €. Aufgrund testamentarischer Verfügungen wird die Stiftung Oberhausener Bürger perspektivisch Trägerin von weiteren 13 Treuhandstiftungen.

Die Sparkassen-Bürgerstiftung ist die älteste Stiftung der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie wurde bereits 1983 errichtet. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Wohlfahrtswesen, Bildung, Kinder- und Jugendförderung sowie dem Heimatgedanken. Seitdem hat die Sparkassen-Bürgerstiftung gemeinnützige Vereine, karitative und wohlfahrtspflegerische Organisationen, Bildungsprojekte sowie vielfältige kulturelle und heimatpflegerische Projekte in Oberhausen mit einem Gesamtvolumen von rund 14,84 Mio. € gefördert.

Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2015 bei 4,15 Mio. €. Im vergangenen Jahr wurden 27 Förderanträge bewilligt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadtsparkasse Oberhausen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

D. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden

1.1 Aufsichtsrechtliche Vorgaben für das Risikomanagement

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstitutes finden sich in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

1.2 Risikomanagementsystem, -ziele und –methoden

Die zentralen strategischen Ziele der Stadtsparkasse Oberhausen sind es, das betriebsnotwendige Mindestergebnis zu erreichen sowie mittel- bis langfristig den Unternehmenswert über die Verbesserung der Rentabilität zu steigern. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben ist es für die Sparkasse unabdingbar, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht.

Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen in eine G.u.V.-orientierte Gesamtbanksteuerung eingebunden, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellen soll.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Durch die Ausgestaltung der Aufbau- (und Ablauf-)Organisation wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Im Rahmen des Risikomanagements sind die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Interne Revision beteiligt.

Der Abteilung Unternehmenssteuerung obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme sowie das Risikocontrolling der einzelnen Risikokategorien. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Durchführung angemessener Stresstests für die wesentlichen Risiken. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe. Im Rahmen des

Portfoliomanagements, insbesondere bei der Steuerung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene, ist sie zudem beratend für die Geschäftsleitung tätig, ohne eine Positionsverantwortung zu besitzen. Die Beratung des Vorstandes umfasst auch die Erarbeitung von Handlungsalternativen. Die Ausführung der Beschlüsse erfolgt durch die von der Unternehmenssteuerung organisatorisch getrennten Händler. Die Abteilung Unternehmenssteuerung ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Interne Revision prüft die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.

Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Ausgestaltung der Risikomanagement- und -controllingprozesse findet sich im Risikohandbuch der Stadtsparkasse Oberhausen. In der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie sind ferner die Ziele und Leitlinien verankert, die die Stadtsparkasse mit der Risikoübernahme und -steuerung verfolgt.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und im Bereich der Zinsänderungsrisiken zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine explizite Quantifizierung der Risiken aufgrund des Entwicklungstandes der Systeme noch nicht möglich ist, tragen wir dem durch die Festlegung eines plausibilisierten Risikobetrages im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzepts Rechnung. Diese Art der Limitfestlegung kam im Jahr 2015 beim Beteiligungsrisiko teilweise zum Tragen. Darüber hinaus führen wir auf Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren ergänzende Stressszenarien durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse abbilden. Die Stresstests erstrecken sich dabei auch auf die angenommenen Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte innerhalb und zwischen den einzelnen Risikoarten.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Darüber hinaus ist die Sparkasse per 31.12.2015 an vier Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Daraus resultieren 13 Credit Default Swaps (jeweils ein Credit Default Swap je eingebrachtem Engagement), bei denen die Sparkasse aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion einerseits Sicherungsgeber, andererseits aber auch Sicherungsnehmer ist. Zudem hat die Sparkasse eine Beteiligungsposition über den Verkauf von Aktienfutures abgesichert. Die per 31.12.2015 bestehenden Finanzderivate können dem Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Daneben hat die Sparkasse innerhalb ihres Spezialfonds in 2015 Finanzderivate zur Absicherung von Zinsänderungs-, Aktienkurs- sowie Währungsrisiken eingesetzt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der in der Sparkasse eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme existieren Notfallpläne für die Sparkasse sowie für deren Tochtergesellschaften.

1.3 Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung ist das implementierte Risikotragfähigkeitskonzept. Die Stadtsparkasse Oberhausen hat im Jahr 2015 ein periodenorientiertes System eingesetzt. Dem Ansatz liegt dabei der Fortführungsansatz (Going-Concern-Sicht) zugrunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes auch im Belastungsfall sichergestellt sein muss. Die periodische Risikotragfähigkeitsbetrachtung wird als primärer und einziger Steuerungskreis in der Sparkasse definiert.

Darüber hinaus erfolgte eine Begrenzung der Risikoübernahme durch die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen (Zinsrisiko-Koeffizient, Eigenkapitalquote bzw. Kernkapitalquote und Liquiditätskennzahlen).

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem dabei auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote und eines Mindestjahresüberschusses ab. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Eigenkapitalquote hinausgehende freie Eigenkapital und das geplante Betriebsergebnis nach Abzug der erwarteten Verluste aus dem Kundenkreditgeschäft die Risikodeckungsmasse. Existierende nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechte werden entsprechend dem Fortführungsansatz nicht in die Risikodeckungsmasse einbezogen. Zur Ermittlung des endgültigen Risikodeckungspotenzials wird von der zuvor ermittelten Risikodeckungsmasse aufgrund der existierenden vertraglichen Verpflichtung noch die erforderliche Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB für die WestLB-/ EAA-Ansparlösung abgezogen.

Vor dem Hintergrund der mittelfristigen Erwartung von steuerlichen Ertragsüberschüssen in entsprechender Größenordnung ist der Ansatz der latenten Steuern als Risikodeckungspotenzial in dem verfolgten Going-Concern-Ansatz aufsichtsrechtlich möglich. Aus diesem Grund erfolgte im Jahr 2015, unverändert gegenüber dem Vorjahr, in

einem ersten Schritt keine Eliminierung der latenten Steuern. In einem zweiten Schritt legt die Geschäftsleitung dann entsprechend ihrer Risikoneigung fest, welchen Anteil des Risikodeckungspotenzials sie als Risikolimit zur Verfügung stellt. Dieses wird anschließend auf die unterschiedlichen Risikokategorien Bewertungsrisiko Wertpapiere (inkl. Adressenrisiko, Zinsänderungsrisiko und Spreadrisiko aller Risikopositionen im Depot A), unerwartete Adressrisiken Kundenkreditgeschäft, Zinsspannenrisiko, Absatzrisiko, Liquiditätsrisiko, Verwaltungskostenrisiko, Beteiligungsrisiko sowie Operationelles Risiko verteilt.

Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

Die Risikodeckungsmasse wird wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt. Da gemäß der veränderten Methodik der Risikoquantifizierung im Risikotragfähigkeitskonzept ab dem Jahr 2015 unterjährige Limitverschiebungen vorgenommen werden, stellen die dargestellten Anteil für das Jahr 2015 den Stand per 31.12.2015 dar.

GuV-Limit für	**2015 %-Anteil**	**2014 %-Anteil**
Bewertungsrisiko Wertpapiere	41,3	30,8
Adressenrisiken Kundengeschäft	31,0	43,2
Zinsspannenrisiko	2,6	5,0
Absatzrisiko	4,9	7,7
Verwaltungsaufwand	2,8	2,4
Operationelle Risiken	6,5	1,2
Beteiligungen	9,3	5,5
Liquiditätsrisiken	1,6	4,2
GuV-Limit gesamt	**100,0**	**100,0**

Die Sparkasse bezieht ab dem Jahr 2015 die erwarteten Risiken aus dem Kundenkreditgeschäft bereits in die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials als Abzugsposten ein. Hieraus folgt, dass die erwarteten Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft nicht mehr limitiert werden. Folge ist ein im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringerer Anteil der Adressenrisiken Kundengeschäft am GuV-Gesamtlimit. Die Ausweitung des GuV-Limits für Marktpreisrisiken aus Eigenanlagen resultiert vor allem aus einer veränderten Methodik zur Risikoquantifizierung.

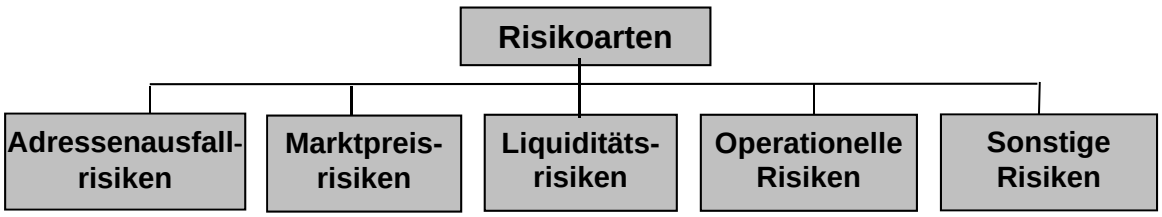
1.4 Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken, die existierenden Risikokonzentrationen sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung, über die der Vorstand entscheidet. Der Risikoreport wird vierteljährlich um einen ausführlichen Kreditrisikoteil sowie Ausführungen zu den Operationellen Risiken ergänzt. Darüber hinaus werden in dem Risikoreport halbjährlich die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests sowie des Liquiditätskostenverrechnungssystems dargestellt. Ergänzend erhält der Vorstand mindestens wöchentlich einen Report über die Marktpreis- und Adressenausfallrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Risiken und die aktuellen Auslastungen sämtlicher Risikolimite informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt.

2. Darstellung der wesentlichen Risikoarten

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Die zentralen Risiken stellen für uns dabei folgende Risikoarten dar:



2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr des Ausfalls vertraglich zugesicherter Leistungen, so dass die Definition des Adressenausfallrisikos zum einen den Ausfall, zum anderen aber auch bereits eine mögliche Bonitätsverschlechterung einer Person oder eines Unternehmens beinhaltet.

Zu den Adressenausfallrisiken zählt die Stadtsparkasse Oberhausen folgende Risikokategorien:

1. Kreditrisiko
   Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung (Bonitätsrisiko) und/oder des Ausfalls (Ausfallrisiko) einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.
2. Kontrahentenrisiko
   Unter Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebezustand von Geschäften ab.
3. Emittentenrisiko
   Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten.
4. Länderrisiko
   Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder durch dessen Bonität.
5. Beteiligungsrisiko
   Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Eigenkapitalbeteiligung an Dritten Verluste entstehen.

Insgesamt lässt sich das Adressenausfallrisiko der Sparkasse in drei große Bereiche gliedern: das Risiko aus dem Kundenkreditgeschäft, das Beteiligungsrisiko sowie das Adressenausfallrisiko aus Eigenhandelsgeschäften.

Die Basis für die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bildet die Risikostrategie der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft auch die unter Berücksichtigung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Risikostrategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Branchen der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitätsrisiken sowie Risikokonzentrationen eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft auf Kundenebene setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringverfahren des DSGV ein. Derzeit werden im gewerblichen Kreditgeschäft das DSGV-Standard-Rating, das ImmobiliengeschäftsRating bzw. das ImmobilienKompaktRating sowie das KundenKompaktRating eingesetzt. Im privaten Kreditgeschäft wird neben den anlassbezogenen Antragsscorecards für Private Baufinanzierungen sowie für Konsumentenkredite die Bestandsbewertung KundenScoring eingesetzt, die eine fortlaufende Risikobetrachtung aller Privatgirokonten und Konsumentenkredite durchführt und monatlich automatisch eine Note erstellt. Im kommerziellen Immobiliengeschäft wird das dafür vorgesehene Ratingverfahren verwendet. Die Rating- und Scoringergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Interne Revision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 40,3 % (Vorjahr 35,2 %) eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die sich die kreditgeschäftlichen Aktivitäten im gewerblichen Neukunden-geschäft gemäß der Risikostrategie 2015 konzentrieren sollen, liegt bei 80,8 % (Vorjahr 77,5 %). Unter zusätzlicher Einbeziehung der Ergebnisse des im Privatkundensegment eingesetzten KundenScorings beträgt der Volumensanteil in den Rating- bzw. Scoringklassen 1 bis 9 sogar 86,6 % (Vorjahr 84,6 %). Die Aufteilung des Kreditbestandes der Sparkasse auf die Ratingklassen findet sich in den folgenden Tabellen.

Gewerbliches Kundenkreditgeschäft		
Ratingnote	2015 %-Anteil	2014 %-Anteil
1-5	40,3	35,2
6-9	40,5	42,3
10-15	12,8	14,5
16-18	6,4	8,0
Summe	100,0	100,0

Kundengeschäft gesamt		
Ratingnote	2015 %-Anteil	2014 %-Anteil
1-5	62,2	58,5
6-9	24,4	26,1
10-15	8,9	9,9
16-18	4,5	5,5
Summe	100,0	100,0

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert. Die durch das Frühwarnsystem ab einer Mindestgröße identifizierten Kunden des Bereiches Unternehmenskunden werden risikoabhängig seitens eines hierfür eingerichteten Gremiums den Segmenten Normalbetreuung, Intensivbetreuung, der Sanierungs- oder der Abwicklungsbetreuung zugeordnet.

Für den Eintritt von Adressensausfallrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberich-tigungen und Vorsorgereserven angemessene Vorkehrungen getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der existierenden Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen ist Prüfungsgegenstand der Internen Revision. Latente Ausfallrisiken werden darüber hinaus durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2015 wie folgt:

	31.12.2015 %-Anteil	31.12.2014 %-Anteil
Firmenkunden	18,6	21,4
Gewerbekunden	7,1	7,7
Geschäftskunden	0,7	2,4
Bauträger	1,1	1,2
Existenzgründer	0,8	0,9
Kommunale Kunden	31,7	29,0
Großkunden	0,7	0,8
Privatkunden	39,3	36,6
Summe	100,0	100,0

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt insbesondere durch das Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView). Mit Hilfe dieses Programms wird eine Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Risikobeurteilung durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen-, Sicherheiten- oder Ratingverteilung.

Hinsichtlich der Verteilung der hereingenommenen Sicherheiten ergibt sich aufgrund des Geschäftsmodells in der Sparkasse eine deutliche Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten. Die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Grundpfandrechte machen dabei – bezogen auf die verrechneten Sicherheitenbeträge – 87,7 % (Vorjahr 86,7 %) des Gesamtvolumens aus.

Die Branchenverteilung im gewerblichen Kundenkreditportfolio bestimmt sich im Wesentlichen aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse und gestaltet sich per 31.12.2015 wie folgt:

	31.12.2015 %-Anteil	31.12.2014 %-Anteil
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,3
Energie, Wasser, Bergbau	1,7	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	9,4	9,6
Baugewerbe	9,6	8,5
Kraftfahrzeughandel	4,3	4,7
Großhandel	5,3	5,6
Einzelhandel	4,9	5,3
Verkehr, Nachrichten	5,5	7,0
Kredit- u. Versicherungswesen	5,0	4,3
Gastgewerbe	6,4	6,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	27,8	26,5
Dienstleistungen für Unternehmen	9,9	9,0
Öffentliche und private Dienstleistungen	7,1	8,0
Bauträger	2,9	2,9
Summe	100,0	100,0

Die Anteile der einzelnen Branchen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant. Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr gibt es nicht.

Die mit einem Anteil von 27,8 % mit Abstand größte (Ober-)Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Aufgrund der insgesamt hohen Volumina in der Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie der zuvor dargestellten Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten werden in der Risikostrategie der Sparkasse spezielle Regelungen zur Risikoüberwachung und -begrenzung festgelegt. Darüber hinaus berücksichtigt die Sparkasse das gesamtgeschäftsbezogene Risiko sinkender Immobilien- und Grundstückspreise im Rahmen der simulierten Stresstests.

Die anzurechnenden Großkredite gemäß Artikel 387ff. der CRR in Verbindung mit § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2015 das 0,79-fache der am Bilanzstichtag anrechenbaren Eigenmittel aus (31.12.2014: das 0,87-fache). Dem Grundsatz einer angemessenen Kredit- und Risikosteuerung wird die vorhandene größenmäßige Schichtung somit gerecht.

Auch per Ende 2015 weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf. Die Abweichung weitete sich im Jahresverlauf durch einen gestiegenen Anteil öffentlicher Haushalte aus.

	31.12.2015 %-Anteil	31.12.2014 %-Anteil
Öffentliche Haushalte	30,6	24,4
Unselbstständige Privatpersonen	35,0	36,1
Unternehmen	34,2	39,1
Sonstige	0,2	0,4
Summe	100,0	100,0

Für das Jahr 2015 ergibt sich im Kundenkreditgeschäft ein positives Bewertungsergebnis für die Sparkasse, obwohl auch im Jahr 2015 eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 75 T€ vorgenommen wurde. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Risikoreduzierungen im Kreditportfolio zeigen damit ihre Wirkung. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft des Jahres 2015 ist damit leicht besser als der Verbandsdurchschnitt. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft war zu Beginn des Jahres überschritten, wobei die Überschreitung im Wesentlichen auf eine Veränderung der Sicherheitensituation bei einem Großengagement zurückzuführen ist. Analog zum Vorjahr wird das Risikolimit für Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft zum Jahresende eingehalten.

Im Rahmen der Kreditportfoliosteuerung hat die Sparkasse bereits in den Jahren 2011, 2013 und 2014 an Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe teilgenommen. Im Jahr 2015 wurden weitere Engagements in eine neue Kreditbasket-Transaktion eingebracht. Daraus resultieren Credit Default Swaps, bei denen die Sparkasse aufgrund der Symmetrie der Transaktion sowohl Sicherungsgeber als auch Sicherungsnehmer ist.

Bei den von der Stadtsparkasse Oberhausen gehaltenen Beteiligungen handelt es sich insgesamt um strategische Positionen, die langfristig gehalten werden. Im Vordergrund stehen die Grundsätze des Verbundgedankens (bankbezogene Beteiligungen) und der öffentliche Auftrag (standortfördernde Beteiligungen zur Förderung des

Geschäftsgebietes). Renditeorientierte Beteiligungen werden derzeit nicht gehalten. Das Beteiligungsportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen wird dominiert von den vier größten Einzelbeteiligungen der Sparkasse. Dabei handelt es sich zum einen um die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, der wiederum an diversen Unternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt ist. Zum anderen existieren Beteiligungen an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin (LBB), der Rheinischen Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG sowie an der RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II GmbH. Für die RW-Beteiligung hat die Sparkasse in 2015 eine Wertberichtigung vorgenommen. Bedingt durch die Kursverluste der RWE-Aktie, an die die Bewertung der Beteiligung gekoppelt ist, kam es im Jahresverlauf zu Limitüberschreitungen im Beteiligungsrisiko. Zum 31.12.2015 wird das Limit allerdings eingehalten.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos werden externe Ratings und weitere öffentlich zugängliche Informationen herangezogen.

Bei der Einschätzung der verschiedenen Marktsegmente hinsichtlich einer vorhandenen Aktivität bzw. Inaktivität ergeben sich keine Veränderungen zum Vorjahr. Mit Ausnahme der Märkte für Kreditstrukturen werden sämtliche Marktsegmente als aktiv eingeschätzt, so dass bei der Ermittlung der beizulegenden (Zeit-)Werte im Wesentlichen nicht auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen werden muss. Bedingt durch die negative Entwicklung der Wertpapiermärkte in 2015 hat die Sparkasse zum 31.12.2015 ein negatives Bewertungsergebnis aus dem Wertpapierbereich ausgewiesen. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten – nahezu sämtliche geratete Direktanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen mit Ausnahme der Kreditstrukturen und von zwei Laufzeitfonds verfügen per Jahresende über ein Rating im Investment Grade-Bereich – wird allerdings erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird.

Das im Spezialfonds der Sparkasse gehaltene Engagement in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) beläuft sich per Ende 2015 auf insgesamt 7,9 Mio. EUR (Kurswert ohne Stückzinsen). Davon entfallen 2,7 Mio. EUR auf italienische Staatsanleihen und 2,4 Mio. EUR auf spanische Staatsanleihen. Darüber hinaus befindet sich eine Griechenlandanleihe über nominell 0,1 Mio. EUR im Bestand, die allerdings keinen relevanten Zeitwert mehr aufweist. Die restlichen Anleihen gegenüber privaten Schuldnern stellen besicherte Anleihen (1,5 Mio. EUR Spanien, 0,9 Mio. EUR Italien) mit unterschiedlichen Laufzeiten dar. Zudem hält die Sparkasse über Direktinvestments eine Staatsanleihe von Spanien mit einem Volumen von 1,0 Mio. EUR im Bestand. Darüber hinaus befinden sich in Laufzeitfonds der Sparkasse Anleihen gegenüber privaten Schuldnern aus Italien, Irland, Portugal und Spanien in Höhe von 11,7 Mio. EUR. Das Gesamtengagement der Sparkasse in Wertpapieren (inklusive der im Spezialfonds enthaltenen Aktienwerte i. H. v. 2,3 Mio. EUR) aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten beläuft sich auf insgesamt 23,0 Mio. EUR (Vorjahr: 28,9 Mio. EUR).

Eine separate Limitierung der Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2015 nicht. Diese wurden gemeinsam mit den weiteren Risiken aus Eigenanlagen im Bewertungsrisiko Wertpapiere zusammengefasst, welches zum Stichtag 31.12.2015 eingehalten wurde.

Der Anteil von Kreditstrukturen am gesamten Depot A der Stadtsparkasse Oberhausen liegt im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert bei 8,9 % (Vorjahr 9,0 %). Dem Abbau der ABS-Positionen im Spezialfonds der Sparkasse steht dabei die Ausweitung durch die Teilnahme an einer neuen Kreditbasket-Transaktion sowie eine Reduzierung des Gesamtvolumens des Depot A gegenüber.

2.2 Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Eigenhandelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Spread-Risiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohwarenrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread- und das Aktienkursrisiko eine zentrale Bedeutung auf.
Als Folge der Anlagerestriktionen der Sparkasse ist die Struktur ihrer Eigenanlagen geprägt durch Tages- und Termingelder, in- und ausländische öffentliche Anleihen und Inhaberschuldverschreibungen von inländischen Kreditinstituten. Das Volumen der Eigenanlagen der Sparkasse hat sich im Laufe des Jahres 2015 durch die planmäßige Rückführung institutioneller Refinanzierungen deutlich reduziert. Hierdurch bedingt ist der Anteil der Termingeldanlagen bei anderen Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe ebenfalls deutlich zurückgegangen. Im Bereich der IHS wurde das absolute Volumen im Jahr 2015 reduziert, die Ausweitung des Anteils resultiert aus der zuvor beschriebenen Reduzierung der Eigenanlagen.

	31.12.2015 %-Anteil	31.12.2014 %-Anteil
Termingelder	14,0	35,8
Pfandbriefe	5,8	2,7
In- und ausländische öffentliche Anleihen	23,4	23,2
IHS inländischer Kreditinstitute	31,3	22,5
Unternehmensanleihen	6,0	5,7
Aktien	6,1	2,7
Sonstige	13,4	7,4
Summe	100,0	100,0

Bei komplexeren Instrumenten greift die Sparkasse auf das Fremdmanagement in Form eines Spezialfonds zurück. Die größten Anlageklassen innerhalb des Spezialfonds stellen europäische Staatsanleihen sowie Unternehmensanleihen dar. Die ebenfalls in dem Spezialfonds gehaltenen Aktienbestände werden in der Tabelle de facto zu hoch ausgewiesen, da die per Ende 2015 existierende Teilabsicherung der Aktienpositionen nicht berücksichtigt ist.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden mindestens wöchentlich, in der Regel aber täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert.

Als langfristiger, strategischer Investor geht die Stadtsparkasse Oberhausen keine Investments in Spread-Risiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ein. Der Erwerb von Creditspread-behafteten Wertpapieren erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Granularität des Depot A auf Basis einer positiven Einschätzung des Kreditrisikos im Rahmen der Risikostrategie. Die sich im Zeitablauf ggf. ergebenen Schwankungen des Spreadniveaus müssen dabei im Rahmen der Risikotragfähigkeit ausgehalten werden können. In ihrem Risikotragfähigkeitskonzept hat die Stadtsparkasse Oberhausen das Spread-Risiko im Rahmen des Limits Bewertungsrisiko Wertpapiere berücksichtigt.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht. Die Ergebnisse der Risikobetrachtung werden der Geschäftsleitung im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle Bilanzpositionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen.

Bei der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und/ oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt. Die Annahmen werden dabei sowohl für einzelne Produkte aus historischen Daten abgeleitet als auch für einzelne Produkte über eine Analyse und Prognose der zukünftigen Entwicklung von Zinsänderungen und Kundenverhalten. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 12 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Bei der Steuerung des Zinsänderungsrisikos verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen grundsätzlich eine passive Steuerung. Dabei orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt), wobei die Höhe des maximalen Risikos durch die Einhaltung des Zielwertes von 10,5 % bezogen auf das (modifizierte) aufsichtsrechtliche Prüfkriterium determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches setzt die Sparkasse Zinsswaps ein. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Zur Absicherung der in einem Spezialfonds gehaltenen Positionen wurden während des Jahres 2015 ebenfalls Finanzderivate eingesetzt. Die Absicherungen der Zins-, Währungs- und Aktienkursrisiken erfolgten dabei über Future- bzw. Devisentermingeschäfte sowie über Optionen.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis des eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepts Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtsparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen.

Unter Verwendung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsänderungen von +/- 200 Basispunkten sowie des aufsichtlich vorgegebenen Einbezugs von Pensionsverpflichtungen hat die Stadtsparkasse Oberhausen die definierte 20%-Grenze zur Einstufung als „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ im Sinne des BaFin-Rundschreibens Nr. 11/2011 im Jahr 2015 durchgängig unterschritten. Es ergeben sich dabei die folgenden Wertänderungen per 31.12.2015:

Zinsschock (+/- 200 BP) per 31.12.2015 in Mio. EUR	
Wertänderung +200 BP	Wertänderung -200 BP
-29,5	+0,3

Sämtliche für Marktpreisrisiken im Risikotragfähigkeitskonzept bereitgestellten Limite werden per 31.12.2015 sowie während des gesamten Jahres 2015 eingehalten.

2.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko sowie das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man schließlich die unterschiedliche Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der Finanzmarktprodukte zu einem fairen Preis wieder veräußert werden können.

Als eine zentrale Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dienen die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Liquiditätskennzahlen (Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung und Liquidity Coverage Ratio). Beide Kennzahlen bilden den Quotient aus liquiden Aktiva und Nettoliquiditätsabflüssen ab. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im abgelaufenen Jahr – wie in den Vorjahren – stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 und wies am Jahresende einen Wert von 2,71 auf. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) wechselte ab Oktober 2015 von einer Beobachtungskennzahl in eine verbindlich einzuhaltende Kennzahl mit einer Mindestquote von 0,60 für das Jahr 2015. Diesen Wert konnte die Sparkasse im Jahr 2015 jeweils deutlich einhalten. Per 31.12.2015 lag die LCR bei einem Wert von 3,23 und damit deutlich über der aufsichtlichen Mindestquote.

Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels vier standardisierter Szenariorechnungen sowie einer Liquiditätsübersicht beurteilt. Letztgenannte stellt eine Liquiditätsablaufbilanz mit kumulierter Cash-Flow-Betrachtung dar und umfasst einen Betrachtungshorizont von 5 Jahren. Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge versucht die Sparkasse Liquiditätsrisiken zu vermeiden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank sowie inoffizielle Kreditlinien bei mehreren Landesbanken. Als weiteres Instrument stehen der Sparkasse Offenmarktgeschäfte der Europäischen Zentralbank zur Verfügung, die jedoch im Jahres 2015 nicht in Anspruch genommen wurden. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Liquiditätspuffers unterhält die Sparkasse einen entsprechenden Bestand an refinanzierungsfähigen Titeln, die als Sicherheit zur Durchführung von Offenmarktgeschäften bei der EZB hinterlegt sind.

Zur Beurteilung des Refinanzierungsrisikos werden die benötigten institutionellen Geldaufnahmen sowie die am Geldmarkt zu zahlenden Refinanzierungsaufschläge von der Sparkasse fortlaufend überwacht. Darüber hinaus werden die potenziellen Auswirkungen eines schlagend werdenden Refinanzierungsrisikos in entsprechenden Szenariobetrachtungen beleuchtet. Aufgrund der positiven Entwicklung der Kundeneinlagen sowie aufgrund von fälligen Wertpapieren im Depot A war – analog zum Vorjahr – auch in 2015 keine Erfordernis zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben.

Hauptrefinanzierungsquelle der Sparkasse sind die Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Stadtsparkasse Oberhausen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion. Dazu wurden im Jahr 2015 die Tätigkeiten zum Aufbau einer entsprechenden Deckungsmasse weiter vorangetrieben.

Der aufsichtlichen Anforderung zur Einrichtung eines geeigneten Systems zur verursachungsgerechten internen Verrechnung von Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken kommt die Sparkasse durch ein einfaches Liquiditätskostenverrechnungssystem nach. Über den betrachteten Zeitraum von fünf Jahren übersteigt der Liquiditätsnutzen die Liquiditätskosten durchgängig, so dass positive Liquiditätsbeiträge erzielt werden.

Das Marktliquiditätsrisiko wird generell durch die Auswahl der zulässigen Vermögensklassen im Rahmen der Vermögensallokation sowie bei Investitionsentscheidungen hinsichtlich der konkreten Anlagealternative berücksichtigt. Zur Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos hat die Sparkasse dabei in ihren Organisationsrichtlinien qualitative und quantitative Mindestanforderungen für die Eigenhandelsaktivitäten definiert. Neben der Festlegung eines benötigten Mindestratings der Emission/des Emittenten sind z. B. auch höhere Volumenslimite für öffentliche Anleihen und Pfandbriefe definiert, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen.

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat auch in 2015 Eigenhandelsaktivitäten betrieben. Die in 2015 getätigten Wertpapierkäufe im Eigenbestand beschränkten sich, neben der aufgrund der Transaktionssymmetrie zu zeichnenden Kreditbasket-Anteile, auf Wertpapiere öffentlicher Stellen, deutsche Pfandbriefe sowie Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten. Das für Liquiditätsrisiken bereitgestellte Limit im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept wurde in 2015 – wie im Vorjahr – durchgängig eingehalten.

2.4 Operationelle Risiken

Unter Operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die zu Schäden für die Sparkasse infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge von externen Einflüssen führen können. In dieser Definition ist auch das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen, etc.

Zur Identifizierung zukünftiger wesentlicher Schadenspotenziale werden jährlich Szenarien über mögliche Schadensereignisse aus den risikorelevanten Bereichen der Sparkasse und der Tochtergesellschaften erhoben und anschließend in Form einer Risikolandkarte dargestellt. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen werden des Weiteren die bereits eingetretenen Schäden aus Operationellen Risiken laufend in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst.

Zur Begrenzung und Steuerung von Operationellen Risiken existieren aufgrund der vielschichtigen Ursachen diverse Regelungen und Verfahren in der Stadtsparkasse Oberhausen. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken wie den Ausfall technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme existieren entsprechende Notfallkonzepte, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner sollen Operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert werden. Darüber hinaus bestehen Versicherungen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Umsetzung der Anforderungen des § 25h Abs. 1 KWG nimmt die Sparkasse die Dienstleistungen der S-Service Rhein-Ruhr GmbH in Anspruch, in der die hiermit verbundenen Tätigkeiten in einer zentralen Stelle angesiedelt sind.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassenverlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die S-Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedienen wir uns zusätzlicher externer Rechtsberatung.

Der nach Berücksichtigung von Zahlungen aus Versicherungen, Haftungsfonds o. ä. verbleibende Nettoschaden aus originären Operationellen Risiken weist in der Stadtsparkasse Oberhausen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2015 keine nennenswerte Höhe auf. Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wird im Jahresverlauf sowie per 31.12.2015 durchgängig eingehalten.

Mögliche Risiken im Rahmen von gerichtlichen Auseinandersetzungen existieren im Zusammenhang mit dem Ausfall von ehemaligen Kreditnehmern. Die Rechtsauffassung der Sparkasse, dass die entsprechenden Klagen unbegründet sind, wird durch externe Rechtsgutachten gestützt, so dass auch keine Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet werden mussten. Daneben wird die juristische Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse fortgeführt.

Ein weiteres Rechtsrisiko besteht aus möglichen Haftungsrisiken wegen fehlerhafter Widerrufsbelehrungen in Kreditverträgen. Hierfür hat die Sparkasse zum 31.12.2015 eine entsprechende Rückstellung gebildet, die das Risiko der Inanspruchnahme angemessen abdeckt. Zusätzlich haben wir aufgrund des Risikos, dass zukünftig Darlehen vorzeitig abgelöst bzw. vor Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Zinsbindungsdauer neue Zinsvereinbarungen getroffen werden, auf der Grundlage einer Schätzung, die im Wesentlichen auf den bisher eingegangenen Kundenreklamationen basiert, entsprechende Auswirkungen im Rahmen der „verlustfreien Bewertung des Bankbuchs“ gemäß IDW Rechnungslegungsstandard BFA 3 berücksichtigt.

2.5 Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzeptes haben wir auch für das Absatzrisiko und das Aufwandsrisiko im Verwaltungskostenbereich durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen. Das Absatzrisiko setzt sich dabei aus den Risikoarten Margenrisiko, Bestandsrisiko und Provisionsüberschussrisiko zusammen. Analog zum Vorjahr wurden die eingeräumten Risikolimite auch per 31.12.2015 eingehalten. Mit Ausnahme einer geringen Limitüberschreitung zu Beginn des Jahres wird das Limit auch im Jahresverlauf durchgängig eingehalten. Darüber hinaus berücksichtigt die Stadtsparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihrem Risikotragfähigkeitskonzept, wobei das Modellrisiko in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen wurde. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass die hinter den zum Teil komplexen, im Rahmen der Banksteuerung verwendeten, Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten.

In den letzten Jahren ist darüber hinaus das Reputationsrisiko verstärkt in den Fokus der Risikobetrachtung gerückt. Das Reputationsrisiko stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar, da es i. d. R. dann (zusätzlich) entsteht, wenn andere wesentliche Risiken (z. B. operationelle oder Adressenausfallrisiken) schlagend werden. Negative Effekte bei Eintritt des Reputationsrisikos dürften sich insbesondere in Form eines Abzugs von Kundeneinlagen ergeben. Dieses Risiko wird implizit über das Limit für Liquiditätsrisiken abgedeckt, welches per Ende 2015 allerdings nicht in Anspruch genommen wurde.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Analog zum Vorjahr wurde auch für das Geschäftsjahr 2015 eine entsprechende Vorsorge durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen.

3. Gesamtbild der Risikolage

Das Jahr 2015 war unter Risikogesichtspunkten durch eine sehr positive Entwicklung im Bereich des Kundenkreditgeschäfts geprägt, so dass die Sparkasse in der Lage war, Risikovorsorge aufzulösen. Das für unerwartete Verluste eingeräumte Risikolimit im Risikotragfähigkeitskonzept wurde somit nicht in Anspruch genommen. Trotz einer Abschreibung der Beteiligung an der RW Holding Beteiligungs GmbH wurde auch das Limit für Beteiligungsrisiken per Jahresende eingehalten. Das weiterhin vorherrschende und nochmals reduzierte Zinsniveau führte zu einer Belastung des Zinsergebnisses. Nichtsdestotrotz konnte das zur Verfügung gestellte Risikolimit im gesamten Jahr 2015 eingehalten werden. Nach einem positiven Start war das Jahr 2015 durch eine schwache Marktentwicklung im Bereich der Wertpapiere mit hoher Volatilität gekennzeichnet, so dass das positive Bewertungsergebnis im Bereich Wertpapiere des Vorjahres nicht wiederholt werden konnte und die Sparkasse Abschreibungen vornehmen musste.

Analog zum Vorjahr war auch in 2015 auf Gesamthausebene die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben. Insgesamt ist das Verhältnis der eingegangenen Risiken der Sparkasse zur Vermögens- und Ertragslage als angemessen zu bezeichnen; das Gesamtbankrisiko wird durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt.

Im Rahmen des Risikocontrollings legt die Stadtsparkasse Oberhausen aufgrund der in den letzten Jahren eingetretenen Belastungen ein besonderes Augenmerk auf die Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft. Dabei verfolgt die Sparkasse weiterhin das Ziel, die Granularität ihres Kreditportfolios durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen. Im Jahr 2015 wurde aus diesem Grund erneut die Möglichkeit der Teilnahme an einer Kreditbasket-Transaktion genutzt. Aufgrund des vorherrschenden Zinsumfeldes (negative Zinsen sowie Flachheit der Zinsstrukturkurve) bildet das Zinsspannenrisiko einen weiteren Schwerpunkt im Rahmen des Risikocontrollings.

Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Finanzmarktkrise bilden die adressenrisikotragenden Wertpapiere im Depot A einen weiteren Schwerpunkt im Risikocontrolling. Diese Anlagen erfolgten im Rahmen der strategischen Vermögensallokation und dienen der langfristigen Anlage. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen kommen wird. Das Volumen der Eigenanlagen hat sich im Jahresverlauf 2015 deutlich reduziert, da fällige Eigenanlagen zur planmäßigen Rückführung institutioneller Refinanzierungen genutzt wurden. Die granulare Struktur gemäß den definierten Volumenlimiten für Emittenten und Kontrahenten hat sich dabei nicht maßgeblich verändert.

E. Prognosebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Voraussetzungen für eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2016 sind durchaus gegeben. Als Stütze des Wachstums dürften sich auch weiterhin die Konsumausgaben erweisen. Allerdings könnten die Wachstumsimpulse des privaten Konsums wegen des Auslaufens zuvor stimulierend wirkender Faktoren (z.B. Einführung des Mindestlohns, starker Rückgang des Ölpreises) etwas nachlassen. Gleichzeitig dürfte der staatliche Konsum noch stärker an Bedeutung gewinnen. So ist zu erwarten, dass die Personal- und Sachkosten zur Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zu erheblichen Mehrausgaben auf allen staatlichen Ebenen führen werden.

Viele Rahmenbedingungen haben sich jedoch bereits im Jahresverlauf 2015 verschlechtert. Zum einen wird der massive Rückgang der Ölpreise inzwischen in seinen Auswirkungen auf die Weltkonjunktur negativer beurteilt. Zum anderen sind auch die politischen Risiken größer geworden, was zu einer steigenden Unsicherheit führt. Des Weiteren hat sich das Wachstum in China und in anderen Schwellenländern deutlich verlangsamt.

Die Bundesbank erwartet trotz allem für 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,8 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich nach der Bundesbankprognose verstärken, weil die Rohölnotierungen ihre

inflationsdämpfende Wirkung nach und nach verlieren dürften. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex könnte sich die Teuerungsrate auf 1,1 % in 2016 erhöhen. Damit wäre sie aber immer noch sehr weit von dem angestrebten Inflationsziel 2 % entfernt.

Die Investitionen werden das Wachstum anschieben. Laut dem Kölner Forschungsinstitut IWH (Institut der deutschen Wirtschaft) mit 0,5 %. Die Wirtschaftsforscher der großen Forschungsinstitute rechnen mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um 2,1 % - 2,9 %.

Beim Außenhandel geht man in diesem Jahr von einer Belastung aus. Die Prognosen liegen zwischen -0,5 % bis +0,1 %. Die Exporte leiden unter der schwachen Weltkonjunktur; insbesondere erdölexportierender Länder fragen angesichts wegbrechender Einnahmen weniger ausländische Güter nach. Zudem belastet das geringe Wachstum in China.

Die Situation auf den deutschen Arbeitsmarkt stellt sich noch sehr gut dar. Aufgrund der weiterhin hohen Binnennachfrage ist die Suche nach Mitarbeitern immer noch sehr hoch. Insbesondere Dienstleistungsunternehmen haben nach wie vor einen hohen Bedarf an Arbeitskräften. Trotzdem ist mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen, weil aufgrund der Flüchtlingsaufnahme eine schnelle Vermittlung dieser Personen nicht zu erwarten ist.

Im Jahr 2016 werden neue Tarifverträge für deutlich über 10 Millionen Menschen oder ein Viertel aller Beschäftigten verhandelt. Die Metall- und Elektroindustrie (3,5 Mio. Arbeitnehmer) und der öffentliche Dienst des Bundes und der Gemeinden (2,4 Mio.) sind die wichtigsten Verhandlungen. Angesichts der guten Beschäftigungslage und des robusten Wirtschaftswachstums sollten die Tariflöhne auch in 2016 deutlich zulegen.

Wir gehen davon aus, dass sich für den regionalen Wirtschaftsraum Ruhrgebiet sowie die Stadt Oberhausen keine wesentlichen Unterschiede zu den zuvor beschriebenen, prognostizierten Entwicklungen für das Jahr 2016 ergeben werden.

2. Branchenentwicklung

Trotz eines günstigen Konjunkturumfeldes sollte das Zinsniveau weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau verbleiben. Diese Ansicht wird gestützt aufgrund der weiterhin expansiven Ausrichtung der Geldpolitik der EZB, die ihren Hauptrefinanzierungszins 2016 voraussichtlich weiter senken wird und/oder das Wertpapierankaufsprogramm ausweiten will.

Das weiterhin niedrige Zinsniveau wird ein Belastungsfaktor für die deutschen Banken und Sparkassen darstellen. Daher ist mit weiteren Kostenreduzierungen, Fusionen (vor allem bei kleinen Instituten), Abbau von Filialen und Mitarbeitern in der deutschen Kreditwirtschaft auszugehen.

Weitere regulatorische Maßnahmen, wie der Aufbau eines zentralen europäischen Kreditregisters („AnaCredit“) durch die EZB, Änderung in den risikogewichteten Aktiva, 5. MaRisk-Novelle, Mifid 2 etc., werden auch zukünftig eine große Herausforderung für die Kreditinstitute sein und zu einer Kostenerhöhung führen.

Die robuste Einkommens- und Beschäftigungssituation in Deutschland und die insgesamt positiven Konjunkturaussichten dürften die Entwicklung der Kreditwirtschaft dagegen unterstützen.

Im Hinblick auf die Sicherstellung der zukünftig geforderten höheren Kernkapitalquoten dürfte sich der Trend zur Umschichtung der Aktivitäten in risikoarme Geschäftsfelder fortsetzen. Im Blickpunkt stehen hierbei vor allem das Baufinanzierungsgeschäft sowie inländische Firmenkunden mit guter Bonität wobei in beiden Bereichen ein starker Wettbewerb unter Inkaufnahme von knappen Margen besteht. Der Entwicklung der Immobilienpreise gilt in diesem Zusammenhang eine erhöhte Aufmerksamkeit, um eine mögliche Blasenbildung am Immobilienmarkt frühzeitig zu erkennen.

Aus der im europäischen Vergleich deutlichen Überversorgung mit Bankdienstleistungen ergibt sich für alle Bankengruppen der Bedarf ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen und Überkapazitäten weiter abzubauen.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Die Sicherung der Rentabilität über die Erhöhung der Erträge bei gleichzeitiger Reduktion der Verwaltungs- und Risikokosten und in Folge die Sicherung der Erfüllung der steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen (Basel III) stellen die zentralen Ziele unseres mittel- und langfristigen Handelns dar. Vor dem Hintergrund des kreditwirtschaftlichen Umfeldes (Stichworte Niedrigzinsniveau/Negativzinsen und den damit verbundenen Ertragsbelastungen) stehen in den nächsten Jahren die konsequente Senkung der Verwaltungskosten sowie die Fortsetzung der Begrenzung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf niedrigem Niveau im Fokus unserer Anstrengungen. Hierzu haben wir in unserem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2020“ zahlreiche Maßnahmen erarbeitet. Aufgrund der neuen bedeutenden Rahmenbedingungen wird das Projekt in 2016 weitergeführt, um weitere Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen. Zentrale Ansatzpunkte für die Reduzierung der Verwaltungskosten stellen die strategische Ausrichtung der eigenen Tochtergesellschaften, die weitere Optimierung des eigenen Immobilienbestandes sowie ein weiterer Mitarbeiterabbau dar. Die Fortführung der in den letzten zwei Jahren beobachtbaren Entwicklung deutlich reduzierter Kreditrisikokosten wollen wir über eine weiterhin risikoorientierte Kreditpolitik, verbesserte Kreditprozesse, kontinuierliche Mitarbeiterfortbildung und ein effizientes

Kreditrisikomanagement mit klaren regelbasierten Verfahren erreichen. Dazu zählt auch die Fortsetzung des Abbaus von Risikokonzentrationen.

Ausgehend von diesen übergeordneten Handlungsschwerpunkten erwarten wir die nachfolgend beschriebene Entwicklung für das Jahr 2016. Diese Einschätzungen haben Prognosecharakter. Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse von dem zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Im Privatkundenkreditgeschäft wird sich der starke Wettbewerb im Baufinanzierungsgeschäft mit anderen Anbietern fortsetzen. Hinzu kommt ein begrenztes Angebot an Baugebieten in unserem Geschäftsgebiet. Über eine weiterhin intensive Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen sowie weiter standardisierten internen Prozessen wollen wir den Bestand an Wohnungsbaufinanzierungen moderat ausbauen. Einen Unsicherheitsfaktor im Rahmen der weiteren Entwicklung in diesem Geschäftsfeld stellen die Auswirkungen der in 2016 in Kraft tretenden Wohnimmobilienkreditrichtlinie dar.

Bei der Vermittlung von Konsumentenkrediten erwarten wir eine leichte Steigerung, während wir im gewerblichen Kreditgeschäft aufgrund unserer risikoorientierten Kreditpolitik und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Trägergebiet von einer Seitwärtsentwicklung ausgehen. Dies gilt auch für den Bereich der Kommunalkredite.

Trotz des niedrigen Zinsniveaus erwarten wir bei den Einlagenbeständen insgesamt eine Seitwärtsentwicklung. Allerdings prognostizieren wir in diesem Bereich einen deutlichen Rückgang der Margen. Bei dem in den letzten Jahren vorherrschenden Trend hin zu den variablen Einlagen erwarten wir auch im Jahr 2016 keine Änderung.

Insgesamt erwarten wir sowohl hinsichtlich der Entwicklung des Kundengeschäftsvolumens als auch der Bilanzsumme eine Seitwärtsentwicklung.

Schwerpunkte im Bereich des provisionstragenden Vermittlungsgeschäfts bilden die Versorgung unserer Kunden mit Altersvorsorge- sowie Bausparprodukten, das Vermittlungsgeschäft mit Konsumentenkrediten sowie das Kundenwertpapiergeschäft. Im Unternehmenskundenbereich bildet die Vermittlung von derivativen Produkten und Lösungen im Auslandsgeschäft ein weiteres wichtiges Standbein. Insgesamt ergibt sich für das provisionstragende Vermittlungsgeschäft eine differenzierte Erwartungshaltung. Während im Bauspargeschäft erneut eine leicht rückläufige Entwicklung erwartet wird, gehen wir im Bereich des Wertpapiergeschäftes von einem moderaten Anstieg aus.

Auf Basis unserer Planungsrechnungen gehen wir vor dem Hintergrund des weiter reduzierten und abgeflachten Zinsniveaus für das Jahr 2016 von einem deutlich rückläufigen ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt allerdings weiterhin die wichtigste Ertragsposition.

Für das ausgewiesene Provisionsergebnis erwarten wir hingegen eine deutliche Steigerung. Hintergrund sind zum einen die volle Ergebnisauswirkung der in 2015 angepassten Preise im Privatgirobereich sowie die im dritten Quartal 2016 geplante Anpassung der Preise im Geschäftsgirobereich, die die erwarteten Rückgänge in einzelnen Provisionsbereichen deutlich überkompensieren dürften. Insgesamt bleiben die Erträge aus dem Giroverkehr auch im Jahr 2016 eine wesentliche Stütze des Provisionsergebnisses.

Bei den ausgewiesenen Verwaltungsaufwendungen erwarten wir insgesamt eine deutliche Reduzierung der Kosten. Dabei steht einem Sachaufwand auf Vorjahresniveau ein aufgrund entfallender Sonderbelastungen deutlich rückläufiger Personalaufwand gegenüber. Bezogen auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation, bei dem eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen erfolgt, erwarten wir eine hingegen eine deutliche Steigerung des Personalaufwandes und in Folge auch der gesamten Verwaltungsaufwendungen. Hinsichtlich der Mitarbeiterzahl zeichnet sich allerdings weiter eine sinkende Tendenz ab.

Im Kreditgeschäft gehen wir aufgrund der in der Vergangenheit konsequent vorgenommenen Vorsorge für latente Kreditrisiken, der risikoaversen Kreditpolitik sowie dem positiven konjunkturellen Umfeld auch im Jahr 2016 von einer nur moderaten Belastung des Jahresergebnisses aus. Auch beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir unter Berücksichtigung unserer Kapitalmarktprognose keine wesentlichen Belastungen.

Das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring wird sich im Jahr 2016 auf wiederum hohem, voraussichtlich aber in Summe leicht reduziertem Niveau bewegen.

Aus den Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG heraus wird die Sparkasse, wie in der Risikoberichterstattung unter dem Punkt „Sonstige Risiken“ dargestellt, in den nächsten Jahren einen Teil ihres Gewinnes als bilanzielle Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB einstellen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist der Fonds auch im Jahr 2016 mit 1,4 Mio. € zu dotieren.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen Bestandsrückgänge im Bereich der Kundenforderungen, ein sich noch verstärkender Wettbewerb im Bereich der privaten Baufinanzierung, eine mögliche negative konjunkturelle Entwicklung verbunden mit steigenden Kreditrisiken, ein massiver schneller Zinsanstieg, ein noch weiterer Rückgang bzw. eine noch weitere Verflachung der Zinskurve sowie neue Belastungen an den Kapitalmärkten durch eine Eskalation bestehender oder neuer Krisenherde dar.

Unter Würdigung aller genannten Risiko- und Belastungsfaktoren, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der weiteren Umsetzung unseres Kostensenkungs- und Optimierungsprogrammes gehen wir für das Jahr 2016 zusammenfassend von einer deutlich rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. In Kombination mit der oben beschriebenen Prognose einer weiterhin moderaten Belastung aus dem Bewertungsergebnis Kreditgeschäft erwarten wir einen gegenüber dem Vorjahr spürbar rückläufigen Jahresüberschuss, der allerdings weiterhin eine Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen zulässt.

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen wird auf Basis der vorausschauenden Liquiditätsplanung jederzeit gegeben sein. Dies beinhaltet auch die Einhaltung der Liquiditätsanforderungen aus der europäischen CRR-Verordnung.

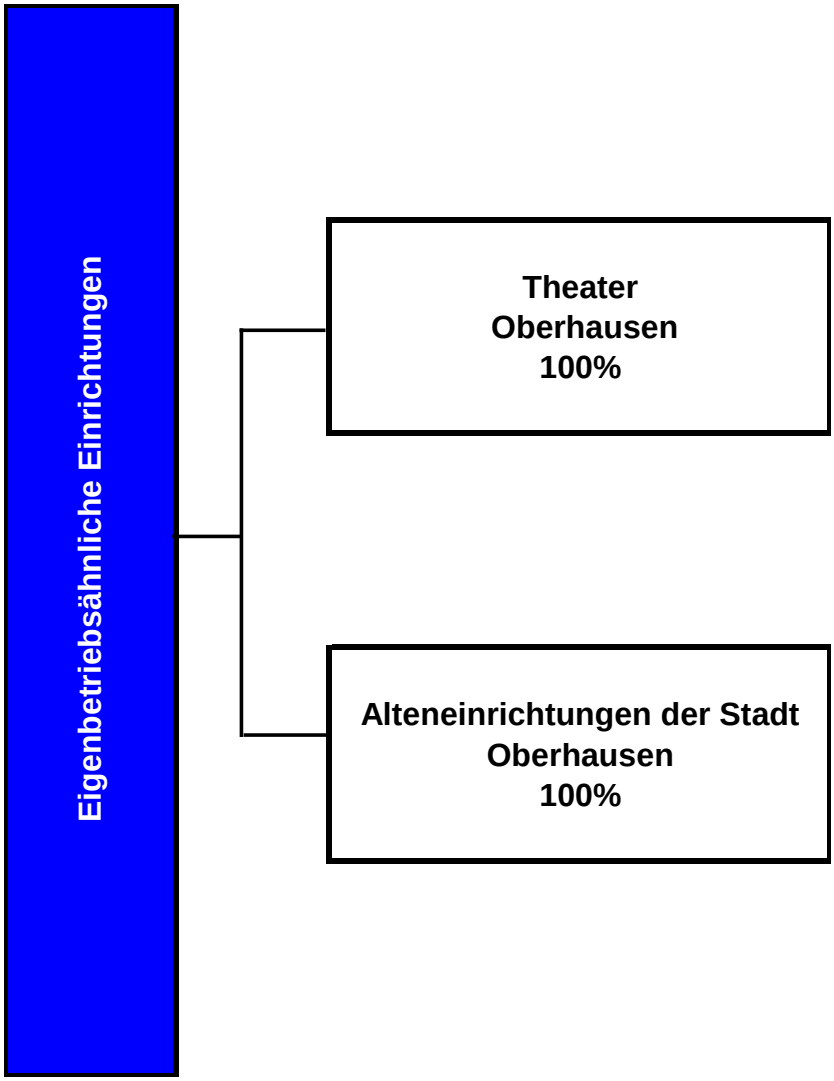
Die ebenfalls der CRR-Verordnung entstammenden gesetzlichen Eigenmittelanforderungen sehen bei einzelnen Eigenmittelbestandteilen eine nur noch teilweise bzw. abschmelzende Anerkennung vor. Dieser Effekt wird allerdings durch die positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2015 kompensiert, so dass es per Saldo zu einer Seitwärtsentwicklung der Eigenmittel und – in Folge eines leichten Anstiegs der Risikoaktiva – zu einer leichten Reduzierung der Eigenmittelquote kommt. Die aufsichtsrechtlichen Mindest-Eigenmittelanforderungen werden wir auch weiterhin deutlich übertreffen.

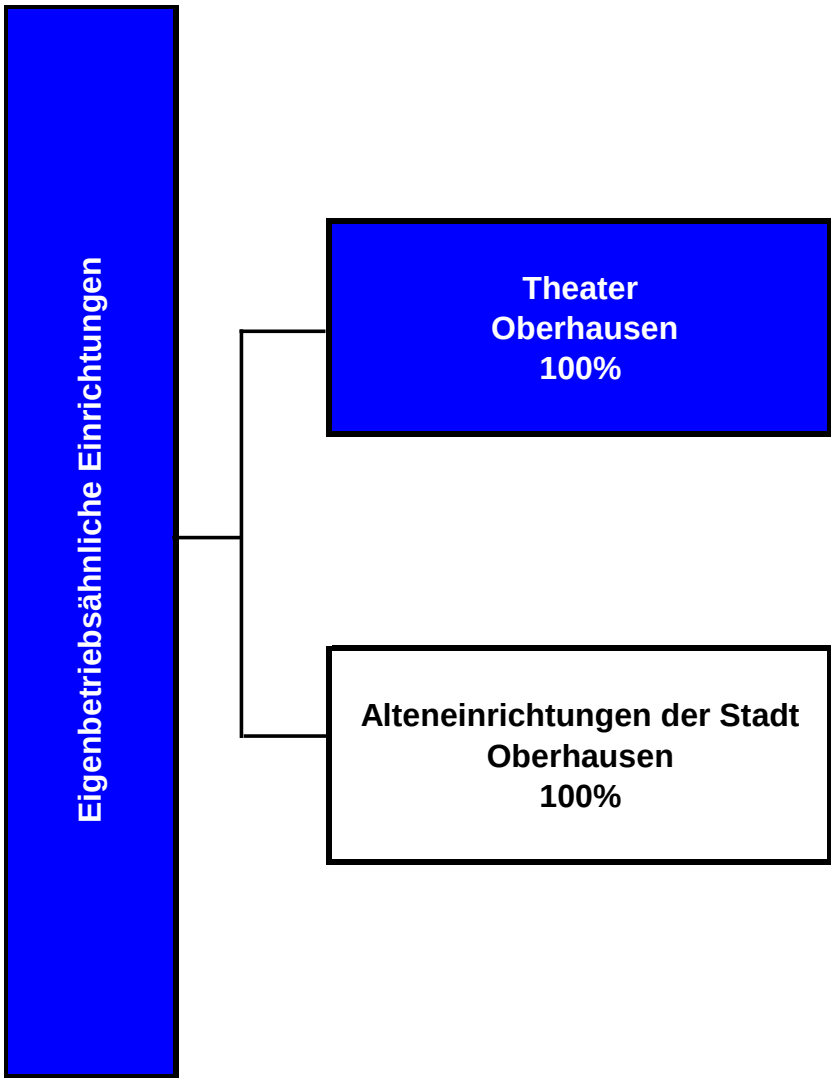
STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

Oberhausen, im März 2016

Uppenkamp / Mebus / Gäng

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 100,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gsetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Carp, Peter
	Betriebsleiter	Hennemann, Jürgen
Betriebsausschuss:	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dröhne, Manuel
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Erkens, Daniel
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Gödderz, Sandra

Mitglied	Kauenhowen, Eva
Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
Mitglied	Köster, Volker
Mitglied	Lepges, Gerd
Mitglied	Mersmann, Ingo
Mitglied	Sahin, Bülent
Mitglied	Sommer, Udo
Mitglied	Telli, Ercan
Mitglied	Wolter, Marita
Mitglied	Wrobel, Hans-Günter
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
stellv. Mitglied	Flecken, Sebastian
stellv. Mitglied	Prof. Dr. Günter, Roland
stellv. Mitglied	Haller, Thomas
stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
stellv. Mitglied	Kösling, Anja
stellv. Mitglied	Luchmann, Volker
stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Schneider, Josef
stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
stellv. Mitglied	Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Walther, Andrea-Cora
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Wolter, Horst
stellv. Mitglied	Wolf, Noreen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	699,90	86,2	797,41	87,3	854,22	84,4	56,81	7,12
Rechnungsabgrenzungsposten	112,48	13,8	116,09	12,7	157,82	15,6	41,73	35,95
Bilanzsumme	**812,38**	**100,00**	**913,50**	**100,00**	**1.012,04**	**100,00**	**98,54**	**10,79**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	97,80	12,0	102,44	11,2	107,58	10,6	5,14	5,02
Rückstellungen	445,70	54,9	439,95	48,2	468,40	46,3	28,45	6,47
Verbindlichkeiten	268,87	33,1	341,11	37,3	306,86	30,3	-34,25	-10,04

Rechnungsabgrenzungsposten			30,00	3,3	129,20	12,8	99,20	330,67
Bilanzsumme	**812,38**	**100,00**	**913,50**	**100,00**	**1.012,04**	**100,00**	**98,54**	**10,79**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	663,03	490,98	579,85
sonstige betriebliche Erträge	8.856,46	9.270,93	9.305,50
Materialaufwand	825,77	878,26	929,40
Personalaufwand	6.768,26	6.786,16	7.136,47
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.918,86	2.087,71	1.805,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,91	0,46	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4,70	9,33	14,48
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4,70	9,33	14,48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4,70	9,33	14,48

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2013	31.07.2014	31.07.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,71	1,90	2,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,04	10,02	15,55	%
Cash-Flow:	4,70	9,33	14,48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	79,46	80,68	83,07	T€
Personalaufwandsquote:	71,10	69,52	72,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2013	31.7.2014	31.7.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	12,04	11,21	10,63	%
Fremdkapitalquote:	87,96	88,79	89,37	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag , die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).
Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 215.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern : jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2014/15 wurden in Oberhausen 327 (324) Veranstaltungen mit 58.325 (54.384) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 72,4 % (67,5 %) der angebotenen Plätze. Der

Spielplan umfasste im Großen Haus 14 (16), im Malersaal 12 (10) und in Außenspielstätten und Rauchbar 4 (3) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 44 (34) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 7 (6) eigenen Abstechern.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.14 EUR	31.07.15 EUR
Eintrittseinnahmen und Abstecher	490.984,80	579.853,46

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 14.477,12(Vorjahr EUR 9.330,69) ab.

Die **Erträge** lagen um TEUR 285 über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen betreffen im Wesentlichen die Einnahmen aus Landes- und projektbezogenen Sonderzuschüssen.

Auf der Kostenseite lagen die **Personalkosten** um TEUR 69 über dem Planansatz.

Mehraufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 172) betreffen im Wesentlichen Bühnenausstattung (TEUR 92).

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.14	31.7.15	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	57,5	57,5	0,0
Verwaltungspersonal	9,9	10,0	0,1
Arbeiter	53,5	51,5	-2,0
	120,9	119,0	- 1,9

Der Aufwand betrug TEUR 3.310 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 2.892 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.421. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2014		**31. Juli 2015**		Verän-
	TEUR	%	TEUR	%	derung
Unfertige Ausstattungen	52	5,7	11	1,1	-41
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4	0,4	4	0,4	0
Forderungen an die Stadt Oberhausen	151	16,5	250	24,7	99
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	649	71,1	246	24,3	-403
Kasse / Bank	58	6,3	501	49,5	443
Gesamtvermögen	914	100,0	1.012	100,0	98

Rücklagen	64	7,0	61	6,0	-3
Gewinn	38	4,2	47	4,7	9
Eigenkapital	102	11,2	108	10,7	6
Sonstige Rückstellungen	440	48,1	468	46,2	28
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	228	24,9	224	22,1	-27
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	144	15,8	212	21,0	91
Kurzfristiges Fremdkapital	812	88,8	904	89,3	92
Gesamtkapital	914	100,0	1.012	100,0	98

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	01.08.2014	Zuführung	Auflösung	31.07.2015
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg.Rücklage	14.366,02	0,00	0,00	14.366,02
Zweckgebundene Rücklage	50.106,65	0,00	3.579,04	46.527,61
Gewinn	37.963,01			
Aufl. zweckgeb.Rücklage		3.579,04	0,00	
Gewinnausschüttung			9.330,69	
Jahresüberschuss		14.477,12	0,00	
Gewinn				46.688,48
	102.435,68	18.056,16	12.909,73	107.582,11

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2014	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2015
Instandhaltung der Alarmierungsanlage	80.000,00	0,00	0,0	0,00	80.000,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	0,00	0,00	0,00	87.500,00
Jahresabschlussprüfung	25.000,00	22.844,69	2.155,31	23.000,00	23.000,00
Instandsetzung der Steuerung der Obermaschinerie	157.691,99	0,00	0,00	0,00	157.691,99
Übrige		89.762,76	64.897,77	21.147,27	116.490,00
		439.954,75	87.742,46	23.302,58	139.490,00
					120.207,72

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. Erst 2012 wurden rd. TEUR 270 zur Sicherstellung der Betriebs- und Arbeitssicherheit der technischen Anlagen aufgewendet. Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die äußerst angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2015/16 liegt ein mit Datum vom 18.05.2015 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 8.311 ausweist. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis für 2015/16 aus,

Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. EUR p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012 soll durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2017 der Haushaltsausgleich erfolgen und der Gesamthaushalt der Stadt bis 2021 ausgeglichen sein. Die im HSP 2012 ausgewiesene Einsparvorgabe für das Theater in Höhe von 2.0 Mio. Euro für den Fall einer Kooperation/Fusion mit einem anderen Theater wurde mit dem HSP 2016 durch Ratsbeschluss vom 16.11.2015 aufgehoben und durch einen Prüfauftrag ersetzt.

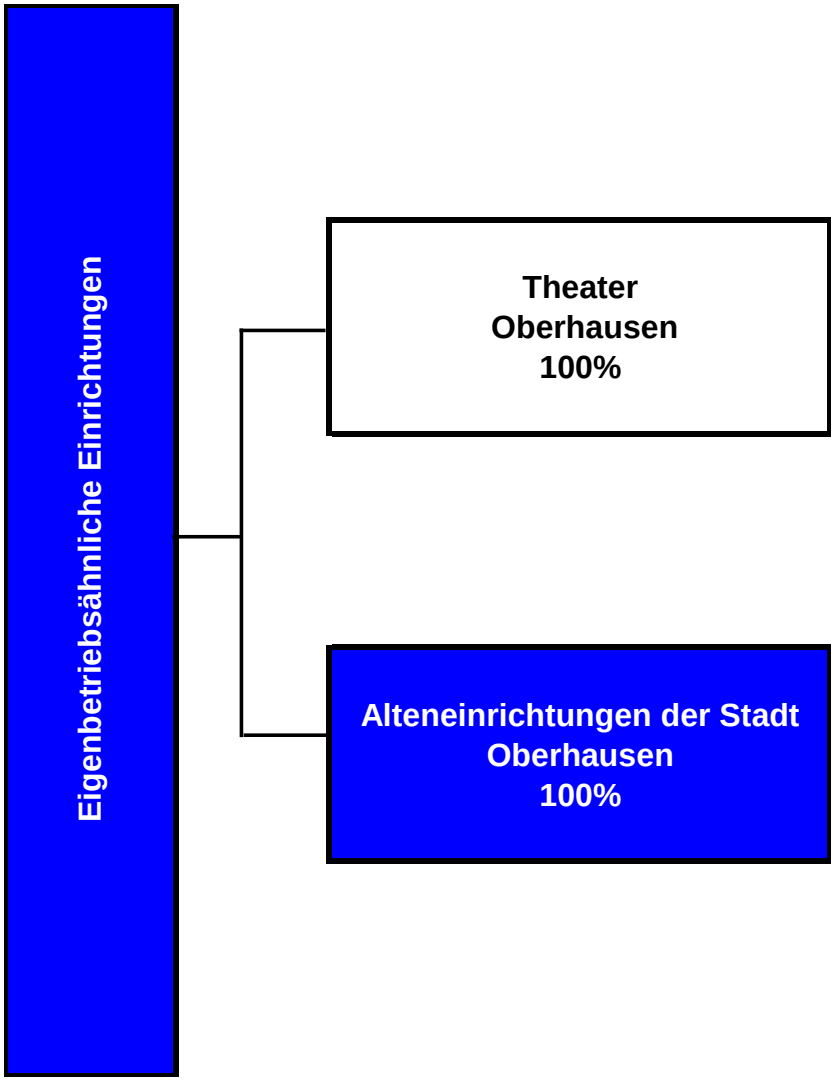
Gemäß HSP 2013 ff hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Das Theater hat in der Zeit von 2008 bis heute rd. 1.100 TEUR jährlich eingespart. Diese Vorgaben waren ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar. Darüber hinausgehende Einsparmaßnahmen würden allerdings die Fortführung des Theaters in seiner jetzigen Form mit Sicherheit infrage stellen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres:
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben

Oberhausen, den 21.Januar 2016

Theater Oberhausen
Betriebsleitung

Peter Carp / Jürgen Hennemann


Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 3.500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	3.500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die "Ellly-Heuss-KnappStiftung" und das Louise-Schroeder-Heim" bilden einen Eigenbetrieb und werden auf der Grundlage der entsprechenden Regelungen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebs ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Der Eigenbetrieb führt den Namen "Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen".

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Unterhaltung der in Absatz 1 genannten Einrichtung.

Der Eigenbetrieb ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Eigenbetriebes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Eigenbetriebs fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Stadt Oberhausen erhält bei der Auflösung des Eigenbetriebs oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitaleinlagen und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt jedoch seit der erfolgten Ausgründung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH seit dem 01.01.2002 ausschließlich in der reinen Vermögensverwaltung, d. h. in der Verwaltung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und Louise-Schroeder-Heim. Aufgrund der zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und ASO gGmbH abgeschlossenen Pachtverträge obliegen Instandhaltungen sowie eventuelle Pächtereinbauten allein der ASO gGmbH, während gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2015)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Spiecker, Udo
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Matzat, André
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Werner, Yannah
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
	stellv. Mitglied	Bruckhoff, Peter
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Hoffmann, Heiko
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Weirich, Detlef
	stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Wolter, Marita
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Mitglied	Simmoteit, Ralf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	24.926,26	89,0	24.130,53	88,8	23.333,15	89,0	-797,38	-3,30
Umlaufvermögen	3.080,00	11,0	3.050,11	11,2	2.873,88	11,0	-176,23	-5,78
Bilanzsumme	**28.006,26**	**100,00**	**27.180,64**	**100,00**	**26.207,03**	**100,00**	**-973,61**	**-3,58**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.227,33	18,7	5.482,19	20,2	5.575,16	21,3	92,97	1,70
Sonderposten mit Rücklagenanteil	533,79	1,9	515,38	1,9	496,98	1,9	-18,40	-3,57
Rückstellungen	260,75	0,9	171,43	0,6	130,70	0,5	-40,73	-23,76
Verbindlichkeiten	21.984,38	78,5	21.011,65	77,3	20.004,19	76,3	-1.007,46	-4,79
Bilanzsumme	**28.006,26**	**100,00**	**27.180,64**	**100,00**	**26.207,03**	**100,00**	**-973,61**	**-3,58**

bb) GuV

	2013	2014	2015
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.290,19	2.247,16	2.217,27
sonstige betriebliche Erträge	22,29	107,98	20,83
Abschreibungen	923,18	916,12	929,49
sonstige betriebliche Aufwendungen	422,45	450,65	511,81
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,70	1,65	0,30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	747,53	716,01	683,34
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	223,01	274,01	113,76
sonstige Steuern	19,16	19,16	20,78
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	203,86	254,85	92,98
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	203,86	254,85	92,98

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,90	11,34	4,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,06	4,88	1,70	%
Cash-Flow:	1.127,04	1.170,98	1.022,47	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,00	88,78	89,03	%
Eigenkapitalquote:	18,66	20,17	21,27	%
Fremdkapitalquote:	81,34	79,83	78,73	%

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Juni 2015 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der eigenen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30 richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind, wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001, über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Grundstücke und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22.12.2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22.12.2006 wurde die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20.06.2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22.12.2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neu errichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der Elly-Heuss-Knapp-Straße gelegenen Grundstücke und Gebäudekomplexe im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichteten den ASO Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiter zu verpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO

Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Straße

Mit dem Abriss von Haus II des aus Haus I und Haus II bestehenden „Haus am Brunnen“ und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 03.05.2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30.06.2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales an der Elly-Heuss-Knapp-Straße bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Fronemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal an der Elly-Heuss-Knapp-Straße soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen“ frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012. Ende 2012 wurde mit dem Bau der beiden Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5 a begonnen. Im Juli 2014 waren alle Wohnungen bezogen.

2. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

- Im Mai 2015 wurde vom Rat der Stadt die Neufassung der Betriebssatzung beschlossen. Ein Änderungsbedarf hatte sich u.a. durch die Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates ergeben. Die vom Rat beschlossene Anpassung der Wertgrenzen erfordert seitdem schon bei geringerer Höhe eine Entscheidung des Betriebs- bzw. Sozialausschusses.
- Beim deutschen Patent- und Markenamt wurde eine Wort-Bildmarke zu Gunsten einer in Berlin ansässigen Elly-Heuss-Knapp-Stiftung eingetragen. Zur Vermeidung einer rechtlichen Auseinandersetzung wurde entschieden, innerhalb des ASO-Verbundes nicht mehr den Begriffsteil „Stiftung“ zu verwenden. Aus diesem Grunde wurde das bisherige beleuchtete Eingangsschild im Einmündungsbereich Teutoburger/Elly-Heuss-Knapp-Straße durch ein neues Schild mit der Aufschrift „Elly-Heuss-Knapp-Quartier“ ersetzt. Gleiches gilt für die sonstigen Wegweiser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und für den ambulanten Pflegedienst der ASO gGmbH. Dieser firmiert heute unter „Elly-Heuss-Knapp-Quartier/Häuslicher Pflegedienst.“
- Der Wirtschaftsplan des Berichtsjahres sah für die Erneuerung des Fernwärmenetzes für die an der Elly-Heuss-Knapp-Straße gelegenen „Bungalows“ einen ersten Teilbetrag von 213.000,00 Euro vor. Vor einem entsprechenden Mitteleinsatz sollte jedoch noch geprüft werden, ob anstelle der angedachten Fernwärme eine andere Energiequelle möglicherweise effektiver und kostengünstiger sein könnte. Diese Prüfung führte schließlich zu dem Ergebnis, dass der Sozialausschuss als Betriebsausschuss im April 2015 entschied, von der geplanten Erneuerung des Fernwärmenetzes zunächst abzusehen und statt neuer Fernwärmeleitungen zum

Zwecke der Erprobung 4 „Bungalows“ mit sog. Split-Luft/Wasser-Wärmepumpen auszustatten, die installierten Anlagen im Laufe der Heizperiode 2015/2016 energetisch zu verfolgen und erst nach Auswertung der Erfahrungen abschließend zu entscheiden, ob auch die anderen Gebäude entsprechend ausgerüstet werden sollen. Eine abschließende Entscheidung wird somit erst etwa Mitte 2016 möglich sein.

- Maßnahmen zur Schadensvermeidung durch Wassereinbrüche in den Kellerbereichen von zwei „Bungalows.“ Insbesondere bei Starkregen kam es in den zurückliegenden Jahren immer wieder zu einer Vernässung der Keller in den beiden Gebäuden an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 38 und 40. Dabei drückte Wasser durch die Bodenplatte und die unteren Bereiche des Mauerwerks in die dort gelegenen Kellerräume. Das Wasser stand dann oftmals bis zu 2 cm hoch auf dem Kellerboden. Zur Ursachenermittlung wurden ein Bodengutachter sowie ein Hochbau- sachverständiger zurate gezogen. Der Bodengutachter sollte die Boden- und Bodenwasserverhältnisse sowie mögliche Zusammenhänge zwischen der vorhandenen Niederschlagswasserversickerung („Route des Regenwassers“) und den Vernässungen beurteilen. Nach Abschluss der Untersuchungen wurde die günstigere Alternative zur Schadensbehebung realisiert, indem die vor den Gebäuden gelegenen Regenwasser-Versickerungsmulden stillgelegt und das sich dort sammelnde Wasser auf die hinter den Gebäuden gelegene Fläche umgeleitet wurde. In den ersten Monaten nach Abschluss der Arbeiten sah es zunächst so aus, als würde sich der beabsichtigte Erfolg auch tatsächlich einstellen. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Lageberichts steht jedoch fest, dass die bislang getroffenen Maßnahmen noch nicht ausreichend sind.

3. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2015 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 93 T€ (Vorjahr 255 T€). Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 30 T€ von 2.247 T€ auf 2.217 T€ und entfallen dabei auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.205 T€ sowie Mieterlösen von Dritten mit 12 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich im Geschäftsjahr um 87 T€ auf 2 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf periodenfremde Erträge aus Mietnebenkostenabrechnungen. Die Abschreibungen erhöhten sich investitionsbedingt um 13 T€ auf 929 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 61 T€ auf 512 T€ angestiegen (Vorjahr 451 T€). Hierbei erhöhten sich im Wesentlichen der Bedarf an Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem GEPA NRW bzw. der APG DVO sowie durchgeführten Instandhaltungen. Das Finanzergebnis verbesserte sich schließlich tilgungsbedingt um 31 T€ auf -683 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 218 T€ von 2.320 T€ auf 2.538 T€ verschlechtert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 79 % gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen (Vorjahr 80 %). Die Liquidität II. Grades ist auf 1.721 T€ (Vorjahr 1.867 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 9,6 Monate (Vorjahr 10,7 Monate).

4. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2015 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2016 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes.

5. Risikobericht

Die zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der bislang vereinbarte Pachtzins hat in der Vergangenheit sichergestellt, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden konnten. Wegen des vertraglichen Konstruktes bzw. wegen der engen rechtlichen Verflechtung von eigenbetriebsähnlicher Einrichtung und der ASO gGmbH muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die finanzielle Situation der Pächterin hingewiesen werden. Diese wurde auch im Berichtsjahr erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Die Auslastung der dortigen 300 Pflegeplätze ist von zuletzt 83,75 % um weitere 2,94 % auf nunmehr nur noch knapp 81 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen. Die Gründe dafür sind bekannt, sind in veränderten Rahmenbedingungen des örtlichen Pflegemarktes zu suchen, insbesondere in dem in Oberhausen bereits bestehenden Überangebot an stationären Pflegeplätzen und vor allem in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Auf die rückläufigen Auslastungsquoten und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin wird allein durch eine umfassende Modernisierung von Haus III des Louise-Schroeder-Heims und durch einen weiteren Abbau von Doppelzimmern im Bereich von Haus II effektiv eingegangen werden können.

Seitens der Pächterin wird erwartet, dass die Verpächterin ein Pachtobjekt zur Verfügung stellt, das eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die dafür notwendigen baulichen Voraussetzungen erfüllt. Diesem nachvollziehbaren Anspruch werden Teile des Pachtobjekts nicht mehr gerecht. Betriebsausschuss und Aufsichtsrat sind über diese Entwicklung mehrfach unterrichtet worden. Beide müssen im Laufe des nächsten Jahres entscheiden, welche Maßnahmen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Gebäudesubstanz ergriffen werden sollen. Als Entscheidungshilfe

wurde von der Betriebsleitung bzw. Geschäftsführung ein umfangreiches Papier erstellt, das neben einer Schwachstellenanalyse der bestehenden Gebäudestruktur auch mögliche Nutzungsalternativen der drei miteinander verbundenen Gebäudeteile unter Berücksichtigung der Anforderungen des WTG und der WTG DVO beleuchtet.

Zur Klärung der Frage, ob dieses Gebäude so umgebaut werden kann, dass es auch künftig einen stationären Heimbetrieb unter Verwirklichung zukunftsorientierter Strukturen zulässt, wurde ein Architekturbüro und ein Brandschutzgutachter mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt. Von besonderer Bedeutung war in deren Rahmen die Ermittlung der mit dem Umbau verbundenen Kosten, da diese für die Abstimmungsgespräche mit den Kostenträgern bekannt sein müssen. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichts liegt die abschließende Stellungnahme des Architekten noch nicht vor. Es steht jedoch fest, dass ein anforderungsgerechter Umbau möglich wäre. Unklar ist jedoch, ob die derzeit ermittelten Kosten auch unter dem Gesichtspunkt der von den Kostenträgern zu prüfenden Wirtschaftlichkeit anerkannt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, müsste ggf. auf die Modernisierung verzichtet und ein Ersatzneubau errichtet werden.

Die damit verbundenen Kosten müssen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung bzw. von der Stadt getragen werden. Desweiteren wird in diesem Zusammenhang auch eine Anpassung des bestehenden Pachtvertrages über das Louise-Schroeder-Heim notwendig sein.

Bestandsgefährdende Risiken sind aber trotz des für die Pächterin schwierigen Berichtsjahres noch nicht zu erkennen.

6. Prognosebericht

Die Betriebsleitung ist zuversichtlich, dass im Jahr 2016 die für das Louise-Schroeder-Heim wichtige Weichenstellung erfolgen und auch für die ASO gGmbH als Pächterin der Gebäudesubstanz eine zufriedenstellende Anpassung der Pachtverträge möglich wird.

Oberhausen, den 11. März 2016

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

gez. Udo Spiecker
Betriebsleiter

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2016)

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen

	Bischoff, Jörg	Bongers, Sonja	Flore, Manfred	Lichtenheld, Frank	Middendorf, Michael	Münich, Elke	Overkamp, Werner	Schmidt, Jürgen	Schranz, Daniel	Tsalastras, Apostolos	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Vorstand der evo AG	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Bevollmächtigte/r der STOAG	Geschäftsführung der STOAG
ASO gGmbH						X									
ASO Service						X									
BFO						X									
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG											X				
Biostrom Oberhausen Management GmbH												X			
d-NRW					X										
ecce GmbH				X											
ENO										X					
evo															X
FSO GmbH & Co.KG													X	X	
FSO Verwaltungs- GmbH														X	
Gasometer										X					
GMVA									X						
IKF										X					
KSBG												X			
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH												X			
LAH										X					
Lokalfunk										X					
Lokalfunk Verw. mbH										X					
OB-Netz												X			
OGM									X						
OVP							X								
OWT										X					
PBO							X								
Quantum												X			
Revierpark	X														
RWE Aktiengesellschaft														X	
RW Holding														X	
RWW			X												
STOAG		X													
strasserauf GmbH												X			
TZU										X					
VKA									X						
VZO								X							
WBO									X						

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	LAH	OGM	OWT	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	WBO
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)		X			(X)			X	X				
Arlt, Gerd							X								
Axt, Birgit														X	
Axt, Norbert					X	(X)									
Bandel, Frank						X									
Barwanietz, Thomas							X								
Bennewa, Helmut	X	X					(X)								
Benter, Christian							(X)						X		
Beulshausen, Andreas	(X)	X													
Bischoff, Jörg										X					
Blanke, Andreas	X	X													X
Bohnes, Frank	X														
Bongers, Sonja	X	X					(X)	X							X
Boos, Regina				X						X					
Brands, Beatriks	X	X											X		
Breuckmann, Ludgerus	X	X													
Brodrick, Helmut							X								
Broß, Klaus Dieter					X		X	X					(X)		
Bruckhoff, Peter								X							
Cordes, Hubert							X		X				(X)		
Derksen, René	(X)	(X)					X								
Dittmeyer, Jürgen							X								
Dröhne, Manuel							X								
Dubbert, Karin	X	X					X								
Emmerich, Karl-Heinz					X							X			X
Flecken, Sebastian							(X)								
Flore, Manfred							X		X				X		
Gäng, Thomas				X											
Gödderz, Sandra							X			X			(X)		
Goeke, Martin													(X)		
Gohlke, Klaus		(X)													
Große Brömer, Wolfgang				X		X				X	X		X		
Günter, Roland							(X)								
Hake, Michael	(X)	(X)													
Haller, Thomas							(X)								
Hansen, Heike	X	X													
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	(X)													
Hoff, Marc								X							
Holstein, Friedhelm							(X)								
Hüttemann, Claudia							X								
Ilhan, Nuran							(X)								
Ingendoh, Holger										X					
Jacobs, Silke													(X)		
Kaiser, Manuela	(X)	(X)					X								
Kamps, Jochen	X	X													
Karacelik, Yusuf									X						
Kauenhowen, Eva							X								

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	LAH	OGM	OWT	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	WBO
Kirsten, Hildegard	(X)	(X)													
Koch, Lühr Otto Werner Klaus													X		X
Kocks, Sandra							(X)								
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	(X)					X	X	X						
Kösling, Anja	X	X					(X)								
Köster, Volker							X								
Krey, Thomas												X			
Lampe, Siegfried	X	X													
Laß, Heike	(X)	(X)													
Lauxen, Sabine						(X)									X
Lenz, Eugen	X	X													
Lepges, Gerd							X								
Luchmann, Volker							(X)								
Marx, Petra										X					
Matzat, André	X	X													
Mertens, Ursula							(X)								
Motschull, Frank						X						X			
Müthing, Christa						(X)							(X)	X	
Nakot, Werner									X				(X)		
Nowak, Annemarie							(X)								
Nowak, Werner														X	
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	X												X	
Ohletz, Horst			X												
Opitz, Stefanie	X	X													
Osmann, Denis														X	
Pascheberg, René	X	X					(X)								
Paß, Eugen	(X)	(X)													
Prakken, Jolanta	(X)	(X)													
Pusch, Jörg	X	X													
Radtke, Dorothee	X	X					(X)	X					(X)		
Real, Ulrich														X	
Röpell, Armin									X						
Rubin, Dirk	(X)	(X)													X
Rudl, Rainer	(X)	(X)													
Runkler, Edith							(X)								
Runkler, Hans-Otto	X	X							X				X	X	
Sahin, Bülent	(X)	(X)					X								
Schadt, Stefanie	(X)	(X)													
Scheffler, Stefan														X	
Schmidt, Georgis							X								
Schmidt, Jürgen									X						
Schneider, Josef							(X)								
Schranz, Daniel				X	X					X	X				
Schucker, Rainer							(X)								
Schuler, Immanuel													(X)		X

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	LAH	OGM	OWT	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	WBO
Simmoteit, Ralf	(X)	(X)													
Sporkmann, Bernhard	(X)	(X)													
Stehr, Simone Tatjana							(X)		X						
Stelzer, Johannes	(X)	(X)													
Stöck, Gerold							(X)								
Telli, Ercan	X	X					X								
Tsalastras, Apostolos														X	
Tscharke, Hans Josef	X	X		X			X					X	X		
Tüzün, Saadettin							(X)			X					
Walther, Andrea-Cora	X	X					X								
Wehling, Klaus															
Weirich, Detlef	(X)	(X)													
Werdelmann, Andreas	(X)	(X)													
Werner, Yannah	X	X													
Wesely, Kai	(X)	(X)													
Willecke, Thomas								X							
Willing-Spielmann, Ulrike	X	X					(X)								X
Wissing, Matthias												X			
Wittmann, Regina				X							X	X	X		
Wolter, Horst	(X)	(X)					(X)						X		
Wolter, Marita	(X)	(X)					X							X	
Wrobel, Hans-Günter							X								
Zimkeit, Stefan	(X)	(X)							X						

X Mitglied

(X) stellvertretendes Mitglied

☐ Vertreter/in gem. § 113 (2) GO NRW

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)
Arlt, Gerd		X
Barwanietz, Thomas		X
Bennewa, Helmut	X	(X)
Benter, Christian		(X)
Blanke, Andreas	X	
Bongers, Sonja	X	(X)
Brands, Beatriks	X	
Breuckmann, Ludgerus	X	
Brodrick, Helmut		X
Broß, Klaus Dieter		X
Cordes, Hubert		X
Derksen, René	(X)	X
Dittmeyer, Jürgen		X
Dröhne, Manuel		X
Dubbert, Karin	X	X
Erkens, Daniel		X
Flecken, Sebastian		(X)
Flore, Manfred		X
Gödderz, Sandra		X
Günter, Roland		(X)
Hake, Michael	(X)	
Haller, Thomas		(X)
Hansen, Heike	X	
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	
Ilhan, Nuran		(X)
Kaiser, Manuela	(X)	X
Kamps, Jochen	X	
Kauenhowen, Eva		X
Kirsten, Hildegard	(X)	
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	X
Kösling, Anja	X	(X)
Köster, Volker		X
Lampe, Siegfried	X	
Laß, Heike	(X)	
Lenz, Eugen	X	
Lepges, Gerd		X
Luchmann, Volker		(X)

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Matzat, André	X	
Mersmann, Ingo		X
Mertens, Ursula		(X)
Nowak, Annemarie		(X)
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	
Opitz, Stefanie	X	
Pascheberg, René	X	(X)
Paß, Eugen	(X)	
Prakken, Jolanta	(X)	
Pusch, Jörg	X	
Radtke, Dorothee	X	(X)
Rubin, Dirk	(X)	
Rudl, Rainer	(X)	
Runkler, Hans-Otto	X	
Sahin, Bülent	(X)	X
Schadt, Stefanie	(X)	
Schneider, Josef		(X)
Schucker, Rainer		(X)
Simmoteit, Ralf	(X)	
Sporkmann, Bernhard	(X)	
Stelzer, Johannes	(X)	
Stöck, Gerold		(X)
Telli, Ercan	X	X
Tscharke, Hans Josef	X	(X)
Tüzün, Saadettin		(X)
Walther, Andrea-Cora	X	(X)
Weirich, Detlef	(X)	
Werdelmann, Andreas	(X)	
Werner, Yannah	X	
Wesely, Kai	(X)	
Willing-Spielmann, Ulrike	X	(X)
Wolf, Noreen		(X)
Wolter, Horst	(X)	(X)
Wolter, Marita	(X)	X
Wrobel, Hans-Günter		X
Zimkeit, Stefan	(X)	

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied

Vergütungsbericht 2015

(tlw. gerundet)

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	135.000,00
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	3.000,00
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Kawicki, Achim	Geschäftsführer (nebenamtlich)	6.000,00
ecce - european centre for creative economy GmbH		
Geschäftsführung		
Prof. Gorny, Dieter	Geschäftsführer	77.617,48
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Wehling, Klaus	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	8.233,07
Böddeling, Bernd	1. stellv. Vorsitzender	7.395,17
Püttmann, Uwe	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Axt, Norbert	Mitglied	3.321,13
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	5.250,00
Dr. Glimpel, Thomas	Mitglied	6.247,50
Dr. Schröder, Achim	Mitglied	8.571,14
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	5.250,00
Reichardt, Jürgen	Mitglied	5.250,00
Schranz, Daniel	Mitglied	5.250,00
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Michel, Ralf	Mitglied (AN)	5.250,00
Neuhaus, Jürgen	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00
Vorstand		
Gieske, Hartmut	Mitglied	287.214,67
Homberg, Bernd	Mitglied	241.780,28

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Gasometer Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	86.386,56
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Sabac-el-Cher, Angela	Geschäftsführerin	
Schellenberger, Ingo	Geschäftsführer	
Dr. Terbeck, Gerd	Geschäftsführer	
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	96.562,98
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH		
Aufsichtsrat		
Sikorski, Ralf	1. stellv. Vorsitzender	9.800,00
Link, Sören	2. stellv. Vorsitzender	9.200,00
Britz, Franz-Josef	Mitglied	6.200,00
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	6.700,00
Dr. Heidinger, Michael	Mitglied	7.300,00
Dr. Nies, Susanne	Mitglied	7.300,00
Eiskirch, Thomas	Mitglied	1.016,67
Halbeisen, Karl-Josef	Mitglied	7.300,00
Jung, Andreas	Mitglied	7.300,00
Melis, Ralf	Mitglied	6.100,00
Monegel, Ulrich	Mitglied	7.300,00
Muth, Heiner	Mitglied	7.300,00
Pehlke, Guntram	Mitglied	6.700,00
Prof. Dr. Knorre, Susanne	Mitglied	
Rohde, Horst	Mitglied	7.300,00
Schranz, Daniel	Mitglied	1.433,33
Sierau, Ulrich	Mitglied	7.300,00
Süpke, Sabine	Mitglied	6.800,00
Wolff, Christine	Mitglied	7.300,00
Woll, Klaus Dieter	Mitglied	7.300,00
Straus, Michael	Mitglied (AN)	6.466,67
Geschäftsführung		
Bückemeyer, Dietmar	Geschäftsführer	
Schröder, Carsten	Geschäftsführer	
Wilmert, Bernhard	Geschäftsführer	

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	104,32
Bruckhoff, Peter	Mitglied	104,32
Hoff, Marc	Mitglied	78,24
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	78,24
Radke, Dorothee	Mitglied	104,32
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	78,24
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		
Aufsichtsrat		
M.d.L. Zimkeit, Stefan	Vorsitzender	5.120,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Vorsitzende	3.840,00
Broll, Marianne	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Flore, Manfred	Mitglied	2.560,00
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.560,00
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	2.560,00
Nakot, Werner	Mitglied	2.560,00
Röpell, Armin	Mitglied	2.560,00
Runkler, Hans-Otto	Mitglied	2.560,00
Hansmeier, Udo	Mitglied (AN)	2.560,00
Heweling, Detlef	Mitglied (AN)	2.560,00
Zander, Jutta	Mitglied (AN)	2.560,00
Zwick, Andrea	Mitglied (AN)	2.560,00
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	109.356,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	204.271,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH		
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Geschäftsführer	2.500,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Revierpark Vonderort GmbH		
Geschäftsführung		
Loeven, Willi	Geschäftsführer	4.816,80
von der Heide, Jochem	Geschäftsführer	4.816,80
Münich, Elke	Geschäftsführerin	4.816,80

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
weiter: **Revierpark Vonderort GmbH**		
Verwaltungsrat		
Pfingsten, Jutta	Vorsitzende	300,00
Dr. Hubbert, Eva-Maria	Mitglied	300,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	300,00
Geise, Hans-Christian	Mitglied	300,00
Höving, Norbert	Mitglied	300,00
Krey, Thomas	Mitglied	300,00
Wissing, Matthias	Mitglied	300,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	300,00
Kowalewski, Utz		300,00
Tscharke, Hans Josef		200,00
Wilkending, Sonja		300,00
Wittmann, Regina		200,00
Stadtsparkasse Oberhausen		
Verwaltungsrat		
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	Vorsitzender	11.460,00
Schranz, Daniel	1. stellv. Vorsitzender	10.260,00
Runkler, Hans-Otto	2. stellv. Vorsitzender	6.640,00
Benter, Christian	Mitglied	7.240,00
Brands, Beatriks	Mitglied	3.620,00
Flore, Manfred	Mitglied	9.360,40
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	3.020,00
Tscharke, Hans Josef	Mitglied	3.620,00
Wittmann, Regina	Mitglied	3.320,00
Wolter, Horst	Mitglied	3.620,00
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	3.020,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	3.620,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	8.258,60
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	8.615,60
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	3.620,00
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	300,00
Goeke, Martin	stellv. Mitglied	600,00
Nakot, Werner	stellv. Mitglied	300,00
Klima, Michael	stellv. Mitglied (AN)	600,00
Rauhut, Sebastian	stellv. Mitglied (AN)	300,00
Vorstand		
Uppenkamp, Bernhard	Vorsitzender	401.998,07
Gäng, Thomas	stellv. Mitglied	197.600,24
Mebus, Oliver	stellv. Mitglied	252.855,02

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Runkler, Hans-Otto	Vorsitzender	5.250,00
Osmann, Denis	1. stellv. Vorsitzender	3.834,50
Michalik, Herbert	2. stellv. Vorsitzender (AN)	4.833,67
Axt, Birgit	Mitglied	2.625,00
Müthing, Christa	Mitglied	3.390,83
Nowak, Werner	Mitglied	2.625,00
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	2.625,00
Real, Ulrich	Mitglied	2.625,00
Scheffler, Stefan	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	2.625,00
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	2.625,00
Stemmer, Michael	Mitglied (AN)	2.625,00
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	2.625,00
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Geschäftsführer	172.392,00
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	197.109,00
Theater Oberhausen		
Geschäftsführung		
Carp, Peter	Betriebsleiter	180.000,00
Hennemann, Jürgen	Betriebsleiter	114.000,00
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Muckel, Franz	Geschäftsführer	115.000,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	106.000,00
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Guthoff, Maria	Geschäftsführerin	109.528,70
Woidtke, Karsten	Geschäftsführer	104.814,31

Anlagen

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

(Rechtsstand: 31.07.2015)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die

Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, schriftlich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

stadt
oberhausen

Beteiligungsrichtlinien

der Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

Richtlinien über die
wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche
Betätigung der Stadt Oberhausen

(Beteiligungsrichtlinien)

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.
Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten

Regelungen entgegenstehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,
- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. Beschluss- und Vertragsvorbereitung

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. Beschluss- und Verfahrenskontrolle

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen
- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

  Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

  - stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
  - finanzwirtschaftliche Aspekte,
  - Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

  Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

  - innerorganisatorische Angelegenheiten,
  - Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

  Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

  - Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
  - städtisches Vermögen,
  - Anforderungen aus dem KonTraG,
  - Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.1.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,

- Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss

über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1.3 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am *01.01.2003* in Kraft.

Anlage 1

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

Zuständigkeiten:

Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
• Grundsätze / Ziele • Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u.a. • Gremienbesetzung • Gesellschaftsverträge • Beteiligungsbericht • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung Ratsvorlagen • Berichte für ausgewählte Beteiligungen . Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse . besondere Entwicklungen • Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels • Mitspracherecht Struktur Verträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere . Zuschüsse . Verlustabdeckungen . Bürgschaften	• Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen • Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen • Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung	• Koordination • Beschluss- und Vertragsvorbereitung • Beschluss- und Verfahrenskontrolle • Beratung • rechtliche Prüfung • Strategie- und Finanzcontrolling • Aktenführung • Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 2

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen

(Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)

Beteiligungsrichtlinien

stadt oberhausen

Schulausschuss	WBO (Schulangelegenheiten)	OGM (Haustechn. Dienst, Schulbausanierung)
Umweltausschuss	WBO (Grün/Gebühren)	OGM (Beschaffung, Facility Management)
		GMVA
		EVO Energieversorgung
Sportausschuss	WBO (Sportanlagen)	OGM (sportspez. Angelegenheiten)
		Revierpark Vonderort
Sozialausschuss	BFO	ASO
Planungsausschuss	STOAG (Verkehrsplanung)	TMO Zentrenmanagement
		Bau- und Wohngenossenschaft Am Ruhrufer e.G.
Kulturausschuss	IKF	Theater
Hauptausschuss	GEG, TZU, OBauFö, PBO, OVZ, OVP, ENO, VZS, Schloss, Gasometer, CPO, TMO (Tourismus), LAH	

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
ecce	european centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation

inkl.	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
OWT	Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik

VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 380
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 308
ASO Service GmbH 316
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 296
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 328
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 326
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 302
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 102
Biostrom Oberhausen Management GmbH 98
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 340
(CVUA-RRW) 340
ecce - european centre for creative economy GmbH 230
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 158
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 238
evo Energieversorgung Oberhausen AG 72
FSO GmbH & Co.KG 160
FSO Verwaltungs- GmbH 176
Gasometer Oberhausen GmbH 254
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 186
GMVA GmbH & Co. KG 192
GMVA Verwaltungs-GmbH 196
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 278
Jobcenter Oberhausen 322
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 124
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 148
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 270
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 88
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 30

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 68
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 62
Public Konsortium d-NRW GbR 334
Quantum GmbH 108
Revierpark Vonderort GmbH 288
RW Holding Aktiengesellschaft 184
RWE Aktiengesellschaft 179
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 204
Stadtsparkasse Oberhausen 344
STEAG GmbH 152
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 40
strasserauf GmbH 120
Theater Oberhausen 372
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 260
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 226
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 200
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 246
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 54
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 220

A K T I V A	EUR	EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		**3.148.988,00**		**1.129.457,00**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		**7.504.253,88**		**7.536.713,52**
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		**26.550.342,59**		**31.358.465,42**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		**18.340.903,07**		**19.718.846,24**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		**61.743.828,90**		**34.158.350,45**
1.3 Finanzanlagen			**80.783.275,54**	**96.182.791,17**
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		**4.017.154,98**		**4.017.154,98**
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		**55.344.957,96**		**59.499.710,60**
davon Unterschiedsbetrag aus Equity-Konsolidierung		38.376.381,57		42.640.423,89
1.3.3 Übrige Beteiligungen		**1.830.596,73**		**9.268.595,73**
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		**18.531.355,65**		**22.263.983,67**
1.3.5 Ausleihungen		**1.059.210,22**		**1.133.346,19**
2. Umlaufvermögen			**85.095.460,78**	**82.021.370,17**
2.1 Vorräte			**23.191.588,09**	**18.474.557,00**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			**45.658.687,66**	**51.194.632,89**
2.3 Liquide Mittel			**16.245.185,03**	**12.352.180,28**
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			**20.187.382,54**	**18.347.382,48**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			**1.113.857.344,86**	**1.068.322.176,85**
4.1 Fehlbetrag Vorjahre			366.016.115,32	356.162.795,72
4.2 Ergebnisvorträge			713.179.151,10	645.879.323,37
4.3 Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag			34.662.078,44	66.280.057,76
			2.991.814.702,76	**2.978.080.379,16**